

Der Weg zum Ersten Weltkrieg

**Aussagen und Meinungen
zur Ursache
des Weltkrieges von
1914 bis 1918**

Guido Müller - Agadir 2024

Inhalt

1. Teil	Vorspann	3
	Deutsche Kolonie in China	8
	England	15
	Frankreich	23
	Rußland	30
	Amerika – Rußland – England – Frankreich – sie bereiten einen Krieg vor	37
	Österreich	40
	Italien – Das deutsch-italienische Bündnis	43
	Belgien	48
2. Teil	Deutschland – Die Gründung des Deutschen Reiches, zweite Ausgabe	53
	Made in Germany	82
	Die Stellung des Kaisers in der Verfassung	98
3. Teil	Juli Krise	121
	28.06.1914 – Der Mord am österreichisch-ungarischen Thronfolger	122
	Marine Manöver	129
	Presse Marathon	136
	Juli	139
	Die Note Österreich-Ungarns an Serbien	159
	Die ungenügende Antwort	174
	29.07.1914 - Österreich-Ungarn und die serbische Note (mit Kommentar)	193
	29.07.1914 Aus dem österreichisch-ungarischen Material	197
	29.07.1914 – Notizen des russischen Botschafters in Berlin (Englands Zusage der Unterstützung)	200
	29.07.1914 – Die französischen Flottenmanöver abgebrochen	206
	30.07.1914 – Ist Rußland berechtigt, sich in den österreichisch-serbischen Konflikt einzumischen?	209
	01.08.1914 – Sonderausgabe – Die Vorgeschichte – die Juli Krise in Kurzform	218
	03.08.1914 – Rußland und Frankreich haben den Krieg eröffnet	229
	04.08.1914 – Der Telegrammwechsel zwischen Kaiser Wilhelm II. und Zar Nikolaus II. in der letzten Juliwoche	236
	04.08.1914 – Der Treuebruch des Zaren	246
	04.08.1914 – Der Kaiser an den Reichstag – Thronrede	254
	05.08.1914 – Reichtagsverhandlungen – Protokoll der Reichstagssitzung vom 4. August 1914	257
	Rede des Reichskanzlers zur Lage der Nation	257
	Erklärung der Sozialdemokraten – Haase im Reichstag	262
	05.08.1914 – Die englische Kriegserklärung	263
	05.08.1914 – Von der Einkreisung zum Krieg	268
	Anhang	280
	Inhaltsverzeichnis - Detailliert	326
	Literaturverzeichnis	334

- Im vorliegenden Text habe ich die Rechtschreibung in den überwiegenden Fällen der Literatur übernommen, besonders in den Presseartikeln, die als solche gekennzeichnet sind. Abkürzungen im Text sind übernommen.
- Hervorhebungen im Text sind von mir vorgenommen worden.
- Das Presse-Marathon – dritter Teil – sollte man nach dem ersten und zweiten Teil sich verabreichen, da die vorangehenden Auslassungen die Presse-Texte in einem anderen Lichte erscheinen lassen. Dies ist aber selbstverständlich jedem selbst überlassen, wo und wie er zu lesen beginnt.
- Das Inhaltsverzeichnis ist am Ende zusammen mit der verwendeten Literatur.
- Die Übersetzungen der englischen und französischen Texte habe ich in der Hauptsache von deeple.com erledigen lassen
- Bei einigen Texten und Telegrammen sind zwei Daten angegeben, das Datum nach julianischem und gregorianischem Kalender

Vorspann

Mit „**Wilsons 14 Punkten**“ fing alles an, in einem Gespräch unter Kollegen. Dann nahm es seinen Lauf, so, wie wenn ein Stein ins Wasser fällt und „tausend“ Kreise zieht. Die Kriegszielreden Lloyd Georges, Wilsons und die „netten“ Aussagen Clemenceaus über Deutschland, wurden grundlegend für mein „Wühlen“.

Was folgte war sortieren von Pressemeldungen zum Kriegsende, der Revolution und schließlich – nein, nicht Versailles mit seinem Diktat – die Kriegsvorbereitungen Frankreichs, Englands und Rußlands und anderen, mit der „Schlußkrone“ der Vereinigten Staaten von Amerika und deren Kriegseintritt 1917.

In Gesprächen über meine Meinung zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges und dem Verlauf am Ende zur Revolution, wurde mir der Status des Außenseiters attestiert, womit ich gerne lebe, wenn es denn der Wahrheit dient.

Frankreich, einer der Hauptdarsteller in dieser „politischen Tragödie“ auf der Bühne des „Welttheaters“, auf der Seite der Gegner und Feinde Deutschlands, konnte seine Niederlage von 1870/71 nie verwinden. Der als Eroberungskrieg 1870 von Frankreich losgetretene Krieg gegen Deutschland, hatte das Ziel, das linke Rheinufer in Besitz zu nehmen; wenn dabei auch Luxemburg und Belgien sich „freiwillig“ der französischen Republik angeschlossen hätten, wäre man sofort einverstanden gewesen.

Das französische Gesellschaftsleben hatte in Schule, Beruf, Presse, Kirche ein Ziel: das verlorene „französische“, urdeutsche Elsaß-Lothringen, zurückzugewinnen. Haß und Revanche waren der Antrieb.

Das Ende des französisch-deutschen Krieges 1871 könnte man als Datum für den Beginn der Kriegsvorbereitungen Frankreichs für den Ersten Weltkrieg benennen. Da mit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 ein Kaiserreich aus kleinen Staaten entstand, das in den folgenden Jahren den etablierten Mächten Europas, England und dem geschlagenen Frankreich, ein ernst zu nehmender wirtschaftlicher Konkurrent wurde.

Poincare, Ministerpräsident, aus Bar-le-Duc in Lothringen, und später Präsident der „Grande Nation“, trachtete, das „Mißgeschick“ von 1870/71 wieder ins Lot zu setzen und Elsaß-Lothringen in der Maxi-Version mit dem Saarland zurückzugewinnen und das linke Rheinufer dazu, wenn nicht zu integrieren, dann wenigstens als Pufferstaat zu installieren (im Vertrag mit Rußland festgehalten), um die „Grande Nation“ vor dem „schrecklichen Barbaren“, der die „friedlichste aller Nationen“ ständig bedroht, auf Distanz zu halten.

Oft führten mich meine Ausflüge nach Elsaß-Lothringen, meist nach Busendroff/ Bouzonville, Bolchen/Boulay-Mosell, Was mir dort begegnete war - Deutsches: Weißenburg, Bolchen, Busentroff, Diedenhofen – auf den Ortsschildern!

Und wenn ich per Zufall einen Blick auf die Namensschilder der Türklingeln warf, fühlte ich mich wie zu Hause: Wagner, Müller, Schmidt, Hofmann, Weber – alles urig französische Namen? – nein, ur-deutsche Namen. Aber Frankreich hatte, was deutsche Lande betraf, schon immer ein einnehmendes Wesen, was zum Beispiel Burgund betrifft. Auch die französischen „Besuche“ in deutschen Gebieten hinterließen beeindruckende Spuren, die noch heute, wie das Heidelberger Schloß, von den gut nachbarlichen Beziehungen zeugen. Heutzutage versucht man das „leidige“ Elsaß-Lothringen aus dem französischen Sprachgebrauch zu tilgen: man nennt die Provinzen heute, seit 2015: Grande-Est – der große Osten.

Oder schauen wir nach Afrika: man spricht in den ehemaligen Protektoraten, auch Kolonien genannt, Französisch, kauft französische Waren, bewegt sich in französischen Verkehrsmitteln, begegnet französischer „Bildung“ – man erhält den Eindruck, Frankreich hält seine Hände weiterhin „schützend“ über die ehemaligen Kolonien. Wenn man z.B. einen Blick auf die „Bildung“ in Nordafrika wirft, sieht und erfährt man, wo Frankreich bei der Kolonisation halb Afrikas seinen Schwerpunkt legte – nicht auf die Bildung, sondern den wirtschaftlichen Gewinn. Allerdings ist es heute „schick“ und politisch „in“ sich bildungsfern in Ministerämtern zu bewegen – so in Deutschland.

Aber in diesen Dingen steht England in nichts nach. Denken wir an die englischen Kolonien, nein: Dominions, wie Australien, die ehemalige Gefängnis-Insel, Kanada, Südafrika mit seiner Apartheits Politik, Indien – um nur einige der großen zu nennen. England dirigierte die Weltpolitik, zog die politischen Fäden, gestützt auf die unerreichte Größe seiner Seeflotte und die brutalen Methoden der Unterwerfung.

Und wer den Engländern wirtschaftlich in die Quere kam, mußte schon mal mit einer kriegerischen Auseinandersetzung rechnen um wieder hinter die führende britische Wirtschaftsmacht gestellt zu werden, so wie es z.B. Spanien und Frankreich erging..

Soviel zu den demokratischen, wohl-situierten, vornehmen Engländern.

Rußlands Bestreben war Constantinopel und die Dardanellen, der Zugang zum Mittelmeer. Diesem Ziel näher zu kommen, wer hätte es gedacht, waren alle Mittel der politischen Intrige recht. Der Panlawismus, der auch von Serbien gefördert und durch Rußland herzlich unterstützt wurde, diente als Treibstoff für die russischen Ziele. Diesem Panlawismus stand Österreich-Ungarn im Wege. Und da Österreich-Ungarn sich auf die Bündnistreue Deutschlands verlassen konnte – wie es mehrmals erfahren durfte – zählte Deutschland auch zu den zu beseitigenden Hindernissen des russischen Machtstrebens.

So standen sich zum Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts zwei Machtblöcke gegenüber: auf der einen Seite die Expansionisten Frankreich, England und Rußland, auf der anderen Seite die Verteidiger des Status Quo: Deutschland und Österreich-Ungarn, mit dem unsicheren Partner Italien, der nach den „Adria-Stücken“ des Bündnispartners Österreich-Ungarn schiele, die in einem Bündnisvertrag als Pfand dienen.

Deutschland, das nach der Reichsgründung 1871 wirtschaftlich explodierte und starker Handels- und Produktionskonkurrent Englands auf dem Weltmarkt wurde, bekam den Neid der Inselbewohner auch mit dem Siegel „Made in Germany“ zu spüren, was aber das Gegenteil der Intension erreichte, nämlich einen höheren Absatz. Wenn England auf dem Weltmarkt einen Kunden verlor, konnte es ihn meist wieder in den Armen Deutschlands finden. Obwohl Deutschland seetechnisch für England keine Gefahr darstellte, sah die britische Nation das Flottenprogramm Deutschlands sehr skeptisch und ließ nichts unversucht, die Deutschen in ihrem Bestreben, ihr deutsches Land auch von der See her zu verteidigen zu können, auszubremsen.

Kaiser Wilhelm II. förderte, so wie sein Großvater Wilhelm I., die Bildung, die technische Entwicklung, Medizin und Forschung, (es entstanden der Benzinmotor von Nicolaus Otto, Emil Berliner – Schallplatte und Grammophon, der Dieselmotor von Rudolf Diesel, Wilhelm Conrad Röntgen entdeckte die Röntgenstrahlung, Ferdinand Graf Zeppelin – Vater der Luftschiffahrt, systematische Flugversuche von Otto Lilienthal u.s.w. und nicht zu vergessen den Arzt Dr. Virchow, Politiker im Reichstag und der etwas naiv erschien); sie sorgten für den Ausbau des Eisenbahnnetzes, das schließlich mit rund 60 000 km Schienenlänge das beste Verkehrsnetz in Europa war – und vor allen Dingen: die Züge waren pünktlich. Kaiser Wilhelm I. und II. suchten den Ausgleich mit den Nachbarn im Westen und im Osten; ein schwieriges Unterfangen, das nicht gelingen sollte. Kaiser Wilhelm II. war ein Friedensfürst, wie sein Großvater, der keinen Krieg entfachte, sondern einige zu verhindern wußte, besonders Bestrebungen des Bündnispartners Österreich-Ungarn, die zu einer kriegerischen Auseinandersetzung hätten führen können, unterbinden konnte. Dies brachte doch einen amerikanischen Professor dazu, Kaiser Wilhelm 1911 für den Friedensnobelpreis vorzuschlagen. Dies war Benjamin Ide Wheeler, President of the University of California Berkeley, Vereinigte Staaten von Amerika.

Ich weiß, dies paßt nicht in das Bild moderner Märchenerzähler, oh pardon, die sich „Historiker“ nennen (Ich kann mir nicht helfen: wenn ich „moderne Historiker“ lese, begegnet mir nur anti-deutsche Sprache und Historie, im Buch wie im Internet). Mag sein, daß diese in vielen Bereichen der Weltgeschichte ein fundiertes Wissen haben, wenn es eben nicht um Deutschland geht. Da kommt es schon mal vor, daß von „Lehrern“ im Internet vor einer Seite gewarnt wird, die Kaiser Wilhelm freundlich gesinnt sei, oder ein Forum, mit dem Schwerpunkt „Geschichte“, das nur eine Denkrichtung akzeptiert – eine „Schuld-Geschichte“: Deutschland ist an allem schuld.

Das offizielle geschichtliche Moment ist deutsch-feindlich eingestellt und scheut sich auch nicht, deutsche Geschichte eindeutig zu fälschen. Es scheint attraktiver zu sein, als „Märchenerzähler“ deutscher Geschichte aufzutreten, als zu deutscher Geschichte zu stehen – doch zu welchem Preis?

Selbst Kriegsteilnehmer des Ersten Weltkrieges, wie Carlo Schmid (3.12.1896 Perpignan – 11.12.1979 Bonn), von der SPD, der bei der Grundgesetzübernahme von den Besatzern, im Rahmen der Bundesratsversammlung im September 1948 von dem vermeidbaren ersten Weltkrieg sprach, indem er sagte: „Ich glaube nicht, daß Föderalisierung als solche eine Sicherheitsgarantie für unsere Nachbarn ist, ich glaube aber, daß Demokratisierung Deutschlands eine Sicherheit für unsere Nachbarn abgeben könnte. Hätten wir 1914 eine unter parlamentarischer Kontrolle stehende Regierung gehabt, dann wäre der Frieden gesicherter gewesen als er es in dem damaligen sehr föderalistisch aufgebauten Deutschland gewesen ist. Der Bundesrat hat den Krieg nicht verhindert, ein Parlament aber hätte ihn wahrscheinlich verhindert.“

(Carlo Schmid SPD – Grundsatzrede vor dem parlamentarischen Rat vom 08.09.1948)

In meinen Augen disqualifiziert sich Carlo Schmid selbst durch diese Aussage, die, bei seiner französischen Mutter, seinen Hang zu Frankreich deutlich zeigt und ebenso seine Mitgliedschaft in einer französischen Freimaurer-Loge und, nicht zu vergessen, SPD Mitglied – die SPD baut ihre Existenz auf Karl Marx –, die heute noch der Meinung ist, der Erste Weltkrieg hätte vermieden werden können, wenn sie nicht für die Kriegskredite gestimmt hätten. Was ausschließt, daß Deutschland zu diesem Krieg als Verteidigung des Vaterlandes von seinen Nachbarn gezwungen wurde. Für mich der Beweis, daß die SPD mit einem „anti-deutsch“-Schleier vor den Augen herumläuft und herumgelaufen ist, trotz dem Diktat von Versailles, das die

damalige SPD-geführte Ebert-Scheidemann-Regierung nicht unterschreiben wollte und anderen den Vortritt ließ, und sich über die totale Ungerechtigkeit dieses Machwerkes, das sich „Friedensvertrag“ nannte, echauffierten.

Aber dieses Deutschland und der Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn waren der Triple-Entente ein großes Hindernis auf ihrem politischen Weg: Deutschland in seinem weltwirtschaftlichen Streben – rund um den Globus –, Österreich-Ungarn als Hindernis des Panlawismus Rußlands auf dem Weg nach Konstantinopel und dem Mittelmeer und Objekt der Begierde in den Augen Italiens. Dazu kam das Osmanische Reich, dessen europäische Ausläufer vor allem den Engländern ein Dorn im Auge waren.

Die damalige Tagespresse gab mir eine Fülle von Informationen, die man heute in dieser Art vergeblich in Printmedien sucht. Die Presse vor über hundert Jahren vermittelte mir einen Einblick in die Politik und das Leben der damaligen Zeit, die mir bis dato kein aktuelles Geschichtsbuch geben konnte. Mein Interesse an der deutschen Geschichte vor und nach dem Ersten Weltkrieg führte mich auch zu aktueller Literatur. Doch stellte ich schnell fest, daß das, was in der sogenannten „modernen“ Geschichts-Literatur geboten, in vielen Bereichen das Gegenteil von dem behauptet, was mir die alten journalistischen Texte in anderem Lichte präsentieren, und die „modernen“ Historiker es mit dem Zitieren von Literaturverweisen nicht so eng sehen – man kann sich ja in der Literaturliste am Schluß aussuchen, wo man anfangen will zu suchen. Mancher, der sogenannten Historiker wäre lieber bei dem handfesten Beruf seiner Namensvetter geblieben und hätte sich im Kannenbäckerland verdingt, als die Menschheit mit seinen, von französischer Propaganda geprägten Geschichtserzählungen, zu belästigen und für dumm zu verkaufen.

1919 konnte jeder Bürger Deutschlands noch klar bekennen, daß sein Land diesen Krieg nicht verschuldet hatte. Jedermann war sich bewußt, daß das Versailler Diktat ein kaum wieder gutzumachendes Unrecht auf Generationen darstellt und die erzwungene Unterschrift keine Gültigkeit im rechtlichen Sinne hat. Die damaligen Geschichtskenntnisse waren ein Gemeingut und u.a. auch der Bildungspolitik Wilhelms I. und Wilhelm II. geschuldet, die den gesamten Bereich der Bildung mehr als unterstützten und förderten. Dies zeigte sich darin, „daß profunde Geschichtskenntnisse damals zum Gemeingut des Bildungsbürgertums gehörten, und daß die Eliten in Deutschland, Österreich und Ungarn die Geschehnisse von 1914 und davor deshalb in größeren geschichtlichen Zusammenhängen sehen und bewerten. Wer die Reaktionen auf Versailles und Saint-Germain in Deutschland und in Österreich verstehen will, und wer versucht, die Geschichte der Völker Europas vor 1939 zu begreifen, muß sich die Ereignisse und Zusammenhänge aus der Zeit vor 1914 ins Gedächtnis rufen.“

1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte – Gerd Schultze-Rhonhof – München 2/2003-S.17

Und weiter heißt es bei Gerd Schultze-Rhonhof: „Der Weg zur Aussöhnung der zerstrittenen Völker nach dem Ersten Weltkrieg ist durch die Weigerung der Sieger zugeschüttet, die eigene Mitschuld am vergangenen Kriege einzuräumen. So zementieren die drei Verträge eher die Feindschaft in Europa, als daß sie Brücken für die Zukunft bauen.“

1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte – Gerd Schultze-Rhonhof – München 2/2003-S.17

Die Alliierten von 1918 legen mit den Verträgen von Paris u.a. die Grundlage für den Zweiten Weltkrieg.

Meine Auswahl der „alten“ Presse liegt bei Zeitungen, beginnend in Königsberg über Posen, Berlin und Norddeutschland, nach Wien und Innsbruck, die sich im Verlauf meiner Darlegungen zeigen.

Mir geht es darum, meine Erkenntnisse rund um die Ursachen und den Beginn des Ersten Weltkrieges aus zeitnaher Lektüre, wiederzugeben, da mir scheint, daß alles, was nach 1945 in Deutschland in Punkto Geschichte des Ersten und Zweiten Weltkrieges geschrieben wurde, der Zensur der Alliierten unterlag und in meinen Augen nicht ernst zu nehmen ist – eben Märchenerzählungen. Davon ausgenommen sind Augenzeugenberichte, von denen es glücklicherweise noch etliche gibt.

★

★

★

Hermann Rath (*Hermann vom Rath, 1856-1917, Privatsekretär von Herbert von Bismarck, Legationsrat im Auswärtigen Amt*) läßt in einem Artikel der österreichischen Zeitung „Deutsches Volksblatt“ seinen Gedanken über die politische Situation in Europa freien Lauf: (Presse – Deutsches Volksblatt - Nr.9150 – Samstag, den 27. Juni 1914)

Die Entscheidung - 27. Juni 1914

Der deutsche Legationsrat Hermann Rath schreibt unter dem Titel „Die Entscheidung“, daß die internationale Situation sich immer mehr zuspitze. Denn „Triebfeder ist aber nicht der Kriegswunsch, denn selbst der nervöseste Mitbewohner des europäischen Hauses, das französische Volk, verlangt nicht nach blutiger Fehde. Aber instinktiv fühlen es die Nationen, die gewaltige Rüstungswelle brandet gegen das Bollwerk des Friedens von Jahr zu Jahr höher empor und der Widerstand verstärkt sich nicht in gleichem Maße.“

Man kann seine Worte auch so ausdrücken, daß der Geruch des Krieges, das Säbelrasseln, immer spürbarer und hörbarer wird.

Weiter schreibt Rath: „Frankreich ist dem Punkte am nächsten, wo die Ansprüche an die militärische Leistungsfähigkeit der Bürger überspannt werden. Trotz der drohenden Notlage hält aber sein Parlament an der dreijährigen Dienstzeit fest. Das können wir Deutsche nicht nur verstehen, das müssen wir gerechterweise billigen. Denn wie die Franzosen sind auch wir zu jedem Opfer bereit, das wohl bewährte militärische Autoritäten nach reiflicher Erwägung als notwendig bezeichnen. Darum tritt aber auch die Reaktion in Frankreich zuerst ein, sie äußert sich in dem Verlangen: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Dadurch erklärt es sich, daß trotz des friedlichen Grundtones in der Gesamtnation manche bürgerliche Kreise sich mit dem Kriegsgedanken vertrauter gemacht haben denn seit längerer Zeit.“

Er sieht in Frankreich den Gedanken des Krieges sich verstärken, auch wenn die Masse des Volkes den Frieden wolle, obwohl seit 1871 die Revanche in Frankreich ihr Spiel treibt und Grundhaltung in den Kreisen der Politik ist.

So fährt er fort: „Frankreichs Motiv war die Revanche, während Deutschland das klassische Beispiel der Versicherungstheorie bot, im Gegensatz zur vorausgegangenen Epoche, in der Bismarck, Roon und Moltke planmäßig das deutsche Schwert für die bevorstehenden unvermeidlichen Kämpfe schärfen. Solche ‚konzentrierte Rüstungspolitik‘, um einen prägnanten Ausdruck Conrad v. Hötzendorffs zu gebrauchen, scheint, wenn nicht alle Anzeichen trügen, den russischen Maßnahmen seit zwei Jahren zu Grunde zu liegen. Nicht ein dauernder Zustand, nicht ein bewaffneter Friede, nicht Versicherung gegen den Kriegsfall ist der Zweck, sondern die Schaffung einer Organisation, die in dem Augenblicke sicher funktioniert, wo die politische und militärische Lage als die denkbar günstigste zum Handeln erscheint. Ob zu diesem Zeitpunkt tatsächlich die Bajonette aufgepflanzt werden, ob nur durch den Bluff der Geste eine weittragende politische Wirkung erzielt werden soll, wer kann das voraussagen?! Für beide Eventualitäten, Krieg und Bluff, braucht aber Rußland einen bis an die Zähne bewaffneten Bundesgenossen. Darum zwingt es die Republik, das Dreijahresgesetz aufrecht zu erhalten.“

Rath bringt Rußland mit ins Spiel, das in Zusammenarbeit mit Frankreich sich auf den entscheidenden Augenblick im Welttheater der Politik vorbereite, in dem die Kriegsorganisation funktionieren müsse, dann, wenn „die Bajonette aufgepflanzt werden“, deshalb muß Frankreich sein Dreijahresgesetz, die verpflichtende Dienstzeit der französischen Jugend in der französischen Armee, neu aufgestellt, durchhalten, auch wenn es schmerzt, Frankreich soll an der Seite Rußlands bereit sein für den Tag X. Dieses Dreijahresgesetz vervielfacht den Umfang der französischen Truppen.

All diese Kriegsvorbereitungen, meint Rath, bedarf der Hinzuziehung Englands. Aber: „Der Zweibund weiß, daß England ein Bündnis ablehnt. Solch enge Bindung würde der traditionellen Politik der Isolierung, würde dem Volkswillen widersprechen. Darum versucht man, ein Abkommen über die gemeinsame Verwendung der Flotte im Kriegsfall zu erreichen. Diese Anstrengungen sind so intensiv, daß man fast den Eindruck gewinnt, ein solches Abkommen bilde die Voraussetzung des Fortbestandes der Entente.“

Die „Entente Cordiale“, das Bündnis Frankreich-England, offiziell von 1904.

England und Rußland haben beide ihre großen Interessen im asiatischen Raum, bei denen man sich dann und wann in die Quere kam. Trotz allem war man aufeinander angewiesen, auch wenn, wie Rath sagt, habe England „sich bisher gesträubt, die Bedingung des Flottenabkommens zu erfüllen. Denn die ist unpopulär, die muß dem Volke erst plausibel gemacht werden, die darf auf Billigung nicht rechnen, solange noch die Möglichkeit einer Verständigung mit Deutschland besteht, solange nicht ein offizielles Nein unsererseits vorliegt. Ferner sträubt man sich, weil die Erfüllung jenes russischen Verlangens die Kriegsgefahr steigern würde, England aber den Krieg nicht will, der offenbar im Rahmen der russischen Berechnung liegt.“

England scheint, nach Rath's Meinung, Bedenken zu haben, die russischen Wünsche eines Flottenabkommens zu erfüllen, da dies die Kriegsgefahr steigern würde, so wie Sir Edward Grey, der britische Premier, sich ausdrückte, und England aber keinen Krieg haben möchte, der auf der russischen Seite vorliegen könnte – lassen wir das für den Moment so stehen und harren der Dinge, die da kommen.

Der Besuch der englischen Flotte auf der Kieler Woche 1914, verleitet Rath zu der Vermutung, der englische Premierminister Sir Edward Grey und sein Kriegsminister Winston Churchill könnten einen letzten Versuch unternehmen, zu einer Verständigung mit Deutschland zu kommen, die Flottenpolitik einzugrenzen und somit ein ungutes Gefühl im Magen der Briten auflösen.

Rath schließt seine Ausführungen mit dem Gedanken, daß eine Verständigung zwischen Deutschland und England in der Flottenpolitik möglich sei. Geschähe dies nicht, „dann bindet England sich an Rußland, dann senkt sich die Waagschale des europäischen Krieges und die des Friedens schnell empor.“

Daß die Waagschale des europäischen Krieges sich zu dieser Zeit, am 27. Juni 1914 bereits gesenkt hatte, erkennt er nicht; England war bereits in der Triple-Entente gebunden, die auf den „richtigen Augenblick“ ihres lange geplanten Einsatzes auf der Weltbühne des Kriegstheaters wartete. Die öffentliche Meinung war nicht im Kriegsfieber, auch wenn die französische Nervosität und Rußlands „Gewehr bei Fuß“-Haltung spürbar und greifbar war.

Herman Rath sieht es deutlich, daß es nach Krieg riecht – der vor der Tür steht. Soweit seine Einschätzung der aktuellen politischen Situation am 27. Juni 1914, am Vorabend des Mordattentates von Sarajewo..

Presse – Deutsches Volksblatt - Nr.9150 – Samstag, den 27. Juni 1914

Der „Pangermanismus“

Wenn Herman Rath hier von der Möglichkeit sprach, daß England und Deutschland in ihrer Flottenpolitik an irgendeiner Stelle gemeinsam vorgehen würden, so hört sich das in „Das Problem Japans“ in der ersten englischen Auflage 1913/ 1914, ganz anders an. Hier spricht man von der deutschen Gefahr, der Gefahr des „Pangermanismus“ der sich über die Welt verbreiten würde. Hier heißt es auf Seite 91 der deutschen Ausgabe von 1922: „Sobald die Bedeutung des alldeutschen Gedankens den französischen und englischen Diplomaten einmal klar geworden war, sobald sie einmal gesehen hatten, wie weit Deutschland zu gehen geneigt war, sahen sie auch die Notwendigkeit ein, ihre Stellung zu befestigen.“

Wie weit wollte Deutschland gehen? Die Herrschaft über alle Großmächte übernehmen? England, die Weltmacht, vernichten?

Weiter heißt es: „Daher traten sie an die Vereinigten Staaten mit Vorschlägen heran, die – wahrscheinlich schon vor dem Sommer 1897 – zu einer Verständigung zwischen den drei Staaten führten. Es steht außer Zweifel, daß man kein Schriftstück irgendwelcher Art unterzeichnete, daß man kein Pfand gab, das nicht unter dem Zwang der Verhältnisse von jeder der vertragschließenden Parteien hätte abgeleugnet oder nicht anerkannt werden können. Trotzdem kam es zu einer Verständigung, daß im Falle eines Krieges, den Deutschland oder Österreich zur Ausbreitung des alldeutschen Gedankens beginnen würde, Amerika sofort auf die Seite Frankreichs und Englands treten und ihnen mit Aufbietung aller Kraft helfen sollte.“

Das Problem Japans, 1913; Leipzig 1920, S.91

Ein Krieg, den Deutschland oder Österreich beginnen würden – dies die Haltung unserer Nachbarn und deren Verbündeten – 1897!!!

Denn schon lange vor Kriegsbeginn diskutierte man, ob „England recht darum getan habe, sich im Osten zu schwächen,“ – Japan Englands Interessen im fernen Osten anzuvertrauen für die Zeit des Kampfes gegen Deutschland – „um sich im Westen für den künftigen Kampf mit Deutschland zu stärken.“ Nämlich die englische Flotte in der Nordsee zu konzentrieren als Gegenpol zur deutschen Flotte. Denn:

„Ob England daran recht oder unrecht getan hat, kann nur in diesem Kriege entschieden werden; denn wenn es sein Ziel, die Zerstörung Deutschlands, erreicht, hat es die Hände völlig frei, um mit Japan den Kampf aufzunehmen.“

Das Problem Japans, 1913; übersetzt v. Prof.J.A.Sauter, Leipzig 1920, S.84

Man lasse es sich auf der Zunge zergehen: „...wenn es [England] sein Ziel, die Zerstörung Deutschlands erreicht“ – schon lange vor dem Krieg kannte man Englands Einstellung zu Deutschland: es muß zerstört werden. Und damit stand England nicht alleine. Die Angelsachsen haben nicht nur die Sprache gemeinsam, sondern auch die Haltung gegenüber Deutschland. Amerika war in deutschen Augen ein relativ neutraler Beobachter der europäischen Politik und zu Beginn des Krieges nahm man diese amerikanische Haltung als eine dauernde, verlässliche an. Doch wie heißt es gleich zu Beginn des Krieges: „Die japanische Flotte hat in ihrer

Rolle als Schützerin der englischen Interessen, die deutschen Inseln im Stillen Ozean besetzt und baut sie zu japanischen Flottenstationen aus. Japan hat die Halbinsel Schantung eingesteckt und einen Teil der Bahn nach Peking genommen – strategisch die wichtigste Strecke in China.“

Das Problem Japans, 1913; Leipzig 1920, S.83

Japan handelt im englischen Interesse, als es die deutschen Inseln im Stillen Ozean, gleich zu Beginn seiner Kriegserklärung an Deutschland, sich zu eigen macht und sie für japanische Zwecke ausbaut. Amerika sieht die angelsächsischen Interessen gegen Deutschland im Stillen Ozean durch Japan gewahrt und wendet sich jetzt dem angelsächsischen Bündnis gegen Deutschland zu: „... das angelsächsische Bündnis hat sich die Zerstörung Deutschlands vorgenommen. Wenn das gelungen ist, gibt es kein Gleichgewicht der Kräfte mehr auf der Welt. Die angelsächsische Mächtegruppe hat dann nur noch einen großen Konkurrenten, der das Feld behauptet: Japan.“

Das Problem Japans, 1913; Leipzig 1920, S.84

Und gleichzeitig wird der nächste Gegner aufs Korn genommen, der für den Augenblick gut genug ist: Japan.

Hermann Rath beweist in seinem Artikel „Die Entscheidung“, wie raffiniert die Theaterspiele der englischen Regierung aufgebaut, die vorgab, im freundschaftlichen Interesse eine Verständigung mit Deutschland über die Flottenfrage zu suchen, obgleich sich Frankreich, England und Amerika bereits Ende der 1890iger Jahre einig darüber waren, Deutschland zu zerstören. Und England hatte in Bezug auf Amerika und Japan einen weiterführenden Gedanken: „Deutschland war Englands gefährlichster Handelsgegner; Japan andererseits, stritt sich mit Amerika um den Vorrang im Stillen Ozean. Wenn diese beiden Nebenbuhler unschädlich gemacht werden konnten, so stand der Weg offen für eine vollkommene und unbestrittene Weltherrschaft der Angelsachsen.“

Das Problem Japans, 1913; Leipzig 1920, S.112

Deutschland nahm sich das Recht, so wie alle andern Nationen, rund um den Globus Handel zu treiben und hatte im Laufe der Jahre, seit 1871, eine der mächtigsten Handelsflotten aufgebaut, nicht um Krieg zu führen, sondern friedlich zu handeln. In diesem Rahmen konnte das Deutsche Reich auch Kolonien erwerben, in der Regel als gepachtetes Land, nicht annektiert, so wie andere europäische Nationen üblicherweise vorgehen.

Deutsche Kolonie in China

Unter Bismarck (01.04.1815 - 30.07.1898) gab es kein Bedürfnis für Kolonien noch für eine Flotte, denn er war der Überzeugung, „Kolonien wären nur ein Grund zur Schwäche, denn Kolonien könnten nur durch starke Flotten verteidigt werden. Viele Kolonien seien ihm angeboten worden – er habe sie abgelehnt und sich nur vertraglich erworbene Kohlestationen von anderen Nationen gewünscht“.

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - S.66

Erst als Bismarck feststellte, daß Kolonien sich hervorragend als Wahlpropaganda eignen, schwenkte er in seiner Haltung und der englische Botschafter in Berlin, Lord Ampthill bemerkt: „Ich bin völlig verzweifelt über Fürst Bismarcks gegenwärtige Neigung, seine Popularität vor den allgemeinen Wahlen durch eine anti-englische Haltung zu steigern. Durch den Kolonialwahn, der in Deutschland allmählich an die Oberfläche getreten ist, gezwungen, in der Angra-Pequana-Frage (Lüderitzbucht in Namibia) gegen seine bessere Überzeugung zu handeln, hat er in der Aufnahme einer Kolonialpolitik eine unerschlossene Quelle der Popularität entdeckt.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - S.66

In China suchte man nach einem Ort für eine Kohlenstation, die Bismarck auch als notwendig für den weltweiten Handel hielt, und sich für den Chinahandel Deutschlands eignete. Die Bucht von Kiautschou schien gut für deutsche Zwecke. Kaiser Wilhelm II. stand hinter diesem Projekt „China“, das bereits ziemlich weit gediehen war und das man mit den Russen abschließend klären wollte, die in der Region sich schon niedergelassen und deren Reaktion auf deutsche Interessen in dieser chinesischen Region nicht gerade freundlich waren. Der Kaiser besprach das deutsche chinesische Projekt bei seinem Besuch im August 1897 in Petersburg mit Zar Nikolaus II:

„Der Zar erklärte, er habe an den Landesteilen südlich der Linie Tientsin-Peking kein Interesse, also sei kein Grund für ihn vorhanden, uns in Shantung Hindernisse zu bereiten. Sein Interesse konzentriere sich auf die Landesteile am Balu, Port Arthur usw., nachdem die Engländer ihm in Mokpo Schwierigkeiten gemacht hätten. Er werde sich sogar freuen, wenn Deutschland in Zukunft auf der anderen Seite des Golfes von Tschili als Rußlands gern gesehener Nachbar erscheine.“ Und im November des Jahres „wurde Kiautschou besetzt. Im Dezember des Jahres ging Prinz Heinrich mit seiner Division an Bord der ‚Deutschland‘ nach Ostasien hinaus. Am 6.März 1898 wurde der Pachtvertrag über Kiautschou mit China unterzeichnet. Zur selben Zeit regte Mr.

Chamberlain in London beim japanischen gesandten Baron Kato den Gedanken des Abschlusses eines englisch-japanischen Bündnisses an, um dem Vordringen Rußlands im Osten einen Riegel vorzuschieben.“

Kaiser Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Berlin 1922, S.57-58

In einem kleinen Artikel vom 27. Juni 1918 der „Vossischen Zeitung“, wird in wenigen Zeilen über die Unterzeichnung eines Vertrages in China über den Bau einer weiteren Eisenbahnlinie berichtet:

Presse – Vossische Zeitung, Nr. 320 - Samstag, 27. Juni 1914 - S.15

Asien. Die deutschen Eisenbahnanschlüsse in China.

Peking, 26. Juni. Der mit deutschen Unterhändlern vereinbarte Vertrag betreffend die Bahnlinsen Tsinanfu – Changtefu und Kaumi – Hschoufu, über den seit 1913 verhandelt wird, ist gestern unterzeichnet worden.

★

★

★

Eine Eisenbahnlinie in China, ausgehend von der Provinz Schantung. Der deutsche Handel mit China blühte und brachte die beiden Nationen sich einander näher. Ein kleiner Zeitungsbericht, Ausgangspunkt für einen kurzen Einblick in die Kolonialpolitik Deutschlands in China.

Die chinesische Provinz Schantung, neu: Shandong, südlich der Hauptstadt Peking gelegen, gegenüber Korea und Japan, war für den deutschen Handel in China erfolgreich und ausbaufähig

In einer zeitgemäßen Beschreibung der deutschen Kolonie in China heißt es in „Das Problem Japans“, auf Seite 86 bis 89:

„Das an Deutschland im März 1898 verpachtete Gebiet, das auf 99 Jahre in deutschen Händen bleiben und ganz unter deutscher Verwaltung stehen sollte, umfaßte etwa 400 englische Quadratmeilen (*ca. 1036 Quadratkilometer*), einschließlich der Bucht von Kiautschau und ihrer unmittelbaren Umgebung. Deutschland bekam das Recht, zwei Bahnlinsen in der Provinz zu bauen und längs der Bahnlinsen Bergwerke anzulegen; ferner die Gewähr, daß sich China zuerst an Deutschland um Kapital, Beistand oder technisches Material wenden sollte, falls es mit fremder Hilfe die Provinz vorwärts bringen wollte. Innerhalb weniger Monate erklärte die deutsche Regierung das Pachtgebiet als Freihafen, der zu gleichen Bedingungen dem Handelsverkehr aller Völker offen stand; und wenige Monate später wurde durch ein Abkommen im Hafen von Tsingtau eine chinesische Zollstation eröffnet, die Zölle auf Waren erhob, welche zum Hinterland gingen oder von dort kamen.“

Das Problem Japans, Leipzig 1920, S. 86

Und ziemlich bald begannen die Deutschen mit ihren chinesischen Partnern, sich gegenseitig die Arbeit zu erleichtern. Die deutschen Pächter wollten eine Handelsstation, die auch gleichzeitig als Kohlenstation zu benutzen war, vorausgesetzt, eine Kohlengrube erbrachte genügend Ertrag.

Weiter wird berichtet: „In der Absicht, Tsingtau zu einer Handels- und Kriegsbasis zu machen, begannen die Pächter mit dem Ausbau des Hafens zu einem ersten Ranges. Die Bucht hatte vorzüglichen Ankergrund, und Tsingtau war ein guter Naturhafen. Bald darauf war ein starker Wellenbrecher, völlig ausgerüstete granitene Docks und ein Schwimmdock errichtet worden, das Schiffe bis zu 16 000 Tonnen Wasserverdrängung faßte. In Tsingtau erhob sich bald ein moderner deutscher Stadtteil, sorgfältig angelegt, künstlerisch und fest gebaut. Forts, Läden, Kasernenviertel und gut ausgerüstete Baracken gaben der Stadt den Charakter einer starken Festung; aber Kiautschau bekam niemals die starke Befestigung Port Arthurs oder Wladiwostoks

Deutsch-chinesische Gesellschaften wurden gegründet und erhielten von der deutschen Regierung das Recht, Bahnen zu bauen und nach Erzen und Petroleum zu muten; die erste Bahnlinie wurde nach der Hauptstadt Tschananfu gebaut und erreichte diese zweihundertfünfzig englische Meilen (*402 Kilometer*) landeinwärts liegende Stadt im Jahre 1904. Ein Abkommen wurde getroffen, das auch britische Interessen betraf, und nach welchem die Deutschen für die chinesische Regierung denjenigen Teil der großen Nordsüdbahn Tientsin – Pukau bauen sollten, der Schantung durchquerte. Die Bahn Tientsin – Pukau ist also eine chinesische Staatsbahn, nicht deutsches oder englisches Eigentum, obwohl sie von englischen und deutschen Firmen angelegt ist.

Zuerst schienen die Deutschen die Absicht zu haben, sich in Schantung politisch geltend zu machen. Fast alles war in deutschen Händen, was mit der Eisenbahn zu tun hatte. Deutsche Posten wurden aufgestellt zum ‚Schutz‘ der Bahn. Ein deutsches Postamt wurde eingerichtet. Deutschland schien eine ähnliche Politik einschlagen zu wollen, wie Rußland sie in der Mandschurei verfolgt hatte. Aber Ende 1905 fingen die Deutschen an, ihre Truppen zurückzunehmen. Sie übergaben die Postämter den Chinesen; sie trafen ein Abkommen, durch welches die chinesische Zollverwaltung in Tsingtau ebenso arbeiten sollte, wie sonst in

China – mit dem einzigen Vorbehalt, daß zwanzig Prozent der eingenommenen Zölle zur Bestreitung der Ausgaben für die Ortsverwaltung von Tsingtau beigesteuert würden; und sie fingen an, Chinesen in den verschiedensten Stellungen zu beschäftigen.“

Das Problem Japans, Leipzig 1920, S. 86f

Man findet einen Modus der Zusammenarbeit ohne die anscheinend üblichen Formen, wie sie z.B. in japanischen oder britischen Kolonien herrschten. Durch die Integration der Chinesen in die Verwaltung und die Öffentlichkeitsarbeit, kommt es zu einem Vertrauensverhältnis, das nicht jedem Kolonial-Nachbarn recht ist.

Die Beschreibung der deutschen chinesischen Kolonie fährt fort: „Die chinesische Regierung stellte freiwillig Land in Tschinanfu, Weihsien und Tschautsun für Handelsplätze zur Verfügung. In Tschinanfu legte sie Straßen, Kanalisation usw. an und errichtete dort Polizeidienst. Andere öffentliche Arbeiten wurden in Auftrag gegeben und von einer aus Chinesen und Ausländern gebildeten Kommission überwacht. In kurzer Zeit war die Ansiedlung Tschinanfu ein wichtiges und schönes Handelszentrum geworden, wo Chinesen und Ausländer – letztere meist deutsche Kaufleute - vorzüglich und zu beiderseitigem Vorteil miteinander auskamen.

In Tsingtau und Umgebung wurden mehr als 60 Kilometer ausgezeichnete Chausseen gebaut. Planmäßige Aufforstung wurde dort wie im Hinterland betrieben; Schulen aller Art wurden erbaut, auch eine deutsche Universität mit gut eingerichteten Laboratorien, Bibliothek und mehreren Fakultäten. Zum Unterhalt der letzteren trugen China und Deutschland zu gleichen Teilen bei. China bekam dafür einen Anteil an der Verwaltung; dies war nur das erste Beispiel solchen Zusammenwirkens zum Unterhalt und zur Verwaltung eines Erziehungsinstituts in China.“

Das Problem Japans, Leipzig 1920, S. 87f

Es wird nach deutschem Muster das gepachtete Land kultiviert unter Einbeziehung der Bewohner in die Entwicklung der Organisationsstrukturen. Selbst eine Universität wird errichtet; in deutsch-chinesischer Zusammenarbeit forciert man unter deutscher Leitung die Bildungsarbeit in Kooperation mit den Chinesen, integriert sie an der Errichtung und dem Ausbau der Bildungseinrichtungen.

Der Erfolg der Arbeit ist zweigeteilt: „Die Eisenbahn erwies sich als gute Kapitalanlage – die Bergwerksgesellschaft jedoch nicht. Im Jahre 1912 förderte sie 600 000 Tonnen Kohle und beschäftigte 60 Deutsche und 7000 Chinesen, aber Dividenden hatte sie noch nicht ausgezahlt. Ihre Aktien wurden von der Eisenbahngesellschaft aufgekauft, und im Jahre 1914 beschloß man, bei Tsingtau ein Eisen- und Stahlwerk zu bauen.

Im Dezember Unterzeichneten die Deutschen einen Vertrag mit den Chinesen, betreffs der Anlage zweier neuer deutsch-chinesischer Bahnlinien, deren eine ganz, die andere teilweise in Schantung verlief. Letztere ging westlich über die Grenzen der Provinz und mündete in die Linie Peking-Hankau. Beide sollten mit deutschem Kapital gebaut werden, aber chinesisches Eigentum sein. Dadurch, daß Deutschland schon vorher auf die Eisenbahnkonzessionen, die ihm nach dem Vertrag von 1898 zustanden, verzichtet hatte, wie durch die Bedingungen, die es jetzt China stellte, legte es offen dar, daß es auch die letzten Spuren einer energisch angreifenden Politik verließ zugunsten kaufmännischen Zusammenwirkens.“

Das Problem Japans, Leipzig 1920, S. 88f

Deutschland verzichtet ihm vertraglich zustehende Eisenbahnkonzessionen, es verzichtet auf „energisch angreifende Politik“ und beschränkt sich in seinem Handeln auf den Handel – mit den Chinesen, auf „kaufmännisches Zusammenwirken“.

Das Problem Japans, Leipzig 1920, S. 89

Ich betone: Zusammenwirken!

Aber die Deutschen fallen nur „unangenehm“ auf: „Seit der Besitzergreifung von Kiautschau hatten die Deutschen keinen weiteren Versuch gemacht, um ihren Landbesitz oder die Sondervorrechte in China zu erweitern. Sie hatten sich nicht bemüht, ihre ‚Verwaltung‘ über Schantung hinaus auszudehnen, nicht einmal über die Eisenbahnzone. Die Schantung-Eisenbahngesellschaft hatte sich nie in eine politische Haltung gegeben, noch versucht, sich politisch zu betätigen. Die deutsche Regierung hatte sich nicht bemüht, die Bedingungen der Konvention von 1898 zu überschreiten. Man hatte nicht Streitfälle geschaffen und sofortige Beilegung verlangt, wie es das Vorgehen der Japaner in der Mandschurei gekennzeichnet hatte. Deutsche Untertanen hatten nicht ihre klar festgelegten Rechte überschritten; sie waren nicht ins Innere des Landes eingedrungen; sie hatten sich nicht in persönliche oder öffentliche Konflikte mit den Chinesen eingelassen.“

Das Problem Japans, Leipzig 1920, S. 89

Die Deutschen halten sich an ihre Verträge, werden nicht übergriffig, sondern ihr Verhalten ist so, wie es in Deutschland damals allgemein üblich war: Selbstrespekt und Respekt vor dem andern, hier dem Chinesen.

Aber dies alles ‚störte‘ den Frieden im fernen Osten, den ‚Frieden der Japaner‘: „In den letzten zehn Jahren hatten die Deutschen wirklich nichts getan, das darauf berechnet gewesen wäre, die Politik im fernen

Osten zu komplizieren; und außer auf dem Gebiet des Handels störten sie im fernen Osten keinen Frieden, als nur den Seelenfrieden der japanischen Expansionspolitiker. Betrachtet vom Standpunkt gründlicher Arbeit, erfolgreicher und gerechter Verwaltung und tatkräftiger Beihilfe zum wirtschaftlichen und sozialen Wohl des Volkes, das innerhalb seines Einflußgebietes lebte, kann keine der Mächte, die Einflußsphären an der chinesischen Küste besaßen, ihr Dasein besser rechtfertigen als Deutschland es konnte.“

Das Problem Japans, Leipzig 1920, S. 89

Der Boxeraufstand und des Deutschen Reiches Gegenbewegung

Der Boxeraufstand war ein Konflikt zwischen chinesisch nationalistischen Gruppen und den Kolonialmächten in China. Das bewaffnete Vorgehen, der „Boxer“ genannten Gruppe, gegen christliche Missionare und Vertreter der Kolonialmächte, wurde zu einem Krieg zwischen China und den letztgenannten.

Die Boxer verbreiteten ab 1899 in der deutschen Kolonie Schantung und der nordchinesischen Tiefebene bewaffnete Gewalt, zerstörten ausländische Einrichtungen und töteten in Peking Diplomaten, unter anderem auch den deutschen Botschafter v. Ketteler, Missionare und chinesische Christen. Kolonialmächte rückten in China ein, das den Kolonialherren den Krieg erklärt hatte.

In der „**Berliner Morgenpost**“ vom 4. Juli 1900 wird über den Krieg in China berichtet und der Entsendung deutscher Truppen dorthin. Eine Rede - ‚Kundgebung‘ - des Kaisers – die, wie heutzutage üblich, in nicht zusammenhängendem Text zur ‚Verteufelung‘ des Kaisers benutzt wird - zur Abreise der Truppen in Wilhelmshaven hielt, in der er betonte, daß der Mord des deutschen Gesandten v. Ketteler in Peking einer Kriegserklärung an das Deutsche Reich gleichkomme, was er in sehr deutlichen Worten ausdrückte. Die Berichte der „Berliner Morgenpost“ sollen ein wenig Klarheit über die damalige Situation bringen:

Presse - Berliner Morgenpost - Nr. 153 – Mittwoch, 4. Juli 1900

Der Krieg in China. Weitere Schreckensnachrichten.

London, 3. Juli. Die Abendblätter melden aus Schanghai: Berichte aus chinesischer Quelle besagen, daß an demselben Tage, an welchem Freiherr v. Ketteler ermordet wurde, noch zwei andere Gesandte ermordet worden seien. Man hegt den größten Zweifel, daß in Peking noch irgend ein Ausländer am Leben sei. Aus den selben Quellen verlautet, daß das Missionshospital in Mukden niedergebrannt und die dortigen christlichen Eingeborenen niedergemetzelt seien; die fremden Missionare seien nach Niutschwang geflüchtet.

.....

*

*

*

Presse – Berliner Morgenpost - Nr. 153 – Mittwoch, 4. Juli 1900

Die Ereignisse in China.

Wilhelmshaven, 3. Juli. Im Hinblick auf den Ernst der Lage in Ostasien wird ein aus Freiwilligen der Armee bestehendes Expeditionskorps in der Stärke einer gemischten Brigade aufgestellt werden.

Die Ermordung unseres Gesandten in Peking hat zwischen China und dem Deutschen Reiche ein Verhältniß gezeitigt, das trotz des Fehlens einer formellen Kriegserklärung als thatsächlicher Kriegszustand erscheint. Wenn trotzdem dem chinesischen Gesandten in Berlin die Pässe bisher nicht zugestellt wurden, so dürfte die diplomatische Zurückhaltung in erster Reihe darauf zurückzuführen sein, daß die deutsche Regierung ihre Maßnahmen im Einvernehmen mit den übrigen Großmächten zu treffen wünscht und die Tragweite der zu treffenden Entschlüsse sehr eingehende Erwägungen und Verhandlungen erheischen. Sicher ist jedoch, daß an maßgebender Stelle der feste Wille besteht, den Tod unseres Gesandten in einer der Stellung des Deutschen Reiches entsprechenden Weise zu ahnden und alle Vorbereitungen zu treffen, die für einen Feldzug gegen das chinesische Reich in Frage kommen.

Wilhelmshaven, 3. Juli. Die Abreise des Kaisers nach Norwegen ist aufgehoben. Dieser Entschluß beweist, daß Kaiser Wilhelm seine Anwesenheit zur Fassung eventueller neuer Beschlüsse für dringend nötig erachtet. Der Kaiser dürfte heute von Wilhelmshaven nach Berlin zurückkehren, um hier die Beratungen mit dem Grafen v. Bülow fortzusetzen. Wie verlautet, wird der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mit Rücksicht auf die politische Lage auf seinen Urlaub verzichten.

*

*

*

Die Kundgebung des Kaisers.

Der Kaiser hat bei Einschiffung der nach China bestimmten Seebataillone folgende bedeutsame Rede gehalten:

„Mitten in den tiefsten Frieden hinein, für mich leider nicht unerwartet, ist die Brandfackel des Krieges geschleudert worden. Ein Verbrechen, unerhört in seiner Frechheit, schaudererregend durch seine Grausamkeit, hat meinen bewährten Vertreter getroffen und ihn dahingerafft. Die Gesandten anderer Mächte schweben in Lebensgefahr, mit ihnen die Kameraden, die zu ihrem Schutze entsandt waren, vielleicht haben sie schon heute ihren letzten Kampf gekämpft. Die deutsche Fahne ist beleidigt und dem Deutschen Reiche Hohn gesprochen worden. Das verlangt exemplarische Bestrafung und Rache. Die Verhältnisse haben sich mit einer furchtbaren Geschwindigkeit zu tiefem Ernst gestaltet, und seitdem ich Euch unter die Waffen zur Mobilmachung berufen, noch ernster. Was ich hoffen konnte mit Hilfe der Marine-Infanterie wieder herzustellen, wird jetzt eine schwere Aufgabe, die nur durch geschlossene Truppenkörper aller zivilisierten Staaten gelöst werden kann.“

Kolonialpolitik im Reichstag – Montag, 16. März 1885

Die koloniale Politik war in der damaligen Parteienlandschaft umstritten, und Bismarck wurde von verschiedenen Seiten wegen seiner Kolonialpolitik attackiert. In der Reichstagsitzung vom 16. März 1885 spricht er Voraussetzungen an, die seiner Ansicht nach gegeben sein sollten, um diese Politik sinnvoll zu betreiben: „Eine coloniale Politik läßt sich nur machen, wenn sie getragen ist von dem – ich will nicht sagen einstimmigen, aber nahezu einstimmigen, entschlossen, festen, starken Nationalgefühl, das einen Ausdruck nicht nur im Volke und in der Presse, sondern auch im Reichstage, und zwar in der Mehrheit des Reichstags und auch durch die Führer derselben findet.“

Die politischen Reden Bismarcks; Horst Kohl, Bd. XI 1885 – 1886, Stuttgart 1894, S.136

Der Reichstag müßte hinter der Kolonialpolitik stehen, sollte sie erfolgreich sein.

Bismarck, von dem Virologen Virchow (Rudolf Ludwig Karl Virchow, 1821-1902, Arzt, Politiker) wegen seiner Kolonialpolitik angegriffen, der Reichskanzler hätte Gebiete ausgesucht, die sonst keiner wollte, erwidert ihm:

„Es fehlt nicht viel, so würde er in dem Sinne, den ich ja an seinen Geschäftsfreunden gewohnt bin, mich als die Wurzel alles Uebels zu betrachten, mir auch noch die Malaria aufgebürdet und behauptet haben, (Heiterkeit.) daß ich die expreß erfunden habe, um das deutsche Volk mit irgend einem reactionären Plane zu schädigen. Ich muß die ganze Kette seiner Argumente zurückweisen, die davon ausgeht, daß ich die Plätze ausgesucht hätte. Das ist nicht wahr; der deutsche Handel hat sie sich ausgesucht und hat von mir Schutz gefordert, und zwar im Appell an die Würde des Reiches und an das Ansehen unserer Flagge im Auslande.“

Die politischen Reden Bismarcks; Horst Kohl, Bd. XI 1885 – 1886, Stuttgart 1894, S.137

Er klärt den Arzt über die Vorgehensweise der Auswahl kolonialer Stätten auf, die von seiten des Handels dem Reich vorgeschlagen würden und die Reichsregierung bei Bedarf einen Schutz durch das Reich zugestehen würde, es also „Deutsche Schutzgebiete“ würden.

Bismarck nimmt staatsmännisch zu den Äußerungen Virchows weiter Stellung:

„Wenn der deutsche Handel sich diese ungesunden Plätze ausgesucht und dort seine Factoreien hat, so muß er doch glauben, daß er dort leben könne, so muß auch das Klima für weiße Leute möglich sein.“

Virchow stellt in Abrede, daß das Klima ein Leben in den Kolonien für Weiße unmöglich mache. Und Bismarck geht weiter sarkastisch auf Virchow ein: „Der Herr Abg. Virchow ist ja in Bezug auf klimatische und anthropologische Fragen sachverständiger als ich. Aber wenn ein deutscher Unternehmer das Deutsche Reich um Protection anruft – soll ich dann erst das Gesuch zur Begutachtung an das medicinische Amt, (Heiterkeit.) dessen Mitglied der Herr Abg. Virchow ist, richten und ihn fragen: Können Sie mir auch ein Sanitätsattest für das Klima abgeben? Das würde das Geschäft doch sehr verweiltläufigen. Außerdem glaube ich auch nicht, daß der Abg. Virchow in dieser Beziehung eigene Erfahrungen hat sammeln können; er wird sie auch aus Büchern und Schriften und Beobachtungen Anderer genommen haben, die uns Allen zugänglich sind.“

Die politischen Reden Bismarcks; Horst Kohl, Bd. XI 1885 – 1886, Stuttgart 1894, S.138

Der Reichskanzler zeigt dem Arzt Virchow seine Grenzen in Bezug auf die Kolonialpolitik und daß er sich doch mehr um sein Berufsgebiet sorgen sollte:

„Ich habe einen großen Glauben an seine wissenschaftliche Autorität in allen Dingen, die er selbst gesehen und erkannt hat, und deshalb gerade nicht an seine Ueberzeugung auf politischem Gebiet; aber in Bezug auf anthropologische ganz sicher, so weit seine eigene Forschung reicht; hier aber in Bezug auf

Neuguinea und Anderes ist er ebenso gut wie wir auf die Erzählungen Anderer angewiesen. Ich habe weder Neuguinea noch Altguinea ausgesucht, sondern der deutsche Handel hat sie sich ausgesucht, und ich habe mir die Frage vorlegen müssen: Wollen wir ihn dort schützen in seinen Unternehmungen oder nicht? – und ich habe sie mit Ihnen zusammen in der Hauptsache bejaht. Wenn ich darin Ihre Unterstützung finde, so werden wir ihn schützen; wenn ich die Unterstützung nicht finde, so werden wir ihn nicht schützen. Der deutsche Handel hat sich dafür beim Deutschen Reichstag zu bedanken“

Die politischen Reden Bismarcks; Horst Kohl, Bd. XI 1885 – 1886, Stuttgart 1894, S.138

Der Abgeordnete Virchow behauptet, daß es mehrere Generationen benötigen würde, bis der Weiße sich in afrikanischen Gegenden akklimatisieren könne: „...aber das glaube ich ohne Uebertreibung dem Herrn Reichskanzler sagen zu dürfen: Er wird es nicht erleben noch einer der hier Sitzenden, daß eine solche Acclimatisation in irgend einem der westafrikanischen Plätze oder in Neuguinea stattfindet.“

Die politischen Reden Bismarcks; Horst Kohl, Bd. XI 1885 – 1886, Stuttgart 1894, S.139

Bismarcks Konter: „Ich will mich nicht darauf einlassen, ob der Deutsche sich allmählich acclimatisirt, wie der Herr Vorredner uns das in drei oder vier Generationen vielleicht versprochen hat; ich will auch nicht empfehlen, mit Rücksicht auf die Acclimatisation vielleicht den Anwohner unserer nördlichen Provinzen, den Pommer und Uckermärker, zu Hause zu lassen und den südlicheren Sachsen und Schwaben vielleicht als schon etwas acclimatisirter dahin zu schicken, wie die Engländer das ja machen, indem sie ihre Truppe zuerst nach Malta und Gibraltar schicken, ehe sie sie in tropischen Gegenden verwenden. Ich glaube, wir bedürfen dieser Acclimatisirung gar nicht; die hanseatischen Kaufleute, die uns da vorausgegangen sind, leben doch in jenen Gegenden und treiben das Geschäft, das für den Deutschen dort zu treiben ein Bedürfniß ist; sie betreiben es, ohne wie die Fliegen dahinzusterben.“

Die politischen Reden Bismarcks; Horst Kohl, Bd. XI 1885 – 1886, Stuttgart 1894, S.140

Aber der Arzt Virchow läßt nicht locker und ergänzt seine Aussagen, ob die Erteilung der „imperial charter“, (Kaiserlicher Schutzbrief für die Gesellschaft für deutsche Colonisation vom 27. Februar 1885), nicht zu früh erteilt worden wäre, und es nicht besser gewesen sei, der afrikanischen Gesellschaft „erst Gelegenheit zu geben, zu zeigen, wie viel Mann nach Jahr und Tag noch übrig sein werden, und dann erst einmal fragen, ob es sich verlohnt, dafür noch Kaiserliche Charterbriefe auszugeben.“

Die politischen Reden Bismarcks; Horst Kohl, Bd. XI 1885 – 1886, Stuttgart 1894, S.140

Virchow ist überzeugt, wie andere seiner Zeit, daß für einen Deutschen ein längerer Aufenthalt in den Schutzgebieten tödlich enden würde. Diese Auffassung, die hier zutage tritt, entlockt Bismarck eine passende Antwort, die man einem ungläubigen Kind auch geben könnte, nicht zu warten, bis die Gelegenheit, ein Schutzgebiet zu erwerben, von anderen wahr genommen würde, „sondern sie hat den Augenblick wahrgenommen, um dort ein Thor für deutsche Arbeit, deutsche Civilisation und deutsche Capitalanlage offen zu halten. Wenn Das, was hinter diesem Thore liegt, sich nicht so bewährt, so ist das Aufgeben dessen ja immerhin möglich. Sie haben für Versuchsstationen – ich weiß nicht was, für Aquarien und dergleichen im Ausland – in unserem Budget doch ganz erhebliche Summen, die mit dem, was für Kamerun bewilligt ist, vollkommen in die Schranken treten können: Warum wollen Sie uns nicht ein Mal erlauben, eine Versuchsstation zu öffnen das erste Mal in diesem Leben für deutsche überseeische Unternehmungen, namentlich für diese, die die Mißgunst des Herrn Vorredners auf sich gezogen haben scheint, einstweilen gar Nichts gefordert wird?“

Die politischen Reden Bismarcks; Horst Kohl, Bd. XI 1885 – 1886, Stuttgart 1894, S.141

Bismarck vergleicht das Vorgehen der Regierung mit der Arbeit Virchows, die von der Regierung großzügig unterstützt und subventioniert würde, und daß das derzeitige Vorgehen der Regierung in der Frage der Kolonien noch keine Kosten verursachen würde. Aber Virchow kann sich nicht vorstellen, daß es ungefährlich für Deutsche sei, sich in den afrikanischen Breiten aufzuhalten und wenn man „den Strom der Auswanderung oder auch nur der Speculation in einem hervorragenden Maße nach diesen Landstrichen zu lenken, unsere Landsleute nicht bloß in die größte Gefahr, sondern wahrscheinlich auch direct in den Tod führen würden.“

Die politischen Reden Bismarcks; Horst Kohl, Bd. XI 1885 – 1886, Stuttgart 1894, S.142

Virchow kann sich kein Leben eines Europäers in den afrikanischen Kolonien vorstellen. Die lakonische Antwort Bismarcks: „Jeder ist seines Glückes Schmied Also lassen Sie sie doch!“

Die politischen Reden Bismarcks; Horst Kohl, Bd. XI 1885 – 1886, Stuttgart 1894, S.142

Einrichtung von Postdampfer-Linien – Kommunikation mit den Schutzgebieten

Die Kolonialpolitik steht noch am Anfang und verursacht heftige Diskussionen, denen sich der Reichskanzler im Reichstag stellen mußte. Ein weiteres Thema der obigen Reichstagsitzungen war die Einrichtung von Postdampfer-Linien, deren Gesetzesvorlage am 23. März 1885 im Reichstags angenommen und am 02. Juli vom Bundesrat genehmigt wurde. Diese Linien waren Staatslinien, die das Reich mit einem Volumen von 4,4 Millionen Mark subventioniert hatte und die Unternehmungen des Handels unterstützte. Ein Ausschnitt aus dem mit der Norddeutschen Lloyd in Bremen geschlossenen Vertrag soll einen Einblick in die Handelspolitik Deutschlands geben:

„Der Lloyd verpflichtet sich auf 15 hintereinander folgende Jahre zur Einrichtung und Unterhaltung folgender Postdampfschiffslinien:

A. Für den Verkehr mit Ostasien:

1. Eine Linie Bremerhaven nach China, und zwar über einen niederländischen oder belgischen Hafen, dessen Wahl der Genehmigung des Reichskanzlers unterliegt, Port Said, Suez, Aden, Colombo, Singapur, Hongkong und Shanghai;
2. eine Anschlußlinie von Hongkong über Jokohama, Hiogo, einen Hafen auf Korea, dessen Wahl der Genehmigung des Reichskanzlers unterliegt, Nagasaki zurück nach Hongkong.

B. Für den Verkehr mit Australien:

1. Eine Linie von Bremerhaven nach dem Festlande von Australien, und zwar über einen niederländischen oder belgischen Hafen, dessen Wahl der Genehmigung des Reichskanzlers unterliegt, Port Said, Suez, Aden, Tschagos-Inseln, Adelaide, Melbourne bis Sydney

C. eine Zweiglinie von Triest über Brindisi nach Alexandria. Die Weiterführung der Linie B. 1 von Sydney bis Brisbane bleibt dem Norddeutschen Lloyd überlassen.“

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Hrsg. Ernst Delbrück, Bd. XXVI 1885; Nördlingen 1886, S.115

Selbst die Reisegeschwindigkeit und die Häufigkeit der Fahrten werden vorgeschrieben. Für den notwendigen Neubau von Schiffen wird vorgegeben:

„Die neu einzustellenden Dampfer müssen auf deutschen Werften und thunlichst unter Verwendung deutschen Materials, gebaut und die Baupläne vom Reichskanzler genehmigt werden. Der Kohlenbedarf ist, soweit wie thunlich, durch deutsche Erzeugnisse zu decken.“

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Hrsg. Ernst Delbrück, Bd. XXVI 1885; Nördlingen 1886, S.115

Die Dampfer müssen in deutschen Werften gebaut werden – eine staatliche Maßnahme der Arbeitsbeschaffung, zur Unterstützung der deutschen Wirtschaft – nicht einer ausländischen.

Für die deutsche Wirtschaft in Übersee wurde auch für eine schnellere Kommunikation gesorgt, die, nicht nur durch Postschiffe, sondern durch Kabel bewältigt wurde. Deutschland hatte vor dem Krieg „ein Unterseekabelnetz eingerichtet, das für den Dienst ihrer Kolonien und ihres Handels bemerkenswert organisiert war. Es waren nicht weniger als 15 Kabel:

Emden – Vigo; Emden – Brest; Emden – Teneriffa; Emden – Azoren; zwei Kabel Azoren – New York; zwei Kabel Teneriffa – Monrovia; Monrovia – Pernambuco; Lome – Duala; Konstantinopel – Constantza; Tschifu – Kiautschou – Schanghai; Yap – Schanghai; Yap – Guam und Yap – Menado.“

Wiener Zeitung – Nr. 102 – Sonntag, 4. Mai 1919 – S.7

Nach dem Krieg waren nicht nur die deutschen Schutzgebiete Vergangenheit, sondern auch die Kommunikationseinrichtungen mit denselben – Kriegsbeute der Alliierten, besonders England und Frankreich.

Der Kaiser und die chinesische Kolonie

Nicht ohne Stolz erzählt Kaiser Wilhelm II. in seinem Buch „Ereignisse und Gestalten – 1878-1918“ über die chinesische Kolonie und die Bedeutung Tsingtaus: „Hier war alles auf die Belebung von Handel und Industrie zugeschnitten, und alles wurde gemeinsam mit den Chinesen geschaffen, wie auch die Flagge des chinesischen Reiches über der Zollbehörde in Tsingtau wehte. Die Entwicklung war derart, daß der Ort in den letzten Jahren vor dem Kriege im Handelsregister der großen chinesischen Kaufmanns- und Handelsgilde gleich hinter Tientsin an sechster Stelle unter allen chinesischen Handelsplätzen stand. Tsingtau war eine aufblühende deutsche Handelskolonie, von den Chinesen geschätzt und bewundert, und viele Chinesen wirkten in ihr mit. Es war gewissermaßen ein großes Musterlager deutschen Könnens und deutscher Leistungen zur Auswahl und Nacheiferung für die Chinesen, die Deutschland, seine Leistungsfähigkeit und seine Produkte vorher nicht gekannt hatten; ein Gegensatz zu den rein militärischen, auf Beherrschung und Eroberung gerichteten Flottenbasen Rußlands und Englands. Das schnelle Aufblühen Tsingtaus als Handelsplatz hat den Neid der

Japaner und Engländer erregt, wenn letztere es sich auch nicht nehmen ließen, in Scharen mit ihren Familien den herrlichen Strand und das schöne Strandhotel der Kolonie aufzusuchen.“

Kaiser Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Berlin 1922, S.65/66

Mit Kriegsbeginn fand auch das deutsch-chinesische Kolonialvorbild ein rasches Ende. Mit der Kriegserklärung Japans an Deutschland am 23. August 1914 war auch die deutsche Präsenz in China am Ende:

„Aus Neid verlangte England 1914, Japan solle sich Tsingtau nehmen – obgleich es de facto chinesisch war. Japan tat es mit Freuden unter dem Versprechen der Rückgabe an China.“ Die Japaner hatten leichtes Spiel, mit einer fast zehnfachen Übermacht gegen 3000 Deutsche war Schantung mit Tsingtau schnell in japanischer Hand. Die Rückgabe Schantungs an China erfolgte erst 1922.

Kaiser Wilhelm schließt: „Damit ist ein großes deutsches Kulturwerk im Ausland, das vorbildlich für die Art und Weise war, wie ein Kulturland einer anderen Nation die Vorteile seiner Kultur zeigen und mitteilen kann, durch englischen Handelsneid vernichtet worden.“

Kaiser Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Berlin 1922, S.65/66

Und die Japaner fanden endlich ihren „Seelenfrieden“.

Die deutsche Geschichte chinesischer Kolonie, wohl eine Kolonie, wie sie zur damaligen Zeit rundum gehandhabt wurde, um Rohstoffe günstig zu erhalten, sicher auch auf Kosten der Chinesen in Schantung, was aber von deutscher Seite durch Ausbau der Infrastruktur und Aufbau von Bildungseinrichtungen und gemeinsames Handeln ausgeglichen wurde.

England

England gehört mit zu den Vorreitern in Sachen Kolonialisierung, dem neuen Imperialismus. Einer der bekanntesten Coups war der „Opiumkrieg“, mit dem England China in die Knie zwang und einen Milliardengewinn einstrich. Es war ein Wirtschaftskrieg, so wie die folgenden, die England in oder um Kolonien führte. Frankreich kommt mit seinen Kolonien in dieser Beziehung direkt hinter England. Die Kolonien werden nicht kultiviert, sondern dienen einzig und allein dem „Zugang zu den natürlichen Ressourcen der betreffenden schwachen Nation, die Möglichkeit, diese Ressourcen mit billigen Arbeitskräften und ohne angemessene Gegenleistung für das Privileg auszubeuten, sowie günstige Konzessionen für Eisenbahnen, mit denen man mit der Beute davonkommt. Der übliche Prozess besteht darin, einen ‚Anteil‘ am Land zu erlangen, Konzessionen für Minen, Holz oder Öl, oft durch Bestechung, und dann mit Zwang zu beginnen, der normalerweise zu einer bewaffneten Intervention im Namen des jeweiligen Interesses führt.“

What really started it, in: Shall it be again? – by John Kenneth Turner – New York 1922, S.225ff
(John Kenneth Turner, 1879-1948, amerikanischer Schriftsteller, Journalist)

Dieser Prozess wurde als "der neue Imperialismus" bezeichnet.“

Dieses Verhalten hat sich bis in die heutige Zeit gehalten, nur wesentlich subtiler in der Durchführung.

England hatte seinen Stil, die gewünschte Kolonie zu unterwerfen; in der Regel geschah dies mit Hilfe von Pulver und Blei oder sonstigen Unterdrückungsmaßnahmen. In dieser Form der ‚Eroberung‘ war England Spezialist.

Südafrika zum Beispiel: „Nachdem England die Buren durch Kanonenschuss überredet hatte, den britischen Minenbesitzern das zu geben, was sie wollten, räumte es Südafrika ein Maß an Selbstverwaltung ein, das dem von Kanada und Australien nahekam. Weil der Geist der Buren nicht vollständig gebrochen werden konnte, war es zufällig ein gutes Geschäft, dies zu tun.“

What really started it, in: Shall it be again? – by John Kenneth Turner – New York 1922, S.225ff

Der Burenkrieg dauerte von Oktober 1899 bis Mai 1902, den Widerstand der Buren gegen das Verlangen der Briten zu brechen. „Aber nirgendwo sonst in der britischen Herrschaft in Afrika oder Asien ist die Selbstverwaltung in Betrieb. In diesen riesigen Herrschaftsgebieten ist die Regierung von und für britische Anleihegläubiger, britische Konzessionäre und britische Amtsträger.“

What really started it, in: Shall it be again? – by John Kenneth Turner – New York 1922, S.225ff

Dazu ergänzt ein Artikel des „**Posener Tageblatt**“ vom 19. September 1914 das Verhalten der Briten in ihren Kolonien, speziell bei den Buren: „Die Art der Unterwerfung der Buren ist einer der größten Schandflecke in der englischen Geschichte. Der ewigen Erinnerung daran wurde am 16. Dezember 1913 in Bloemfontein (Oranje-Freistaat) von den Buren das National-Fraundenkmal enthüllt, das das Andenken wachhält an die in den **britischen Konzentrationslagern** unter unsäglichen Martern und Entbehrungen gestorbenen 26.000 Frauen und Kinder.“

Posener Tageblatt - Nr. 439 - Donnerstag, 19. September 1918

Oder ein Blick nach Indien und Ägypten, wie die Engländer sich dort verhielten: „Es hat sich gezeigt, daß die Hungersnöte in Indien weniger auf Überbevölkerung oder Missernten zurückzuführen sind als auf die Aneignung von Ernten durch britische Herren. Die unersättlichen Forderungen britischer Anleihegläubiger und Konzessionäre, die durch britische Bajonette erfüllt wurden, sind für den massenhaften Hunger der Ägypter in den letzten Jahrzehnten und für das gegenwärtige Elend der ägyptischen Bevölkerung verantwortlich.“

What really started it, in: Shall it be again? – by John Kenneth Turner – New York 1922, S.224

Turner drückt die britische Lebensweise so aus: „Kraft seines ‚glorreichen‘ Reiches lebt England mehr als jede andere Macht von erzwungenen Tributen ‚schwacher Nationen‘. Durch Aggression, Vertragsbruch, Gräueltaten und Konflikte wurde London zum Finanzzentrum der Welt, England zum ‚Bankier der Welt‘.“

What really started it, in: Shall it be again? – by John Kenneth Turner – New York 1922, S.226

Ein weiterer Blick in den Artikel des „**Posener Tageblatt**“ vom 19. September 1914, einen Artikel, der die Inbesitznahme Englands u.a. von Australien und Neuseeland zum Thema hat, wie die Herren der ‚Kultur‘ und ‚Friedfertigkeit‘ das in Besitz genommene Land für ihre Bedürfnisse ‚herrichteten‘. Darin wird angedeutet, daß England gegen die deutschen Kolonien propagierte um sie, wie man richtig vermutete, nach dem Kriege selbst zu übernehmen, da Deutschland völlig ungeeignet in der Handhabung von Kolonien sei.

Der Artikel bringt ein Beispiel, wie die Engländer Tasmanien „säuberten“ und für ihre Zwecke „herrichteten“:

„Gerade England hätte sich hüten sollen, den Deutschen Grausamkeiten in den Kolonien vorzuwerfen, denn kein Kolonialvolk hat je so unmenschliche Grausamkeiten begangen wie England. Deutschland hat die Eingeborenen nie geknechtet, sondern diese haben sich unter deutscher Herrschaft wohl gefühlt. England aber behandelt in Australien und Südafrika bis in die neueste Zeit die Eingeborenen wie Sklaven. Die neuere Geschichte Australiens und Neuseelands ist eine planmäßige Vernichtung der dortigen Eingeborenenrassen. In Tasmanien wurden die Eingeborenen unter der Verwaltung des englischen Gouverneurs Arthur in der Weise ausgerottet, daß die englischen Soldaten und Ansiedler eine Treiberkette über die ganze Insel bildeten und die Eingeborenen wie Känguruhs jagten und niederschossen. Nach zweimonatigem Marsch war die grausame Menschenjagd im wesentlichen beendet. Die wenigen Überlebenden wurden auf die Flinders-Insel gebracht, wo sie infolge des ungesunden Klimas schnell ausstarben. Im Jahre 1870 schon war die gesamte Rasse der Tasmanier ausgerottet.“

Weiter heißt es zu den britischen ‚Säuberungen‘: „Ebenso trostlose Zustände herrschen in Westaustralien. Die blühende Eingeborenenbevölkerung von Neuseeland und Polynesien hat England durch zielbewußte Grausamkeit im Laufe der letzten 50 Jahre dezimiert. Nach der englischen Statistik gab es im Jahre 1840 noch 120.000 Maoris, im Jahre 1901 nur noch 43.000. Die Bevölkerung der Tanga-Inseln hat sich während der beiden letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts von 80.000 auf 12.500 vermindert. So verwaltet England seine australischen Kolonien.“

Posener Tageblatt - Nr. 439 - Donnerstag, 19. September 1918

Für die britische Krone war klar: sie war die Nummer Eins auf dem Weltenrund und Nummer Eins duldet keine Konkurrenten. Das Verhalten Englands gegenüber Konkurrenten, die an seinem ersten Platz nagten, äußerte sich in Machtdemonstrationen, „gelegentlich in Gewaltanwendung“, um klar zu machen, wem der erste Platz gebührt, doch „Deutschland blieb die einzige Herausforderung für die britische Vormachtstellung. So wurde Deutschland zur Weltgefahr.“

What really started it, in: Shall it be again? – by John Kenneth Turner – New York 1922, S.229

Nach 1870 war Deutschland keine Weltgefahr, aber eine Gefahr für das britische Selbstbewußtsein, daß jemand es wagte, erfolgreicher zu sein als das „exzellente Große Britannien“.

Als unbestrittene Seemacht hatte sich England gegen alle möglichen Konkurrenten durchgesetzt. Das Mittelmeer war seine Domäne. Mit Gibraltar – dem Felsen am spanischen Festland – hatte es die Kontrolle über den Zugang zum Atlantik und mit dem Suezkanal die totale Kontrolle über das Mittelmeer. So stand ein Großteil des Welthandels unter britischer Kontrolle und die Seefahrt war nicht frei. Wer das Mittelmeer für seinen Handel benutzen wollte oder mußte, war abhängig von dem Wohlwollen der Briten. Hinzu kam, daß es England gelang, den Suez-Kanal von Frankreich unter seine „Fittiche“ zu nehmen.

Der Kanal-Tunnel

Die englische Vormachtstellung war und wurde nie sonderlich bedroht durch Deutschland, aber England **fühlte** sich durch die deutschen Erfolge in seiner Vormachtstellung bedroht, was es nicht ertragen konnte.

„Mit dem Tode König Eduards ist die Einkreisungspolitik gegen Deutschland, die er mit großem staatsmännischen Geschick eingeleitet hatte, in sich zerfallen“.

Deutschland und der nächste Krieg, Friedrich von Bernhardi, Stuttgart 1911,, S.39

So Bernhardi, seines Zeichens General und Militärgeschichtler seiner Zeit; (Friedrich Adam Julius von Bernhardi, 1849 – 1930, preußischer General der Kavallerie, Militärgeschichtler) er sah die Deutschlandpolitik des englischen Königs Eduards VII. (König von Großbritannien von 1901 bis 1910) als eine Politik der Einkreisung Deutschlands, die Deutschland auf der Welt isolieren sollte. Er war der Überzeugung, daß mit dem Tode Eduards VII. diese Deutschlandpolitik ein Ende gehabt hätte. Aber Eduards Sohn und Nachfolger auf dem englischen Thron, Georg V. (König von Großbritannien von 1910 – 1936), setzte mit seinen Ministern, an deren Spitze Sir Edward Grey, das Erbe seines Vaters gegen Deutschland erfolgreich fort.

Die Insel England macht das Volk, das mit den Deutschen verwandt, zu einer fast uneinnehmbaren Bastion. Als Insel hat man es vom Kontinent schwer, die Insulaner anzugreifen, die Insel schützt vor solchen Angriffen. Sie müssen praktisch nur ihre Insel vom Meer her schützen und darin sind sie Experten, schon seit Jahrhunderten. Sie sind auch Experten im Kriegführen, was ihre Besitzungen rund um den Globus beweisen. Aber wenn man ihnen vorwirft, Urheber des Ersten Weltkrieges zu sein, - oh nein - dann war klar, „daß sie den Krieg nicht gewollt, sei denn, daß sie sich auf ihn vorbereiteten hätten. Wenn sie den Krieg gewollt hätten, so hätten sie sich auch vorbereitet auf ihn. Daß sie das aber nicht getan haben, dafür zeugt der Umstand, daß sie weder Truppen, noch Munition hatten und daß sie erst jetzt für Munition sorgen müßten.“
Das Endziel des Weltkrieges, Maurus Revai, Berlin 1916, S.65

Die Engländer sind in diesen Krieg „ungewollt“ hineingeschliddert, gleich den „armen“ Franzosen, weil sie alles dafür getan haben, daß er stattfindet.

England fürchtete sich vor dem Erstarken anderer, die ihm in seinem Handeln in die Quere kommen könnten. Bereits im 19. Jahrhundert existierten Pläne für den Bau eines Kanaltunnels zwischen England und Frankreich. Aber die Briten weigerten sich ihn zu bauen.

„Die Befürchtung, die den Bau des Tunnels verbot, konnte nur aus einem von zwei Gründen erklärt werden. Entweder fürchtete die öffentliche Meinung, daß unser enges Einvernehmen mit Frankreich in absehbarer Zeit einer so harten Feindschaft Platz machen könnte, daß die Franzosen zu einem plötzlichen und hinterhältigen Invasionsplan verleitet würden. Oder man befürchtete, daß Frankreich innerhalb derselben absehbaren Zeit – ‚unserer Zeit‘, in der wir um Frieden beten – von einem deutschen Eroberer so sehr zerschlagen werden könnte, daß er den Tunnel für einen Abstieg an unseren Küsten nutzen könnte. Die Wildheit dieser Befürchtungen und die Abgelegenheit dieser Risiken gaben das Maß der Unsicherheit an, in der sich dieses Land glaubt zu leben.“
The war of steel and gold, H.N.Brailsford, London 1914, 10.Aufl. 1918, S.10f

So war die Folge dieser Überlegungen, den Kanal nicht zu bauen, denn es könnte ja eine Bedrohung für die Insel werden. Engländer waren stark darauf bedacht, ihr einmal gewonnenes Vermögen, Kapital, was auch immer, eben alles Materielle, vor möglichen Eindringlingen zu schützen und zu bewahren. Und das mußte man gründlich machen.

Englands Handeln

England hat seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert nichts anderes getan, als sich auf den Krieg gegen Deutschland vorzubereiten. Die Entente, „die große Allianz, die Einkreisung auf diplomatischem Wege vorbereitet. Mit der Erledigung durch die Waffen wollte es freilich nichts zu tun haben. Das hätte seinen Traditionen nicht entsprochen. Weshalb ist denn der Franzose, der Russe, der Italiener, der Serbe auf der Welt?“

Das Endziel des Weltkrieges, Maurus Revai, Berlin 1916, S.65

Für die ‚Drecksarbeit‘ hat man eben seine Leute und für „einen solchen Krieg war England gründlich vorbereitet.“ Man erwähnt, diese Eigenart der englischen Kriegsvorbereitung und Kriegsführung sei für „England eine Industrie, eine der möglichen Arten, reich zu werden, das blühendste Geschäft, die einträglichste Geldanlage.“

Das Endziel des Weltkrieges, Maurus Revai, Berlin 1916, S.66

So wird Robert Seeley, ein englischer Geschichtsforscher, in „Das Endziel des Weltkrieges“ auf Seite 66 zitiert. Die Engländer lebten und leben ihre jahrhundertealten Traditionen und achteten darauf, daß diese nichts ins Schwanken brachte.

Die englische und französische Verbindung, die uns hell leuchtend vor Augen stehen müßte, würde nur zu einer Stellung der Engländer als „Hilfscorps“ in einem Kampf gegen Deutschland führen. Denn „England kommt es offenbar darauf an, unsere Kriegsflotte und unseren Überseehandel zu vernichten, um jedes weitere Anwachsen unserer Macht zu verhindern Es will Frankreich nur benutzen, um mit dessen Hilfe seine

Sonderzwecke zu erreichen, niemals aber wird es sich zum besonderen Vorteil seines Bundesgenossen Opfer auferlegen, die nicht unbedingt erforderlich sind. Diese Gesichtspunkte werden seine Kriegführung kennzeichnen, wenn es sich durch die Weltlage und im Interesse seiner Seeherrschaft veranlaßt sehen sollte, sich an einem Kriege gegen uns zu beteiligen.“

Deutschland und der nächste Krieg, Friedrich von Bernhardi, Stuttgart 1911, S.174

England fühlte sich durch Deutschlands prosperierende Wirtschaft provoziert und sah sein Model der „Balance of Power“ in Gefahr: „Das Gleichgewicht der Mächte in Europa aufrechtzuerhalten‘ ist das Motiv, das uns inspirierte, die Triple Entente (*England – Frankreich – Rußland*) als Barriere gegen den Dreibund (*Deutschland-Österreich-Ungarn-Italien*) zu errichten, die uns in eine bewußte und gewohnheitsmäßige Rivalität mit Deutschland führte, uns zum Verbündeten Frankreichs in einem Streit machte, der nicht der unsere war“.

The war of steel and gold, H.N.Brailsford, London 1914, 10.Aufl. 1918, S.27

Ein Streit der nicht der Streit der Engländer war – dafür wurde die Entente geschaffen, um Frankreich, Rußland und England im Kampfe zu verbinden – gegen Deutschland. Denn Deutschland gefährdete durch seine erfolgreiche Handelspolitik das englische „Gleichgewicht der Mächte“ und, wie bereits gesagt, wenn eine alte englische Tradition gefährdet wurde, mußte energisch eingeschritten werden um die lebenserhaltende „Balance of Power“ wiederherzustellen.

Es ist interessant zu erfahren, wie die Engländer ihre Argumentation für einen Krieg mit Deutschland beschreiben:

„Was wäre schlimmstenfalls geschehen, wenn die Triple Entente nicht zustande gekommen wäre oder wenn sie durch geschickte Diplomatie oder innere Spannungen zerbrochen wäre? Welchen Nutzen hätten die Mächte des Dreibundes über einen langen Zeitraum von Jahren aus ihrer Vormachtstellung gezogen? Deutschland hätte zweifellos seine friedliche ‚Durchdringung‘ der Türkei fortgesetzt. Die Bagdadbahn wäre von Endstation zu Endstation eine rein deutsche Linie gewesen, und der deutsche Bankier und der deutsche Bergbauingenieur wären ihrem Verlauf gefolgt und hätten der türkischen Bevölkerung einige zufällige Vorteile verschafft um große Dividenden für Hamburg und Berlin zu erwirtschaften. Der britische Handel hätte an der gestiegenen Nachfrage nach Waren teilgenommen, aber der deutsche politische Einfluss an der Pforte (*Türkei*) hätte unsere Finanziere größtenteils von den großen Gewinnen ausgeschlossen, die aus Konzessionen und Monopolen zu erzielen waren. Die französische Besetzung Marokkos wäre wahrscheinlich nicht durchführbar gewesen, oder wenn sie stattgefunden hätte, wäre sie Teil eines umfassenden Abkommens zwischen Frankreich und Deutschland gewesen. Das Land hätte zwischen ihnen aufgeteilt werden können, oder Deutschland hätte sich mit wirtschaftlichen Erleichterungen begnügen können, wenn ihm französisches Kapital für seine Industrie- und Kolonialunternehmen zur Verfügung gestellt worden wäre. Es ist nicht so sehr Marokko, das die Deutschen begehrt haben, sondern das ausgezeichnete Eisenerz, das seine Berge enthalten. Auch besitzt Frankreich nichts, was Deutschland begehrt, außer den unendlichen Kapitalien, die französische Banken im Verein mit der französischen Diplomatie nach Rußland, in die Türkei, nach Südamerika – in jeden Winkel der Erde außer Deutschland – leiten. Durch Schmeicheleien oder durch Tyrannei oder durch die typisch deutsche Kombination von beidem hätte die deutsche Diplomatie, wenn es keine Triple Entente gegeben hätte, irgendwie ihren Weg zu den marokkanischen Minen und der Pariser Börse gefunden.“

The war of steel and gold, H.N.Brailsford, London 1914, 10.Aufl. 1918, S.32f

England habe nie aufgehört, „sich in europäische Händel zu mischen. Wo zwei Länder sich stritten, hat es sich stets auf Seite desjenigen gestellt, das ihm das minder mächtige erschien, angeblich, um das europäische Gleichgewicht zu erhalten, in Wirklichkeit um die Wagschale zu seinen Gunsten zu senken.“

Die Urheber des Weltkrieges, Lujo Brentano, München 1922, S.23

Es ging England nicht nur darum sich „für den eigenen Handel Vorteile zu sichern, sondern auch den Handel jedwedem möglichen Konkurrenten zu schädigen. Englands Kriege dienten zur Erpressung von Handelsverträgen, die, für England vorteilhaft, den schwächeren Staaten schädlich erschienen, zur Eroberung von Kolonien und zur Vergewaltigung der eigenen Kolonien im Interesse des Mutterlandes, besonders aber, seit Cromwell England die Übermacht zur See verschafft hatte, zur Wegnahme nicht nur des feindlichen, sondern selbst des neutralen Privateigentums zur See. Denn im 18. Jahrhundert galt nicht einmal im Landkrieg, daß das Privateigentum vor feindlichem Zugriff sicher sein solle, und im Seekrieg war jedes gekaperte Handelsschiff samt seiner Ladung selbstverständliche Beute; durch Blockieren der feindlichen Häfen schädigte man den Handel sowohl der Feinde als auch der Neutralen. Man beanspruchte das Recht, jedwedem Schiff auf hoher See zu durchsuchen, ob es nicht Waffen oder anderes, was dem Feinde dienen könne, an Bord führe, und stellte die beschlagnahmten Schiffe vor Gerichte, die lediglich mit Richtern, die der beschlagnehmenden Nation angehörten, besetzt waren. Den Höhepunkt hat diese Seetyrannei Englands während der Napoleonischen Kriege erreicht. Es hat damals nicht nur die Handelsmarine des feindlichen Frankreichs,

sondern auch die neutralen holländischen, deutschen und dänischen Handelsmarinen vernichtet.“

Die Urheber des Weltkrieges, Lujo Brentano, München 1922, S.23f

Die Art der englischen „Kriegsführung“ durch eine totale See-Blockade erfuhr auch Deutschland während und bis weit nach dem ersten Weltkrieg, was zu Hungersnot und Tod in Deutschland führte.

Was das Privateigentum gekaperter Schiffe betrifft: Eine interessante und typisch englische Verhaltensweise zeigt sich auf der Pariser Konferenz 1856, auf der entschieden werden sollte, daß das Privateigentum zur See unangetastet bleiben solle. Es scheiterte am Widerstand Englands, denn „England erwarte mit seiner überlegenen Flotte, den Handel der mit ihm im Kriege befindlichen Nationen in kürzester Zeit zu ruinieren und sich so nicht nur seine Übermacht zur See, sondern auch seine Herrschaft für alle Zeiten zu sichern.“

Die Urheber des Weltkrieges, Lujo Brentano, München 1922, S.25

England ~~handelt~~ handelte nach dem Spruch „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein“ – eine klare und deutliche Handlungsweise. Eine treffende Aussage, die auch auf das englische Verhalten in Bezug auf die Deutschen in ihren Kolonien zutrifft.

Die „Times“ schreibt in einem Artikel am 11. Dezember 1914, wie das englische Kriegs-Geschäftsmodell aussieht: „Vom Gesichtspunkt des englischen Gewerbetreibenden ist es um so besser, je länger der Krieg dauert. Wir fühlen wohl jetzt die vielen Übelstände, werden aber dann jahrelang den Nutzen genießen. In den britischen Kolonien wird jede deutsche Firma der Vernichtung anheimfallen, die zum Nachteil des britischen industriellen und Handelslebens prosperiert. Verfügten wir über eine größere Militärmacht, um dies auf den Kriegsschauplatz zu werfen und Deutschland schon am Start zu unterjochen – so würde das Ergebnis nicht so weitreichend sein.“

Das Endziel des Weltkrieges, Maurus Revai, Berlin 1916, S.68

Eine klare und eindeutige Ansage: Deutschlands Handel und Industrie in allen britischen Kolonien vernichten, so daß keine Gefahr einer Konkurrenz mehr existiert. Maurus Revai zitiert einen Sidney Witham, Amerikaner, der in einer Sammlung von Zeitungsartikeln erwähnt, daß der deutsche Handel außerhalb der Reichsgrenzen vernichtet sei, als erstes Ergebnis des Völkerkrieges und England diese reife Frucht festhalten müßte.

Das Endziel des Weltkrieges, Maurus Revai, Berlin 1916, S.69

Was sich nach dem Krieg als Tatsache herausstellte: Deutschland wurde weltweit enteignet und sein erfolgreicher Welthandel vernichtet, die Grundlage des deutschen wirtschaftlichen Reichtums der wilhelminischen Zeit.

Englands Hoffnung war, daß es Frankreich gelingen würde, „in die Rheinprovinz einzudringen.“ Denn die „hervorragendsten englischen Zeitschriften bezeichneten ganz brutal und zynisch als das Hauptziel des Einbruches, die sozusagen dort konzentrierten riesigen industriellen Emporien Deutschlands, alle seine Fabriken, Fabrikstädte, Bergwerke, mit einem Worte diese ganze große Industrie voll und ganz zu vernichten, so daß an deren Wiederaufleben nicht einmal mehr gedacht werden könne.“

Das Endziel des Weltkrieges, Maurus Revai, Berlin 1916, S.69

Hier ist der Spruch „Germania esse delendam“ voll und ganz angebracht, um die Ziele Englands zu benennen, Deutschlands wirtschaftliches Herz im Ruhrgebiet zu zerstören – zerstören zu lassen.

Was sind die Engländer für Menschen, stammesverwandt mit den Deutschen aber ohne gemeinsame „Wesenszüge“. Der Engländer „hält seine Nation für das auserwählte Volk Gottes, das berechtigt ist, alle Macht schrankenlos an sich zu reißen. Das englische Volk glaubt, es sei berufen, die Welt zu beherrschen, und die Welt sei von Gott nur geschaffen, um den Rahmen für das englische Imperium zu bilden. Überzeugt davon, daß England die Zivilisation, die Kultur selbst sei, meint es völlig aufrichtig, ein Privileg dafür zu haben, sich durch die Ausbeutung der übrigen Völker und Länder zu bereichern.“

Das Endziel des Weltkrieges, Maurus Revai, Berlin 1916, S.73

Dieses Verhalten kennzeichnete auch das britische Vorgehen zur Vorbereitung des Krieges und man kann es auch in unseren Tagen hinter den Ecken hervorblinzeln sehen. Es ist ein prägendes Stück britischen Charakters, dem ich ein klein wenig an Aufmerksamkeit schenken möchte.

Englands Charakter

Eine Vielzahl von Menschen haben versucht, die Briten zu charakterisieren. Interessant sind die Charakterisierungen, die von Engländern über ihr eigenes Volk abgegeben wurden, wie z.B. von Thomas Carlyle (04.12.1795 – 05.02.1881):

„Es steht leider fest, fürchte ich, daß in England mehr als in irgend einem anderen Lande, das öffentliche und das häusliche Leben, Staat und Religion und alles, was wir tun und sprechen, ein Gewebe von halben Wahrheiten und ganzen Lügen ist, von Heucheleien, leeren Formen und abgetragenen, zerlumpten, spinnwebdünnen Überlieferungen. Ein feines Gift der Lüge durchdringt die englische Gesellschaft. ,Wir sind ein Volk, versunken in Heuchelei, durchdrungen von ihr bis auf die Knochen.““

Das Endziel des Weltkrieges, Maurus Revai, Berlin 1916, S.77

Und Bernard Shaw (26.07.1856 – 02.11.1950) wird über den ersten Weltkrieg und die Engländer zitiert: „Wir wissen wohl, daß selbst in Kreisen, die von freundschaftlichen Gefühlen für das englische Volk erfüllt sind, die Meinung vorherrscht, unsere ausgezeichneten Eigenschaften seien durch unverbesserliche Heuchelei verseucht.“

Das Endziel des Weltkrieges, Maurus Revai, Berlin 1916, S.77

Selbst Deutschlands heiliger Schriftsteller Goethe (28.08.1749 – 22.03.1832), äußerte sich über die Insulaner:

„Nirgendwo gibt es soviel Heuchler und Scheinheilige wie in England.“

Das Endziel des Weltkrieges, Maurus Revai, Berlin 1916, S.78

Heinrich Heine (13.12.1797 – 17.02.1856) reiht sich mit seiner Meinung ein in die Schar der Literaten, die Englands Charakter beschreiben:

„Seitdem ich tief begriffen habe, welcher schnöde Egoismus in ihrer Politik waltet, erfüllen mich diese Engländer mit einer grenzenlosen, grauenhaften Furcht. Ich hege den besten Respekt vor ihrer materiellen Obmacht; sie haben sehr viel von jener brutalen Energie, womit die Römer die Welt unterdrückten, aber sie vereinigen mit der römischen Wolfsgier auch die Schlangenlist Karthagos. Gegen erstere haben wir gute und sogar erprobte Waffen, aber gegen die meuchlerischen Ränke jener Punier der Nordsee sind wir wehrlos. Und jetzt ist England gefährlicher als je, jetzt wo seine merkantilen Interessen unterliegen: Es gibt in der ganzen Schöpfung kein so hartherziges Geschöpf, wie ein Krämer, dessen Handel ins Stocken geraten, dem seine Kunden abtrünnig werden, und dessen Warenlager keinen Absatz mehr findet.“

Das Endziel des Weltkrieges, Maurus Revai, Berlin 1916, S.78

Selbst Bismarck wird zitiert, der vergeblich versuchte, mit England auf Bündnisebene zu verkehren, welcher meinte:

„Die augenfälligste Eigenschaft der englischen Politik ist die Heuchelei.“

Das Endziel des Weltkrieges, Maurus Revai, Berlin 1916, S.78

Bismarcks Versuche, mit England ein Bündnis zu schließen scheiterten an der Haltung Englands, das schon bald nach der Gründung des Zweiten Deutschen Reiches eine antideutsche Tendenz entwickelte und lieber ein angelsächsisches Bündnis mit den Vereinigten Staaten und Frankreich einging, was letztlich auch Rußland mit einbezog.

Ein deutscher Botschafter in London äußerte sich einem Briten gegenüber über die außerordentliche Freundlichkeit, mit der man ihm bei seinen Empfängen in der Botschaft seitens der Engländer entgegenkam. Er erhielt zur Antwort, daß er auf diese Äußerlichkeiten keinen Wert legen dürfe, dies sei nur Fassade und was die Engländer denken würden, das würde er nicht erfahren.

Die Heuchelei, ein englisches Charakteristikum.

Englands Kriegsvorbereitungen

Um die Haltung Englands in der Juli-Krise – die später näher betrachtet wird – besser zu verstehen, hier ein Bericht eines ehemaligen englischen Majors, Cyprian Bridge, der 1908 seinen Abschied aus dem britischen Generalstab nahm, der mit seinem Bericht die Aussage Englands, „völlig unvorbereitet“ und nur „friedlich“ leben wollen in der europäischen Gemeinschaft, in den ersten Weltkrieg geschliddert sei. Der Bericht des englischen Majors a.D. bezeugt das Gegenteil der britischen Aussagen.

England habe schon Jahre vorher eine sehr gut ausgebildete Truppe von 160.000 Mann gehalten, „bestimmt für den sofortigen Dienst in jedem Teil der Welt“, eine Truppe, die vollständig und in jeder Einzelheit fertig war.

Englands Kriegsvorbereitungen, W.Cyprian Bridge, in: Berliner Monatshefte, Berlin 1922, II. S.271f

Und der Truppenkörper sei „besonders gut ausgerüstet für einen Feldzug und zwar aus folgendem Grunde: Zur Zeit, als Frankreich und England planten, Deutschland mit Krieg zu überziehen, um ihren gemeinschaftlichen Plan durchzuführen, letztere Macht aus Marokko zu vertreiben, wurden alle nötigen Schritte getan, den von dem französischen und englischen Generalstab vorbereiteten Plan durchzuführen, wonach das britische Expeditions-corps an der belgischen Küste landen und in diesem Lande operieren sollte (welches seine Einwilligung dazu gegeben haben würde, nachdem es einen offiziellen Protest erhoben hätte, um die Welt über seine Mitschuld zu täuschen). Das britische Expeditions-korps wollte dann in der linken Flanke der französischen Armee gegen den Rhein vorgehen und die Nordost-Grenze Frankreichs verteidigen. Zu diesem Zwecke waren große Mengen Brückenmaterial und Wassertransportmittel vorbereitet, wie sie für Truppen notwendig waren, die in einem flachen Lande wie Flandern mit einem Überfluß an Kanälen operieren.“

Englands Kriegsvorbereitungen, W.Cyprian Bridge, in: Berliner Monatshefte, Berlin 1922, II. S.271f

Der Weg nach Deutschland wäre nur über Belgien gegangen – auch wird Holland als mögliches Durchmarschgebiet in anderen Artikeln genannt – das sich gerne mit England und Frankreich in dieser Beziehung abgab. Und die Agitation Frankreichs verfehlte in Bezug auf Marokko ihr Ziel:

„Zur Enttäuschung Lloyd Georges und seiner Mitverschwörer in Frankreich, deren aufreizende Reden und Drohungen ihr Ziel verfehlten, infolge Deutschlands Selbstbeherrschung trotz größter Herausforderung, ging die Krisis vorüber, und alle diese Hilfsmittel wurden fertig zum Gebrauch aufbewahrt, falls sie bei einer zukünftigen Gelegenheit benötigt werden sollten, und standen so im Jahre 1914 zur Verfügung des Expeditions-korps. Außerdem würde selbst die britische Regierung nicht bestreiten, daß um 1912 die belgische Küste, besonders Zeebrügge, sorgfältig erkundet und von dem britischen Militärattache in Brüssel darüber und im Hinblick auf die Landung eines britischen Expeditions-korps berichtet wurde.“

Englands Kriegsvorbereitungen, W.Cyprian Bridge, in: Berliner Monatshefte, Berlin 1922, II. S.271f

Bereits seit der letzten Marokkokrise 1911 stand man „kriegsbereit“ um Deutschland zu zerstören, doch Deutschland blieb ruhig und vermied eine Auseinandersetzung mit Frankreich, das, durch eine englische Drohung an Deutschland gedeckt, schließlich in einen Kompromiß einsagte.

1912, so der Major weiter, erhielt er einen Brief des Kriegsministeriums: „Gegen Ende 1912 wurde ich durch den Empfang eines Briefes vom Kriegsministerium unter „streng vertraulich“ sehr überrascht, in dem ich angewiesen wurde, einen gewissen wichtigen Posten im Generalstabe „b e i Mobilmachung“ (on mobilisation) zu übernehmen. Ich war von dieser Ausdrucksweise besonders betroffen, weil ich wußte, daß nach der allgemeinen Regel die hier gebrauchten Worte „i m Falle der Mobilmachung“ (in the event of mobilisation) gelautet haben sollten. Zu schreiben „b e i Mobilmachung“ machte den nicht mißzuverstehenden Eindruck, daß die Mobilmachung als etwas Feststehendes erwartet wurde und noch dazu in nicht allzu weiter Ferne. Dieser Eindruck wurde weiter durch die Tatsache verstärkt, daß der Posten, der außer in Kriegszeiten keine Daseinsberechtigung hatte, nicht nur geschaffen wurde, sondern daß ein Offizier, nämlich ich selbst, ernannt wurde, ihn zu versehen. Später erfuhr ich auch, daß zu derselben Zeit, als ich ernannt wurde, viele andere Offiziere in ähnlicher Weise andere Posten zugewiesen erhielten, die nur in Kriegszeiten in Erscheinung treten.“

Englands Kriegsvorbereitungen, W.Cyprian Bridge, in: Berliner Monatshefte, Berlin 1922, II. S.271f

In England wird Ende 1912 auf eine, wie Bridge sagt, bereits feststehende Mobilmachung hin vorbereitet. 1913 übernimmt er einen Posten als Übersetzer, militärischer und politischer Presserzeugnisse und Dokumenten. Er schreibt, „und es dauerte nicht lange, ehe ich klar aus vielen der russischen und französischen Veröffentlichungen erkannte, daß nicht nur eine Kriegs-atmosphäre absichtlich erzeugt wurde, sondern daß zum mindesten in dem zuerst erwähnten Lande umfangreiche Kriegsvorbereitungen tatsächlich im Fortschreiten begriffen waren. So las man da Beschreibungen, wie die Konstruktion strategischer Eisenbahnen längs der russischen Grenze, wo sie mit Deutschland benachbart ist, fieberhaft beschleunigt wurde und wie die

russischen Festungen an dieser Front mit Munition, Vorräten und Besatzungen in einem Maßstabe versehen wurden, die selbst den für Kriegszeiten vorgeschriebenen hinausging.“

Rußlands Vorbereitungen für einen Krieg gegen Deutschland waren 1913 entlang der deutsch-russischen Grenze schon weit fortgeschritten, und entsprachen einer frühzeitigen „Mobilisation“, wenn man die Aussagen des britischen Majors und anderer Zeugen liest, der weiterfährt: „Man kann wahrheitsgetreu behaupten, daß die russische Mobilmachung nicht Ende Juli 1914 begann, sondern, jedenfalls was die russisch-deutsche Grenze anlangt, viele Monate vor diesem Zeitpunkt schon weit fortgeschritten war. Bekannte russische Generäle und andere schrieben außerdem und legten dar, wie leicht Ostpreußen von russischen Armeen überrannt werden könnte, während die deutschen Streitkräfte im Westen beschäftigt seien, und weideten sich an dem Gedanken in Berlin einzumarschieren und dort den verhaßten Deutschen die Friedensbedingungen zu diktieren.“

Englands Kriegsvorbereitungen, W.Cyprian Bridge, in: Berliner Monatshefte, Berlin 1922, II. S.272f

Im englischen Militär wird nach 1912 eine Kriegs Atmosphäre geschaffen, die von der englischen Regierung Lloyd George, Sir Edward Grey und König Georg V. e. a. bekannt war und getragen wurde. „Es kann ohne weiteres zugegeben werden, daß selbst der Generalstab zu dieser Zeit sich nicht klar darüber war, wie hilflos wir an die Karrenräder Frankreichs und Rußlands angebunden waren, denn Sir Edward Grey hatte das Parlament und sogar die große Mehrheit seiner Kollegen im Kabinett so erfolgreich in dieser Angelegenheit belogen, daß nur wenige in diesem Lande wußten, daß wir so gut wie gezwungen waren, diese Mächte zu unterstützen, wenn sie einen Angriff auf Deutschland in Szene setzten und mit Hilfe ihrer diplomatischen Gewandtheit, mit der kein anderer sich an Geschicklichkeit und Skrupellosigkeit, besonders der Frankreichs, messen konnte, Deutschland als den Angreifer erscheinen ließen.“

Englands Kriegsvorbereitungen, W.Cyprian Bridge, in: Berliner Monatshefte, Berlin 1922, II. S.273

Sir Edward Grey das Paradebeispiel des englischen Heuchlers.

Ein Kollege Bridges teilt ihm Ende Juli 1914 im Gespräch mit, er sei „die beiden letzten Nächte aufgeblieben, um die Mobilmachungsbefehle fertig zu machen.“

Englands Kriegsvorbereitungen, W.Cyprian Bridge, in: Berliner Monatshefte, Berlin 1922, II. S.273

England hatte bereits Ende Juli 1914 alles für seinen offiziellen Auftritt auf der politischen Weltbühne des Krieges, den 4. August 1914, als „überraschter“ Kriegsteilnehmer vorbereitet. Major Bridge erhielt am 2. August eine neue Aufgabe; er sollte die beschlagnahmte Post aus Amerika kommend, im Londoner Hauptpostamt durchsuchen: „Ich mußte alle Wertpapiere aus den Briefen herausnehmen. Es waren unzählige Säcke, und etwa 15 Stunden lang sah ich eine große Anzahl Briefe durch und kann wahrheitsgemäß sagen, daß ich in keinem einzigen Brief auch nur ein Wort fand, aus dem man hätte entnehmen können, der Schreiber hätte die leiseste Idee gehabt, daß Krieg drohte. Im Gegenteil, die großen, in vielen Briefen befindlichen Geldbeträge bewiesen, daß die Absender durchaus keine Konfiskation erwarteten.“

Englands Kriegsvorbereitungen, W.Cyprian Bridge, in: Berliner Monatshefte, Berlin 1922, II. S.274

England verliert keine Zeit, auch wenn offiziell noch kein Kriegszustand herrscht, deutsche Wertsachen zu konfiszieren. Am 4. August schließlich wurde ein „in Französisch verfaßtes“ Schriftstück, Bridges „zur Übersetzung anvertraut“, bekannt gegeben, das, datiert vom Februar 1914 „(ich glaube am 4.)“, „ein Übereinkommen zwischen der britischen und französischen Regierung“ enthielt, welches vorschrieb, „betreffend Art und Weise, in der Zahlungen für das in Nordfrankreich operierende britische Expeditionskorps“ ausgeführt werden sollten. Und weiter: „Für einen Uneingeweihten mag alles oben gesagte kaum von sehr großer Bedeutung erscheinen, aber für Offiziere muß die im Zusammentreffen so vieler Umstände liegende Bedeutung sofort ins Auge fallen, besonders in Verbindung mit den nicht mißzuverstehenden Vorzeichen des Krieges, die das Kriegsministerium durchdrangen.“

Englands Kriegsvorbereitungen, W.Cyprian Bridge, in: Berliner Monatshefte, Berlin 1922, II. S.274

Major Bridge erwähnt die unfreundliche Art, wie Offiziere über Deutschland redeten und daß „der Vorwand eines nicht herausgeforderten Angriffs Deutschlands auf freundlich, friedliebende Nachbarn aufrechterhalten werden“ mußte. Man inszeniert professionell ein politisches Theaterstück erster Güte.

Zum Schluß trifft der britische Major eine für englische Maßstäbe unglaubliche Aussage: „Und diese Lüge behauptet immer noch das Feld und wird weiter von allen Regierungen der im Kriege gegen Deutschland aufmarschierten Länder aufrechterhalten. Sie wird hauptsächlich aufrechterhalten, weil sonst jeder Fetzen einer Entschuldigung oder Rechtfertigung für die Unterdrückung und Ausraubung Deutschlands verschwinden würde; aber auch deshalb, weil Regierungen so wenig wie Individuen geneigt sind, zuzugeben, daß sie falsch gehandelt oder einen Irrtum begangen haben.“

Glücklicherweise jedoch lehrt uns die Geschichte, daß die Wahrheit am Ende immer triumphiert, so erfolgreich sie auch für eine Zeit unterdrückt worden sein mag, und so wird es auch mit dem Lügengebäude sein, welches das Fundament für das als Vertrag von Versailles bekannte Denkmal der Rachsucht, des Hasses und der Gier dient.“

Englands Kriegsvorbereitungen, W.Cyprian Bridge, in: Berliner Monatshefte, Berlin 1922, II. S.275f

Und dem Schluß seines Berichtes schließe ich mich voll und ganz an:

„Glücklicherweise beginnt eine dauernd zunehmende Zahl ehrlicher Geister in jedem Lande dies immer klarer zu erkennen und sich klar zu machen, daß dieser schlimme Vertrag von Grund aus geändert werden muß.“ – Auch nach über hundert Jahren!

„So können wir denn, die wir für dieses Ziel arbeiten, weil wir Wahrheit und Gerechtigkeit über alles schätzen, vertrauensvoll vorwärts schreiten, in dem Bewußtsein, daß unser schließlicher Erfolg sicher ist, und daß es daher unsere Hauptaufgabe ist, sein Kommen zu beschleunigen, indem wir alles in unserer Macht tun, den erbärmlichen Vorwand zu zerstören, der nicht Deutschland, sondern denen zur Unehre gereicht, die ihn aufrecht erhalten.“

Englands Kriegsvorbereitungen, W.Cyprian Bridge, in: Berliner Monatshefte, Berlin 1922, II. S.276

Frankreich

Frankreich, unser Nachbar im Westen, seit seiner Entstehung 843 nach der Aufteilung des Reiches Karl des Großen, „haben die Bewohner des romanischen Teils dieses Reichs möglichst viel von dem zwischen ihm und dem rein deutschen Teil liegenden Lande an sich zu reißen gesucht. Über ein Jahrtausend wogt hier der Kampf zwischen Franzosen und Deutschen.“

Die Urheber des Weltkrieges, Lujo Brentano, München 1922, S.8

Später hin versuchte man auch die Herrschaft über alle deutschen Lande zu erlangen, was fehlschlug. Frankreich war der erbitterte Feind deutscher Vereinigung, dessen letzter Versuch Napoleon III., die Vereinigung deutscher Lande 1871 zu verhindern und den Rhein direkt zu genießen, erfolglos machte. Nicht erst seit seinem begonnenen und verlorenen Krieg 1870/71, war Frankreich Deutschlands größter Feind, vor allem der verlustig gegangenen deutschsprachigen Gebiete Elsaß-Lothringen wegen. Frankreich wollte Rache, wußte aber, daß es diesmal nicht nur gegen Preußen sondern gegen das vereinte Deutsche Volk kämpfen mußte, und es alleine dagegen keine Chance hatte.

Der Haß der Franzosen in der Dichtung

Als Folge des französisch-deutschen Krieges blühte eine französische Literatur des Hasses gegen Deutschland. Die „Hunnen und Barbaren“ waren nur sanfte Beschimpfungen für die Deutschen. Ein paar Beispiele aus der französischen Dichter-Szene:

Paul Deroulede (1846 – 1914, französischer Schriftsteller und Politiker) schreibt sehr deutlich seinen Haß auf die Deutschen, die verhaßten Preußen, in seinem Gedicht „Wehe den Siegern“. Vier Strophen von zehn des Haß-Gedichtes genügen um die Stimmungslage wiederzugeben:

Preußen und die Preußen haben Deutschland besiegt.

List ist ihr Spiel, Plünderung ihr Besitz;

Sie haben Frankreich besiegt und halten sein Land

Preußen und die Preußen!

.....

Nun, ich hasse dieses Volk der Vandalen,

Von Rittern, von Henkern – alle diese Namen sind seine Namen.

Ich hasse es, ich verfluche seine verhängnisvollen Rassen.

Preußen und die Preußen!

....

Schließlich ist dies vor allem der Wunsch meiner Jugend,

Nur dafür lebe ich, nur daran halte ich fest,

Daß das trauernde Vaterland sich zusammenreißt und nicht Preußen überläßt.

Nur Preußen den Preußen!

Und in der letzten Strophe wird er sehr deutlich, was mit den Preußen geschehen soll:

*Alles rüste sich gegen sie, alles verschwöre sich gegen sie.
Daß, wer auch immer der Anführer, der Weg und die Mittel sein mögen,
Frankreich und die Franzosen nur ein Ziel haben: Preußen zu vernichten.
Preußen und die Preußen!*

Ein weiterer Vertreter der französischen schreibenden Zunft, Emile Bergerat, (1845 – 1923, Journalist, Schriftsteller) widmet Straßburg, in seinem gleichnamigen Gedicht, seine tröstenden Worte:

*Tröste dich, Straßburg! Du nimmst
Eine Sklaverei mit kurzem Atem!*

und tröstet das Elsaß:

*In irgendeine Falle, in die man dich lockt,
Elsaß, du gehörst uns,
Und wir erklären uns zu den Deinen,
Und wir nehmen dein Martyrium an!
Was auch immer die letzte Wirkung sein mag
Der Martern oder der Wohltaten
Auf ihre Standhaftigkeit oder auf die deine,
Solange deine bleiche und liebliche Stirn
Den deutschen Fuß tragen wird,
Frankreich wird elsässisch!*

Bergerat kommt aber am Schluß sehr deutlich mit seinen Gefühlen gegen Deutschland rüber:

*Wein der Rache, alter Wein
Dessen Reben der Haß gepflanzt hat!
Der, der dich göttlich nannte,
Du hast einen würdigen Namen für das Wort gefunden
Wenn ein Volk davon trinkt,
Wehe denen, die ihn trinken!
Unter der Zunge, die es beschimpft,
Gärt es und wird zu Blut!
Und dann kommt der Schrecken herab
Alle Stufen des Schwindels!*

*Weinstock, beeile dich zu reifen!
Denn unser Haß ist alt!
Denn wir wollen nicht sterben
Bevor wir dich geerntet haben!
Sonne, verfünffache deine Strahlen!
Und wir, für eine Stunde, krallen uns fest
Auf dem Hang der Hoffnung,
Und wiegen die zornige Zeit! -
Gott wird in der Finsternis sein
An dem Tag, an dem Frankreich erlöschen wird!*

Und der französische Goethe – zuviel der Ehre - darf natürlich auch nicht fehlen, Victor Hugo. In seiner Schrift „Das schreckliche Jahr“, beschreibt er tagebuchgleich das Jahr 1870. Nur ein paar Zeilen seines „Dezembers“ nehme ich als Beispiel der französischen Geisteshaltung:

Das schreckliche Jahr, Victor Hugo

Dezember

*Deutsche, schaut über eure Köpfe,
In den weiten Himmel, während ihr erbittert auf Eroberungen seid,
Ihr Germanen kommt, um die Gallier zu erdolchen,
Während ihr alle Gesetze mit Füßen tretet,
Mehr befleckt als gewachsen durch verräterische Siege,
Ihr werdet sehen, wie eure Vorväter unsere Vorväter grüßen.*

Victor-Marie Vicomte Hugo 1802 – 1885, Schriftsteller, Politiker

Das Wort „Die Rache ist mein“ – spricht der Franzose – umgewandelt

Das „äußerste Maß an Feindschaft“ machte sich nach 1870/71 an allen Ecken bemerkbar. Selbst, als der Tod Kaiser Wilhelm I. am 9. März 1888 eine Welle des Klagens über die deutschen Lande brachte, eine Trauer um den Kaiser der Vereinigung deutscher Lande, um den Begründer des Zweiten deutschen Reiches, Bezwingler des Erbfeindes, konnten die Franzosen, trotz vermutetem guten Willens, ihre Haltung gegenüber Deutschland nicht verbergen. Sie verbargen nicht ihren Haß, ihre Abneigung gegen Deutschland und gegen ihren verstorbenen Kaiser, bei dem sie eine Grenze des menschlichen Respekts doch nicht zu arg überschritten:

Presse - National-Zeitung – Nr. 163 - Sonnabend, den 10. März 1888 – S.2

Frankreich. Paris, 9. März.In der „Autorite“ erklärt Cassagnac: Wir haben die Pflicht, von allem nationalen Haß absehend, den erhabenen Greis zu beklagen, der in seinem Familiengefühl so grausam getroffen wurde: dieser Kaiser war kein gewöhnlicher Geist; der Sieg berauschte ihn nicht.

oder:

Presse - Königlich privilegierte Berlinische Zeitung – Nr. 121 - Sonnabend, den 10. März 1888 – S.2

Paris, 10. März. „Republ. franc.“ schreibt: „Der eben verschiedene Greis war unser unerbittlicher Feind, seine Größe war aus unserer Zermalmung geschritten, war das französische Blut, vergossen in zwanzig Schlachten, die für ihn zwanzig Siege waren. Aber angesichts dieses sich öffnenden Grabes und noch nicht erstarrten Leichnams, welches Wort könnte zugleich des Siegers und Besiegten würdig sein? Schweigen wir, gebieten wir unserem Herzen, betrachten wir ruhigen Auges den deutschen Leichenpomp des deutschen Cäsars. Er steigt nicht allein in die Gruft hinab, etwas von seinem Reiche steigt mit ihm hinab.“

*

*

*

Soweit einstweilen Frankreichs klare und deutliche Aussagen gegenüber Deutschland.

Frankreichs Haltung gegenüber Deutschland

Friedrich v. Bernhardi, preußischer General der Kavallerie a.D., sieht die Situation Frankreichs zu dieser Zeit als Militär: „Fassen wir zunächst Frankreich ins Auge, so ist man, glaube ich, zu der Annahme berechtigt, daß es allein uns militärisch nicht gewachsen ist, sondern uns nur als Glied einer Koalition gefährlich werden kann.“

Deutschland und der nächste Krieg, Friedrich von Bernhardi, General d. Kavallerie a.D, Stuttgart 1911, S.172

Dessen war sich Frankreich bewußt, es konnte nur in einem Bündnis gegen Deutschland gehen um eine Siegeschance zu haben. Bernhardi weiter: „Dagegen wird es selbst offensiv gegen Deutschland wahrscheinlich nur dann vorgehen, wenn es seine eigene Wehrmacht auf das höchste mögliche Maß gesteigert hat und durch die Teilnahme tätiger Bundesgenossen der militärischen Überlegenheit unbedingt sicher zu sein glaubt. Um das Spiel unter ungünstigen Bedingungen zu versuchen, ist der Einsatz zu hoch. Glaubte aber Frankreich einmal alle Trümpfe in der Hand zu haben, dann wird es auch vor einem Angriffskriege nicht

zurückscheuen und alles daransetzen, um uns vernichtend zu schlagen. Von diesem Gegner haben wir gewiß das äußerste Maß von Feindschaft zu erwarten.“

Deutschland und der nächste Krieg, Friedrich von Bernhardi, General d. Kavallerie a.D, Stuttgart 1911, S.173

Und Bernhardi sieht die Franzosen, als alter Militärstrategie und Militärhistoriker, eine Strategie entwickeln, deren sich Frankreich im Kriegsfall, mit Bündnispartner, wahrscheinlich bedienen würde:

„Falls der dann entbrennende Krieg im Verein mit England gegen uns geführt würde, darf angenommen werden, daß die verbündete Hauptmacht versuchen würde, durch Belgien und Holland unseren rechten strategischen Flügel zu umgehen und durch die große Festungslücke zwischen Wesel und Vlissingen in das Herz Deutschlands einzubrechen. Diese Operation hätte den erheblichen Vorteil, die starke Rheinlinie zu umgehen und unsere Flottenbasis von der Landseite her zu bedrohen. Bei der Überlegenheit der vereinigten englisch-französischen Flotte könnte sich die Invasionsarmee dabei unbedenklich auf die Küste basieren. Eine solche Operation könnte den Frontalangriff gegen unsere Westgrenze außerordentlich erleichtern und es bei siegreichem Vorschreiten den Franzosen ermöglichen, unter Zernierung (*Einschließung*) von Metz und Diedenhofen gegen den Rhein vorzudringen.“

Deutschland und der nächste Krieg, Friedrich von Bernhardi, General d. Kavallerie a.D, Stuttgart 1911, S.173

Er sieht hier die strategische Möglichkeit Frankreichs im Verbund mit England, Deutschland über das neutrale Belgien und Holland anzugreifen und bis ins „Herz“ der Industrie und an die Nordsee, vorzustoßen, um die deutsche Flotte unschädlich zu machen und Deutschland zu vernichten – über Belgien.

Arthur Boucher, 1847-1933, französischer General, beschreibt Frankreichs Situation zu Beginn des Jahres 1914:

„Die Situation, in der sich Frankreich befindet, ist seltsam! Es ist das Bedauern über den Verlust seiner beiden schönen Provinzen Elsaß und Lothringen, die uns so fromm verbunden geblieben sind; es ist unsere unerschütterliche Entschlossenheit, sie der Herrschaft ihrer Eindringlinge zu entreißen, und unsere Hoffnung, die Trikolore wiederzusehen, die von ihren öffentlichen Gebäuden herabwinken; es ist also eine Frage der Gesinnung, die vor allem die Ursache unserer Feindschaft gegen Deutschland ist, und diese Feindschaft zwingt uns, in der von Frankreich und Rußland gedeckten Triple Entente den Schutz der vitalen Interessen unserer Verbündeten und Freunde zu übernehmen. Denn wenn wir siegen, ist Europa für immer von der deutschen Herrschaft befreit; gleichzeitig hat der Slawismus das Deutschtum zu Boden geworfen; Rußland wird völlig frei, sein unermessliches Reich zu festigen, indem es es vergrößert. Wenn wir siegreich sind, bleibt England die Herrin der Meere; seine Flotte hat von der deutschen nichts mehr zu befürchten; sein Handel ist vor Konkurrenz geschützt. Um Angriffen zu widerstehen, die es von allen Seiten bedrohen, ist Deutschland gezwungen, seine militärische Macht bis zum höchsten Punkt zu entwickeln, und in letzter Instanz wird diese Macht gegen uns konzentriert. ...“

Die Wahrheit und der Krieg, E. D. Morel, London 1916, S.24f

Boucher beschreibt die Ausgangssituation 1914 und die zu diesem Zeitpunkt bereits geschlossene „Entente“ mit England und Rußland, den französischen Traum, den Deutschen das deutsche Elsaß-Lothringen wieder zu entreißen, so wie Frankreich in den letzten Jahrhunderten nicht nur Elsaß und Lothringen, sondern auch z.B. Burgund den Deutschen entrissen hat – der friedliebende Nachbar, der Europa von Deutschland befreien möchte – das Herz Europas zum Stillstand bringen – was in unseren Tagen fast erreicht ist.

Militärische Konvention zwischen Frankreich und Rußland 1891

Bereits im Herbst 1893 schloß Frankreich mit Rußland unter Zar Alexander III. (1845 – 1894), Neffe Kaiser Wilhelm I., ein militärisches Bündnis, das bereits 1891 auf diplomatischem Wege vorbereitet wurde. Es brachte Frankreich seinem Rachedenken gegen Deutschland näher, die vermeintlich „französischen“ Provinzen Elsaß und Lothringen Deutschland zu entreißen.

Im August 1891 wurde diese militärische Konvention von dem französischen General de Boisdeffre und dem russischen General Obroustcheff vorbereitet, das u.a. folgenden Inhalt hatte:

„1. Wenn Frankreich von Deutschland oder von Italien, das von Deutschland unterstützt wird, angegriffen wird, wird Rußland alle seine verfügbaren Kräfte einsetzen, um Deutschland anzugreifen. Wenn Rußland von Deutschland oder von Österreich, das von Deutschland unterstützt wird, angegriffen wird, setzt Frankreich alle seine verfügbaren Kräfte ein, um gegen Deutschland zu kämpfen;

2. Im Falle einer Mobilmachung der Streitkräfte des Dreibundes oder einer der ihm angehörenden Mächte werden Frankreich und Rußland bei der ersten Ankündigung des Ereignisses und ohne daß es

einer vorherigen Absprache bedarf, sofort und gleichzeitig ihre gesamten Streitkräfte mobilisieren und sie so nahe wie möglich an ihre Grenzen bringen ;

3. Die verfügbaren Kräfte, die gegen Deutschland eingesetzt werden sollen, werden auf französischer Seite 1.300.000 Mann, auf russischer Seite 700.000 bis 800.000 Mann betragen.

Diese Kräfte werden mit voller Kraft und Sorgfalt eingesetzt, so daß Deutschland sowohl im Osten als auch im Westen zu kämpfen hat;

4. Die Generalstäbe der Armeen beider Länder werden sich jederzeit abstimmen, um die Durchführung der oben vorgesehenen Maßnahmen vorzubereiten und zu erleichtern.

Sie werden einander ab Friedenszeiten alle Informationen über die Armeen des Dreibundes mitteilen, die ihnen bekannt sind oder bekannt werden könnten.

Die Wege und Mittel der Korrespondenz in Kriegszeiten werden im Voraus untersucht und geplant.“

<https://mjp.univ-perp.fr/traites/>

Bereits 1897 wurde mit England ein geheimes militärisches Bündnis getroffen, das erst 1904 offiziell publiziert wurde und die „Triple-Entente“ darstellte.

Russisch bezahlte Presse - Propaganda

Die feindliche Propaganda wurde zentral gesteuert und war sehr effektiv. In England war es das „Crewe House“ in London, durch das der deutsche Feind nach allen Regeln der Propaganda beschimpft und beschmutzt wurde, was die Deutschen auf der anderen Seite nicht in diesem Stil unternahmen. Die Aufgabe der feindlichen Propaganda war, die Presse auf die Kriegspolitik der Regierungsseite zu ziehen, ein kostspieliges Unternehmen, das sich aber lohnte und dessen Auswirkungen selbst heute, 2023, noch zu spüren sind.

Die „Kreuzzeitung“, veröffentlichte im Jahre 1925 Dokumente, die die Pressebeeinflussung in Frankreich belegen. Es sind zwei russische Dokumente der Kommunikation von Iswolski (1856-1919, russischer Politiker), russischer Botschafter in Paris und Sasonow (Sergei Dimitrijewitsch Sasonow 1860 -1927, russischer Politiker), Kriegsminister in Petersburg, die sich über die Kosten ihrer „Presse-Aktion“ in Frankreich absprechen.

Dazu zu Beginn die „**Kreuzzeitung**“:

„Ein Artikel der ‚Kreuzzeitung‘ vom 7. Februar 1924, bestätigt den Einsatz der französischen Presse – was die englische und russische Presse gewohnt waren – um die Bevölkerung auf einen Krieg wegen Serbien einzustellen. Im Folgenden der Artikel der Kreuzzeitung und Korrespondenz zwischen Rußland und Frankreich, wie man gemeinsam effektiv in der Beeinflussung der Presse zugunsten der Politik vorgehen könne:

Presse - Die Dokumente der russischen Finanzagenten. Von August Bach.

„**Kreuzzeitung**“, 7. Februar 1924, Nr. 63.

Verfasser zeigt, daß der Beginn der Bestechungen der Pariser Presse zeitlich zusammenfällt mit der großen Schwenkung der französischen Außenpolitik im Oktober 1912, nach Ausbruch des Balkankrieges. Während vorher Poincare eine Einmischung in die russischen Balkaninteressen abgelehnt hatte, änderte er seine Auffassung sehr bald, als die ersten Erfolge der Balkanstaaten gegen die Türkei vorlagen. Da Poincare aber wusste, daß sich für einen Krieg wegen Serbien die französische öffentliche Meinung nur schwerlich würde begeistern können, war er mit dem Bestechungsplan der russischen Regierung durchaus einverstanden, durch den die nicht vorhandene Kriegsstimmung im französischen Volk geschaffen werden sollte und auch geschaffen worden ist.“

Berliner Monatshefte „Die Kriegsschuldfrage“ – Monatsschrift, 1925, II S.69

Die Korrespondenz zur Pressebeeinflussung aus dem Jahre 1913, der beiden russischen Strategen Iswolski – Sasonow. Iswolski, der seine Aufgabe in der Vernichtung Deutschlands sah (nach Sauerbruch, der ihn an der Lunge operierte) – aus den russischen veröffentlichten Archiven zum Ersten Weltkrieg:

„**I. Dokument (neu).**

Erhalten 13. Juli 1913. Paris, 8./21. Juli 1913. Nr. 348, Strengstens geheim.

Werter Serge Dimitriewitsch!

Indem ich Ihnen anbei den Brief des Kriegsministers zurücksende, der mir mit der Zuschrift Ihrer Exzellenz vom 19. Februar Nr. 623 zugesandt wurde, beehre ich mich, Ihnen von meiner heutigen Unterredung mit dem früheren Ministerpräsidenten, jetzigen Präsidenten der Republik (*Poincare*) Bericht zu erstatten. Nach Einsicht des Exposés des Kriegsministers und meinem erläuternden Vortrag gab nach einigem Zögern Herr Poincare zu, daß zu keiner Zeit die außergewöhnliche internationale Lage und die politischen Konstellationen den alliierten Zielen so günstig gewesen wie gegenwärtig.

Von dieser Unterredung gewann ich die Überzeugung, daß Herr Poincare in jeder Beziehung mit uns einig geht und den Zeitpunkt endlich für gekommen hält, die hundertjährigen Ziele unserer traditionellen Politik (a realiser des aspirations seculaires) zu verwirklichen und damit das europäische Gleichgewicht durch die Rückkehr der entrissenen Provinzen Elsaß-Lothringen wiederherzustellen.

Er verhehlte mir durchaus nicht die großen Schwierigkeiten, welche wir auf diesem Wege noch zu überwinden haben, und drückte den, meiner Ansicht nach, sehr gerechtfertigten Wunsch aus, daß wir in dieser Richtung nichts unverbesserlich Entscheidendes (irremediablement decisif) unternehmen, ohne ihn ständig auf dem laufenden zu halten.

Die größte Schwierigkeit sieht er von seiten der Sozialradikalen voraus, die einem jeden Krieg, hauptsächlich aus Börsen- und Geschäftsgründen, aber ganz besonders einem Kriege, der seinen Ursprung am Balkan nimmt, abgeneigt sind. Diese Partei hat sehr fähige Köpfe, Caillaux, Herriot, Painleve, verfügt über eine beträchtliche Anzahl Abgeordneter und Zeitungen.

Von diesen letzteren — „Le Radical“, „La Lanterne“, „Le Rappel“, „L'Action“, „L'Aurore“, „La Depesche de Toulouse“ u. a. - haben einzelne keinen großen Leserkreis und trotzdem einen sehr bedeutenden Einfluß. Sie sind das Mundstück je eines hervorragenden Führers und werden von deren Gefolge als parteistreng zu befolgende Parole aufgenommen. Jeder dieser Zeitungseigentümer und Führer hat eine Gruppe Abgeordneter und Senatoren hinter sich, die — 311 — mit ihm in die Höhe kommen wollen und ohne Widerspruch sich unterordnen. Der Führer beeinflußt wohl den Geist seiner Zeitung, aber die Zeitung, wenn es uns gelingt, auf dieselbe einen finanziellen Druck auszuüben, beeinflußt ihrerseits auch wieder den Geist des Führers und seiner Gefolgschaft.

Herr Poincare glaubt mit mir, daß für diesen Zweck ein sehr großes Opfer unsererseits notwendig ist. Ich wage kaum den Betrag anzugeben: 3 000 000 Franken, wovon 250 000 Franken allein für den „Radical“, Organ des Senators Perchot.

Wenn wir in Betracht ziehen, daß die türkische Regierung fünf Millionen für Beeinflussung der französischen Presse aufwandte,

(Fußnote: „Die türkische Regierung hat 5 Millionen für Unterstützungen der französischen Presse zur Verfügung gestellt, wovon ein Viertel im Voraus gezahlt wird. Die Verteilung geschieht durch das Bankhaus Benard & Jarislawski; welches zu diesem Zwecke einen Vorschuß auf in Pfand gegebene Schatzanweisungen machen. Die „Libre Parole“ erhält 100 000 Franken.“)(Raffalovitsch an Kokowtzev. 2. Dezember 1912.) selbst einen der allerersten Schriftsteller kaufte, (Fußnote: Pierre Loti (?)) wenn wir ferner erwägen, wie unbedeutend ein solcher Betrag gegenüber dem damit näherzukommenden weltverändernden Ziele ist, so werden Sie es vielleicht übernehmen, diesen Vorschlag zur ungesäumten Bewilligung dem Ministerrate zu unterbreiten.

Ich schlage vor, diese Subsidien wie früher auf Monatsraten zu verteilen, um der Willigkeit der Zeitungen in jedem Augenblicke sicher zu sein. Ich halte es ferner für vorteilhaft, diesmal nicht Lenoir, sondern Laffon zu benutzen. Laffon, den Sie ja wohl in St. Petersburg zu beurteilen Gelegenheit hatten, scheint mir außerordentlich gewandt. Er hat auf den „Matin“, dessen Finanzdirektor er war, sowie die großen Tageszeitungen einen sehr bedeutenden Einfluß.

Ich würde diese ganze Angelegenheit mit ihm in direktem Verkehr und nach steter Beratung mit Herrn Poincare erledigen, unter vollständigem Ausschluß von Geheimrat Raffalovitch. Dessen engherzige Sparsamkeit und wenig geschmeidige Haltung haben uns sehr viel geschadet. Er ist ein fleißiger, pflichttreuer Beamter, ein Finanzmann ersten Ranges, jedoch kein Politiker, Indem ich Ew. Exzellenz inständigst bitte, dem Herrn Ministerpräsidenten von dem Vorstehenden Kenntnis zu geben, benutze ich diese Gelegenheit, um sie von neuem meiner verehrenden Hochachtung und meiner völligen Ergebenheit zu versichern.

Iswolsky.“

„Die Kriegsschuldfrage“ in Berliner Monatshefte – Monatsschrift, 1925, S.316ff

[Poincare war seit dem 20. Januar 1913 Präsident der Republik Frankreich]

Die Presse ~~macht~~ machte man mit monetären Zuwendungen gefügig in der gewünschten politischen Richtung. Man ~~hat~~ hatte ja ein gemeinsames Ziel vor Augen – die Vernichtung Deutschlands.

(Die folgenden beiden Datumsangaben stellen das Datum des julianischen und des gregorianischen Kalenders dar)

„II. Dokument (neu).

Nr. 2155. Strengstens geheim. 15./28. Juli 1913.

Chancellerie du Ministere
des Affaires etrangeres.

Archives politiques.

Als Folge der Zuschrift Ew. Exzellenz vom 8./21. Juli habe ich nicht verabsäumt, Ihren Vorschlag und den Bericht Ihrer Unterredung nach Einholung der Ansicht des Ministerpräsidenten im Kabinettsrat unter dem Vorsitze Sr. Majestät zur Kenntnis zu geben. Es gereicht mir zur hohen Freude, Ihnen mitteilen zu können, daß nach einigen wohlbegreiflichen Zögerungen (quelques hesitations bien comprehensibles) Seiner Majestät, das Verlangen des Präsidenten der Republik in Sachen der von uns der Presse zur Verfügung zu stellenden Summen genehmigt wurde, mit der Bestimmung, daß Geheimrat Raffalowitsch nach wie vor mit der formellen Ausführung, soweit es die Finanzseite anbetrifft, betraut bleibt. Herr Staatsrat Davidov wird zu diesem Zwecke sofort nach Paris mit weitestgehenden Instruktionen abreisen.

Sasonow.“

„Die Kriegsschuldfrage“ in: Berliner Monatshefte – Monatsschrift, 1925, S.316ff

Iswolski und Poincare lagen, was den bevorstehenden Krieg mit Österreich und vor allem Deutschland betraf, auf einer Linie. Iswolski war ein Vertreter der russischen Kriegslinie und war bestrebt, alles, in seiner Macht stehende zu bereiten, um diesen Krieg endlich „lostreten“ zu können und Frankreich, der zu allem bereiten Bündnispartner, wenn es gegen Deutschland geht.

So berichtet der Korrespondent des „Berliner Tageblatt“ in Paris im Mai 1924 über eine Buchbesprechung des französischen Colonel Converset (1862-1924), der in seinem Buch „Les trois ans diplomatie secret qui nous menerent a la guerre de 1914“ (Die drei Jahre Geheimdiplomatie, die uns in den Krieg von 1914 führten) über Berichte Iswolskys schrieb. Ein Satz, der die französische Politik der Vorkriegszeit spiegelt, wird hervorgehoben:

„Seit zehn Jahren ist dem französischen Volke vorerzählt worden, daß es einen Krieg um das Recht geführt hat; heute erfährt es, daß der Kampf um die Vernichtung des deutschen Staates ging. Natürlich erklärt der Quai d'Orsay, daß sich im französischen Archiv keine Spur dieser Erklärung findet. Solche Dinge pflegen mündlich vereinbart zu werden.“

Delcasses Vernichtungsplan. Die Papiere Iswolskys, Berliner Tageblatt, Nr.238, 20.5.1924; in: Berliner Monatshefte „Die Kriegsschuldfrage“ – Monatsschrift, 1925, II S.213

Eine treffende Aussage über die russische und französische Politik der Vorkriegszeit.

Presse - Das russisch-französische Bündnis – eine „sympathische Illusion“

Ein Artikel der „Vossischen Zeitung“ unter der Überschrift: **Das russisch-französische Bündnis – eine „sympathische Illusion“**, beschäftigt sich mit einem russisch-französischen Bündnis und dessen Zielen. Laut der „Petersburger Zeitung“, wiedergegeben in „Graschdanin“, dem Blatte des Fürsten Meschtscherski, Gegner eines Bündnisses Rußlands mit den Franzosen, gibt dieser seine Unterhaltung mit Alexander III., in der es um dieses Bündnis ging, wieder.

Der Fürst erklärt dem Zaren: „Das französisch-russische Bündnis aber kann nicht von Dauer sein, da es zwischen Ew. Majestät, dem russischen Monarchen, dessen Verpflichtung nicht aufhebbar ist, und der französischen Regierung abgeschlossen wird, die nicht nur nicht für die Dauerhaftigkeit des Volksvertrages einstehen kann, sondern selbst für ihre eigene Dauer nicht auf einen Tag garantieren kann. Frankreich braucht uns im äußersten Fall als Bremse gegen Deutschland, wir aber brauchen Frankreich – wir sind uns dessen sehr bewußt - in militärischer Beziehung in keiner Weise, dafür aber schädigen wir uns gewaltig, da wir, indem wir das Bündnis mit Frankreich abschließen, von dem wir wissen, daß es für Frankreich von Bedeutung eines antideutschen hat, die Stimmung unserer beiden starken Nachbarn gegen uns erregen, und zwar nicht nur deren Regierungen, sondern deren Völker.“ Der Fürst führt weiter aus: „Auf jeden Fall, Majestätscheint es mir ein Fehler zu sein, eine alte und feste Situation gegen eine undauerhafte zu verändern. Während des Krimkrieges erhielten wir eine Lehre, die nicht vergessen werden sollte. Deutschland bewahrte streng und ehrlich Neutralität. In Frankreich regierte Kaiser Napoleon III.; trotz der Sympathien des französischen Volkes zu Rußland erklärte er uns den Krieg als Bundesgenosse der Türkei, und schloß obendrein noch ein Bündnis mit England und Sardinien gegen uns ab.“

Vossische Zeitung, Nr. 321 - Samstag, 27. Juni 1914 - S.13

Fürst Meschtscherski sieht keine gute Zukunft im Bündnis mit Frankreich, da es eine Republik ist und die Regierung täglich einem Wechsel unterworfen sein kann, doch der Zar ist unbeeindruckt von den Worten des Fürsten, denn in Frankreich sieht er einen Partner für seine und Frankreichs Ziele – der Vernichtung Deutschlands.

Rußland

Zar Alexander II., 29.04.1818 bis 13.03.1881 – nach gregorianischem Kalender – fiel am 13. März 1881 einem Mord der sogenannten „Nihilisten“, (Sozialisten) zum Opfer.

Frankreich war im Krimkrieg, von 1853 bis 1856, unter Führung von Napoleon III., der sich im Dezember 1852 zum Kaiser krönte, mit England, dem Osmanischen Reich und Sardinien ein Gegner Rußlands, das mit den Türken einen Krieg begann, um das russische Reich zu expandieren. Rußland verlor den Krim-Krieg und einige Teile seines Gebietes.

Nach dieser Niederlage strukturierte Alexander II. seine Armee neu und führte 1874 die Wehrpflicht ein. Die allgemeine Organisation der Armee ähnelte der der französischen; sie soll aus 1 Million Soldaten bestanden haben, was, wie Nicolaus Notovitch, (adliger russischer Journalist und Schriftsteller, geboren 1858 und vermutlich 1916 gestorben, in den Wirren der bolschewistischen Revolution und Aufständen) in seiner Schrift „L-Empereur Alexander III et son Entourage“, von 1895 erwähnt, „was für einen Offensivkrieg mehr als ausreichend ist. Was die genaue Zahl der Männer betrifft, die Rußland einer Invasionsarmee entgegenstellen könnte - wer könnte sie zählen? Das Reservoir ist unerschöpflich. Der Kaiser kann nach Belieben darauf zurückgreifen, und wie Pompejus, der Legionen aufstellte, indem er mit dem Fuß auf die römische Erde trat, brauchte Alexander III. nur ein Zeichen zu geben, und Armeekorps folgte auf Armeekorps, von Tiflis bis Archangelsk und von Warschau bis Wladiwostok.“

L-Empereur Alexander III und seine Entourage, Nicolaus Notovitch, Paris 1895, S. 175

Diese Feststellung führt ihn zu der Äußerung „daß Rußland nur seine aktive Armee plus seine Reserve braucht, um den Österreichern über den Bauch zu fahren. Um die Deutschen zu besiegen und den englischen Politikern eine weitere Lektion zu erteilen, die von nun an nicht mehr in die Intrigen gegen Rußland verwickelt werden können.“ Und der große russische Nationalist Notovitch führt weiter aus: „Rußland ist nun in der Lage, Europa zu Pferd zu durchqueren und auf seinem Weg Spuren zu hinterlassen, die unauslöschlicher sind als die der Tataren. Aber es wird seine verheerende Mission nur dann erfüllen, wenn es unvorsichtigerweise dazu provoziert wird.“

L-Empereur Alexander III und seine Entourage, Nicolaus Notovitch, Paris 1895, S. 175

Diese „Spuren“ hat die russische Armee 1945 auf ihrem Weg durch Ostpreußen nach Berlin hinterlassen – Mord, Totschlag, Vergewaltigungen und Greueltaten schrecklichster Art. Doch das ist ein anderes Thema.

Notovitch sieht die neue Linie der russischen Politik in ihrem nationalen Charakter, bei dem Rußland den Mittelpunkt bildet.

Alexander sah den Kampf Napoleons III. im Krim-Krieg gegen Rußland als einen ungerechten Krieg und seine russische neutrale Haltung im französisch-deutschen Krieg 1870/71 als eine Sache von Dynastien untereinander, wie es Notovitch und Bismarck ausdrückten. Das russische Zarenreich beherbergte eine Vielzahl deutscher Beamter, Militärs und Angestellten in seiner Regierung und Verwaltung, es war deutsch orientiert.

L-Empereur Alexander III und seine Entourage, Nicolaus Notovitch, Paris 1895, S. 42

Deutschlands Verhältnis zu Rußland änderte sich nach 1871. „Die Verehrung und Freundschaft, mit der Alexander II. an Wilhelm I., seinem Onkel, hing, war für Deutschland während des Krieges 1870-1871 von großem Nutzen gewesen.“

Rußland hielt Deutschland gegenüber eine neutrale Stellung im französisch-deutschen Krieg ein.

- Charlotte, Schwester Wilhelm I., war mit Nikolaus I., Zar von Rußland verheiratet

Berliner Kongreß

1873, am 22. Oktober schließen die drei Kaiser Franz Joseph von Österreich-Ungarn, Zar Alexander II. von Rußland und Kaiser Wilhelm I. von Deutschland das Drei-Kaiser-Abkommen um den Frieden untereinander zu wahren.

Nach 1875 begann der Zar in hohen Ämtern die Deutschen gegen Russen auszutauschen, was sein Nachfolger Alexander III. im nationalen Sinne weiterführte unter der Devise „Rußland den Russen!“

L-Empereur Alexander III und seine Entourage, Nicolaus Notovitch, Paris 1895, S. 43ff

Alexander II. versicherte 1876 Österreich-Ungarn gegenüber, er würde nichts gegen die Übernahme Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn einwenden, falls Österreich in einem russisch-türkischen Kriege neutral bleiben würde. Man wollte sich den Balkan teilen. Die Zusage an Österreich, ihm Bosnien und die Herzegowina zu überlassen, reute Rußland bald und man fragte in Deutschland nach, ob Deutschland neutral bleiben würde bei einem russisch-österreichischen Kriege. Die Antwort war, solange die

Großmachtstellung des einzelnen nicht in Gefahr sei, könne Deutschland sich neutral verhalten, man wollte zu beiden ein weiterhin vernünftiges politisches Verhältnis haben..

Die Urheber des Weltkriegs; Lujo Brentano, München 1922, S.15ff

Rußland erklärt im April 1877 der Türkei den Krieg, in dem es um die Grenzen auf dem Balkan ging. Dieser Krieg endete mit dem Waffenstillstand von Edirne im Januar 1878 und dem Frieden von San Stefano im März 1878. Bei diesem Frieden verlor die Türkei einen Großteil ihrer europäischen Gebiete und Rußland sah sich schon am Ziel seiner Träume: 20 Kilometer vor Konstantinopel - die Dardanellen in seiner Gewalt und damit Herrscher am Mittelmeer, Herr über den Zutritt zum Schwarzen Meer und ein nicht zu unterschätzendes Machtpotential gegenüber England. Doch der Berliner-Kongreß nahm Alexander diesen Traum.

Durch diese Situation, Rußland an den Dardanellen, fürchtete England um seinen Einfluß im Osmanischen Reich und Österreich-Ungarn um seinen Einfluß auf dem Balkan. England rüstet sich für einen Krieg, wozu Österreich nicht in der Lage war, sondern schlug eine Diplomaten-Konferenz vor, und Rußland schlug Berlin als Kongreßort vor, da Deutschland keine Interessen auf dem Balkan hatte.

Ein Ergebnis dieses Kongresses (13.06.1878 – 13.07.1878) war: es wurden Vereinbarungen getroffen, darunter die neue bulgarische Grenze, daß Österreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina verwalte, weiterhin schlossen die Briten mit dem Osmanischen Reich ein Geheimabkommen, das die türkisch-asiatischen Besitzungen garantierte, Großbritannien Zypern und für Frankreich Tunesien vorsah. Und das alles unter der Führung von Fürst Bismarck, Leiter des Berliner Kongresses.

(Berliner Kongreß 13.06. bis 13.07.1878 – europäische Großmächte Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, England, Italien, Rußland und Osmanisches Reich beenden die Balkankrise und schaffen eine Friedensordnung für Südosteuropa)

Rußland sah in dem Ergebnis des Berliner Vertrages sich als Verlierer trotz gewonnenem Krieg und schäumte ob des verlorenen Konstantinopel durch den Kongreß. Es sah die Schuld darüber bei Österreich-Ungarn und Deutschland, durch Bismarck, als Vorsitzendem des Kongresses.

Rachepläne entstanden in Rußland für die Schmach in Berlin, die ihm von Seiten Deutschlands durch Bismarck zuteil wurde und bereute seine übereilte Zusage vor dem russisch-türkischen Krieg Österreich gegenüber, nichts gegen eine Übernahme Bosniens und der Herzegowina einzuwenden, wenn es in einem russisch-türkischen Kriege neutral bliebe. So ist die Aussage russischer Diplomaten auf dem Berliner Kongreß und in der Folgezeit gegenüber serbischen Vertretern auch zu verstehen:

„Schon auf dem Berliner Kongreß erklärte Graf Peter Schuwalow dem serbischen Vertreter Jovan Ristitsch, daß die Okkupation Bosniens durch Österreich höchstens 15 Jahre dauern werde, denn danach werde Rußland auf alle Fälle mit Österreich abrechnen. Während der Krisis des Jahres 1908 erklärte Sasonow dem serbischen Ministerpräsidenten Milowanowitsch, daß seine Politik darauf gerichtet sei, unter Liquidierung aller russischen Fragen außerhalb Europas Rußland wieder seinen europäischen Zielen zuzuführen, die, wie eine Äußerung Nikolaus II. vom März desselben Jahres zeigt, auf der Vorstellung beruhten, daß ein Zusammenstoß mit dem Germanentum unabwendbar sei. Die russisch-bulgarische Militärkonvention vom Dezember 1909 geht von derselben Vorstellung aus und sagt in ihrem fünften Punkt, „daß die Verwirklichung der hohen Ideale der slawischen Völker der Balkanhalbinsel, die dem Herzen Rußlands so nahe stehen – nur nach dem günstigen Ausgange des Kampfes Rußlands mit Deutschland und Österreich möglich sei“.

- Graf Peter Schuwalow *15.07.1827, +22.03.1889, russischer Diplomat

- Jovan Ristitsch *13.02.1813 - +04.09.1899, serbischer Diplomat, Außenminister, Ministerpräsident

- Sergeij Dmitrijewitsch Sasonow, russischer Außenminister *10.08.1860- +25.12.1927

- Milovan Milovanovic *17.02.1863 , +18.06.1912 , serbischer Außenminister 1908-1911, 1911-1912 Ministerpräsident

Deutschlands und Kaiser Wilhelms II. angebliche Schuld am Ausbruch des Weltkrieges; Theodor Schiemann; Berlin 1921, S.11

Schon 1878 ist Rußlands Ziel, sich die Dardanellen über Berlin zu holen, was nur mit einem Krieg gegen Deutschland realisiert werden kann. Das russische Ziel: Berlin.

Rußlands Streben – mit dem Ziel Deutschland

Bismarcks politisches Interesse war, ein Zusammenkommen von Rußland und England zu verhindern, doch Kaiser Wilhelm II. sah diese Möglichkeit nicht, und mit einem kleinen Seitenhieb auf Bismarck, es sei denn, man hätte Rußland nach Konstantinopel gelassen.

„Der Moment, dies in weite Ferne zu rücken, wäre ja beinahe gegeben gewesen, wenn man 1877/ 78 die Russen nach Stambul gelassen hätte; dann wäre die englische Flotte ohne weiteres zur Verteidigung Stambuls eingefahren und der Konflikt wäre dagewesen. Statt dessen habe man den Russen den Vertrag von San Stefano aufgenötigt, sie vor den Toren der Stadt, die sie nach furchtbaren Kämpfen und Mühen erreicht hatten und vor sich sahen, zur Umkehr gezwungen. Das habe in der russischen Armee einen unauslöschlichen

Haß gegen uns entfesselt (Mitteilung preußischer Offiziere im russischen Heer, welche den Feldzug mitgemacht hatten...). Obendrein habe man dann den Vertrag umgestoßen und durch den Berliner Kongreß ersetzt, der uns in den Augen der Russen noch mehr als Feinde ihrer ‚berechtigten Interessen im Orient‘ belastet habe. Auf diese Weise sei der vom Fürsten erhoffte Konflikt zwischen Rußland und England in weite Ferne gerückt. Der Fürst teilte diese Beurteilung ‚seines‘ Kongresses, auf dessen Ergebnis er als ‚ehrlicher Makler‘ so stolz war, nicht, und bemerkte ernst, er habe einer allgemeinen Konflagration vorbeugen und seine guten Dienste zur Vermittlung anbieten müssen.“

Kaiser Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Leipzig/ Berlin 1922. S.9

Die Politik Bismarcks war nicht unbedingt die Kaiser Wilhelm II.; der Reichskanzler handelte in seinem Sinne, so wie er es unter Wilhelm I. praktizieren konnte. Aber seine Politik des Berliner Kongresses und die Reaktion Rußlands auf Bismarcks Verhandlung, veränderte die Haltung Fürst Bismarcks, der auch mit der Möglichkeit eines Konfliktes mit Rußland rechnete, woraufhin er am 7. Oktober 1879 ein Defensivbündnis mit Österreich schloß, das von Bismarck und dem Österreicher Andrassy – dessen Sohn dann die Geheimverhandlungen 1918 mit der Entente zum separaten Waffenstillstand mit Österreich gegen den Bündnispartner Deutschland führte – unterzeichnet wurde. Notovitch faßt diesen Entschluß Bismarcks in harte Worte, indem er schreibt:

„Der Fürst von Bismarck hatte diese Entwicklung vorausgesehen. Die vehementen Proteste des Thronfolgers (*des russischen*) gegen die Beschlüsse des Berliner Kongresses hatten ihn nicht über seine künftigen Absichten im Unklaren gelassen, und er, ein knallharter Teutone, hatte für die schlimmsten Eventualitäten vorgesorgt, indem er mit Österreich einen Vertrag über ein Offensiv- und Defensivbündnis schloß, das sich speziell gegen Rußland richtete.“

L-Empereur Alexander III und seine Entourage, Nicolaus Notovitch, Paris 1895, S. 104

Notovitch faßt die Enttäuschung und Wut Alexanders über das Ergebnis des Berliner Kongresses in Worte, die den Zaren zu dem Entschluß führten, sich für ein Bündnis mit Frankreich zu entschließen. Dazu berief er Nicolas de Giers, seinen engen Mitarbeiter, der die Fäden für eine solche Verbindung knüpfen sollte. Notovitch erwähnt die Einstellung des Zaren gegenüber de Giers:

„Die heutige Politik ist nicht mehr eine Politik der Dynastien, sondern eine Kombination der Interessen der Völker,“ sagte der Kaiser. „Der Fürst von Bismarck hat uns dies als Erster demonstriert, indem er die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den Romanoffs und den Hohenzollern vernachlässigt hat. Ich folge seinem Beispiel und möchte in unseren Außenbeziehungen den Grundsatz einführen, daß die Interessen der Völker und nicht mehr die der Dynastien gewahrt werden. Ich empfehle Ihnen zunächst, Frankreich gegenüber eine freundschaftliche Haltung einzunehmen, damit Sie zu gegebener Zeit und im Bedarfsfall ein offizielles Bündnis mit Frankreich schließen können.“

L-Empereur Alexander III und seine Entourage, Nicolaus Notovitch, Paris 1895, S. 105-106

Bismarcks Verhalten war das eines Herrschers ohne Amt, das er unter Wilhelm I. als Reichskanzler ausübte. Die Reaktion Rußlands, die sich gegen Bismarcks „Konferenz“ und somit gegen Deutschland richtete, führte zu den ersten Schritten Rußlands auf Frankreich zu.

Trotz der enttäuschenden Berliner Konferenz verlängerte Rußland am 18. Juni 1881 das Dreikaiserbündnis auf drei Jahre, welches im Falle eines Krieges mit einer vierten Macht „wohlwollende Neutralität“ gewähren sollte. Der Vertrag garantierte Rußlands Neutralität während eines deutsch-französischen und umgekehrt, Deutschlands Neutralität im Falle eines russisch-englischen Krieges. Weiter wurde in einem Protokoll festgehalten, daß Österreich-Ungarn das Recht behielt, ‚Bosnien und die Herzegowina ‚in dem Moment, den es für angemessen hält‘, zu annektieren.“

Die Außenpolitik von Alexander III., in: <https://fondco.ru/de/vneshnyaya-politika-aleksandra-3-itogi-kratko-vneshnyaya-politika-aleksandra-iii/>

Im selben Jahr trafen sich am 09.09.1881 auf der Yacht Kaiser Wilhelms I. in Danzig, der deutsche Kaiser in Begleitung Bismarcks und Zar Alexander III. in Begleitung de Giers, zum Meinungsaustausch. Es wird als ein sehr herzliches Zusammentreffen von Neffe und Onkel geschildert.

Rußlands Hinwendung zu Frankreich

Herr de Giers führte die Wünsche seines Herrschers, dem Zaren, aus, dessen Plan, Frankreich als Bündnispartner zu gewinnen, im Jahre 1882 seinen Ursprung haben soll. Alexander hielt sich an das Wort Peter des Großen: „Rußland hat nur einen Freund in Europa, und das ist Frankreich“. Denn er war der Überzeugung, England habe „immer wieder Intrigen gegen uns geschmiedet. Es war und ist das Land, das diese monströsen Koalitionen gegen Rußland schmiedete und zu schmieden versucht“, aber, „Rußland und Frankreich hingegen

haben keine gemeinsamen Interessen und daher auch keinen Streitpunkt, der sich aus der Nachbarschaft ergibt, und die Feinde, die auf sie lauern und auf ihre Macht und ihren Ruhm eifersüchtig sind, sind dieselben.“

L'Empereur Alexander III und seine Entourage, Nicolaus Notovitch, Paris 1895, S. 111-112

Für den Zaren ist Frankreich der ideale Bündnispartner, denn, wenn „es im Westen Europas kein Frankreich gäbe, würde sich Rußland früher oder später gezwungen sehen, eine ähnliche Macht zu schaffen, um ein Gegengewicht zu Deutschlands überbordendem Ehrgeiz und Englands ungeordnetem Appetit zu bilden.“

L'Empereur Alexander III und seine Entourage, Nicolaus Notovitch, Paris 1895, S. 111-112

Das Dreikaiserbündnis wird 1884 noch einmal verlängert, obwohl die dynastische Grundlage des Bündnisses die Staatspolitik nicht mehr trug. Trotz allem trafen sich die drei Herrscher, welches die Beziehungen der drei Kaiserreiche nicht wesentlich änderte, vom 15. bis 17. September 1884 in Skierniewice bei Warschau.

Der unbekannte russische General schreibt zu den beiden Treffen der Kaiser: „Viele Menschen wundern sich, daß der Tzarewitsch Alexander, der einst die Deutschen so herzlich haßte und so sehr auf den Kosakengeist seines Volkes vertraute, sich nach Danzig verleiten ließ und an der Komödie teilnahm, die in Skierniewitz aufgeführt wurde. Nun, ich wage es zu behaupten, daß die geniale Seele des glühenden Patrioten noch immer in unserem Herrscher lebt, und der Moment ist nahe, in dem seine mächtige Stimme Rußland aus seinem Schlummer erwecken wird.“

L'Alliance Franco-Russe et la Coalition Europeenne, un General Russe, Paris 1887, S.1

Dieser General spricht für das russische Militär, das, auch unter dem Einfluß ausländischer Offiziere, in erster Linie Franzosen, eine starke deutsche Ablehnung zeigte.

Weiter schreibt der unbekannte General 1887 über den Haß der Russen auf die Deutschen:

„Ich fragte einmal einen Bauern, warum er die Franzosen so sehr liebe und die Deutschen hasse, die nie gegen uns Krieg geführt hätten, während die Franzosen Moskau (Napoleon I.) niedergebrannt und Sebastopol zerstört hätten (Napoleon III.). Die Franzosen kamen als Feinde zu uns, antwortete er, und wurden unsere Freunde; die Deutschen dagegen kamen als Freunde zu uns und kehrten, nachdem sie uns ausgebeutet hatten, als Feinde zurück. Was Moskau betrifft, so war es kein Streit zwischen Russen und Franzosen, sondern zwischen ihren Kaisern.“

L'Alliance Franco-Russe et la Coalition Europeenne, un General Russe, Paris 1887, S.1

Weiter bemerkt er über Österreich-Ungarn und Deutschland:

„Für Österreich, dieses politische Mosaik, wäre ein Krieg Selbstmord. Was Deutschland betrifft, so darf man nicht vergessen, daß es sich durch die Eroberung von Elsaß-Lothringen eine Brutstätte der Revolution geschaffen hat und daß wir ihm den gefährlichsten Feind entgegenstellen müssen, den sichersten Verbündeten für uns, da unsere Interessen gemeinsam sind.“

L'Alliance Franco-Russe et la Coalition Europeenne, un General Russe, Paris 1887, S.1

Dieser General sieht Österreichs Situation schon 1887 sehr realistisch, wenn er sagt, daß ein Krieg Österreichs einem Selbstmord gleich käme, er nimmt die Folgen von 1914 vorweg. Deutschland gegenüber meint er, daß durch die Rache der Franzosen, für das entronnene Elsaß-Lothringen, gleichzeitig eine „Brutstätte“ der Revolution geschaffen worden sei, was zu der Erkenntnis verleitet, daß Frankreich in Verbindung mit Rußland die Revolution in Deutschland mit vorangetrieben hat, durch die Infiltration diverser Sozialdemokraten mit dem „bolschewistischen Virus“, und finanzieller Unterstützung der Sozialdemokraten aus Moskau, was im Ergebnis mit zur Revolution 1918 führte.

Und noch bevor die französisch-russische Koalition offiziell gebildet wurde, sagt der russische General:

„Die französisch-russische Allianz ist eine historische Notwendigkeit; ihre Grundlage wurde von Napoleon I. in Moskau gelegt und von Napoleon III. in Sewastopol besiegelt, denn unter den Mauern dieser beiden Städte gab es weder Besiegte noch Sieger.....es gab zwei große Nationen, die einander gegenüberstanden und sich kennen und schätzen lernten.“

L'Alliance Franco-Russe et la Coalition Europeenne, un General Russe, Paris 1887, S.3

Und sei es mit der Prophezeiung nicht genug, setzt er noch eine Vorhersage obendrauf, daß ein großer Krieg Europas Landkarte verändern würde – und das schon 1887:

„In diesem Jahrhundert, in dem alle Kriege einen kommerziellen Charakter haben, in dem man um einen Markt kämpft, gibt es noch zwei nationale Streitigkeiten, die ausgetragen werden müssen, zwei Rassenkämpfe: der deutsch-französische Krieg und der russisch-deutsche Krieg. Dieser homerische Kampf wird die Weltkarte verändern, die Beziehungen zwischen den Völkern regeln“.

L'Alliance Franco-Russe et la Coalition Europeenne, un General Russe, Paris 1887, S.3

Und er unterstellt Deutschland den alles erzeugenden „Militarismus“, der dies bewirke. Und das von einem Militär des absolutistischen Rußland.

Das Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn wurde am 20.5.1882 mit Italien erweitert, welches als „Dreibund“ bezeichnet wurde und eine Gültigkeit von fünf Jahren haben sollte. Im folgenden Jahr, 1883, erreicht Bismarck, daß sich Rumänien anschloß; mit Spanien vereinbarte man, im Falle eines deutsch-französischen Krieges 100.000 Mann in den Pyrenäen Frankreich entgegenzustellen.

Die Außenpolitik von Alexander III., in: <https://fondco.ru/de/vneshnyaya-politika-aleksandra-3-itogi-kratko-vneshnyaya-politika-aleksandra-iii/>

Die beiderseitigen Interessen Österreichs und Rußlands auf dem Balkan hielten eine konstante Spannung zwischen den beiden Mächten aufrecht, die man bei einem Treffen zwischen Zar Alexander III. und Kaiser Franz-Joseph, mit beiden Außenministern, in Kremsir, in Mähren, am 25. und 26. August 1885 entspannen wollte. Die Spannungen, die die beiden Staaten gegenseitig auf dem Balkan erzeugten, konnten nicht beigelegt werden.

Einen Besuch des russischen Thronfolgers in Berlin vom 24. bis zum 28. Januar 1893 versuchte man zu diskreditieren, durch Nachrichten in „der französischen, englischen und österreichischen Presse“, weil man davon überzeugt sei, „daß im Frühjahr ein russischer Angriff auf Deutschland bevorstehe. Großfürst Sergius sei in Frankreich gewesen, um festzustellen, ob Frankreich zu einem Kriege im Frühjahr hinlänglich vorbereitet sei.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.40

Der Botschafter in Petersburg konnte dies nicht bestätigen, aber es ist bemerkenswert, daß Rußland 1893 wiederholt an einen Krieg, im Verbund mit Frankreich, gegen Deutschland dachte – ein Gedanke, der sich wie eine rote Linie bis 1914 hinzog.

So wie einige Tage vorher im Januar 1893, am Geburtstag des Kaisers, in Reden von Generalen „von der Möglichkeit eines Zukunftskrieges gesprochen wurde, erregte Anfang Februar in Rußland erhebliches Aufsehen. Die ‚Moskauer Nachrichten‘ machten den Anfang mit neuen Angriffen gegen Deutschland.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.41

Es wird jede Gelegenheit genutzt, ob in Frankreich oder Rußland, mit Kriegsparolen gegen Deutschland zu agitieren, obwohl Deutschland sehr daran interessiert ist und entsprechend handelt, vor allem mit England, Rußland und besonders mit Frankreich, ein ausgeglichenes politisches Verhältnis zu pflegen und größeren Streitigkeiten, die zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen könnten, aus dem Weg zu gehen und lieber einen Rückzieher zu machen.

Der russische Außenminister v. Giers bemerkte bei einem seiner Besuche in Wien über Fürst Bismarck, „der Rußland, besonders auch durch seine Finanzmaßregeln, in die Arme Frankreichs getrieben habe.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.41

Nicht überall hatte Bismarck die besten Erinnerungen an seine Amtszeit hinterlassen. Weiter bemerkte Giers, „Frankreich würde aber nie einen Angriff auf Deutschland wagen, ohne der Unterstützung Rußlands sicher zu sein, und die würde ihm durch den so friedliebenden Zaren niemals zuteil werden. Giers sprach auch von der steten Vermehrung der stehenden Heere und erwog die Frage, ob die Staaten bei den eminenten Friedensaussichten nicht einen Vertrag schließen könnten, durch welchen die Heeresmacht eines jeden Staates festgestellt würde“. Hier taucht bei einer amtlichen russischen Persönlichkeit plötzlich der Gedanke einer allgemeinen Abrüstung auf.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.42

Der Gedanke der allgemeinen Abrüstung führte auf Anregung des russischen Zaren Nikolaus II. und der niederländischen Königin Wilhelmina, zur Haager „Friedenskonferenz“, 1899 und 1907, mit dem Ergebnis des Zustandekommens der „Haager Landkriegsordnung“, die in den folgenden Kriegen nicht das Papier wert war, auf dem sie stand.

Auch die Bemerkung, daß Frankreich nicht alleine einen Angriff auf Deutschland wagen würde ohne Rußlands Unterstützung, offenbart die enge Zusammenarbeit Frankreichs und Rußlands und die Kriegsabsichten beider Länder.

Kaiser Wilhelm II. war sich der Situation Rußlands bewußt, auch, daß Rußlands Stärke in keinem Fall zu unterschätzen sei, was eine Bemerkung Wilhelms während eines Manöverbesuches vom 22. bis 27. September 1893 in Österreich war, daß man „mit solchen Truppen keinen Feind zu fürchten“ brauche, bei Kaiser Franz-Joseph den Eindruck hinterließ, Kaiser Wilhelm unterschätze die Russen.

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.42

Mit Nikolaus II., der im November 1894 als russischer Zar die Regierungsgewalt übernimmt, ändern sich die Beziehungen zu Deutschland. Brentano betont, daß unter Nikolaus II. „die Doppelzüngigkeit der

russischen Politik noch mehr zugenommen“ habe. „Trotz der innigen Freundschaftsbriefe, die er mit Wilhelm II.,“ seinem Cousin, „wechselte, wurde schon 1896 vom russischen Generalstab ein Plan für die Besetzung der Meerengen ausgearbeitet, also ein Krieg vorbereitet, der nach russischer Auffassung nur über Deutschland gehen konnte; und im Jahr 1899 hat der damalige französische Außenminister Delcasse das zwischen Rußland und Frankreich bestehende Einverständnis dahin erweitert, daß es sich, statt wie bisher nur auf Aufrechterhaltung des Friedens, nunmehr auf die des europäischen Gleichgewichts erstreckte; d. h. falls es, wie man erwartete, beim Tode des greisen Franz Joseph zur Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie käme, wollte man die Angliederung Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich gemeinsam verhindern.“

Die Urheber des Weltkriegs; Lujo Brentano, München 1922, S.22

Frankreich und Rußland sind sich schon mehr als 15 Jahre vor Kriegsbeginn 1914 einig, gegen Deutschland zu gehen.

„Im Bund mit Rußland und im Einverständnis mit England,, glaubte die französische Armee sich des Sieges über Deutschland sicher. Man lese in „La France militaire“ von 1911 die Enttäuschung, die es den Kriegstreibern in Frankreich bereitet hat, daß Wilhelm II. es damals in Marokko nicht zum Kriege hat kommen lassen“, die Marokko-„Panther“-Krise war dazu ausersehen.

Nikolai Nikolajewitsch Romanow, General und Oberbefehlshaber der russischen Streitkräfte im Ersten Weltkrieg, betonte am Schluß eines von ihm besuchten französischen Manövers, daß die Vernichtung Deutschlands das Ziel russischer Politik sei. Überall in Rußland wird klar und deutlich die Absicht geäußert, gegen Deutschland in den Krieg zu ziehen. - Nikolai Nikolajewitsch Romanow, 18.11.1856 – 06.01.1929

Die Urheber des Weltkriegs; Lujo Brentano, München 1922, S.22f

Und heutige „Historiker“ scheinen blind gegenüber diesen alten Aussagen Rußlands zu sein und sehen nur das „böse, militaristische“ Deutschland als Urheber des Ersten Weltkrieges. Geschichtsschreibung wird in Deutschland mit grünen Scheublenden gemacht.

Der Weg nach Konstantinopel ging für Rußland nur über Deutschland, über Berlin. Es war der Deutschenhaß der russischen Kriegspartei, die diesen Weg als den direkten Weg nach Konstantinopel sah. Und dazu brauchte es Verbündete, die im Westen „sehnsüchtig darauf warten, sich mit ihm zum Angriff auf Deutschland vereinigen zu können. Hier gestatten die geographischen und Verkehrsverhältnisse eine sehr viel schnellere und geregeltere Machtentfaltung als in der Mandschurei.“

Deutschland und der nächste Krieg, Friedrich von Bernhardi, General d. Kavallerie a.D, Stuttgart 1911, S.176

In der Mandschurei war China und vor allem Japan der Gegner Rußlands; China, das seine Probleme mit dem Westen hatte und Japan, das die gleichen Interessen in der Mandschurei hatte wie Rußland und ein nicht zu unterschätzender Gegner war. Aber die russische öffentliche Meinung, „in der der Deutschenhaß nach wie vor lebendig ist, würde einem solchen Kriege günstig sein, und schließlich würde ein Sieg über Deutschland und Österreich nicht nur den Weg nach Konstantinopel frei machen, sondern auch eine gewaltige Steigerung des politischen und wirtschaftlichen Einflusses in Westeuropa zur Folge haben.“

Deutschland und der nächste Krieg, Friedrich von Bernhardi, General d. Kavallerie a.D, Stuttgart 1911, S.176

So kam es zum Bündnis zwischen Frankreich und Rußland unter Alexander III., über das man bereits 1890 sprach, 1891 diplomatisch vorbereitet und 1893 besiegelte und damit den Weg bereitete, Österreich-Ungarn den Todesstoß zu versetzen und Deutschland zu zerstören.

Der amerikanische Historiker Packard schreibt: „Die ‚entente cordiale‘, die sich glücklicherweise zwischen Frankreich und Rußland gebildet hat, ist die beste Garantie für den Frieden. Während der Dreibund sich mit Rüstungen ruiniert, ist die innige Übereinstimmung unserer beiden Länder notwendig, um in Europa eine gerechte ‚ponderation des forces‘ zu erhalten.“

RUSSIA AND THE DUAL ALLIANCE, L.B. Packard, in: The American Historical Review, Vol. XXV, London 1920. S.406

Der Dreibund ruinierte sich nicht durch Rüstung, sondern versuchte zu erreichen, seinen Status Quo zu erhalten, um gerüstet zu sein, für die zu erwartende Aggression seiner Nachbarn in Ost und West, die ihre Rüstung vorantrieben und, wie später erwähnt wird, Deutschland und den Dreibund bei weitem in ihrer Rüstung überholten.

Weiter schreibt Packard, „daß die Entente bereits seit einiger Zeit besteht. Es gibt jedoch keine Informationen über den genauen oder auch nur ungefähren Zeitpunkt, zu dem entweder die Franzosen oder die Russen den Anstoß für eine endgültige Festlegung der Vereinbarung gegeben haben. Es ist ziemlich klar, daß die Frage einer sichtbaren Manifestation der Entente bereits 1889 erörtert wurde, was vermutlich bedeutet, daß das eigentliche Abkommen vorausging und vielleicht, wie oben angedeutet, aus dem Jahr 1887 stammt. Die sichtbare Manifestation, die 1889 zur Diskussion stand, war das Projekt des Besuchs der französischen Flotte in Rußland.“

RUSSIA AND THE DUAL ALLIANCE, L.B. Packard, in: The American Historical Review, Vol. XXV, London 1920. S.406

Rußland rüstet gegen Deutschland.

Rußland bereitete sich in Kooperation mit Frankreich gezielt auf einen Krieg gegen den „Dreibund“ vor, auch wenn geäußert wird, daß Rußlands Kriegspläne „immer einen defensiven Charakter“ gehabt hätten und die Haltung „der Defensivtaktik jetzt aufgegeben wurde“. Und in einem Artikel des Börsenblattes von Petersburg vom 13. März 1914, der dem russischen General Suchomlinow zugeschrieben wird, heißt es weiter:

„Die russische Öffentlichkeit hat ein großes Interesse daran, zu wissen, daß unser Land auf alle Eventualitäten vorbereitet ist.“ Die Eventualität eines Krieges.

Truth and the War, E. D. Morel, London 1916, S.138

Morel zitiert einen weiteren Artikel der „Golos Moskvj“, vom 12. März 1914, in dem der Haß gegen Österreich verbalisiert wird, der nur mit Mühe im Zaum gehalten werden könne; aber:

„Es kann der Augenblick kommen, wo auch die russische Regierung sich als unfähig erweisen wird, den Haß gegen Österreich-Ungarn, der das russische Volk erfüllt, niederzuschlagen, und dann wird das Überschreiten der österreichischen Grenze durch die russische Armee zu einer unvermeidlichen Entscheidung werden.“

Truth and the War, E. D. Morel, London 1916, S.138

Die Richtung wird angezeigt, welcher Weg eingeschlagen werden soll – ein Krieg gegen Österreich um den Balkan zu vereinen.

Die Haltung gegen Deutschland beschreibt ein Professor Dr. Paul Mitrofanoff eindeutig, in dem er sich dahingehend äußert, daß es für Rußland „eine historische, politische und wirtschaftliche Notwendigkeit“ der Ausdehnung seines Einflusses nach Süden sei, dem aber der Widerstand Deutschlands als Verbündeter Österreich-Ungarns im Wege stehe. „Daher ist es den Russen ganz klar geworden, daß, wenn alles so bleibt, wie es ist, der Weg nach Konstantinopel über Berlin führen muß. Selbst Wien ist nur von zweitrangiger Bedeutung.“

Truth and the War, E. D. Morel, London 1916, S.138

Eine deutliche Aussage, die den Krieg gegen Deutschland als feststehende Tatsache bezeichnet. Dies untermauern die Berichte der „Times“, die „die deutschen Befürchtungen vor einer russischen Aggression“ für berechtigt hielten, da Rußland sein Heer „um 150.000 Mann erhöht habe, was eine Gesamtfriedensstärke von etwa 1.700.000 Mann ergibt, also ungefähr das Doppelte von Deutschland.“ Diese Aufrüstung der Truppen käme „einer Mobilmachung in Friedenszeiten gleich“. Und weiter: „Es gibt Anzeichen dafür, daß Rußland mit der Verteidigungsstrategie Schluß gemacht hat. ... Die zunehmende Anzahl von Geschützen im russischen Armeekorps, die wachsende Effizienz der Armee und die bereits durchgeführten oder geplanten Verbesserungen der strategischen Eisenbahnen sind wiederum Dinge, die nicht außer Acht gelassen werden dürfen.“

Truth and the War, E. D. Morel, London 1916, S.138f

1913 nehmen die russischen militärischen Aktionen enorm zu, auch zur Freude der Engländer, wie Morel bemerkt. Diese Bewegungen an der deutschen Grenze veranlassen bereits 1911 den Militär-Korrespondenten der „Times“ zur Feststellung: „Die Möglichkeit eines Zweifrontenkrieges ist der Alptraum der deutschen Strategen, und wenn man das Tempo bedenkt, mit dem Rußland seit 1905 seine Feldarmeen aufbaut, ist es unwahrscheinlich, daß dieser Alptraum bald verschwindet.“

Truth and the War, E. D. Morel, London 1916, S.141

Man kann ohne Übertreibung sagen, daß Rußland sich intensiv auf einen Krieg gegen Österreich-Ungarn und im Besonderen gegen Deutschland rüstet, im Verbund mit seinem Bündnispartner Frankreich. Und diese Aufrüstung intensiviert sich nach dem russisch-japanischen Krieg 1904/1905, wie die der russische Oberstleutnant Arivenko in einem Artikel der „Times“ schrieb:

„1905 wurde die Dienstzeit von vier auf zweidreiviertel Jahre verkürzt, was einen Zuwachs von 200.000 Reservisten sicherte; 1907 wurden die "Reserveeinheiten" umgestaltet; 1907-9 (1907-1909) wurden die Militärschulen geändert und erweitert, ein Korps von Unteroffizieren mit abgelaufener Dienstzeit geschaffen (20.000); 1910 wurde eine neue Ausrüstung mit schweren Geschützen und neuen Transportmitteln, Funkstationen, Automobilen, Flugzeugen usw. eingeführt. Arivenko versichert uns, daß Rußland pazifistisch sei, aber es wäre ein Fehler anzunehmen, daß diese Tendenz für eine „Unvorbereitetheit auf den Krieg“ spricht.“

Und: „Ein spezieller Erlaß hielt die Mobilisierung der Hälfte der russischen Armee an der österreichischen Grenze, die 1912 aufgestellt worden war, in Kriegszustand. Ein anderer bestätigte das Gesetz zur Änderung der Wehrpflicht von 1912, das vorsah, daß alle Personen, die im letzten Quartal 1892 geboren wurden, 1913 statt 1914 in die Armee eintreten sollten.“

Truth and the War, E. D. Morel, London 1916, S.141

Nach dem Motto „Allzeit bereit“ für einen Krieg gegen Deutschland, sollte es heißen, man bereitet sich für 1914 intensiv vor, nichts wird unberücksichtigt gelassen, die Truppen stehen an der österreichischen Grenze bereit für den Einsatz gegen den Feind, was in der „Times“ vom 10. September 1914 bestätigt wird, denn: „kompetente Beobachter, die die Friedensstärke auf 1.400.000 schätzen, sind geneigt, 3.500.000 Mann als die größtmögliche Kriegsstärke zu nennen. Daß Rußland über unbegrenzte Reserven unausgebildeter Männer verfügt, die in der Lage sind, bei Bedarf eine noch größere Armee aufzustellen, steht natürlich außer Zweifel. Nach allgemeiner Meinung war die russische Armee noch nie in einem besseren Zustand. Sie ist gut gekleidet, gut ernährt“ und kampfbereit gegen Österreich und Deutschland.
Truth and the War, E. D. Morel, London 1916, S.142

Amerika – Rußland – England – Frankreich – sie bereiten einen Krieg vor

Die Haltung Amerikas zu Deutschland wird im Vorfeld des Ersten Weltkrieges als deutschfreundlich, mehr neutral bezeichnet. Doch es schien ein Trugschluß zu sein, sich auf eine neutrale Haltung der Vereinigten Staaten zu verlassen, da die dortige Politik angelsächsisch und wirtschaftlich von England und Frankreich als Absatzregionen auf dem europäischen Kontinent abhängig war.

Dazu fällt mir der Spruch ein: Wenn man den Amerikaner als Freund hat, benötigt man keinen Feind. – Nur so am Rande.

Der Begriff des „Pangermanismus“ scheint in den Staaten die Haltung einflußreicher Kreise zu beeinflussen, was Auszüge aus Professor Roland Ushers Buch über Alldeutschtum (Pangermanismus) belegen, das zuerst im Jahre 1913 erschien und in mehreren Auflagen 1914 nach Beginn des europäischen Krieges neugedruckt wurde. Zum besseren Verständnis noch einmal die Passage (s.o.), die auch Grundlage für den Eintritt Amerikas in den Ersten Weltkrieg war:

„Sobald die Bedeutung des alldeutschen Gedankens den französischen und englischen Diplomaten einmal klar geworden war, sobald sie einmal gesehen hatten, wie weit Deutschland zu gehen geneigt war, sahen sie auch die Notwendigkeit ein, ihre Stellung zu befestigen. Daher traten sie an die Vereinigten Staaten mit Vorschlägen heran, die – wahrscheinlich schon vor dem Sommer 1897 – zu einer Verständigung zwischen den drei Staaten führten. Es steht außer Zweifel, daß man kein Schriftstück irgendwelcher Art unterzeichnete, daß man kein Pfand gab, das nicht unter dem Zwang der Verhältnisse von jeder der vertragschließenden Parteien hätte abgeleugnet oder nicht anerkannt werden können. Trotzdem kam es zu einer Verständigung, daß im Falle eines Krieges, den Deutschland oder Österreich zur Ausbreitung des alldeutschen Gedankens beginnen würde, Amerika sofort auf die Seite Frankreichs und Englands treten und ihnen mit Aufbietung aller Kraft helfen sollte. Die Tatsache, daß dieses Abkommen nicht offiziell anerkannt war, braucht seine Bedeutung noch nicht vermindern.“

Das Problem Japans, von einem ehemaligen Gesandtschaftsrat im fernen Osten, 1913, Leipzig 1920, S.91f

Es wird vereinbart, sollten Deutschland oder Österreich einen Krieg zur Verbreitung des „pandeutschen“ Gedankens beginnen, würden die drei Staaten sofort sich gegenseitig zur Seite stehen. Seine wirtschaftliche Stärke machte Amerika zu einem unersetzlichen Partner der angelsächsisch-welschen Vereinbarung, es „besitzt tatsächlich gerade das, was erforderlich ist, um Englands und Frankreichs wirtschaftliche Stellung fast uneinnehmbar zu machen. Die Vereinigten Staaten sind ferner die drittgrößte Geldmacht der Welt, nur von den in London und Paris kontrollierten an Größe übertroffen“.

Das Problem Japans, von einem ehemaligen Gesandtschaftsrat im fernen Osten, 1913, Leipzig 1920, S.95f

Frankreich, Amerika und England hatten Angst vor der wirtschaftlichen Expansion Deutschlands und seinen unorthodoxen Aktivitäten im Handel, der förmlich explodierte. Aber eine „pangermanische“ Gefahr, denke ich, ist eher als das „rote Tuch“ der Angelsachsen zu sehen.

Usher meint, es sei für wichtig gehalten worden, Deutschland von Amerika fern zu halten und England war bemüht, sein in Deutschland angelegtes Geld in Sicherheit zu bringen, vor dem Zugriff Deutschlands im Falle eines Krieges.

Amerika ist auf die europäischen Staaten angewiesen, wenn es um wirtschaftliche Fragen geht. Nur durch die Abhängigkeit von der englischen Flotte, konnte Amerika die wirtschaftliche Verbindung mit Europa aufrechterhalten, zu einem Absatzgebiet seiner Rohstoffe und Waren.

Die Vereinbarung von 1897 gestattete nun Amerika, den Panamakanal zu bauen. „Bis dahin hatte es England nicht für ratsam gehalten, die Vereinigten Staaten in dieser Weise durch eine Schiffsverbindung, die ausschließlich unter ihrer Kontrolle stand, zum Handelsverkehr mit dem fernen Osten zuzulassen. Aber das Aufkommen des alldeutschen Gedankens, die Furcht vor einem Angriff auf den englischen Verkehrsweg durch das Mittelmeer und den Suezkanal, die Möglichkeit, daß dieser Weg durch einen Mißerfolg zur See zeitweilig

oder dauernd versperrt würde, versöhnten England mit dem Bau des Panamakanals, weil es in diesem Wasserweg eine neue Heerstraße sah, die es nach seinen Besitzungen im fernen Osten benutzen konnte, und die durch den Atlantischen Ozean tatsächlich vor den Händen Deutschlands sicher war.“ Weiter wird geschrieben: „Wenn es dann Deutschland wirklich gelingen sollte, seinen erstaunlichen Plan ganz durchzuführen, so würden England und seine Verbündeten noch immer imstande sein, mit ihm um den Besitz des Osthandels zu wetteifern.“

Das Problem Japans, von einem ehemaligen Gesandtschaftsrat im fernen Osten, 1913, Leipzig 1920, S.100f

England sieht Deutschland als den großen Feind, der seinen weltweiten Handel in Gefahr bringt, der sich zu einer Konkurrenz entwickelt hat, von der sich England in seiner Existenz bedroht sieht. Die Konsequenz: „Die vollständige Abhängigkeit Englands und Frankreichs von Amerikas finanzieller und wirtschaftlicher Hilfe im Fall eines europäischen Krieges wird, nach Prof. Usher, ausgeglichen durch die Abhängigkeit Amerikas von England und Frankreich, die ihm Märkte für den Absatz und Schiffe für die Beförderung seiner Waren stellen müssen. Bleibt noch Amerikas Ehrgeiz als Kolonialmacht, sein Streben, in der Weltpolitik eine Rolle zu spielen und sich die unbestrittene Herrschaft über die westliche Halbkugel zu sichern, frei von jedem europäischen oder asiatischen Eingriff in sein besonderes Einflußgebiet über das karibische Land, Mexiko und Mittelamerika. – All diese Fragen streift Prof. Usher und ist der Ansicht, daß sie einen genügenden Vorwand für Amerikas Teilnahme auf Seiten Englands und Frankreichs in einem künftigen Krieg gegen Deutschland hergeben.“

Das Problem Japans, von einem ehemaligen Gesandtschaftsrat im fernen Osten, 1913, Leipzig 1920, S.95

Amerikas Ziel wird sehr deutlich: sich die unbestrittene Herrschaft über die westliche Halbkugel zu sichern. Amerika gibt sich nicht mit dem Bündnis mit England und Frankreich zufrieden, es will mehr, was die Geschichte letztendlich auch beweist und woraus sich die aktuellen Konflikte ergeben. So heißt es:

„Nicht seine strategische Lage, nicht seine militärische Stärke, sondern seine wirtschaftliche Lage macht Amerika zu einem unentbehrlichen Verbündeten für Frankreich und England. Nicht deren wirtschaftliche Lage, sondern sein Verlangen nach Kolonialbesitz, sein Ehrgeiz, eine Rolle in der Weltpolitik zu spielen, macht ein Bündnis mit England und Frankreich unentbehrlich für Amerika. Aber es kann in die Weltpolitik nur mit Einwilligung der Völker Europas eintreten. Es besitzt tatsächlich gerade das, was erforderlich ist, um Englands und Frankreichs wirtschaftliche Stellung fast uneinnehmbar zu machen. Die Vereinigten Staaten sind ferner die drittgrößte Geldmacht der Welt“. Für die Ziele Englands und Frankreichs unentbehrlich.“

Das Problem Japans, Leipzig 1920, S.95

Man dachte finanziell auch schon weiter und schloß sich in Finanzfragen zusammen, so wurde „zwischen den Geldmagnaten Englands und Amerikas eine Art internationaler Verklammerung ins Leben gerufen Hierdurch sollte, zum Austausch gegen das aus Deutschland zurückgezogene und in Amerika angelegte Geld, amerikanisches Kapital, das fast ganz in ein paar Banken, Trusts und Versicherungsgesellschaften aufgehäuft lag, in den englischen Kolonien Verwendung finden. Deutschland soll von beiden Ländern zu ihrem gegenseitigen Vorteil boykottiert werden. Ergebnis? Lahmlegung eines furchtbaren Konkurrenten im Handel und Bereicherung der englisch-amerikanischen Unternehmungen auf Deutschlands Kosten“.

Das Problem Japans, Leipzig 1920, S.95ff

Deutschland sollte von den Triple-Entente finanziell „trocken gelegt“ – boykottiert werden. Aus den genannten Ausführungen ergaben sich vermutete Verpflichtungen für Amerika, die in den folgenden Abschnitten **„Amerikas Verpflichtungen gegen England und Frankreich“**, und **„Amerikas Entgelt als Mitglied des Bündnisses“**, genannt werden; ich übernehme sie im Folgenden aus „Das Problem Japans“:

Amerikas Verpflichtungen gegen England und Frankreich.

„Als Mitglied des Bündnisses hat Amerika auf Grund der vermuteten Vertragsbedingungen folgende Aufgaben in dem Kampf zu erfüllen:

1. Unterstützung der Verbündeten aus seinen großen Mengen natürlicher Hilfsmittel mit Gold, Silber, Eisen, Kohle, Baumwolle, Stahl und Landwirtschaftsprodukten. Mit einem Wort: Belieferung der Verbündeten mit den Rohmaterialien und fertigen Erzeugnissen, die sie brauchen.
2. Im Fall eines Krieges hat es den Verbündeten einen gewaltigen Markt zum Verkauf solcher Fabrikate zu bieten, die sie dann noch werden herstellen können.
3. Es hat dafür zu sorgen, daß Deutschland sich keinen finanziellen Rückhalt in den Vereinigten Staaten schafft.
4. Es hat seine Verbündeten mit Geldmittel zu unterstützen.
5. Es hat die Koalitionsinteressen im Golf von Mexiko und im fernen Osten zu hüten.

6. Es hat während der Dauer des Krieges die Aufsicht über die Verkehrsstraße zwischen Europa und Amerika über den Atlantischen Ozean aufrechtzuerhalten.
7. Es hat auf den Philippinen eine Flottenstation von genügender Größe und Stärke zu schaffen, um das Halten einer Flotte zu gestatten, die im Stillen Ozean eine Macht bildet.
8. Es hat den Weg zu bahnen für die weitere Ausdehnung der Macht und des Einflusses seiner Verbündeten im fernen Osten.
9. Es hat die Erwerbung von Kolonien durch Deutschland zu hindern, deren Lage der Beherrschung des Osthandels durch Amerika und seine Verbündeten im Osten hinderlich sein könnte.
10. Es hat Erwerbung von Landbesitz in Süd- und Mittelamerika durch Deutschland zu hindern.

Aus der vorhergehenden Analyse zu Professor Ushers Ausführungen ist klar ersichtlich, welche Hilfe Amerika seinen Verbündeten im Fall eines europäischen Krieges zu stellen sich verpflichtet hatte.

Es ist nun von Wichtigkeit, welche Gegenleistungen Amerika sich ausbedungen hatte. Nach Professor Ushers Wiedergabe der Vertragsbedingungen sollten es die folgenden sein:

Amerikas Entgelt als Mitglied des Bündnisses.

1. England hat sein in Deutschland angelegtes Kapital nach den Vereinigten Staaten überzuführen.
2. Dem amerikanischen Kapital sind im Handel besondere Vorrechte einzuräumen, außerdem ist ein besonders Vergünstigungssystem für Kapitalanlage in den englischen und französischen Kolonien zu schaffen.
3. Amerika fordert Garantien dafür, daß ihm die englischen und französischen Märkte für Rohmaterial und Landwirtschaftsprodukte offen bleibt.
4. Amerika kontrolliert den Golf von Mexiko.
5. Freie Hand für die Vereinigten Staaten in Mittelamerika und Mexiko.
6. Kontrolle der Vereinigten Staaten über Kuba, Porto Rico, Haiti und Philippinen.
7. Anteil Amerikas an der Erschließung Chinas.
8. Annexion der Insel Guam, der Hawaiiinseln und der Insel Tutuila zum Zweck der Einrichtung von Kohlenstationen seitens Amerikas im Stillen Ozean.
9. Erlaubnis für Amerika den Panamakanal zu bauen und zu überwachen.“

Das Problem Japans, Leipzig 1920, S.103ff

Über all dies machte man sich 1897 schon Gedanken, einem Zeitpunkt, zu dem das deutsche Flottenbauprogramm noch nicht aufgestellt worden war, die Wirtschaft allerdings in einem rasanten Wachstum begriffen, man ein „Pangermanentum“ am Horizont sah, das nicht existierte, was aber alles zusammen „drei Weltherrschern“ große Sorgen bereitete und sie zur Organisation eines Krieges animierte, diesen Konkurrenten zu eliminieren.

Auch der Kriegseintritt Amerikas, unabhängig von der Idee des Geldverlustes durch eine „Niederlage der Alliierten“, oder „daß es fast drei Jahre lang die Kriegserklärung zurückhielt und schließlich nur durch den verschärften U-Bootkrieg dazu gezwungen war“, beruht letzten Endes einzig und allein auf der Ausschaltung Deutschlands aus dem Welthandel, einem unliebsamen Konkurrenten, der einem bei seinen Geschäften „nur im Wege“ steht.

Das Problem Japans, Leipzig 1920, S.102-103

Kaiser Wilhelm bringt es in seinem Buch, im Exil in Doorn geschrieben, gezielt auf den Punkt:

„Ein direkter Aufteilungsvertrag gegen Spanien, Deutschland usw. wird von Galliern und Angelsachsen im tiefsten Frieden bis in die Details geregelt, abgeschlossen, ohne jede Gewissensbisse, zum Zwecke Deutschland-Österreich zu zertrümmern und ihre Konkurrenz vom Weltmarkt auszuschließen! 17 Jahre vor Beginn des Weltkrieges ist dieser Vertrag von den vereinigten Gallo-Angelsachsen geschlossen und sein Ziel systematisch durch diese ganze Zeitperiode hindurch vorbereitet worden! Nun begreift man auch die Leichtigkeit, mit der König Eduard VII. seine Einkreisungspolitik betreiben konnte; die Hauptakteure waren schon lange einig und bereit. Als er den Pakt „Entente cordiale“ taufte, war diese Erscheinung für die Welt, zumal für die deutsche, ein unangenehmes Novum, für drüben war es nur eine offizielle Anerkennung der dort längst bekannten Tatsachen.

Angesichts dieses Arguments versteht man nun auch den Widerstand Englands im Jahre 1897 gegen ein Abkommen mit Deutschland über Kohlenstationen und den Ärger darüber, daß es Deutschland mit russischem Einverständnis gelungen war, festen Fuß in China zu fassen, über dessen Ausnutzung ohne Deutschlands Mitwirkung man sich eben zu dritt geeinigt hatte. Usher hat aus der Schule geplaudert und schlagend bewiesen, bei wem die Schuld am Weltkrieg wirklich liegt. Es ist der gegen Deutschland gerichtete Vertrag – „Gentleman's agreement“ zuweilen genannt – vom Frühjahr 1897, der die Grundlage, den

Ausgangspunkt bildet und von den Ententeländern durch 17 Jahre systematisch ausgebildet wurde. Als es ihnen gelungen war, auch Rußland und Japan für sich zu gewinnen, schlugen sie los, nachdem Serbien den Mord von Sarajewo inszeniert und damit die Lunte in das sorgfältig gefüllt Pulverfaß geschleudert hatte.“

Kaiser Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Berlin 1922, S.62f

Wilson versuchte mit allen Mitteln, wie Grey 1914, einen vorzeigbaren Grund zu finden, in den Krieg gegen Deutschland einzusteigen. Wie man dieses Verhalten als „demokratisches“ Staatsoberhaupt beurteilen kann, sagt Turner:

„Die amerikanische Beteiligung am europäischen Krieg war ein Verbrechen gegen die Demokratie und den dauerhaften Frieden.“ - Besser kann man es nicht ausdrücken.

WHAT REALLY STARTED IT, in: Shall it be again? – by John Kenneth Turner – New York 1922, S.236

Österreich

Der deutsch-österreichische Bündnisvertrag von 1879, den Bismarck mit Österreich als Absicherung gegen Rußland schloß, veröffentlicht im Berliner Tageblatt 1888:

Presse - Berliner Tageblatt – Nr.64 – Sonnabend, den 4. Februar 1888 – Morgen – S.1

Der deutsch-österreichische Bündnisvertrag von 1879

Die Regierungen Deutschlands und der österreichisch-ungarischen Monarchie haben sich zu der Veröffentlichung ihres am 7. Oktober 1879 abgeschlossenen Bündnisses entschlossen, um allen Zweifeln ein Ende zu machen, welche an den rein defensiven Intentionen desselben auf verschiedenen Seiten gehegt und zu verschiedenen Zwecken verwerthet werden. Beide verbündete Regierungen sind in ihrer Politik von dem Bestreben geleitet, den Frieden zu erhalten und Störungen desselben nach Möglichkeit abzuwehren; sie sind überzeugt, daß die Bekanntgabe des Inhalts ihres Bündnißvertrages jede Zweifel hierüber ausschließen wird und haben deshalb beschlossen, denselben zu veröffentlichen. Der Text lautet:

„In Erwägung, daß Ihre Majestäten der deutsche Kaiser, König von Preußen und der Kaiser von Österreich, König von Ungarn, es als Ihre unabweisliche Monarchenpflicht erachten müssen, für die Sicherheit Ihrer Reiche und die Ruhe Ihrer Völker unter allen Umständen Sorge zu tragen;

In Erwägung, daß beide Monarchen, ähnlich wie in dem früher bestandenen Bundesverhältnisse, durch festes Zusammenhalten beider Reiche, im Stande sein werden, diese Pflicht leichter und wirksamer zu erfüllen;

In Erwägung schließlich, daß ein inniges Zusammengehen von Deutschland und Oesterreich-Ungarn Niemanden bedrohen kann, wohl aber geeignet ist, den durch die Berliner Stipulationen geschaffenen europäischen Frieden zu konsolidieren,

haben Ihre Majestäten
der Kaiser von Deutschland und
der Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn,

indem Sie einander feierlich versprechen, daß Sie Ihrem rein defensiven Abkommen eine aggressive Tendenz nach keiner Richtung jemals beilegen wollen, einen Bund des Friedens und der gegenseitigen Vertheidigung zu knüpfen beschlossen.

Zu diesem Zwecke haben Allerhöchstdieselben zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

Se. Majestät der deutsche Kaiser

Allerhöchstihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter General-Lieutenant Prinzen Heinrich VII. Reuß k. k.

Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn,

Allerhöchstihren Wirklich Geheimen Rath, Minister des

Kaiserlichen Hauses und des Aeußeren, Feldmarschall-

Lieutenant Julius Grafen Andrassy von Csik-Szent-

Kiraly und Kraszna Horka k. k.

welche sich zu Wien am heutigen Tage vereinigt haben und nach Austausch ihrer gut und genügend befundenen Vollmachten übereingekommen sind, wie folgt:

Artikel I.

Sollte wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden hohen Kontrahenten Eines der beiden Reiche von Seiten Rußlands angegriffen werden, so sind die Hohen Kontrahenten verpflichtet, einander mit der gesamten Kriegsmacht Ihrer Reiche beizustehen und demgemäß den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen.

Artikel II.

Würde Eines der Hohen kontrahirenden Theile von einer anderen Macht angegriffen werden, so verpflichtet sich hiermit der andere Hohe Kontrahent, dem Angreifer gegen Seinen Hohen Verbündeten nicht nur beizustehen, sondern mindestens eine wohlwollende neutrale Haltung gegen den Hohen Mitkontrahenten zu beobachten.

Wenn jedoch in solchem Falle die angreifende Macht von Seite Rußlands, sei es in Form einer aktiven Kooperation, sei es durch militärische Maßnahmen, welche den Angegriffenen bedrohen, unterstützt werden sollte, so tritt die im Artikel I dieses Vertrages stipulierte Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht auch in diesem Falle sofort in Kraft, und die Kriegführung der beiden Hohen Kontrahenten wird auch dann eine gemeinsame bis zum gemeinsamen Friedensschluß.

Artikel III.

Dieser Vertrag soll in Gemäßheit seines friedlichen Charakters und um jede Mißdeutung auszuschließen, von beiden Hohen Kontrahenten geheim gehalten und einer dritten Macht nur im Einverständnisse beider Theile und nach Maßgabe spezieller Einigung mitgeteilt werden.

Beide Hohen Kontrahenten geben sich nach den bei der Begegnung in Alexandrowo ausgesprochenen Gesinnungen des Kaisers Alexander der Hoffnung hin, daß die Rüstungen Rußlands sich als bedrohlich für Sie in Wirklichkeit nicht erweisen werden, und haben aus diesem Grunde zu einer Mittheilung für jetzt keinen Anlaß, - sollte sich aber die Hoffnung wider Erwarten als eine irrthümliche erweisen, so würden die beiden Hohen Kontrahenten es als eine Pflicht der Loyalität erkennen, den Kaiser Alexander mindestens vertraulich darüber zu verständigen, daß sie einen Angriff auf Einen von Ihnen als gegen Beide gerichtet betrachten müßten.

Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag eigenhändig unterschrieben und ihre Wappen beigedrückt.

Geschehen zu Wien, am 7. Oktober 1879.

H. VII. P. Reuß.
(L.S.)

Andrassy.
(L.S.)“

Die militärpolitische Lage Deutschlands und Österreich-Ungarns im Sommer 1914.

Der russische Kriegsminister Wladimir Alexandrowitsch Suchomlinow (16.08.1848 – 02.02.1926) wird in einer russischen Zeitung im Juni 1914 zitiert: „Rußland ist fertig, und Frankreich muß ebenfalls fertig sein!“ Was soviel heißt, daß Rußland kriegsbereit ist und Frankreich es gefälligst auch zu sein hat. Die Russen fühlen sich stark für den Tag X, den Tag, an dem die jahrelange Vorbereitung des Krieges gegen Deutschland und Österreich in Aktion umgesetzt werden kann.

Serbien, mit dem Gedanken Österreich-Ungarn um Bosnien und die Herzegowina zu erleichtern, hat, mit dem Mord des Thronfolgers, Österreich den Krieg erklärt, den Österreich-Ungarn, um keinen Gesichtsverlust zu erleiden, annehmen mußte.

Aber hinter Serbien stand Rußland mit den Worten des Zaren vom 2. Februar 1914 an den serbischen Ministerpräsidenten Paschtsch: „Für Serbien werden wir alles tun!“ und gleichzeitig den Weg nach Konstantinopel einschlagen.

Österreich hatte mit Italien, trotz Bündnispartner, das Problem, daß Italien seine Fühler nach den adriatischen Gebieten und den von Italienern bewohnten österreichischen Gebieten ausstreckte und somit ein potenzieller Gegner Österreichs war.

Conrad von Hötzendorf (11.11.1852 – 25.08.1925) wollte als Chef des österreichisch-ungarischen Generalstabes, die südslawische und italienische Frage mit einem kriegerischen Schritt lösen, der aber nicht getan wurde.

Deutschland war auf Österreich-Ungarn angewiesen und umgekehrt. Österreichs Bedrohung durch das Streben Serbiens stellte auch für Deutschland eine Gefahr dar. Sollte Österreich als Bündnispartner ausfallen, würde dies die Stellung Deutschlands in seiner Großmachtstellung ebenso gefährden; somit war man politisch und militärisch aufeinander angewiesen.

Die Stärke Frankreichs und Rußlands übertraf die deutsche und die österreichisch-ungarischen Armeen erheblich: ohne England erreichten Frankreich und Rußland etwa knapp 6 Millionen plus 150.000 Mann aus England und die Deutschen und Österreicher circa 3 einhalb Millionen an Kriegsstärke. Hinzu rechnen konnte man zur Entente noch die serbischen, finnischen und belgischen Armeen. Die später hinzukommenden Türken und Bulgaren zu den Mittelmächten konnten das Verhältnis nicht ausgleichen. Dessen war man sich auf beiden Seiten bewußt. Warum also sollte Deutschland, mit dem weit schwächeren Österreich-Ungarn, das Risiko eines Krieges in Europa mit der Entente eingehen?

Frankreich bereitete sich für den Krieg mit der Erhöhung der Dienstzeit auf drei Jahre vor:

„Frankreich hatte im Jahre 1913 die dreijährige Dienstzeit eingeführt, die Einstellung der Rekruten, statt wie bisher erst mit 21 Jahren, mit 20 Jahren verfügt und die Wehrpflicht vom 45. bis zum 48. Lebensjahre verlängert, somit mit einem Schlage vier Jahrgänge gewonnen. Die ausnahmslose, dreijährige Dienstzeit bedeutete eine so große Belastung des Landes, daß sie auf die Dauer nicht zu tragen gewesen wäre. Sie war offensichtlich auf den bevorstehenden Revanchekrieg gegen Deutschland berechnet. Prophetisch hatte der belgische Gesandte in Paris, Baron Guillaume, am 28. Mai 1914 nach Brüssel berichtet, daß Frankreich nicht imstande sein werde, die Last der dreijährigen Dienstzeit zu tragen: ‚Innerhalb von zwei Jahren wird man auf sie verzichten oder Krieg führen müssen.‘“

Die militärpolitische Lage Deutschlands und Österreich-Ungarns im Sommer 1914. von Kuhl; in: Berliner – Monatsschrift, 1925- II. S.185ff

Frankreich hätte sich dieses Modell der Wehrpflicht nicht auf Dauer leisten können, also hat es sich, wie der belgische Diplomat in den Raum stellt, auf einen Krieg gegen Deutschland vorbereitet. Denn all das war keine Sache, die man innerhalb eines Jahres vorbereitet, sondern über einen längeren Zeitraum organisiert. Eine militärische Organisation der Entente – Frankreich, Rußland und England gemeinsam für einen Krieg – gegen Deutschland.

Seit den russisch-französischen Militärvereinbarungen von 1892, fanden regelmäßige Gespräche beider Militärs statt. Unterlagen der im Krieg erbeuteten Protokolle, sagen aus, daß im Falle eines Krieges Frankreich und Rußland ihre Kräfte so schnell wie möglich gegen Deutschland vorgehen lassen sollten, um zu erreichen, „ ,daß Deutschland genötigt ist, gleichzeitig im Osten und im Westen zu kämpfen‘. Der französische und englische Generalstab verhandelten bereits seit 1906 regelmäßig über die gemeinsamen Operationen gegen Deutschland. Die Ausschiffung, Versammlung und Verwendung der englischen Armee auf dem linken Flügel des französischen Heeres wurde bis in alle Einzelheiten vorbereitet. Eine Marinekonvention vom Jahre 1912 regelte die Versammlung der französischen Hochseestreitkräfte im Kriegsfall im Mittelmeer. Eine englisch-russische Marinekonvention war kurz vor Beginn des Weltkrieges im Werke.“

Die militärpolitische Lage Deutschlands und Österreich-Ungarns im Sommer 1914. von Kuhl; in: Berliner – Monatsschrift, 1925- II. S.185ff

Warum auch immer, die deutsche Regierung war nicht über die gesamte Lage der Entente informiert und war aber überzeugt von der Koalition Rußland-Frankreich, und daß in einem Kriegsfall auch England an der Seite Frankreichs stehen würde, so wie es England bereits gegenüber Deutschland in der Marokkokrise auf Seiten Frankreichs und früher auf Seiten Rußlands gezeigt hatte. Dagegen war mit dem „Wackelkandidaten“ Italien im Bündnis der Mittelmächte nicht zu rechnen, auch wenn man sich über die Bestrebungen Italiens, an die Seite der Entente zu stellen, statt neutral zu bleiben, nicht im Bilde war. Würde Italien die Seiten wechseln, wäre dies für Österreich-Ungarns Südgrenze ein Problem.

So kommt von Kuhn zu dem Schluß: „Alle (*europäischen Staaten*) bereiten sich auf den großen Krieg vor, den alle über kurz oder lang erwarten. Nur Deutschland und das ihm verbündete Österreich nehmen an diesen Vorbereitungen nicht teil.“

Die militärpolitische Lage Deutschlands und Österreich-Ungarns im Sommer 1914. von Kuhl; in: Berliner – Monatsschrift, 1925- II. S.185ff

Die allgemeine Situation sieht Kuhn, daß Deutschland den status quo erhalten möchte, Rußland durch die Zerstörung Österreich-Ungarns sich „als slawische Macht in Europa“ durchsetzen möchte, Frankreich Revanche für 1870/71 und Elsaß-Lothringen zurück erobern möchte und England sich von dem Alpdruck der deutschen Seemacht befreien möchte.

Wir haben aber gesehen, daß das Ziel der Entente die Zerstörung Deutschlands im wahrsten Sinne des Wortes war/ ist. Siehe die grün- gelb-rote Ampel-Politik von 2023.

In dieser Situation waren sich die deutschen Militärs einig, daß es im Falle eines Krieges auf „Schnelligkeit der Operationen ankomme“. Dazu gehörte die strategische Entscheidung, durch Belgien vorzustoßen. Dazu heißt es:

„Die politischen und militärischen Gesichtspunkte, die dabei in Frage kamen, sind vor dem Kriege immer wieder im deutschen Generalstabe auf das sorgfältigste erwogen worden. Die Denkschrift von 1913 gibt auch hierüber Auskunft. Das Ergebnis aller Erwägungen war aber stets, daß dieser Durchmarsch unvermeidlich

sei, auf die Gefahr hin, der englischen Regierung einen für das Volk verständlichen Grund zum Eingreifen in den Krieg zu geben.“

Die militärpolitische Lage Deutschlands und Österreich-Ungarns im Sommer 1914. von Kuhl; in: Berliner – Monatsschrift, 1925- II. S.185ff

Aber selbst den Belgiern war bewußt, egal ob Frankreich und England gegen Deutschland oder Deutschland gegen Frankreich ziehen würde – jedesmal ginge der Vorstoß durch Belgien. Der belgische Kriegsminister de Brocqueville selbst betonte noch am 7. Mai 1914 dies gegenüber dem deutschen Militärattache, Major von Klüber: „Wenn ich der Generalstabschef von Deutschland oder auch von Frankreich wäre und das strategische Interesse, das Wohl meines Vaterlandes erforderte es, so würde ich keinen Moment zögern, neutrales Gebiet zu betreten und mir den Durchmarsch zu erzwingen. Das ist so selbstverständlich, daß ich mich gegebenenfalls nur über das Gegenteil wundern würde.“

Die militärpolitische Lage Deutschlands und Österreich-Ungarns im Sommer 1914. von Kuhl; in: Berliner – Monatsschrift, 1925- II. S.185ff

Ringsum Feinde – so wie es in einem alten Volkslied heißt, so war die Situation im Sommer 1914 für Deutschland und Österreich-Ungarn.

Wenn man einige Jahre zurückgeht, stellt man fest, daß Serbien und Österreich freundschaftliche Beziehungen unterhielten. Das war so lange der Fall, bis der serbische König und die serbische Königin in ihrem Palast ermordet wurden (11.06.1903), und zwar auf Betreiben der russischen Gesandtschaft in der serbischen Hauptstadt – so die allgemeine Annahme. Jedenfalls erwies sich der König, der infolge des Mordes den serbischen Thron bestieg, als pro-Zar und contra-Josef. Von diesem Zeitpunkt an begannen die Reibereien zwischen Serbien und Österreich. Beginnend mit der Ermordung des serbischen Königs und der Königin, wird man schnell zu dem Schluß kommen, daß Rußland der ursprüngliche Aggressor war.

Unser Mythos vom Anfang des Krieges, in: Shall it be again? J.K.Turner, New York 1922, S.195

Die jahrelange serbische Politik hatte nur ein Ziel, die „wie unwiderleglich feststeht, systematisch auf eine Zertrümmerung der österreichisch-ungarischen Monarchie hinarbeitete, und zwar unter Mithilfe und Billigung der russischen Politiker, die das gleiche Ziel verfolgten.“

Deutschlands und Kaiser Wilhelms II. angebliche Schuld am Ausbruch des Weltkrieges; von Th. Schiemann, Berlin 1921, S.14

Erst vier Wochen nach dem Mord am österreichisch-ungarischen Thronfolger, erklärt Österreich am 28. Juli 1914 Serbien den Krieg, und „am 29. mit dem Bombardement Belgrads begann, obgleich es für entscheidende Schläge nicht vorbereitet war, war ein verhängnisvoller Fehler, für den aber gewiß nicht Kaiser Wilhelm und auch nicht der Reichskanzler verantwortlich zu machen ist.“

Deutschlands und Kaiser Wilhelms II. angebliche Schuld am Ausbruch des Weltkrieges; von Th. Schiemann, Berlin 1921, S.26

Italien - Das deutsch-italienische Bündnis

Presse - Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 62 – Montag, 6. Februar 1888

Aus Rom, 4. Februar, wird der „N.Fr.Pr.“ [„Neue Frankfurter Presse“] telegraphiert:

„Seitdem der Wortlaut des austrodeutschen Bündnisses hier bekannt geworden, ist man an den hiesigen maßgebenden Stellen weniger zurückhaltend über den Inhalt des deutsch-italienischen Bündnisses. Man deutet an, daß dieser Allianzvertrag das Korollar des austro-deutschen Vertrages sei und für Deutschland die Deckung seiner westlichen Grenze bedeute. So wie das austro-deutsche Bündniß sich gegen einen Angriff Rußlands auf einen der kontrahierenden Staaten richtet, so wendet sich das deutsch-italienische Bündniß gegen einen Angriff Frankreichs auf Italien und Deutschland. Doch verpflichtet der Vertrag zwischen Italien und Deutschland die beiden Kontrahenten nicht, einander mit der gesamten Kriegsmacht ihrer Reiche beizustehen; vielmehr ist Italien verpflichtet, falls Deutschland von Frankreich angegriffen werden sollte, eine Streitmacht von 300 000 Mann an den Alpenpässen aufzustellen, während Deutschland im Falle eines Angriffes von französischer Seite auf Italien die Pflicht hat, eine Armee von ebensolcher Stärke an der französischen Grenze zu konzentrieren. Auch das deutsch-italienische Bündniß bezieht sich nur auf den einzigen Fall des von Frankreich ausgehenden Angriffes. Der Angriff, der von einer anderen Macht ausgeht, verpflichtet den alliierten nur zu wohlwollender Neutralität, ausgenommen, daß Frankreich sich anschickt, den gegnerischen Angriff durch eine Kooperation zu unterstützen, in welchem Falle gleichfalls der casus foederis gegeben ist. Auch der italienisch-deutsche Allianzvertrag enthält Erklärungen über den rein defensiven Charakter dieses Aktes, und es ist selbstverständlich, daß das an diesem Bündnisse so lebhaft interessierte Wiener Kabinet von diesem Verträge noch vor dessen Abschluß Kenntniß erhalten, ja bei dessen Zustandekommen thätig mitgewirkt hat.“

★

★

★

Reichskanzler Caprivi trifft sich im November 1890 mit dem italienischen Ministerpräsidenten Crispi in Italien und infolge des gegenseitigen Gedankenaustauschs zeigte sich, „daß man schon damals dem Gedanken einer Mitwirkung italienischer Streitkräfte in einem Kriege der Mittelmächte gegen Rußland und Frankreich skeptisch gegenüberstand. Eine vorzeitige Erneuerung des Dreibundvertrages hielt man in Wien und Berlin nicht für angezeigt.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.9

Frankreich bemüht sich zu dieser Zeit sehr um die Gunst Italiens, und versuchte sich handelspolitisch Italien zu nähern. Weitere Schritte machte Frankreich davon abhängig, von Italien den Inhalt des deutsch-italienischen Vertrages zu erfahren. „Mindestens ... wünschte man in Paris zu wissen, ob Italien Deutschland Beistand zu leisten verpflichtet sei, falls Frankreich bei einem Kriege mit Deutschland Elsaß-Lothringen zurückerobern sollte.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.10

Italien meinte, es habe weder Lust noch Veranlassung dazu etwas zu sagen.

Frankreich erkundet die „Gewässer“ in Italien um sich gründlich auf einen Krieg gegen Deutschland vorzubereiten. Aber Frankreich gibt keine Ruhe und fährt größere Geschütze auf um Italien zum Reden zu bringen:

„Bezeichnenderweise stellte der französische Außenminister Ribot Mitte April 1891 durch Vermittlung eines Agenten des Hauses Rothschild der italienischen Regierung eine große Geldsumme zur Verfügung, falls Italien in einer schriftlichen Erklärung die Verhältnisse und Bedingungen angebe, unter denen es sich an einem Kriege Deutschlands gegen Frankreich beteiligen werde“.

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.11

Frankreich wurde abgewiesen. Nichts war Frankreich zu schade, den Inhalt des deutsch-italienischen Vertrages zu erfahren. Wenn man sich auf einen Krieg vorbereitet, nimmt man auch größere Unkosten in Kauf.

Derweil entschied man sich in Berlin und Wien, den Dreibund zu verlängern, der am 6. Mai 1891 unterzeichnet wurde. Im Sommer desselben Jahres wurde von Österreich der Wunsch geäußert, ob „Kaiser Wilhelm II. an den österreichischen Manövern zu einem Kriege über einen etwaigen künftigen Feldzug gegen Rußland“ sich beteilige. „Dieser Gedanke erschien sowohl dem Reichskanzler v. Caprivi wie dem Chef des Generalstabes Grafen Schlieffen überaus unerwünscht.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.11f

Der italienische Botschafter Reßmann in Paris fragte bei einer Gelegenheit den deutschen Botschafter v. Schoen, „ob der Dreibund nicht besser daran getan hätte, den nun doch einmal unvermeidlichen Krieg zu einer günstigen Zeit zu entfesseln. Schoen antwortete, er sei von der Unvermeidlichkeit des Krieges durchaus nicht überzeugt. Selbst ein günstiger Krieg würde den Dreibundmächten mehr schaden als der bewaffnete Frieden, ein unglücklicher Krieg sie aber nahezu vernichten.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.14

Die deutsche Politik war sich darüber im Klaren, daß ein Krieg, egal ob zum Vorteil oder zu ihrem Nachteil, die Dreibundmächte vernichten würde; damit äußerte Herr v. Schoen sich im gleichen Sinne, wie Fürst Bismark, Caprivi und die andere Politiker schon vor ihm.

Die Franzosen fielen bei den Italienern unangenehm auf, wie sich der italienische Botschafter Reßmann am 26. September 1893 äußerte: „Sie wollten Italien finanziell ruinieren und es zur Revolution und Republik treiben. Da sie dies nicht erreichen würden, so arbeiteten sie auf den Krieg hin.“ Sie fallen mit ihrem diplomatischen Wühlen überall auf, was einen französischen Krieg vermuten läßt, obwohl es starke pazifistische Strömungen in Frankreich gab; dies veranlaßte den Präsidenten des französischen Senats Challemel-Lacour zur Äußerung:

„Frankreich entwickelt sich derart nach der Seite des Materialismus und des Pazifismus, daß man es von Zeit zu Zeit schütteln muß, damit es nicht vergißt, was es nicht vergessen darf.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.15

Es darf seine Revanchepläne und seinen Haß gegen Deutschland nicht vergessen, obwohl in französischen, aktuellen Schriften des Jahres 2023 von der zum damaligen Zeitpunkt „friedlichen“ französischen Nation geredet wird, die nur den Frieden in Europa erhalten wolle und, wie es ein Brentano meinte, erst die Rüstungspolitik Deutschlands unsere Nachbarn mit dem „Kriegsvirus“ infiziert hätten, oder ein Carlo Schmid, SPD, Freimauer, 1948 meinte, daß der Reichstag den Ersten Weltkrieg mit seinem Votum gegen die Kriegskredite hätte verhindern können – das Wort eines Mannes, gebürtig in Frankreich, Sohn einer französischen Mutter – so waren seine Worte und sein Herz näher bei Frankreich denn bei Deutschland. Frankreich wollte nur seinen Seelenfrieden mit der Rückeroberung Elsaß-Lothringens, so wie die Japaner ihren

Seelenfrieden ohne Deutschland in ihrer Nähe haben wollten. Die geschichtslose, französische Propaganda des Herrn Carlo Schmid ist auffällig – man könnte meinen er sei in Diensten der Alliierten gewesen.

England und Italien kamen sich mit ihrer Kolonialpolitik in Afrika ständig in irgend einer Form zu nahe, englische und italienische Interessen standen gegeneinander, so daß Kaiser Wilhelm seinem Botschafter in Rom empfahl, beruhigend auf den Ministerpräsidenten Crispi einzuwirken „und stets seine Aufmerksamkeit auf Freundschaft mit England im Mittelmeer wieder hinlenken“, denn Italiens Interessen lagen im Mittelmeer und in der Absicht, mit England ein Bündnis einzugehen.

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.69

Italien betrachtete „das Zusammenwirken des Dreibundes mit England als die Verwirklichung seines politischen Lebensprogramms“, das Italien schließlich im Weltkrieg, allerdings ohne Deutschland und Österreich, durch seinen Seitenwechsel, verwirklichte.

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.110

Das ständige Interesse Italiens, mit England in engere politische Beziehung zu treten, was durch einen Besuch König Humberts bei der englischen Mittelmeerflotte am 6. Juli 1891 in Venedig unterstrichen wurde, wobei England sich stets dezent auf Abstand hielt und nur das Notwendigste – äußerlich – zuließ.

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.53

Und Frankreich gab keine Ruhe in Bezug auf Italien: „Anlässlich eines von Italien im Sommer 1895 gewünschten französischen Waffeneinfuhrverbots für Djibouti und Obock ergab sich eine neue Verstimmung gegen Frankreich. Die französische Politik verfolge gegenüber Italien nur ein Ziel, sagte der italienische Minister des Äußern, Baron Blanc, zum Botschafter v. Bülow, nämlich Italien vom Dreibunde oder vielmehr von Deutschland abzusprenge.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.16

Im „Dreibund“ waren die Italiener die Wackelkandidaten. Ein Handelsvertrag mit Frankreich 1898 beendete einen langjährigen Handelskrieg zwischen den Nachbarn. Das Problem „Tunis“, französisches Protektorat, das auch Italien sich zu eigen machen wollte, wurde mit der Zusicherung „in Bezug zu Tripolis“, als „Kompensation für Tunis in Aussicht gestellt“ –; zu einer Zeit, als Tripolis noch Bestandteil des Osmanischen Reiches war, verspricht Frankreich, daß Italien anstelle Tunis, Tripolis in Besitz nehmen könne – aber erst nach der Losreißung oder Zertrümmerung des Osmanischen Reiches.

Bei dem Besuch des italienischen Königs Victor Emanuel 1903 in Paris sprach dieser über das „glücklich vollendete Werk der Annäherung“ zwischen Frankreich und Italien, das für Italien letztlich den Weg in die „Entente“ vorbereitete.

Die Beziehungen zwischen der Entente und Italien nahmen somit 1903 ihren Lauf.

Italien wechselt die Seiten

„Irgendeine Fühlungsnahme muß aber schon frühzeitig erfolgt sein zwischen Grey und Imperiali sowie zwischen Sasonow und Carlotti. Mit Energie wurden sie aber begonnen und geführt von russischer Seite, unter nicht weniger energischer Beteiligung von Paleologue, dem Schatten Poincares, wie ihn Pevet in seinem Werk über die „Responsables de la Guerre“ bezeichnet.“

Zur Teilnahme Italiens am Weltkrieg. – Wilhelm Schaer, in Berliner Monatshefte „Die Kriegsschuldfrage“, 1925, I S.47

Italiens Mitgliedschaft bei den Mittelmächten brachte ihm nur Vorteile, wohl nicht die erhofften Mittelmeergebiete, aber wirtschaftliche. „Die wirtschaftliche Wiedergeburt Italiens begann mit seinem Eintritt in den Dreibund, es hat dieselbe lediglich dem Handelsverhältnis mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu verdanken. Sich unter dem Schutze des Bündnisvertrages in völliger Sicherheit fühlend, schritt Italien an die Durchführung seines Kolonialprogrammes, indem es Erythrea erwarb und die abessinische Aktion einleitete. Auf das Bündnis stützte es sich, als es sodann auf die Verwirklichung seines Mittelmeerprogrammes zurückgriff, um Tripolis erobern zu können.“

Zur Teilnahme Italiens am Weltkrieg. – Wilhelm Schaer, in Berliner Monatshefte „Die Kriegsschuldfrage“, 1925, I S.47 – S.55

Schon von Bismarck bemerkte, daß er Italien für einen unzuverlässigen Bündnispartner hielt, auf den man sich im Falle eines Falles nicht verlassen könne.

Man wußte, daß der italienische König Victor Emanuel Kaiser Wilhelm II. gegenüber persönlich abgeneigt war, auch bedingt durch seine Frau, Elena von Montenegro, welche zu „verwandtschaftlichen Beziehungen zum russischen und serbischen Hofe“ führte.

Kriegsursachen – Dr.M.Boghitschewitsch – ehemaliger serbischer Geschäftsträger in Berlin, Zürich 1919

All dies führte schließlich dazu, daß Italien sich der Entente zuneigte, was Italien schon auf der Konferenz von Algeciras zeigt und „während der bosnischen Krise eine fast gegnerische, auf der Londoner

Konferenz eine zögernde Haltung.“ 1902 und im Herbst 1913 erneuerte Italien noch den Dreibund mit den Mittelmächten.

Zur Teilnahme Italiens am Weltkrieg. – Wilhelm Schaer, in Berliner Monatshefte „Die Kriegsschuldfrage“, 1925, I S.47 – S.55

Italien und Rußland verhandeln zwecks Beitritt Italiens zur Entente. Iswolski, Botschafter des Zaren in **Paris, am 5. August 1914:**

„...die französische Regierung pflichtet im Einverständnis mit der englischen der Kaiserlichen Regierung bei, daß seitens der russischen Regierung die Verhandlungen fortgesetzt werden auf der Grundlage, die wiederholt von dem italienischen Botschafter in Petersburg bezeichnet worden ist. Wenn Italien in dem gegenwärtigen Kriege Rußland, Frankreich und England beistehen würde, dann wäre die französische Regierung gern damit einverstanden, daß ohne Benachteiligung der französischen Ansprüche bei der zukünftigen Regelung Italien insbesondere das Trentino und Valona erhalten würde, unter dem Vorbehalt natürlich, daß Serbien und Griechenland ihrerseits in ihren territorialen Ansprüchen an der adriatischen Küste befriedigt werden.“

Zur Teilnahme Italiens am Weltkrieg. – Wilhelm Schaer, in Berliner Monatshefte „Die Kriegsschuldfrage“, 1925, I S.47 – S.55

Italien, am 6. August 1914:

„...Paleologue hat mit mir über die vorteilhafte Lage gesprochen in der sich Italien befände und welche es nach seiner Ansicht ausnutzen sollte, um seine seit langem verfolgten Ziele z.B. an der Adria zu verwirklichen. Der französische Botschafter glaubt, daß der Krieg nicht von langer Dauer sein werde und daß daher eine schnelle Entschließung Italiens für sein zukünftiges Schicksal von größter Wichtigkeit sei. **Es sei diesmal absolut sicher, daß keine Konferenz, sondern ausschließlich die Waffen und ihre Überlegenheit den Zustand der Dinge in Europa regeln werden.**“

Zur Teilnahme Italiens am Weltkrieg. – Wilhelm Schaer, in Berliner Monatshefte „Die Kriegsschuldfrage“, 1925, I S.47 – S.55

Rußland: Krupenski an Sassonow am 14. August 1914: „Der Gedanke einer Vereinigung Italiens mit dem Dreiverbande reift immer mehr im Lande und in der öffentlichen Meinung, welche diesen historischen Augenblick benutzen will zur Verwirklichung seines Ehrgeizes. Auch die Regierung schläft nicht. Ich habe aus glaubhafter Quelle erfahren, daß in Norditalien um Verona und Piacenza bedeutende Truppenmassen konzentriert und an die italienischen Offiziere geheime Karten über Österreich verteilt werden.“

Zur Teilnahme Italiens am Weltkrieg. – Wilhelm Schaer, in Berliner Monatshefte „Die Kriegsschuldfrage“, 1925, I S.47 – S.55

Erst fünf Wochen später, am 25. September 1914, werden die Verhandlungen mit einem neuen italienischen Kabinett Sonnino wiederaufgenommen.

„Ein Brief Krupenskis an Sassonow vom 30. November nach einer Unterredung mit Sonnino Obgleich das Kabinett nicht radikal geändert worden ist, ist doch eine gewisse Veränderung in dem von uns gewünschten Sinne festzustellen. Sidney Sonnino ist Israelit und Protestant. Seine Mutter ist Engländerin. Er hat sich nie unter dem Einflusse der katholischen Kreise befunden, hat zwar am Dreibund teilgenommen, doch ohne für Deutschland so hypnotisiert zu sein wie sein Vorgänger, der an dessen Unbesiegbarkeit glaubte. Dagegen ist Sonnino stets England günstig gesinnt gewesen. Desgleichen hat er Mitgefühl mit dem Schicksal Serbiens.““

Die Bedingungen Italiens, sich der Entente anzuschließen

Am 10. März 1915 signalisiert Italien seine Bereitschaft unter bestimmten Voraussetzungen, sich auf der Seite der Entente am Krieg zu beteiligen. Die Bedingungen werden an Grey gerichtet:

„Im Falle einer Kriegserklärung zwischen Italien und Österreich-Ungarn, verpflichten sich Rußland, Frankreich, England und Italien, keinen separaten Waffenstillstand oder Frieden zu schließen. Die genannten Mächte schließen sofort ein militärisches Abkommen, durch welches das Mindestmaß der Streitkräfte festgesetzt wird, welche Rußland gegen Österreich ins Feld führen muß, damit, wenn Rußland sich entschließt, hauptsächlich Deutschland anzugreifen, Österreich verhindert wird, alle seine Streitkräfte gegen Italien zu konzentrieren.“

Italien verpflichtet sich seinerseits, alle seine Streitkräfte gegen Österreich, die Türkei oder gegen jede sonstige Macht anzuwenden, welche ihnen zu Wasser oder zu Lande zu Hilfe kommt.

Die englisch-französische Flotte wird dauernd und aktiv mitwirken, bis die österreichische Flotte zerstört oder der Friede geschlossen ist.

Im Friedensvertrag erhält Italien das Trentino und das cisalpinische Tirol bis zur natürlichen Grenze des Brenner, ferner Triest und ganz Istrien bis an den Quarnero einschließlich Valesca und die istrischen Inseln, die Provinzen von Dalmatien bis südlich an die Narenta, die Halbinsel Sabinicello und alle Inseln nördlich und

westlich von Dalmatien.

Das Schicksal der nachstehenden adriatischen Gebiete wird am Schlusse des Krieges auf der Grundlage der oben genannten Vereinbarungen der Entscheidung Europas anvertraut: an der unteren Adria die Küste von der Narenta bis zum Drin, an der oberen Adria die ganze Küste von der Bucht von Valesca — an der Grenze Istriens — bis zu der nördlichen Grenze Dalmatiens. Durazzo wird Mittelalbanien zugeteilt, aus welchem ein unabhängiger muselmanischer Staat gemacht wird.

Italien erhält zu völliger Souveränität Valona und die Insel Saseno mit genügendem Hinterlande zu seiner Verteidigung von der Voitza im Norden und Osten und etwa bis Chimara im Süden.

Wenn Italien Istrien und das Trentino erhält, wird es sich nicht mehr der Aufteilung von Nord- und Südalbanien zwischen Griechenland, Serbien und Montenegro widersetzen, sofern folgende Küstenstriche neutralisiert werden: die Küste von Chimara am Kap Silos und die Küste von Cattaro einschließlich der Mündung der Voitza.

Die von Italien besetzten Inseln des Dodekannes verbleiben in seinem Besitz.

Die vertragschließenden Parteien erkennen an, daß Italien ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Mittelmeere hat und daß im Falle einer teilweisen oder gänzlichen Aufteilung des Osmanischen Reiches Italien ein genügendes Stück der Mittelmeerprovinzen in der Zone von Adalia erhält. Den Interessen Italiens wird ebenfalls Rechnung getragen im Falle des Bestehenbleibens oder einer einfachen Veränderung des türkischen Reiches.

Die Ententemächte verpflichten sich zur Ablehnung einer jeden künftigen Vertretung des Papstes bei den Friedensverhandlungen nach dem Kriege oder bei irgendeiner diplomatischen Konferenz während desselben.

Die italienische Regierung ist bereit, an der Seite der Alliierten Mitte oder Ende April am Kriege teilzunehmen."

Zur Teilnahme Italiens am Weltkrieg. – Wilhelm Schaer, in Berliner Monatshefte „Die Kriegsschuldfrage“, 1925, I S.47 – S.55

Der Wechsel Italiens zur Entente wird nur unter der Bedingung des Landgewinnes Italiens vorgenommen, denn ein Verrat an den bisherigen Bündnispartnern muß sich ja lohnen. Und wenn man die aufgelisteten Forderungen sieht, die Italien fordert und die Entente ihr Ja-Wort dazu gibt, dann hat sich der Wechsel gelohnt, der von England schon sehr früh eingeleitet wurde.

Am 26. April 1915 wird der Bündnisvertrag in London geschlossen und Ende Mai tritt Italien in den Krieg gegen Deutschland/ Österreich-Ungarn ein.

Das Thema Italien wird noch einmal aufgewärmt am Ende des Krieges in einer Begrüßungsrede Poincares beim Besuche König Victor Emanuels in Paris. Der „Temps“ berichtet am 21. Dezember 1918 über diese Rede Poincares:

„Selbst als Italien mit den Mittelmächten eine Versicherung gegen die offensive Rückkehr seines Erbfeindes Österreich abgeschlossen hatte, wandte es sich 1902 freundschaftlich an uns, und in den Vereinbarungen, die damals zwischen unseren beiden Regierungen unterzeichnet wurden, versprachen wir, uns niemals an einem Angriff gegen Frankreich zu beteiligen.“

Weiter wird dem hinzugefügt: „Bei Erneuerung des Dreibundes 1902 wünschte Herr Prinetti zu erklären, daß der Vertrag nichts ‚Feindliches‘ gegen Frankreich enthalte. Unmittelbar nach der Erneuerung sagte Herr Delcasse in der französischen Kammer: ‚Italiens Politik ist weder mittelbar noch unmittelbar durch seine Allianzen gegen Frankreich gerichtet. Keinesfalls kann sie für uns zu einer Bedrohung führen.‘“

Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges; G. von Jagow, Staatssekretär a.D., Berlin 1919,S.41

Und damit man auch weiß, von wem die Initiative zu diesem Bündnis ausging, erwähnt Dr. M. Boghitschewitsch, „daß diese Politik vor allem der Initiative des Königs von Italien zu verdanken war.“

Kriegsursachen – Dr.M.Boghitschewitsch – ehemaliger serbischer Geschäftsträger in Berlin, Zürich 1919, S.75

Die Gerüchteküche sprach schon seit 1913 von einem Wechsel Italiens zur Entente. Aber: „Spätestens seit Anfang Juli 1914, als der Hinweis aus Rom nach London kam, muß Deutschland sicher gewußt haben, daß es nicht mit Italien rechnen durfte.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - S.232

Belgien

England gibt als Kriegsgründe drei Punkte an: „Die Verletzung der Neutralität des belgischen Staates, den Schutz der Freiheit der kleinen Nationen und die Notwendigkeit des Kampfes gegen den deutschen Militarismus.“

Das Endziel des Weltkrieges, Maurus Revai, Berlin 1916, S.19

Bis 1806 war Belgien Teil des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation mit Herzogtümern und Grafschaften, wurde Teil der Niederlande, erhielt nach einer Revolution 1830 die Unabhängigkeit von den Niederlanden und wurde eine Monarchie unter Leopold von Sachsen-Coburg. Auf dem Londoner Kongreß wurde Belgien „auf Antrag Englands in seiner heutigen Gestalt als ein für ewige Zeiten neutrales Land erklärt“, das „Belgien also, welches England, wenn es das internationale Recht respektieren würde, vollständig aus dem Spiele hätte lassen müssen. Doch England kümmerte sich niemals um das internationale Recht, wenn es sich um seine eigenen Interessen handelte.“

Das Endziel des Weltkrieges, Maurus Revai, Berlin 1916, S.53

Aber die Neutralität Belgiens, die man als Schutz für England betrachten könnte, habe seinen Grund in „den aggressiven Tendenzen der französischen Politik jener Zeit. Im Jahre 1870 sollen Napoleon III. und seine Generäle alle Vorbereitungen für eine französische Invasion Belgiens getroffen haben“ und im Anschluß das Projekt „linkes Rheinufer“.

Die Wahrheit und der Krieg, E. D. Morel, London 1916, S.15

So resümieren die Briten bereits 1887 („Standard“ 17.02.1887) zur militärischen Lage der Deutschen:

„Rußland kann es sich leisten zu warten. Frankreich kann es auch. Deutschland nicht. Deutschland muß für seine eigene Sicherheit sorgen, und man kann von Fürst Bismarck nicht erwarten, daß er seine letzten Tage ohnmächtig verbringt und der stillen Verschwörung zusieht, dem stillen Wachstum der Macht Frankreichs und der Macht Rußlands gegen das Vaterland.“

Die Wahrheit und der Krieg, E. D. Morel, London 1916, S.17f

Das 1892 offiziell erklärte, russisch-französische Militärbündnis wurde zu einer ständigen Gefahr Deutschlands im Hinblick auf einen Zweifronten-Krieg, vor allem, seit die Russen ihre Feldarmee konstant ab 1905 aufbauten. Und der englische Oberst Boucher kommt zu dem Schluß, „daß Deutschland Frankreich nur über Belgien angreifen kann und Rußland nicht angreifen kann, ohne Frankreich ‚im Rücken‘ zu haben“.

Die Wahrheit und der Krieg, E. D. Morel, London 1916, S.18

Somit ergab sich für die Deutschen nur eine Lösung: Über Luxemburg und Belgien ist nur eine Offensive gegen Frankreich möglich, so schnell wie möglich, um die nationale Existenz nicht zu gefährden.

Der Sohn des belgischen Königs, Leopold II., erwarb als Privateigentum den Kongo, den er nach exzentrischen Greueln mit etwa 10 Millionen Opfern, oder mehr, 1908 an den Staat abgeben mußte. Belgisch-Kongo erlangte 1960 seine Unabhängigkeit von Belgien. Die Abgabe des Kongo als Privateigentum des Königs geschah unter anderem mit auf Grund der englischen Hetze gegen Leopold II. und dessen bestialisches Gebaren im Kongo. Amputationen von Nase, Händen, Füßen, und anderen Körperteilen, waren übliche Strafen im Kongo der Belgier.

Nicht ohne Hintergedanken geschah die englische Hetze; England zwang damit Belgien „ihm im Kongostaate unbeschränkte Handelsfreiheit zu gewähren, und so wurde das eingeschüchterte Belgien zum gefügigen Werkzeug der Pläne Englands.“

Das Endziel des Weltkrieges, Maurus Revai, Berlin 1916, S.54

Belgiens Neutralität

Die Neutralität Belgiens existierte aber nur auf dem Papier, da Belgien mit England und Frankreich eine „bis in die aller kleinsten Einzelheiten gehende Militärkonvention abschloß, deren Ziel es war, durch Belgien und mit belgischer Hilfe gegen Deutschland vorzustoßen.“ Deutschland war also nicht die erste Nation, die die „nicht vorhandene“ belgische Neutralität mißachtete. „Seit der Veröffentlichung der belgischen Dokumente“, im Rahmen der Besetzung Belgiens zu Beginn des Ersten Weltkrieges in deutsche Hände gefallen, „beruft sich denn auch kein englischer Minister mehr auf die belgische Neutralität.“

Das Endziel des Weltkrieges, Maurus Revai, Berlin 1916, S.20

Bereits 1906 begann England mit Belgien Verhandlungen „in Angelegenheiten der Kooperation, die im Falle einer aus der Marokkoaffaire eventuell entstehenden kriegerischen Verwicklung die Ziele Frankreichs und Englands fördern sollte.“ Mit diesen Verhandlungen brach Belgien bereits seine Neutralität, in deren Folge „die Festungen des neutralen Belgiens, Lüttich, Namur und Antwerpen, mit französischer und englischer Hilfe

gewaltig verstärkt wurden.“ Frankreich und England haben vorgesorgt und die belgischen Forts nach ihren Vorstellungen verstärkt und ausgebaut um im Kriegsfall mit Deutschland gewappnet zu sein – in Belgien.

Das Endziel des Weltkrieges, Maurus Revai, Berlin 1916, S.54

Schon zu Zeiten der Marokkokrise 1911, als England mit seinem Einschreiten zur Unterstützung Frankreichs drohte, wäre der Weg Englands nach Deutschland durch Belgien gewesen.

Man war sehr umsichtig in und mit Belgien. In den Balkankriegen (1912 und 1913) wurde die belgische Wehrpflicht auf fünfzehn Monate verlängert. Gleichzeitig „bereisten englische und französische Offiziere das Land und disponierten in den Festungen nach den verschiedensten Richtungen. Die belgische Regierung stellte dem Generalstab des englischen Heeres das zur militärischen Topographie ganz Belgiens nötige Geheimmaterial zur Verfügung, und die englische Regierung ließ dieses Material durch ihren eigenen Generalstab in einem großen vierbändigen Werk aufarbeiten und dieses Werk auf vertraulichem Wege den englischen Offizieren zukommen. Die sogenannten belgischen Dokumente, die das deutsche Auswärtige Amt im Sommer 1915 in der ‚Norddeutschen Allgemeinen Zeitung‘ veröffentlichte, liefern vollgültige Beweise für alle diese Tatsachen. Veröffentlichte doch das Organ des deutschen Auswärtigen Amtes im Faksimile auch die im vorhinein gedruckten Blankette, auf Grund deren die englischen Generalstäbe die militärischen Requisitionen vorzunehmen hätten. Die in den belgischen Archiven vorgefundenen Geheimakten, wie auch die äußerst interessanten Berichte der auswärtigen Gesandten Belgiens, lassen es als zweifellos erscheinen, daß Belgien Jahre vor dem Ausbruch des Weltkrieges auf seine Neutralität zugunsten Englands und Frankreichs verzichtete.“

Das Endziel des Weltkrieges, Maurus Revai, Berlin 1916, S.54f

Erstaunlich, was Kaiser Wilhelm in seinen „Ereignisse und Gestalten“ zu den Funden in Belgien schreibt: „Beim Vormarsch im Jahre 1914 fanden unsere Truppen in Nordfrankreich und an der belgischen Grenze große Depots (stores) von englischen Soldatenmänteln vor. Nach Aussage der Einwohner sind diese Mäntel schon in den letzten Jahren im Frieden an Ort und Stelle niedergelegt worden. Die englischen Infanteristen, die im Sommer 1914 von uns zu Gefangenen gemacht wurden, hatten meist keine Mäntel und gaben auf die Frage: warum? ganz naiv an: „We are to find our great coats in the stores at Maubeuge, Le Quesnoy etc. in the north of France and in Belgium. („Wir sollten unsere Mäntel in den Depots zu Maubeuge, Le Quesnoy usw. in Nordfrankreich und Belgien vorfinden.“)“

Kaiser Wilhelm II. - Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Berlin 1922, S.219f

Und weiter: „Ebenso stand es mit den Karten. Es wurden in Maubeuge von unseren Leuten große Mengen englischer Militärkarten von Nordfrankreich und Belgien gefunden; Exemplare sind mir vorgelegt worden. Die Ortsnamen waren auf französisch und englisch gedruckt und am Rande alle Bezeichnungen für den Gebrauch der Soldaten übersetzt, z.B. mouli = mill, pont = bridge, maison = house, ville= town, bois = wood usw. Diese Karten stammten aus dem Jahre 1911 und waren in Southampton gestochen. Die Depots waren seitens England mit der Erlaubnis der französischen und belgischen Regierungen schon vor dem Kriege mitten im Frieden angelegt worden. Was wäre wohl in Belgien, dem „neutralen Lande“, für ein Sturm der Entrüstung losgebrochen, und welchen Lärm hätten England und Frankreich darüber geschlagen, wenn wir in Spa, Lüttich, Namur im Frieden Depots von deutschen Soldatenmänteln und Karten hätten anlegen wollen!“

Kaiser Wilhelm II. - Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Berlin 1922, S.219f

Deutschland hat Belgiens Neutralität bei seinem Einmarsch nicht verletzt, weil Belgien schon lange nicht mehr neutral war.

Belgien war auf einen Krieg, durch die ständige Kommunikation mit der Entente, bestens vorbereitet. Durch belgische Dokumente wurde bestätigt, „daß das belgische Parlament im November 1912, einem Monat voller Vorbereitungen in den Entente-Ländern, nach einer geheimen Sitzung die Kriegsstärke der belgischen Armee von 180.000 auf 340.000 Mann erhöhte und damit eine gewaltige Militärmaschinerie für ein Land von der Größe Belgiens aufbaute, und insbesondere für ein Land, das sich auf die alten Neutralitätsgarantien berief. Der deutsche ‚Angriff‘ war in keiner Weise unerwartet, in keinem Bereich unvorbereitet.“

Shall it be again? – by John Kenneth Turner – New York 1922, S.186

Im Verbund mit den Entente-Ländern war Belgien auf die Möglichkeiten eines Krieges vorbereitet, sei es auf einen Durchmarsch der Franzosen und Engländer oder einen Durchmarsch von Seiten Deutschlands zu Beginn eines Krieges, denn die Militärexperten auf englischer und französischer Seite waren sich einig darüber, „daß Deutschland - vom Standpunkt der Militärstrategie aus gesehen - einen Durchgang durch belgisches Gebiet anstreben mußte, um Frankreich im Falle eines allgemeinen europäischen Krieges anzugreifen, und daß die deutschen Vorbereitungen im Hinblick auf diese Möglichkeit bekannt waren.“ Denn, „die deutschen Absichten und Vorbereitungen“ waren nicht nur dem britischen Kriegsministerium bekannt, sondern „jedem Kriegsministerium in Europa.“

Die Wahrheit und der Krieg, E. D. Morel, London 1916, S.14

Morel nennt in „Truth and the War“ (Die Wahrheit und der Krieg) einige Zeitschriften und Militärschriftsteller, die die Situation so einschätzten, „daß eine deutsche Forderung nach einem Durchmarsch durch Belgien im Falle eines allgemeinen europäischen Krieges unumgänglich ist.“

Die Wahrheit und der Krieg, E. D. Morel, London 1916, S.15

England sah es als für seine Existenz wichtig, daß Belgien und Holland vereint und es somit nur „eine“ Küste zu bewachen hätte. Man wollte in England verhindern, daß Belgien „in die Hände der Franzosen fiel“, so wie es Frankreich 1870 schon einmal vor hatte.

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.16

Aber Belgien und Holland fanden nicht zusammen, sie stritten um Luxemburg und Limburg, was damit endete, daß Luxemburg geteilt und Belgiens Neutralität am 19. April 1839 in London schriftlich fixiert wurde.

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.17

Da die Briten den Franzosen nicht trauten, verpflichtete sich Queen Victoria im deutsch-französischen Krieg 1870 dazu, „falls die französischen Armeen während der genannten Feindseligkeiten diese Neutralität (Belgiens) verletzen sollten, bereit sein wird, mit seiner preußischen Majestät zur Verteidigung derselben in der beiderseitig vereinbarten Weise zusammenzuarbeiten, zu diesem Zweck ihre See- und Militärkräfte einzusetzen, um die Einhaltung der Neutralität zu gewährleisten, und in Verbindung mit seiner preußischen Majestät die Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens zu diesem Zeitpunkt und in der Folgezeit zu wahren.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.54

Die Franzosen, und besonders Napoleon III., waren nun mal bekannt für ihre „Sammelleidenschaft“ von Gebieten (z.B. Nizza und Savoyen), die ihnen bei ihren Nachbarn gefielen und sie ihrer „Grande Nation“ als Ergänzung zufügen wollten und die Briten achteten darauf, daß Belgien keine französische Provinz wurde.

Für Belgien war es eindeutig, daß es im Falle eines Krieges das Durchmarschgebiet Deutschlands, Englands und Frankreichs war. Wobei die Lage mit England und Frankreich schon im Vorfeld eindeutig geklärt wurde. Die Scheinheiligkeit Greys, die er am 2. August in seinem Kabinett an den Tag legte, er wisse noch nicht, „ob die Neutralität Belgiens zum casus belli gemacht werden solle“ erscheint lächerlich, da die Entscheidung schon lange gefällt war, die Neutralität Belgiens als Grund zum Krieg gegen Deutschland zu erklären.

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.59

Denn Belgien war schon lange gerüstet für einen Krieg und hatte sich militärisch darauf vorbereitet, in Verbindung mit der Entente, Deutschlands Eindringen abzuwehren. Neilson schreibt, Belgien sei „zu Ostern 1914 so etwas wie ein bewaffnetes Lager“ gewesen. „Hier liegt eine Diskrepanz vor, denn große Kriegsvorbereitungen scheinen unnötig, wenn ein Land keinen Grund hat, die Absichten seiner Nachbarn zu vermuten, und seine Beziehungen zu ihnen ausgezeichnet sind.“ Aber er ergänzt: „Wir wissen heute, daß sich die belgische Regierung mindestens achtzehn Monate lang auf den Tag vorbereitet hatte, an dem Großbritannien und Frankreich gemeinsam in einen europäischen Krieg verwickelt sein würden.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.59

Die Kriegspläne der Entente waren reif zur Umsetzung, Belgien auf Seiten von Frankreich und England, gemeinsam hat man sich für den Tag X und die große „Ausführung“ des Krieges vorbereitet. Belgien war in die Pläne der Entente, einen Krieg gegen Deutschland zu führen, eingeweiht und hatte sich entsprechend in den Jahren 1910 und 1912 intensiv darauf eingestellt. Der November 1912 war ein „Monat voller Vorbereitungen in den Entente-Ländern“ – und Belgien. Belgien hatte doch von Deutschland keinen Krieg zu erwarten, man wollte einen Durchmarsch nach Frankreich, was aber keinen Krieg bedeutete, was man Belgien versicherte.

Für Neilson sind die Verträge, „die Frankreich und Rußland vereinigten, und die Großbritannien und Frankreich vereinigten“ für die Verwüstung Belgiens und Nordfrankreichs verantwortlich, Verträge, die gefürchtet wurden und: die „Politik des britischen Außenministeriums ist seit den geheimen Absprachen..... die unheilvollste Bedrohung für den Frieden in Europa gewesen.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.60

Daß Belgien nicht mehr neutral war, beweisen auch Akten, die Deutschland bei der Besetzung Belgiens in die Hände fielen, sie zeigen, daß der belgische Außenminister am 24. Juli 1914, dem Tag der Übergabe der österreichischen Note an Serbien, ein „Rundschreiben an die fünf Unterzeichnermächte des Vertrages von 1839 sandte“, mit dem Titel „im Falle des Ausbruchs eines Krieges an seinen Grenzen“. Weiter heißt es: „Unter diesen Umständen habe ich dem König und meinen Kabinettskollegen, die zugestimmt haben, vorgeschlagen, Ihnen jetzt genaue Anweisungen über die von Ihnen zu ergreifenden Schritte zu geben, wenn die Aussicht auf einen deutsch-französischen Krieg bedrohlicher wird.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.265f

Es war am 24. Juli 1914 eindeutig, daß Belgien sich auf einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland vorbereitete, bevor Telegramme, Depeschen und Konferenzen zur „Klärung“ der kritischen Lage erfolgten. Gleichzeitig informiert Belgien seine Diplomaten in einem Schreiben vom 24. Juli 1914:

„Die Regierung hat dennoch alle notwendigen Schritte unternommen, um die Achtung der belgischen Neutralität zu gewährleisten. Die belgische Armee ist mobilisiert worden und nimmt die strategischen Stellungen ein, die zur Verteidigung des Landes und zur Wahrung seiner Neutralität ausgewählt wurden. Die Festungen von Antwerpen und an der Maas wurden in Verteidigungszustand versetzt.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.286

Belgien ist am 24. Juli kriegsbereit und wartet auf den Startschuß aus Rußland und Frankreich. Der Angreifer wird aus Deutschland erwartet, nicht aus Frankreich, da Belgien das Maasgebiet schützte und die Grenze zu Frankreich offen ließ. Klärend wirkt auch das französische Angebot an Belgien, es mit fünf Armeekorps zu unterstützen, was von Belgien beantwortet wurde: „Wir sind der französischen Regierung aufrichtig dankbar für das Angebot einer eventuellen Unterstützung. Unter den gegebenen Umständen schlagen wir jedoch nicht vor, die Garantie der Mächte in Anspruch zu nehmen. Die belgische Regierung wird zu einem späteren Zeitpunkt über die Maßnahmen entscheiden, die sie für notwendig erachtet.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.311

Nach dem Motto: wir geben euch Bescheid, wenn ihr euch offiziell in Belgien zeigen könnt, im Moment aber sind wir gut gerüstet gegen Deutschland.

Die belgische Regierung ist vorbereitet; als am 4. August England Deutschland den Krieg erklärt, werden die belgischen Provinzgouverneure angewiesen, „die Bewegungen der französischen Truppen nicht als Grenzverletzungen zu betrachten.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.311

Da man französische Truppen in Belgien erwartete, wurden die Grenztruppen zu Frankreich aufgefordert, sie ungehindert durchzulassen. Selbstverständlich läßt man alliierte Truppen ins Land, wenn auch nicht offiziell, denn „Belgien ist praktisch einer der Alliierten.“

Truth and the War, E. D. Morel, London 1916, S.192

Und Neilson schreibt in „How Diplomats Make War“: „Zusammenarbeit! Die Rufe in Lüttich und Namur lauteten: ‚Wo sind die Franzosen? Wo sind die Engländer?‘ Und General Leman, der es für möglich hielt, Lüttich für drei Tage zu halten, versetzte die ganze Welt in Erstaunen durch den heldenhaften Kampf, der die Deutschen zehn Tage lang in Schach hielt!“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.311

Die Engländer dachten zu Beginn des Krieges strategisch weiter und sahen die Konsequenzen für Belgien, wenn es zu Kämpfen in Belgien kommen sollte: „Wenn es uns gelänge, die deutsche Linie zu durchbrechen, würden die anglo-französischen Armeen mit den Deutschen um jeden Quadratmeter belgischen Bodens streiten und jede Stadt, jedes Dorf, jedes Gehöft und jedes öffentliche Gebäude, das den deutschen Truppen Unterschlupf gewährte, durch Granatenbeschuss zerstören, wozu sie aus militärischen Gründen gezwungen wären. Was würde am Ende von Belgien übrig bleiben? Wer sich diesen Fragen nicht stellt, ist nicht ehrlich zu sich selbst und auch nicht ehrlich gegenüber Belgien.“

Truth and the War, E. D. Morel, London 1916, S.190

Kämpfe der Entente in Belgien gegen die Deutschen können das Land verwüsten, so wie es letztendlich auch kam und den Deutschen zum Vorwurf gemacht wurde. Aber alle wußten, daß es so kommen mußte. Es war von Anfang an ziemlich sicher, auch für die Entente, daß im Kriegsfall Deutschland den Weg nach Frankreich über Belgien wählen würde, da die Grenze Frankreichs zu Elsaß-Lothringen mit neuen Forts stark gesichert war und der Weg durch Belgien nach Nordfrankreich dagegen leichteres Durchkommen versprach. Nach dem verlorenen Krieg 1870/71 bauten die Franzosen ihre Verteidigungslinien gegenüber den Deutschen mit Forts stark aus, die für einen Angreifer nur schwer passierbar wurden. Das Wiedereingliedern Elsaß-Lothringens in Deutschland erfolgte auch auf Forderung der deutschen Militärs, „unter dem Gesichtspunkt der strategischen Verteidigung, da die französischen Invasionen in Deutschland in früheren Zeiten gewöhnlich durch diese Provinzen geführt worden waren.“

Die Wahrheit und der Krieg, E. D. Morel, London 1916, S.16

Morel schreibt: „...daß sich die Militärexperten darüber einig waren, daß Deutschland - vom Standpunkt der Militärstrategie aus gesehen - einen Durchgang durch belgisches Gebiet anstreben mußte, um Frankreich im Falle eines allgemeinen europäischen Krieges anzugreifen, und daß die deutschen Vorbereitungen im Hinblick auf diese Möglichkeit bekannt waren. Das Bekenntnis von Herrn Churchill entbindet mich wirklich davon, die Angelegenheit weiter zu verfolgen, denn es ist im Grunde ein Bekenntnis, daß die deutschen Absichten und Vorbereitungen dem britischen Kriegsministerium bekannt waren, was sie natürlich auch waren, und im Übrigen jedem Kriegsministerium in Europa.“

Truth and the War, E. D. Morel, London 1916, S.14

Belgiens Neutralität ergab sich „aus den aggressiven Tendenzen der französischen Politik jener Zeit. Im Jahre 1870 sollen Napoleon III. und seine Generäle alle Vorbereitungen für eine französische Invasion Belgiens

getroffen haben“, die aber durch die Aktion des britischen Außenministers, Lord Granville, verhindert wurde, der Preußen und Frankreich verpflichten konnte, „sich erneut zur belgischen Neutralität zu verpflichten“, und somit einen Krieg um Belgien verhindern konnte.

Truth and the War, E. D. Morel, London 1916, S.15

Die Frage der belgischen Neutralität war in der britischen Presse Thema von Artikeln, die, wie die „Pall Mall Gazette“ in einem Leitartikel vom 4. Februar 1887, darlegten, „daß die Verträge von 1831 und 1839 Großbritannien keine ‚Verpflichtung‘ in Bezug auf die belgische Neutralität auferlegt hätten.“ Und es gäbe „keine englische Garantie für Belgien.“ Diese Garantie gäbe es nur für die Niederlande.

Truth and the War, E. D. Morel, London 1916, S.21

Und ein weiteres englisches Blatt nennt Morel, den „Spectator“ vom 5. Februar 1887, der schreibt: „Es ist wahrscheinlich, daß wir darauf bestehen werden, daß Belgien nicht zum Kriegsschauplatz wird, aber wir werden die Durchquerung seines Bodens nicht ausschließen - ja, wir können sie nicht ausschließen.“

Die Wahrheit und der Krieg, E. D. Morel, London 1916, S.21

Belgien war, man kann es so ohne rot zu werden sagen, nie neutral, da Franzosen und Briten seit der Neutralitätserklärung mit Belgien militärisch in ständigem Kontakt standen und eine Einheit gegen Deutschland bildeten.

★

★

★

Die Gründung des Zweiten Deutschen Reiches 1871 im Spiegelsaal von Versailles, schloß die deutschen Staaten zu einem starken Staatsgebilde zusammen, stellte ebenso den Anfang eines ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwungs des neuen Deutschlands dar, und gleichzeitig die Steigerung des unüberwindlichen Hasses der Franzosen auf das vereinigte deutsche Volk und den Neid der Briten auf das Wirtschaftswunderkind Deutschland dar.

Bismarck hatte als preußischer Ministerpräsident und als Bundeskanzler die deutschen Staaten vereinen können, wovon Bayern der schwierigste Kandidat war und entsprechende Sonderbedingungen im Bundesstaat erhielt. Paris war besetzt und Wilhelm, König von Preußen, residierte in Versailles. Der 18. Januar 1871, an dem König Wilhelm von Preußen zum Deutschen Kaiser gekrönt wurde, war in Erinnerung an die Krönung König Friedrich III. von Brandenburg als König Friedrich I. von Preußen, am 18. Januar 1701 in Königsberg, gewählt worden.

Bismarck, Georges Lacour-Gayet , London 1919, S.163

Die Kaiserproklamation im Spiegelsaal von Versailles, deklamiert von Bismarck, seit 1862 Lenker preußischer Politik, lautete:

„Wir nehmen die Kaiserwürde in der Hoffnung an, daß das deutsche Volk den Lohn seines eifrigen und heldenhaften Kampfes in einem dauerhaften Frieden genießen darf, der durch Grenzen geschützt ist, die dem Vaterlande die Sicherheit gegen neue Angriffe Frankreichs zu geben vermögen, derer es seit Jahrhunderten beraubt ist.“

Bismarck, Georges Lacour-Gayet , London 1919, S.164f

Infolge dieser Feierlichkeiten wurde Bismarck von Wilhelm I. zum Fürsten, mit dem Herzogtum Lauenburg in Nordschleswig, ernannt.

Von Versailles aus schickte Wilhelm I. ein Telegramm nach Rußland, an Zar Alexander II., mit dem Inhalt, „**Nach Gott verdanken wir Ihnen unseren Sieg.**“

Bismarck, Georges Lacour-Gayet , London 1919, S.168

Denn Rußland hatte sich in dem französisch-deutschen Krieg neutral zurückgehalten und damit Deutschlands Sieg über Frankreich nicht zu einem Zweifrontenkrieg gemacht.

Noch 1871 besuchte Zar Alexander II., der sich in dem französisch-deutschen Konflikt neutral verhielt, und sein Kanzler, Berlin und vertieften damit die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Der französische Historiker Georges Lacour-Gayet sieht während des Besuches in Berlin Sympathien des Zaren für Frankreich in Person des französischen Botschafters.

Bismarck, Georges Lacour-Gayet , London 1919, S.168

Die Annexion Elsaß-Lothringens spielt in der deutschen und vor allem der französischen Politik eine beherrschende Rolle, man kann annehmen auch heute noch. Bismarck äußerte sich in einem Gespräch mit dem neuen französischen Geschäftsträger in Berlin zu diesem Problem:

„Es wäre kaum logisch, Metz, das französisch ist, von Ihnen zu nehmen, wenn nicht eine zwingende Notwendigkeit uns zwingen würde, es zu behalten. Ich hätte grundsätzlich nicht gewollt, daß diese Stadt für Deutschland erhalten bleibt. Als die Frage vor dem Kaiser erörtert wurde, fragte mich der Stab, ob ich garantieren könne, daß sich Frankreich nicht eines Tages rächen würde. Ich antwortete, daß ich ganz im Gegenteil davon überzeugt sei, daß dieser Krieg wahrscheinlich nicht der letzte sein werde, der zwischen den beiden Ländern ausbrechen werde. In diesem Fall sagten sie zu mir: Metz ist ein Glacis, hinter dem hunderttausend Mann stehen könnten; deshalb sollten wir es halten. Das Gleiche will ich von Elsaß und Lothringen sagen. Wenn der Frieden von Dauer wäre, hätten wir einen Fehler gemacht, sie euch zu nehmen; aber für uns werden diese Provinzen eine Schwierigkeit darstellen.“

Bismarck, Georges Lacour-Gayet , London 1919, S.170

In den Reden Bismarcks ist diese Ansicht, daß mit oder ohne Elsaß-Lothringen es keinen Frieden mit Frankreich bringt, ein wiederkehrender Punkt, den er immer wieder betont, daß die Franzosen zutiefst getroffen und voller Revanche Gedanken seien, was früher oder später zu einem neuen Krieg führen würde. Die Franzosen sehen den Verlust von Elsaß-Lothringen als ein Verbrechen gegenüber Frankreich. Lacour-Gayet zitiert aus einer Rede Bismarcks vom 2. Mai 1871 im Reichstag, „daß Elsaß-Lothringen vor allem ein Instrument zur Einigung Deutschlands sei. ‚Ein Bund.....der sich aus souveränen Fürsten und freien Städten zusammensetzt, die ein Land erobern, das sie zu ihrer eigenen Sicherheit behalten müssen, das aber dadurch zu einem gemeinsamen Besitz aller Beteiligten wird - das ist in seiner Art etwas sehr Seltenes.‘ Man muß sich diese Definition von Elsaß-Lothringen vor Augen halten: ‚Ein gemeinsamer Besitz aller Beteiligten‘, um deutlich zu

machen, daß der Zusammenhalt des Reiches zu einem großen Teil auf der Komplizenschaft aller an dem gegen Frankreich begangenen Verbrechen beruhte.“

Bismarck, Georges Lacour-Gayet, London 1919, S.172

Morel schreibt, daß Elsaß-Lothringen 1871 nicht nur zurück in deutsche Hände kam, sondern „von den deutschen Militärführern unter dem Gesichtspunkt der strategischen Verteidigung gefordert wurde, da die französischen Invasionen in Deutschland in früheren Zeiten gewöhnlich durch diese Provinzen geführt worden waren.“

Die Wahrheit und der Krieg, E. D. Morel, London 1916, S.16

Der französische Historiker Lacour-Gayet verspricht hier, wohl gedämpft, aber sehr deutlich den französischen Haß auf Deutschland; er sieht wohl den Verlust Frankreichs von zwei deutschen Provinzen, aber nicht, daß dieser Verlust auf der Aggression seines Landes, der „Grande Nation“, Frankreich, beruhte, die im Folgenden einer näheren Betrachtung unterzogen werden soll, was die Grundlage des Krieges Frankreichs gegen Deutschland darstellte.

Die „Emser Depesche“ – Der Krieg 1870/71

Noch heute viel diskutiert, die „Emser-Depesche“, die ein Zeitungsartikel war, und:

Auf einer französischen Aggression beruht, die eine lange Geschichte hat.

Ludwig XIV. machte sich das Elsaß, Saarbrücken und Teile der linksrheinischen Pfalz zu eigen und hinterließ sein Andenken im Rahmen des Pfälzischen Erbfolgekrieges nicht nur am Heidelberger Schloß. Napoleon I. war etwas anspruchsvoller und gab sich nicht mit den eroberten deutschen Staaten zufrieden und wurde schließlich nach mißlungenem Rußlandfeldzug aus Preußen gejagt und von Blücher 1814 über den Rhein bei Kaub nach „Hause“, nach Paris getrieben..

Die „Sehnsucht“ der Franzosen nach dem linken Rheinufer als natürliche Grenze zu ihrem „aggressiven“ Nachbarn Deutschland, war ihr Traum, den sie in den Jahren nach 1815 in ihrer Politik immer wieder zum Leitmotiv machten und dadurch in Deutschland eine Welle national-patriotischer Dichtungen auslösten, dessen bekannteste Dichtung das „Deutschlandlied“, „Die Wacht am Rhein“ und viele andere sind. Frankreich war von diesem Traum, das linke Rheinufer zu besitzen, besessen, anders ist es nicht auszudrücken.

In der anstehenden Frage der Thronfolge in Spanien, ergab sich ein Lichtblick für die Erfüllung von Frankreichs „feuchten“ Träumen. Die Nachbarn in Spanien entledigten sich 1868 ihrer Königin Isabella II. von Spanien (1830-1904) durch einen Militärputsch und man suchte einen Nachfolger. Die Entscheidung, wie auch immer getroffen, die Spekulationen sehen Bismarck im Spiel, fiel 1870 auf eine Seitenlinie der Hohenzollern, den Fürsten Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen. Die Meldung der spanischen Regierung über die Wahl des Hohenzollern als spanischer Thronfolger, lautete im Juli 1870:

„Der am 6. dieses Monats unter dem Vorsitze des Regenten La Granja abgehaltene Ministerrath hat einstimmig beschlossen, den Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen als Throncandidate vorzuschlagen. Die Cortes werden am 20. d.M. zusammentreten, um zur Wahl zu schreiten. Die öffentliche Meinung und alle Fraktionen der großen liberalen Partei haben diese Candidatur günstig aufgenommen und die Regierung hofft, daß sich eine große Mehrheit für dieselbe aussprechen werde. Diese Candidatur hat keine anderen Endziele als die Erfüllung der souveränen Wünsche des Landes, und die Regierung zweifelt nicht, daß auch alle befreundeten Nationen diese Entscheidung freundlich begrüßen und mit Vergnügen den Augenblick wieder eintreten sehen, wo Spanien sich mit einer monarchischen Regierung und einem der Krone Spaniens in jeder Hinsicht würdigenden Fürsten wieder fest constituiren wird.“

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung – Nr.160 – Mittwoch, den 13. Juli 1870 – S.3

Frankreich war entsetzt über dies Wahl, da es mit einem Hohenzollern auf dem spanischen Thron, von Deutschen eingeschlossen wäre. Die Erregung in Frankreich über diese Nachricht, einen weiteren Hohenzollern als Nachbarn zu haben, ließ die französische Presse förmlich sich in Kriegsdrohungen überschlagen. Die Regierung Frankreichs schloß sich diesen Drohungen an, repräsentiert von ihrem Regierungschef Emile Ollivier (1825-1913) und dem Außenminister Agenor de Gramont (Antoine Alfred Agenor de Gramont, Herzog von Guiche, Herzog von Gramont; 1819 – 1880). Diese Meldung goß Öl auf die Revanchege Gedanken Frankreichs, die es seit der Niederlage Napoleons I. und die Vertreibung durch Blücher über den Rhein bei Kaub, aus „ihren“ Gebieten, hegte und die jetzt wieder mehr als stark aufflammten – und die Erfüllung ihrer Träume schien nahe.

Es war bekannt, daß Napoleon III. sich in Bezug auf einen französisch-deutschen Krieg so äußerte, daß man einen solchen nicht alleine führen könne, sondern nur in einem Bündnis. Und hier kam nur Österreich in

Frage, das mit Frankreich nach 1866 ein Geheimabkommen hatte, in dem Österreich Frankreich bei kriegerischen Erfolgen das linke Rheinufer zugestand.

Die Kriegsstimmung der Franzosen gegen Preußen nahm ungeahnte Maße an. So berichtet die „Provinzial Correspondenz“ aus Berlin am 13. Juli 1870: „Die Geduld des deutschen Volkes ist durch die Behandlung, welche die Kandidatur des Prinzen Hohenzollern für den spanischen Thron in Frankreich erfahren hat, auf eine schwere Probe gestellt worden; aber so groß die Geduld war, so tief ist auch die gerechte Entrüstung über den beleidigenden, selbst drohenden Ton, der jenseits des Rheins bei dieser Gelegenheit angeschlagen worden ist. Wenn man der Tagespresse in Zeiten der Erregung eine schroffe und verletzende Sprache allenfalls zu Gute hält, so dürfte man doch von einem Mann, wie dem Herzog von Gramont, welcher als auswärtiger Minister eines großen Landes die Gewohnheit oder die Fähigkeit haben sollte, schwierige politische Fragen mit Schonung zu behandeln, erwarten, daß er auch im gegenwärtigen Falle die Sache mit größerer internationaler Vorsicht und Rücksichtnahme angefaßt hätte.“

Provinzial Correspondenz – Nr. 28 – 13. Juli 1870 (Berlin) – S.1

Weiter heißt es: „Man hat in Deutschland bis zum letzten Augenblicke an eine ernste Kriegsgefahr nicht glauben mögen, weil in der That die Frage dazu nicht angethan schien. Man durfte bei uns zunächst der Meinung sein, daß der Prinz von Hohenzollern, der ein naher Verwandter des französischen Kaiserhauses ist, während er mit dem preußischen Königshause nur eine Namenverwandtschaft hat, daß namentlich sein Vater, welcher mit dem Kaiser der Franzosen von alter Zeit her in engen persönlichen Beziehungen stand, wohl wissen mußte, wie Frankreich sich zu der Kandidatur stellen würde, - daß ferner die spanische Regierung, welche die Sache vor Allem anging, sich der Auffassung Frankreichs versichert haben würde.“

Provinzial Correspondenz – Nr. 28 – 13. Juli 1870 (Berlin) – S.1

Doch die Meinung in Deutschland sieht die französische Aufregung nicht an der spanischen Thronfolgefrage, sondern an der Möglichkeit, das Frankreich die spanische Frage zum Anfang des „Weges an den Rhein“ machen will. In der „Wiener Abendpost“ vom 13. Juli 1870 heißt es in Bezug auf einen Artikel der „Kreuzzeitung“:

„Die drohenden Aeußerungen Gramonts sind Zeichen eines überlegten Planes, bei dem Spanien nur den Vorwand bietet und dessen Spitze gegen Preußen und Deutschland gekehrt ist. Ist es nicht maßlose Arroganz, von Deutschland zu verlangen, daß es zu Gunsten der französischen Politik Gendarmendienst thue für den Prinzen von Asturien gegen den majorennen deutschen Fürsten? Wenn Frankreich das Recht beansprucht, seine Nachbarvölker zu bevormunden, so ist von einem gesicherten Frieden nicht mehr die Rede, so ist die Haltbarkeit des Friedens nur mehr eine Frage der Zeit, die jeder Tag verneinen kann. Wer mit uns Händel vom Zaune bricht, wird uns zur Abwehr bereit finden.“

Wiener Abendpost – Nr.157 – Mittwoch, den 13. Juli 1870 – S.15

Frankreich griff durch sein Verhalten in die Souveränität Spaniens ein. Bismarck bemerkte später:

„Ein völkerrechtlicher Vorwand für Frankreich, in die Freiheit der spanischen Königswahl einzugreifen, war schwer zu finden; er wurde, seitdem man es in Paris auf den Krieg mit Preußen abgesehen hatte, künstlich gesucht in dem Namen Hohenzollern, welcher an sich für Frankreich an sich nichts Bedrohlicheres hatte als jeder andere deutsche Name. Im Gegenteil konnte man sowohl in Spanien als in Deutschland annehmen, daß der Prinz Leopold wegen seiner persönlichen und Familienbeziehungen in Paris eher *persona grata* sein werde als mancher andere deutsche Prinz.“

Bismarck – Gedanken und Erinnerungen Otto Fürst Bismarck, New York und Stuttgart, 1898, S.428

Der französische Minister Gramont wirft Bismarck vor, mit in diese spanische Thronfolge involviert zu sein. Bismarck: „Wenn der Herzog von Gramont sich bemüht, den Beweis zu führen, daß ich der spanischen Anregung gegenüber mich nicht ablehnend verhalten hätte, so finde ich keinen Grund, dem zu widersprechen.“

Bismarck – Gedanken und Erinnerungen Otto Fürst Bismarck, New York und Stuttgart, 1898, S.431

Warum sollte Bismarck auch gegen eine Thronbesteigung eines deutschen Fürsten in Spanien sein? Er sieht, „daß der Moment gekommen war, wo Frankreich Händel mit uns suchte und bereit war, dafür jeden Vorwand zu ergreifen, der brauchbar schien.“

Bismarck – Gedanken und Erinnerungen Otto Fürst Bismarck, New York und Stuttgart, 1898, S.431

Über die Haltung Wilhelm I. sagt Bismarck, daß „die Frage der Annahme der Wahl durch den Prinzen Leopold von Sr. Majestät lediglich als Familiensache behandelt worden war, die weder Preußen noch den Norddeutschen Bund etwas anging, bei der es sich nur um die persönliche Beziehung des Kriegsherrn zu einem deutschen Offizier und des Hauptes nicht der Kgl. Preußische, sondern der Hohenzollernschen Gesamtfamilie zu den Trägern des Namens der Hohenzollern handelte.“

Bismarck – Gedanken und Erinnerungen Otto Fürst Bismarck, New York und Stuttgart, 1898, S.432

Bismarck stellte klar, daß die Bewerbung des Fürsten Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen eine private und keine Handlung Preußens oder des Deutschen Bundes war, und fährt fort:

„In Frankreich aber suchte man nach einem Kriegsfall gegen Preußen, der möglichst frei von national-deutscher Färbung wäre, und glaubte einen solchen auf dynastischem Gebiete in dem Auftreten eines spanischen Thronprätendenten des Namens Hohenzollern gefunden zu haben. Dabei war die Ueberschätzung der militärischen Ueberlegenheit Frankreichs und die Unterschätzung des nationalen Sinnes in Deutschland wohl die Hauptursache, daß man die Haltbarkeit dieses Kriegsvorwandes nicht mit Ehrlichkeit und nicht mit Sachkunde geprüft hatte. Der deutsch-nationale Aufschwung, welcher der französischen Kriegserklärung folgte, vergleichbar einem Strome, der die Schleusen bricht, war für die französischen Politiker eine Ueberraschung; sie lebten, rechneten und handelten in Rheinbundeserinnerungen“.

Bismarck – Gedanken und Erinnerungen Otto Fürst Bismarck, New York und Stuttgart, 1898, S.432

Frankreichs Aktion gegen Preußen hatte den positiven Effekt, daß alle deutschen Lande sich durch die Provokation Frankreichs angesprochen fühlten und somit ein großer Schritt auf die spätere Gründung des zweiten Deutschen Reiches durch Frankreichs Hilfe getan werden konnte. Bismarck sieht darin die Möglichkeit, „daß die Kluft, die die Verschiedenheit des dynastischen und Stammesgefühls und der Lebensgewohnheiten zwischen dem Süden und dem Norden des Vaterlandes im Laufe der Geschichte geschaffen hatten, nicht wirksamer überbrückt werden könne, als durch einen gemeinsamen Krieg gegen den seit Jahrhunderten aggressiven Nachbar.“

Bismarck – Gedanken und Erinnerungen Otto Fürst Bismarck, New York und Stuttgart, 1898, S.438

So konnte die Rede Gramonts in Paris mit der Kriegsdrohung gegen Deutschland, die nationale Empörung der Deutschen nur steigern. Bismarck zitiert:

„Die Aeußerung Gramonts in der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 6. Juli:

„Wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns verpflichtet zu dulden, daß eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setze Dieser Fall wird nicht eintreten, dessen sind wir ganz gewiß Sollte es anders kommen, so würden wir unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen wissen.“ Schon diese Aeußerung war eine amtliche internationale Bedrohung mit der Hand am Degengriff “

Bismarck – Gedanken und Erinnerungen Otto Fürst Bismarck, New York und Stuttgart, 1898, S.433

In England sieht man die französisch-deutsche Auseinandersetzung nicht als einen Grund, daß England sich einmischen sollte. Ein Angebot Englands, in der Sache als Friedensrichter zu agieren, wurde von Frankreich abgelehnt.

Der englische „Observer“, zitiert in der „Königlich privilegirte Zeitung“ vom 14. Juli 1870:

„Das Eigenthümliche der Lage besteht darin, daß die unmittelbare Streitfrage mit dem wirklichen Ausgange wenig zu schaffen hat. Der Streit liegt in Wirklichkeit nicht zwischen Frankreich und Spanien, sondern zwischen Frankreich und Preußen, da die Wahl eines hohenzollernschen Prinzen von jenem unglücklicherweise als eine absichtliche Beleidigung Frankreichs aufgefaßt wird und die französischen Minister die Empfindlichkeit ihrer Landsleute aufstachelten, statt daß sie selbe hätten beschwichtigen sollen. Da sich kaum annehmen läßt, daß sie ohne Ermächtigung ihres kaiserlichen Herren ihre Kammerreden gehalten, ist die Stellung, welche dieser einzunehmen für gut fand, sehr klar definirt: Aufgeben der hohenzollernschen Candidatur - oder Krieg“

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung – Nr.162 – Donnerstag, den 14. Juli 1870 – S.10

Und ein Artikel der „Times“ ergänzt:

„Für England wäre ein Krieg zwischen Frankreich und Preußen in politischer und militairischer Beziehung allerdings von geringer Bedeutung, selbst wenn er über das Schicksal des Rheines entscheiden sollte, der ohne Zweifel des Kampfes Ziel und Ende sein würde.“

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung – Nr.162 – Donnerstag, den 14. Juli 1870 – S.10

England bringt es auf den Punkt: Frankreich will an den Rhein.

Und Österreich äußert sich in der Presse zu der französischen Haltung:

„Absolute Neutralität, vollständige Enthaltung muß das Schiboleth der österreichischen Politik sein. Der Streit zwischen Preußen und Frankreich ist der ungerechteste, den je die Sonne beschienen. In einem ungerechten Kampfe hat Oesterreich nichts zu thun; jede Einmischung wäre die Theilnahme am Unrechte.“

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung – Nr.162 – Donnerstag, den 14. Juli 1870 – S.4

Nicht alle europäischen Staaten reagieren wie Österreich; Dänemark zum Beispiel nimmt Stellung für Frankreich, da die Niederlage im deutsch-dänischen Krieg von 1864 noch in guter Erinnerung ist.

Diese ganze Aufregung um den spanischen Thron hatte zur Folge, daß Fürst Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen seine Bewerbung um den Thron Spaniens zurückzog, um nicht Grund für eine kriegerische

Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland zu sein. Somit glaubte man allgemein, sei der Kriegsgrund für Frankreich beseitigt und alle Welt atmete auf.

Doch für Frankreich war die Sache nicht zu Ende. Außenminister Gramont erklärte dem preußischen Botschafter v. Werther in Paris, „die Kandidatur des Prinzen (um welche allein der Streit angefangen worden war) sei Nebensache, denn Frankreich hätte die Thronbesteigung desselben doch niemals zugelassen; - es handele sich um das Verhalten Preußens in der Sache, und um den üblen Eindruck desselben in Frankreich zu verwischen, möchte der König von Preußen einen Brief an den Kaiser Napoleon richten, in welchem etwa gesagt werden könnte, daß der König, als er dem Prinzen Leopold die Ermächtigung zur Annahme der Krone Spaniens gegeben habe, nicht habe glauben können, den Interessen oder der Würde der französischen Nation zu nahe zu treten; der König schließe sich der Entsagung an, mit dem Wunsche und der Hoffnung, daß jeder Grund des Zwiespalts zwischen den beiden Regierungen damit beseitigt sein werde. Von den verwandtschaftlichen Beziehungen des Erbprinzen zum Napoleonischen Hause möge aber in dem Brief nicht die Rede sein, denn das sei eine unangenehme berührende Wendung.“

Provinzial Correspondenz – Nr. 29 – 20. Juli 1870 (Berlin) – S.2

Frankreich überspannt den Bogen mit seiner politischen Haltung, die eine Steigerung im Verhalten des französischen Botschafters Benedetti erfährt: denn Frankreich erteilte seinem Botschafter „am preußischen Hofe, Graf Benedetti, den Auftrag, vom Könige eine Erklärung zu verlangen, daß er sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Einwilligung zu geben, daß der Prinz von Hohenzollern etwa auf die Thronkandidatur in Spanien zurückkomme. Der französische Botschafter ging den König auf der Brunnenpromenade in Ems an, um ihm jene Zumuthung zu stellen, – der König wies dieselbe entschieden zurück.“

Provinzial Correspondenz – Nr. 29 – 20. Juli 1870 (Berlin) – S.2

Dieses Verhalten des französischen Botschafters, der zugleich Gast des preußischen Königs in Ems war, widersprach den diplomatischen Gepflogenheiten. Diese Begegnung, die der preußische König energisch zu Ende brachte, hatte das folgende Telegramm an Bismarck zur Folge, in dem Wilhelm ihm die Angelegenheit in Ems schildert. Die Emser-Depesche König Wilhelm I. aus Ems an Bismarck am 13. Juli 1870:

„Die am 13. Juli 1870 3h 50m Nachm. in Ems aufgegebene, 6h 9m in Berlin eingetroffene Depesche lautete in der Entzifferung:

„Se. Majestät schreibt mir: ‚Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisieren, sofort zu telegraphieren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Candidatur zurückkämen. Ich wies ihn zuletzt etwas ernst zurück, da man a tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte (*die Rücknahme der Candidatur Prinz Leopolds*) und da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei.‘ Seine Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten bekommen. Da Seine Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe, mit Rücksicht auf die obige Zumuthung, auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen lassen: daß Seine Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe. Seine Majestät stellt Eurer Excellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich unseren Gesandten als in der Presse mitgetheilt werden sollte.“

Bismarck – Gedanken und Erinnerungen Otto Fürst Bismarck, New York und Stuttgart, 1898, Fußnote S.437

Im Beisein von Kriegsminister Roon und Feldmarschall Moltke, schreibt Bismarck direkt nach Erhalt der königlichen Depesche eine Zusammenfassung als Information für die Presse und die Gesandten, wie vom König vorgeschlagen – die „berühmt-berüchtigte“ Emser Depesche:

„Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich, französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgetheilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Candidatur wieder zurückkommen sollten. Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzutheilen habe.“

Bismarck – Gedanken und Erinnerungen Otto Fürst Bismarck, New York und Stuttgart, 1898, Fußnote S.439-440

Frankreich gibt sich nicht zufrieden und erklärt Preußen den Krieg. Über das Ergebnis einer Sitzung der Gesetzgebenden Versammlung am 16. Juli in Paris, die nicht über die Vorgänge im Hintergrund informiert wurde, wird berichtet:

Presse - Königlich privilegierte Berlinische Zeitung – Nr.163 – Sonnabend, den 16. Juli 1870 – S.1

„**Berlin, 16. Juli.** So weit hatten wir die Nachrichten des Tages zusammengestellt, als die Nachricht eintraf: Frankreich hat den Krieg an Preußen erklärt!

Damit ist Alles gesagt. Diese Gewißheit schließt alle Spekulationen und Conjecturen aus, wir werden in der nächsten Zeit leiden von blutigen Eventualitäten und dem eisernen Spiel des Krieges zu berichten haben.

* * *

Da Frankreich davon ausgeht, es nur mit Preußen zu tun zu haben, richtet die französische Regierung ein Schreiben an die süddeutschen Staaten, die nicht dem Norddeutschen –Bund angehören, „sich unverzüglich über ihre Neutralität zu erklären. Sämtliche süddeutsche Regierungen aber stehen unbedingt und mit voller Hingebung zur gemeinsamen deutschen Sache. Jeder Tag bringt neues Zeugnis von der Begeisterung, mit welcher man überall in Süddeutschland dem nationalen Banner unter Preußens Führung zu folgen bereit ist.“
Provincial Correspondenz – Nr. 29 – 20. Juli 1870 (Berlin) – S.4

Und die „National-Zeitung“ zitiert dazu aus der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“: „.....welches die Sommation Frankreichs an die süddeutschen Staaten enthält und für den Fall der Neutralität die vollste Berücksichtigung verspricht, andernfalls aber die rücksichtsloseste Behandlung androht, und zugleich die bevorstehende Proklamation an die deutsche Nation ankündigt, in welcher ausgesprochen sei, daß Frankreich keinen Zoll breit deutscher Erde nehmen wolle. Dem gegenüber erklärt die „Darmstädter Zeitung“: **Nur ein Gimpel kann dieser letzten Versicherung Glauben schenken.**“
National-Zeitung – Nr. 333 – 20. Juli 1870 (Berlin) – S.3

Das hält man von französischer Versicherung, keinen „Zoll breit deutscher Erde“ zu nehmen – man lacht über diese Aussage – wie man wußte, was im Grunde die eigentliche Absicht dieses Krieges war. Weiter wird geschrieben: „Die Androhung rücksichtslosester Behandlung kann Süddeutschland nicht schrecken. Wir stehen alle für einen und einer für alle. Droht Frankreich den Prinzipien des Völkerrechts ins Gesicht zu schlagen, so kann das uns nur aufs Neue in der Ueberzeugung bestärken, wie nothwendig es ist, den Welschen niederzuwerfen.“
National-Zeitung – Nr. 333 – 20. Juli 1870 (Berlin) – S.3

Doch die Absage an Frankreich mußte nicht schriftlich erfolgen, die Aussagen und Aktionen der Südstaaten sprachen für sich.

Die offizielle Kriegserklärung Frankreichs erfolgte am 19.Juli, veröffentlicht in einem Extrablatt des „Staatsanzeiger“, wiedergegeben in der „National-Zeitung“:

Presse - National-Zeitung – Nr. 332 – 20. Juli 1870 (Berlin) – S.2

„Die am 19. Mittags 1 ½ Uhr abgegebene französische Kriegserklärung, die erste und einzige schriftliche Mittheilung, welche die Regierung in dieser ganzen Angelegenheit von der französischen erhalten hat, lautet wie folgt:

„Der unterzeichnete Geschäftsträger Frankreichs hat in Ausführung der Befehle, die er von seiner Regierung erhalten, die Ehre, folgende Mittheilung zur Kenntnis Sr.Excellenz des Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Sr. Majestät des Königs von Preußen zu bringen. Die Regierung Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen, indem sie den Plan, einen preußischen (!) Prinzen auf den Thron von Spanien erheben, nur als ein gegen die territoriale Sicherheit Frankreichs gerichtetes Unternehmen betrachten kann, hat sich in die Nothwendigkeit versetzt gefunden, von Sr.Majestät dem Könige von Preußen die Versicherung zu verlangen, daß eine solche Kombination sich nicht mit seiner Zustimmung verwirklichen könnte.

Da seine Majestät der König von Preußen sich geweigert, die Zusicherung zu ertheilen, und im Gegentheil dem Botschafter Seiner Majestät des Kaisers der Franzosen bezeugt hat, daß er sich für diese Eventualität, wie für jede andere, die Möglichkeit vorzubehalten gedenke, die Umstände zu Rathe zu ziehen, so hat die Kaiserliche Regierung in dieser Erklärung des Königs einen Frankreich ebenso wie das allgemeine europäische Gleichgewicht bedrohenden Hintergedanken erblicken müssen. Die Erklärung ist noch verschlimmert worden durch die den Kabinetten zugegangenen

Anzeige von der Weigerung, den Botschafter des Kaisers zu empfangen und auf irgend eine neue Auseinandersetzung mit ihm einzugehen.

In Folge dessen hat die französische Regierung die Verpflichtung zu haben geglaubt, unverzüglich für die Vertheidigung ihrer Ehre und ihrer verletzten Interessen zu sorgen, und, entschlossen, zu diesem Endzwecke alle durch die ihr geschaffene Lage gebotenen Maßregeln zu ergreifen, betrachtet sie sich von jetzt an als im Kriegszustande mit Preußen.

Der Unterzeichnete hat die Ehre, Sr. Excellenz u.s.w. die Versicherung seiner hochachtungsvollen Ergebenheit auszudrücken.

Berlin, 19.Juli 1870

(unterzeichnet) Le Sourd“

★

★

★

Der Kommentar der „National-Zeitung“ zu dieser Kriegserklärung:

Presse - National-Zeitung – Nr. 332 – 20. Juli 1870 (Berlin) – S.2

„Napoleon erklärt uns den Krieg, weil, wie er sagt, ein Plan bestanden hat, einen preußischen Prinzen auf den Thron von Spanien zu erheben. Von der Berufung eines fürstlich hohenzollernschen (nicht „preußischen“) Prinzen auf den spanischen Thron ist gegenwärtig gar keine Rede mehr: dennoch erklärt uns Napoleon heute den Krieg. Er rechtfertigt es damit, daß künftig einmal eine solche Berufung stattfinden und daß zu dieser die Möglichkeit die zweite hinzutreten könnte, daß der König von Preußen seine Einwilligung dazu gäbe, also eine Kriegserklärung nicht wegen geschehener, sondern wegen (nach Napoleons Meinung) in der Zukunft möglicher Dinge. Das ist die erste und einzige schriftliche Mittheilung, welche die preußische Regierung von der französischen in dieser ganzen spanischen Thronangelegenheit, welche jetzt einen Kriegsvorwand liefern muß, erhält“.

★

★

★

Im Rahmen der Kriegsvorbereitungen beruft der König Wilhelm den Reichstag zu einer außerordentlichen Sitzung am 20. Juli ein und hält eine Thronrede zu der Kriegserklärung Frankreichs und dem bevorstehenden Krieg mit Frankreich. Reichstags Mitglieder richten in der Folge auf Antrag des Abgeordneten Miquel eine Adresse „an Se.Majestät den König von Preußen. Es ist von 145 Mitgliedern aller Fraktionen unterzeichneter Adreßentwurf eingebracht. **(Wir bemerken nur, daß die Namen der Polen, der Herren Bebel, Liebknecht, der Herren Windthorst, v. Mallinckrodt und Ewald fehlen)**“.

National-Zeitung – Nr. 333 – 20. Juli 1870 (Berlin) – S.1

(Bezeichnend ist der Hinweis auf die fehlende Unterstützung der Opposition im Reichstag, in der an den König gerichteten Adresse, deren Vertreter gegen Ende des Ersten Weltkrieges in der Vorbereitung der Revolution gegen Kaiser Wilhelm II. und die Monarchie keine gute Rolle im Theater der Politik gespielt haben.)

Die bereits geschlossene Reichstagsitzung wird verlängert, da Bismarck noch erscheint und zur Situation eine Erklärung abgibt:

Presse - National-Zeitung – Nr. 333 – 20. Juli 1870 (Berlin) – S.1

(Bismarck:) „Wir haben in dieser ganzen Angelegenheit von der französischen Regierung nur eine einzige amtliche Mittheilung erhalten (Hört! Hört!); es ist dies das einzige Aktenstück, welches überhaupt von Seiten der französischen Regierung an uns gelangt ist. Alle Besprechungen, die der Graf Benedetti in seiner Eigenschaft als Botschafter an einem Badeort unter vier Augen mit Sr.Majestät gehalten hat, sind Gespräche theils privater, theils persönlicher Natur, welche für internationale Verhältnisse gar keine Bedeutung haben (Sehr richtig!) Alle Erklärungen, welche man auf diesem Wege von dem König zu erpressen versucht hat ...*(nicht lesbar)*.. erpreßt worden wären, wenn Se.Majestät weniger stark und charakterfest wären, würden immer nur persönliche Aeußerungen gewesen sein, welche der Monarch amtlich in anderer Weise bekräftigt haben müßte, wenn sie sein ernster Wille gewesen wären.“

National-Zeitung – Nr. 333 – 20. Juli 1870 (Berlin) – S.1

Bismarck stellte Dokumente für die Abgeordneten zusammen, die die Ereignisse für den Reichstag darlegten. Unter anderem bemerkte er:

„In der Ordnung, wie sie hier aufgeführt sind, enthalten diese Mittheilungen das bekannte Zeitungs-Telegramm, welches von dem französischen Ministerium als die eigentliche Ursache des Krieges dargestellt wird, dadurch, daß man es als Note bezeichnet hat. (Hört! Hört!) Ich will mich auf eine Definition dessen, was

unter Note verstanden wird, nicht einlassen; für alle diejenigen, welche mit dem diplomatischen Verkehr nur irgendwie bekannt sind, wird es einleuchten, **daß Zeitungstelegramme keine Noten sind. Die Herren haben sich denn auch wohl gehütet, das Aktenstück vorzulegen.**“

National-Zeitung – Nr. 333 – 20. Juli 1870 (Berlin) – S.1

Weiter führt er aus: „Das zweite und dritte sind die bereits durch die Zeitungen bekannt gewordenen Aktenstücke einer authentischen Darlegung der Vorgänge in Ems. Dann viertens ein Bericht vom Freiherrn v. Werther aus Paris vom 12. Juli; das ist wenigstens ein amtliches Aktenstück, welches zwischen preußischen Behörden gewechselt ist, aber nicht zwischen Preußen und Frankreich. Dieser Bericht theilt den Inhalt einer Unterredung mit, welche der Botschafter mit dem französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten und gleichzeitig mit dem Justizminister Ollivier gehabt hat. Dieser Bericht giebt uns Nachricht von der bekannten unannehmbaren Forderung eines Entschuldigungsbriefes, den Se.Majestät zu schreiben haben sollte..... Das fünfte Aktenstück ist das Zirkular vom 18. Juli an die Regierungen; das sechste ein Vermittlungsversuch der englischen Regierung; das siebente ist die Erwiderung auf diesen Versuch, welche dem Haus noch nicht bekannt ist.“

National-Zeitung – Nr. 333 – 20. Juli 1870 (Berlin) – S.1

Frankreich lehnte die Vermittlung Englands ab.

Was Frankreich aus seiner Niederlage 1870/71 macht

Lacour-Gayet (s.o.) sieht es genau so, wie es später zur Zeit der Versailler Konferenz 1919 ein französischer Historiker sieht, der Deutschlands Bestrafung fordert für die Vertreibung Napoleons aus Deutschland, den „Raub“ der deutschen Lande, vor allem des linken Rheinufer, die Napoleon besetzte, die Zeit der Auseinandersetzungen vor Napoleon, den verlorenen Krieg von 1870 – dafür sollte Deutschland hart bestraft werden.

Teile des Briefes dieses französischen ~~Märchenzählers~~ Historikers, Ernest Lavisse (1842 – 1922) Mitglied der Academie Francaise, der am 3. Mai 1919 während der Versailler Konferenzen in der „Wiener Zeitung“ erschien, zeugt von dem angestauten Haß der Franzosen auf alles Deutsche; der Ursprung davon liegt mit an den napoleonischen Niederlagen in und gegen Preußen, den gescheiterten französischen Versuchen verschiedenster Art, sich das linke Rheinufer oder auch nur Teile davon, wie auch immer, einzuverleiben. Lavisse hat nach Napoleon I. die mißlungenen französischen Versuche, Mitte des 19. Jahrhunderts, Teile Deutschlands sich einzuverleiben, den Krieg 1870/71 und den Ersten Weltkrieg miterlebt, und sein Haß ist ohnegleichen. Seine Worte sprechen für die Politik Frankreichs.

Der Artikel beginnt mit einer klaren Aussage des Briefes, daß „zunächst bedauert wird, daß Frankreich und Deutschland Feinde seien, deren Aussöhnung vorauszusagen unmöglich sei.“

Wiener Abendpost – Nr.101 – Samstag, 3.Mai, 1919 – S.17

Eine Verständigung beider Staaten hält er für aussichtslos; was eine Überzeugung darstellt, die das spätere Verhalten Frankreichs gegenüber dem besiegten Deutschland 1918 und später 1945, zeigte. Die Fortsetzung des Briefes bleibt im gleichen Stil:

„Sie sollten nicht vom freien demokratischen Deutschland sprechen noch von einem Versöhnungsfrieden noch von Gerechtigkeit oder Recht, noch sollten sie mit den Wilsonschen Vorschlägen Mißbrauch treiben. Solche Worte dürften Sie in Ihren Blättern und in ihren Erklärungen aufnehmen oder in Weimar aussprechen, aber in Versailles sprechen Sie vor Männern, welche sich nicht täuschen lassen wollen und strenge als Richter über das größte Verbrechen der Weltgeschichte zu erkennen haben.“

Wiener Abendpost – Nr.101 – Samstag, 3.Mai, 1919 – S.17

Eine Sprache unsäglichen Hasses auf Deutschland, gefüllt mit unbeschreiblicher Rachsucht, die sich noch steigert: „Sie werden viel zu erleiden haben, nicht nur Revanche für Bismarck, Wilhelm I., Blücher und Friedrich den Großen, sondern für sich selbst.“

Wiener Abendpost – Nr.101 – Samstag, 3.Mai, 1919 – S.17

Bismarck, der unter Wilhelm I. 1870/71 Elsaß-Lothringen aus militärischen Gründen nach Deutschland zurück holte, von Anfang an Frankreichs Haß gegen Deutschland mit in seine Politik mit einbezog; Blücher, der Napoleon über den Rhein nach Frankreich jagte, und Friedrich der Große, mußten auch den französischen Haß tragen.

Bismarck spricht auch am 16. Mai 1873 im Reichstag über die Rückeroberung Elsaß-Lothringens sehr deutlich gegen Frankreich:

„Nicht aus dem Wahn, Gebiete und Menschen zu besitzen, auch nicht aus dem berechtigten Wunsch, ein altes, zweihundert Jahre altes Unrecht wiedergutzumachen, sondern aus der harten Notwendigkeit, neue Angriffe aus einem kriegerischen Land zu erwarten, haben wir unsere Forderungen nach Abtretung von Gebieten und Festungen so weit ausgedehnt, wie es der Fall ist, damit wir ein Bollwerk haben, hinter dem wir weitere Angriffe erwarten können, die denen ähnlich sind, unter denen jede Generation in Deutschland während drei Jahrhunderten gelitten hat.“

Bismarck, Georges Lacour-Gayet , London 1919, S.173f

Oder am 3. März 1874 im Reichstag zu den Elsaß-Lothringern: „Ich habe bereits gesagt, daß wir uns nicht geschmeichelt haben, daß es uns gelingen würde, sie schnell glücklich zu machen, und daß wir die Annexion auch nicht aus diesem Grund vorgenommen haben; wir haben einen Schutzwall gegen die Übergriffe errichtet, die seit zweihundert Jahren von einem leidenschaftlichen und kriegerischen Volk auf uns ausgeübt werden; ein Volk, dem Deutschland das Unglück und die das Unglück und das Unbehagen hat, der einzige Nachbar in Europa zu sein, der direkt betroffen ist. Angesichts dieses kriegerischen Volkes müssen wir den Punkt von Weißenburg brechen, der sich tief in unser Fleisch gegraben hat; und es ist gerade dieser Punkt des Elsasses, der von einem Teil der ehemaligen französischen Bevölkerung bewohnt wird, die mit den Galliern in der Kriegsleidenschaft und in einem wahrhaft germanischen Haß gegen die germanische Rasse wetteifert.“

Bismarck, Georges Lacour-Gayet , London 1919, S.174

Aber Bismarck machte einen großen Fehler in Elsaß-Lothringen, das er, als „Reichsland“ bezeichnet, wohl als sechszwanzigsten Staat in Deutschland aufnahm, nur waren die Reichslande nicht autonom, wie die anderen deutschen Staaten und das bereitete den Bewohnern die Schwierigkeit, sich in das deutsche Gebilde vollständig zu integrieren. Die Verwaltung der „Reichslande“ war nicht sinnvoll gestaltet, da die Unselbständigkeit Elsaß-Lothringens für Unmut sorgte und nicht den gewollten Erfolg, der Assimilation der Provinzen, zeitigte. Erst gegen Ende des Ersten Weltkrieges, 1918, überlegte man den Schritt der Selbständigkeit zu gehen, als es zu spät war. Ein großer Fehler, zurückgehend auf Bismarck. Diese politische Haltung Bismarcks führte zu Reden im Reichstag der Elsaß-Lothringer Abgeordneten, deren Vertreter Herr Teutsch am 18. Februar 1874 vortrug:

„In den Lehren der Moral und der Gerechtigkeit können wir nichts, absolut nichts finden, was unseren Anschluß an Ihr Reich entschuldigen könnte; und darin befindet sich unsere Vernunft in Übereinstimmung mit unserem Herzen. In Wahrheit fühlt sich unser Herz unwiderstehlich zu unserem französischen Mutterland hingezogen. Zwei Jahrhunderte gemeinsamen Lebens und Denkens schaffen zwischen den Mitgliedern der gleichen Familie ein heiliges Band, das kein Argument und noch weniger Gewalt zerstören kann.“

Bismarck, Georges Lacour-Gayet , London 1919, S.170

Und diese Worte aus der Feder eines Franzosen können wir heute noch an Frankreich senden, als Erinnerung ihrer Haltung und Handlung durch das Versailler Diktat von 1919 gegenüber Deutschland: Eupen und Malmedy, Danzig und Königsberg mit Memel, Bromberg und Breslau, Böhmen und Mähren, und viele mehr – wir haben uns bis heute mit dieser Situation auf andere Weise auseinandergesetzt, anders, wie die Franzosen damals.

Kaiser Wilhelm I. - Vollendung der 88 Jahre

Ein Artikel des „Berliner Tageblattes“ zum 88. Geburtstag Kaiser Wilhelm I. vom 24. März 1885, gibt in Ausschnitten einen Artikel der französischen „Liberte“ wieder, der den Deutschen Kaiser beglückwünschen soll und eine französische Sicht auf Deutschlands Situation in Europa, trotz Frankreich, relativ positiv beschreibt. Darin heißt es:

Presse - Berliner Tageblatt – Nr.152 – Dienstag, den 24. März 1885 – S.2;

Eine französische Stimme über Kaiser Wilhelm

„Sicherlich haben wir unglücklicherweise Grund, gleichgültig von diesen Volkskundgebungen für einen Monarchen zu bleiben, der uns so verhängnisvoll geworden ist. Unsere Wunden sind noch zu empfindlich, um uns zu erlauben, nicht nur sympathisch, sondern selbst gerecht zu sein. Und dennoch gestehen wir, daß wir lebhaft von den so wahren und aufrichtigen Ehrenbezeugungen gerührt sind, welche die Deutschen ohne Unterschied der Partei heute ihrem Souverän darbringen. Von ihrem Gesichtspunkte aus haben sie unstreitig Recht. Sie verdanken diesem Fürsten ihre ganze Größe, ihre ganze Macht, ihr ganzes Prestige in der Welt. Es ist wahr, auf unserem Unglück erhebt sich ihr Reich. Wenn wir aber das Recht haben, dem Kriege zu fluchen, der uns gebrochen, so haben sie das Recht, ihn zu segnen, da er alle nationalen Bestrebungen verwirklicht und ihre Jahrhunderte alten Wünsche erfüllt hat. Wie sollten sie ihm nicht dankbar

sein, der sie heute zur einflußreichsten Nation Europas gemacht und ihnen die Sympathie über alle europäischen Staaten gesichert hat.“

★

★

★

Dem Kaiser zollen sie großes Lob, bezeichnen ihn als „Friedensrichter in den Streitfragen zwischen den Völkern“. Frankreich gibt zu verstehen, daß Deutschland allen Grund hat, Kaisers Geburtstag zu feiern, was die Franzosen sicher nicht tun, aber ihm ihren Respekt erweisen. Es heißt:

„Was man zu des greisen Kaisers Lobe sagen kann, das ist, daß seitdem das Glück ihm die gigantische Macht gegeben, die er heute besitzt, er sich derselben nur in einem Geiste der Versöhnung und des Friedens bedient hat. Seine Rätthe haben ihn mehr als einmal ermuntert, sich der Gewalt zu bedienen, die ihm sein Waffenglück gegeben. Er hat es verweigert und die Aufrechterhaltung des Friedens ist sein größter Ehrgeiz geworden. Seinem Einfluß verdankt es Europa, daß es seit 15 Jahren nicht in neue blutige Kämpfe gestürzt ist. Er ist gewissermaßen der Friedensrichter in den Streitfragen zwischen den Völkern geworden, und er ist immer bemüht, sie zu lösen und zu beschwichtigen. So lange er lebt, ist es wenig wahrscheinlich, daß neue Kriege ausbrechen. Durch die Macht der Thatsachen ist er der Drehpunkt des europäischen Friedens geworden. Unter diesem Gesichtspunkte kann man sagen, interessirt sein langes Leben ebensosehr die anderen Völker wie Deutschland.“

Eine französische Stimme über Kaiser Wilhelm, in: Berliner Tageblatt – Nr.152 – Dienstag, den 24. März 1885 – S.2;

Ein großes Lob aus dem Munde einer französischen Presse, die in der Regel alle Register gegen Deutschland zog, um uns der Aggression gegen das „friedliche“ Frankreich zu bezichtigen. Was in der englischen Presse ebenso regelmäßig stattfand. Dagegen bescheiden die Deutschen sich nicht, ihren Kaiser zu verehren durch die Lobgesänge der Presse. Nur ein kleiner Ausschnitt des „Berliner Tageblattes“ vom 22. März 1885, dem Geburtstag Kaiser Wilhelm I.:

Presse - Berliner Tageblatt – Nr. 148 – Sonntag, den 22. März 1885 – S.1

Kaisers Geburtstag

„Trotz der Last seiner Jahre scheute er nicht die Mühen weiter Reisen und die zweifelhaften Annehmlichkeiten glänzender Begegnungen und Schaustellungen, um Mißverständnisse und Zweifel zu beschwichtigen, Verbindungen anzuknüpfen und zu stärken, den bestehenden Frieden zu sichern, den wankenden wieder auf feste Füße zu stellen. So ist der Name dieses Fürsten, an den sich so viel Krieg und Sieg knüpft, zugleich in der ganzen gebildeten Welt zum Wahrzeichen des Friedens geworden, und wo man diesen liebt, wo man auf den ruhigen und stetigen Fortschritt der Kultur, auf den friedlichen Wetteifer der Völker um die höchsten Güter der Menschheit seine Hoffnung setzt, da wünscht man heute mit uns, daß dieses Wahrzeichen noch recht lange über Europa leuchten möge. Für uns Deutsche ist unser Kaiser aber noch etwas mehr, als das bloße Unterpfand des äußeren Friedens. Wir verehren in ihm den sicheren Bürgen des inneren Friedens, den treuen Träger und Hüter der mit so schweren Opfern erkaufen deutschen Einigkeit, den vornehmsten Vertreter jenes nationalen und vaterländischen Geistes, der nicht gebunden ist an die Grenzpfähle der einzelnen Staaten, an die Schranken des politischen und religiösen Bekenntnisses. Wie auf den Schlachtfeldern in Frankreich nicht gefragt wurde, weiß Stammes, weiß Glaubens die Kämpfer seien, welcher Parteirichtung sie angehörten, wie Alle gemeinsam ihr Herzblut darboten und brüderlich zusammenhielten zur Errettung des Vaterlandes, so läßt auch die Kaiserkrone, die aus jenem Kampfe hervorgegangen, ihren Glanz leuchten über alle deutschen Brüder, und der Hader der Parteien muß vor ihr verstummen.“

Kaisers Geburtstag, in: Berliner Tageblatt – Nr. 148 – Sonntag, den 22. März 1885 – S.1

★

★

★

Kann man sich solche Lobgesänge auf einen heutigen deutschen Präsidenten oder deutschen Kanzler vorstellen? Ich kann es nicht.

Mit Kaiser Wilhelm I. und Bismarck als Reichskanzler nahm das geeinte Deutschland in rasanter Fahrt einen Wechsel vor, von einem Land, in dem der Mittelpunkt die Landwirtschaft war, zu einem Land, in dem die Landwirtschaft durch die wachsende Industrie mehr und mehr in den Hintergrund geriet. Friedrich Bernardi zieht daraus den Schluß:

„Damit ist die industrielle Arbeiterschaft auch bei uns zu einer Macht im Staate geworden, hat sich gewerkschaftlich organisiert, ist politisch dem Einfluß der internationalen Sozialdemokratie verfallen, steht dem nationalen Klassenstaat feindlich gegenüber und arbeitet mit allen Mitteln an der Untergrabung der bestehenden staatlichen Macht.“

Deutschland und der nächste Krieg, Friedrich von Bernhardi, General d. Kavallerie a.D, Stuttgart 1911, S.74

Die Sozialdemokratie wurde durch ihre marxistischen Wurzeln, durch ihren direkten Bezug auf Karl Marx und Friedrich Engels, zum Totengräber des deutschen Reiches, was sich in der Endphase des Ersten Weltkrieges sehr deutlich zeigte.

Deutschlands Produktion und Handel blühten nach der Reichsgründung, der Außenhandel explodierte im Laufe der Jahre. Deutschlands Roheisen- und Stahlproduktion überholte Englands Stellung und veranlaßte die Briten 1887 zu ihrem „Made in Germany“, das die englischen Verbraucher vor dem Kauf deutscher Waren warnen sollte, was aber den gegenteiligen Effekt erzeugte. Auch Frankreich spürte die wirtschaftliche Expansion Deutschlands. Doch in England leuchteten alle Warnsignale auf höchster Warnstufe: die „balance of power“ auf dem Kontinent ist in Gefahr!

„Dieser Sicht der Dinge wird noch die Vermutung aufgesetzt, Deutschland strebe danach, ganz Europa zu beherrschen. Am 1. Januar 1907 verfaßt ein Beamter des englischen Außenministeriums, Sir Eyre Crowe, eine Denkschrift, in der er diesen Wirtschaftsaufstieg Deutschlands in historische Zusammenhänge stellt. Er schreibt, England habe erst Spanien, dann die Niederlande und zuletzt Frankreich in die Schranken verwiesen. Jetzt, zu Beginn des 20. Jahrhunderts seien diese drei Mächte keine ernstzunehmenden Rivalen mehr. Nun und in Zukunft hieße der einzige potente Gegner Englands Deutschland. Die Deutschen strebten mit Konsequenz und Energie nach der Vorherrschaft in Europa. Alle Verständigungsversuche Berlins, - so endet diese Denkschrift, - seien bloße Täuschungsmanöver, die dazu dienten, England davon abzulenken, daß Deutschland den Kontinent beherrschen wolle.“

1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte – Gerd Schultze-Rhonhof – München 2/2003-S.19

Der ständige Vorwurf der englischen Propaganda, die Deutschen wollten die Vorherrschaft nicht nur in Europa, sondern weltweit – der „Pangermanismus“ sei auf dem Vormarsch, die Kriegstrommel würde geschlagen in Deutschland – der deutsche „Hegemon“ sei erstanden. Fürst Bismarck, Kenner und Intimus der europäischen Politik, sah sehr realistisch die deutsche Position in Europa nach der Gründung des Deutschen Reiches, das in seinen Händen geformt wurde. Er erscheint als politischer Realist, der europäische Politik mitgestaltete. Seine Sicht der Dinge führte auch dazu, das Reich gegen seine erstarkenden Feinde zu schützen.

Die Gegner der Monarchie in den Reihen des Reichstags

Doch diese Feinde, die das Deutsche Reich in seinen Festen bedrohte, saßen im Lande, im Reichstag. Während der Debatte um die Wirkung der Bezugnahme auf dynastische Beziehungen in der Außen- und Innenpolitik, nimmt Bismarck Stellung zu Äußerungen von Abgeordneten, die die Reichspolitik zu England und Rußland unter einen dynastischen Aspekt stellen und zieht einen Vergleich zu dieser Wirkung zu Zeiten der französischen Revolution:

„Nun ist das Hineinziehen der dynastischen Verwandtschaften in die internationalen Interessen erfahrungsgemäß in der Geschichte den Dynastien niemals nützlich gewesen, es sind stets die Gegner der Dynastien gewesen, welche dynastische Beziehungen in den Vordergrund geschoben haben bei internationalen Fragen Ich brauche gar nicht so weit zurück zu greifen, daß ich an die Zeit der ersten französischen Revolution erinnere, wo es der Dynastie der alten französischen Könige außerordentlich nachteilig war, daß man den Verdacht verbreiten konnte, als ob die nahe Verwandtschaft des französischen Hauses mit dem österreichischen Hause die französische Politik im österreichischen Sinne beeinflusste. Jedermann, der die Geschichte der damaligen Zeit mit Aufmerksamkeit liest, wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß das ein mächtiges Hilfsmittel der Gegner des Königshauses war, das Letztere der österreichischen Politik zu verdächtigen.“

Die politischen Reden Bismarcks; Horst Kohl, Bd. XI 1885 – 1886, Stuttgart 1894, S.122

Er zieht seinen Redebogen zu einem Punkt, an dem er dem Reichstag vermittelt, daß solch ein Bezug in der Geschichte deutscher Politik mit Umsturzabsichten der Monarchie verbunden war:

„Auch aus unserer eigenen neuesten Geschichte darf ich wohl daran erinnern, daß in den vierziger Jahren von den Gegnern unserer Dynastie die nahe Verwandtschaft mit dem russischen Kaiserhause jeder Zeit ausgebeutet worden ist, um sie als abhängig, als beeinflusst von dem Ausland darzustellen. Ich brauche Sie nur zu erinnern – oder vielleicht haben es einige von Ihnen nicht gelesen; aber ich habe es damals gelesen – an das bekannte Gedicht von Herwegh..., wo er in etwas gezwungenem Reim auf Meleager sagt: „Behüt' uns vor dem Czaren, Deinem Schwager!“ – Dieselbe Tonart, die Herwegh im Jahre 1840 und 1841 anschlug, zog sich durch das ganze Jahr 1848.“

Die politischen Reden Bismarcks; Horst Kohl, Bd. XI 1885 – 1886, Stuttgart 1894, S.123

Für Bismarck sind diese Äußerungen, die aus dem Munde des Reichstagsabgeordneten Richter (Eugen Richter, 1838 – 1906, bis 1885 Deutsche Fortschrittspartei, hier: Deutsche Freisinnige Partei, ab 1893 Freisinnige Volkspartei, ab 1910 Fortschrittliche Volkspartei) kommen, ein Hinweis auf verborgene Umsturzabsichten. Dazu richtete er seine Worte

an die polnische Fraktion, die bestritt, „daß unser Sinnen und Trachten auf das Schüren von Feindseligkeiten gegen Deutschland oder gegen irgend ein anderes Staatswesen berechnet sei, daß wir auf irgend eine europäische Conflagration, auf irgend eine Störung des europäischen Friedens speculiren und daraus irgend welche Territorialveränderungen zum Vortheil unserer Nationalität erhoffen. Eine solche Insinuation, die dazu angethan ist, um unsere Stellung im In- und Auslande gegenüber zu discreditiren – und es scheint, als wenn es hauptsächlich auf das Letztere abgesehen ist - , müssen wir bestreiten und gewärtigen den Beweis dazu.“

Die politischen Reden Bismarcks; Horst Kohl, Bd. XI 1885 – 1886, Stuttgart 1894, S.125

Bismarck weist den Vertreter der polnischen Fraktion darauf hin, wie er seine Äußerung in einer vorhergehenden Sitzung meinte: „Der Herr Abgeordnete für Krotoschin hat sich vorher dahin geäußert, daß ich in meiner vorgestrigen Rede seine Fraction ungerecht beschuldigt hätte, als ob sie zu denen gehörte, deren ideale nur durch Störung der Einheit des Deutschen Reiches, nur durch Losreißung von Landestheilen von einzelnen Staaten, die das Deutsche Reich bilden, verwirklicht werden könnten. Er hat nach Dem, was mir darüber gemeldet ist, aus dem Zusammenhange meiner Worte geschlossen, daß ich auch seine Fraction gemeint hätte. Das ist ja außer Zweifel; das braucht man nicht aus dem Zusammenhange zu verstehen. Ich habe es ganz ausdrücklich gesagt.“

Die politischen Reden Bismarcks; Horst Kohl, Bd. XI 1885 – 1886, Stuttgart 1894, S.126

Bismarck sieht die Wünsche der Polen ganz realistisch, die sich um die Wiederherstellung des Königreichs Polen drehen, die die polnische Fraktion im Deutschen Reichstag in ihren Reden betont. Und Bismarck weist darauf hin, daß die Wiederherstellung, wie die Polen-Fraktion es sich vorstelle, nicht durch Krieg, sondern „durch den Druck der öffentlichen Meinung“, unmöglich sei. Er führt aus, daß:

„das Ideal, das ich früher anführte, die Losreißung von Provinzen von dem preußischen Staate, wie er heute unter der Garantie des Deutschen Reiches steht, ist nur durch Krieg möglich oder durch ein anders Mittel, ebenso gewaltsam, durch Revolution. Zwischen den beiden allein steht die Wahl. Es gibt keine andere Auslegung; der Druck der öffentlichen Meinung, und was man sonst noch vorgeben mag, kann nicht gemeint sein. Es liegt ja allerdings im Interesse der Herren, mit ihren Absichten nicht zu früh an den Tag zu treten und einen Mantel über dieselben zu breiten und sich dadurch das Recht zu erkaufen, in dem Schoße des Deutschen Reichstags das Deutsche Reich zu bekämpfen. Aber in unserem Interesse, in dem der Regierungen liegt es, jede Verdunkelung in diesem Punkte nach Möglichkeit zu verhüten und die Absicht Derer, die uns und, wie wir glauben, der Zukunft des Reiches in ihren letzten Plänen feindlich gegenüber stehen, offen an den Tag zu legen, damit die Nation weiß, woran sie sich zu halten hat, woran sie ist. (Bravo! rechts) Ich habe weiter gesagt:

Die Herstellung des Königreichs Polen, die Losreißung der polnisch redenden Provinzen von Preußen ist doch nur möglich durch einen unglücklichen Krieg Preußens.“

Die politischen Reden Bismarcks; Horst Kohl, Bd. XI 1885 – 1886, Stuttgart 1894, S.127f

Und Bismarck führt weiter aus, was letztlich – außer der Wiederherstellung des Königreichs Hannover - nach dem Ersten Weltkrieg eintrat:

„Die Herstellung des Königreichs Polen u.s.w. ist doch nur möglich durch einen unglücklichen Krieg Preußens. Die Wiederabtretung von Nordschleswig an Dänemark, die Wiederherstellung des Königreichs Hannover in seinem alten Umfange, die Wiederabtretung Elsaß-Lothringen an Frankreich – das Alles sind Dinge, die nur nach einer großen Niederlage Deutschlands erreichbar sind, nachdem Deutschland und Preußen in einem unglücklichen Kriege der Ausschachtung der fremden Willkür preisgegeben sind.“

Die politischen Reden Bismarcks; Horst Kohl, Bd. XI 1885 – 1886, Stuttgart 1894, S.128f

Damit sprach er nicht nur die polnische, sondern auch die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag an. Es gab seiner Meinung nach nur zwei Möglichkeiten, daß die Polen ihren Traum verwirklichen konnten: Krieg oder Revolution. Und beides traf ein: der Krieg hat den Traum des polnischen Königreiches erfüllt und die Revolution den Traum der Sozialdemokraten. Und zur Errichtung des polnischen Königreichs ergänzt er seine Aussage mit einer weitschauenden Erkenntnis:

„..... die Resurrection des polnischen Gedankens wird dann ohne Ihr Zuthun vom Auslande selbst gemacht werden; denn es gibt ausländische Bestrebungen, denen eine Zerreißung der preußischen Monarchie, denen die Herstellung eines feindlichen Elementes in der Weichselgegend bis an die Oder heran Deutschland gegenüber von Nutzen erscheinen kann.“

Schon 1885 sah Deutschland sich des hier ungenannten Feindes gegenüber, – oder konnte es etwa Frankreich sein? - dem Polen als das Ideal eines „feindlichen Elementes“ im Rücken Deutschlands erstrebenswert war?

Die Regierungsvorlage über eine Verstärkung der Friedenspräsenzstärke des Heeres

Aber diese Art der Auseinandersetzung war im Deutschen Reichstag keine Seltenheit, wie die Reichstagssitzung vom 11. Januar 1887. Sie zeigt auf, welche Schwierigkeiten gegen die parlamentarische Opposition zu überwinden waren, die Finanzierung zur Stärkung des Heeres zu sichern. In der Debatte über die Verstärkung der Friedenspräsenzstärke des Deutschen Heeres, zeigt Bismarck, rückblickend in die deutsche Geschichte und hinweisend auf die Möglichkeiten und hypothetischen Folgen eines Zweifrontenkrieges, die Notwendigkeit einer Verstärkung der deutschen Truppen.

Im Folgenden Ausschnitte der Rede Bismarcks:

Presse - Norddeutsche Allgemeine Zeitung, - Nr. 17 – Mittwoch, den 12. Januar 1887 – Morgen – S.4

(Die Rede Bismarcks ist in der Fassung der damaligen Rechtschreibung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ übernommen)

Die Regierungsvorlage über eine Verstärkung der Friedenspräsenzstärke des Heeres – zur Reichstagssitzung am 11. Januar 1887

Im Rahmen einer Reichstagssitzung über eine Verstärkung des Heeres („Die §§ 1 und 2 der Regierungsvorlage lauten: „§1. In Ausführung der Artikel 57, 59 und 60 der Reichsverfassung wird die Friedens-Präsenzstärke des Heeres an Mannschaften für die Zeit vom 1. April 1887 bis zum 3. März 1894 auf 468.409 Mann festgestellt. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedens-Präsenzstärke nicht in Anrechnung.““) am 11. Januar 1887, führte Bismarck aus, daß die Bestrebungen, mit den ehemaligen Kriegsgegnern einen Ausgleich zu finden, mit Österreich gelungen sei, Frankreich dagegen sei nicht so einfach:

„Nach dem Frankfurter Frieden (1871) war unser erstes Bedürfnis, den Frieden möglichst lange zu erhalten und zu benutzen, um das Deutsche Reich zu konsolidieren. Diese Aufgabe war keine leichte. Im Reichstage selbst ist uns damals vorgehalten worden – als ein Vorwurf über die Ergebnisse unserer Politik, weil wir den Muth gehabt haben, für Deutschlands Einigkeit zu kämpfen – daß wir eine Situation geschaffen hätten, in der der nächste Krieg wahrscheinlich sehr nahe bevorstehend sein würde. Man sprach damals von 4, 5, vielleicht 3 Jahren, die es dauern würde bis zum nächsten Kriege. Meine Herren, es ist gelungen, wenn auch nicht ohne starke Gegenströmungen zu überwinden, den Frieden seit 16 Jahren zu erhalten. Unsere Aufgabe haben wir zuerst darin erkannt, die Staaten, mit denen wir Krieg geführt hatten, nach Möglichkeit zu versöhnen.“

Bismarcks Reichstagsrede zur Rüstungspolitik am 11.01.1887; Nord.Allg.Ztg. v. 12.01.1887

Er erwähnt das Dreikaiserbündnis als Stabilisator europäischer Politik des Friedens:

„In Anbetracht dieser Wirkung der früheren Freundschaft der drei großen östlichen Höfe haben wir nicht bloß die Aussöhnung mit unserem früheren Gegner, sondern auch die Neubegründung der Freundschaft zwischen den jetzigen Dreikaisermächten als unsere Aufgabe betrachtet. Unsere eigenen Beziehungen zu Rußland waren dabei nicht schwierig. Unsere Freundschaft mit Rußland hat in der Zeit unserer Kriege gar keine Unterbrechung erlitten und ist auch heute über jeden Zweifel erhaben. (Hört! hört!) Wir erwarten von Rußland durchaus weder einen Angriff, noch eine feindliche Politik.“

Bismarcks Reichstagsrede zur Rüstungspolitik am 11.01.1887; Nord.Allg.Ztg. v. 12.01.1887

Bismarck war sich der Friedfertigkeit Rußlands sicher und hegte keinen Zweifel gegenüber der Zuneigung des Zaren zu Kaiser Wilhelm I. und seine Worte zeugen von Vertrauen, der Haltung des Zaren gegenüber:

„Der Kaiser Alexander III. von Rußland hat jederzeit Muth seiner Meinung gehabt, und wenn er mit Deutschland in unfreundliche Beziehungen zu treten beabsichtigte, so ist er der Erste, der dies sagen und zu erkennen geben würde. Das Vertrauen kann jeder zu ihm haben, der die Ehre gehabt hat, ihm irgendwie näher zu treten.“

Bismarcks Reichstagsrede zur Rüstungspolitik am 11.01.1887; Nord.Allg.Ztg. v. 12.01.1887

Die Sozialdemokraten, die gegen die Erhöhung der Heeresstärke in der vorgeschlagenen Fassung waren, wollten sich zu einem früheren Zeitpunkt, kriegerisch in die Auseinandersetzungen in Bulgarien einmischen, dessen junger, 22jähriger deutscher Fürst von Battenberg, nach der Unabhängigkeit Bulgariens von der Türkei, für Unruhe mit der Schutzmacht Rußland sorgte:

„Wir werden Händel mit Rußland nicht haben wenn wir nicht bis nach Bulgarien gehen, um sie dort aufzusuchen. (Heiterkeit.) Es ist merkwürdig, daß die Presse der selben Partei, die jetzt der Verstärkung unserer Armee widerspricht, vor wenigen Monaten alles getan hat, um uns in einen Krieg mit Rußland zu verwickeln.“

Für Bismarck stand diese Einmischung und „Händel“ mit Rußland in Bulgarien vollkommen außer Diskussion, denn „die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage.“

Bismarcks Reichstagsrede zur Rüstungspolitik am 11.01.1887; Nord.Allg.Ztg. v. 12.01.1887 –

In der Beziehung zu Frankreich sieht Bismarck ein Problem, trotz allen Bemühungen. Er bezeichnete die Grenze zwischen Frankreich und Deutschland als das Problem, nicht ein neues, sondern im Rückblick ein historisches:

„Das Infragestellen der deutschen Grenze hat angefangen, wenn wir es rein im historischen, pragmatischen Zusammenhang auffassen wollen, mit der Wegnahme der drei Bistümer Metz, Toul und Verdun. Das ist eine vergessene Tatsache, und ich erwähne sie nur des historischen Zusammenhanges wegen. Wir beabsichtigen weder Toul noch Verdun wieder zu erobern, und Metz besitzen wir ja. Aber seitdem hat doch kaum eine Generation in Deutschland gelebt, die nicht genötigt gewesen ist, den Degen gegen Frankreich zu ziehen. Und ist diese Epoche des Grenzkampfes mit der französischen Nation nun heute definitiv abgeschlossen, oder ist sie es nicht? Das können Sie so wenig wissen wie ich. Ich kann nur meine Vermuthung dahin aussprechen, daß sie nicht abgeschlossen ist; es müßten sich der ganze französische Charakter und die ganzen Grenzverhältnisse ändern.“

Bismarcks Reichstagsrede zur Rüstungspolitik am 11.01.1887; Nord.Allg.Ztg. v. 12.01.1887

Für Bismarck ist die Haltung Frankreichs klar: Frankreich ist mit der Grenzziehung nach 1870 nicht einverstanden und wird keine Ruhe geben, bis es revidiert ist. Frankreich sei der Unruheherd und Grund für kriegerische Auseinandersetzungen gegenüber Deutschland in allen vergangenen Epochen gewesen. Und daß sich dieses französische Verhalten ändern würde, gab er sich keiner Hoffnung hin. Er betonte, Frankreich in seinen Wünschen so weit entgegengekommen zu sein, außer der Rheingrenze:

„Frankreich hat unsere Unterstützung und unsere Förderung in jedem seiner Wünsche gehabt, nur nicht in demjenigen, der sich auf eine mehr oder weniger lange Strecke von Rheingrenze richten konnte; weder im Elsaß noch weiter unten können wir das zugeben. Aber wir haben uns redlich bemüht, im Uebrigen Frankreich gefällig zu sein und dasselbe zufriedenzustellen, wie wir können. Wir haben unsererseits ja nicht nur keinen Grund, Frankreich anzugreifen, sondern auch ganz sicher nicht die Absicht. Der Gedanke, einen Krieg zu führen, weil er vielleicht späterhin unvermeidlich ist und späterhin unter ungünstigeren Verhältnissen geführt werden könnte, hat mir immer fern gelegen, und ich habe ihn immer bekämpft. Ich bin dagegen gewesen im Jahre 1867, die Luxemburger Frage aufzunehmen, um den Krieg mit Frankreich zu führen. Luxemburg war gewiß des Krieges mit Frankreich nicht werth“

Bismarcks Reichstagsrede zur Rüstungspolitik am 11.01.1887; Nord.Allg.Ztg. v. 12.01.1887 –

Auf Grund dieser seiner Rede warf man ihm in der englischen Presse vor, er wolle mit Frankreich einen Krieg führen. Doch an keiner Stelle seiner Rede kann auf eine Absicht, mit Frankreich einen Krieg zu beginnen, nicht gesprochen werden. Er sieht es umgekehrt, „daß wir Frankreich niemals angreifen werden. Wenn die Franzosen, so lange mit uns Frieden halten wollen, bis wir sie angreifen, wenn wir dessen sicher wären, dann wäre ja der Frieden für immer gesichert. (Lebhafter Beifall.) Was sollten wir denn von Frankreich erstreben? Sollten wir noch mehr französisches Land annectieren? Ich bin schon – ich muß das aufrichtig sagen – 1871 nicht mehr geneigt gewesen, Metz zu nehmen, ich bin damals für die Sprachgrenze gewesen. Ich habe mich aber bei den militairischen Autoritäten erkundigt, bevor ich mich endgültig entschloß. Es war, wenn Sie mir diese historische Episode verstaten wollen, Herr Thiers, der mir sagte: eins können wir nur geben, entweder Belfort oder Metz; wenn Sie beide haben wollen, dann wollen wir jetzt nicht Frieden schließen.“

Bismarcks Reichstagsrede zur Rüstungspolitik am 11.01.1887; Nord.Allg.Ztg. v. 12.01.1887 –

Dann macht Bismarck einen hypothetischen Vorschlag für die Gegner der Heereserweiterung:

„Also wenn Sie vorziehen, daß wir den Franzosen sagen: Seid doch gut, wir geben Euch Metz, wenn Ihr ferner stille sitzen wollt, - so ist das ungefähr dasselbe, als wenn Sie uns jetzt die Verstärkung der Armee, die wir nach unserem militairischen Urtheil zu gebrauchen glauben, versagen. (Bewegung.) Also ich wiederhole: Wir werden Frankreich nicht angreifen, unter keinen Umständen. Es gibt viele Franzosen, die darauf warten, weil sie lieber einen Verteidigungskrieg als einen Angriffskrieg führen wollen, weil es viele gibt, bei denen der französische Angriff auf Deutschland nicht populair ist.“

Bismarcks Reichstagsrede zur Rüstungspolitik am 11.01.1887; Nord.Allg.Ztg. v. 12.01.1887 –

Reichskanzler Fürst Bismarck betont besonders, daß Deutschland keine Absicht habe, Frankreich anzugreifen. Aber er ist sich sicher, daß Frankreich sich nicht zurückhalten werde, sondern, egal wann, seine Rache für den verlorenen Krieg und die Grenzkorrektur suchen würde:

„Wie die Sachen liegen, kann mich dieses Vertrauen auf die friedlichen Gesinnungen der französischen Regierung, auf die friedlichen Gesinnungen eines großen Theils der französischen Bevölkerung aber nicht bis zum Grade von Sicherheit einwiegen, daß ich sagen könnte: Wir haben einen französischen Krieg gar nicht mehr zu fürchten. Nach meiner Ueberzeugung haben wir ihn zu fürchten durch den Angriff Frankreichs, ob in zehn Tagen oder in zehn Jahren, das ist eine Frage, die ich nicht entscheiden kann, das hängt ganz ab von der Dauer der Regierung, die gerade in Frankreich ist. Es ist an jedem Tage möglich, daß eine französische

Regierung ans Ruder kommt, deren ganze Politik darauf berechnet ist, von dem *feu sacre* zu leben, was jetzt so sorgfältig unter der Asche unterhalten wird.“

Bismarcks Reichstagsrede zur Rüstungspolitik am 11.01.1887; Nord.Allg.Ztg. v. 12.01.1887 –

Bismarck kennt die Einstellung der Franzosen, und er drückt es sehr deutlich aus:

„Ich bin also der Meinung, daß der historische Prozeß, der seit drei Jahrhunderten zwischen uns und Frankreich schwebt, nicht beendet ist, und daß wir darauf vorbereitet sein müssen, ihn von französischer Seite aus fortgesetzt zu sehen. Wir sind gegenwärtig im Besitz des streitigen Objekts, wenn ich das Elsaß als solches bezeichnen soll. Wir haben gar keinen Grund, darum zu kämpfen; daß Frankreich nach dessen Wiedereroberung nicht strebt, kann keiner behaupten, der sich irgendwie um die französische Presse bekümmert. Hat es schon irgend ein französisches Ministerium gegeben, welches hat wagen dürfen öffentlich und bedingungslos zu sagen: wir verzichten auf die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen, wir werden darum nicht Krieg führen, wir acceptiren die Situation des Frankfurter Friedens gerade so, wie wir die Situation des Pariser Friedens im Jahre 1815 acceptirt haben, und wir beabsichtigen keinen Krieg wegen Elsaß zu führen?

Giebt es in Frankreich ein Ministerium, welches den Muth hätte? Nun, warum giebt es das nicht? An Muth fehlt es den Franzosen doch sonst nicht! Es giebt das deshalb nicht, weil die öffentliche Meinung in Frankreich dagegen ist, weil sie gewissermaßen einer mit Dampf bis zur Explosion gefüllten Maschine gleicht, wo ein Funke, eine ungeschickte Bewegung hinreichen kann, um das Ventil in die Luft zu sprengen, und mit anderen Worten einen Krieg herzustellen. Es wird das Feuer so sorgfältig geschürt und gepflegt, daß man die Absicht, es zunächst nicht zu benutzen, nur um es ins Nachbarland hineinzuworfen – in keiner Weise auszusetzen berechtigt ist.“

Bismarcks Reichstagsrede zur Rüstungspolitik am 11.01.1887; Nord.Allg.Ztg. v. 12.01.1887 –

Und im Folgenden gibt er einen Ausblick darüber, wie er die Folgen eines Krieges nur zwischen Deutschland und Frankreich sieht, wäre „.....die einfache Möglichkeit, daß wir und Frankreich uns ohne Bundesgenossen im freien Felde einander gegenüberstehen. Schon wenn der Krieg ausbräche, würde die Kalamität eine große. Bedenken Sie, was allein der ausbrechende Krieg, ganz unabhängig von dem Ausgange desselben, – zu sagen hat!

Unser ganzer Handel zu Lande und zur See, unsere ganzen industriellen Unternehmungen würden sämtlich lahmgelegt sein – ich brauche das wohl nicht zu schildern. Sie haben es selbst erlebt. Diese Kalamität, daß der Krieg ausbrechen könnte, wird vielleicht gefördert, wenn der Krieg leicht erscheint, wird verhindert, wenn der Krieg schwer erscheint. Je stärker wir sind, desto unwahrscheinlicher ist der Krieg. Die Wahrscheinlichkeit eines französischen Angriffs auf uns, die heute nicht vorliegt, tritt ein, wenn unter dem Eintritt einer anderen Regierung, wie die heutige, Frankreich irgend einen Grund hat, zu glauben, daß es uns überlegen sei. Dann, glaube ich, ist der Krieg ganz sicher.“

Bismarcks Reichstagsrede zur Rüstungspolitik am 11.01.1887; Nord.Allg.Ztg. v. 12.01.1887 –

Bismarck traut Frankreich nicht nur einen Krieg zu, sondern er ist sich ganz sicher, daß Frankreich im günstigen Moment einen Krieg beginnen würde:

„Aber wenn die Franzosen glauben, daß entweder ihre Armee zahlreicher ist, daß die Masse ihrer ausgebildeten Soldaten zahlreicher ist, als die der unsrigen, daß ihre Artillerie zahlreicher ist, oder vielleicht, daß ihr Gewehr besser ist – wie es 1870 besser war – oder daß ihr Pulver besser ist, weil sie das richtige Pulver zu einem kleinkalibrigen, schnellschießenden Gewehr früher haben als wir, – das sind alles Sachen, die unter Umständen die Entschließung der französischen Regierung für den Krieg bestimmen können; denn sobald sie glauben, zu siegen, fangen sie den Krieg an. Das ist meine feste, unumstößliche Ueberzeugung“

Bismarcks Reichstagsrede zur Rüstungspolitik am 11.01.1887; Nord.Allg.Ztg. v. 12.01.1887 –

Die Vorwegnahme dessen, was die Versailler „Friedens“-Konferenz als Ergebnis für Deutschland brachte, erwähnt Bismarck bereits 1887 mit einer ausgezeichneten Kenntnis der Franzosen in deren Beziehung zu Deutschland:

„Ich spreche gar nicht von der Geldfrage, obschon die Franzosen so glimpflich mit uns nicht verfahren würden, wie wir mit ihnen verfahren sind; ein so gemäßigter Sieger wie der christliche Deutsche ist in der Welt nicht mehr vorhanden. Wir würden dieselben Franzosen uns gegenüber finden, unter deren Herrschaft wir 1807 bis 1813 gelitten haben, und die uns ausgepreßt haben bis aufs Blut, – wie die Franzosen sagen: *saigner a blanc*, d.h. so lange zur Ader lassen, bis die Blutleere eintritt, damit der niedergeworfene Feind nicht wieder auf die Beine kommt und in den nächsten 30 Jahren nicht wieder an die Möglichkeit denken kann, sich dem Sieger gegenüber zu stellen. Das hätten wir 1870 ebenso gut thun können, wie Napoleon es im Jahre 1807 und später gethan hat. Wenn Sie die Erzählungen der alten Leute aus jener Zeit lesen, wenn Sie, wie ich noch in meiner Kinderzeit, unmittelbar die Erzählungen der Bauern, Landleute und Gutsbesitzer über die Leiden der

Fremdherrschaft im Lande angehört hätten, ich glaube, Sie würden auch ängstlicher sein vor der entferntesten Möglichkeit, daß ähnliche Zustände wieder eintreten könnten.

Aber das Geld ist ja das Wenigste; man würde dafür sorgen, daß das Deutsche Reich so stark nicht bleibt, wie es ist. Man würde, von der Rheingrenze ausgehend, uns vom Rhein soviel abnehmen, wie man könnte; ich glaube nicht, daß man sich mit Elsaß-Lothringen begnügen würde, man würde ein *alterum tantum* dazu verlangen, den Rhein abwärts. Wir würden Schleswig ganz ohne Zweifel an Dänemark verlieren.“

Bismarcks Reichstagsrede zur Rüstungspolitik am 11.01.1887; Nord.Allg.Ztg. v. 12.01.1887 –

Die Rede Bismarcks im Reichstag zeigt seine profunde Kenntnis des Feindes im Westen, den er damals richtig einschätzte. Der Versailler-Vertrag 1919 und die folgenden Jahre der teilweisen Besetzung des Westens Deutschlands durch Franzosen und Belgier bestätigen die prophetischen Worte Bismarcks.

Bismarck sah in England keine Gefahr wie in Frankreich, obwohl die deutsche Konkurrenz für England schon 1887 deutlich zu spüren war und es von der Insel entsprechende Äußerungen gab. In seiner Rede vor dem Reichstag schließt er Probleme in Bezug auf die Heereserweiterung mit England und Italien aus:

„...ich spreche von Italien und England gar nicht, weil gar kein Grund vorliegt, daß wir für beide Regierungen und sie für uns gegenseitig nicht das größte Wohlwollen haben sollten. Unsere Beziehungen zu den beiden sind derart, daß ich sie hier nicht mit in Betracht ziehe bei der Vermehrung unserer Streitkräfte,- sie sind in jeder Hinsicht freundschaftlich.“

Bismarcks Reichstagsrede zur Rüstungspolitik am 11.01.1887; Nord.Allg.Ztg. v. 12.01.1887 –

Da Bismarck bestrebt war, mit England positive Beziehungen aufzubauen, vermeidet er hier die offenkundigen englischen Aversionen gegen Deutschland anzusprechen. Über die italienische Haltung war er sich im Klaren, die eher zur englischen, denn zur deutschen Seite tendierte, da Italien Englands Wohlwollen benötigte für seine Kolonialpolitik in der Mittelmeerregion.

Marinerüstung Deutschlands und der Entente 1887

Um Bismarcks Rede zu ergänzen, werfen wir einen Blick auf die Rüstung in Europa 1887, was folgende Zahlen zeigen, „für die Marineausgaben Großbritanniens, Frankreichs, Rußlands und Deutschlands wie folgt:

(Beträge in engl. Pfund)

England	12.375.000
Frankreich	8.452.000
Rußland	4.352.000
und Deutschland	4.179.000“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.72

Die Zahlen von 1887 sprechen eine deutliche Sprache, wer mit welchen Beträgen sein Militär aufrüstet – England an der Spitze der Rüstungsausgaben, und hier nur für die Marine, die es rund um den Globus einsetzte, zur Sicherung seiner weltweiten Kolonien und seines Handels.

★

★

★

Tod Kaiser Wilhelm I. – Dreikaiserjahr 1888

König Friedrich Wilhelm IV., geboren, am 15. Oktober 1795 in Potsdam, gestorben am 2. Januar 1861 in Potsdam.

Friedrich Wilhelm IV. war Sohn von König Friedrich Wilhelm III. von Preußen, der am 3. August 1770 in Potsdam geboren wurde und am 7. Juni 1840 in Berlin starb.

Da Friedrich Wilhelm IV. kinderlos starb, wurde sein zwei Jahre jüngerer Bruder Wilhelm, geboren am 22. März 1797, 1861 sein Nachfolger als König von Preußen, dessen Aufgaben er stellvertretend bereits seit 1857, nach einem Schlaganfall seines Bruders Friedrich Wilhelm, ausübte, und die Regentschaft ab 7. Oktober 1858 übernahm. Als Prinzregent nahm er Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen (1811 – 1885) als Ministerpräsidenten von Preußen, dessen Sohn Leopold die Thronkandidatur Spaniens 1870 erlangte und aus Rücksichtnahme, keinen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland zu verursachen, wieder ablehnte, was Frankreich aber nicht davon abhielt, Deutschland trotzdem den Krieg zu erklären. (s.o.)

Kaiser Wilhelm I. Deutscher Kaiser und König von Preußen , Wilhelm Friedrich Ludwig von Preußen, 22.03.1797 – 9.03.1888, aus dem Hause Hohenzollern

Kaiser Wilhelm I. war der zweite Sohn von König Friedrich Wilhelm III. von Preußen.

Am 18. Oktober 1861 krönte sich Wilhelm I. in Königsberg zum König von Preußen. 1862 ernannte er den Diplomaten Bismarck zum Ministerpräsidenten von Preußen.

Kaiser Wilhelm I. stirbt am 9. März 1888 nicht überraschend, da er bereits seit langer Zeit leidend war; am 16. März wird er im Schloßpark Charlottenburg beigesetzt. Sein Nachfolger wurde sein Sohn

Kaiser Friedrich III. Deutscher Kaiser und König von Preußen, Friedrich Wilhelm Nikolaus Karl von Preußen, 18.10.1831 – 15.06.1888, aus dem Hause Hohenzollern

Nach dem Tod seines Vaters, Kaiser Wilhelm I., übernimmt sein Sohn als Friedrich III. den Kaiserthron und gleichzeitig die Königswürde von Preußen. Zu diesem Zeitpunkt litt er bereits seit über einem Jahr an Kehlkopfkrebs und stirbt nach 99 Tagen Regentschaft. Sein Sohn übernimmt als

Kaiser Wilhelm II., Friedrich Wilhelm Viktor Albert von Preußen, geboren am 27. Januar 1859 in Berlin, gestorben am 4. Juni 1941 im Exil in Doorn,

den deutschen Kaiserthron und die preußische Königswürde.

* * *

Zum Tode Kaiser Wilhelm I. berichtete die Presse:

Presse - Berliner Börsen-Zeitung – Nr. 119 – Sonnabend, den 10. März 1888 – S.1

Der Kaiser, der Kaiser gestorben!

Weit thut euch auf, ihr goldenen Thore der Walhalla! Odin selbst komme, von den edelsten der Deutschen Helden begleitet, um den neuen Gast zu begrüßen, während in Ehrfurcht die Walkürjen ihm den Wein kredenzen.

Presse - Königlich privilegierte Berlinische Zeitung – Nr. 121 - Sonnabend, den 10. März 1888 –S.1

Wie aber König Wilhelm seiner weltgeschichtlichen Aufgabe genügt hat, - hundert Siege sind dessen Zeugniß. Wie er den nationalen Geist zu entfachen und zu befruchten wußte, - die Einheit der Nation vom Fels zum Meer, die Festigkeit des Reiches beweisen es. Und auch nachdem der in Krieg und Frieden erprobte Fürst die Kaiserkrone auf sein Haupt gesetzt, war er seinem Programm vom 7. Januar 1861 treu geblieben:

„Es ist Preußens Bestimmung, nicht dem Genuß der erworbenen Güter zu leben. In der Anspannung seiner geistigen und sittlichen Kräfte, in dem Ernst und der Aufrichtigkeit seiner religiösen Gesinnung, in der Vereinigung von Gehorsam und Freiheit, in der Stärkung seiner Wehrkraft liegen die Bedingungen seiner Macht. Nur so vermag es seinen Rang unter den Staaten Europas zu behaupten.“

Und aus der französischen Presse eine Stimme in derselben Zeitung:

Paris, 10. März. „Republ. franc.“ schreibt: „Der eben verschiedene Greis war unser unerbittlicher Feind, seine Größe war aus unserer Zermalmung geschritten, war das französische Blut, vergossen in zwanzig Schlachten, die für ihn zwanzig Siege waren. Aber angesichts dieses sich öffnenden Grabes und noch nicht erstarrten Leichnams, welches Wort könnte zugleich des Siegers und Besiegten würdig sein? Schweigen wir, gebieten wir unserem Herzen, betrachten wir ruhigen Auges den deutschen Leichenpomp des deutschen Cäsars. Er steigt nicht allein in die Gruft hinab, etwas von seinem Reiche steigt mit ihm hinab.“

★

★

★

Die Franzosen halten sich dezent zurück mit ihren Haß-Äußerungen, sehen aber die Nachfolge des Enkels, Wilhelm II. problematisch, da er so jung::

Presse - National-Zeitung – Nr. 163 - Sonnabend, den 10. März 1888 – S.2

Frankreich. Paris, 9.März.„Soleil“ schreibt: „Der Eintritt des Todes Kaisers Wilhelm vor dem Tode des Kronprinzen wirft alle Berechnungen über den Haufen, da vorauszusehen ist, daß der neue Kaiser nicht genau dieselbe Politik verfolgen werde wie sein Vater. Die deutsche Einheit würde weit mehr bedroht sein, wenn die Kaiserkrone von Großvater sofort auf den Enkel übergegangen wäre; denn die alten Dynastien Deutschlands beugten sich ohne Zögern vor dem greisen Kaiser, sie werden das Ansehen eines sechzigjährigen Mannes, welcher alle respekteinflößenden Eigenschaften besitzt, nicht anfechten, aber sie würden ungeduldig das Joch eines 28 jährigen jungen Mannes ertragen haben. Die Uebertragung der Gewalt werde sich also leicht vollziehen, und wenn der neue Kaiser selbst nur kurze Zeit regiere, so werde seine vorübergehende Herrschaft der Dynastie Hohenzollern, dem Deutschen Reich und vielleicht Europa einen Dienste erwiesen haben, da der junge Kaiser sich unter anderen Umständen vielleicht in Abenteuer gestürzt haben würde um Ansehen zu erlangen.“

In der „Autorite“ erklärt Cassagnac: Wir haben die Pflicht, von allem nationalen Haß absehend, den erhabenen Greis zu beklagen, der in seinem Familiengefühl so grausam getroffen wurde: dieser Kaiser war kein gewöhnlicher Geist; der Sieg berauschte ihn nicht.

Fürst Bismarck geht

1888 übernimmt Kaiser Wilhelm II., 29 jährig, von seinem Vater die Kaiserwürde Deutschlands und die Königswürde Preußens. Der 73jährige Bismarck und der junge Kaiser haben ihre Probleme miteinander, die schließlich zum Ende der Kanzlerschaft Bismarcks führt.

1890 trennt sich Kaiser Wilhelm II., 31. Jahre alt, von seinem Reichskanzler Fürst Bismarck (1815 – 1898), der zu diesem Zeitpunkt 75 Jahre alt war. Zwei Generationen, die nicht miteinander konnten, der über 70 jährige, mit fester, erprobter Haltung, gewohnt unabhängig zu walten und zu schalten, wie er es für gut und richtig hielt, kann nicht mit dem jungen, ideenreichen Kaiser auskommen und muß schließlich sein Amt als Reichskanzler, das er 28 Jahre ausübte, verlassen. Bismarck kann sich nicht damit abfinden und bekämpft in der Folge pressemäßig und politisch den Kurs des Kaisers und seines Nachfolgers im Amte des Reichskanzlers, Caprivi, und schenkt sich nichts dabei.

Kaiser Wilhelm II. hatte nach Übernahme der Herrschaft Ideen, wie er Deutschland vorwärts bringen könne durch wirtschaftliche Entwicklung:

„Meliorationen, Kanalbauten, Chaussee-Anlagen, Waldwirtschaft, Hebung aller Arten der Verkehrsverbindungen, Wohnungsverbesserung, Einführung der Maschinen in die Landwirtschaft und deren genossenschaftliche Entwicklung waren Fragen, die mich (als Prinz Wilhelm) auch später andauernd beschäftigt haben; in ganz besonderem Maße der Wasserbau und die Entwicklung des Eisenbahnnetzes, zumal in dem sehr vernachlässigten Osten.“

Wilhelm II. - Ereignisse und Gestalten 1878-1918; Leipzig/ Berlin 1922, S.27

Aber Wilhelm hatte nicht an Bismarck gedacht, der sich in allen Angelegenheiten das letzte Wort vorbehielt – das war seine Arbeitsweise unter Wilhelm I., und dies praktizierte er auch unter seinem Enkel, Wilhelm II.. Alles stand unter dem Einfluß Bismarcks und Wilhelm II. hatte so gut wie keine Chance, seine Ideen gegen Bismarck zu realisieren, was sich darin zeigte, „daß die Minister, ganz in Bismarcks Hand befindlich, sich zu ‚Neuerungen‘ oder Ideen des ‚jungen Herrn‘, die Bismarck ablehnte, nicht bekennen konnten. Das Ministerium war in der Tat ausschließlich ein Instrument in Bismarcks Hand und handelte nur nach seinem Befehl. Dieser Zustand war an sich natürlich, denn ein so überragender Ministerpräsident, der für Preußen und Deutschland so große politische Erfolge errungen hatte, beherrschte eben sein Ministerium und leitete es

autoritativ. Ich befand mich dadurch aber in einer schwierigen Lage, denn bei meinen Anregungen wurden mir die typischen Antworten zuteil: ‚Das will der Fürst Bismarck nicht; das ist nicht bei ihm zu erreichen; das würde Kaiser Wilhelm I. nicht verlangt haben; das verstößt gegen die Tradition‘ usw. Ich erkannte mehr und mehr, daß ich eigentlich kein Staatsministerium zur Verfügung hatte, sondern daß sich die Herren – aus langer alter Gewohnheit – als die Beamten des Fürsten Bismarck ansahen.“

Wilhelm II. - Ereignisse und Gestalten 1878-1918; Leipzig/ Berlin 1922, S.28

Bismarck herrschte und der Kaiser durfte zuschauen, was aber nicht im Sinne des Kaisers war. In mehreren Situationen zeigte sich, daß Bismarck nicht gewillt war, auf die Initiativen Wilhelm II. einzugehen, sondern gezielt, subversiv gegen diese vorging und auch nicht davor zurückschreckte, den Kaiser öffentlich zu demütigen, was folgendes Beispiel zeigt: Der Kaiser ließ den Staatsrat zusammenrufen um über eine Frage des Arbeitsverhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu diskutieren, da in diesem Bereich einiges im Argen lag. Der Widerstand des Kanzlers wurde vorhergesagt. Der Staatsrat trat unter dem Vorsitz des Kaisers zusammen, als in der Eröffnungssitzung der Kanzler unerwartet erschien:

„Er hielt eine Ansprache, in der er das ganze von mir ins Werk gesetzte Unternehmen mit Ironie kritisierte und mißbilligte und seine Mitwirkung versagte. Dann verließ er den Saal.

Nach dem Fortgang des Kanzlers stand die Versammlung unter dem Eindruck dieser eigenartigen Szene. Die Wucht und Rücksichtslosigkeit, mit der der große Kanzler für seine und gegen meine Politik eintrat, weil er von der Richtigkeit seiner Auffassung durchdrungen war, machte auf mich und alle Anwesenden einen imponierenden Eindruck. Trotzdem mußte mich der Vorfall tief verletzen. Die Versammlung nahm dann ihre Arbeit wieder auf und lieferte reiches Material zur Weiterbildung der von Kaiser Wilhelm dem Großen ins Leben gerufenen sozialen Gesetzgebung, die den Stolz Deutschlands bildet und eine Fürsorge für das arbeitende Volk darstellt, wie sie in keinem Lande der Welt zu finden ist.

Daraufhin beschloß ich, einen allgemeinen Sozialkongreß einzuberufen. Auch dem widersetzte sich Bismarck. Der schweizerische Gesandte Roth erfuhr von meiner Absicht und empfahl die Einstellung der Einladungen nach Bern und die Annahme einer solchen nach Berlin. Das aus ihm resultierende Material ist zu Gesetzen verarbeitet und ausgenutzt worden, allerdings nur in Deutschland.“

Wilhelm II. - Ereignisse und Gestalten 1878-1918; Leipzig/ Berlin 1922, S.30

Bismarck boykottierte ganz offen den Kaiser, und machte ihn lächerlich vor versammelter Mannschaft. Ein Unding!

Die Gegensätze zwischen Kaiser und Kanzler nehmen krasse Formen an. Bismarck will „die Sozialisten im Falle revolutionärer Betätigung durch Kanon und Bajonette ... bekämpfen“, - nicht im Sinne Wilhelms (was aber moderne „Historiker“ dem Kaiser in den Mund legen).

Wilhelm II. - Ereignisse und Gestalten 1878-1918; Leipzig/ Berlin 1922, S.31

Der Kaiser versuchte Bismarck davon zu überzeugen, daß er nicht seine „ersten Regierungsjahre mit dem Blut meiner eigenen Landeskinder beflecken könne. Bismarck blieb dabei und erklärte, er werde das auf seine Kappe nehmen, ich sollte ihm die Sache nur überlassen. Ich erwiderte, daß ich das mit meinem Gewissen und meiner Verantwortung vor Gott nicht vereinbaren könnte, um so weniger, als ich genau wüßte, daß die Arbeiterwelt in einer schlechten Lage sei, die unbedingt gebessert werden müßte.“

Wilhelm II. - Ereignisse und Gestalten 1878-1918; Leipzig/ Berlin 1922, S.31

Die Gegensätze des altgedienten Kanzlers und des ideenreichen Kaisers waren mit der Zeit unüberbrückbar. Kaiser Wilhelm schreibt: „Der Gegensatz der Anschauungen des Kaisers und des Kanzlers über die soziale Frage, d.h. die Förderung des Wohles der Arbeiterbevölkerung unter Anteilnahme des Staates, ist der eigentliche Grund zum Bruche zwischen uns gewesen und hat mir die Feindschaft Bismarcks und damit die eines großen Teiles des ihm ergebenen deutschen Volkes und besonders des Beamtentums auf Jahre hinaus eingetragen.

Dieser Gegensatz zwischen dem Kanzler und mir entstand durch seine Meinung, daß die soziale Frage mit scharfen Maßregeln und eventuell mit der Truppe gelöst werden könne, nicht aber mit Grundsätzen allgemeiner Menschenliebe oder Humanitätsduselei, die er bei mir annehmen zu müssen glaubte. Bismarck war ein viel zu großer Staatsmann, um die Wichtigkeit der Arbeiterfrage für den Staat zu verkennen. Er faßte diese ganze Angelegenheit aber rein vom staatlichen Zweckmäßigkeitsstandpunkte auf. Der Staat sollte für den Arbeiter sorgen, soweit und wie dies der Regierung gut schien. Von einer Mitwirkung der Arbeiter bei diesem Werke war kaum die Rede. Verhetzungen und Auflehnungen sollten scharf, nötigenfalls mit Waffengewalt, unterdrückt werden. Fürsorge auf der einen, die Panzerfaust auf der anderen Seite, das war Bismarcksche Sozialpolitik.“

Wilhelm II. - Ereignisse und Gestalten 1878-1918; Leipzig/ Berlin 1922, S.32

Bismarck wollte seine Ziel, wenn nötig, auch mit Waffengewalt erreichen, was Kaiser Wilhelm weit von sich wies. Der Kaiser handelte nach dem Wahlspruch der Hohenzollern: „Suum cuique“ – Jedem das Seine und er sah den Gegensatz im Spruch der Sozialdemokraten: „Allen dasselbe“.

Wilhelm II. - Ereignisse und Gestalten 1878-1918; Leipzig/ Berlin 1922, S.34

Bessere Sozialgesetzgebung wie in England

Durch sein Wirken wollte Wilhelm den Sozialisten den Wind aus den Segeln nehmen. Bei dem Besuch einer englischen Kommission, die „Industriegebiete, Fabriken, Wohltätigkeitsanlagen, Heilstätten der Versicherungsgesellschaften usw.“ besichtigten, auch in Begleitung des Sozialisten Bebel, „waren überrascht von allem, was sie sahen. Bei dem Abschiedsmahl, das ihnen gegeben wurde, wandte sich der englische Führer der Arbeiterdeputationen an Bebel mit der Schlußbemerkung: ‚Nach dem, was wir alles gesehen haben, was in Deutschland für die Arbeiterwelt geschieht, frage ich Sie: da sind Sie auch noch Sozialist?!‘ Einem Gewährsmann gegenüber bemerkten die Engländer, wenn es ihnen gelänge, nach langen Kämpfen in ihrem Parlament den zehnten Teil von dem durchzusetzen, was in Deutschland schon seit Jahren für die Arbeiter geschähe, dann würden sie sehr zufrieden sein.“

Wilhelm II. - Ereignisse und Gestalten 1878-1918; Leipzig/ Berlin 1922, S.34

Der Engländer resümiert: „Weder König noch Parlament besaßen das Gewissen oder die Zeit oder Lust, sich mit der Hebung der Arbeiterklasse zu beschäftigen.“

Wilhelm II. - Ereignisse und Gestalten 1878-1918; Leipzig/ Berlin 1922, S.34

Der Kaiser zieht die Schlußfolgerung aus dem, was der Brite zur Sozialpolitik in England im Vergleich zu Deutschland bemerkte: „Die „Einkreisungspolitik“ zur Vernichtung Deutschlands, vor allem seiner Industrie und damit seiner Arbeiterbevölkerung, war ihnen viel wichtiger und lohnender. Am 9. November 1918 schlossen sich die radikalen deutschen Sozialistenführer mit ihrer gleichgearteten Gefolgschaft diesem britischen Vernichtungswerk an.“

Wilhelm II. - Ereignisse und Gestalten 1878-1918; Leipzig/ Berlin 1922, S.36

Das Problem der Sozialisten war, daß es in deren Augen nie genug war, solange ihr Spruch „Allen dasselbe“ nicht Realität wurde, was ihnen aber auch nicht durch ihre mißlungene Revolution 1918 gelang. Den Stand der Entwicklungen auf technischem, sozialem, wissenschaftlichem, künstlerischem e.a. Bereich der wilhelminischen Zeit konnte nach dem Versailler Diktat und der Ausraubung Deutschlands durch die Alliierten, und die „sozialistische“ Politik der Ebert-Scheidemann und SPD Regierungen zwischen 1918 und 1933, und nach 1945 nicht wieder erreicht werden.

Reichskanzler Caprivi – Bismarcks Nachfolger

Fürst Bismarcks Nachfolger im Amte des Reichskanzlers wurde 1890 Graf Georg Leo von Caprivi de Caprera de Montecuccoli (1831 – 1899), General und ehemaliger Marinechef.

Frankreich ging, egal wo und wie, immer seinen Weg, egal ob Rechte anderer im Wege standen oder nicht – mit Ausnahme bei England. Frankreich ignorierte in Kamerun deutsche Rechte und das zuständige Amt für die Kolonien fragte nach Vorgehen gegen Frankreichs Verhalten und um „Entsendung einer Expedition“, was der Reichskanzler Caprivi am 19. September 1892 ablehnte mit der Begründung:

„Solange wir die Abrechnung über Elsaß-Lothringen noch vor uns haben, werden wir gut tun, Situationen zu vermeiden, die, um fragwürdigen kolonialen Besitzes wegen, zu Verwickelungen mit Frankreich führen können, bei denen die Stellung unserer Bundesgenossen und vollends Englands mindestens ungewiß wäre. Kommt es zum Kriege am Rhein, so entscheidet dessen Erfolg über die Kolonien mit; siegen wir, so werden wir die Auswahl haben, werden wir geschlagen, so ist es mit unserer Kolonialpolitik überhaupt zu Ende. Sehr viel wird bei dem Zukunftskriege auf die *mise en scene* ankommen, ich wüßte aber kaum eine unglücklichere, wie wenn der Schauplatz des ersten Aktes Adamaua wäre. Daraus folgere ich, daß es auch im vorliegenden Falle gut sein wird, Händel mit Frankreich zu vermeiden, auf die letzten Mittel der großen Politik nicht zu rechnen, und unsere Ziele mit unseren zurzeit verfügbaren kolonialen Mitteln in Einklang zu halten. Ich bitte also unsere Ansprüche in Afrika Frankreich gegenüber auf diplomatischem Wege so gut zu wahren, als es, ohne einen Konflikt zu provozieren, möglich sein wird.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.34

Caprivi sieht die Kolonialpolitik zweitrangig, solange der schwelende Konflikt mit Frankreich um Elsaß-Lothringen nicht gelöst sei. Auch er sagt, wie Bismarck schon in seiner Reichstagsrede 1887 betonte, daß die Kolonien bei einem Kriege mit Frankreich, bei dem man die Haltung Englands nicht einschätzen könne, völlige Nebensache seien, wenn dieser Krieg, der auf jeden Fall kommen würde, für Deutschland negativ ausfiele, die

„Kolonialpolitik überhaupt zu Ende“ sei. Die deutsche Politik war sich im Klaren über die Haltung Frankreichs: Rache und Revanche für den verlorenen Krieg unter Napoleon III.

Der deutsche Botschafter in Paris, Graf Münster, berichtete am 12. Februar 1894, daß Frankreich auf Rußland schaue und: „Wenn Rußland den Krieg nicht will, beginnt ihn Frankreich nicht.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.35

Bereits 1894 sind sich Rußland und Frankreich in ihren Zielen und dem gemeinsamen Vorgehen einig.

Der deutsche Wille, in Frieden mit Frankreich zu leben, wurde von Kaiser Wilhelm II. und der deutschen Regierung bei vielen Gelegenheiten bewiesen. Eine Geste des Kaisers, im Rahmen der Beisetzung des ermordeten Präsidenten Carnot, die in Paris für großes Erstaunen und positive Bezeugungen sorgte, war die Freilassung zweier französischer Marineoffiziere, die wegen Spionage in Kiel verhaftet worden waren.

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.35

Die Beziehungen zu Rußland waren entspannter Natur ohne Bündnisse, was man in Rußland bedauerte. Dagegen waren die russisch-österreichischen Beziehungen angespannter, was sich an der Zusammenziehung russischer Truppen an der österreichischen Grenze zeigte. Man betonte russischerseits, „daß man in Rußland den Krieg fürchte und nur deshalb Truppen nach dem Westen schiebe, um gegen überraschende Angriffe gesichert zu sein. Daß man aber in Wien gar nicht daran dachte, auf kriegerische Abenteuer auszugehen, zeigt ein Bericht des Botschafters Prinzen Heinrich VII. Reuß vom 9. Februar 1892 mit Deutlichkeit. Deutscherseits sah man die Zustände in Rußland als gefahrdrohend an, zumal in den inneren Verhältnissen völlige Verwirrung herrschte.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.37f

Doch bei allem Freundlichen, war man sich der Situation Rußlands in Deutschland bewußt, die mit Frankreich im Verbund gefährlich erschien. Im Februar 1892 hielt sich in Rußland das Gerücht, „Deutschland arbeite auf einen Krieg gegen Rußland hin.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.37f

Für Rußland ist der Dreibund gegen das Zarenreich gerichtet, was Zar Alexander III. durch die Militärvorlage vom 23. November 1892 bestätigt sieht. Bei der Vorstellung des neuen deutschen Botschafters in Petersburg, von Werder – auf Wunsch des Zaren, den ihm Wilhelm II. gerne ermöglichte – fragte der Zar ihn, „wie es mit der Militärvorlage stände. Der Zar sprach sich über diese Vorlage, die auch den Übergang zur zweijährigen Dienstzeit in sich schloß, ganz objektiv aus, schloß aber die Unterhaltung mit dem Botschafter doch damit ab, daß er sagte, er sehe sehr schwarz und glaube, das zwanzigste Jahrhundert werde uns große Katastrophen bringen.“

Der Zar ist sich, seinen Worten nach, sicher, daß es einen Krieg in der Zukunft in Europa geben werde.

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.40

Militärvorlage am 23. November 1892 im Reichstag

Die Militärvorlage vom 23. November 1892, die den Zaren sehr interessierte, wurde vom Reichskanzlers Graf v. Caprivi mit einer Rede im Reichstag begründet. Caprivi geht sehr eindrucksvoll auf die europäische, politische Situation ein, von einem „Krieg in Sicht“ könne keine Rede sein. Er zeichnet dann die möglichen Szenarien eines Präventivkrieges gegen Frankreich mit den unvermeidlichen Folgen, betont aber, daß Deutschland keinen Krieg wolle, niemals einen Präventivkrieg führen werde.

Ausgehend vom Ausbruch des Kriege 1870 und der Emser Depesche, die er im Detail bespricht, da es im Vorfeld der Militärvorlage darüber wiederholt Diskussionen gab, will er klar stellen, daß Deutschland diesen Krieg 1870 nicht provozierte, sondern ein Vorgehen Frankreichs gewesen sei.

Reichstagsrede Reichskanzler Caprivi

Reichskanzler Caprivi geht in seiner Rede 1892 von der Saturiertheit Deutschlands aus, und er führt dazu aus, „wir haben nach dem Jahre 1870 das, was wir gewünscht haben, und wir haben kein anderes Ziel, als den Besitzstand, den der Frankfurter Frieden gegeben hat, zu erhalten. Es ist ein durchaus treffendes Wort Sr. Majestät des Kaisers gewesen, das er bei der Übernahme von Helgoland sprach, daß dies das letzte Stück deutscher Erde gewesen ist, nach dem unser Sinnen stand. Dies letzte Stück haben wir bekommen. Wir haben nichts von anderem mehr zu wünschen, nichts zu begehren.“

Die Reden des Grafen Caprivi im Deutschen Reichstage etc., 1883-1893, Berlin 1894, S.247

In einem Präventivkrieg müßte man sich die Frage stellen, ob es dazu führen könnte, eine „längere Periode des Friedens“ zu erlangen, was er bei dem über Generationen gezeigten Verhalten der Franzosen

bezweifelt. Weiter sei die militärische Stärke Frankreichs enorm gewachsen und auch, wenn Deutschland es gelingen würde, Frankreich zu besiegen, kommt er zu dem Schluß, „daß selbst nach einem glücklichen Abschlusse eines prophylaktischen Krieges der Zustand, in den wir versetzt werden würden, ungleich ungünstiger wäre, als der gegenwärtige.“

Die Reden des Grafen Caprivi im Deutschen Reichstage etc., 1883-1893, Berlin 1894, S.249

Im weiteren Verlauf seiner Rede vor dem Reichstag geht er ausführlich auf die „Emser Depesche“ ein, Bezug nehmend auf die Situation mit Frankreich, die nach wie vor aktuell war, ein Zeitungsartikel, der auch heutzutage noch als Grund für den Ausbruch des französisch-deutschen Krieges 1870 gehalten wird. Da diese Ausführung eine klare Darstellung dieser „Emser Depesche“ (siehe auch oben) ist, bringe ich den Redeausschnitt wörtlich:

„Die Emser Depesche“ und der deren Bedeutung in Bezug auf das Militär

„Ich komme von hier auf eine Bewegung, die die Gemüter jetzt vielfach erregt hat dadurch, daß in Bezug auf den Beginn des Krieges 1870/71 Publikationen und Äußerungen stattgefunden haben, die geeignet sind, das öffentliche Urteil zu verwirren. Man hat die Behauptung aufgestellt, Deutschland und in erster Linie Fürst Bismarck habe durch gewisse Manipulationen – man ist selbst bis zum Ausdruck „Fälschungen“ gegangen, die in einer Depesche vorgenommen wären – fälschlich den Glauben erregt, daß Frankreich uns zum Kriege provoziert habe, während faktisch wir und zunächst der Fürst Bismarck der Provozierende gewesen seien. Die ausländische Presse hat daran einen Entrüstungssturm geknüpft, der, wenn man diesen Zeitungen glaubt, die Überzeugung zurücklassen mußte, daß alles, was wir seit 22 Jahren geglaubt haben, eitel Lug und Trug gewesen wäre. Dem ist nicht so. Ich bin in der Lage, auf Grund aktenmäßigen Materials den Beweis zu führen, erstens, daß Deutschland Frankreich nicht provoziert hat, zweitens, daß der Fürst Bismarck Depeschen nicht gefälscht hat, und drittens, daß, was von einigen Journalen behauptet, angedeutet worden ist, weil sie sich einen Vers aus der Sache nicht machen konnten, daß der alte Kaiser Wilhelm zu versöhnlich gewesen sei oder vielleicht in dem Verkehr mit den Franzosen den Accent nicht getroffen habe, der dem berechtigten Bewußtsein der deutschen Nation entsprach, falsch ist.

Ich rufe ins Gedächtnis zurück, daß der hochselige Kaiser Wilhelm sich am 13. Juli 1870 in Ems befand, daß er da auf der Morgenpromenade von dem französischen Botschafter Grafen von Benedetti angedredet wurde, daß der König ihm eine abweisende Antwort gab, daß der Graf Benedetti den Versuch, sich dem König zu nähern, wiederholte, und der König seinen Flügeladjutanten schickte und sagen ließ, daß, wenn er nochmals eine Audienz nachsuchte, um auf die Sache zurückzukommen, der König sie ihm nicht gewähren würde. Die Erzählung dieser Dinge ist niedergelegt in einem Promemoria, das der Flügeladjutant Prinz Anton Radziwill am Abend des 13. Juli aufgezeichnet hat. Dieses Promemoria ist erst am 17. Juli in Berlin eingegangen, wie das Präsentat in den Akten ergibt, nicht telegraphisch, sondern am 17. Juli, also nach der Rückkehr des Königs. Die erste Depesche, die aus Ems am 13. Juli an den Fürsten Bismarck ergangen ist, also die sogenannte echte Depesche, die bisher nie publiziert worden ist, ist von dem Wirklichen Geh. Legationsrat Abeken verfaßt. Sie ist aufgegeben am 13. Juli 1870, 3 Uhr 50 Minuten nachmittags in Ems, und angekommen in Berlin 6 Uhr 9 Minuten nachmittags. Die Entzifferung lautet: „Seine Majestät der König schreibt mir: Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisieren, sofort zu telegraphieren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn zuletzt etwas ernst zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte, und da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsehe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei.“

Es bezieht sich dies darauf, daß Benedetti dem König gesagt hat, er wisse aus Madrid über Paris, daß die Hohenzollernsche Kandidatur zurückgezogen sei. Um die Zeit, als Benedetti das dem König sagte, hatte der König noch keine Nachricht darüber.

Nun fährt Herr Abeken fort: „Seine Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten (des alten Fürsten von Hohenzollern) bekommen. Da Seine Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe, mit Rücksicht auf die obige Zumutung, auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag, beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen zu lassen, daß Seine Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe. Seine Majestät stellt Eurer Excellenz (das ist der damalige Bundeskanzler Graf Bismarck) anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unseren Gesandten als in der Presse mitgeteilt werden sollte“.

Das ist geschehen. Die Depesche, die Graf Bismarck einem Beamten diktiert hat, lautet:

Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der Kaiserlich französischen Regierung von der Königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienste sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe.

Also nachdem Seine Majestät der König Wilhelm dem Kanzler anheimgegeben hat, diese zwei Dinge mitzuteilen, führt der Graf Bismarck diesen Auftrag aus und erläßt am 13. Juli 11 Uhr 15 Minuten abends die Depesche, die ich eben vorgelesen habe und die, wenn man sie der anderen gegenüberstellt, sich lediglich als eine Ausführung der Königlichen Anheimgabe charakterisiert. Es kann hier von einer Fälschung keine Rede sein; der Bundeskanzler führt aus, was der Monarch ihm aufgetragen hat, und führt das vollkommen korrekt aus .

Um nun aber der Insinuation, als sei der hochselige Kaiser Wilhelm nicht der Mann gewesen, der selbst für seine Ansichten eingetreten wäre, entgegenzutreten, will ich noch einen zweiten Beweis liefern, einen Beweis von demselben Tage. Nach der Unterhaltung mit Benedetti bekam der König Wilhelm ein Schreiben von dem damaligen Gesandten Herrn von Werther aus Paris vom 12. Juli, in welchem Herr von Werther eine Unterhaltung schildert, die er mit französischen Ministern gehabt hat, und die auch darauf hinauskommt, daß man sich mit der hohenzollernschen Entsagung auf den spanischen Thron nicht zufrieden geben könne, sondern noch einen weitem Schritt verlange. Es ist hier ein eigenhändiges Billet des Kaisers Wilhelm an Herrn Abeken in den Akten enthalten von demselben 13. Juli: Es ist doch notwendig an Werther zu chiffrieren, daß ich indigniert sei über die Grammont - Ollivier'sche Zumutung und mir das Weitere vorbehalte.“

Die Reden des Grafen Caprivi im Deutschen Reichstage etc., 1883-1893, Berlin 1894, S.249-252

Caprivi ergänzt seine Ausführungen mit einer englischen und russischen Reaktion auf die „Emser Depesche“:

„Graf Bernstorff, deutscher Botschafter damals in London berichtet: „Lord Lyons telegraphiert von gestern abend, daß die französische Regierung mit dem Rücktritt des Prinzen von Hohenzollern nicht befriedigt sei und heute in einem Konseil über weitere Beschlüsse beraten werde. Er habe stark remonstriert. Lord Granville hat zugleich zurücktelegraphiert, um den Botschafter anzuweisen, noch vor dem Konseil bestimmt zu erklären, daß Frankreich befriedigt sein müsse. Herr Gladstone, der mir dies eben vertraulich sagt, ist der Meinung, daß wir bis an die äußerste Grenze der Versöhnlichkeit gegangen sind, und Frankreich im flagrantesten Unrecht sein würde, wenn es trotzdem den Krieg anfinge.

Bernstorff.“

Die Reden des Grafen Caprivi im Deutschen Reichstage etc., 1883-1893, Berlin 1894, S.252-253

Über die russische Seite wird eine Stellungnahme des russischen Kanzlers Gortschakoff, der sich damals in Berlin aufhielt, gesagt: „Der Kanzler Fürst Gortschakoff war damals in Berlin; zugleich war unser Gesandter in Petersburg, Prinz Reuß, in Berlin. Prinz Reuß zeichnet auf :

Berlin , den 13. Juli 1870 , 6 Uhr abends. Fürst Gortschakoff hat soeben in meiner Gegenwart ein Telegramm an Okuniew und Brunnow (Russische Vertreter in Paris und London.) diktiert folgenden Inhalts (in deutscher Übersetzung): Wir begreifen nicht, daß nach der freiwilligen und vollständigen Verzichtleistung des Erbprinzen von Hohenzollern die französische Regierung den preußisch-französischen Zwischenfall nicht als erledigt ansieht, im Interesse des Friedens, den Frankreich, wie man uns versichert , will.“

Die Reden des Grafen Caprivi im Deutschen Reichstage etc., 1883-1893, Berlin 1894, S.253

Nach diesen beiden Reaktionen auf Frankreichs Haltung, führt Reichskanzler Caprivi weiter aus: „Ich halte hiernach für erwiesen, daß, nachdem die Kandidatur Hohenzollern zurückgezogen war, nicht allein in Deutschland, sondern auch außerhalb Deutschlands die Ansicht die herrschende war, daß nunmehr für Frankreich kein Grund vorläge, mehr zu verlangen. Wenn Frankreich trotzdem mehr verlangte, so konnte es nur entweder den Krieg oder die Demütigung Deutschlands wollen. Daß es das nicht erreicht hat, verdankt es den Männern, die damals an der Spitze Preußens standen. Es wäre aber auch nach meinem Dafürhalten für Deutschland nie möglich gewesen, eine Demütigung, wie sie Frankreich uns zumutete, hinzunehmen.“

Die Reden des Grafen Caprivi im Deutschen Reichstage etc., 1883-1893, Berlin 1894, S.253

Den Bezug zum Krieg 1870 mit Frankreich ist als Argument für die Verstärkung der Wehrkraft Deutschlands zu verstehen, daß die geforderten Mittel für das Militär notwendig „nur zu unserer Selbstverteidigung“ seien. Auch Caprivi traut den Franzosen zu, so wie Bismarck, jederzeit wieder einen Krieg vom Zaun zu brechen, und er resümiert: „Auch nach einer anderen Richtung sind diese Depeschen doch wohl lehrreich, wenn sie uns ins Gedächtnis zurückrufen, daß wir ohne jeden äußeren Anlaß, nachdem wir bis an die

äußerste Grenze des Möglichen entgegengekommen sind, von Frankreich mit Krieg überzogen wurden. Was geschehen ist, kann wiederum geschehen; und es liegt in diesem Verhalten eine Mahnung für uns, auf unserer Hut zu sein und nicht die Hände in den Schoß zu legen. Das lehrt uns ohnehin die Entwicklung, die die Dinge seit dem Jahre 1870 in Europa genommen haben. Wir haben Elsaß-Lothringen in Deutschland einverleibt. Die deutschen Fürsten und ganz Deutschland haben das einstimmig nicht allein als eine Sühne für den Krieg, sondern auch als eine Folge der jahrhundertelangen Geschichte der Grenzhändel, die diese ursprünglich deutschen Lande uns genommen hatten, angesehen. Aber auch wenn wir Elsaß-Lothringen nicht genommen hätten, würde der französische Revanchegedanke derselbe sein.“

Die Reden des Grafen Caprivi im Deutschen Reichstage etc., 1883-1893, Berlin 1894, S.254

Man kennt Frankreich und die Franzosen – egal ob Deutschland Elsaß-Lothringen zurückgenommen hätte oder nicht, „la Grande Nation“ hätte auch ohne dies nach diesem verlorenen Krieg „Rache und Revanche“ geschrien.

Die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland 1890

Die Beziehung zu Rußland macht Reichskanzler Caprivi am Zaren Alexander III. aus, der „durch seine hochherzige und friedliche Gesinnung einer der stärksten Faktoren für die Erhaltung des Friedens in Europa“ sei. Die Einschränkung folgt aber auf dem Fuße, da die Stimmung in der Gesellschaft eine immer stärker werdende antideutsche geworden sei und mit deren „Verstimmung“ man rechnen müsse, „wie mit einer elementaren Kraft, sie wirkt mit der Sicherheit eines Naturgesetzes. Und wenn wir auch die Hoffnung nicht aufgeben können, daß sie einmal rückläufig werden wird, so ist bis jetzt doch davon keine Spur vorhanden.“ Die russische Rüstung erkennt er als sicher, und „zielbewußt hat die russische Regierung uns gegenüber ihre Grenzen von Kowno an über Grodno längs der Narew und Weichsel immer mehr befestigt. Zielbewußt hat die russische Regierung ihre Kavalleriemassen an unsere Grenzen gelegt; wahrscheinlich wird sie sich nicht dem Glauben hingeben, damit wesentliche militärische Resultate zu erreichen; sie wird aber hoffen, daß es ihr gelingt, auf diesem Wege unsere Mobilmachung zu stören.“

Die Reden des Grafen Caprivi im Deutschen Reichstage etc., 1883-1893, Berlin 1894, S.254-256

Durch das gute Verhältnis von Wilhelm II. und Alexander III. sieht er keinen aktuellen realen Kriegsgrund, wobei er zu bedenken gibt, daß „auch das kann wiederum geschehen; es kann der jetzt regierende Kaiser von Rußland in eine Lage kommen, wo es ihm als dem Souverän eines großen Staates nicht anders möglich ist, als zum Kriege zu schreiten.“

Die Reden des Grafen Caprivi im Deutschen Reichstage etc., 1883-1893, Berlin 1894, S.256-257

Das gute Verhältnis der beiden Herrscher sei kein Garant für die Zukunft ohne Krieg. Dem setzt er hinzu, daß die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland nicht einfach von Deutschland nicht erneuert wurde, sondern, sagt Caprivi: „Wir haben alle Sorgfalt darauf verwendet, diesen Draht zu erhalten; wir wünschen nur nicht, daß er uns den Strom aus denjenigen Leitungen nimmt, die uns mit Österreich-Ungarn und Italien verbinden.“

Die Reden des Grafen Caprivi im Deutschen Reichstage etc., 1883-1893, Berlin 1894, S.256-257

Der Rückversicherungsvertrag mit Rußland führte nach Kenntnisnahme in Österreich zu Verstimmungen. Österreich war aber als Bündnispartner in einer möglichen Zweifronten-Situation notwendig. Denn auch wenn es keine offizielle Bestätigung gab, so wird angenommen, daß „zwischen Rußland und Frankreich eine innere Annäherung stattgefunden hat, und nicht erst, seitdem die jetzige Regierung am Ruder ist. Die Anfänge dieser Annäherung werden auf die siebziger Jahre zurückdatiert, nur ist sie mit der Zeit immer sichtbarer hervorgetreten; sie ist so sehr hervorgetreten, daß es wohl möglich war, ihre Symptome, wie Kronstadt und andere unbedeutendere Ereignisse, so auszulegen, als wenn in der That ein festes Bündnis zwischen Rußland und Frankreich existiert.“

Die Reden des Grafen Caprivi im Deutschen Reichstage etc., 1883-1893, Berlin 1894, S.257

Caprivi zitiert eine französische Zeitung zu dem französisch-russischen Verhältnis, die dies in einem Artikel mit „Flirt ou Alliance“ überschrieb, und Caprivi dies zu dem Schluß führt – im Sinne des Militärbudgets: „zwei Liebende spielen mit Feuer, sie zünden von Zeit zu Zeit Freudenfeuer an, deren Funken über unsern Hof fliegen, und wir haben allen Anlaß, unser Löschgerät instandzuhalten und, wenn es uns nicht vollständig genug scheint, es zu ergänzen. Wir können gegenüber einer Annäherung von Frankreich an Rußland weder Elsaß-Lothringen aufgeben noch unsere Beziehungen zu Österreich-Ungarn und zu Italien preisgeben. Wir wollen weder Frankreich noch Rußland angreifen; wir wollen aber für den Fall, daß diese beiden Staaten sich mehr einander nähern sollten, alle Mittel aufbieten, die uns zur Verfügung stehen, um einen etwaigen Angriff zurückweisen zu können.“

Die Reden des Grafen Caprivi im Deutschen Reichstage etc., 1883-1893, Berlin 1894, S.257-258

Auch mit den Verbündeten ist man sich einig in der Frage eines möglichen Zweifrontenkrieges. Denn „wenn Rußland die Neigung haben sollte, uns mit Krieg zu überziehen, das Bündnis von Frankreich ihm jeden Tag zur Verfügung steht. Ob, wenn Frankreich uns angriffe, ein russischer Angriff eben so sicher und mit derselben Schnelligkeit zu erwarten wäre, das will ich dahingestellt sein lassen. Immerhin aber würde das Dasein von Rußland uns nötigen, an unserer Grenze Kräfte stehen zu lassen, die dem, was wir gegen Frankreich aufzubieten haben, abgehen würden. Daß wir dem Kriege mit zwei Fronten nicht gewachsen sind, ist ziemlich allgemein anerkannt worden; man hat aber gesagt: ja, wenn wir einen Krieg mit zwei Fronten führen sollen, so werden wir niemals stark genug werden, um nach beiden Seiten zu schlagen.“

Die Reden des Grafen Caprivi im Deutschen Reichstage etc., 1883-1893, Berlin 1894, S.258

Caprivi zieht die selbe Schlußfolgerung aus der militärischen Lage mit Rußland und Frankreich wie Bismarck, daß, egal wer gegen Deutschland kämpfen sollte, Ost oder West, Deutschland es immer mit beiden zu tun haben würde und Deutschland nicht imstande wäre, beiden Stand zu halten, mit einer überwältigenden Stärke, der wir nicht gewachsen sein würden.

Der Reichskanzler sieht die Notwendigkeit der Aufrüstung – die von der Opposition, den Sozialdemokraten, als eine im Sinne des Militarismus geplante Aktion und nicht nötig sei – aus dem eindeutigen Grunde: „Da wir jetzt nicht glauben, vor einem nahen Kriege zu stehen, da wir aber doch auf der andern Seite glauben, mit einem Kriege rechnen zu müssen“

Die Reden des Grafen Caprivi im Deutschen Reichstage etc., 1883-1893, Berlin 1894, S.261

Niemand in Deutschland möchte einen Krieg, da man sich den Folgen genau bewußt ist und man alles vermeidet, einen solchen, warum auch immer, vom Zaune zu brechen, wenn man ihn verhindern könnte. Was sich u.a. in den beiden Marokko-Krisen zeigte. Die Opposition aber blockierte eine gezielte starke militärische Abwehr, wo sie nur konnte. Und Reichskanzler Caprivi greift noch einmal, wie Bismarck, zur Vorstellung, was einer deutschen Niederlage in einem Kriege blühen würde, deren Sieger nicht das gemäßigte deutsche Verhalten von 1871 an den Tag legen würden:

„Wir haben den Krieg, als wir selber Sieger waren, von einer milderen Seite kennen gelernt, und ich glaube, wir halten zu sehr an der Vorstellung fest, daß auch ein künftiger Krieg so mild verlaufen würde, wenn wir die Geschlagenen wären. Das wäre ein schwerer Irrtum. Wir würden dann mit Milliarden bezahlen müssen, was wir heute an Millionen ausgeben. Ein Blatt, das der äußersten Linken angehört, gefällt sich darin, fast täglich von dem Moloch des Militarismus zu sprechen, der uns nachgerade aufzehrt. Weshalb werden denn diese Ausgaben gemacht? Doch nur, um jeden einzelnen Deutschen in seiner Existenz zu sichern. Jeder, auch der ärmste, kann noch geschöpft werden, und auch der ärmste würde von einem siegreichen Feinde zu Diensten herangezogen werden können, die ihm nicht angenehm sind. – Es würden sich die Folgen einer Niederlage auf alle Gebiete unseres Lebens ausdehnen. Unser Handel und Wandel ist national geworden und hat nationalen Aufschwung genommen. Wenn wir eine Niederlage im nächsten Kriege erleiden, würde von dem Schutze unseres überseeischen Handels und unseres Exports, wenn wir dann überhaupt noch in der Lage sein sollten, zu exportieren, gar keine Rede sein. Wir sind zu national geworden, um heutzutage, wenn wir eine Niederlage erlitten, noch viel von deutscher Kunst, von deutscher Wissenschaft erwarten zu können..... Uns würde das Herz brechen, wenn wir das erlebten, und ich behaupte: deutsche Wissenschaft und deutsche Kunst geht ihrem Verfall entgegen, wenn wir geschlagen werden. Wir müssen uns klar darüber werden, daß wir einen Kampf ums Dasein zu führen haben, – einen Kampf ums Dasein, politisch, materiell und kulturell. Wir müssen uns klar darüber werden, daß es unsere Pflicht ist, alles zu thun, was wir zu thun imstande sind, diesen Kampf zu bestehen. Der Ausfall der Deutschen würde durch keine andere Nation ersetzt werden können.“

Die Reden des Grafen Caprivi im Deutschen Reichstage etc., 1883-1893, Berlin 1894, S.268-269

Caprivi appelliert an die Pflicht, die die Deutschen ihren Nachfahren gegenüber haben:

„**Wir haben die Pflicht, Deutschland zu erhalten auch für die kommende Generation;** wir müssen der kommenden Generation das Werkzeug zurechtstellen, mit dem sie das, was sie ererbt hat, noch einmal wird gewinnen können und gewinnen müssen, um es zu besitzen; wir würden bittere und berechtigte Vorwürfe des kommenden Geschlechts auf uns laden, wenn wir etwas versäumten, was imstande wäre, das Glück zu erhalten, das wir zum ersten Male empfunden und kennen gelernt haben, das Glück: Bürger eines einigen Deutschlands zu sein.“

Und er beendet seine Rede mit dem pathetischen Worte: „Lieb Vaterland, kannst ruhig sein!“

Die Reden des Grafen Caprivi im Deutschen Reichstage etc., 1883-1893, Berlin 1894, S.269-270

Der Rückversicherungsvertrag mit Rußland, abgeschlossen von Fürst Bismarck, sollte 1890 verlängert werden auf Wunsch Rußlands. Zu diesem Zwecke erschien der russische Botschafter am 19. März 1890. Er, Graf Schuwalow, russischer Botschafter in Berlin, „habe gleich am Tage seiner Rückkehr von Petersburg, am 17. März, sofort den Fürsten Bismarck aufgesucht, um ihm diese Eröffnung zu machen, dabei aber von dem

bevorstehenden Rücktritte des Fürsten erfahren und seine Anerbietungen daraufhin zurückgezogen. Bei der Entlassung des Fürsten würde der Zar auf die Verlängerung des Geheimvertrages verzichten, da eine so geheime Angelegenheit mit einem neuen Reichskanzler nicht verhandelt werden könne.“

Diese „Kaiser Wilhelm II. durch den Grafen Herbert v. Bismarck, Sohn des Fürsten, gemachte Meldung stimmt mit dem vom Grafen Schuwalow nach Petersburg über diese Unterredung erstatteten Berichte nicht überein. Graf Schuwalow hatte nur erklärt, angesichts der bevorstehenden Entlassung des Fürsten Bismarck erst Weisungen von seiner Regierung einholen zu müssen.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.3

„Am 20. März ließ Kaiser Wilhelm II. ihn – Graf Schuwalow – bitten, zu ihm zu kommen, und teilte ihm mit, daß er sich in der traurigen Notwendigkeit befinde, sich vom Kanzler zu trennen. Er habe nicht geglaubt, daß dieser Augenblick so nahe wäre, aber der Fürst leide seit einigen Wochen an einer derartigen Überreizung der Nerven, daß man in jedem Augenblick auf eine schwere Erkrankung gefaßt sein müsse. Abgesehen von einigen Meinungsverschiedenheiten in der inneren Politik beständen für diese Trennung keine politischen Gründe; nur aus Gesundheitsrücksichten gebe ihm der Kaiser seine Freiheit. In den Beziehungen zu Rußland solle nichts geändert werden“.

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.4

Der Rückversicherungsvertrag wurde auf Betreiben des Rates v. Holstein nicht erneuert, auch der Einwand, „.....in Anbetracht der herabgeminderten Ansprüche Rußlands etwas Schriftliches zu vereinbaren, welches, selbst wenn es einmal bekannt werden sollte, nicht gegen uns verwertet werden könnte, und uns doch die Neutralität Rußlands mindestens für die ersten Wochen eines französischen Angriffskrieges sichern würde“ – half nicht weiter, die Erneuerung des Rückversicherungsvertrages wurde abgelehnt.

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.6

Auch Caprivi habe erklärt, den Rückversicherungsvertrag mit Rußland „schon in Rücksicht auf Österreich nicht mehr erneuern zu können, da die darin enthaltene Spitze gegen Österreich bei seinem kaum vermeidbaren Bekanntwerden in Wien zu recht unangenehme Konsequenzen zu führen geeignet sei.“ Und er habe „seinen Hauptwert damals schon verloren, da die Russen doch nicht mehr mit dem Herzen dahinter standen.“

Kaiser Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Leipzig/ Berlin 1922, S.45

Das traurige Spiel von Vater und Sohn Bismarck sollte man in dieser Angelegenheit sehen: der beleidigte Vater Bismarck intrigiert – nicht das erste und letzte Mal – mit seinem Sohn, dem sich später der Rat Holstein nach seiner Entlassung anschließt, gegen den Kaiser und die Regierung, letztlich gegen Deutschland, durch eine Aktion des Fürsten Bismarck mit einem Artikel in den „Hamburger Nachrichten“ vom 24. Oktober 1896, „der von geheimen, 1890 nicht erneuerten Abmachungen sprach und im In- und Auslande großes Aufsehen hervorrief. Besonders in Österreich-Ungarn zeigte sich große Erregung in der Presse, die von den Enthüllungen eine Lockerung des Dreibundes befürchtete. Die deutsche Regierung geriet in eine peinliche Verlegenheit Kaiser Wilhelm II. wünschte in seiner Empörung über das Verhalten des Fürsten Bismarck sofort ein Telegramm an den Kaiser von Österreich zu senden und darin auszusprechen, daß durch die jetzigen Vorgänge der Kaiser sowohl wie die Welt in dem Verständnis bekräftigt werde, warum der Kaiser 1890 den Fürsten Bismarck entlassen habe. Die österreichische Regierung betonte ihr volles Vertrauen zu Deutschland, und Kaiser Franz Joseph richtete in gleichem Sinne ein herzliches Telegramm an den Deutschen Kaiser.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.8

Eine unerfreuliche Aktion des „großen“ Bismarck, der die beleidigte „Leberwurst“ fast bis zu seinem Tode spielte, wegen seiner Entlassung durch Kaiser Wilhelm II., was sich fortsetzte in gelegentlichen Presseäußerungen Bismarcks gegen die kaiserliche Politik. So wurde sein Nachfolger im Amte, Caprivi, als ein „Mann ohne Ar und Halm“ bezeichnet. Diese Art der Auseinandersetzung, hinter der Bismarck stand, steigerte sich so, „daß Fürst Bismarck, unter Fallenlassen seiner früheren Grundsätze, sich an dem Kampf gegen seinen Nachfolger mit der ihm innewohnenden Energie beteiligte. So begann die Fronde der Konservativen gegen Regierung und Krone, und der Fürst säte persönlich die Saat, aus der später der ‚mißverständene Bismarck‘ und die so oft in der Presse angeführte ‚Reichsverdrossenheit‘ erwuchs. Der ‚mißverständene Bismarck‘ hat meine ganze Regierungszeit hindurch in Zitaten, Wort und Schrift, sowie durch passive Resistenz und gedankenlose Kritik meinen Anregungen und Zielen permanent Widerstand geschaffen. Alles, was geschah, wurde von der sich dem Fürsten bereitwillig zur Verfügung stellenden und sich oft noch bismärckischer als Bismarck selbst gebärdenden Presse schlecht gemacht, lächerlich gefunden und unterschiedslos in Grund und Boden kritisiert.“

Kaiser Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Leipzig/ Berlin 1922, S.45

Bismarcks Verhalten hat nach seinem Abgang nichts mehr mit seinen großen Verdiensten für Deutschland zu tun, im Gegenteil, er präsentiert sich als das „enfant terrible“ im Hintergrund der deutschen Politik.

Rußland wird durch einen von England wohl eingefädelten Krieg mit Japan (1904-1905), den Deutschland 1902, trotz Drängen und Neutralitätsversprechungen der Engländer, ablehnte, „unschädlich“ gemacht und auf seinen Platz hinter England gedrängt.

Englands „balance of power“ war / ist eine einfache Sache. Sie beginnt 1588 mit dem Untergang der Spanischen Flotte, wird durch Napoleon in Frage gestellt, worauf es England gelingt, Frankreich auf seinen Platz zu „verweisen“. Die Vormachtstellung Englands auch im Bereich der Kolonien läßt die Briten zum „Weltherrscher“ werden, der darauf achtet, daß ihm keiner in die Quere kommt. Und Deutschland war nach der Reichsgründung für Englands Weltstellung wohl keine Gefahr, aber zu schnell und zu weit wirtschaftlich nach vorne strebend. Die wirtschaftliche Expansion Deutschlands einzuschränken - dafür bestand für England kein legitimes Recht.

Die Krüger-Depesche - Winter 1895/ 1896

Die Regierung in Transvaal befürchtete große Unruhen durch eine englische Partei aus Johannesburg, deren Anführer Jameson mit einer Truppe die Burenrepublik bedrohte. Der Anführer konnte gefangengenommen werden. Die Ereignisse überstürzten sich, aber England und Deutschland verhielten sich zurückhaltend. Die Deutschen hatten 1885 Handelsrechte mit der Burenrepublik abgeschlossen, deren Unabhängigkeit „durch die Klausel eingeschränkt worden“ war, „daß sie ohne Zustimmung Englands keine Verträge mit dritten Staaten abschließen durfte“.

Der Jameson-Einfall in die kleine Republik hatte in Deutschland Aufsehen erregt.

In einer Besprechung mit dem Reichskanzler erschien der Staatssekretär Freiherr Marschall mit dem Entwurf eines Telegramms an Krüger, daß der Kaiser ablehnte, da er die Reaktion Englands voraussah, von denen die Herren des Auswärtigen Amtes in völliger Unkenntnis waren. Der Reichskanzler bemerkte, der Kaiser dürfe sich nicht in Gegensatz zu seinen Ratgebern stellen. Das Telegramm enthielt den Glückwunsch, „daß es dem Burenvolke ‚in eigener Tatkraft‘ und ‚ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren‘ gelungen sei, die Unabhängigkeit ihres Landes gegen Angriffe von außen zu bewahren.“

Der neue Kurs, Otto Hammann, Berlin 1918, S.180ff

In das Telegramm konnte man interpretieren, daß Deutschland, wenn man es angerufen hätte, militärische Unterstützung geleistet haben würde. Der Reichskanzler Graf Hohenlohe bestand auf die Formulierung und die Absendung, deren Folgen der Kaiser absah, aber schließlich dem Drängen des Kanzlers nachgab und das Telegramm unterzeichnete und man am 3. Januar 1896 abschickte.

Die Reaktion in England entsprach dem, was der Kaiser vorhergesehen hatte: die Empörung in der Presse war ohne gleichen. Otto Hammann sieht diese Reaktion in England als den „Druck auf den Knopf, der nur so explosiv wirken konnte, wenn die Batterie vollgeladen war.“ Und: „Lange verhaltene feindselige Kräfte wurden frei. Schon vor der Krüger-Depesche war bei verschiedenen zerstreuten Gelegenheiten eine starke Verstimmung des englischen Volkes sichtbar geworden, deren tiefe Ursache in den Erfolgen des deutschen Wettbewerbes gegen den englischen auf dem Weltmarkte lag. Immer deutlicher stellte sich heraus, daß das englische Markenschutzgesetz, das für alle nach England eingeführten oder auf englischen Schiffen nach den Kolonien verfrachteten deutschen Waren die Bezeichnung „Made in Germany“ vorschrieb, ganz gegen seine Absicht den Absatz deutscher Erzeugnisse nicht erschwerte, sondern förderte.“

Der neue Kurs, Otto Hammann, Berlin 1918, S.180ff

Der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands verstärkte die Reaktion auf die „Krüger-Depesche“, die es unter normalen Umständen nicht Wert gewesen wäre, sie als Funke am Pulver zu sehen. Hammann zitiert dazu einen Graf Reventlow mit den Worten „Die Krüger-Depesche kann aber nur als äußerer Anlaß, nicht als seine Ursache angesehen werden.“

Der neue Kurs, Otto Hammann, Berlin 1918, S.180ff

Die Vertreibung aus dem Paradies

Zu Beginn des Krieges 1914 war alle Welt, außer Deutschland, der Überzeugung, und hegte auch niemand sonst Zweifel an dieser Aussage, daß Deutschland ganz allein schuldig an dieser Katastrophe des Weltkrieges sei. „Diese Theorie war im Wesentlichen die Doktrin, daß das Deutschland von Kaiser Wilhelm II., Kanzler von Bethmann-Hollweg und Admiral von Tirpitz allein für die große Rüstungskatastrophe verantwortlich war. Die Triple Entente und die verbündeten Nationen, die nichts anderes als Frieden wollten, waren von einer Macht, die sich seit langem gegen die bestehende Ordnung der Menschheit verschworen hatte und sich seit langem auf ihre Eroberung und Unterwerfung vorbereitete, schikaniert, bedroht, eingeschüchtert und schließlich offen angegriffen worden!“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, Vorwort

Neilson bemerkt weiter: „Deutschland war eine schuldige Macht, die die Unschuld der großen Demokratien (seltsamerweise einschließlich des zaristischen Rußlands) angegriffen hatte! Der Kaiser war der Satan, der gegen Gott und seine Engel im Himmel der modernen Zivilisation Krieg führte! Diese Vorstellung war natürlich ein Teil der Propaganda, die für die ordnungsgemäße Durchführung des großen Konflikts notwendig war. Sie war zum Teil eine ehrliche Täuschung, die zum einen durch die Propaganda selbst und zum anderen durch die Rationalisierung hervorgerufen wurde, die jedem Kampf um Leben und Tod eigen ist. Im Grunde war es ein Ausdruck der uralten menschlichen Gewohnheit, uns selbst im Recht und unsere Feinde und sogar Freunde im Unrecht zu sehen, wenn wir miteinander streiten. In jedem Fall war es ein fester Eindruck, der sich in den Köpfen der Menschen festgesetzt hatte wie Zement in einer Grundmauer.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, Vorwort

England sieht sich von Deutschlands Wirtschaftshandeln bedroht, wie man es in den Zeilen „Made in Germany“ nachvollziehen kann, manch ein Angelsachse spricht schon vom „Pangermanismus“. andere wiederum von der Vertreibung unserer Nachbarn aus dem Paradies, wie Max Scheler, Philosoph und Soziologe es ausdrückt:

„Es gab schon lange vor dem Kriege für die Gesamtheit unserer Feinde so etwas wie ein Paradies, aus dem sie die neue Entwicklung Deutschlands, aus dem sie an erster Stelle die Maße und die Normen, welche der moderne deutsche führende Menschentypus, wie er sich insbesondere seit 1879 entwickelte, wie er sie in seiner Arbeit und Tat aufstellte und in alle Fernen trug, zu vertreiben drohte. Dieses Paradies sah für die verschiedenen Völker freilich inhaltlich ganz verschieden aus. Es war für unsere östlichen Nachbarn mehr Träumen, Sinnen, Fühlen, Beten und stilles Sichbeugen unter das Joch des Schicksals, aber auch Schnapsdrinken, durch das Leben romantisch schlendern, gesetz- und ordnungslos derbes Genießen und dann wieder heftig bereuen und sich prostratisch zu Boden werfen.“

Die Ursachen des Deutschenhasses, Max Scheler Leipzig 1917, S.60ff

Und jetzt kommt Deutschland mit Ehrgeiz und neuen Ideen und stört die paradiesische Idylle, in der die Rangfolge klar geregelt, der Gewinn gut kalkuliert, alles seinen gewohnten Gang nahm. Und weiter:

„Es war für die Engländer nach alter sieggewohnter Art leicht und in der Art alter vornehmer Kaufherrschaften kaufen und verkaufen, stolz auf die altbewährte Warenform, ohne Anpassung an den Kundenbedarf des Weltmarktes, ohne zu große Sorge nach Fortschritten in rationeller wissenschaftlich geleiteter Technik, ohne anderes ‚System‘, als das, das die empirische Bewährung der Geschichte langsam wie von selbst geschaffen, es war aber auch das Leben breit, hell und voll zu genießen in Sport, Wette, Spiel, Landleben, Reisen, Freitag abends schon die Wochenarbeit abzuschließen und auf den Sportplatz zu fahren, den Sonntag absolut streng zu halten – alles dies aber zu tun im selbstverständlichen Gefühle einer Art göttlichen Lage und Geographie der Insel mitgegründeten Auserwähltheit zum Herrn der Meere, eines vorsehungsmäßigen Berufes, nicht als Glied Europas, sondern als eine ganz Europa, ja der ganzen übrigen Welt gleichwertige Macht, die außereuropäischen Völker zu lenken, zu leiten und ihr politischer Schiedsrichter zu sein.“

Die Ursachen des Deutschenhasses, Max Scheler Leipzig 1917, S.60ff

Dieser unmögliche, hinter den Ohren noch feuchte, wirtschaftliche Neuling, paßt sich an die Kundenwünsche an, liefert wie gewünscht, mischt sich in die Handelskette und stört die altgewohnten Handelstraditionen.

„Und das selbe Paradies hieß für Frankreich steigender Finanzreichtum bei wenig Kindern, Rentnerdasein nach 20 – 30 jähriger Arbeit, großes Kolonialreich, Zeit und edle Muße zu Luxus, Geist, Form, empfindungsreichen Abenteuern mit den schönen Frauen, hieß alte Gloire des ‚Führers der Menschheit‘ ohne neues, der neuen industriellen Arbeitswelt entsprechendes Erarbeiten und Verdienen dieser Gloire (z.B. auch im Besitzgefühl von Soldatenkolonien ohne wirtschaftliche Ausbeutung und nur zum Dienst für den Armeebedarf.) Wie immer aber das Paradies hieß und aussah, welche besonderen Züge es gemäß dem verschiedenen Ethos und Geschmack der Nationen und dem altüberlieferten Lebensstil ihrer vorbildlichen

Gruppen an sich trug: die Völker hingen an ihm in glutvoller altererbter Besitzesfreude und gleichzeitig mit steigender Angst es zu verlieren.“

(Max Scheler, 1874 – 1928; Philosoph, Soziologe)

Die Ursachen des Deutschenhasses, Max Scheler Leipzig 1917, S.60ff

Und diese „paradiesischen Zustände“ haben die Deutschen mit ihrer „Arbeitswut“ und ihrem „Erfindungsgeist“, ihrer „unmenschlichen“ Arbeitszeit, ge- und zerstört. Kein Wunder, sollte man meinen, daß unsere Nachbarn „sauer“ auf uns waren, wir haben ihren „Seelenfrieden“ gestört.

Ein Franzose, vor dem Kriege gefragt, „warum die Deutschen so allseitig in der Welt gehaßt wurden, antwortete er, das könne man in drei Worten sagen. Diese Worte hießen: ‚Ils travaillent trop.‘“ – Sie arbeiten zu viel.

Die Ursachen des Deutschenhasses, Max Scheler Leipzig 1917, S.64

Englands Aufforderung an Deutschland, sich in Siam zu engagieren

Frankreich und England hatten im Juli 1893 Meinungsverschiedenheiten in Siam, beide hatten unterschiedliche Interessen und England versuchte Deutschland in den Konflikt hineinzuziehen, man sich aber dezent zurückhielt. Der Konflikt weitete sich aus, so daß Königin Victoria Wilhelm II., der sich vom 27. Juli bis 8. August 1893 auf der Regattawoche in Cowes befand, benachrichtigte, mit der Intention, daß Deutschland in dem englisch-französischen Konflikt aktiv werde.

Reichskanzler Caprivi bemerkte zu dieser Situation: „Für uns ist der wünschenswerteste Beginn des nächsten großen Krieges, wenn der erste Schuß von Bord eines englischen Schiffes fällt. Wir haben dann die Sicherheit, die Tripel- zu einer Quadrupel-Allianz erweitern zu können. Wir müssen es vermeiden, Italien allein vorzuschicken; das holt sich Schläge, und nachher haben wir es um so schwerer. Also: erst England unwiderruflich engagieren, dann aber auch — je nach dem Rußland mitspielt oder nicht — alle Dreibundmächte oder Italien mit Deutschland auftreten lassen. Das ist das militärisch Richtige, und danach muß diplomatisch agiert werden.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.56

Caprivi als Mann des Militärs, sieht die Lage so, daß wenn England den ersten Schuß abgäbe, man gewillt sei einzusteigen in die Auseinandersetzung im Sinne der Erweiterung der Triple-Allianz mit England. Aber die beiden Kontrahenten konnten sich einigen und es blieb ein bitterer Nachgeschmack dieser Angelegenheit, was zu einem starken Mißtrauen gegen England führte. Man wollte Deutschland in eine Auseinandersetzung ziehen, die einen größeren Krieg zur Folge gehabt hätte.

„Ein grundlegendes Schreiben des Staatssekretärs Frhrn. v. Marschall an den Grafen Hatzfeldt vom 2. August 1893 belehrt uns darüber, daß man in Berlin ernstlich befürchtete, die englische Regierung denke nicht daran, bei der Verteidigung englischer Interessen selber mitzuwirken; daß sie vielmehr nur den Augenblick herbeisehne, wo der Dreibund allein „per procura“ diese Verteidigung übernehme. Graf Hatzfeldt wollte versuchen, die maßgebenden englischen Staatsmänner von der Notwendigkeit zu überzeugen, bei herannahender Kriegsgefahr sich rechtzeitig durch eine bindende Abmachung zu sichern.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.56

Englands Absicht war anscheinend, Deutschland und den Dreibund in einen Krieg gegen Frankreich zu schicken, was unweigerlich den Eingriff der Russen zu Gunsten Frankreichs bewirkt hätte. Aber dieses Treiben Englands, welches das politische Verhältnis Deutschlands und Englands arg trübte, sollte noch einen Zuschlag erhalten durch deutsche Zeitungen, die „unter dem Einflusse und der Leitung des Fürsten Bismarck stehenden Blätter, in denen England der Vorwurf einer selbstsüchtigen Politik gemacht wurde. ‚Der Schaden,‘ berichtete Hatzfeldt am 19. September 1893, der durch jene Erörterungen in der Presse angerichtet wird, ist um so bedauerlicher, als die hiesige öffentliche Meinung sich infolge der aggressiven Politik Frankreichs in der letzten Zeit immer mehr mit dem Gedanken befreundet hatte, in der Anlehnung an das befreundete Deutschland und seine Bundesgenossen ein Gegengewicht gegen die von Frankreich drohenden Gefahren zu suchen.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.57

Staatssekretär Frh. v. Marschall sah diese ganze englisch-französische Auseinandersetzung zusammenfassend am 24. Oktober 1893: „Was wir während der letzten acht Wochen von englischem Tun wahrnahmen,...., ist geeignet, uns in derjenigen Vorsicht zu bestärken, die schon bisher Pflicht war einer Politik gegenüber, welche nicht Verbündete, sondern Blitzableiter sucht.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.57

Die Heuchelei der Engländer, das Charakteristikum des Albion.

Ein Beispiel für Differenzen zwischen Deutschlands und Englands Konflikte in der Kolonialpolitik, war das englische Verhalten, wenn es deutsche Interessen blockierte und verhinderte, so wie in Südwestafrika oder deutsche Interessen auf Samoa 1894. Oder im Kongo, als die Briten mit Belgien Vereinbarungen schlossen, die die Interessen Deutschlands als Anrainer des Kongo direkt betrafen. Deutschland verschärfte seine Haltung gegenüber England um seine Rechte zu wahren, wodurch eine Einigung erzielt werden konnte. Deutschland bezeichnete das Verhalten Großbritanniens als „Aggressivpolitik“.

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.70-71

„Made in Germany“

Die Engländer waren stolz auf ihren Jahrhunderte alten Fortschritt, der ihnen Wohlstand und Reichtum brachte. Und jetzt hieß es auf einmal: „In allen unseren Industrien findet man eine stetige Verlangsamung: es ist Deutschland, das jetzt den ‚wunderbaren Fortschritt‘ macht. England machte den seinen, als es die Weltmärkte beherrschte.“

Made in Germany, E.E. Williams, London 1896, S.5

Die Deutschen bremsen die Wirtschaft der Engländer durch ihren effektiveren Handel aus. Der Engländer Williams beschreibt deutsche Kolonialmaßnahmen in seinem Buch „Made in Germany“ (und, wie es anscheinend in Großbritannien üblich war, nannte er Deutschland „Vaterland“):

„Zwischen dem Vaterland und den transmarinen Besitzungen werden Dampferlinien eingerichtet und ausgebaut, die neben der Beförderung von Kolonisten und Ladungen den deutschen Einfluß bereits an Orten spürbar gemacht haben, wo Deutschland noch vor wenigen Jahren fast unbekannt war. Der Telegraphen- und Postdienst wird organisiert und verbessert; deutsche Waren, deutsche Handelsreisende und deutsche Erfindungen sind jetzt überall in der Welt zu finden; ihre Postdampfer fahren nach Asien, Afrika, Amerika und Australasien, ihre Handelsmarine nimmt an Zahl und Tonnage ständig zu.“

Made in Germany, E.E. Williams, London 1896, S.9

Deutschland handelt und zeigt, was es heißt, zu organisieren. Um zu handeln, muß man sich verständigen, also lernt man die Sprache der Länder, mit denen man in Handelsbeziehungen treten möchte; auch der Staat unterstützt die wirtschaftliche Entwicklung: „.....sie haben staatliche Hilfe auf verschiedene Weise erhalten - als Sondertarife für die Häfen; sie haben sich in alle Teile der Welt eingeschlichen – in die zivilisierten, die barbarischen und die wilden –, haben die Sprachen gelernt und geduldig die Bedürfnisse und Vorlieben der verschiedenen Völker studiert. Deutschland hat sich nicht damit begnügt, die Vorteile der britischen Kolonisation zu nutzen – was mit erschreckender Leichtigkeit gelang –, sondern hat die einfachen Wilden auf eigene Rechnung ‚geschützt‘, und der kaiserliche Adler schwebt jetzt auf den Brisen der Südseeinseln und hängt in der dicken Luft der afrikanischen Küste.“

Made in Germany, E.E. Williams, London 1896, S.9

Man „segelt“ den Briten davon. Das erinnert mich an die Geschichte vom „Hasen und dem Igel“, in der der Igel beim Wettlauf jedesmal sagen kann: „Ick bin all do“ – ich bin schon da – (weil der Igel es verstand, seinen Sieg mit seiner Frau zu organisieren). So auch die Deutschen, sie erobern einen Bereich nach dem andern, leiten britische Kunden zu deutschen Händlern und Produkten, vorbereitet durch Konsulate und diplomatische Vertretungen:

„Ihre Diplomaten haben zahllose Handelsverträge ausgehandelt.“ Und das Land verändert sich: „Auch in ihren Werften (wie in England) ertönt das Geräusch von Hämmern auf Schiffen, die für den Transport von deutschen Waren gebaut werden. Ihre Agenten und Reisenden schwärmen durch Rußland, und wo immer sich sonst die Gelegenheit bietet, zu irgendwelchen Bedingungen Handel zu treiben, liefern sie dem Auslande sogar deutsche Waren mit Verlust, damit sie am Ende ihr Ziel erreichen können. Mit einem Wort, eine industrielle Entwicklung, die außer in England vor einem Jahrhundert beispiellos ist, ist jetzt ihr Anteil. Ein gigantischer Handelsstaat entsteht, der unseren Wohlstand bedroht und mit uns um den Welthandel ringt.“

Made in Germany, E.E. Williams, London 1896, S.10

England bangt um seine Weltmachtstellung im Handel und um seinen dadurch stetig gehaltenen Wohlstand. Um mit Deutschland gleich zu ziehen, müßte England seine Handelsgewohnheiten ändern; doch wie sollte ein so festgefahrener Brite sich auch nur um Haaresbreite ändern?

Wenn man liest, was sich in England abspielte in Bezug auf den deutschen Warenexport, kann man die englische Stimme noch heute hören, die fast hysterisch weinerlich deutsche Produkte im englischen Leben und im britischen Heim aufzählt:

„Sie werden feststellen, daß das Material für einige Ihrer Kleidungsstücke wahrscheinlich in Deutschland gewebt wurde. Noch wahrscheinlicher ist es, daß einige der Kleidungsstücke Ihrer Frau deutsche Importe sind; während es praktisch außer Zweifel steht, daß die prächtigen Mäntel und Jacken, mit denen sich

ihre Zofen an ihren Sonntagen ausstatten, in Deutschland hergestellt und in Deutschland verkauft werden, denn nur so konnten sie bei der Figur gemacht werden.“

Und der Autor steigert sich: „Die Spielzeuge, die Puppen und die Märchenbücher, die deine Kinder im Kinderzimmer malträtiert, sind in Deutschland hergestellt worden; ja, sogar das Material deiner (patriotischen) Lieblingszeitung stammt aus demselben Land. Wenn sie durch das Haus gehen, werden sie auf Schritt und Tritt die verhängnisvolle Marke sehen, vom Klavier in Ihrem Wohnzimmer bis zum Becher auf Ihrer Küchenkummode Steigen Sie in die Tiefen Ihrer Wohnung hinab, und Sie werden feststellen, daß Ihre Abflussrohre ‚Made in Germany‘ sind. Du fischst die Papierumschläge einer Büchersendung ..., und auch sie sind ‚Made in Germany‘. Sie werfen sie ins Feuer und denken daran, daß der Schürhaken in Ihrer Hand in Deutschland geschmiedet wurde Und Sie notieren Ihre düsteren Überlegungen mit einem Bleistift, der in Deutschland hergestellt wurde.“

Und er steigert sich in seiner schriftstellerischen Erregung: „Um Mitternacht kommt deine Frau von einer Oper nach Hause, die in Deutschland gemacht wurde, die hier von Sängern und Dirigenten und Spielern aus Deutschland aufgeführt wurde, mit Hilfe von Instrumenten und Notenblättern aus Deutschland. Du gehst ins Bett und starrst zornig auf einen Text an der Wand; er ist mit einer englischen Dorfkirche beleuchtet und wurde ‚Printed in Germany‘. Wenn Sie phantasievoll und dyspeptisch sind, fallen sie in den Schlaf, nur um zu träumen, daß der heilige Petrus (mit einem ordnungsgemäß gestempelten Heiligenschein um sein Haupt und einem Schlüsselbund aus dem Rheinland) Ihnen den Eintritt ins Paradies verweigert hat, weil Sie nicht das Zeichen des Tieres auf der Stirn tragen und nicht deutscher Herkunft sind.“

Made in Germany, E.E. Williams, London 1896, S.10f-11

Der gestempelte „Heiligenschein“ bedeutet, daß alle Waren, die aus Deutschland kamen, den Stempel „Made in Germany“ tragen mußten. Und Petrus trägt diesen „ordnungsgemäß gestempelten Heiligenschein“ mit dem Schlüsselbund aus Rheinstahl, läßt den Briten aber nicht eintreten, da er nicht – und hier kommt der Haß und die deutschfeindliche Propaganda zum Vorschein – das „Zeichen des Tieres“ trägt, das Zeichen des Teufels, des deutschen Teufels.

Ob der deutsche Handel bis an die Pforten des Himmels kam, steht in den Sternen. Aber die deutsche Phantasie, wie an neue Kunden zu kommen sei, war nicht zu bremsen, nach dem Motto: Organisation ist alles. Lesen wir, was Williams dazu noch zu schreiben hatte:

„Die kaiserliche Regierung hat die Bemühungen privater Händler ergänzt, indem sie dem Generalkonsulat in Chicago einen Handelsvertreter beigegeben hat. Dieser Herr, der ein Buch über die Förderung des deutschen Exporthandels in die Vereinigten Staaten verfasst hat, ist beauftragt worden, seine Landsleute über die Handels- und Marktbedingungen auf dem Laufenden zu halten und sie auf neue Möglichkeiten für den deutschen Handel hinzuweisen; auch die Aufmerksamkeit der amerikanischen Handelshäuser auf die Vorteile des Handels mit Deutschland zu lenken. Im ersten Jahr seiner Ernennung nahm er direkte Beziehungen zu über achthundert Firmen und Verbänden auf und tat sein Möglichstes, um die ihm von zu Hause zugesandten Kataloge und Muster persönlich vorzulegen. Er wurde auch beauftragt, vertrauenswürdige Agenten zu empfehlen und Auskünfte über das Ansehen und den Ruf bestimmter amerikanischer Firmen und über die Art der amerikanischen Methoden und Verfahren zu erteilen. Er hat den Bereich seiner Arbeit erweitert, indem er sein Heimatland erneut besuchte und die Menschen dort über die verschiedenen Möglichkeiten und Richtungen unterrichtete, wie sie ihren Handel mit den Vereinigten Staaten steigern können. Die deutsche Regierung hat einen anderen Herrn nach Argentinien entsandt, um über den dortigen Handel zu berichten. Er hatte eine ähnliche Aufgabe bereits in Neuguinea wahrgenommen.“

Made in Germany, E.E. Williams, London 1896, S.14-15

Welche Steigerungen der deutsche Handel im Ausland erfuhr, zeigt der Vergleich des Exports nach Japan in einem Bericht des englischen Generalkonsuls in Frankfurt am Main:

„Im Jahre 1869 betrug der Wert der direkten deutschen Ausfuhr nach Japan nicht einmal 1.000.000 Mark. Im Jahr 1888 stieg sie jedoch von 5.000.000 auf 18.000.000 Mark; 1891 sank sie wieder auf 14.300.000 Mark, um 1892 wieder auf 17.100.000 Mark und 1893 auf 18.500.000 Mark zu steigen. Im Jahr '95 waren es über sechszwanzigeinhalb Millionen Mark; Englands Anstieg im gleichen Zeitraum betrug weniger als 10 Prozent.“

Made in Germany, E.E. Williams, London 1896, S.16-17

Von den deutschen Ausfuhren in die britischen Kolonien Australasien wird berichtet, daß vier „Fünftel der in diese Kolonien eingeführten Musikinstrumente“ – „Made in Germany“ waren. Der Engländer sieht sich aber nicht als verloren, sondern sieht Deutschland „in den industriellen Kinderschuhen, und der gesündeste Säugling kann gegen einen erwachsenen Mann nur wenig ausrichten.“ Die englische Überheblichkeit und

Arroganz läßt grüßen – der Große kann dem Kleinen ja mit seiner Größe drohen, sich zurückzuhalten – und mit der Kriegsflagge winken.

Made in Germany, E.E. Williams, London 1896, S.18

Ähnlich verhält es sich mit Stahl. Williams bringt einen Vergleich der Entwicklung der Roheisenproduktion in England und Deutschland innerhalb von zehn Jahren, zwischen 1884 und 1894. Der Unterschied bedarf keiner Erklärung:

	1884	1894
	Tonnen	Tonnen
England	7.528.966	7.364.745
Deutschland	3.465.000	5.380.000

Made in Germany, E.E. Williams, London 1896, S.35

Williams, der die deutsche Wirtschaftsentwicklung in den ersten mehr als zwanzig Jahren des Zweiten Deutschen Reiches untersucht hat, bringt ein Beispiel der Produktion der deutschen Handelsmarine:

„In Stettin gibt es eine Werft, die als ‚Vulcan Werke‘ bekannt ist: ein Unternehmen, das so gewaltig ist, daß es (wie man sagt) in keinem Teil der britischen Inseln übertroffen werden kann. Die ‚Vulcan-Werke‘ und die ‚Schichau-Werft‘ in Danzig veranlaßten den Norddeutschen Lloyd, einen Auftrag für den Bau von zwei Dampfschiffen zu erteilen, die, wie es heißt, größer sind als alles, was auf See fährt, und ein Kapital von etwa 950.000 Pfund darstellen.“

Keine britische Werft konnte die deutschen erreichen, in Größe und Produktion.

„Als der Kaiser von diesem Stück praktischen Patriotismus erfuhr, sandte er sofort ein ‚Telegramm‘ der Glückwünsche und der Freude; und da die Deutschen (d.h. diejenigen von ihnen, die keine Sozialdemokraten sind) ihren Kaiser lieben“, - anscheinend kannte Williams den Unterschied zwischen Deutschen und Sozialdemokraten, - „und immer bereit sind, sich seinen Telegrammen anzuschließen, kann man davon ausgehen, daß diese seine Botschaft ihren Einfluss auf den deutschen Reeder hatte. Dies ist von besonderer Bedeutung angesichts der großen Zunahme der deutschen Schifffahrt, die jetzt im Gange ist. Hier gehen Patriotismus und Sparsamkeit Hand in Hand; denn Schiffe werden in Deutschland billiger gebaut als bei uns. Es ist daher nicht verwunderlich, daß der Wunsch des Kaisers bereits im Begriff ist, verwirklicht zu werden, so daß, wie der Generalkonsul Ihrer Majestät in Hamburg sagt, die deutschen Werften jetzt so viele Aufträge für Handelsschiffe erhalten, daß sie von den zuletzt eingegangenen nur noch einige wenige annehmen konnten.“

Die Konjunktur brummte und Williams konstatiert: „Und England, einst der Schiffsbauer der Welt, ist froh und dankbar, die deutschen Abfälle zu bekommen!“

Made in Germany, E.E. Williams, London 1896, S.48-49

Deutscher Ideenreichtum und deutsches „anpacken“ erobert die Welt:

„Innerhalb von fünf Jahren hat sich die Flotte der Hamburger Linienschiffe verdoppelt; und diese Bilanz deckt sich mit derjenigen anderer Handelsgeschäfte. Zum Beispiel erschließt Deutschland jetzt mit besonderem Eifer die südamerikanischen Republiken; und man bemerkt sofort die Einrichtung eines besonders guten Dienstes nach Südamerika Diese Wachsamkeit auf neue Märkte, diese prompte Eroberung neuer Märkte, sobald sie entdeckt werden, sind ein Beweis dafür, daß Deutschland es in der Schifffahrt wie in anderen Gewerben ernst meint und als ernsthafter Konkurrent zu betrachten ist. In der Tat ist Deutschland bereits in das eingedrungen, was man mit Fug und Recht als englische Domäne hätte bezeichnen können Zwei deutsche Linien verkehren zwischen Hamburg und Kalkutta, jede mit zwei Abfahrten pro Monat, was einen regelmäßigen wöchentlichen Dienst ergibt.“

Made in Germany, E.E. Williams, London 1896, S.52

Ein weiteres Beispiel deutschen Handelsgeschicks bringt er am Beispiel von Küchenmessern, die Deutschland in Serbien verkaufte:

„Der serbische Käufer ist sehr konservativ und hält sich an die Traditionen der Form und des Musters, die ihm wichtiger sind als die Qualität; das Küchenmesser, zum Beispiel, ist ein wichtiger Artikel, mit dem der Serbe Knochen und Fleisch zu zerteilen pflegt; die Klinge muß daher an der Stelle, an der sie in den Griff eingeführt wird, besonders breit sein, damit die Knöchel des Benutzers geschützt werden. Der deutsche Hersteller beugt sich diesem Wunsch und gibt der Klinge die gewünschte Form, ein Zugeständnis, das die britischen Hersteller bisher verweigert haben. Das Ergebnis ist der Triumph eines deutschen Instruments über ein englisches Messer von etwa gleichem Preis, aber weit besserer Beschaffenheit. Dem Deutschen gebührt jedoch die Bemerkung, daß er keine Mühe scheut, dem Artikel einen ordentlichen Abschluß zu geben,

indem er das Metall des Griffes ganz durch den Knochen- oder Elfenbeingriff führt, an den er ihn nietet, während der englische Griff nur teilweise hineingeht und sich schnell löst.“

Made in Germany, E.E. Williams, London 1896, S.56

Bei dem folgenden Vergleich der Entwicklung des Exportes englischen Zementes, hört man förmlich noch die tränenerstickte Stimme bei diesem seinem Bericht:

„1890	628.441 Tonnen
1895	395.401 Tonnen“

Und so bringt Williams noch mehr Beispiele, die die deutschen Exporte mit den britischen vergleichen. Dabei ein Beispiel, das erwähnt werden sollte. Es handelt sich um die britischen Papier Importe aus Deutschland, die zeigen, „daß die britische Papierfabrik keine rosigen Zeiten erlebt. Tatsache ist, daß englische Zeitschriften und andere Papierverbraucher weitgehend im Ausland einkaufen, und so mancher patriotische Engländer wäre schockiert, wenn er erfahren würde, daß die Lieblingszeitung, aus der er täglich oder wöchentlich seinen Vorrat an antideutscher Politik bezieht, auf Papier gedruckt wurde, das in Deutschland hergestellt wurde. Fürst Bismarck, das sei erwähnt, ist selbst ein großer Papiermacher und handelt mit England wie die anderen.“

Made in Germany, E.E. Williams, London 1896, S.120

Der alte Reichskanzler Bismarck als Papierhändler?

Der Musikalienimport nach England ist noch erwähnenswert, nämlich, „daß England im letzten Jahr Musikinstrumente im Wert von 996.193 Pfund importiert hat; von dieser Summe gingen 563.018 Pfund an Deutschland und 146.913 Pfund an Holland und Belgien. Damit erhält der Fall ein anderes Gesicht aber deutsche Klaviere sind billig, und deutsche Vertreter sind zahlreich und tatkräftig, und deutsche Klaviere werden in England zollfrei angelandet. Aber das Ausmaß der deutschen Plünderung unseres nationalen Musikhandels kann nicht an den deutschen Namen gemessen werden, die viele der Klaviere in englischen Salons und an Orten, wo sie spielen, schmücken. Ihr Klavier kann einen englischen Namen und eine englische Adresse tragen und in wenig anderem englisch sein. Es kommt vor, daß die Herren ‚Smith und Jones‘ in der Old Kent Road in London Klaviere verkaufen, auf deren Innenseite ihr Name (als Hersteller) in vergoldeten und verschnörkelten Großbuchstaben prangt. Aber die so beschriebenen Klaviere werden gar nicht von den Herren Smith und Jones hergestellt; sie stammen nicht aus der Old Kent Road, sondern aus dem sächsischen Vogtland“.

Und was weiter den deutschen Handelserfolg demonstriert: „Deutschland beherrscht den Markt und weitet seine Herrschaft mit jedem Jahr aus. In Chile zum Beispiel war der Anteil Deutschlands vor zwanzig Jahren nur unbedeutend; jetzt ist der Markt in seiner Hand. Die Ausfuhr von Musikinstrumenten nach Finnland hat sich innerhalb von vier Jahren mehr als verdoppelt, und bereits '88 lieferte Deutschland sechs Siebtel der in diesem Land verwendeten Musikinstrumente. Noch bedauerlicher aus englischer Sicht ist die Art und Weise, wie sie den australasiatischen Handel ‚schöpft‘. Neuseeland importierte 1892 534 Klaviere: 446 davon kamen aus Deutschland; die restlichen 88 teilte sich Großbritannien mit anderen Ländern..... In einem Bericht des deutschen Konsulats heißt es, daß mehrere der Musikinstrumentenhäuser in Melbourne ausschließlich mit deutschen Waren handeln, wofür zwei Gründe angeführt werden: (1) mäßige Preise; (2) eifrige Rücksichtnahme auf die Wünsche der Käufer in Bezug auf Konstruktion und Verzierung.“

Weiter heißt es: „In Europa sieht es nicht anders aus. Fast alle Musikinstrumente, die in Rumänien gekauft werden, kommen aus Deutschland; England ist nicht vertreten. Österreich und Frankreich hatten dort einst den Markt inne, aber auch sie haben vor dem unbesiegbaren Deutschen kapituliert. Frankreich scheint ihm ebenso wenig widerstehen zu können wie wir, und der Schweizer Handel, einst ihr Monopol, ist in seine Hände übergegangen. Die Schweizerische Handelskammer hat dieses Phänomen auf die Anpassungsfähigkeit der deutschen Hersteller zurückgeführt, die ihr Bestes tun, um die geschmacklichen Wünsche ihrer Kunden zu erfüllen. In einem anderen Bericht heißt es, daß ‚kein Händler mehr auf den deutschen Artikel verzichten kann, der früher ganz anders war‘. Trotz der starken einheimischen Konkurrenz und der hohen Schutzzölle ist auch in den Vereinigten Staaten die Nachfrage nach deutschen Klavieren groß; und es ist erwähnenswert, daß die deutsche Regierung allen für die Ausstellung in Chicago bestimmten Exponaten die kostenlose Beförderung auf den Staatslinien gestattete, während die deutschen Schifffahrtsgesellschaften dem Beispiel folgten und ihre Seefrachten erheblich reduzierten.“

(World's Columbian Exposition 1893 war eine vom 1. Mai bis zum 30. Oktober 1893 in Chicago veranstaltete Weltausstellung)

Made in Germany, E.E. Williams, London 1896, S.124-126

Der deutsche Kaufmann orientierte sich an den Wünschen seiner Kunden, die ihm den kaufmännischen Erfolg und den Neid und schließlich den Haß der Briten auf den deutschen Handelserfolg einbrachten.

Es wurde bereits erwähnt, daß alle deutschen Importe mit „Made in Germany“ gestempelt werden mußten um den Verbraucher bei der englischen Ware zu halten. Der Engländer wußte diese Regel zu seinem Vorteil zu nutzen, nämlich „die Verpackung anstelle des Artikels zu stempeln (im Ausland hergestellte Feilen sind zum Beispiel in Kisten nach England gekommen, die ausreichend gekennzeichnet waren, aber die Feilen selbst waren nicht gestempelt und wurden als englisch verkauft); die andere besteht darin, den Artikel in Stücken zu schicken und ihn in England zusammensetzen zu lassen. Dies wird in großem Umfang mit Klavieren und Fahrrädern gemacht – mit Fahrrädern in zunehmendem Maße. Ein weiterer Trick besteht darin, den Stempel an einer Stelle anzubringen, an der er praktisch unsichtbar ist. Eine deutsche Firma, die eine große Anzahl von Nähmaschinen nach England exportiert, die auffällig mit "Singers" und "North-British Sewing Machines" gekennzeichnet sind, platziert den Stempel "Made in Germany" in kleinen Buchstaben unter dem Fußpedal.“

Made in Germany, E.E. Williams, London 1896, S.138

Der deutsche Handel wurde staatlicherseits gefördert und unterstützt, in dem z.B. der Handelstransport auf vielfältige Weise subventioniert wurde, wie beim Bahntransport durch niedrige Bahntarife oder „daß deutsche Erzeugnisse, die zur großen Ausstellung nach Chicago gingen, auf den staatlichen Eisenbahnen kostenlos befördert wurden“ oder die „billigen Binnenwasserstraßen sind eine unschätzbare Hilfe für die Hersteller von schweren Gütern im deutschen Binnenland.“

Made in Germany, E.E. Williams, London 1896, S.145-147

Die Handelsattachés in den deutschen Vertretungen weltweit sorgten für eine schnelle Verbindung zu deutschen Händlern. Anhand eines Beispiels aus Rumänien wird der Erfolg beschrieben: „In der Bukarester Gesandtschaft hat Deutschland einen kompletten Stab von Männern, deren Aufgabe es ist, jedes Detail des Handels im Interesse der deutschen Hersteller zu untersuchen. Steht ein Auftrag an, so teilt die Gesandtschaft dies der Regierung mit, damit die deutschen Ingenieure und Unternehmer ihre Angebote vorlegen können, und auch sonst unterstützt der Handelsattaché den Handel seiner Landsleute auf jede mögliche Weise.“

Made in Germany, E.E. Williams, London 1896, S.149-151

Wogegen die Engländer nur mit drei Handelsattachés für ganz Europa vertreten waren: in Paris, St. Petersburg und Konstantinopel. Die Engländer bauten auf ihre alte Tradition, wogegen die Deutschen neue Wege zum Erfolg gingen.

Schließlich findet Williams den Ursprung für die deutschen Handelserfolge in der deutschen Bildung, denn die Ausbildung sei „streng praktisch. Die in Deutschland zu erwerbende technische Ausbildung ist gründlich, und durch und durch wissenschaftlich; aber sie ist für die Anwendung bestimmt. Nicht abstrakte geistige Vervollkommnung, sondern aktive Anwendung ist das Hauptziel, das im Auge behalten wird; so bringt sie nicht ‚bessere‘ Verkäuferinnen und ‚seelenvolle‘ Gouvernanten hervor, sondern Handwerker und Ingenieure der besten Klasse, Männer, die das Warum und Wozu ihrer Arbeit kennen und sie gut machen. Bei der Förderung der Ausbildung seiner Söhne scheut das Vaterland weder Kosten noch Mühen. Erstklassige Fachschulen sind normale Anhängsel der Gemeinden deutscher Städte, und ihre Arbeit wird durch freiwillige Vereine ergänzt. Auch die Zentralregierung ist sich der überwältigenden Vorteile bewußt, die eine spezialisierte Ausbildung im wirtschaftlichen Lebenskampf mit sich bringt So subventioniert die Reichsregierung das Berliner Seminar für orientalische Sprachen um den Studenten, die für das Handels- oder Industriebetrieb in Asien und Afrika bestimmt sind, die besondere Ausbildung zukommen zu lassen, die sie benötigen: wie Kenntnisse über Handelsbeziehungen und Statistik, Tarife und Geldwechsel usw.“

Made in Germany, E.E. Williams, London 1896, S.151

Williams erwähnt die allgemeine Schulbildung in Deutschland, die er mit für den Erfolg Deutschlands als Grundvoraussetzung nennt: „Diese Ausbildung steht auf einem soliden Fundament. Die deutsche Grundschulbildung bis zum Alter von vierzehn Jahren ist obligatorisch und kostenlos, und auch die Sekundarschulbildung, die weitgehend vom Staat, der Gemeinde und Stiftungen unterstützt wird, ist praktisch kostenlos. Von der Grundschule geht der deutsche Schüler auf das Gymnasium über, das zur Universität führt, oder auf die naturwissenschaftlichen Schulen, die zum Polytechnikum führen, einer Einrichtung unter staatlicher Aufsicht.“

Made in Germany, E.E. Williams, London 1896, S.152-153

Eine englische Besuchergruppe war von den „palastartigen Schulgebäuden“ beeindruckt. Diese „palastartigen“ Schulgebäude der wilhelminischen Epoche waren den heutigen weit, sehr weit überlegen. Wenn man bedenkt, daß die Schulgebäude der wilhelminischen Epoche über hundert Jahre im Gebrauch standen und teilweise, wenn nicht in den Kriegen oder durch die Betonwut zerstört, noch weiter ihren Dienst

tun, mit modernen Erweiterungen. Wogegen die Betonburgen der Zeit nach 1945 kaum 40 Jahre heil überstanden haben und als „Wracks“ weiter benutzt werden.

Und er beendet seinen polytechnischen Abschnitt mit den Worten: „Und das in einem Land, das nach Ansicht einiger unserer Klugscheißer niemals ernsthaft mit England konkurrieren wird, weil ihm das Kapital fehlt! Ich war versucht, so weit ins Detail über das Thema der deutschen technischen Ausbildung zu gehen (in der Tat war die Versuchung groß, noch weiter zu gehen), weil ich meinem Leser das großartige System der industriellen Ausbildung in Deutschland nahebringen wollte, ein System, das ein wesentlicher Faktor für den industriellen Erfolg Deutschlands ist und das im Vergleich zu allem, was in England an technischer Ausbildung zu finden ist, wie eine elektrische Lampe zu einer Binsenlampe ist.“

Made in Germany, E.E. Williams, London 1896, S.156

England ruhte sich auf seinen Erfolgen aus und dachte nicht daran, etwas an seinem Bildungs- und Handelssystem zu ändern, denn es brachte ja nach Jahrhunderten den Erfolg, den Deutschland nach Jahrzehnten erlangte – und damit auch den Neid der Angelsachsen auf sich zog.

Französisch-Russischer Zweibund 1890 - 1894 – die Entente bereitet sich vor

Nach dem Besuch der französischen Flotte in Kronstadt, Petersburg vorgelagert, am 23. Juli 1891, sollte auf dem Rückweg in England Station gemacht werden. So wurde bereits im Mai 1891 in England nachgefragt, ob es genehm sei, einen englischen Hafen auf dem Rückweg von Kronstadt anzulaufen:

„Von London aus hatte man sich zustimmend geäußert, und die Königin erklärte sich bereit, die französischen Offiziere in Osborne zu empfangen. Der geplante Besuch fand vom 19. bis 26. August 1891 in Portsmouth statt. Die Königin Viktoria gab am 20. August den Offizieren in Osborne ein Festmahl, bei dem sie, ebenso wie vor ihr der Zar in Peterhof, die Marseillaise stehend anhörte, und stattete am 21. August der Flotte selbst einen Besuch ab. Deutsche Besorgnisse über diesen demonstrativen Empfang der Franzosen in England wurden durch den Hinweis auf die innerpolitische Bedeutung dieser Vorgänge für England beschwichtigt.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.53

Der überaus herzliche Empfang der französischen Flotte im August in England, mußte in Deutschland die Aufmerksamkeit auf sich ziehen, da die französische Flotte die engen Beziehungen mit Rußland durch ihren Besuch in Kronstadt betonte, so auch jetzt die starke Betonung durch die königliche Präsenz während des Besuches in Portsmouth, von Königin Victoria, mit England.

Die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland waren sehr von Zuneigung geprägt, was sich in den Worten eines Botschafters so anhörte:

„Die Russen wissen zu gut, daß sie, ohne sich zu engagieren, der französischen Unterstützung jederzeit, wenn sie sie brauchen, sicher sind.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.19

Frankreich tat alles, um mit Rußland, das es für seine Pläne dringend benötigte – für den Zweifronten-Krieg gegen Deutschland – einig zu sein. Wobei in russischen Kreisen das Wort über Frankreich, nicht gerade schmeichelhaft, geäußert wurde: „Die Russen betrachten die französische Republik als eine Kokotte, die man haben kann, wenn man sie wünscht, ohne Ehe.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.19

Aber man geht davon aus, daß „militärische Verabredungen für den Fall des Krieges“ zwischen Paris und Petersburg existieren. So wunderte es auch nicht, daß General Freiherr von Loe (Walther Freiherr von Loe, 1828 – 1908) bei einem Besuch in Paris in einem Gespräch gesagt wurde, „In beiden Nationen wünsche niemand den Krieg, aber alle vernünftigen Leute seien der Ansicht, daß er wegen Elsaß-Lothringen unvermeidlich sei. Gewiß werde Frankreich, wenn nicht ungewöhnliche und unerwartete Zwischenfälle einträten, den Krieg nicht beginnen. Wenn aber Rußland den Krieg gegen Deutschland begänne, so sei keine Regierung imstande, Frankreich zurückzuhalten. Eines Vertrages zwischen Frankreich und Rußland bedürfe es dazu nicht“.

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.20f

Die Verlängerung des Dreibundes führte in Petersburg zu einer pessimistischen Stimmung, die aber durch den Flottenbesuch der Franzosen am 23. Juli in Kronstadt zu einem völligen „Stimmungsumschwung“ führte. Ein russischer Politiker erwähnt gegenüber dem deutschen Geschäftsträger A.v. Bülow: „In Berlin und Wien vertraue man auf die Friedensliebe Seiner Majestät des Kaisers Alexander,“ aber, so wird weiter berichtet: „Man möge sich aber dort nicht einbilden, daß dieselbe unerschütterlich wäre.“ – Das habe sich auch keiner eingebildet, war der Kommentar Kaiser Wilhelms. Von Bülow, der weiter bemerkte: „Es könne der Augenblick kommen, wo die Neigung zum Frieden sich mit der Würde Rußlands nicht mehr vereinbaren lasse und auch der beste Wille des Monarchen den Ausbruch des großen Krieges nicht mehr zu verhindern imstande sein werde.“ – Der Kaiser: „Ganz richtig! Ich freue mich, durch einen Russen bestätigt zu sehen, was ich seit

sechs Jahren gepredigt habe.“ Und zu einem späteren Bericht wird der Kommentar Kaiser Wilhelms erwähnt: „Der europäische Friede ist wie ein Herzleidender. Er kann lange, sehr lange leben. Aber er kann plötzlich auf das Unerwartetste tot sein.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.22f

Und an anderer Stelle ist sein Kommentar zu einem Bericht aus Paris: „Da letzteres — nämlich eine friedliche Betätigung des nationalen Temperamentes in Frankreich — sehr unwahrscheinlich ist, so müssen wir uns nach Kräften bemühen, möglichst gestärkt und fertig zu sein, wenn der Sturm ausbricht.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.22f

Der Sturm des Krieges, den Kaiser Wilhelm aus Frankreich sieht, ergänzt mit einem östlichen Sturm aus Rußland kommend.

Der Gegenbesuch der russischen Flotte fand am 13. Oktober 1893 in Toulon statt.

Die Einschätzung der russischen und französischen Lage des Kaisers bewahrheitete sich 1914. Denn bündnisgleiche Schreiben wurden bereits im August 1891 zwischen Rußland und Frankreich – Giers und Ribot – ausgetauscht.

Die russische und französische Presse feierten den Flottenbesuch der Russen in Toulon als ein Friedensfest, und „daß der Friede nunmehr endgültig gesichert sei“, so wie man auch heute noch in sogenannten „historischen“ Arbeiten über die russisch-französische Entente, als „Bündnis des Friedens“ schreibt. Der deutsche Botschafter von Werder allerdings meinte: „Angesichts der Charaktere der Franzosen und der Russen steht zu befürchten, daß sie sich bei etwaigen politischen Komplikationen im Vollgefühl ihrer vereinten Kräfte zu Schritten hinreißen lassen werden, welche ernste Folgen haben könnten.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.26f

Gründe, die die Propaganda in Frankreich und England erfolgreich gegen Deutschland anwendeten waren u.a., daß man in Frankreich davon sprach, Deutschland bereite einen Angriffskrieg gegen das „heldenhafte Frankreich“, einen Rachefeldzug gegen den Nachbarn vor. In England bereitete man kontinuierlich den Weg des „Hasses gegen Deutschland“ in Propagandafeldzügen der Presse vor.

Shall it be again? – by John Kenneth Turner – New York 1922, S.184

Marinerüstung der Entente und des Dreibundes

Doch wie sah es mit der Rüstung der Entente und dem Dreibund aus? Wenn man sich die Rüstungsausgaben von 1897 anschaut, dann müßte Deutschland sehr gut gerüstet sein, dem man damals (bis heute) den puren „Militarismus“ vorwarf, England überflügeln zu wollen, um die „Weltherrschaft“ zu erringen, bei den Ausgaben gegenüber England: (Marineausgaben) 1897 (in brit. Pfund):

England	21.972.000 Pound
Frankreich	10.444.000
Rußland	6.239.000
und Deutschland	6.467.000

Und vor dem Ausbruch des Burenkrieges in Südafrika 1898 legt England noch eine Schippe drauf, da man für einen Krieg mit den Buren gut gerüstet sein möchte:
(in brit. Pfund)

Großbritannien	25.674.000
und Deutschland	5.972.000

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.73

Man stellt sich die Frage, wieso Großbritannien in gesteigertem Maße im Jahre 1904 seine Rüstungsinvestitionen drastisch erhöhte: (in brit. Pfund)

Großbritannien	42.431.000
und Deutschland	11.659.000

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.74

Eine Differenz von mehr als 30 Millionen Pfund, die England in seine Rüstung investierte und mehr als doppelt so viel, wie Rußland und Frankreich zusammen ausgaben:

Die Zahlen für Frankreich und Rußland 1904: (in brit. Pfund)

Frankreich 12.517.143
 Rußland 12.072.381

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.74

Und seit den "Friedensfeierlichkeiten" Rußlands und Frankreichs, kann niemand behaupten, daß Deutschlands Marineausgaben den Frieden in Europa mehr gefährdeten als die von Frankreich und Rußland.

Und im Vergleich der Jahre 1890 und 1901, in denen in den Flottenbau investiert wurde, erkennt man sehr deutlich, daß Deutschland seine Flotte der englischen angleichen will?

	Frankreich	Rußland	Deutschland
1890	8.060.000 Pound	4.360.000	4.938.000
1901	13.107.701	11.659.766	9.624.956

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.74

Oder im Vergleich der Tonnage?

Die Position der englischen Marine im Vergleich zu der Deutschlands, Frankreichs und Rußlands zusammen im Jahre 1906:

Großbritannien	Deutschland, Frankreich, Rußland
1.132.205 Tonnen	1.108.280 Tonnen

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.106

Daneben sei bemerkt, daß England bis 1905 14 Kriege in zehn Jahren führte.

Das englische Handelsproblem führte denn auch zu militärischen Überlegungen, wie die des Generals Lord Roberts, „der größte militärische Held der Zeit,“ der sich nicht scheute, „öffentlich einen Überraschungsangriff auf Deutschland“ zu empfehlen. „Lord Fisher, damals Englands First Sea Lord, rühmt sich in seinen ‚Memories‘, daß auch er bereits 1908 einen solchen Angriff als drastisches Mittel zur Ausschaltung eines Handelsrivalen empfohlen habe.“

Shall it be again? – by John Kenneth Turner – New York 1922, S.185

Schon 1912 wurde die Zusammenarbeit Frankreichs und Englands gegen Deutschland schriftlich fixiert, sowie das russisch-französische Flottenabkommen. Durch die Dokumente, die von den Bolschewiken veröffentlicht wurden, erfahren wir, daß „der Zar sowohl von M. Poincare als auch von Außenminister Grey eine definitive Zusage französischer und britischer Unterstützung,“ erwirkte, „falls bei Unruhen auf dem Balkan Deutschland an der Seite Österreichs involviert wäre.“

Shall it be again? – by John Kenneth Turner – New York 1922, S.185

Und die Ausgaben von 1911 und 1912 zeigen, wer die Rüstungsspirale nach oben drehte:

New Construction of Entente Power and Triple Alliance		
	1911	1912
Great Britain	15.148.171	16.132.558
France	5.876.659	7.114.876
Russia	3.216.396	6.897.580
	24.241.226	30.145.014
Germany	11.710.859	11.491.187
Italy	2.677.302	3.227.000
Austria	3.125.000	19.832.393
	17.513.161	19.832.393

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.157

Die Entente arbeitet zusammen gegen die Marinevorbereitungen des Dreibundes.

Man ist sich einig im Kampf gegen Deutschland, jeder mit einer anderen Motivation, aber im Verbund gegen den gemeinsamen Feind, der den eigenen, Jahrhunderte alten englischen Handel stört, der die immer siegreich erobernde „Grande Nation“ durch eine Niederlage und den ihr zustehenden „Raub“ „demütigte“ und

der auf der Route nach Konstantinopel im Wege stand und den Einfluß auf dem Balkan seines Nachbarn indirekt unterstützt. Gemeinsam rüstet man auf um im geeigneten Moment den lästigen Gegner zu zerstören.

Deutschlands Flottenprogramm begann 1898, zu einer Zeit, als die Briten eine unüberwindbare Seemacht für Deutschland waren. Neilson stellt die wachsende Anzahl von Kriegsschiffen Englands und Deutschlands von 1910 bis 1913 gegenüber:

Dreadnaughts and pre-dreadnaughts.				
	1910	1911	1912	1913
England	48	52	60	67
Deutschland	22	25	29	37

„Betrachtet man die Kombination der Mächte in der gleichen Schiffsklasse, so wird man feststellen, daß Großbritannien und Frankreich ohne Rußland ein enormes Übergewicht gegenüber dem Dreibund hatten:“

	1910	1911	1912	1913
England und Frankreich	63	67	81	88
Deutschland, Österreich und Italien	34	38	43	48

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.130

Bereits im Januar 1906 wurden Gespräche zwischen britischen und französischen Marine- und Militärexperten geführt, die ihre Vorgehensweise und Strategie im Falle Deutschlands absprachen.

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.136

Neilson erwähnt die Haltung Greys, der „versuchte das Land glauben zu machen, daß die Regierung keine Pläne gegen Deutschland hatte, als sie Abkommen mit Rußland und Frankreich abschloß. Doch am 1. April 1908, bevor das deutsche Marinegesetz zum zweiten Mal geändert wurde, standen die Seestreitkräfte Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands wie folgt:

	Armoured		
	Battleship	Cruisers	Destroyers
Great Britain	57	34	142
France	21	19	48
Germany	22	8	61

Und Deutschland konnte in diesem Vergleich Großbritannien und Frankreich schlagen? Und wer konnte auf die Idee kommen, daß England etwas gegen Deutschland unternehmen würde?

Francis Neilson dazu: „Wie könnte ein Deutscher nur einen Moment lang auf die freundlichen Phrasen des Außenministers hören, daß Großbritannien nicht die Absicht habe, Deutschland zu isolieren? Die Deutschen im Allgemeinen konnten unmöglich glauben, daß ein großer Teil der britischen Presse und Bevölkerung im Frühjahr 1909 nicht die Absicht hatte, ihr Land zu isolieren. Es hätte dem Außenministerium nicht in den Kram gepaßt, die Bevölkerung wissen zu lassen, daß unsere Absprachen mit Frankreich und Rußland die deutschen Marineprogramme ernsthaft beeinträchtigten.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.144ff

Und noch eine Aufstellung für das Jahr 1913 mit dem Vergleich der Bruttoausgaben und der Investitionen in Neukonstruktionen der Marine der Entente und des Dreibundes:

Bruttoausgaben 1913 (alle Angaben in brit. Pfund)			
Great Britain	49.625.636	Germany	23.030.633
France	21.292.422	Austria	7.332.703
Russia	25.392.784	Italia	13.333.762
Triple Entente	96.310.842	Dreibund	43.697.098

Neukonstruktionen 1913			
Great Britain	16.883.875	Germany	11.010.883
France	8.893.064	Austria	3.288.937
Russia	12.082.516	Italia	3.933.000
Triple Entente	37.859.455	Dreibund	18.232.820

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.214

Winston Churchill, als Kriegsminister, hatte mit Frankreich vereinbart, „das Mittelmeer der französischen Flotte zu überlassen, während die englische Flotte den Ärmelkanal und die Nordsee kontrollierte.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.214

Diese strategische Aufgabenverteilung der französischen und englischen Flotte führte u.a. nach Kriegsende zur hermetischen Abriegelung und einer unerhörten Hungersnot in Deutschland.

Die Amerikaner, eng mit den Briten zusammenarbeitend, erfahren von ihrem Admiral Mahan, daß „achtundachtzig Prozent von Englands Kanonen auf Deutschland gerichtet sind“. England und Amerika tauschen sich aus, schließlich hat man einen gemeinsamen Gegner. Daß die Briten kriegsbereit sind, erklärte der englische Kriegsminister Churchill am 10. März 1914 im Unterhaus: „Wir sind gut gerüstet für einen sofortigen Krieg auf jeder Grundlage, die Sie in Betracht ziehen“.

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.228

Zu dieser Aussage der Kriegsbereitschaft „eine Mitteilung der britischen Admiralität vom 26. Mai 1913 über die Bewaffnung britischer Handelsschiffe auf Kosten der britischen Regierung“, vierzig Schiffe insgesamt.

Shall it be again? – by John Kenneth Turner – New York 1922, S.186

Die Briten bereiten einen Teil ihrer Handelsschiffe auf kriegerische Zusammenstöße auf See vor. Ihr Budget für das Militär war gegenüber dem deutschen so groß, daß es für England keine Mühe kostete, seine Handelsschiffe entsprechend zu schützen. Ein Blick auf die Militärinvestitionen, zeigen, wo das militärische Übergewicht – in Zahlen ausgedrückt - lag:

[In Pound]	Great Britain	France	Russia	Germany
1909	11.076.551	4.517.766	1.758.487	10.177.062
1910	14.755.289	4.977.682	1.424.013	11.392.856
1911	15.148.171	5.876.659	3.216.396	11.710.859
1912	16.132.558	7.114.876	6.897.580	11.491.187
1913	16.883.875	8.893.064	12.082.516	11.010.883
1914	18.676.080	11.772.862	13.098.613	10.316.264

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.146

Großbritannien ist im Frühjahr 1914 bereit für den großen Auftritt auf der Weltbühne des Krieges. Man wartet auf die Ouvertüre. Denn bereits im Dezember 1910, so der amerikanische Admiral Sims am 12. Februar 1920 in New York, habe er festgestellt, „daß nach Gesprächen mit Militärs aus Großbritannien und Frankreich die übereinstimmende Meinung war, daß der Krieg innerhalb von vier Jahren kommen würde.“

Shall it be again? – by John Kenneth Turner – New York 1922, S.188

Die Entente war bereit für den Krieg; und noch ein Blick auf die Kosten für Neukonstruktionen im Jahre 1914 geworfen, erzählen das, was man für den Beginn der „großen Theatershow“ wissen sollte:

New construction, 1914		[in Pound]	
	Triple Entente		Triple Alliance
Great Britain	18.676.080	Germany	10.316.264
France	11.772.862	Austria	4.051.976
Russia	1.098.613	Italy	3.237.000
Triple Entente	43.547.555	Triple Alliance	17.605.240

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.148

Neilson bemerkt zu den englischen Rüstungsausgaben, daß es in England noch wichtigere Dinge gäbe, als die Marine: die Bildung. Denn „Im ganzen Land wurde nicht einmal halb so viel für Bildung ausgegeben wie für die Marine. Aber die Marine war in Ordnung. Und die Armee war bereit“; und um die Aussage des Kriegsministers Churchill vom 10. März 1914 zu wiederholen: „Wir sind für die Zwecke eines sofortigen Krieges auf jeder Grundlage, die Sie in Betracht ziehen können, gut gerüstet.....“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.228

Konnte Deutschland es sich leisten, bei diesen militärischen Verhältnissen und Bündnissen, einen Angriffskrieg zu beginnen?

Die Entente war sich einig, daß Deutschland der eigentliche Feind sei und Österreich nur Nebensache. Der Zeitpunkt des Krieges sollte nicht vor 1916 sein, da Rußlands strategische Eisenbahn erst zu dieser Zeit fertiggestellt sein sollte. Doch der Zwist zwischen Österreich und Serbien – die Regieführung funktionierte – führte dazu, früher mit der Aktion gegen Deutschland zu starten.

In England herrschte Einigkeit darüber: „Brach einmal ein gegen Deutschland gerichteter Krieg aus, so machte ihn England unter allen Umständen mit: wenn nicht 1916, dann eben 1914. Das Jahr 1914 empfahl sich aber im Hinblick auf die irischen Wirren, die auch in England, wenn nicht den Ausbruch einer Revolution, so doch einen Bürgerkrieg befürchten ließen. Kam es dagegen zu einem Kriege, an dem England teilnahm, so verstummte, wie richtig vorausgesehen wurde, die irische Frage. Später hat man es in England verstanden, die Frevel Serbiens völlig zu vergessen und in den Serben nur noch die Opfer österreichischer Tyrannei zu sehen.“

Deutschlands und Kaiser Wilhelms II. angebliche Schuld am Ausbruch des Weltkrieges; Th. Schiemann, Berlin 1921, S.20

Die Kriegsvorbereitungen der Russen, Engländer und Franzosen liefen ab etwa 1910 auf Hochtouren. Iswolsky, Grey und Bonar Law treffen sich im September 1912 zu Verhandlungen, die Iswolsky als einer der großen russischen Kriegstreiber gut zu lenken mußte.

Schiemann führt in seiner Entgegnung auf das Pamphlet Kautskys aus: „Von da ab rissen die Verhandlungen über ein russisch-englisches Kriegsbündnis nicht mehr ab und wurden Vereinbarungen über ein Zusammenwirken beider Marinen in Angriff genommen. Es verdient aber ausdrücklich hervorgehoben zu werden, daß schon im September 1912 Iswolski dem Zaren berichten konnte, Grey habe ihm bestätigt, daß das zwischen England (oder vielmehr „Großbritannien“, denn ein Mitwirken der Dominien liegt allen von England übernommenen Pflichten als selbstverständliche Voraussetzung zugrunde) und Frankreich bestehende Abkommen ‚England im Falle eines Krieges mit Deutschland verpflichtet, Frankreich nicht nur zur See, sondern auch auf dem Kontinent durch Landung von Truppen zu Hilfe zu kommen‘. Damals hat Iswolski auch aus dem Munde König Georgs den denkwürdigen Ausspruch gehört: We shall sink every single German merchant ship we shall get hold up! Wer also, so fragen wir, hat den Frieden sabotiert, und zwar schon zwei Jahre, bevor die Entscheidung fiel?“

Deutschlands und Kaiser Wilhelms II. angebliche Schuld am Ausbruch des Weltkrieges Th. Schiemann, Berlin 1921, S.21

Iswolski, der im Vatikan sein diplomatisches Debut gab, bestätigt die Absprache zwischen England und Frankreich, im Falle eines Krieges gemeinsam gegen Deutschland vorzugehen, in das sich Rußland einbringen wird. Die „Entente Cordiale“ ist sich einig!

Bernhardi sah die Lage Deutschlands recht klar, wenn es um die Feinde ringsum ging. Im Osten die offene Grenze zu Rußland und im Westen eine Grenze, die über Belgien und Holland umgangen werden kann: „Kein natürliches Hindernis, keine starke Festung stellt sich hier einem feindlichen Einbruch entgegen, und die Neutralität ist nur ein papierenes Bollwerk. Auch im Süden kann die Rheinbarriere durch die Schweiz umgangen werden. Hier bietet allerdings das Gelände erhebliche Schwierigkeiten, und wenn die Schweizer sich entschlossen wehren, dürfte es nicht ganz leicht sein, ihren Widerstand zu überwinden.“

Deutschland und der nächste Krieg, Friedrich von Bernhardi, General d. Kavallerie a.D, Stuttgart 1911, S.179

Bernhardi resümiert, „daß wir allein stehen und von niemand Unterstützung erwarten können überall, wo es sich um Durchführung unserer positiven politischen Absichten handelt. England, Frankreich und Rußland haben das gemeinsame Interesse, unsere Macht zu brechen.Wollen wir eine Machterweiterung erstreben, so müssen wir sie mit unseren eigenen Waffen erkämpfen gegen weit überlegene Feinde. Unsere Bündnisse sind nicht bloß der Form, sondern auch dem Wesen nach defensiver Natur.“

Er nennt die Neutralität Belgiens ein „papierenes Bollwerk“; ein Bollwerk aber nur in östlicher Richtung, gen Deutschland, da Belgien einen intensiven militärischen Austausch mit Frankreich und England schon lange Zeit pflegte.

Ein Bündnis mit Italien ist mehr als unsicher, da Italien seine Tendenz zur Entente bereits deutlich zeigte, so daß das Bündnis mit Italien nicht gerade zuverlässig erscheint. Denn wenn „man außerdem bedenkt, welche Schwierigkeiten Italien hat, seine Streitkräfte gegen Frankreich zur Geltung zu bringen und seine Küsten gegen feindliche Angriffe zu schützen, wie mit der Besitznahme von Tripolis ein neues Objekt geschaffen wird, das gegen Frankreich und England nicht leicht verteidigt werden kann, so darf man billig bezweifeln, daß Italien sich an einem Kriege beteiligen würde, in dem England und Frankreich gegen uns verbündet wären.“

Deutschland und der nächste Krieg, Friedrich von Bernhardi, General d. Kavallerie a.D, Stuttgart 1911, S.180

Bernhardi sieht schon eine Weile vor dem Krieg, daß das unsichere Italien für die Entente ein Plus-Punkt sei, da Frankreich im Süden ein Problem weniger hat, dafür Österreich eins mehr und Deutschland damit dem Vernichtungswillen der Entente ein leichteres Spiel bietet. Ein mit solchen Voraussetzungen verlorener Krieg, so prognostiziert Bernhardi, im Einklang mit den Worten Bismarcks, prophetisch, „würde unsere mühsam errungene politische Bedeutung vernichten, die ganze Zukunft unseres Volkes in Frage stellen, uns auf Jahrhunderte zurückwerfen, den Einfluß des deutschen Geistes in der Kulturwelt auf das tiefste erschüttern und damit den Gesamtfortschritt der Menschheit in ihrer gesunden Entwicklung hemmen, für die ein starkes Deutschtum eine Notwendigkeit ist. So sind es die höchsten Interessen unseres Vaterlandes und der Menschheit, um die unser nächster Krieg ausgefochten werden muß. Das wird ihm seine welthistorische Bedeutung verleihen. ‚Weltmacht oder Niedergang‘ wird für uns die Losung lauten.“ So kam es auch – im negativen Sinne.

Deutschland und der nächste Krieg, Friedrich von Bernhardi, General d. Kavallerie a.D, Stuttgart 1911, S.181

Die deutsche Politik war sich im Klaren darüber, daß ein künftiger Krieg mit den nachbarlichen Feinden für Deutschland den Untergang bedeuten würde, da die Übermacht der Feinde nicht zu übersehen war.

Da sich Deutschland über seine Situation zwischen Frankreich und Rußland bewußt war, wie die Reden Bismarcks und Caprivi zeigen, richtete sich die Aktivität darauf, bereit zu sein.

Um es noch einmal zu betonen, Deutschland erkannte, „daß seine Armeen die französischen Linien nicht innerhalb der französischen Grenze durchbrechen konnten; mit anderen Worten, daß ein deutscher Schlag gegen Frankreich über die deutsch-französische Grenze nicht durchführbar war. Da die strategischen Notwendigkeiten Deutschlands (d.h. eine sofortige Offensive gegen Frankreich) von dieser Erkenntnis natürlich unberührt blieben, mußte der deutsche Generalstab einen Plan für eine Offensive gegen Frankreich von anderen Stützpunkten aus ausarbeiten. Was waren die anderen möglichen Stützpunkte? Es waren die Schweiz, Belgien und Luxemburg. Die Schweiz kam aus offensichtlichen Gründen nicht in Frage. Es blieben Belgien und Luxemburg. Eine Offensive gegen Frankreich war von nun an nur noch über Luxemburg und Belgien möglich. Andernfalls müsste die deutsche Strategie im Falle eines allgemeinen europäischen Krieges auf der bestehenden Grundlage der internationalen Beziehungen jeden Gedanken an eine Offensive gegen Frankreich aufgeben und sich damit begnügen, in der Defensive zu bleiben und den französischen Angriff abzuwarten.“

Die Wahrheit und der Krieg, E. D. Morel, London 1916, S.19

Aber ein defensives Abwarten, bis Frankreich am Rhein stand, konnte Deutschland sich nicht leisten. Morel bringt es auf den Punkt, wie das deutsche Militär: „Deutschland stand also vor der Alternative, entweder jeden Gedanken an einen entscheidenden Schlag gegen Frankreich aufzugeben, bevor Rußland Zeit hatte, seine Massen zu konzentrieren und in Bewegung zu setzen, oder sich einen Durchgang durch neutrales Gebiet zu verschaffen, wenn möglich friedlich, wenn nötig mit Gewalt.“

Die Wahrheit und der Krieg, E. D. Morel, London 1916, S.19

Die „Schnäbele“ Affäre

Für die Briten gab es schon 1887 keinen Zweifel, daß im Falle eines Krieges deutsche oder französische Truppen durch Belgien ziehen würden, als die Gefahr eines deutsch-französischen Krieges wegen der ‚Schnäbele-Affäre‘ bestand und „eine deutsche Offensive gegen Frankreich über die deutsch-französische Grenze - auch damals schon äußerst gefährlich - praktisch unmöglich“ war.

Die Wahrheit und der Krieg, E. D. Morel, London 1916, S.20

Es waren schon damals nur Luxemburg und Belgien, die die Möglichkeit boten, den Weg gegen Frankreich zu gehen und umgekehrt.

Zur Schnäbele Affäre: Am 20. April 1887 wurde der französische Zollbeamte Schnäbele im Rahmen einer Besprechung deutscher und französischer Beamten auf deutschem Boden verhaftet, unter dem Verdacht der Spionage. Dies war eine Folge der französischen Kriegshetze gegen Deutschland und der daraus resultierenden Spannungen; beide Seiten standen sich kriegsbereit gegenüber. Bismarck veranlaßte die Freilassung Schnäbeles und verhinderte so einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich.

Die französische Sicht sieht dies – selbstverständlich ohne den Spionageverdacht – als eine Grenzverletzung Frankreichs. Die französische Sicht ist, daß ein französischer Grenzbeamter, Herr Schnäbele, Sonderkommissar in Pagny-sur-Moselle, „von seinen deutschen Kollegen in Ars-sur-Moselle eine Einladung erhielt, an die Grenze zu fahren, um eine Angelegenheit zu regeln. Schnäbele begab sich am 27. [?] April 1887 an den Ort des Geschehens. Er hatte den Grenzposten passiert, als sich zwei Polizeibeamte auf ihn stürzten und ihn festhielten. Es gelang ihm, sich zu befreien und wieder französischen Boden zu betreten, aber er wurde von den deutschen Agenten verfolgt, verhaftet und verschleppt Dieser Überfall war doppelt schwerwiegend, da er eine Verletzung des französischen Hoheitsgebietes darstellte. Der französische

Außenminister Flourens schickte über den Botschafter Herbette eine sehr deutliche Note. Einige Tage lang hält sich Bismarck bedeckt; er beauftragte seinen ältesten Sohn, Graf Herbert, mit der Weiterverfolgung der Angelegenheit. Frankreich bestand auf seinem eindeutigen Recht; der Kaiser, der sein Ende nahen sah, wollte keinen neuen Krieg. ... Nach einer Woche wurde der französische Kommissar auf freien Fuß gesetzt. Wenn Bismarck einen bösen Schlag gegen den ‚Erbfeind‘ ins Auge gefaßt hatte, war die Sache danebengegangen.“
Bismarck, Georges Lacour-Gayet, London 1919, S.194

Die Frage der Spionage erscheint hier, verständlicherweise, nicht und daß eindeutig Kriegsgefahr zwischen Frankreich und Deutschland bestand, da Frankreich aus einer Maus einen Elefanten machte. Die Nerven der Franzosen standen ständig unter Hochspannung, erst recht, wenn es um Probleme mit Deutschland, wie die Schnäbele Affäre, ging.

Helgoland

Der Kaiser sah Helgoland, in der Hand der Briten, als einen Gefahrenpunkt der Sicherheit Deutschlands, der Nordsee und Hamburgs. Sein Ziel war es, diesen Felsen Deutschland zu eigen zu machen.

„Lord Salisbury zeigte sich geneigt, den ‚unfruchtbaren Felsen‘ für Zansibar und Witu in Ostafrika herzugeben. Durch Handelskreise und die Meldungen der Kommandanten der deutschen Kreuzer und Kanonenboote, die dort lagen und an der Küste der neuerworbenen deutschen ostafrikanischen Kolonie kreuzten, wußte ich, daß mit dem Aufblühen von Tanga, Dares-Salam usw. an der Küste Afrikas der Wert Zanzibars – als Hauptumschlagshafen – dahin sein würde.“

Kaiser Wilhelm II. - Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Berlin 1922, S.46

England, das in Afrika Interesse an Gebieten zeigte, die Deutschland bereits in seinen Händen hatte, wünschte nach Berichten des Grafen Herbert v. Bismarck im Herbst 1889 „mit Deutschland nur die besten Beziehungen zu unterhalten. Chamberlain regte von sich aus an, England könne für Deutschlands Entgegenkommen in Afrika vielleicht Helgoland an Deutschland abtreten. Die Angelegenheit war damals aber schließlich nicht weiter verfolgt worden, da Bismarck den Augenblick für den Erwerb Helgolands noch nicht für gekommen hielt.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.47

Bismarck sah noch nicht den Augenblick gekommen für einen solchen Tausch. Bismarcks Zurückhaltung ist nicht ohne weiteres nachzuempfinden, da England auf Deutschland zukam als eine positive Folge des kaiserlichen Besuches Wilhelms II. in England „anlässlich der englischen Flottenrevue Anfang August 1889“. Und Bismarck hält sich zurück.

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.47

Schließlich fand im Mai 1890 in London ein erstes Treffen zwischen Premierminister Lord Salisbury und dem deutschen Botschafter Graf v. Hatzfeldt statt, in dem es um einen Austausch von Gebieten in Afrika gegen Helgoland ging. Die Verhandlungen konnten am 5. Juni erfolgreich fortgeführt werden, mit dem Ergebnis:

„England sollte das Protektorat über Sansibar und Pemba erhalten, Helgoland an Deutschland abgetreten werden. Hierbei verlangte Lord Salisbury eine Bestimmung, wonach die allgemeine Dienstpflicht für die Helgoländer nicht sofort eingeführt und den Einwohnern das Recht der Option gewährt werden sollte. Deutschland stimmte zu, und am 10. Juni erklärte sich auch der englische Ministerrat unter gewissen Voraussetzungen mit den Verabredungen einverstanden..... Am 1. Juli 1890 wurde das deutsch-englische Abkommen endgültig abgeschlossen, nachdem die Königin ihre Zustimmung schon Mitte Juni gegeben hatte.“

(Robert Arthur Talbot Gascoyne-Cecil, 3rd Marquess of Salisbury, 1830 – 1903 /Melchior Hubert Paul Gustav Graf von Hatzfeldt zu Wildenburg, 1831 – 1901)

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.48-49

Das Abkommen über Helgoland zwischen Deutschland und England führte in Frankreich zu einer erheblichen Mißstimmung, da Frankreich auch in Sansibar Interessen hatte und Kompensation von England und von Deutschland forderte. Nach einigem Hin und Her einigte man sich und Deutschland erkannte „die Schutzherrschaft Frankreichs über Madagaskar mit allen Folgen an“.

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.50

Der Kaiser sah den Erwerb Helgolands als eine „erste Bedingung für den Ausbau der Flotte“, denn „ein jahrhundertelanger Wunsch der Hansen und Norddeutschen“ sei „in Erfüllung gegangen“. Kaiser Wilhelm, der die Abneigung Bismarcks zu Kolonien kennengelernt hatte, dessen Meinung es war, daß „er an und für sich von Kolonien nicht viel halte und sie hauptsächlich als gelegentliche Tauschobjekte betrachte, um sich mit den Engländern auseinanderzusetzen. Sein Nachfolger handelte im Falle Helgoland danach und wurde dafür auf das heftigste kritisiert und angegriffen.“ Vorwürfe wurden laut „wegen des Austausches von Zansibar und Witu in der Presse des Fürsten“. Kaiser Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Leipzig/ Berlin 1922, S.47
Fürst Bismarck konnte sich in seiner Kritik nicht zurückhalten.

Die Dreyfus-Affäre

Am 29. Oktober 1894 folgte auf Reichskanzler Caprivi, der seinen Rücktritt einreichte und der angenommen wurde, Fürst Chlodwig von Hohenlohe als Reichskanzler.

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.42

Nach seinem Amtsantritt als Reichskanzler, wurde Hohenlohe gleich mit der Dreyfus-Affäre konfrontiert, in der Frankreich Deutschlands und Italiens Militärattaches vorwarf, in diese Affäre involviert zu sein.

„Unter dem Verdachte, fremden Militärbevollmächtigten geheime Aktenstücke mitgeteilt zu haben, wurde der französische Artilleriehauptmann Dreyfus am 1. November 1894 verhaftet. Die französische Presse erhob alsbald heftige Vorwürfe gegen den deutschen und den italienischen Militärbevollmächtigten in Paris.... Der „Matin“ ging so weit, die Abschaffung der Militärattaches zu fordern, und bezeichnete die deutsche Botschaft als die Zentralstelle der deutschen Spioniererei in Frankreich. Es gelang aber dem persönlichen Auftreten des Botschafters, eine Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den Regierungen zu verhindern. Die deutsche Regierung forderte schließlich ein Dementi in der französischen Presse, zu dem die französischen Staatsmänner sich nur ungern entschlossen. Endlich am 9. Januar 1895 fand sich die französische Regierung bereit, in der „Agence Havas“ eine kurze Erklärung in diesem Sinne abzugeben.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.94

Nord-Ostsee-Kanal

Deutschland versuchte die Beziehungen zu Frankreich, nach dieser Affäre, auf ein freundschaftliches Verhältnis zu heben und daher lud der Kaiser im Februar 1895 „die französische Regierung zur Entsendung von Kriegsschiffen anlässlich der geplanten feierlichen Eröffnung des Nordostseekanals“ ein. Dies führte Frankreich nach den Vorwürfen in der „Dreyfus-Affäre“ und dem 25 jährigen Gedenken des Krieges von 1870, in Verlegenheit, auch fragte man in der französischen Öffentlichkeit, ob die beiden deutschen Schiffe „Weißenburg“ und „Wörth“ bei dieser Feier anwesend seien. Man versicherte, daß die Schiffe wegen ihres Tiefganges nicht anwesend wären. Am 8. März 1895 nahm Frankreich die Einladung an.

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.95

Die Planungen für den Nord-Ostsee-Kanal begannen in den 1880iger Jahren und der Bau des Kanals sollte im Reichstag durch Gesetz in Gang gebracht werden. Dazu wurde dem Reichstag am 14. Dezember 1885 ein Gesetzentwurf vorgelegt, mit den Kosten und den zu erwartenden Einnahmen des Kanals. Es heißt:

„Der Bau soll 156 Millionen Mark kosten, wovon 50 Millionen Mark zum voraus von Preußen, der Rest vom Reich bestritten werden soll. Die Begründung stellt das militärische Interesse in den Vordergrund, die Sicherung des Zusammenwirkens der in den beiden Meeren stationierten Kriegsschiffe und damit einer wirksamen Verteidigung der deutschen Seeküsten. Daneben aber kommen bedeutende wirtschaftliche Interessen in Frage, welche durch die sehr erhebliche Abkürzung des gefährlichen Seeweges zwischen der Ostsee und der Nordsee um das Cap Skagen gefördert werden. Es wird berechnet, daß die Zahl derjenigen Handelsschiffe, welche den Canal benutzen werden, etwa 18 000 mit 5 500 000 Registertonnen Raumgehalt betragen wird. Da eine Abgabe von 75 Pfg für die Registertonne von den Canal benutzenden Schiffen erhoben werden soll, so wäre eine die jährlichen Unterhaltungskosten (1 900 000 M) erheblich übersteigende Einnahme zu erwarten.“

Schulthess europäischer Geschichtskalender, Jahrgang 1885, XXVI. Band, Delbrück, Nördlingen 1886, S. 161

Und zehn Jahre später fand die Einweihung des Kanals zwischen den beiden Meeren statt.

Zar Nikolaus II.

Kaiser Wilhelm II. äußerte sich im November 1895 über das vermeintliche Bündnis Frankreichs und Rußlands und meinte gegenüber dem Reichskanzler, die beiden seien untrennbar miteinander verbunden, „um ihre Zwecke gemeinsam zu verfolgen, und daß Frankreich, indem es seine Politik und seine Macht in Rußlands Dienste stelle, im letzten Ende die Wiedererwerbung von Elsaß-Lothringen im Auge habe. Kaiser Nikolaus aber werde über die letzten Ziele der russisch-französischen Entente von seinen Ratgebern geflissentlich im unklaren gehalten.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.109-110

Womit er genau ins Schwarze traf mit seiner politischen Empfindung.

Am 1. November 1894 besteigt Zar Nikolaus II. den russischen Thron. Über den 25 jährigen Herrscher wird berichtet, er „sei einstweilen noch stark unter dem Einflusse seiner Mutter und außerdem von Franzosenfreunden umgeben.“ Sein Handeln sei von diesen stark abhängig.

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.90

Kaiser Wilhelm sah zwei Jahre später seinen Cousin, trotz beiderseitiger herzlicher Zuneigung, als einen Menschen, „der, obwohl von den besten Intentionen beseelt, jedes Rückgrats ermangele und unstät umherschwanke.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.147

Dem neuen Zaren sei „viel daran gelegen, mit Kaiser Wilhelm II. in den allerbesten Beziehungen zu bleiben. Das herrschende Einvernehmen mit Frankreich habe auch für Deutschland einen unzweifelhaften Wert, nämlich den Druck Rußlands im Sinne des europäischen Friedens“, für den Deutschland ein Garant sei, so der Zar. Kaiser Wilhelm selbst habe „ein Interesse daran, mit Rußland als der gewaltigsten Macht Asiens vor China und Japan vereint zu stehen; Rußland werde, offen unterstützt, den deutschen Wünschen gerecht werden, England aber selbst im günstigsten Falle nur Deutschland auszunutzen versuchen und es dann im richtigen Augenblicke sitzen lassen.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.91-92

Der Kaiser betont die englische Haltung, Deutschland für Englands Zwecke zu benutzen und dann seinem Schicksal zu überlassen.

In einem Bericht des Botschafters Hatzfeldt erwähnt dieser, Frankreich und Rußland finde man „mit oder ohne schriftliche Abmachung immer vereinigt“. Und erwähnt in dieser Beziehung den Fürsten Bismarck:

„Das habe Fürst Bismarck immer klar erkannt und nur deshalb nicht gefürchtet, weil er geglaubt habe, die russische Neutralität bei einem Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich sogar noch im letzten Augenblick erkaufen zu können, wenn er Österreich preisgäbe und den Russen den Orient überließe.“

Bismarck wäre so weit gegangen, das Bündnis mit Österreich im Falle eines Falles für Rußland zu Opfern. Bismarcksche Politik.

Die Versuche Deutschlands, die deutsch-französischen Beziehungen zu stabilisieren, wurden immer wieder durch französische Aktionen zunichte gemacht. Der Militärattache der deutschen Botschaft in Paris, Oberstleutnant v. Schwartzkoppen, erwähnte in einem Bericht, daß „es in den 1894 an der französischen Kriegsakademie gehaltenen Vorträgen über den Krieg von 1870/71 geheißen habe: ‚Unsere Unglücksfälle haben eine vollständige Umformung unserer militärischen, politischen und sozialen Organisation herbeigeführt; zwei in hervorragendem Sinne französische Provinzen sind in den Händen des Auslandes geblieben, und es ist unsere Pflicht, sie, koste es, was es wolle, von dem Joche des Unterdrückers zu befreien. Elsaß und Lothringen erwarten ihre Befreiung. Arbeiten wir unablässig an unserer Vervollkommnung: die Sieger von gestern werden vielleicht die Besiegten von morgen sein!‘ Die allernächste Zukunft sah Oberstleutnant v. Schwartzkoppen nicht als bedrohlich an; Deutschland werde aber gut tun, sich über die Absichten und Ziele des russisch-französischen Bündnisses keine Illusionen zu machen.“

Hier wird wiederholt der Rachedanke der Franzosen als ein Grund genannt, die russisch-französische „Hochzeit“ nicht zu unterschätzen.

Nach den Enthüllungen der „Hamburger Nachrichten“ über die Hintergründe des Rückversicherungsvertrages, war Kaiser Franz-Joseph von Österreich einerseits enttäuscht, andererseits besorgt über die zu erwartende Haltung des Zaren, in Krisenzeiten. Denn er könne nicht sicher sein, daß „der junge Kaiser durch die Verhältnisse unter Umständen und gewiß gegen seinen Willen in kriegerische Verwicklungen hineingetrieben werden könnte, wenn irgendein kräftigerer Wille als der seinige es verstünde, die Leidenschaften im Volke zu wecken, um ungestüm das Programm der sogenannten russischen Patrioten auszuführen und den Kaiser mit fortzureißen. Es würde dann fraglich sein, ob Kaiser Nikolaus imstande wäre, der gewaltigen Strömung zu widerstehen. Darin erblickte der Kaiser von Österreich die Hauptgefahr für den Weltfrieden, zumal bei den Russen der Gedanke immer stärker werde, Rußland sei berufen, die Welt zu beherrschen.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.147

Kaiser Wilhelm kann nicht häufig genug seine Überzeugung betonen, „daß Rußland und Frankreich untrennbar verbunden seien, um ihre Zwecke gemeinsam zu verfolgen, und daß Frankreich, indem es seine Politik und seine Macht in Rußlands Dienste stelle, im letzten Ende die Wiedererwerbung von Elsaß-Lothringen im Auge habe. Kaiser Nikolaus aber werde über die letzten Ziele der russisch-französischen Entente von seinen Ratgebern geflissentlich im unklaren gehalten.“

Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924, S.110

So äußerte der Kaiser sich am 13. November 1895 gegenüber dem Reichskanzler und so wird deutlich, daß Wilhelm II. eine klare Sicht auf den kommenden Zweifrontenkrieg hatte, auch wenn er dies nicht expressis verbis kundtat.

Lord Haldane - englischer Kriegsminister – sein Neutralitätsangebot

England schickt sich an, Deutschland ein Neutralitätsangebot zu unterbreiten, wenn Deutschland den Ausbau seiner Marine einschränkt. Die Seriosität dieses englischen Angebotes hat – es ist ja britisch – einen Hintergedanken:

„Das Jahr 1912 brachte in seiner ersten Hälfte die Sendung Sir Ernest Cassel's mit einer Verbalnote, in welcher England seine Neutralität im Falle eines auf Deutschland erfolgenden „unprovokierten“ Angriffes anbot, falls Deutschland auf eine Beschränkung seines Kriegsschiffbaues und des versteckt angedeutete Fallenlassen seiner neuesten Marinevorlage eingehen würde. Infolge unserer entgegenkommenden Antwort wurde Lord Haldane mit den Verhandlungen betraut und nach Berlin entsandt. Die Verhandlungen scheiterten schließlich an der immer intransigenter werdenden Haltung Englands (Sir E. Grey), das zuletzt Lord Haldane desavouierte und seine eigene Verbalnote zurückzog, weil Grey befürchtete, durch ein deutsch-englisches Abkommen die Franzosen zu verletzen und das englisch-französische Einvernehmen gefährden.“

Kaiser Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Leipzig/ Berlin 1922, S.122

Ein englisches Angebot, auf die Flottenerweiterung zu verzichten für ein Angebot Englands, im Falle eines militärischen Disputes gegenüber Deutschland „Neutralität“ zu wahren. Es war ein weiterer Fall, wie der 1908: „Es war offenbar, daß sich diese „Verbalnote“ auf die vorliegende Novelle zu unserem Flottengesetz bezog und bestimmt war, sie auf irgendeine Weise zu verzögern oder zu hintertreiben. Sie erinnerte mich an die Lage in Cronberg-Friedrichshof 1908, als ich das an mich persönlich gerichtete Ansinnen des englischen Unterstaatssekretärs Hardinge, unseren Flottenbau einzustellen, zurückweisen mußte. Jetzt erschien ein intimer Geschäftsfreund Eduards VII – ohne vorherige Anmeldung auf amtlichem diplomatischem Wege – beim deutschen Kaiser mit einer von der englischen Regierung inspirierten ‚Verbalnote‘, mit der ausdrücklichen Instruktion, sämtliche diplomatischen Instanzen beider Länder zu umgehen. Er überreichte ein Angebot der englischen Regierung, in kommenden kriegerischen Verwicklungen ihre Neutralität zu wahren gegen Abmachungen über Beschränkungen in unserem Schiffbau.“

Kaiser Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Leipzig/ Berlin 1922, S.123

Englands Kriegsminister, „Lord Haldane stellte bei diesen Verhandlungen eine Verständigung über eine Einschränkung der weiteren Verstärkung der beiderseitigen Kriegsflotten in den Vordergrund. Das von deutscher Seite damals vorbereitete neue Flottengesetz, das eine Verstärkung unsrer Kriegsflotte und eine organisatorische Erhöhung ihrer Schlagfertigkeit bringen sollte, hatte in England die Besorgnisse vor einem allzu starken Anwachsen der deutschen Flotte aufs neue geweckt. Man griff auf den schon im Jahre 1904 eingeleiteten Versuch zurück, das unbedingte Übergewicht der britischen Flotte auf dem billigeren Wege einer Verständigung über das Ausmaß neuer Kriegsschiffbauten zu erhalten.“

Der Weltkrieg Band 1, Karl Helfferich, Berlin 1919, S.88

England versuchte mit „aller Gewalt“ Deutschland am Ausbau seiner Kriegsflotte zu hindern, den Ausbau einzuschränken: „England wollte sich also für den Fall eines Krieges, in den Deutschland verwickelt werden würde, auch wenn dieser Krieg nicht von Deutschland herbeigeführt, sondern ihm aufgezwungen werden würde, freie Hand vorbehalten – genau die Haltung, die es Ende Juli 1914, als der Weltkrieg in Sicht kam, tatsächlich eingenommen hat.“

Und Helfferich kommt zu dem Schluß, daß „bei den Verhandlungen deutlich gezeigten britischen Mißtrauen in die deutschen Absichten und an dem zielbewußten Willen der britischen Politik, gegen Deutschland als die stärkste Kontinentalmacht und den gefährlichsten Rivalen zur See und in der Weltwirtschaft unter allen Umständen eine starke Koalition zusammenzuhalten, um sich dieser Koalition bei günstiger Gelegenheit zur Niederkämpfung Deutschlands zu bedienen.“

Der Weltkrieg Band 1, Karl Helfferich, Berlin 1919; S.91

Den Weg der Triple-Entente vorbereiten, für den Tag X, darin sah England seine Aufgabe bei den Verhandlungen Haldanes in Berlin. Denn wie sagte einer seiner engen Vertrauten dem Kaiser: „Das englische Angebot sei eine ‚Finte‘, um uns zu veranlassen,“ die Erweiterungsabsichten der Flotte „fallenzulassen“.

Kaiser Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Leipzig/ Berlin 1922, S.130

Im Reichstag erklärt Reichskanzler Bethmann Hollweg zum Besuch des britischen Kriegsministers Haldane, dieser sei erschienen um Punkte gegenseitigen Interesses zu besprechen, ohne „Ermächtigung zu verbindlichen Abmachungen“. Einzelheiten könne er nicht preisgeben.

Kaiser Wilhelm resümiert die Begegnung und Verhandlung mit Haldane:

„Diese ‚Episode Haldane‘ ist bezeichnend für die Politik Englands. Dieses ganze großangelegte Manöver wurde veranstaltet, lediglich um die Entwicklung der deutschen Flotte zu verhindern, während gleichzeitig in Amerika, das eine kaum nennenswerte Handelsflotte besaß, in Frankreich, dessen Kriegsflotte der deutschen an Zahl überlegen war, in Italien, in Rußland, das auch im Ausland bauen ließ, großartige Bauprogramme ausgeführt wurden, ohne daß dies den geringsten Protest Englands hervorrief. Und Deutschland, das zwischen Frankreich und Rußland eingekeilt war, mußte zum mindesten doch so gerüstet sein, daß es zur See in der Verteidigung gegen jene das Meer halten konnte. Zu diesem Zwecke war unser Flottenbau unbedingt nötig. Er war niemals gegen die 4 – 5 fach stärkere englische Flotte gerichtet, die Englands Überlegenheit und Sicherheit garantierte, und deren Stärke zu erreichen kein vernünftiger Mensch in Deutschland je geträumt hat. Die Flotte war für uns nötig zur Küstenverteidigung und zum Schutze unseres Handels. Dazu reichen die kleinen Mittel, wie U-Boote, Torpedoboote und Minen nicht aus. Zudem waren an der Ostsee die Küstenbatterien so veraltet und miserabel bestückt, daß sie durch das Massenfeuer schwerer Artillerie moderner Großkampfschiffe in 48 Stunden rasiert worden wären. So war unsere Küste an der Ostsee eigentlich wehrlos. Zu ihrem Schutze war die Flotte nötig. Skagerrak hat es bewiesen, was sie bedeutete und wert war. Die Schlacht wäre für England vernichtend geworden, wenn nicht bis 1900 der Reichstag alle Anträge auf Verstärkung der Flotte abgelehnt hätte. Diese 12 verlorenen Jahre sind nicht wieder einzuholen gewesen.“
Kaiser Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Leipzig/ Berlin 1922, S.132f

Die Stellung des Kaisers in der Verfassung

Obwohl der Kaiser und Bethmann Hollweg sich lange kannten, wunderte sich der Kaiser über das Verhalten seines Reichskanzlers, mit dem er in täglichem Kontakt stand. Der Kanzler, wie Wilhelm schreibt, habe „eine starke Selbständigkeit für sich in Anspruch“ genommen und habe – und im Vergleich zu Bismarck gesehen –, geschaltet und gewaltet „frei nach Belieben. Das Auswärtige Amt durfte mir nur mitteilen, was dem Kanzler paßte, so daß ich oft über wichtige Angelegenheiten nicht informiert worden bin.“
Kaiser Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Leipzig/ Berlin 1922, S.116

Der Kaiser sieht dieses Gebaren des Kanzlers Bethmann Hollweg der Reichsverfassung geschuldet. Er führt folgende Punkte der Reichsverfassung des Deutschen Reiches an, die im Ursprung auf die Person Bismarcks gestaltet wurden:

„1. Nach der Reichsverfassung ist der Kanzler der Leiter und Vertreter der auswärtigen Politik des Reiches, er trägt für diese die volle Verantwortlichkeit und läßt sie durch das ihm unterstehende Auswärtige Amt ausführen, nachdem er dem Kaiser Vortrag gehalten hat.

2. Der Kaiser hat auf die auswärtige Politik nur insoweit Einfluß, als der Kanzler ihn einräumt.

3. Der Kaiser kann seinen Einfluß geltend machen im Wege der Diskussion, Information, Anregung, durch Vorschläge und die Berichterstattung über seine auf Reisen empfangenen Eindrücke, die dann als Ergänzung zu den politischen Berichten der Botschafter oder Gesandten der Länder, die er persönlich besuchte, gilt.

4. Der Kanzler kann auf solche Einwirkung des Kaisers eingehen, sie zur Grundlage seiner Entschlüsse machen, wenn er mit der Auffassung des Kaisers übereinstimmt. Im anderen Falle bleibt er bei seiner Auffassung und führt sie durch (Krügerdepesche).

5. Verfassungsmäßig hat der Kaiser kein Mittel, den Kanzler und das Auswärtige Amt zur Annahme seiner Ansicht zu zwingen. er kann den Kanzler nicht zu einer Politik veranlassen, die dieser nicht verantworten zu können glaubt. Besteht der Kaiser auf seiner Auffassung, so kann der Kanzler seinen Abschied anbieten oder fordern.

6. Auf der anderen Seite besitzt der Kaiser kein verfassungsmäßiges Mittel, den Kanzler und das Auswärtige Amt an einer Politik zu hindern, die er für bedenklich oder falsch hält. Es bleibt ihm, wenn der Kanzler auf seiner Auffassung besteht, nur übrig, zum Kanzlerwechsel zu schreiten. – Jeder Kanzlerwechsel ist aber eine schwierige, in das Leben der Nation tief eingreifende Prozedur und deshalb in Zeiten politischer Verwicklungen und Hochspannung äußerst bedenklich, eine ultima ratio, die um so gewagter ist, als die Zahl der für diesen anormal ausgewachsenen Posten geeigneten Männer sehr gering ist.

Die Stellung des Reichskanzlers, die auf die überragende Persönlichkeit des Fürsten Bismarck zugeschnitten war, hatte durch die sich immer mehr vergrößernden Reichsämter, deren aller Chef und verantwortlicher Vorgesetzter der Kanzler war, ein bedenkliches Übergewicht gewonnen.“

Kaiser Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Leipzig/ Berlin 1922, S.117

Was im Endeffekt auch zur Entlassung Bismarcks führte, war das Übergewicht seiner Machtausübung, auch gegenüber dem Kaiser. Mit Ausnahme der Möglichkeit, den Reichskanzler zu ernennen und/ oder auszuwechseln, hatte der Kaiser im Grunde die selben Möglichkeiten, wie das in der Organisationsform der modernen Bundesrepublik ist, zu dem Unterschied, daß der Präsident wohl den Kanzler ernennt, das Parlament aber bei der Ernennung ausschlaggebend ist. Von daher ähnelt die Aufgabe des heutigen Präsidenten der des Kaisers.

Kaiser Wilhelm - Zeugnisse für die Kriegsvorbereitungen der Feinde.

Kaiser Wilhelm gibt in seinen „Ereignisse und Gestalten“ Informationen weiter, die er nach dem Kriege erhalten hat, darunter Zeugnisse, die belegen, daß der Krieg bereits Anfang 1914 konkret von der Entente unter Einschluß Belgiens, vorbereitet wurde. Man bemerke: mit Belgien, dem Neutralen!

Während Deutschland noch Gold und Getreide, auch in Entente-Länder ausführte, habe England seine Goldreserven aufgefüllt.

Kaiser Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Leipzig/ Berlin 1922, S.213

Der Direktor der Kriegsakademie in Petersburg habe Ende März 1914 vor seinen Offizieren geäußert: „Der Krieg mit den Dreibundmächten sei infolge der gegen Rußlands Interessen gerichteten österreichischen Balkanpolitik unvermeidlich geworden... Höchstwahrscheinlich werde er noch in diesem Sommer zum Ausbruch kommen. Rußland sei die Ehre geworden, sofort die Offensive zu ergreifen.“

Kaiser Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Leipzig/ Berlin 1922, S.215

Weiterhin erwähnt Kaiser Wilhelm einen russischen Kronrat „unter Vorsitz des Zaren im Februar 1914“, mit folgenden Zielen: „In diesem Kronrat hielt Sasonow (russischer Außenminister) einen Vortrag, in welchem er dem Zaren vorschlug, Konstantinopel zu nehmen. Da der Dreibund das nicht zugeben würde, werde daraus ein Krieg gegen Deutschland und Österreich folgen. Italien werde von diesen abfallen; auf Frankreich könne man unbedingt rechnen, auf England wahrscheinlich. Der Zar habe zugestimmt und den Befehl gegeben, die nötigen Vorarbeiten zu beginnen.“

Kaiser Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Leipzig/ Berlin 1922, S.215

Und über Sasonow führt er aus, was ihm von einem Vertrauensmann, einem Baron, zugetragen wurde: „Zwei Tage nach Kriegsausbruch sei er zu Sasonow zum Frühstück geladen gewesen. Dieser sei ihm freudestrahlend entgegengekommen und habe ihn, sich die Hände reibend, gefragt: „Nun, lieber Baron, sie müssen doch zugeben, daß ich mir den Moment des Krieges vortrefflich gewählt habe?“ Als der Baron ihn etwas besorgt fragte, wie denn England sich dazu stellen werde, schlug der Minister lachend auf seine Tasche und flüsterte dem Baron mit listigem Augenzwinkern zu: „Ich habe etwas in meiner Tasche, was in den nächsten Tagen ganz Rußland erfreuen und die Welt in Erstaunen setzen wird: ich habe die englische Zusage erhalten, daß England mit Rußland gegen Deutschland gehen wird!“

Kaiser Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Leipzig/ Berlin 1922, S.215

Für England war schon vor seiner Kriegserklärung an Deutschland, beschlossen, mit auf der Bühne des Weltkrieges mitzuagieren und die Kommunikation, die in der Presse für Spannung sorgte, war die englische Ouvertüre, dem britischen Charakter angepaßt.

Bereits 1913 habe Rußland damit begonnen, Truppen Richtung deutscher Grenze zu verlagern:

„Russische Gefangene der sibirischen Korps, die in Ostpreußen gefangen genommen wurden, sagten aus: Sie seien im Sommer 1913 mit der Bahn in die Umgegend von Moskau transportiert worden, weil dort ein Manöver vor dem Zaren stattfinden solle. Das Manöver fand nicht statt. Die Truppen wurden aber nicht zurückbefördert, sondern für den Winter in der Umgegend von Moskau disloziert. Im Sommer 1914 wurden sie in die Gegend von Wilna vorgefahren, weil dort ein großes Manöver vor dem Zaren stattfinden solle. In und bei Wilna seien sie aufmarschiert und dann seien plötzlich die scharfen Patronen (Kriegsmunition) ausgegeben und ihnen mitgeteilt worden, nun sei Krieg gegen Deutschland. Warum und weshalb, das wußten sie nicht zu sagen.“

Kaiser Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Leipzig/ Berlin 1922, S.216

Einen Informanten habe der Kaiser gefragt, ob in Rußland sehr zum Kriege gehetzt wurde. Man antwortete ihm, ein „Hetzen sei überhaupt überflüssig gewesen, weil sowieso eine starke Kriegsstimmung gegen Deutschland im ganzen russischen Offizierskorps geherrscht habe. Dieser Geist sei hauptsächlich aus der französischen Armee auf die russischen Offiziere übertragen worden. Man habe den Krieg eigentlich schon im Jahr 1908/09 (Bosnische Frage) machen wollen, aber Frankreich sei damals noch nicht fertig gewesen. Auch 1914 sei Rußland noch nicht ganz fertig gewesen; Januschewitsch und Suchomlinow hätten den Krieg erst für 1917 geplant. Aber Sasonow und Jswolski sowie die Franzosen waren nicht mehr zu halten. Jene fürchteten die Revolution in Rußland und den Einfluß des Deutschen Kaisers auf den Zaren, durch den der Zar vielleicht vom

Kriegsgedanken abgebracht werden könne. Die Franzosen aber, die für den Augenblick der englischen Hilfe sicher waren, befürchteten, England könnte sich später auf ihre Kosten mit Deutschland verständigen. Auf meine Frage, ob denn der Zar die Kriegsstimmung gekannt und geduldet habe, antwortete der Fürst: Es sei bezeichnend, daß der Zar aus Gründen der Vorsicht ein für allemal verboten habe, deutsche Diplomaten oder Militärattachés zum Mittag- oder Abendessen im Offizierskorps einzuladen, an denen er persönlich teilnahm.“
Kaiser Wilhelm II. - Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Berlin 1922, S.212ff

Die Franzosen haben gedrängt und waren nicht mehr zu bremsen, den Krieg gegen Deutschland zu eröffnen. Ein tief sitzender Haß der Franzosen oder eher nur der unermeßliche Deutschenhaß des Lothringers Poincare?

Unter den Staatsmännern, die neben Poincare besonders zur Entfesselung des Weltkrieges beigetragen haben, dürfte die Gruppe Sasonow-Jswolski an erster Stelle stehen. Jswolski hat, wie man sagt, in Paris stolz an seine Brust pochend erklärt: Den Krieg habe ich gemacht, „Je suis le pere de cette guerre.“ („Ich bin der Vater dieses Krieges.“) Delcasse hat großen Anteil an der Schuld für den Weltkrieg, noch größeren Grey als der geistige Leiter der „Einkreisung“, die er als „Vermächtnis“ seines verstorbenen Königs getreulich fort- und durchführte.

Frankreich und Rußland sind mehr als wild darauf, gegen Deutschland, nebenbei gegen Österreich-Ungarn, einen Krieg vom Zaun zu brechen. Bei Frankreich sind wir uns einig, Poincare als Lothringer aus Bar-le-Duc, will die Schmach des 1870/71 von Frankreich begonnenen und verlorenen Krieges, wettmachen, und sich das deutsche Elsaß-Lothringen holen, und um in den Besitz des Gebietes links des Rheins zu kommen, eine natürliche Grenze zwischen Frankreich und Deutschland zu haben, die das „friedliebende“ Frankreich vor dem „aggressiven“ Nachbarn schützen würde. Dies führte in der Vergangenheit, z.B. nach dem Wiener Kongreß, zu wiederholten Bestrebungen der Franzosen, die Beschlüsse des Kongresses zu revidieren und das „französische“ linke Rheinufer mit Mayence heim in die „Grande Nation“ zu führen. In dieser Zeit entstanden aus jenem Grunde, als bewußte kulturelle deutsche Abwehr, Lieder wie „Die Wacht am Rhein“, Text aus dem Jahre 1840, „O Deutschland hoch in Ehren“, Text aus dem Jahre 1860, und nicht zu vergessen „Deutschland, Deutschland über alles“, Text aus dem Jahre 1841. Das waren die Antworten der „aggressiven“ deutschen Nachbarn auf die „Abwehrbewegungen“ der Franzosen.

„Deutschland bereitet sich auf einen Krieg vor“, Propaganda der Feinde in Ost und West. Deutschland vertrete den ‚Pangermanismus‘ und strebe die Weltherrschaft an – Worte der Angelsachsen, der Welschen und der Reußen, um ihr Volk auf Krieg „zu trimmen“. Deutschlands wirtschaftliche Erfolge führten in England zu sonderbaren Hypothesen: „Sie lieh den deutschfeindlichen Elementen jenseits des Kanals eine Agitationswaffe, um dem englischen Volk die Wahnvorstellung einzuimpfen, daß Deutschland auf einen Angriff gegen England abziele. In jedem deutschen Kellner in London glaubte diese Gespensterfurcht einen Spion zu erkennen.“
Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges, G. v. Jagow, Berlin 1919, S.25

Und der Brite Brailsford schrieb in „The War of Steel and Gold“ schon 1914, wie diese „kriegerischen“ Hunnen Europa in den letzten Jahrzehnten seit 1870 in Angst und Schrecken versetzten:

„Europa hatte in dem Vierteljahrhundert, das zwischen dem Untergang des französischen Kaiserreichs und der Gründung des französisch-russischen Bündnisses verging, eine lange Erfahrung deutscher „Hegemonie“. Es ist nichts Katastrophales passiert. Keine kleinen Staaten wurden überrannt, keine Wahrzeichen der Nachbarn entfernt, keine Throne gestürzt, keine nationalen oder religiösen Freiheiten bedroht. Selbst wenn der Kaiser über eine militärische Macht verfügte, die so groß war wie die von Ludwig XIV., können wir uns nicht vorstellen, daß er als Großmonarch gehandelt hätte.“
The war of Steel and Gold, Henry Noel Brailsford, London 1918

Deutschland kannte die Zahlen der Triple-Entente zu deren Rüstungsausgaben, die jeder einsehen konnte und man wußte, daß die Entente gerüsteter als der Dreibund, dessen Ausrichtung defensiv war.

Doch wie war die militärische Situation in Deutschland? Nach 1871 bis 1914 war Deutschland in keinen Krieg involviert. Die militärische Auseinandersetzung in China auf Grund des Mordes am deutschen Botschafter v. Ketteler war der Widerstand zur Abwehr terroristischer Gruppen, die mit Gewalt gegen westliche Einrichtungen und Menschen vorgingen. Deutschland war für einen Krieg gegen Osten – Rußland – oder gegen Westen – Frankreich – nicht gewappnet. Dagegen waren die Genannten und England gerüstet, von denen 1908 der französische General Prudhomme „in der ‚France militaire‘ zum Kriege gegen Deutschland“ aufforderte, mit den Worten:

„Niemals wird sich eine bessere Gelegenheit bieten unseren Platz in der Welt wiederzugewinnen, dank dem doppelten, unerwarteten Beistand von Rußland und England, das danach strebt, Deutschlands Kriegsflotte und Seehandel zu vernichten.“

Deutschlands Rüstung und Aufbau einer Kriegsmarine, um den status quo zu sichern und seinen Handel in den Kolonien abzusichern, Ausbau der Eisenbahnlinien, vor allem im Osten, hatte sich Kaiser Wilhelm II. zur Aufgabe gestellt.

Die Allianz der Gegenseite, mit Frankreich und Rußland, die sich schon vor 1892 bildete, wurde immer mehr als Bedrohung der Sicherheit Deutschlands gesehen, was sich in den Marokkokrisen 1905 und 1911 zeigte, die England nutzte, das Bündnis der „Drei“ zu demonstrieren. „Die Allianz mit Frankreich wurde im Herbst 1893 geschlossen (Sie war eingeleitet worden durch ein Arrangement diplomatique im Jahre 1891 und eine Militärkonvention im Jahre 1892). Die Gegensätze zur Donaumonarchie im Balkan, wie uns gegenüber in der Türkei infolge unserer Bagdadpolitik, verschärften sich. Das russische Wort: ‚Der Weg nach Konstantinopel führt über Berlin‘, ist bekannt.“

Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges; G. von Jagow, Staatssekretär a.D., Berlin 1919, S.16,

Erst 1898 wurde in Deutschland an einen Flottenbau gedacht, der die Nordsee- und Ostseeküste und den Handel weltweit schützen sollte. Nach langen Diskussionen und Debatten im Reichstag, konnte Admiral von Tirpitz daran gehen, die deutsche Flotte aufzubauen.

Im Januar 1901 reist Kaiser Wilhelm nach London, seine sterbende Großmutter, Königin Victoria noch einmal zu sehen, die am 22. Januar in seinen Armen stirbt. Ihr Nachfolger, König Eduard VII., kommentiert das Wort eines Engländers „Thank you, Kaiser!“, mit den Worten: „That is, what they all think, every one of them, and they will never forget this coming of yours!“

Kaiser Wilhelm II. - Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Berlin 1922, S.85

Wilhelm II. hatte einen guten Eindruck von seiner Reise gewonnen und hatte das Empfinden, eine Annäherung mit England sei „günstig“.

Chamberlains Angebot

Joseph Chamberlain (*08.07.1836- +02.07.1914) fragte im Frühjahr 1901 in Berlin an, „ob Deutschland bereit sei, eine Allianz mit England einzugehen.“ Eine Verbindung Deutschlands mit England war ein politisches Ziel, das sich hier anscheinend anbot. Die Reaktion des Kaisers war: „Gegen wen?“, denn wenn England so plötzlich mitten im Frieden eine Allianz anböte, dann brauchte es offenbar die deutsche Armee. Da sei es doch wichtig, zu erfahren, gegen wen und wofür deutsche Truppen auf Englands Geheiß an seiner Seite fechten sollten. Daraufhin kam aus London die Antwort: Gegen Rußland, weil es für Indien und Stambul bedrohlich werde.“

Kaiser Wilhelm II. - Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Berlin 1922, S.88f

Die allgemeine Situation war nicht sehr vorteilhaft, sollte Deutschland auf dieses Angebot eingehen. Der Kaiser und Reichskanzler Bülow argumentierten, „daß jeder Grund fehle, jetzt mitten im Frieden einen Konflikt mit Rußland vom Zaun zu brechen. Die Überzahl der russischen Friedensformationen sei sehr groß und die Ostgrenze Preußens sei durch die russischen Dislokationen stark bedroht; unsere Ostmark vor dem russischen Einfall zu bewahren, werde England nicht in der Lage sein, da seine Flotte in der Ostsee wenig ausrichten und ins Schwarze Meer nicht einfahren könne. Mithin sei bei einem gemeinsamen Waffengange mit Rußland Deutschland der allein und recht stark gefährdete Teil, ganz abgesehen von der Gefahr des Eingreifens Frankreichs. Chamberlain ließ darauf wissen, es solle ein festes Bündnis geschlossen werden, bei dem England sich natürlich zur Hilfeleistung verpflichten werde.“

Ich hatte auch darauf hingewiesen, daß die Validität eines Bündnisses erst dann sichergestellt sei, wenn das englische Parlament sein Placet dazu gegeben habe. Denn das Ministerium könne durch den im Parlament ausgedrückten Volkswillen beseitigt und das Bündnis hinfällig werden. Wir könnten Chamberlains Vorschlag zunächst nur als seine rein persönliche Idee ansehen. Chamberlain erwiderte darauf, daß er die parlamentarische Deckung schon erreichen werde; die Unionisten werde er dafür zu gewinnen wissen, man solle in Berlin nur erst einmal zeichnen. Es kam nicht dazu, da das Parlament nicht dafür zu haben war. So verlief der „Plan“ im Sande.“

Kaiser Wilhelm II. - Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Berlin 1922, S.88f

England suchte aber einen Partner, der im fernen Osten die Russen zurückdrängte, die im April 1898 in den Hafen Port Arthur eindringen und die Chinesen zu einer fünfundzwanzig jährigen Pacht nötigten - zwangen.

„Zu gleicher Zeit sicherte sich Frankreich die Pacht von Kwang-Tschau-Wang und England pachtete auf neunundneunzig Jahre das Festlandgebiet, das an Hongkong grenzt, und Wie-Hai-Wie mit Rechten und Bedingungen ähnlich denen der Russen in Port Arthur. Diese Pacht sollte ablaufen, sobald die Russen Port Arthur räumten, d.h. sie sollte von gleicher Dauer sein, wie die russische Okkupation. Dieser englische Schritt, der als Gegenstoß gegen die russische Angriffspolitik in dieser Gegend gelten sollte, gefiel den Japanern ganz

besonders; sie sahen daraus, daß England sich dem Protest gegen die japanische Besetzung der Halbinsel Liaotung nicht angeschlossen hatte, daß man sich auf England stets würde verlassen können, wenn es sich um ein Ausspielen japanischer Interessen gegen russische im fernen Osten handelte.“

Das Problem Japans, Leipzig 1920, S.44

Dieses Handeln gegen Rußland, das den Japanern gefiel, führte zu einem englisch-japanischen, statt einem englisch-deutschen Bündnis. Am 30. Januar 1902 unterzeichnen Baron Hayaschi und Lord Lansdowne:

„Für den Fall, daß zwei oder mehr Mächte einen Angriff gegen England oder Japan machen sollten, verpflichteten sich diese beiden Mächte, vereint einen solchen Angriff abzuschlagen.“

Das Problem Japans, übersetzt v. Prof.J.A.Sauter, Leipzig 1920/ 1.Originalausgabe 1913, S.45

1904 entbrannte der russisch-japanische Krieg, da Rußland den Plänen Japans in der Mandschurei und in Korea im Wege stand. Rußland unterlag und unterzeichnete den Frieden von Portsmouth 1905.

England, immer darauf bedacht, daß um es herum alles nur zu seinem Vorteil geschah und es war ein „Axiom der englischen Politik, daß sie stets gegen die größte Seemacht des europäischen Festlandes gerichtet war (Spanien, Holland, Frankreich). Nicht etwa, daß Albion alle Wirren des Kontinents vorbedacht angezettelt hätte – das hieße der englischen Politik zuviel Finesse zutrauen – aber es wußte sie stets geschickt für seine Zwecke auszunutzen.“

Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges, G. v. Jagow, Berlin 1919, S.25

Nacheinander baute England seine Macht aus und „vernichtete im 16. Jahrhundert die „Armada“ Philipps II., die Flotte Hollands, in den napoleonischen Kriegen die französische und später die spanische, die neapolitanische und die dänische Flotte. Es zerstörte in diesen Kriegen alle Häfen und Anlagen, die sich zum Bau neuer Flotten hätten eignen können. Die gleiche Eifersucht, mit der es sich jetzt gegen Deutschland kehrt, hegte England gegen die spanische, holländische und französische Weltmacht, welche letztere es während der napoleonischen Kriege ihrer wertvollsten Kolonien beraubte.“

Das Endziel des Weltkrieges, Maurus Revai, Berlin 1916, S.38

Und jetzt war Deutschland an der Reihe - das Ziel. der Vernichtung.

Kaiser Wilhelms Sicherung der Grenzen Deutschlands

Deutschland hatte eine allgemeine Wehrpflicht „mit zweijähriger Dienstzeit für Fußgruppen und dreijähriger für Reiterei und Marine“, und sicherte „eine tadellose Ausbildung der Wehrfähigen. Der Reichstag bewilligte 1874 für die nächsten sieben Jahre die Mittel für ein Heer von 402 000 Mann Friedensstärke, die nach Ablauf der siebenjährigen Frist noch mehrmals erhöht wurden. Die junge deutsche Flotte blieb zunächst noch schwach.“

So ward das Reich, Dietrich Klages, Frankfurt a.M. 1943

Den Westen mit Frankreich mußte man im Auge behalten. „Es mehrte seine Kraft, indem es sein Heer verstärkte und Kolonien erwarb. Dabei störte Bismarck die Franzosen nicht, um sie vom Rhein abzulenken. So konnten sie ihr Kolonialreich auf das 24 fache vergrößern. Tunis, Innerafrika, Madagaskar und Hinterindien kamen hinzu. Ihre Gedanken aber bleiben bei der Rache und beim Rhein.“

So ward das Reich, Dietrich Klages, Frankfurt a.M. 1943

Im Westen Frankreich im Osten Rußland, und beide mußte man mit Argusaugen beobachten, von beiden ging, wie es Bismarck schon meinte, eine drohende Gefahr aus: „Frankreich, indem es den Traditionen der letzten Jahrhunderte treu bleibt, wo es sich als den beständigen Feind seiner Nachbarn erwiesen hat, und infolge des französischen Nationalcharakters, Rußland, indem es heute Europa gegenüber die für den europäischen Frieden beunruhigende Haltung einnimmt, welche Frankreich unter der Regierung Ludwig XIV. und Napoleons I. kennzeichnete.“

Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges, G. v. Jagow, Berlin 1919, S.58

So rüstete Deutschland, ersetzte Altes mit Neuem, baute Forts aus, begann eine neue Kriegs- und Handels-Flotte zu bauen. „Als das neuerstandene Deutsche Reich zu einem der größten Handels- und Exportstaaten wurde, als es Kolonien erwarb, als es gar anfang, eine starke Flotte zum Schutze dieser seiner Interessen zu bauen, erwachte das Mißtrauen und die Eifersucht Englands. Die handelspolitische Konkurrenz führte zu einem natürlichen Gegensatz zwischen den stammverwandten Ländern.“

Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges, G. v. Jagow, Berlin 1919, S.25

Bereits Kaiser Wilhelm I. wollte die Ost-Grenze zu Rußland stabilisieren, da stetig Truppen an „die Ostgrenze des Königreiches Preußen disloziert wurden und namentlich die großen Massen der russischen Kavallerie auf Einbrüche in Preußen, Posen, Schlesien rechnen ließen.“

Kaiser Wilhelm II. - Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Berlin 1922 S.146ff

Die darüber geführten Beratungen führten zu dem Resultat, „preußische Truppen nach dem Osten zu verschieben und dort den Ausbau des vernachlässigten Bahnnetzes zu fördern. Die unter Kaiser Wilhelm I. befohlenen begonnenen Maßnahmen erforderten geraume Zeit, zumal die Neubauten und besonders die großen, neuen Weichsel- und Nogat-Eisenbahnbrücken militärischerseits gegen starken Widerstand der Behörde (Maybach) durchgefochten werden mußten.“

Kaiser Wilhelm II. - Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Berlin 1922, S.146ff

Der begonnene Ausbau des deutschen Schienennetzes wurde unter Wilhelm II. fortgeführt und so besonders Ostpreußen mit einem dichteren Eisenbahnnetz versehen.

Weiter hatte der Kaiser den Rhein im Blick, da Deutschland von zwei Seiten bedroht wurde – durch das französisch-russische Bündnis. Somit mußte auch eine entsprechende Versorgungslinie gen Westen verstärkt werden. Dazu gehörte der Bau von Rheinbrücken: „Die große zweite Eisenbahnbrücke bei Mainz über den Rhein entstand, ebenso die Brücke über den Main bei Costheim. Dazu die nötigen Kehren und Schleifen, durch welche die Verbindung mit der rechtsrheinischen Linie und Wiesbaden erreicht wurde, und der Ausbau des Dreiecks Biebrich-Mosbach (*heute Wiesbaden-Biebrich*). Drei neue Rheinbrücken bei Rüdenheim, Neuwied und der Loreley wurden in Angriff genommen; sie wurden erst während des Krieges vollendet und nach dem Kronprinzen, Hindenburg und Ludendorff benannt. Im Osten wurden große Bahnhofserweiterungen, Brücken und neue Linien gebaut, auch noch während des Krieges.“

Kaiser Wilhelm II. - Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Berlin 1922, S.146ff

Die Brücke an der Loreley wartet noch heute auf ihre Realisierung, wahrscheinlich waren damals die selben Probleme wie heute – Natur- und Denkmalschutz.

„Im Westen wurden als bedeutungsvolle Arbeiten von Breitenbach durchgeführt: die große Rheinbrücke bei Cöln als Ersatz für die alte Gitterbrücke, ferner eine neue Brücke am Bayenturm für den Güterverkehr, sowie neue Bahnen in der Eifel.“

Kaiser Wilhelm II. - Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Berlin 1922, S.146ff

Die militärischen Planungen für den Westen liefen genauso forciert, wie die für den Osten. General von Falkenhausen wird von Morel in „Truth and the War“ aus dessen Buch „Der große Krieg der Jetztzeit“, von 1909, zitiert:

„Militärschriftsteller, britische und andere, berichten, daß Deutschland, als es erkannte, daß es seine gesamten militärischen Pläne revolutionieren mußte, sofort ein großes Werk des strategischen Eisenbahnbaus begann, das die gesamte Front von Aachen bis Trier flankierte und diese neuen Strecken mit den Hauptstrecken und militärischen Zentren in Mainz, Köln, Bonn und Koblenz verband. Bereits 1911 wurde uns mitgeteilt, daß die Abstellgleise in Metz schrittweise verdreifacht worden waren und daß zwischen Aachen und Troisvierges (*Ulflingen, Luxemburg*) ein neuer Konzentrationspunkt für eine Armee in Vorbereitung war; daß zusätzlich zu diesen ‚doppelgleisigen und für den Schwerlastverkehr asphaltierten‘ Eisenbahnstrecken an allen Bahnhöfen und an geeigneten Stellen zwischen den Bahnhöfen Gleisanschlüsse eingerichtet worden waren; daß zwischen Montjoie (Monschau) und St. Vith Landeplätze für mehr als 120.000 Mann zur Verfügung gestellt worden war; daß kleine Bahnhöfe (wie Munster, Rotgen, Montjoie usw.), auf denen überhaupt kein Verkehr herrschte, mit Bahnsteigen versehen worden waren, von denen sich einige über eine halbe Meile erstreckten‘ Sie erzählten uns von verschanzten Lagern in der Nähe der belgischen Grenze, von der Anhäufung von Lastwagen, Vorräten und so weiter und so fort.

Die Wahrheit und der Krieg, E. D. Morel, London 1916, S.22f

Man wappnete sich für den unausweichlichen Krieg.

Ziel Deutschlands war es, den Status Quo zu erhalten, Rußland wollte die Zertrümmerung Österreichs im Namen des ‚Panславismus‘, Serbien in seinem Bestreben deckend, Großserbien zu errichten.

„Hatte doch der Zar am 2. Februar 1914 zu Paschitsch geäußert: ‚Für Serbien werden wir alles tun!‘ Rußlands Streben ging dahin, sich durch Zertrümmerung Österreich-Ungarns den Weg nach Konstantinopel zu öffnen.“

Die militärpolitische Lage Deutschlands und Österreich-Ungarns im Sommer 1914; Kuhl, in: Berliner Monatshefte, Berlin 1925; II S.185,

Und Frankreich wollte die deutschen Provinzen Elsaß-Lothringen, dem rechtmäßigen Besitzer, Deutschland, durch Frankreichs Aggressivität 1870/71 rechtlich zugeführt, zurückholen und England wollte den deutschen Konkurrenten zur See und im Handel Einhalt gebieten.

Der deutsche Generalstab kam 1912 zu der Erkenntnis, „daß die Stärke des deutschen Heeres nicht ausreichend sei, um nach mehreren Seiten Front zu machen. Auf Deutschlands Schultern werde aber im Kriege die Hauptlast liegen. Daher bedürfe seine Wehrkraft einer erheblichen Steigerung. Mit unabweisbarem Zwange werde sie durch die politische Lage gefordert. Tatsächlich brachte die Heeresverstärkung vom 14. Juni 1912

eine Erhöhung der Friedensstärke um rund 29 000 Mann, die völlig unzureichend war, während am 3. Juli 1913 eine beträchtliche Vermehrung der Friedensstärke um rund 117 000 Mann beschlossen wurde, die aber auch nicht den Forderungen des Generalstabes genügte und auch erst im Herbst 1914 völlig durchgeführt sein konnte.“

Frankreich und Rußland hatten als Schritt vor der Mobilmachung vorbereitende Maßnahmen vorgesehen, „und die Grenztruppen unabhängig vom Erlaß des allgemeinen Mobilmachungsbefehles auf Kriegsstärke zu bringen und an der Grenze bereitzustellen. Diese Maßnahme betraf aber volle 11 Infanterie- und 3 Kavalleriedivisionen.“

Die militärpolitische Lage Deutschlands und Österreich-Ungarns im Sommer 1914; Kuhl, in: Berliner Monatshefte, Berlin 1925; II S.191

Frankreich und Rußland investieren wesentlich mehr Kapital in die Aufrüstung als Deutschland, zweimal so viele Mittel wie Deutschland und Österreich zusammen (s.o.). Bereits 1908 wird von dem englischen General Lord Roberts die Werbetrommel für einen Krieg gegen Deutschland gerührt, einen Überraschungsangriff, und „Lord Fisher, damals Englands First Sea Lord, rühmt sich in seinen ‚Memories‘, daß auch er bereits 1908 einen solchen Angriff als drastisches Mittel zur Ausschaltung eines Handelsrivalen empfohlen habe.“

Unser Mythos vom Anfang des Krieges, in: Shall it be again? J.K.Turner, New York 1922, S.185

Aber England, immer „frei und unabhängig“, hat 1912 „die geheime Vereinbarung über die französische und britische Zusammenarbeit gegen Deutschland, die sechs Jahre lang Gegenstand von Gesprächen zwischen den Generalstäben der beiden Länder war, schriftlich festgehalten“.

Unser Mythos vom Anfang des Krieges, in: Shall it be again? J.K.Turner, New York 1922, S.185

Morel weist darauf hin, daß Frankreich schon vor der Verabschiedung des Dreijahresgesetzes über den Militärdienst im Jahr 1913 stärker militarisiert war als Deutschland oder eine der anderen Großmächte.

Die Wahrheit und der Krieg, E. D. Morel, London 1916, S.148

Das Kräfteverhältnis 1913 Frankreich/ Rußland lag bei 2,025,572 und Deutschland/ Österreich-Ungarn bei 1,295,607 Truppenstärke.

Die Wahrheit und der Krieg, E. D. Morel, London 1916, S.144

Und in der „Nouvelle Revue“ von 1912 ist man in Frankreich sicher:

„Wir haben die Absicht, Krieg zu führen. Nach vierzig Jahren eines schwer bewaffneten Friedens können wir endlich diese Meinung äußern. . . Frankreich ist bereit, zuzuschlagen und zu erobern, wie es das vor vierzig Jahren nicht war und wie es das in vier oder fünf Jahren nicht sein wird, aufgrund der jährlich abweichenden Geburtenzahlen in jedem Land. . . Wir, die Angreifenden werden mit England vereinbart haben, daß ihre Flotte ... den Resten der gesamten deutschen Marine in deutsche Gewässer folgen wird.“

Unser Mythos vom Anfang des Krieges, in: Shall it be again? J.K.Turner, New York 1922, S.189

Der Kaiser 1907 auf Einladung zu Besuch in England

„Im Spätherbst 1907 fuhren die Kaiserin und ich, einer Einladung König Eduards VII. entsprechend, nach Windsor zum Besuch, der bei sehr liebenswürdiger Aufnahme seitens der englischen Königsfamilie harmonisch verlief. Nach Abschluß des Besuches begab ich mich zu einem Erholungsaufenthalt auf das dem General Stuart-Wortley gehörige Schloß Highcliff, das an der Südküste Englands den Needles gegenüber gelegen ist.

Vor meiner Abreise nach England hatte der Kanzler, der sehr befriedigt über die englische Einladung war, längere Gespräche mit mir über die Mittel, mit England auf einen besseren „Grüßfuß“ zu kommen, gehabt und mir verschiedene Wünsche und Vorschläge als Richtlinien mitgegeben, die ich den Gesprächen mit Engländern innehalten möchte. Ich hatte im Laufe meines Aufenthaltes mehrfach Gelegenheit gehabt, die verabredeten Themata zu erörtern und die mitgegebenen Wünsche an den Mann zu bringen. (*Chiffretelegramme mit dem Kanzler wurden ausgetauscht*). Wiederholt erhielt ich vom Kanzler zustimmende Telegramme. Ich habe sie abends nach Tisch den Vertrauten, die meinen Aufenthalt teilten, gezeigt; so haben sie z.B. der Oberhofmarschall Graf Eulenburg und Fürst Max Egon Fürstenberg gelesen“

Kaiser Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Berlin 1922, S.97/98

Folgen des Englandbesuches

Der serbische Botschafter sieht diesen nach außen erfolgreichen Besuch Kaiser Wilhelm II. in England im Herbst 1907 aus der Perspektive des „Bühnenarbeiters“, der sieht, was bei dem Theater auf der Bühne sich im Hintergrund tut. So bemerkt er, daß Sir Edward Grey sich durch die Anwesenheit Deutschlands auf der

Weltbühne in seinen Geschäften „gestört“ fühlt. Ein Gefühl, das seinen Interessen in der Weltpolitik zu wider läuft:

Der serbische Gesandte Militschewitsch, London, an das Ministerium des Äußern in Belgrad. Nr.4

Pov.br.24

London, den 20.Januar/ 2. Februar 1908

In einem anderen am gleichen Tage verfaßten Berichte des Gesandten steht aber u.a. folgendes:

„Trotz aller guten Stimmung des englischen Publikums, die sich beim Besuche Kaiser Wilhelms gezeigt hat und trotz des Wunsches des Königs Eduard, gute Beziehungen zu Deutschland zu pflegen, stellt Sir Edward Grey mit Bedauern fest, daß Deutschland auch in Konstantinopel ebenso wie an vielen anderen Orten England Schwierigkeiten bereite. Die englische Regierung glaube Grund zu haben, den Finger Deutschlands und seine Nebenbuhlerschaft an vielen Orten zu sehen, wo englische Interessen in Frage kommen, in Konstantinopel, in Persien, am Persischen Meerbusen, in Ägypten und Marokko und sogar auch in der feindlichen Haltung der Türkei gegen Persien und den Zusammenstößen an der persisch-türkischen Grenze. Diese Besorgnisse der englischen Regierung sind selbstverständlich weder der Presse noch dem Publikum bekannt, trotzdem sie, wie ich zuverlässig unterrichtet bin, bestehen.“

Die auswärtige Politik Serbiens 1903 – 1914, Bd 1, Geheimakten aus serbischen Archiven, Dr.M.Boghitschewitsch, Berlin 1928, S.4

★

★

★

Deutschland stört den englischen „Seelenfrieden“ rund um den Globus, so wie gleichfalls den von Japan durch seine Anwesenheit in China.

Deutschlands und Englands Flotte

Daß Grey die deutsche Handels- und Marinepolitik erheblich in seinem Wohlbefinden störten, nicht ein Splitter sondern ein Balken im Auge war – obwohl kein Grund dazu bestand. Denn Deutschlands Kriegsflotte stand bei Regierungsantritt Wilhelm II. an fünfter Stelle, nach Rußland, Italien, Frankreich und weit voraus England.

Deutschland wollte und konnte die englische Seemacht nicht einholen – wozu, es bestand keine Notwendigkeit. Einzig und allein zur Sicherung des Erreichten, der deutschen Seegrenzen, des deutschen Überseehandels und seiner Kolonien wollte Deutschland gerüstet sein. Bei einigen deutschen „Historikern“ allerdings sieht man die Marine-Politik Wilhelm II. als den Weg, England als Seemacht zu überholen oder wenigstens auf gleiches Niveau stehen zu kommen, als einen Weg des „Größenwahns“. Deutsche Märchenerzähler „Historiker“ eben.

„Die Überlegenheit Englands auf diesem Gebiet war so gewaltig, daß sie auch durch die stärksten Anstrengungen des im Gegensatz zu England durch die Notwendigkeit eines starken Landheeres beschwerten Deutschen Reiches unmöglich ernsthaft in Frage gestellt werden konnte. Die dem Ausbau der deutschen Kriegsflotte gestellten Aufgaben und gezogenen Grenzen sind seinerzeit klar ausgesprochen worden in der Begründung des deutschen Flottengesetzes von 1900: „Um unter den bestehenden Verhältnissen Deutschlands Seehandel und Kolonien zu schützen, gibt es nur ein Mittel: Deutschland muß eine so große Schlachtflotte besitzen, daß ein Krieg auch für den seemächtigsten Gegner mit derartigen Gefahren verbunden ist, daß seine eigene Machtstellung in Frage gestellt wird.““

Der Weltkrieg Band 1 – Karl Helfferich, Berlin 1919; S.50f

Die Präzision, mit der Deutschland das Flottenprogramm von 1898 und 1900 durchführte, verstärkte in „England die Unruhe, und desto mehr wurde die Flottenfrage zum Angelpunkt des deutsch-englischen Verhältnisses. ‚Mit dem Auge auf die englische Politik mußte unsere Flotte gebaut werden‘, so schreibt Fürst Bülow in seinem Buch über die deutsche Politik, – und so ist sie gebaut worden. Der Erfüllung dieser Aufgabe hatten meine Bemühungen auf dem Felde der großen Politik in erster Linie zu gelten.‘ Wie ein roter Faden zieht sich durch des Fürsten Bülow Darstellung seiner auswärtigen Politik die Notwendigkeit, eine ausreichend starke deutsche Flotte zu schaffen, ohne es zum Kriege mit England kommen zu lassen.“

Der Weltkrieg Band 1 – Die Vorgeschichte des Weltkrieges, Helfferich, Berlin 1919; S.52

Das Flottengesetz von 1905 brachte Deutschland seetechnisch auf den zweiten Platz, mit einem entsprechend großen Abstand zu England, was aber englische Befürchtungen noch mehr steigerte. England wurde in Bezug auf die deutsche Flottenpolitik stetig nervöser.

Admiral Tirpitz war für das Flottenbauprogramm verantwortlich. Es entstanden „19 Linienschiffe, 8 Küstenpanzer, 12 große und 30 kleine Kreuzer“. Und „Kiel, Wilhelmshaven und die Insel Helgoland wurden Seefestungen ersten Ranges.“

So ward das Reich, Dietrich Klages, Frankfurt a.M. 1943

„Bis zu welchem Grade schon frühzeitig die Empfindlichkeit über unsere Flottenpolitik in England namentlich in Marinekreisen, gestiegen war, in welchem Maße sie das Verlangen nach einem gegen Deutschland zu führenden Schlag auslöste, enthüllte sich anlässlich des Zwischenfalls an der Doggerbank im Herbst 1904. Die auf der Fahrt von Libau nach den ostasiatischen Gewässern begriffene baltische Flotte Rußlands beschoß damals nächtlicherweise aus Versehen eine englische Fischerflotte, die sie für japanische Torpedoboote hielt. Die Erregung in England war ungeheuer und richtete sich merkwürdigerweise auf Grund der abenteuerlichsten Gerüchte und Vermutungen nicht nur gegen Rußland, sondern auch gegen Deutschland, das mit dem ganzen Vorfall nicht das mindeste zu tun hatte. Damals schrieb die der britischen Admiralität nahestehende ‚Army and Navy Gazette‘: ‚Der Augenblick scheine gekommen, mit der deutschen Flotte ein Ende zu machen; die russische Flotte sei, vielleicht für immer, aus der Nordsee verschwunden, die deutsche Kriegsflotte stehe dort völlig allein, jetzt oder nie sei für England die Gelegenheit, die mit jedem Jahr drohender anwachsende deutsche Flotte ein für allemal zu beseitigen.“

Der Weltkrieg Band 1, Karl Helfferich, Berlin 1919; S.53f

Man möchte sich des unliebsamen Konkurrenten entledigen, nach alter britischer Tradition – mit Pulver und Blei. Die andere Möglichkeit, die Freundschaft Englands zu erringen, wäre der Verzicht auf die deutsche Flottenpolitik. Zu einer Rede des Zivillord der britischen Admiralität, Mr. Arthur Lee, im Februar 1905 bemerkte der „Daily Chronicle“: „Der Preis für Englands Freundschaft müßte das Aufgeben der Kriegsrüstung auf seiten Deutschlands sein. Wenn die deutsche Flotte im Oktober vorigen Jahres (Doggerbank-Zwischenfall) zerstört worden wäre, wäre der Friede Europas für 60 Jahre gesichert gewesen.“

Der Weltkrieg Band 1, Karl Helfferich, Berlin 1919; S.54

Allein die Behauptung, der Friede sei mit der Zerstörung Deutschlands Flotte gesichert, zeugt von britischer Arroganz und Überheblichkeit und dem gesetzten Ziel Englands, Deutschland zu zerstören.

Kaiser Wilhelm und Zar Nikolaus in Potsdam – November 1910

Die beiden Vettern Kaiser Wilhelm II. und Zar Nikolaus III. trafen sich am 4. und 5. November 1910 in Potsdam, der Zar in Begleitung seines Außenministers Sazonow. Man scheint sich näher zu kommen und trifft eine gemeinsame Vereinbarung, „daß von neuem festgestellt wurde, daß sich beide Regierungen in keinerlei Kombination einlassen, die eine aggressive Spitze gegen den anderen Teil haben könnte. In diesem Sinne haben wir insbesondere Gelegenheit gehabt, zu konstatieren, daß Deutschland und Rußland ein gleichmäßiges Interesse an der Aufrechterhaltung des status quo am Balkan und überhaupt im Nahen Orient haben und daher keinerlei Politik unterstützen werden, von welcher Seite sie auch kommen könnte, welche auf Störung jenes status quo gerichtet wäre.“ (Berliner Monatshefte „Die Kriegsschuldfrage“ – Monatsschrift, 1925, II S.61ff)

Dies aus der Rede des Reichskanzlers Bethmann Hollweg vom 10. Dezember 1910.

Deutschland will diese Vereinbarungen mit Rußland schriftlich fixieren und gibt folgenden Text weiter:

„Die Kaiserliche Regierung Deutschlands, die von der kaiserlichen und königlichen Regierung Österreich-Ungarns die deutlichsten Versicherungen erhalten hat, daß diese nicht die Absicht hat, im Orient eine expansive Politik zu verfolgen, erklärt, daß sie weder eine Verpflichtung eingegangen ist, noch die Absicht hat, eine solche Politik, die von Österreich-Ungarn verfolgt werden könnte, zu unterstützen.

Die Kaiserliche Regierung Rußlands erklärt, daß sie weder eine Verpflichtung eingegangen ist noch die Absicht hat, eine deutschfeindliche Politik zu unterstützen, die England verfolgen könnte.

Die beiden Regierungen stimmen in dem Bestreben überein, auf dem Balkan so weit wie möglich den Status quo zu erhalten und nach besten Kräften zu seiner Aufrechterhaltung beizutragen. Sollte trotz ihrer Bemühungen, für die sie ihre gegenseitigen Verbündeten zu gewinnen suchen, ein Konflikt auf dem Balkan entstehen, werden die beiden Regierungen ihr Möglichstes tun, um den Konflikt zu lokalisieren, und sich nach vorheriger Absprache untereinander mit ihren gegenseitigen Verbündeten in Verbindung setzen, um Maßnahmen zu beraten, die zur Verhinderung eines allgemeinen Zusammenbruchs zu ergreifen sind.

Die beiden Regierungen stimmen darin überein, daß für die Aufrechterhaltung des Status quo und der Ruhe auf dem Balkan einerseits die friedliche Entwicklung der von Rußland befreiten

Balkanstaaten und andererseits die Unterstützung der Mächte für eine stabile und solide Regierung in der Türkei notwendig ist, die stark genug ist, die Ordnung im Innern und an ihren Grenzen zu gewährleisten. Keine der beiden Regierungen wird eine aggressive Politik seitens der Türkei oder der Balkanstaaten fördern.

In Anbetracht des gemeinsamen Interesses beider Regierungen an der Erhaltung der Unversehrtheit Persiens und der Wiederherstellung der Ordnung in diesem Land verpflichten sie sich, keine Eroberungsabsichten irgendeiner Macht, insbesondere der Türkei, zu fördern."

Berliner Monatshefte „Die Kriegsschuldfrage“ – Monatsschrift, 1925, II S.61ff

Diese deutsche Zusammenfassung der mündlichen Vereinbarungen zwischen Rußland und Deutschland zum Status Quo auf dem Balkan, schriftlich fixiert, wurde von russischer Seite zu unterzeichnen abgelehnt, mit der Begründung, wie Sasonow auf dem Schriftstück vermerkt: „Die in den beigefügten zwei Aufzeichnungen auseinandergesetzten deutschen Vorschläge, die mir von dem deutschen Botschafter, Graf Pourtales (Graf Jacob Ludwig Friedrich Wilhelm Joachim von Pourtales, 1853 – 1928), bald nach meiner Rückkehr aus Potsdam nach der Begegnung des Zaren mit Kaiser Wilhelm eingehändigt wurden, sind von mir Seiner Majestät vorgetragen worden und alsdann bei der Unterredung mit dem Grafen Pourtales am 28. November 1910 mündlich abgelehnt worden."

Berliner Monatshefte „Die Kriegsschuldfrage“ – Monatsschrift, 1925, II S.61ff

Bereits im März 1912 hat die russische Regierung ihre in Potsdam gegebenen Zusagen einer Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan nicht innegehalten. Der serbisch - bulgarische Vertrag vom 13. März 1912, der eine deutliche Spitze gegen Österreich-Ungarn enthielt, wurde unter Mitwissen der russischen Regierung abgeschlossen. Selbst Poincare bemerkte im August 1912, als er von dem Vertrag Kenntnis erhielt:

„Der Vertrag enthält also im Keime nicht nur einen Krieg gegen die Türkei, sondern einen Krieg gegen Österreich. Er errichtet außerdem eine Hegemonie der beiden slawischen Königreiche, da Rußland zum Schiedsrichter in allen Fragen bestimmt ist. Ich bemerkte Sasonow, diese Vereinbarung entspreche in keiner Weise den mir darüber gegebenen Aufklärungen, sie sei geradezu ein Kriegsvertrag.“ (Les Affaires Balkaniques 1912—1914, I, Nr. 57.)

Berliner Monatshefte „Die Kriegsschuldfrage“ – Monatsschrift, 1925, II S.61ff

Die Entente ist bereit

Helfferrich sieht das Jahr 1908 als Abschluß der Vorbereitungen der Entente für einen Krieg gegen Deutschland und Österreich. Er resümiert:

„Alle wichtigeren Streitfragen zwischen England, Frankreich und Rußland waren beglichen oder zum mindesten zurückgestellt. Japan war durch das Bündnis mit England an das System der Triple-Entente angeschlossen; Italien war, trotz des Fortbestehens seiner formalen Zugehörigkeit zum Dreibund, durch die mit ihm getroffenen Abmachungen materiell neutralisiert. Alle nicht bereinigten großen Konflikte und alle ernsthaft ins Auge zu fassenden Konfliktmöglichkeiten betrafen das Verhältnis von Ländern der Triple-Entente zu Deutschland und Österreich-Ungarn.“

Der Weltkrieg Band 1 – Karl Helfferrich, Berlin 1919; S.65

Der deutsche Mangel an solchen Vorbereitungen war notorisch. In der Krise des Sommers 1914 befand sich die deutsche Schifffahrt in allen Teilen der Welt, auch in den Häfen ihrer Feinde. Am 28. Juli verließ der Dampfer "Kronprinzessin Cecile" des Norddeutschen Lloyd New York mit 10.000.000 Dollar Gold an Bord, das zur Hälfte für London und zur Hälfte für Paris bestimmt war. Durch einen Funkspruch mitten auf dem Ozean gestoppt, machte sie ein sensationelles Rennen zurück in den Hafen, um einer Kaperung durch britische Kreuzer zu entgehen. Hätte die unverantwortliche Regierung des Kaisers noch am 28. Juli „ihre eigene Zeit für den Krieg gewählt“, hätte sie beschlossen, ihren „plötzlichen Schlag“ innerhalb einer halben Woche auszuführen, wäre es dem großen deutschen Linienschiff kaum erlaubt worden, aus einem sicheren Hafen auszulaufen.

Unser Mythos vom Anfang des Krieges, in: Shall it be again? J.K.Turner, New York 1922, S.187

Der schwelende Konflikt zwischen Serbien und Österreich um die Provinzen Bosnien und Herzegowina, war eine ideale Gelegenheit, „um einen lange vorbereiteten Angriffsplan Englands zur Ausführung zu bringen, bei dem man der russischen und französischen Mitwirkung unter allen Umständen sicher war. Zweifelhaft erschien nur die Frage, ob der Sommer 1914 bereits der richtige Zeitpunkt sei und darüber bestanden Meinungsverschiedenheiten zwischen Rußland und den beiden anderen Verbündeten. Frankreich hätte es lieber gesehen, daß Rußland mit seinem Vorstoß bis zur Fertigstellung der westliche strategischen Bahnen gewartet hätte, schon weil bis dahin die eben erst dekretierte Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit

sich eingelebt und erprobt hätte. Auch England hätte das Jahr 1916 vorgezogen, um die angebahnte Kooperation der russischen Kriegsflotte mit der englischen und die Landung russischer Truppen in Pommern, die ohne Mitwirkung Englands nicht durchzuführen war, zu sichern.“

Deutschlands und Kaiser Wilhelms II. angebliche Schuld am Ausbruch des Weltkrieges; von Th. Schiemann, Berlin 1921, S.28

Die Schauspielkunst Greys, um nicht zu sagen die Heuchelei, die er im serbisch-österreichischen Konflikt, in den sich die russische Seite mit einmischte, zur Schau trug, war außerordentlich glaubhaft. Seine politischen Bemühungen, scheinbar einen Ausweg aus dem Konflikt zu finden, konnten überzeugen. Österreich bot aber auch ein Ziel des Angriffs, durch seine Haltung, die Auseinandersetzung mit Serbien durchzuführen ohne sich von den anderen Mächten beeinflussen zu lassen, da es kein internationaler, sondern ein lokaler Konflikt war, der aber von Rußland gerne als Grund zur Sicherung „Panslawischer“ Interessen angesehen wurde.

1911 würdigte man Kaiser Wilhelms Wirken für Deutschland und seinen Einsatz für den europäischen Frieden mit dem Vorschlag für den Friedensnobelpreis. Er stand hinter den großen Entwicklungen während seiner Regierungszeit:

„Eine soziale Gesetzgebung, die als unerreichtes Muster vorbildlich den Neid der gesamten Welt erregte und nur von unserer Sozialdemokratie mit Undank belohnt worden ist, das Entstehen einer Handelsflotte, deren Leistungen die aller Konkurrenten weit übertrafen, das Aufblühen unserer Technik und aller Zweige der Naturwissenschaften, die Leistungen unserer Universitäten und Akademien auf allen Feldern geistiger Produktion, das alles ist von ihm gefördert und befruchtet worden. Es gibt kein Gebiet unseres Kulturlebens, dem er seine Unterstützung versagt hätte, und bei alledem dankt ihm unsere Kriegsmarine ihr Entstehen und den überraschenden Aufschwung, der sie in wenigen Jahren den Engländern als den einzigen Gegner erscheinen ließ, den sie fürchtete. Welcher Leistungen das deutsche Heer fähig war, hat die lange Reihe glänzender Siege gezeigt, die wir unseren Feinden abrangen, als sie alle fünf Weltteile zum Kampf gegen das ruchlos überfallene Deutschland vereinigt hatten. Und doch sind nicht sie es, die Deutschland trotz ihrer Übermacht und trotz der Ruchlosigkeit ihrer Kriegsführung besiegt haben.“

Deutschlands und Kaiser Wilhelms II. angebliche Schuld am Ausbruch des Weltkrieges; von Th. Schiemann, Berlin 1921, S.30-31

Und schließlich spricht Schiemann das aus, wovon die Mehrzahl der Deutschen damals überzeugt war, was das Ende des Krieges und den Untergang Deutschlands ausmachte: „Deutschland brach zusammen, als die deutsche Sozialdemokratie infolge einer Art geistiger Krankheit, die ihren linken Flügel erfaßte und deren Ursprung auf vier Jahre systematischer Aushungerung durch die Blockade der Engländer zurückzuführen ist, unserem Heer in den Rücken fiel und damit Deutschland und seinem Kaiser den tödlichen Stoß versetzte. Es war eine Tat, wie die tausendjährige Geschichte des Deutschen Reiches von keiner schwärzeren zu berichten weiß.“

Deutschlands und Kaiser Wilhelms II. angebliche Schuld am Ausbruch des Weltkrieges; von Th. Schiemann, Berlin 1921, S.30-31

Schiemann sieht den Zusammenbruch Deutschlands im Zusammenhang mit der Agitation der Sozialdemokraten während der gesamten Kriegszeit, die durch ihre ruchlose „rote Kampagne“, vertreten in erster Linie durch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, im Militär und extrem an der Front, den „tödlichen Stoß versetzte“.

Die militärische Zurückhaltung Deutschlands nach dem Attentat von Sarajewo ist bemerkenswert, da nur die Flotte, die den Kaiser nach Norwegen begleitete, den Befehl hatte, bis zum 25. Juli „versammelt zu bleiben“ und trat am 26. die Heimreise an. Die deutsche Flotte verhielt sich nicht anders als die englische, die am 26./ 27. Juli die Demobilmachung einstellte, sowie Frankreich „die Zurückberufung aller beurlaubten Kommandierenden Generale schon am 25. und das allgemeine Urlaubsverbot am 26.“ befahl.

Die militärischen Maßnahmen Deutschlands vor dem 29. Juli, Graf Max Montgelas, in: Berliner Monatshefte, Berlin 1925, S.43

Jules Cambon (Jules Cambon, 1845 – 1935, französischer Botschafter in Deutschland von 1907 bis 1914) wußte bereits am 26. Juli, daß Grey sich dahingehend äußerte, „daß England, falls es wegen Serbien zu einem Konflikt zwischen Frankreich und Rußland einerseits und Deutschland-Österreich andererseits kommen sollte, an dem Streit nicht uninteressiert bleiben könne. Grey hatte damit Rußland und Frankreich, denen er seine Erklärung zugehen ließ, natürlich nur ermutigt!“

Deutschlands und Kaiser Wilhelms II. angebliche Schuld am Ausbruch des Weltkrieges; Th. Schiemann, Berlin 1921, S.18

Man bezeichnet das Warten Österreichs auf die Rückkehr Poincares aus Petersburg als Fehler, da dadurch seit dem Mord am Thronfolger zu viel Zeit verging und eine schnelle Reaktion der Politik, der geplanten Aktion gegen Serbien, mehr Schaden anrichtete. „Das „schade“, mit dem Kaiser Wilhelm die Nachricht empfing, daß man die Abfahrt Poincares aus Petersburg abwarten wollte, ehe man Schritte in Belgrad tue, war daher ein Zeichen, daß er die Lage richtig beurteilte.“

Deutschlands und Kaiser Wilhelms II. angebliche Schuld am Ausbruch des Weltkrieges; Th. Schiemann, Berlin 1921, S.18

Schiemann sieht den Fehler in der Berliner Regierung, die die allgemeine politische und militärische Lage Österreichs und der Entente, besonders das Verhalten Sir Edward Greys, falsch einschätzten, sie sahen sie zu positiv und handelten nicht.

Deutschlands und Kaiser Wilhelms II. angebliche Schuld am Ausbruch des Weltkrieges; von Th. Schiemann, Berlin 1921, S.19

Die Briten König Georg und Grey haben diesen Krieg zur „Vernichtung der deutschen Handelskonkurrenz“ systematisch geplant und vorbereitet. Das Treffen König Georgs und Zar Nikolaus bei der Hochzeit der Tochter des Kaisers im Mai 1913 nutzten die beiden Monarchen zum Abgleich ihres Planes. Man erzählte sich später eine Begebenheit während der Hochzeitsfeierlichkeiten, „daß, als Kaiser Wilhelm unangemeldet in die dem Zaren angewiesenen Gemäcker eintrat, um mit ihm zu plaudern, er König Georg im Gespräch mit dem Zaren fand. Sie fuhren auseinander und waren so unangenehm überrascht, daß sie kein Wort herausbrachten.“

Deutschlands und Kaiser Wilhelms II. angebliche Schuld am Ausbruch des Weltkrieges; Th. Schiemann, Berlin 1921, S.22

Kaiser Wilhelm störte die Verwandtschaft beim Pläne schmieden gegen ihn.

Bezeugt ist, daß in einer Konferenz am 21. Februar 1914 unter der Leitung Zar Nikolaus, „der Beschluß gefaßt wurde, im Rahmen eines europäischen Krieges Konstantinopel für Rußland zu erobern“.

Deutschlands und Kaiser Wilhelms II. angebliche Schuld am Ausbruch des Weltkrieges; Th. Schiemann, Berlin 1921, S.22

Brailsford schreibt in seinem „War of Steel and Gold“: „...die „Schwierigkeit zwischen Großbritannien und Deutschland bestand nicht so sehr in Bagdad (*Bagdadbahn*) oder gar Marokko, sondern in dem allgemeinen Gefühl, daß ein mächtiges diplomatisches Bündnis und ein Übergewicht der Flotte dazu benutzt wurden, die deutschen Ziele zu vereiteln und sie von den ‚Plätzen an der Sonne‘ auszuschließen.“

War of Steel and Gold, Henry Noel Brailsford, London 1914/1918, S.42-43

Er betont, daß die Engländer sich auf ihren Lorbeeren ausruhten und in ihrer Tradition des Müßiggangs lebten, dabei aber von den arbeitsamen Deutschen überholt wurden.

Der Konflikt um Marokko und die Bagdadbahn können als Provokation von Seiten Englands und Frankreichs angesehen werden, die Deutschland in seinen berechtigten Ansprüchen ignoriert und somit provozierten. Brailsford sagt es klar, „daß die Beleidigung beabsichtigt war“. Es war ein strategisches Vorgehen, wenn man Deutschland aus Marokko ausschloß, den Bau der Bagdadbahn sabotierte, Italien dem Dreieck abspenstig machte, „Spanien und Norwegen britische Königinnen“ gab, und versuchte, die Türkei auf Seite der Triple Entente zu ziehen. Und die Urheber dieser Strategie nennt Brailsford: „Ihre wirklichen Architekten waren M. Delcasse und König Eduard, und zumindest der Erstere machte aus seinen Ambitionen keinen Hehl“.

War of Steel and Gold, Henry Noel Brailsford, London 1914/1918, S.42-43

Hier ist eine typische Aussage eines britischen Staatsmannes:

„Wenn Deutschland nie einen Dreadnought gebaut hätte oder wenn alle deutschen Dreadnoughts versenkt worden wären, hätten die Kontrolle und Autorität der britischen Marine nicht effektiver sein können.“ (Winston Spencer Churchill, *Colliers Weekly*, 30. September 1916.)

Und die Aussage eines der bedeutendsten Marineautoren Englands, Arthur Pollen:

„Die Seeherrschaft Großbritanniens war nicht geringer, sondern unendlich größer als je zuvor in der menschlichen Erfahrung. Und das Ergebnis ist, daß ein deutscher Sieg unmöglich gemacht wurde.“ (Arthur Pollen, im *Metropolitan Magazine*, Mai 1917.)

England war zur See die Weltmacht, gegen die sich Deutschland nur wehren, aber nicht überholen konnte.

Um der Sache gerecht zu werden, offenbarte die Times schon früh die innere Einstellung der Klassen, die bisher die Außenpolitik dieses Landes bestimmt haben, denn am 4. Dezember (1914) schrieb sie: „Wir haben immer für das Gleichgewicht der Kräfte gekämpft. Heute kämpfen wir dafür.“ Die damalige Interpretation des „Gleichgewichts der Mächte“ durch diese Klassen wurde einige Tage später vom Spectator mit unverblühtem Nachdruck präzisiert, als er bemerkte:

"Wenn Deutschland versucht hätte, Frankreich auf direktem Wege statt über ‚Belgien‘ anzugreifen, wären wir immer noch zutiefst verpflichtet gewesen, Frankreich und Rußland zu helfen. Es ist müßig, uns zu sagen, daß wir frei waren zu handeln, wie wir wollten. Alles, was wir mit Frankreich zu tun hatten - unsere Zustimmung zu seiner Politik, unsere militärischen Gespräche mit seinem Stab, unsere eindeutige Beteiligung an seinen Handlungen im Ausland -, hatte uns so eindeutig an seine Sache gebunden, als ob wir ein verbindliches Bündnis mit ihm eingegangen wären. **Und was für unsere Verständigung mit Frankreich gilt, gilt in einem kaum geringeren Maße für unsere Verständigung mit Rußland.**"

Die Wahrheit und der Krieg, E. D. Morel, London 1916, S.191

Die englisch-japanischen Verhandlungen im August 1914. Dr. Paul Ostwald.

Der Entstehungsgeschichte des japanischen Ultimatums an Deutschland vom 15. August 1914 ist bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Denn der provozierende Teil war ja in allzu offener Weise Japan. Daß eine Provokation Deutschlands nicht vorlag hat Japan zugegeben:

„Die von Japan geplanten Schritte sind durch keinerlei Beleidigung provoziert worden, die Japan oder der japanischen Flagge durch eine dritte Macht widerfahren ist, sondern lediglich in Verfolg der Japan aus dem Bündnis mit England erwachsenden Verpflichtungen.“

Berliner Monatshefte „Die Kriegsschuldfrage“ – Monatschrift, 1925, S.124

Dafür erhielt Japan von England finanzielle Unterstützung, die Deutsche Kolonie Kiautschau, die Schantungbahn; und die deutschen Südseeinseln nördlich vom Äquator schienen für Japan mehr als interessant zu sein. Denn Japan sollte sich nur um die deutschen Gebiete im ostasiatischen Raum „kümmern“. Das kriegerische Eingreifen Japans gegen Deutschland ist eine englische Maßnahme gewesen.

Frankreich und England und Marokko

Nach England ist/war Frankreich der zweitgrößte Kolonialherr auf dem Erdenrund. Friedlich, mit Pulver und Blei, überzeugte man die Menschen der besetzten Länder, in denen man Rohstoffe „günstig“ erwerben konnte, und erklärte, daß man ab sofort Herr ihrer Gebiete sei. Man richtete sich so ein, daß man die Rohstoffe durch entsprechende Firmen und Organisationen förderte und sie ins Land der „Herren“ beförderte.

Englands und Frankreichs Kolonialpolitik stießen 1898 in Faschoda, in Ägypten, aufeinander. Frankreich störte mit seiner Absicht, eine West-Ost Linie seiner Kolonien, vom Atlantik bis an das Rote Meer zu ziehen, Englands Vorhaben einer Nord-Süd-Achse von Ägypten bis nach Südafrika. Frankreich, in Person des Außenministers Theophile Delcasse, gab schließlich nach, da es sich England als Feind nicht leisten konnte, wollte es doch seine Revanchegefühle gegen Deutschland nicht mit einer Feindschaft Englands beschweren. Die französische Abneigung gegen England hielt noch eine Weile, mündete aber schließlich mit einem Abkommen vom 8. April 1904, das neben kolonialen Fragen besonders Marokko und Ägypten behandelte.

In Marokko trafen sich französische und deutsche Interessen. Deutschland wollte nicht besetzen oder in Besitz nehmen, sondern handeln, auf Grund von Verträgen und Abkommen mit Marokko, zum Erschließen von Minen, Bau von Eisenbahnlinien, Errichtung von Häfen etc.; das Problem in Marokko entstand nicht dadurch, „daß Deutschland territoriale Erwerbungen beabsichtigt hätte, sondern lediglich aus dem französischen Wunsch, Marokko – ohne Rücksicht auf die dort vorhandenen erheblichen deutschen Interessen zu nehmen - sich einzuverleiben.“

Der Weltkrieg, Karl Helfferich, Bd.1, Berlin, 1919, S.39/40

Helfferich, 1901 bis 1906 als Referent im Auswärtigen Amt in Berlin und 1916/1917 Vizkanzler, schreibt zu dem Problem Marokko:

„Die Entente zwischen Frankreich und England trat vor aller Welt offenkundig in Erscheinung in dem am 8. April 1904 unterzeichneten Abkommen, das neben einer Anzahl schwebender kolonialer Fragen Marokko und Ägypten behandelte. Soweit Marokko in Betracht kam, zeigte diese diplomatische Aktion in der Sache wie in der Form eine Spitze gegen Deutschland. England und Frankreich setzten sich – in dem erst später veröffentlichten Geheimabkommen noch sehr viel deutlicher als in dem offenen Vertrag – über die erheblichen deutschen Interessen in Marokko und über die auch von Deutschland unterzeichnete Madrider Konvention von 1880 hinweg, während sie den vierten Hauptinteressenten, Spanien, in einem öffentlichen und einem geheimen Abkommen vom 7. Oktober 1904 abfanden und zum Teilhaber ihrer Aktion machten.“

Der Weltkrieg, Karl Helfferich, Bd.1, Berlin, 1919, S.20

Spanien bekam die marokkanische Sahara zugesprochen.

„Sie setzten sich über die deutschen Rechte und Interessen hinweg, ohne der deutschen Regierung eine offizielle Mitteilung über das Deutschland so nahe berührende Abkommen zu machen. Die deutsche Regierung zeigte zunächst eine bemerkenswerte Zurückhaltung. Erst als Frankreich zu tatsächlichen Maßnahmen in Marokko schritt, die eine nicht mehr zu ignorierende Verletzung der Souveränität des Sultans von Marokko und der auf der Madrider Konvention beruhenden deutschen Rechte darstellten, gab Deutschland durch den Besuch Kaiser Wilhelms in Tanger zu erkennen, daß es nicht gewillt sei, sich als nicht vorhanden behandeln zu lassen.“

Der Weltkrieg, Karl Helfferich, Bd.1, Berlin, 1919, S.21

Helfferich, mit den kolonialen Fragen vertraut, fährt fort: „Dieser Schritt klärte die Lage. Delcasse, der mit allem Nachdruck für die Ablehnung der unbestreitbar berechtigten Forderung auf internationale Regelung der bisher durch die Madrider Konvention international geregelten Marokkofrage eintrat, konnte sich im französischen Ministerrat auf die Zusage nicht nur diplomatischer, sondern auch militärischer Unterstützung Englands gegenüber Deutschlands berufen.

(Fußnote: Der belgische Gesandte in London, van Grootven, berichtete damals an seine Regierung, Sir Edw. Grey habe bei verschiedenen Gelegenheiten in London beglaubigten Botschaftern wiederholt, England sei in der Marokkofrage an Frankreich gebunden und werde seine Verpflichtungen bis zum Letzten erfüllen, selbst im Falle eines deutsch-französischen Krieges und auf jede Gefahr hin.)“

Der Weltkrieg, Karl Helfferich, Bd.1, Berlin, 1919, S.20

Der französische Senator und Friedensnobelpreisträger von 1909, Balluet d'Estournelles Baron de Constant de Rebecque, (Paul Henri Benjamin Balluet d'Estournelles de Constant, Baron de Constant de Rebecque, 1852-1924, Friedens-Nobelpreisträger 1909) äußert sich zu dem englisch-französischen Abkommen, der Entente, im Februar 1912:

„Das französische Parlament wurde durch einen moralischen, wenn nicht gar verfassungsrechtlichen Mißbrauch unverzeihlicherweise in Unkenntnis über diese Politik gehalten Die Vereinbarungen von 1904 waren weit davon entfernt, den allgemeinen Frieden zu sichern, sondern gefährdeten ihn eher. Warum hat man dem französischen Parlament nur die halbe Wahrheit gesagt, als man es um seine Stellungnahme zu unserem Abkommen mit England bat? Warum durfte es ahnen, daß dieses Abkommen als Ergänzung und Korrektiv einige Geheimklauseln und andere Geheimverträge enthält? Es ist dies, es ist dieses doppelte Spiel gegenüber dem Parlament und gegenüber der Welt, das moralisch zu einem Mißbrauch des Vertrauens wird“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.78

Das französische Parlament wird über die Marokko-Politik des Außenministeriums nicht informiert, es wird im Unklaren gelassen, welche Vertragspolitik Frankreich mit England betreibt. Weiter heißt es:

„Die ganze Anstrengung des Abkommens von 1904 erscheint heute in ihrer Wahrheit und in ihrer Eitelkeit. Es handelte sich um einen Freundschaftsvertrag mit England, der die Freiheit unseres politischen Handelns in Marokko anerkannte und gleichzeitig unseren Willen verkündete, die Integrität dieses Landes zu respektieren; das war es, was die Öffentlichkeit wußte und billigte. Aber die Öffentlichkeit wußte nicht, daß zur gleichen Zeit durch andere Verträge und durch widersprüchliche Klauseln, die ihr verborgen blieben, die Teilung Marokkos zwischen Spanien und Frankreich vorbereitet wurde, von jenem Marokko, dessen Integrität wir garantierten. Es gab zwei unvereinbare französische Politiken in Marokko: die der öffentlichen Vereinbarung, d.h. eine Politik der Integrität, die nicht die wahre war, und die der geheimen Vereinbarungen, die ein Protektorat und die Teilung Marokkos vorsahen.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.78

Man behalte: England war durch die „Entente cordiale“ an Frankreich gebunden, hätte es in dieser Frage eine kriegerische Auseinandersetzung mit Deutschland und Frankreich gegeben, so wäre England an der Seite Frankreichs zum Einsatz gekommen. Frankreich konnte sich in seinen Bestrebungen, trotz internationaler Verträge, in Marokko durchsetzen. England betonte durch seine Haltung Deutschland gegenüber ganz deutlich seine primäre Stellung im Weltenbund, in dem es Frankreich klar und direkt auf den zweiten Platz unter seine Fittiche verwies, nach dem Motto: Ich sage wo es lang geht und schütze dich!

Zusammenfassung der ersten Marokko-Krise, die fast einen Krieg auslöste, aber durch Deutschlands Einlenken vermieden wurde:

„Die öffentlichen und geheimen Lansdowne-Delcasse-Abkommen über Marokko wurden im April 1904 unterzeichnet. Weder Großbritannien noch Frankreich informierten Deutschland über das öffentliche Abkommen. Das geheime Abkommen bedeutete, daß Frankreich, Spanien und Großbritannien sich vertraglich verpflichtet hatten, die Integrität und Unabhängigkeit Marokkos zu verletzen. Im März 1905 besuchte der deutsche Kaiser Tanger mit dem Ziel, ‚die deutschen Interessen in Marokko wirksam zu wahren‘, wie er sich in seiner Ansprache an die Vertreter des Sultans ausdrückte. Dann folgte der Krieg in der britischen und kontinentalen Presse. Die geheimen Artikel wurden jedoch erst sechs Jahre nach dem Besuch, der in Großbritannien und Frankreich für Aufsehen sorgte, bekannt gemacht. Im Januar 1906 vereinbarte Sir Edward Grey mit der französischen Regierung, daß Gespräche zwischen britischen und französischen Militär- und Seefahrtsexperten stattfinden sollten. Im Herbst 1905 sah sich Herr Delcasse gezwungen, sein Amt niederzulegen, und Le Matin veröffentlichte die Geschichte über die Bereitschaft Großbritanniens, Frankreich in Schleswig-Holstein zu unterstützen.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - S.106

Sollte Deutschland die Provokation Frankreichs, mit der Deckung Englands, als Kriegsgrund nehmen, hätte England im Verbund mit Belgien Schleswig-Holstein besetzt.

Die erste Marokkokrise konnte am 9. Februar 1909 durch Deutschlands Einlenken vertraglich geregelt werden. Wobei, wie Schiemann in seinen Ausführungen gegen Kautsky betont, daß diese Vereinbarung „durch eine geschickte Demonstration Frankreich nötigte, obgleich es englischer Unterstützung sicher war, einen Vergleich abzuschließen, der das gute Recht des deutschen Standpunktes anerkannte.“

Deutschlands und Kaiser Wilhelms II. angebliche Schuld am Ausbruch des Weltkrieges –Theodor Schiemann; Berlin 1921,S.7

Man will Schleswig –Holstein besetzen - Brüssel aktiv mit dabei?

Die Situation hatte sich nach der Vereinbarung von 1909 nicht verbessert, im Gegenteil: Frankreich nahm sich immer mehr Freiheiten in Marokko zum Nachteil Deutschlands, zum Beispiel in der Beteiligung deutscher Unternehmen im Bereich des Bergbaus, des Eisenbahn- und Hafenbaus. Frankreich verdrängte Deutschland mehr und mehr. Die Spitze französischer Unverschämtheiten war die Besetzung der marokkanischen Hauptstadt Fez am 21. Mai 1911.

Der Weltkrieg, Karl Helfferich,Bd.1, Berlin, 1919, S.78

Durch das Vorgehen Frankreichs wurde die Algeciras-Akte (*Konferenz in Algeciras von Januar bis April 1906, 1. Agadirkrise*) und das Abkommen von 1909 überflüssig und Deutschland wollte seine Ignorierung in Marokko nicht ohne weiteres hinnehmen. Aber Frankreich ignorierte Deutschlands Kompromißversuche, „dem letzten ebenfalls mißglückten Versuch, Einfluß in Marokko zu behalten. Die Lage spitzte sich zu während der Kieler Woche. Das Auswärtige Amt unterbreitete mir die Absicht, den „Panther“ nach Marokko zu schicken. Ich habe starke Bedenken gegen diese Maßnahme geltend gemacht, mußte sie aber angesichts der dringlichen Vorstellungen des Auswärtigen Amtes zurückstellen.“

Kaiser Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Berlin 1922,nS.121f

„Die Zweite Marokkokrise von 1911 – drei Jahre vor dem Ersten Weltkrieg – geht mit dem ‚Panthersprung‘ in die Geschichte ein. Der Vorfall zeigt, daß Großbritannien schon jetzt bereit und willens war, selbst um eine Nichtigkeit wie diese, in einen Krieg mit Deutschland einzutreten. 1911 nimmt Paris den zweiten Anlauf innerhalb nur weniger Jahre, Marokko in sein Kolonialreich einzugliedern.“ – und einen Krieg mit Deutschland zu provozieren.

1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte – Gerd Schultze-Rhonhof – München 2/2003-S.31-33

Deutschland schickte das abgehalfterte, reparaturbedürftige Kriegsschiff, den „Panther“ nach Agadir, mit der Intention: „Frankreich sollte gezwungen werden, endlich mit Deutschland über Marokko ernsthaft zu sprechen und für das von ihm angestrebte Protektorat die deutsche Zustimmung ebenso durch das Angebot von Kompensationen zu sichern, wie es sich die Zustimmung Englands, Spaniens und Italiens früher erworben hatte. An territoriale Kompensationen in Marokko selbst dachte die deutsche Regierung nicht; sie wollte im Gegenteil die Marokkofrage endgültig austräumen, Frankreich politisch ganz freie Hand lassen und sich nur einen ausreichenden vertragsmäßigen Schutz für die deutschen Unternehmungen und die Freiheit des deutschen Handels sichern. Die eigentliche Kompensation für Marokko suchte die deutsche Politik auf kolonialem Gebiet. Die deutsche Regierung hat von Anfang an bekanntgegeben, daß mit der Entsendung des „Panther“ eine Besitzergreifung nicht beabsichtigt sei. Sie hat mit dem französischen Botschafter über die Anerkennung des französischen Protektorats über Marokko gegen territoriale Kompensationen in Mittelafrrika schon verhandelt, ehe Lloyd George am 21. Juli seine berühmt gewordene Rede im Mansion-House hielt.“

Der Weltkrieg, Karl Helfferich,Bd.1, Berlin, 1919,S.81/82

Diese Rede, „die Lloyd George, nach Feststellung ihres Wortlautes im Ministerrat, am 21. Juli 1911 im Mansion-Haus gehalten hat; deren Hauptstelle lautete:

„Wenn uns eine Situation aufgezwungen würde, in welcher der Friede nur durch das Aufgeben der großen und wohlthätigen Stellung erhalten werden könnte, die England sich in Jahrhunderten des Heldentums und des Erfolges errungen hat, und nur dadurch, daß Großbritannien in Fragen, die seine Lebensinteressen berühren, in einer Weise behandelt würde, als ob es im Rat der Nationen gar nicht mehr mitzähle, dann würde ein Friede um jeden Preis eine Erniedrigung sein, die ein großes Land, wie das unsrige, nicht ertragen könnte.“

Der Weltkrieg, Karl Helfferich,Bd.1, Berlin, 1919, S.84f

Lloyd George drohte mit dem militärischen Eingreifen Englands in der Marokkokrise zugunsten Frankreichs – eine Kriegsdrohung. Das Bündnis zeigte seine Zähne

„Für das Verhalten der britischen Regierung blieb also nur das eine Motiv, das der deutsche Botschafter nach der Rede Lloyd Georges gegenüber Sir Edward Grey klipp und klar mit folgenden Worten bezeichnete: ‚Sollte die englische Regierung die Absicht haben, die politische Lage zu verwickeln und zu

verwirren und einer gewaltsamen Entladung zuzuführen, so hätte sie allerdings kein besseres Mittel wählen können als die Rede des Schatzkanzlers.' Aber die britische Regierung begnügte sich damals nicht nur mit Worten. Ebenso wie sie im Jahre 1905 Herrn Delcasse die Unterstützung durch ein britisches Expeditionskorps angeboten hatte, setzte sie jetzt ihre Flotte in Bereitschaft und traf alle Vorkehrungen für die Überführung eines Landheeres nach – Flandern. Aus den Enthüllungen des britischen Hauptmanns Faber und aus den Brüsseler Akten wissen wir heute, daß die britische Regierung damals entschlossen war, ‚en tout etat de cause‘, und zwar auch ohne Zustimmung der belgischen Regierung, in Flandern zu landen oder einzumarschieren. Die ebenso ruhige wie feste Haltung der deutschen Regierung hat damals die Kriegsgefahr abgewendet. Nach langen und schwierigen Verhandlungen kam der deutsch-französische Vertrag vom 4. November 1911 zustande, der uns gegen die Anerkennung des französischen Protektorats über Marokko Teile des französischen Kongo brachte“

Der Weltkrieg, Karl Helfferich, Bd.1, Berlin, 1919, S.85

Das Nachgeben Deutschlands in der Marokkokrise konnte das deutsch-französische Verhältnis nicht bessern, das Gegenteil war der Fall, aber es wurde noch einmal eine kriegerische Auseinandersetzung vermieden. Und England: „Die englische Presse tat alles, um die durch den „coup d'Agadir“ gereizte französische Empfindlichkeit noch weiter anzustacheln. Die Absicht, es nicht zu einem friedlichen Ausgleich zwischen Frankreich und Deutschland kommen zu lassen, war unverkennbar.“

Der Weltkrieg, Karl Helfferich, Bd.1, Berlin, 1919, S.83

England wollte unbedingt einen Krieg aus der „Panther-Affäre“ machen, doch Deutschland zog – friedliebend – einen Kompromiß vor.

Gerd Schultze-Rhonhof sieht diese zweite Marokkokrise letztlich wie die Serbienkrise im Juli 1914:

„Frankreich hat das Pulverfaß geliefert, England schwenkt die Lunte und Deutschland steht als Sünder da. Die Regierungen in London und Paris hatten sich offensichtlich 1904 bereits ohne Wissen der Regierung in Berlin darauf verständigt, daß Marokko französisches Interessengebiet sei und daß England dafür freie Hand in Ägypten und Sudan bekomme. Da stören deutscher Handel und deutsche Bergbaurechte in Marokko. Doch ein Streit zwischen den Franzosen und den Deutschen um ein paar deutsche Rechte in Marokko und das Erscheinen eines kleinen Kolonialdienstschiffes sind an sich kein Grund, mit Krieg zu drohen. Es geht England erneut darum, Frankreich als Gegenkraft zu Deutschland stark zu machen und es geht um die ernst gemeinte Warnung, der deutschen Konkurrenz bei weiterer Rührigkeit mit Krieg ein Ende zu bereiten.“

1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte – Gerd Schultze-Rhonhof – München 2/2003-S.31-33

Was machte Marokko für Deutschland so attraktiv, daß sich Frankreich dieses herrliche Stück Erde zu eigen machte?

Es war sein Reichtum von Rohstoffen, seine „jungfräulichen Minen“, wie es Brailsford in „War of Steel and Gold“ ausdrückt. Er schreibt: „Ein deutsches Unternehmen, die Gebrüder Mannesmann, konnte sich in der Tat rühmen, eine exklusive Konzession für die Ausbeutung aller marokkanischen Minen erhalten zu haben, und zwar als Gegenleistung für Geld, das es einem während der Bürgerkriege in Bedrängnis geratenen Sultan geliehen hatte. Daß dies der eigentliche Streitpunkt war, beweisen die Bedingungen, die zwischen Paris und Berlin mehr als einmal zur Beilegung des Streits diskutiert wurden. Im Jahre 1910 wurde eine "Détente" oder vorläufige Beilegung des Streits geschlossen, die nur eine Klausel enthielt: die deutsche Finanzierung sollte sich mit der französischen Finanzierung an den verschiedenen Unternehmungen und Gesellschaften beteiligen, die die ‚Erschließung‘ Marokkos durch Häfen, Eisenbahnen, Bergwerke und andere öffentliche Arbeiten zum Ziel hatten.“

The War of Steel and Gold, H.N.Brailsford, London 1914, 10.Aufl.1918, S.38

Eine Pressekampagne über die Vereinbarung Frankreichs mit Deutschland wurde gestartet, bezahlt von den Russen. Theophile Delcasse, französischer Kolonialminister, ist in einem Artikel von „Le Temps“ Zentralfigur, über die geschrieben wurde:

„M. Delcasse, berauscht von der Entente mit England, bei der er nur ein Handwerker der letzten Stunde gewesen war, hypnotisiert von der Gunst des Zaren, glaubte, die Stunde für heroische Unternehmungen sei gekommen. Er träumte, wenn auch nicht gewissenhaft, von einer Art Revanche durch die Demütigung Deutschlands.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.101f

Ergänzt wird dies mit dem neutralen Belgien: „Im April 1906 trafen die belgischen und britischen Militärbehörden in Brüssel Vereinbarungen über die Zusammenarbeit eines britischen Expeditionskorps von 150.000 Mann mit der belgischen Armee gegen Deutschland“.

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.106

Dieses Verhalten von Frankreich und England hatte letzten Endes System. Man ignorierte Verträge mit Deutschland, hinterging, gerade in Marokko, getroffene Vereinbarungen – u.a. Vertrag von Algeciras - und, wie Francis Neilson so schön über die Presse sagt, es gäbe „in Großbritannien Journalisten, die ihre Leser glauben machen wollen, daß sie über auswärtige Angelegenheiten informiert sind, und die Deutschland beschuldigen, den Anstieg der Ausgaben für die Marine provoziert zu haben! Die Beweislage ist genau andersherum.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.102

In dem Streit mit Frankreich um Marokko wurde, laut Herrn Delcasse gegenüber Freunden, mit England vereinbart, daß England, im Falle einer Auseinandersetzung mit Deutschland, in Schleswig-Holstein einfielen und den Nord-Ostsee-Kanal besetzen, und dies mit 100.000 Tausend Mann. Diese Vereinbarung zwischen Großbritannien und Frankreich wurde im Herbst 1905 im „Le Matin“ veröffentlicht.

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.100

England stand „Gewehr bei Fuß“, mit Frankreich – und Belgien – in den Krieg gegen Deutschland zu ziehen.

England wollte zusammen mit Frankreich und Belgien den Wilhelm-Kanal, heute Nord-Ostsee-Kanal, besetzen und Nordschleswig abtrennen, sollte Deutschland die militärische Auseinandersetzung um Marokko suchen.

Das „neutrale“ Belgien machte Kriegspläne mit England gegen Deutschland!

Damit war Belgien schon lange nicht mehr neutral, als Deutschland vom 3. auf den 4. August 1914 in Belgien einmarschierte, zwecks Offensive gegen Frankreich. England geht auf Belgien zu „um unter Hinweis auf die bestehende Kriegsgefahr und die Bedrohung der belgischen Neutralität vertrauliche militärische Unterhaltungen der gleichen Art, wie sie zwischen England und Frankreich begonnen worden waren, einzuleiten. Die Besprechungen, auf die der belgische Generalstabschef sich bedingungslos einließ, hatten als Grundlage die von dem britischen Militärattache für den in Betracht kommenden Eventualfall angekündigte Landung eines britischen Expeditionskorps und seinen Durchmarsch durch Belgien; die Kooperation dieses Expeditionskorps mit dem belgischen Heer wurde im weiteren Verlaufe der Unterhaltungen in allen Einzelheiten durchberaten.“

Der Weltkrieg, Karl Helfferich, Bd.1, Berlin, 1919, S.24-25

Und England erklärt, daß es bereit ist: „Herr Haldane gab im darauffolgenden Juli bekannt, daß die Truppe auf einer Mobilisierungsbasis von 150.000 Mann reorganisiert worden war. Die Akte von Algeciras wurde am 7. April 1906 unterzeichnet, zwischen der Zustimmung von Sir Edward Grey zur britischen und französischen militärischen Zusammenarbeit im Falle eines Krieges mit Deutschland. Dies sind die Tatsachen, die von ehrlichen Menschen nicht geleugnet werden können. Es mag natürlich notwendig sein, daß Diplomaten und Regierungen einige dieser Tatsachen leugnen, wenn sie das Spiel mit den Wechselfällen spielen; aber man braucht nur die geringste Erfahrung, um zu wissen, was die Leugnungen von Ministern wert sind.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.107

Im Verein mit England und Rußland sieht Delcasse die Chance für Frankreich für eine Revanche zum verlorenen Krieg von 1870/71.

Und Francis Neilson ergänzt, wie die Situation in England gesehen wurde: „Und das war der Mann, der Außenminister in Frankreich war, als das anglo-französische Abkommen mit seinen geheimen Artikeln unterzeichnet wurde. Dennoch gibt es in Großbritannien Journalisten, die ihre Leser glauben machen wollen, daß sie über auswärtige Angelegenheiten informiert sind, und die Deutschland beschuldigen, den Anstieg der Ausgaben für die Marine provoziert zu haben! Die Beweislage ist genau andersherum.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.102

Das Bild, die Kathedrale zum Einsturz zu bringen

Es war das System der „Einkreisung“, so wie es Kaiser Wilhelm und andere bezeichnen, das ausgehend von England über Frankreich und Rußland zur Entente „cordiale“ wurde, mit dem Ziel – für jedes Land anders geartet – Deutschland zu zertrümmern: territorial, wirtschaftlich und sozial. Die „Architekten“ dieses Systems waren der Franzose Delcasse und der englische König Edward VII., die die Einkreisungspolitik der Entente grundlegten. Victor Berard (1864-1931), französischer Politiker und Freund Delcasses, beschreibt dessen Idee mit dem Versuch, eine Kathedrale zu zerstören:

„Als die Bilderstürmer der Reformation eine gotische Kathedrale zerstören wollten, machten sie sich nicht die Mühe, mit Hammer und Brechstange auf sie einzudringen. Sie schnitten einfach die Strebepfeiler ab, die von außen das gesamte galante Maßwerk der Wände und die massive Stärke der Türme stützten. Daraufhin zerfiel die Kathedrale in Trümmer. Das Deutsche Reich war diese gotische Kathedrale. Seine Stützpfiler waren die Bündnisse mit Österreich und Italien, seine mehr als nachbarschaftlichen Beziehungen zu Rußland, seine

Vorherrschaft über die Türkei und seine Macht, andere kleinere Staaten wie Rumänien in seinen Einflussbereich zu bringen. Monsieur Delcasse machte sich mit gleicher Kühnheit und Geschicklichkeit daran, diesen meisterhaften Gedanken zu verwirklichen, und der Zufall begünstigte ihn, als Lord Salisbury, der immer ein Freund Deutschlands gewesen war, aus dem Amt schied und König Edward, der immer ein Freund Frankreichs gewesen war, den Thron bestieg. Einige Jahre lang war Deutschland fast isoliert, und das österreichische Bündnis war der einzige ‚fliegende Stützpfiler‘, der nicht einen Moment lang unter den Hämmern der Bilderstürmer wackelte. Die Kathedrale erwies sich am Ende als solider, als sie beim ersten Angriff erschien, und die Erfahrung kühlte den Eifer der Angreifer ab.“

The war of steel and gold, H.N.Brailsford, London 1914, 10.Aufl. 1918; aus dem Englischen, S.44

Auch ohne die „Stützpfiler“ blieb die Kathedrale Deutschland noch eine Weile stehen, bevor sie von ihren Feinden zerstört wurde.

Brailsford schreibt, daß Ministerpräsident Caillaux, der die ersten Verhandlungen mit Deutschland in der „Panther-Affäre über Marokko führte, nicht „nur einen Ausgleich zwischen den französischen und deutschen Kolonialinteressen herbeigeführt“ hätte, sondern auch „den gesamten Bereich der deutsch-französischen Beziehungen umfasst hätte. Die Punkte, über die er zu verhandeln begonnen hatte, waren alle wirtschaftlicher Art, und der wichtigste von ihnen war der Vorschlag, den Boykott der Bagdadbahn durch die französische Finanzwelt zu beenden und deutsche Wertpapiere zur Notierung an der Pariser Börse zuzulassen. Die Beunruhigung, die dieser kühne Schritt von M. Caillaux sowohl bei den französischen Patrioten als auch bei den britischen Imperialisten auslöste“, war schrecklich für die britische Regierung.

The War of Steel and Gold, H.N.Brailsford, London 1914, 10.Aufl.1918, S.39f

Aber Caillaux war in der nächsten Regierung Anfang 1912 nicht mehr dabei und die Verhandlungen mit den Deutschen über Marokko nahmen den britischen, gewünschten Verlauf. Mit Caillaux hätte der Frieden eine größere Chance in den deutsch-französischen Beziehungen gehabt. Interessant dabei ist eine Äußerung Sir Edward Greys im Rahmen der deutsch-französischen Marokko-Verhandlungen: „In einem einzigen Satz in der Debatte (27. November 1911), die auf diese Agadir-Krise folgte, verwendete Sir Edward Grey eine Formulierung, die zeigte, daß unsere Diplomatie die Befürchtungen unserer konservativen Presse teilte. Es bestand, wie er es ausdrückte, die Gefahr, daß Frankreich in den Bannkreis der deutschen Diplomatie gezogen werden könnte. Aus diesem Grund und nicht, weil es uns wirklich etwas angehe, wie viel oder wie wenig Entschädigung Frankreich Deutschland im Kongo für die Einnahme Marokkos zahlte, waren wir bereit, die weniger versöhnliche Diplomatie der Nachfolger von M. Caillaux notfalls mit Waffengewalt zu unterstützen.“

The War of Steel and Gold, H.N.Brailsford, London 1914, 10.Aufl.1918, S.39f

Aber England stellte sich in seiner urtümlichen Eigenart immer als den Unschuldengel dar, und alles was es in seiner Politik tat, war ja nur zu Gunsten des segensreichen Groß-Britannien, Kulturarbeit für eine bessere, friedlichere Welt, für eine bessere Lebensgrundlage der Menschen – für die Briten. Alles, was die britische Regierung tat, war einzig und allein, nur im Interesse Englands.

So fragt man sich: Wie konnte es in den Streitigkeiten um Marokko und der Bagdadbahn Zeichen geben, die auf einen weltweiten Konflikt hinweisen würden, da England in den deutsch-französischen Spannungen um Marokko, im Gegensatz zur Bagdadbahn, nicht involviert war?

Der Engländer Brailsford äußert sich dazu nicht gerade England freundlich: „Es war eine Beleidigung, daß wir uns den Franzosen anschlossen, um das Schicksal Marokkos durch eine einseitige Vereinbarung zu regeln. Deutschland war übergangen worden“.

War of Steel and Gold - Der Krieg aus Stahl und Gold-H.N.Brailsford, London 1914/ 10.- 1918, S.43,f

England hatte sich in die deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten auf seine Weise eingemischt: es würde Frankreich in einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Deutschland beistehen.

Brailsford meint dann im weiteren Verlauf: „Die Folge suggerierte den deutschen Gemütern, daß die Beleidigung beabsichtigt war, daß wir beabsichtigten, sie zu einem System zu errichten.“ Die Folge suggerierte nicht, sie zeigte ganz eindeutig, wohin der Weg der Triple-Entente gehen sollte: „Zuerst schlossen wir Deutschland aus Marokko aus, und dann errichteten wir ein allgemeines Bündnis, das es von allen Seiten einschloss. Wir haben ihren Verbündeten, Italien, ‚entmannt‘, wir haben Spanien in unseren ‚Orbit‘ gebracht, haben Spanien und Norwegen britische Königinnen gegeben und für einen kurzen Moment lang Deutschland seines alten Einflusses in der Türkei beraubt. Das ‚Gleichgewicht der Kräfte‘ war gewaltsam zu unseren Gunsten verschoben worden, und Deutschland fühlte sich, um es mit den Worten des Fürsten von Bülow zu sagen, ‚eingepfercht‘ und bildete sich ein, daß es das Ziel der Triple Entente sei, ihm überall entgegenzutreten, seine Bewegungen auf allen Meeren zu unterbinden und es von allen ‚Plätzen an der Sonne‘ auszuschließen“, aber es war eine politische Konstruktion und bittere Realität: die Einkreisung Deutschlands, die „wirklichen

Architekten waren Delcasse [Theophile Delcasse, 1852 – 1923, Kolonialminister, Außenminister] und König Edward, und zumindest ersterer machte aus seinen Ambitionen keinen Hehl.“

War of Steel and Gold - Der Krieg aus Stahl und Gold-H.N.Brailsford, London 1914/ 10.- 1918, S.43,f

Die Bagdadbahn

Im Gegensatz zu England und Frankreich, die ihre Pläne in der Regel mit Pulver und Blei und entsprechenden „Gebietserwerbungen“ durchsetzten, konnte Deutschland durch friedliche Verhandlungen mit der Türkei, diese für die Pläne einer Verbindung von Konya nach Bagdad – die Bagdadbahn – in der damaligen Türkei gewinnen.

Die deutschen Firmen Holzmann und Krupp begannen 1903 mit dem Bau der Bagdadbahn; das rollende Material, die Lokomotiven, kamen von den deutschen Firmen Borsig, Hanomag, Henschel und Maffei, die Finanzierung übernahm die Deutsche Bank mit der politischen Unterstützung Kaisers Wilhelm II. . Eine gemeinsame Finanzierung der Strecke mit England, das in dieser Region – wo nicht, wenn Deutschland interessiert ist – wirtschaftliche Ambitionen hatte, war interessiert, lehnte aber schließlich, so wie Frankreich, eine finanzielle Beteiligung an dem Projekt ab. Die Planung, die Strecke am Golf von Kuwait enden zu lassen, scheiterte am Votum der Briten – die den Deutschen diese Projekt nicht gönnten, und mit ihrer Politik Kuwait von diesem Projekt ausschlossen. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Bahn unter englischer Kontrolle weitergeführt – überraschend?

Die Bagdadbahn war für Deutschland ein Instrument zur Festigung und zum Ausbau seiner wirtschaftlichen Interessen und seines Welthandels, ohne Krieg. Abgesehen davon, daß England sich an dem Bagdadbahn-Projekt finanziell nicht beteiligen wollte, hatte das Britenreich aber Pläne für das Gebiet, das die Bagdadbahn für Deutschland erschließen sollte.

„Ein viel diskutierter britischer Plan bestand darin, Südmesopotamien mit ägyptischen Bauern zu kolonisieren, es dann zu erobern, wie Ägypten erobert wurde, nach Südarabien vorzudringen, wie der Sudan durchdrungen wurde, Persien mit Ägypten zu verbinden und so die Einkreisung Deutschlands zu vollenden. Um diesen Zweck zu verfolgen, wurde die britische Presse dazu inspiriert, den Schrei einer deutschen Gefahr für Indien und Ägypten zu erheben. Das friedliche Eindringen Deutschlands in die Türkei muß um jeden Preis gestoppt werden. Die Bagdadbahn als deutsches Projekt muß zerschlagen werden; wenn möglich durch Diplomatie; durch Krieg, wenn Diplomatie nicht helfen würde.“

What really started it, in: Shall it be again? – by John Kenneth Turner – New York 1922, S.231f

Auch hier wieder: England sieht sich durch die deutschen Interessen bedrängt, denn schließlich wäre die Bagdadbahn ein Anfang für eine Linie nach Persien und Indien, ein weiteres Handelsrisiko für die Briten, was unbedingt verhindert werden mußte.

Das deutsche Projekt der Bagdadbahn, das erst 1940 in seiner gesamten Länge vollendet wurde, fiel den Intrigen der Engländer zum Opfer.

„Am Ende wurde es zerschlagen. Es ist durchweg eine Geschichte voller schmutziger Intrigen. Die Regierungen Frankreichs und Englands bekämpften auf irgendeine Weise jede Meile der Strecke. Der Knockout gelang schließlich England. Der Scheich von Koweit ließ sich überreden, die Herrschaft des Sultans abzulehnen und den Schutz des Königs von England anzunehmen. So fiel der Golf von Koweit, der Seendpunkt der Strecke, in britische Hände. Um die Bagdad-Eisenbahn als deutsches Projekt fertigzustellen, hätte Deutschland den Sultan bei der Unterwerfung des Scheichs von Koweit unterstützen müssen. Das hätte Krieg mit England bedeutet. So wie die deutsche Regierung in Marokko einen Rückzieher gemacht hatte, so machte sie auch in der Türkei einen Rückzieher.“

Am Ende überließ Deutschland die Kontrolle über die Bagdadbahn der Entente, und beendete eine drohende Auseinandersetzung mit seinen Feinden durch Nachgeben und einen Rückzug, ohne eine kriegerische Auseinandersetzung.

Die Entente aber gab keine Ruhe. „Als die Deutschen in der Serbien-Krise“, angefacht durch die Mitglieder der Entente, „nicht nachgaben, begann der Weltkrieg.“

Shall it be again? – by John Kenneth Turner – New York 1922, S.231f

Serbien - Balkan - Rußland

Die türkische Revolution 1908 brachte das Verlangen der Jung-Türken, die von Österreich-Ungarn verwalteten Gebiete Bosnien und der Herzegowina wieder in das Osmanische Reich zu integrieren.

Österreich-Ungarn aber wollte seine Bemühungen und Investitionen, die es in den beiden Provinzen Bosnien und der Herzegowina seit dem Berliner Kongreß investierte, nicht umsonst gemacht haben. Am 5. Oktober 1908 annektierte Österreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina und gleichzeitig erklärte Bulgarien seine Selbständigkeit von der Türkei.

Bei den Serben kam es „geradezu zu einem Wutausbruch; man betrachtete dort Bosnien und die Herzegowina als großserbisches Gebiet und sah in der von Österreich-Ungarn ausgesprochenen Annexion eine gegen die großserbischen Aspirationen gerichtete Maßnahme. Die ganz offen zum Kriege treibende großserbische Partei fand Rückendeckung bei Rußland“, und England.

Der Weltkrieg. Bd.1, Karl Th. Helfferich, Berlin 1919, S.69

Deutschland, vom österreichischen Schritt selbst überrascht, gelingt es, die entstandene Spannung zwischen der Türkei und Österreich beizulegen. Fürst Bülow erklärt Helfferich, warum Deutschland Österreich bei diesem Schritt unterstützt, denn „daß Österreich-Ungarn die großserbische Bewegung als eine vitale Gefahr für die Monarchie ansehen müsse; daß wir keine Möglichkeit hätten, Österreich-Ungarn bei seinen Abwehrmaßnahmen gegen diese Gefahr in den Arm zu fallen, daß uns vielmehr die politische Gesamtkonstellation nötige, uns ohne Wanken und Schwanken hinter unseren Bundesgenossen bei der Wahrung seiner Lebensinteressen zu stellen. Unter Mitwirkung der deutschen Diplomatie kam im Februar 1909 eine Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei zustande.“

Der Weltkrieg. Bd.1, Karl Th. Helfferich, Berlin 1919, S.69

Ein bemerkenswerter Punkt in dieser Balkan Angelegenheit ist die Tatsache, daß England den sehr unzufriedenen Russen für einen Waffengang ihre Hilfe zusagten: „Ebenso wie im Jahre 1905 der französischen Regierung für den Fall eines kriegerischen Austrages der Marokkofrage militärische Unterstützung angeboten worden war, wurde jetzt der russischen Regierung die Aussicht auf britische Waffenhilfe gezeigt.“

Der Weltkrieg. Bd.1, Karl Th. Helfferich, Berlin 1919, S.71

Hier zeigt der Bund England, Frankreich und Rußland sehr deutlich seine Konturen und Serbien treibt, mit der österreichischen Annexion Bosniens und der Herzegowina als Treibstoff, sein Bestreben und die Idee eines Krieges gegen Österreich, wie auch immer geartet, voran.

Rußland zog auf dem Balkan geschickt die Fäden und war der Auffassung, die Balkankriege 1912/1913 seien der Anfang eines Krieges gegen Österreich-Ungarn, wozu der Serbe Paschitsch jederzeit bereit gewesen wäre.

(Nikola Pasic, *31.12.1845, +10.12.1926, 1891-1918 Ministerpräsident Serbiens, 1912-1926 Ministerpräsident Jugoslawien)

Paschitsch äußert das serbische Ziel ungeschminkt: Bosnien und die Herzegowina von Österreich-Ungarn loszureißen und gleichzeitig für den Untergang der k. und k. Monarchie zu sorgen, mit russischer Hilfe – und französischer und englischer Unterstützung. Dieses Denken war bei allen Serben, ob groß, ob klein, vorhanden. Und das mit der Unterstützung Rußlands, da Rußland diesen Krieg unter allen Umständen wollte: Die russische Zusage, Serbien in jedem Falle gegen Österreich zu unterstützen, die ein Schriftstück, gefunden in Nisch, einem Ausweich der serbischen Regierung, beweist:

„Als österreichische Truppen im Ersten Weltkrieg die Stadt Nisch eroberten, in der sich vorher Oberkommando und Generalstab der serbischen Armee befunden hatten, entdeckten sie ein von Zar NIKOLAUS unterzeichnetes Schriftstück an den Kronprinzen Alexander. Darin waren die Bedingungen für Serbien aufgezählt, um in den Genuß russischer Bündnistreue zu gelangen: Serbien dürfe unter keinen Umständen den Geheimbund „Narodne Odbrane“, der mit der „Schwarzen Hand“ den Mord organisiert hatte, auflösen; Serbien müsse das Ultimatum aus Wien abweisen; dafür halte Rußland seine bewaffnete Macht zur Unterstützung Serbiens bereit und fordere Serbien zum Kampf bis auf das äußerste auf.“

Der große Wendig, R.Kosiek und O.Rose, Tübingen 2.Aufl. 2006, S.163

Balkan - Erlebnisse einer britischen Künstlerin und Schriftstellerin in Serbien - Mary Edith Durham

(Warum ich glaube, daß die Serben absichtlich den Krieg überstürzt herbeiführten. M.E.Durham, in: Berliner Monatshefte, 1925- II S.258ff)

Die Situation eines fremden Landes kann man immer besser beurteilen, wenn man dort lebt und vor allem seine Sprache spricht, somit einen direkten Bezug zum Leben des Landes erhält. Beziehungen, die geknüpft werden, erleichtern die Kontaktaufnahme mit dem „inneren“ Leben des Landes, mit Gewohnheiten, Problemen, Konflikten die die Bewohner des Landes drücken und beherrschen. Mary Edith Durham war eine solche Person.

Mary Edith Durham, geboren am 8. Dezember 1863, gestorben am 15. November 1944, Tochter des englischen Leibarztes Queen Victorias, war Schriftstellerin und Anthropologin. Mit 37 Jahren fährt sie zu Erholungszwecken nach Montenegro und bleibt dort 20 Jahre „hängen“. Sie lebt in den Ländern des Balkan und

lernt die serbischen – Ansichten und Absichten kennen. Sie schrieb auf Grund ihrer Erfahrungen u.a. einen Leitfaden für die Bräuche und die Gesellschaft des Hochlandes Nordalbaniens. Sie schließt sich einem alten albanischen Brauch an, der Ablegung eines Keuschheitsgelübdes. Sie trägt männliche Kleidung und gilt damit als geschützte Person in diesem Land, profitiert als allein reisende Frau von dieser albanischen Tradition, die die Sicherheit eines Gastes, einer vereidigten Jungfrau, gewährleistet.

Mary Edith Durham, sprach Serbisch, hat die Entwicklung in Serbien, das Drängen gegen Österreich-Ungarn, erlebt. Sie schreibt von ihren Erlebnissen im Jahre 1906, „daß in Bosnien eine starke anti-österreichische Propaganda unter der orthodoxen Bevölkerung betrieben wurde, und daß selbst Männer in amtlichen Stellungen daran beteiligt waren.“ Sie meint, daß die Zensur der Post keine große Gefahr für die antiösterreichische Propaganda gewesen sei, da wichtige „Angelegenheiten von Mund zu Mund“ weitergegeben worden seien. Sie stellt fest: „Kurz, ich hörte genug, um mich zu überzeugen....., daß Belgrad das Zentrum der Anschläge gegen die österreichische Regierung sei, der Wahrheit entsprach.“

Weiter erzählt sie: „Im selben Jahre 1906 fuhr ich über die bosnische Grenze nach Serbien und fand die Leute dort entzückt über die Folgen der Ermordung [des Königs] Alexander Obrenovitchs. Hätte er gelebt, so würde er sich mit Österreich geeinigt haben. Jetzt wurde alles Geld des Landes benutzt, um Serbien gegen Österreich zu bewaffnen. So sagte man wenigstens. Frankreich gab damals Serbien seine erste Anleihe und lieferte Creusot-Geschütze. Ich kehrte nach Bosnien zurück und österreichische Offiziere sagten mir: ‚Wir wissen jetzt, daß Serbien dem russisch-französischen Ring gegen uns beigetreten ist.‘ Von diesem Tage an hat Frankreich Serbien fortgesetzt als Teil des Einkreisungsplanes mit Geld versehen und bewaffnet, ein Plan, den weiter zu entwickeln, es fortführt. Da Serbien für die militärischen Pläne Frankreichs und Rußlands notwendig war, so mußte England, einmal in militärische Unterhandlungen verwickelt, diplomatische Beziehungen zu Serbien wieder aufnehmen und König Peter anerkennen.“

Durham stellt klar fest, daß Frankreich und Rußland Serbien für ihre militärischen Pläne – gegen Österreich und Deutschland – nötig haben und England sich durch Anerkennung des serbischen Königs Peter dem Kreis offiziell anschließt.

Rußland ist in Serbien und Montenegro aktiv und unterstützt die militärische Ausstattung und Ausbildung: „Um diese Zeit kamen russische Offiziere nach Cetinje, um Kadetten auszubilden und die militärische Organisation zu überwachen. Waffen und Artillerie besserer Konstruktion, als die, welche Montenegro besaß, wurden von Rußland geliefert. Als im Jahre 1908 Österreich Bosnien annektierte, gingen die Wogen der Erregung in Montenegro und Serbien hoch. Nur die Tatsache, daß Rußland für den Krieg noch nicht fertig war, verhinderte damals den Ausbruch des Krieges.“

Rußland war „kriegsgeil“ gegen Österreich-Ungarn und es brannte ihm in den Fingern, loszuschlagen, doch die Erkenntnis klar – es mußte militärisch bereit sein, und das war Rußland 1908 noch nicht.

Die Serben verehrten die Russen: „Rußland war in den Augen der Südslaven allmächtig. Sie glaubten, daß, wenn Rußland vorginge, der Sieg sicher sei. Niemals hörte ich, daß Deutschland von den einfachen Leuten als eine Gefahr erwähnt wurde. Deutschland war weit entfernt. Österreich war im Vordergrund und verächtlich. Mit russischer Hilfe würde Österreich zertrümmert werden.“

Der serbische Feind hieß Österreich-Ungarn, gegen den sich der ganze serbische Haß richtete.

„Rußland begann aktive Vorbereitungen, indem es im Jahre 1912 den Balkan-Bund schloß. Jedoch die Balkan-Nationen stürzten sich in den Krieg, ehe Rußland es beabsichtigt hatte. In seinem heftigen Ärger über die Montenegriner, die so Rußlands Pläne der Zerstörung aussetzten, erzählte mir Yngourieff, der russische Offizier, der die militärische Ausbildungsschule in Cetinje kommandierte, ganz ausführlich, daß Rußland so schnell wie möglich für seinen großen Krieg um Konstantinopel rüste und in zwei Jahren fertig sein würde. Das heißt im Oktober 1914. Er erklärte auch, daß Rußland nicht ohne einen Vorwand den Krieg beginnen könne, und daß die Kriegserklärung durch Österreich der Vorwand sein würde. Es ist daher klar, daß Österreich auf irgendeine Weise in den Krieg hineingezwungen werden mußte. Wie die Dinge standen, war die serbische Gruppe siegesstolz und düsterte trunken von Blut und Beute, nach mehr und war wütend, daß man ihr nicht erlaubt hatte, Albanien zu zerstören.“

Der russische Offizier machte keinen Hehl aus der russischen Haltung: Rußland rüstet für einen Krieg um Konstantinopel, in zwei Jahren – Oktober 1914 - und daß man dafür einen Vorwand haben müsse – die Kriegserklärung durch Österreich. Im Mai 1913 wurde Frau Durham in Podgoritza, Montenegro, mit den Worten konfrontiert: „Unsere Pläne sind fertig. Wir werden nach Sarajewo marschieren; die Serben werden nach Wien marschieren. Wir haben die ganze russische Armee auf unserer Seite.“

Sie fährt fort: „Von dem Tage an war ich ganz sicher, daß der Krieg im nahen Osten bald beginnen würde, und daß Rußland auf Konstantinopel marschieren würde. Und daß der Vorwand in Serbien oder

Montenegro geschaffen werden würde. Die Tätigkeit der serbischen Mörderbande „Die schwarze Hand“, welche die fürchterlichsten Schandtaten in Albanien und Mazedonien beging, und die Art, in der diese Bande offenkundig die ganze serbische Politik beherrschte, machte den Krieg um so sicherer. Der König war offensichtlich eine bloße Puppe. Mein früherer Dragoman in Mazedonien, ein Albanier, schrieb mir Anfang 1914 von Monastir, daß die serbischen Offiziere von dem kommenden Kriege mit Österreich sprachen und prahlten, und ‚daß Peter Karageorgewitsch sein scharfes Schwert wetze, um dem alten Franz Joseph den Todesstoß zu versetzen.‘ Als die Nachricht von der Ermordung des Erzherzogs mich in Durazzo erreichte, ging es mir sofort durchs Hirn: ‚Sie haben in Bosnien angefangen!‘ Rußland machte nur zwei Monate eher mobil, als Yngourieff vorausgesagt hatte, und Österreich war getrieben worden, ihm die Entschuldigung zu liefern. Ich hielt dann den Kriegsausbruch für ganz sicher.

Aber nicht für einen Augenblick konnte ich mir vorstellen, daß England sich auf Seite der Mörder stellen würde. Ich war in Balkan-Intrigen eingeweiht, jedoch wußte ich absolut nichts von Englands militärischen Verpflichtungen. Der serbische Standpunkt wird durch einen serbischen Studenten (Flüchtling in England während des Krieges) klargelegt: ‚Ja, es ist traurig, daß so viele Menschen getötet worden sind, aber sehen Sie, unser Plan hat Erfolg gehabt. Wir haben Groß-Serbien geschaffen!‘“

Warum ich glaube, daß die Serben absichtlich den Krieg überstürzt herbeiführten. M.E.Durham, in: Berliner Monatshefte, 1925- II S.258ff

★

★

★

Der ehemalige Botschafter Serbiens in Berlin, Boghitschewitsch, hat keine guten Worte für Serbien übrig. In seinen „Kriegsursachen“ schreibt er, passend zu den Worten Edith Durhams: „....was die serbische Regierung, von der russischen moralisch unterstützt, vom Bukarester Vertrag (*August 1913*) bis zum Ausbruche des europäischen Krieges getan hat, war keine Friedenskonsolidations- sondern eine neue Kriegsvorbereitungspolitik.“ Und ergänzend: „Finanziell vollständig in die Hände Frankreich gegenüber gebunden, politisch Rußland mit Haut und Haaren verschrieben, steuerte Serbien mit raschen Schritten dem Konflikte mit Österreich entgegen.“

Kriegsursachen – Dr.M.Boghitschewitsch – ehemaliger serbischer Geschäftsträger in Berlin, Zürich 1919 S. 77

Die Sicht des französischen Historikers Georges Lacour-Gayet auf Serbien fällt etwas anders aus als die von Boghitschewitsch. Seine Sicht auf die Serben, die durch ihre Politik der ständigen Unruhe auf dem Balkan, den Mord am österreichischen Thronfolger verursacht und letztendlich das Streichholz am Pulverfaß für den Ersten Weltkrieg darstellte, sieht er so: „Aber die heldenhaften Serben, die so grausam gelitten haben und immer noch leiden“. Eine französische Sicht über das „heldenhafte“ Serbien.

Bismarck, Georges Lacour-Gayet , London 1919, S.185

★

★

★

Einen interessanten Artikel zum Mord in Sarajewo fand ich vom 28.Juni 2015 im „Spiegel“, der „Zeit“, bei „swissinfo.ch“ e.a.; bei „swissinfo.ch“ heißt es:

Dieser Inhalt wurde am 28. Juni 2015 - 12:16 publiziert

Serbien ehrt Weltkriegsattentäter Princip mit Denkmal

Serbien hat Gavrilo Princip, dessen Attentat auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajewo den Ersten Weltkrieg ausgelöst hat, ein Denkmal errichtet. Die Bronzestatue wurde am 101. Jahrestag des Anschlags am Sonntag in Belgrad aufgestellt.

Genau dort hätten sich des als Volksheld und Freiheitskämpfer verehrte Princip und seine Helfershelfer vor dem Anschlag regelmäßig aufgehalten, begründet die Stadtverwaltung den Standort der zwei Meter hohen Statue in der Innenstadt. Vor einem Jahr hatte es heftige Diskussionen gegeben, weil ausländische Wissenschaftler und Politiker Princip als feigen Mörder und Terroristen bezeichnet hatten.



Was man von den serbischen Politikern halten soll, ist jedem selbst überlassen.
Für mich heißt diese Tatsache: das „enfant terrible“ des Balkan heißt Serbien.

Glücklicherweise jedoch lehrt uns die Geschichte, daß die Wahrheit am Ende immer triumphiert, so erfolgreich sie auch für eine Zeit unterdrückt worden sein mag, und so wird es auch mit dem Lügengebäude sein, welches das Fundament für das als Vertrag von Versailles bekannte Denkmal der Rachsucht, des Hasses und der Gier dient.

Juli-Krise

Presse – Vossische Zeitung, Nr. 320 - Samstag, 27. Juni 1914 - S.16

Serbische Umtriebe?

Sofia, 26. Juni. Maßgebende makedonische Kreise erfahren aus authentischer Quelle, daß in der letzten Zeit größere Gruppen von als Albaner verkleidete, gut bewaffnete und ausgerüstete serbische Soldaten in Albanien eindringen um die Aufständischen gegen die Regierungstruppen zu unterstützen. So seien vor einigen Tagen über Ochrida 700 verkleidete serbische Soldaten gegen Elbassan vorgedrungen und hätten diese Stadt mit Hilfe der Aufständischen genommen. Das alles bedeute erst den Anfang der Okkupation Albanien durch Serbien.

* * *

Serbien führte mit Albanien in der Folge dessen Gründung im November 1912, ständig Streitereien um Grenzgebiete, die aber eindeutig von albanischer Bevölkerung bewohnt waren. Das Expansionsstreben Serbiens war immens.

Presse – Deutsches Volksblatt, Nr. 9150, Samstag, 27. Juni 1914 – Morgen - S.5

Regentschaftswechsel in Serbien.

König Peter von Serbien hat sich veranlaßt gesehen, für die Dauer einer Kur den Kronprinzen Alexander mit der Regentschaft zu betrauen. An sich kann die Einsetzung der Regentschaft nicht Wunder nehmen, auffallen muß es aber, daß der kranke König die Regierung in die Hände seines Nachfolgers legt, trotzdem er selbst im Lande bleibt.

König Peter I. ist am 29. Juni 1844 in Belgrad geboren, vollendet demnach in wenigen Tagen sein 70. Lebensjahr. Er verließ 1858 Serbien, erhielt in Österreich und Frankreich seine Erziehung, kämpfte im Feldzuge 1870/71 als Kapitän der Fremdenlegion gegen Deutschland, nahm mit einer selbstgeworbenen Freischar am bosnischen Aufstande von 1876 teil und lebte dann in Cetinje, später als Privatmann in Genf. Im Juni 1903 nach der Ermordung des Königs Alexander wurde er zum König von Serbien proklamiert und am 2. September 1904 in Belgrad gekrönt.

Kronprinz Alexander, König Peters zweiter Sohn erhielt die Thronfolgerschaft am 15. März 1909 durch die Verzichtleistung seines ältesten Bruders Georg. Er ist am 4. Dezember 1888 in Cetinje geboren.

* * *

Der österreichisch-ungarische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand, persönlicher Freund Kaiser Wilhelms, reist mit seiner Frau nach Sarajewo um als Generalinspekteur an einem Manöver in Bosnien und der Herzegowina teilzunehmen. Hinweise auf die Gefahr eines Attentats weist er von sich.

Presse – Deutsches Volksblatt 9150 Samstag, 27.06.1914 – Morgen – S.8

Die Gebirgsmanöver in Bosnien.

Sarajewo, 26. Juni. Die größeren Manöver des XV. und XVI. Korps finden am 25., 26. und 27. d.M. im Raume Tarcia statt und bieten den Truppen beider Korps Gelegenheit vor den Augen des Generalinspektors Herrn Erzherzog Franz Ferdinand ihre Kriegstüchtigkeit zu erweisen. Die Leitung der Manöver führt der Armeeeinspektor von Sarajewo Die Annahme steht in keinerlei Zusammenhang mit irgendwelchen konkreten Kriegsvorbereitungen und verfolgt vor allem den Zweck, ein geschlossenes Auftreten größerer Verbände in einem die Entwicklung stärkerer Kräfte begünstigend, relativ schwierigen und abwechslungsreichen Terrain im Gebirge schulen.

* * *

Der Mord am österreichisch-ungarischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand in Sarajewo

**Sonntag, 28. Juni 1914 – Vidovdan – Tag der für das Vaterland gefallenen Soldaten.
Die Serben feiern ihren großen nationalen Feiertag, den Tag für die gefallenen Serben, die im Krieg gegen die
Türkei für das Vaterland auf dem Amselfeld 1389 gefallen sind.
Ein National-Feiertag für einen verlorenen Krieg.**

*

*

*

Im Folgenden Presse-Artikel, die über das Attentat am österreichisch-ungarischen Thronfolger berichten:

Presse – Berliner Tageblatt, Nr. 323 - Montag, 29. Juni 1914 - S.1

Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers und seiner Gattin.

Sarajewo, 28. Juni. In Sarajewo, wo der Thronfolger mit seiner Gattin nach Abschluß der bosnischen Manöver weilte, wurden heute zwei Anschläge gegen den Erzherzog verübt: ein Bombenattentat, dessen Folgen der Erzherzog mit großer Kühnheit selbst verhinderte, und ein Revolveranschlag, dem der Thronfolger und seine Gattin erlagen. In der Franz-Josef-Straße gab ein ruhig zielender 16 jähriger Gymnasiast mehrere Schüsse gegen Franz Ferdinand und die Herzogin Sophie ab; beide wurden tödlich verletzt und verstarben nach wenigen Minuten. [.....]

*

*

*

Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau werden kaltblütig von einem serbischen Jugendlichen ermordet. Bezeichnend ist der Satz in der Zeitung „Nowosti“:

„Der österreichisch-ungarische Thronfolger möge sich Bosnien und Herzegowina diesmal gut ansehen, denn es ist das letzte Mal, daß er dazu Gelegenheit findet.“

Diese serbische Zeitung scheint von dem Mordkomplott zu wissen, denn wie sonst schreibt man einen solchen Satz? Die Aufregung über den Mord scheint überall unbegrenzt.

Die politischen Kämpfe der Serben führten zwischen 1912 und 1914 zu drei Mordanschlägen auf österreichische Regierungsmitglieder, im Sinne der großserbischen Idee. Der österreichische Thronfolger war der vierte in der Reihe und Kaiser Wilhelm sollte der fünfte werden. Kaiser Wilhelm sagte daher den geplanten Kondolenzbesuch in Wien am 1. Juli 1914 ab, „was bekanntlich infolge sehr dringender Warnungen geschah, die dem Reichskanzler zugegangen waren und die auch sonst viel bezeugt sind“.

Deutschlands und Kaiser Wilhelms II. angebliche Schuld am Ausbruch des Weltkrieges; Theodor Schiemann; Berlin 1921, S.16

Presse – Berliner Tageblatt, Nr. 323 - Montag, 29. Juni 1914 - S.1

Der amtliche Bericht.

Sarajewo, 28. Juni. Auf offener Straße wurde allen Sicherheitsvorkehrungen zum Trotz Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gattin von einem halbwüchsigen serbischen Jungen erschossen. Niemand zweifelt daran, daß das Attentat auf die serbische Propaganda zurückzuführen sei. Beweis hierfür ist eine Äußerung der in Belgrad erscheinenden Zeitung „Nowosti“, die in ihrer Donnerstagnummer über den Besuch des Erzherzogs schrieb: „Der österreichisch-ungarische Thronfolger möge sich Bosnien und Herzegowina diesmal gut ansehen, denn es ist das letzte Mal, daß er dazu Gelegenheit findet.“ – Die bosnische Landesregierung gibt folgende Darstellung: „Als der Thronfolger und seine Gemahlin um 11 Uhr vormittags vom Militärlager ins Rathaus fuhren, hielt ihr Auto bei einer Mädchenschule. Als sich das Auto wieder in Bewegung setzte, schleuderte der Typograph Gabrinowitsch eine Bombe in das Auto. Diese fiel auf die rückwärtige Lehne des Autos, fiel herab und explodierte unter dem nachfolgenden Auto, in dem vom Gefolge Graf Boos-Waldeck, Baron Rumerskirch, die Hofdame Gräfin Lanjus und der Adjutant Marizzi saßen. Dieser wurde am Halse verwundet. Der Erzherzog ließ das Auto halten. Nachdem er erfahren hatte, um was es sich handle, fuhr er ins Rathaus. Dort erwarteten ihn die Gemeinderäte mit dem Bürgermeister an der Spitze. Der Bürgermeister wollte schon eine Ansprache halten. Als er sich hierzu anschickte, sagte ihm der Erzherzog in scharfem Tone: „Herr Bürgermeister, da kommt man nach Sarajewo, um einen Besuch zu machen, und man wirft auf einen Bomben; das ist empörend.“ Nach einer Pause sagte er: „So, jetzt können Sie sprechen.“ Der Bürgermeister hielt dann seine Ansprache an den Erzherzog, der hierauf erwiderte. Das Publikum, das inzwischen von dem Attentate erfahren hatte, brach in Ziviorufe auf den Erzherzog aus. Nach der Besichtigung des Rathauses, die etwa eine halbe Stunde dauerte,

wollte der Erzherzog ins Garnisonsspital fahren, um den verwundeten Oberstleutnant Marizzi zu besuchen. Als das Auto an die Ecke der Rudolfsplatz kam, wurden in rascher Aufeinanderfolge von einem serbischen Studenten namens Princip Revolverschüsse abgegeben. Der erste Schuß traf die Herzogin von Hohenberg in den Unterleib, der zweite Schuß traf den Thronfolger und durchbohrte seine Halsschlagader. Die Herzogin war sofort bewußtlos und fiel in den Schoß des Thronfolgers. Der Erzherzog verlor nach einigen Sekunden das Bewußtsein. Im Konak leisteten die Militärärzte die erste Hilfe. Der Erzherzog und die Herzogin gaben aber kein Lebenszeichen mehr.“

*

*

*

Zum Mordanschlag berichtet die Wiener Zeitung „Deutsches Volksblatt“:

Presse – Deutsches Volksblatt – 9152 - Montag, 29.06.1914 - S.6

Die erste amtliche Nachricht.

Zwei Attentate. Das erste amtliche Telegramm, das aus Sarajewo mit der Unglücksnachricht einlangte, lautete:

„Als Se. k. und k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Franz Ferdinand mit höchstseiner Gemahlin der Frau Herzogin von Hohenberg sich heute vormittags zum Empfange ins Rathaus begab, wurde gegen das Automobil eine Bombe geschleudert, die Se. k. und k. Hoheit mit dem Arme zurückstieß. Die Bombe explodierte, nachdem das erzherzogliche Automobil passiert war.

Die in dem nachfolgenden Automobil befindlichen beiden Herren Graf Boos-Waldeck und der Flügeladjutant des Landeschefs Oberstleutnant Merizzi wurden leicht verletzt. Vom Publikum wurden sechs Personen mehr oder minder schwer verletzt. Der Attentäter ist ein Typograph aus Trebinje namens Cabrinovic. Er wurde sofort festgenommen.

Nach dem festlichen Empfange im Rathause setzte Se. k. und k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog mit höchstdessen Gemahlin die Rundfahrt fort. Ein Gymnasiast der achten Klasse namens Prinzip aus Grabovo feuerte aus einer Browningpistole mehrere Schüsse auf das erzherzogliche Automobil ab.

Seine k. und k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog wurde im Gesichte, Ihre Hoheit die Frau Herzogin von Hohenberg durch einen Schuß in den Unterleib verletzt.

Seine k. und k. Hoheit und die Frau Herzogin wurden in den Konak geführt und sind dortselbst den Verletzungen erlegen.

Auch der zweite Attentäter wurde verhaftet. Die erbitterte Menge hat die beiden Attentäter nahezu gelyncht.

*

*

*

Der bayerische Gesandte in Berlin, Graf Lerchenfeld, schreibt an seine Regierung in München, daß das Ereignis in Sarajewo eventuell Drahtzieher in Belgrad hatte, was, wenn sich dies bestätigen sollte, zu Spannungen zwischen Wien und Belgrad führen würde:

Telegramm des bayerischen Botschafters in Berlin nach München

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate

Bericht 356

Berlin, den 29. Juni 1914

Das furchtbare Ereignis in Serajewo ist zuerst durch eine Meldung des dortigen deutschen Konsulats hier bekannt geworden.

Ich habe gestern und heute mit dem Botschafter Grafen Szögyeny und einigen Herrn die möglichen Folgen des Ereignisses besprochen. Man war der Ansicht, daß abzuwarten sein wird, ob die Erhebungen in Serajewo Fäden zu Tage fördern, die nach Belgrad reichen, und wenn dies der Fall sein sollte, welche Kreise in Serbien an einer Verschwörung beteiligt gewesen sind. Sollten sich dabei für die der Regierung nahestehenden Kreise belastende Momente feststellen lassen, so könnte eine Spannung zwischen Serbien und Österreich-Ungarn eintreten, die auf die ganzen Balkanverhältnisse eine bedenkliche Wirkung haben müßte.

In Österreich-Ungarn selbst sollte der Tod des Thronfolgers zunächst nichts ändern. Aber sein Einfluß, namentlich in Personalfragen, war doch in den letzten Jahren ein so ausschlaggebender gewesen, daß man das Fehlen dieses Einflusses bald überall fühlen dürfte.

Daß die Politik des Grafen Berchtold manchen Gegner in Österreich hat und daß sie auch im hiesigen Auswärtigen Amt nicht günstig beurteilt wird, ist Euer Exzellenz bekannt. Graf Berchtold ist aber der Mann des

Thronfolgers gewesen, und es könnte darum wohl geschehen, daß der Graf, seiner stärksten Stütze beraubt, über kurz oder lang zurücktritt. [.....]

Man kann also darauf gefasst sein, daß mit anderen Männern auch eine andere Richtung der Politik Österreich- Ungarns sich anbahnen wird, die hoffentlich bessere Erfolge als die bisherige erzielt. In zwei Beziehungen wird allerdings der Hingang des Erzherzog-Thronfolgers eine schwere Lücke zurücklassen. Einmal wird sein Einfluß auf die österreichisch-ungarische Armee fehlen und dann wird das von Jahr zu Jahr intimere Verhältnis zwischen Kaiser Wilhelm und dem österreich-ungarischen Thronfolger oft vermisst werden, wenn es sich darum handeln wird, Gegensätze zwischen dem alliierten Deutschland und Österreich-Ungarn auszugleichen. [.....]

Über die Lage in Albanien scheint nur so viel zu sagen zu sein, daß die Aufständigen sich scheuen, Durazzo ernsthaft anzugreifen, weil sie fürchten, unter das Feuer der Schiffskanonen zu geraten. Im Lande selbst geht aber alles drunter und drüber. Der Gedanke, falls der Fürst Wilhelm sich nicht halten könnte, ihn durch den ägyptischen Prinzen Fuad zu ersetzen, ist ganz aufgegeben, weil die Balkanstaaten, an der Spitze Serbien, erklären, sie hätten nicht den Kampf gegen die Türkei unternommen, um jetzt ein neues mohammedanisches Fürstentum entstehen zu lassen. [.....]

Lerchenfeld

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch, München / Berlin 1922 – S.114f

Serbiens Vorbereitung des Attentats auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger.

Wenn schon die Ankündigung der Seemanöver in Griechenland, England, in Frankreich mit dem Generalstabschef der russischen Marine, Admiral Russin, und Rußlands und Rumäniens Anfrage in der Türkei, wie es mit den Dardanellen in einer Kriegssituation bestellt sei (s.u.), und das alles nahe dem Termin des Attentats auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand, verdächtig schien, nehmen wir noch die Aussage der serbischen Zeitung „Nowosti“ (s.o.): „Der österreichisch-ungarische Thronfolger möge sich Bosnien und Herzegowina diesmal gut ansehen, denn es ist das letzte Mal, daß er dazu Gelegenheit findet.“ – Ist das nicht klar, daß dieser 28. Juni 1914 – auch noch der höchste nationale serbische Feiertag - dazu ausersehen war, Europa in eine Katastrophe zu stürzen?

Die Verschwörung, in die Rußland, Frankreich und England als Mittäter oder Mitwissende direkt oder indirekt beteiligt waren, wird im Prozeß von Saloniki 1917 bestätigt, von: „a) von Dragutin DIMITRIEWITSCH 1917 anlässlich des gegen ihn veranstalteten Schauprozesses in Saloniki, b) von den Angehörigen seiner Terrororganisation „Schwarze Hand“ in einer von diesen gemeinsam unterzeichneten Erklärung, c) von den von den k. u. k.-Behörden gefaßten Attentätern vor Gericht, d) von mindestens einem Angehörigen der serbischen Regierung PASCHITSCH, dem damaligen Kultusminister Ljuba JOWANOWITSCH, in einem von diesem persönlich verfaßten Zeitungsartikel. Dazu sei im einzelnen folgendes angeführt:

.... Als Anfang 1917 ein Sieg der Mittelmächte wahrscheinlich erschien, beschloß die nach Saloniki geflüchtete serbische Regierung, den gefährlichen Mitwisser DIMITRIEWITSCH samt Gefolge zu beseitigen. Unter dem Vorwand, er habe den serbischen Thronfolger ALEXANDER ermorden wollen, wurde ein Schauprozeß gegen ihn mit abschließendem Todesurteil inszeniert. Der Angeklagte gab im Prozeß am 28. März 1917 eine schriftliche Erklärung ab, in der es über das Attentat von Sarajewo u.a. hieß: „Den Rade MALOBACIC habe ich. .. angeworben... Dies tat ich mit dem Einverständnis des russischen Militärattachés, jetzigen Generals ARTAMANOW. .. Ich habe deshalb den MALOBACIC angeworben, das Attentat von Sarajewo zu organisieren. MALOBACIC hat meinen Auftrag ausgeführt und das Attentat organisiert. Bevor ich den endgültigen Beschluß faßte, daß das Attentat verübt werden soll, holte ich von Oberst ARTAMANOW ein Gutachten ein, was Rußland tun würde, falls Österreich uns angriffe. ARTAMANOW antwortete mir, daß Rußland uns nicht im Stich lassen werde... Die Hauptteilnehmer an dem Attentat...erhielten kleine Honorare. .. Einige von den Quittungen befinden sich in russischen Händen. . ., da ich das Geld für diese Arbeit...vom General ARTAMANOW erhielt, denn der Große Generalstab verfügte noch über keinen Kredit für diese... Tätigkeit.“

Dokumente Sarajewo Prozeß, Friedrich Wührtle, in : Der große Wendig, R.Kosiek und O.Rose, Tübingen 2.Aufl. 2006 , S.162

*

*

*

Die gesamte serbische Regierung wußte von dem Mordplan am österreichisch-ungarischen Thronfolger und hatte von der Entente volle Rückendeckung, die ihr Ziel, Deutschland zu zerstören und zu zerstückeln mit diesem Attentat, als „Startschuß“, in die Tat umsetzen wollte. Denn es galt, wie schon erwähnt:

„...das angelsächsische Bündnis hat sich die Zerstörung Deutschlands vorgenommen. Wenn das gelungen ist, gibt es kein Gleichgewicht der Kräfte mehr auf der Welt.“ und „Deutschland war Englands gefährlichster Gegner; Japan andererseits, stritt sich mit Amerika um den Vorrang im Stillen Ozean. Wenn diese

beiden Nebenbuhler unschädlich gemacht werden konnten, so stand der Weg offen für eine vollkommene und unbestrittene Weltherrschaft der Angelsachsen.“

Das Problem Japans, Leipzig 1920, S.84/ S.112

Milos Boghitschewitsch schreibt als Serbe und ehemaliger serbischer Gesandter in Berlin, in seinen „Kriegsursachen“ über die Serben:

„ Es ist eine unverdiente Tragik des serbischen Volkes, daß das Odium des Weltkrieges auf ihm lasten wird und daß sich seine neueste Geschichte aus einer Kette blutiger Ereignisse und öffentlicher Skandale zusammensetzt, welche die Stimmung im Auslande so sehr zu Ungunsten Serbiens beeinflußt haben. Ermordung des Fürsten Michael Obrenowitsch durch Anhänger der Dynastie Karageorgewitsch 1868, gewaltsame Entfernung des Kronprinzen Alexander von seiner Mutter, der Königin Nathalie aus Wiesbaden 1887, Abdankung König Milans 1888, eigenmächtige Großjährigkeitserklärung König Alexanders und gewaltsame Beseitigung der Regentschaft 1894, Heirat König Alexanders mit Draga Maschin, 1900 die Ermordung des König Alexander und der Königin Draga, 1903 die Skandale des Prinzen Georg, die Ermordung des österreichischen Thronfolgerpaares.“

Kriegsursachen, Milos Boghitschewitsch, 1919, S.103

Serbien führte jahrelang offene und verdeckte Attacken gegen Österreich-Ungarn, und, wie Maurus Revai schreibt, es sei „undenkbar, daß das unentwickelte, materieller Mittel bare Serbien, ohne den mächtigen Protektor hinter sich zu wissen, die Geduld der Monarchie so lange Jahre zu mißbrauchen gewagt hätte. Niemand glaubt wohl, daß das ehrgeizige Rumänien, auf sich allein gestellt, Ansprüche zu erheben wage, deren Erfüllung den Zerfall der Monarchie zur Folge hätte. Keiner ist so naiv, nicht zu wissen, daß hinter den angeblichen Unruhen in Mazedonien, den unausgesetzten Klagen über angeblich armenische Atrozitäten, den unerklärlichen albanischen Aufständen der russische Rubel und der englische Schilling stecken.“

Das Endziel des Weltkrieges, Maurus Revai, Berlin 1916, S.56

England und Rußland werden als die Geldgeber Serbiens auf dem Balkan bezeichnet, die es erst ermöglichten, die Unruhe und Anschläge auf dem Balkan zu organisieren und durchzuführen.

So ist es ohne weiteres angebracht, wenn man Serbien ein „Enfant terrible“ des Balkan nennt, was sicher nicht übertrieben ist. Serbien war (ist?) ständiger Unruheherd auf dem Balkan und war in zwei Balkankriege (1912 und 1913) involviert. Serbien eignete sich mit dieser charakterlichen Grundlage hervorragend als „agent provocateur“, Österreich in einen serbisch-österreichischen Krieg zu zwingen, der letztendlich nur dem einen Zwecke dienen sollte: Germania esse delendam – Deutschland muß zerstört werden, es darf nicht zu einer „beherrschenden, europäischen“ Macht werden. Das war der Grundsatz, unter dem sich Angelsachsen und Welsche zusammenschlossen, ergänzt durch die Reußen.

In dem Schreiben des bayerischen Gesandten in Wien, Tucher, an den bayerischen König, wird die Involvierung der serbischen Regierung in das Attentat auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger direkt oder indirekt bestätigt, Fehler der k. und k. Regierung werden benannt und das Attentat als schlußendliche Folge der verfehlten österreichisch-ungarischen Politik gegenüber Serbien gebrandmarkt:

Telegramm des bayerischen Botschafters in Wien nach München

Der Gesandte in Wien an den König

Bericht 236/XV

Wien, den 30. Juni 1914

Angekommen 1.7. 14.

Das Attentat in Serajewo, welches am Sonntag vormittag dem Erzherzog-Thronfolger und seiner Gemahlin das Leben raubte, wurde im Laufe des Nachmittags bekannt und hat allenthalben Entsetzen und Empörung hervorgerufen.

Nach Ischl (*Aufenthalt des österreichischen Kaisers*) gelangte die Trauerbotschaft gegen 1Uhr und wurde dem Kaiser durch den Generaladjutanten Grafen Paar übermittelt. Seine Majestät hörten die Meldung gefasst an, bestimmten sofort für den folgenden Tag die Rückkehr nach Wien und wünschten das Diner allein einzunehmen. Der Nachmittag verging mit der gewohnten Arbeit, nach wohldurchschlafener Nacht wurde die Reise nach Schönbrunn unternommen und seit gestern Mittag weilt der Kaiser dortselbst, wo er Audienzen erteilt und die notwendigen Anordnungen trifft.

Die Planmäßigkeit der Attentate ist offenkundig, die Verbrecher, in deren Besitz sich größere Geldbeträge fanden, sind bosnische Serben, die in letzterer Zeit in Belgrad weilten, woher sie auch die Bomben erhielten; sie gestehen, auf Verabredung gehandelt zu haben. Der Anschlag ist also zweifellos eine Frucht der seit Jahren von Belgrad her betriebenen Verhetzung der Serben der Monarchie und zeugt von der Tiefe des

Hasses der Serben des Königreichs gegen Österreich-Ungarn. Erzherzog Franz Ferdinand fällt als Hindernis der Durchführung der großserbischen Idee und als Gegner überwiegend russischen Einflusses auf dem Balkan.

So ergreifend und bedauernswert der gemeinsame Tod des in Liebe verbundenen hohen Paares und die doppelte Verwaisung der erzherzoglichen Kinder ist, so wird dieses Drama noch weit übertroffen durch die schmerzliche Erkenntnis der trostlosen politischen Zustände, welche dieses Attentat gezeitigt haben. Die Monarchie ist schwer krank, die seit Jahren in der auswärtigen und inneren Politik begangenen Fehler rächen sich. Der Haß der Serben, der unter den Obrenowitsch nicht bestand, ist fast systematisch gezüchtet worden; das selbstsüchtige Agrariertum hat ihn gepflanzt, die Ausbeutung seitens der österreichischen Industrie hat ihn entwickelt und die hochmütige Politik des Ballplatzes hat ihn groß werden lassen. Im Innern zeigte sich die Regierung den Slaven gegenüber immer schwach, den Slaven war alles erlaubt, überall mussten ihnen die Deutschen und Italiener weichen. Die Weiterentwicklung der Zustände, als deren Symptom das Attentat angesehen werden muß, ist unberechenbar.

Mit Erzherzog Franz Ferdinand tritt eine Persönlichkeit vom Schauplatz der Monarchie und Europas ab, die bereits im Thronfolger-Stadium eine ungewöhnlich markante war. Für das verbündete Deutschland waren seine Freundschaft mit Kaiser Wilhelm und sein warmes Interesse für Heer und Marine, überhaupt für die Schlagfertigkeit der Monarchie, wertvolle Faktoren; gefahrdrohend war seine Abneigung gegen Ungarn und seine tiefgewurzelte Feindseligkeit gegen das Königreich Italien. Das temperamentvolle Eintreten für seine Pläne hat dem Kaiser und den Ministern viele schwere Stunden bereitet, diejenigen, die sich seinen Absichten widersetzen, hat er mit unerbittlicher Heftigkeit verfolgt. Seine Ehe mit Comtesse Chotek brachte viele Schwierigkeiten mit sich und würde nach der Thronbesteigung noch größere verursacht haben. Dies alles bewirkt, daß sich vielfach ein Gefühl der Erleichterung geltend macht und daß die Teilnahme, die sich ja überall bekundet, mehr der schrecklichen Todesart als den Persönlichkeiten, deren Unbeliebtheit beim Volke durch übertriebene Sparsamkeit erhöht wurde, gilt.

Um dem Kaiser, den die Trauerbotschaft am Tage nach dem Eintreffen in Ischl erreichte, die baldige Rückkehr dorthin zu gestatten und um ihn vor Ermüdung zu bewahren, ist die Beisetzung baldmöglichst anberaunt und die Beteiligung auswärtiger Fürstlichkeiten dankend abgelehnt worden,

Die Rückkehr des Kaisers Franz Joseph nach Ischl ist für Sonntag in Aussicht genommen.

Tucher

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch, München / Berlin 1922 – S.116f

★

★

★

Die Wiener Zeitung „Deutsches Volksblatt“ bestätigt die Aussage des bayerischen Gesandten in Wien, daß Belgrad in den Mord am Thronfolgerpaar involviert gewesen ist und ebenso in andere diverse slawischen politischen Morde, weiterhin, daß die Agitation Belgrader Organisationen in Bosnien und der Herzegowina, in serbischen Kreisen der Donaumonarchie, vor allem unter den dortigen Jugendlichen, sehr erfolgreich war:

Presse – Deutsches Volksblatt – 9153 - Dienstag, 30.06.1914 - S.4

Zusammenhang mit Belgrad.

Berlin, 29. Juni. Der „Vossischen Zeitung“ wird aus Wien berichtet: Der Zusammenhang des Attentats in Sarajewo mit Belgrader Hintermännern ist festgestellt und überraschte hier niemand. Alle seit dem Jahre 1909 in südslawischen Ländern begangene Attentate konnten auf Belgrader Einflüsse zurückgeführt werden. Im Hintergrund steht Slovanska Jug, die ihre Bomben im Militärarsenal von Kragujevac (*Stadt südlich Belgrads*) fabriziert. Wiederholt enthielten in den letzten Jahren und insbesondere in der letzten Zeit, Belgrader Blätter Hinweise darauf, daß durch politische Morde der Fortschritt der großserbischen Bewegung in der österreich-ungarischen Monarchie am leichtesten bewirkt werden könnte. Bei diesem Anlasse ist wiederholt auf den Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand als den größten Gegner der großserbischen Bewegung hingewiesen worden, denn in Belgrad wußte man genau, daß der Erzherzog ein Freund der Südslawen sei.

Von Herrn Jovanovic ist es bekannt, daß er seinerzeit einer der Hauptorganisatoren der „**Narodna Obrana**“ („Nationale Abwehr“), jener Vereinigung war, welche nach dem Eingehen des „Slovenski Jug“ an dessen Stelle trat und verschiedene Verbindungen mit Exaltados in den südslawischen Ländern der Monarchie unterhält. Nach der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers kann vorausgesagt werden, daß neue Personen in Österreich-Ungarn demnächst als Zielscheibe für Bomben und Brownings von diesen Desperados aufgestellt werden. Die Belgrader nationalistische Propaganda hat in den letzten Jahren durch ihre Arbeit die gänzliche Desorganisation der südslawischen Mittelschuljugend bewirkt. In jedem südslawischen Gymnasium gibt es nationalistische Zirkel und Geheimbünde, welche Schülerstreiks vorbereiten, gegen ihre Professoren in der

schärfsten Weise auftreten und gegen die Schuldisziplin den Widerstand der Schüler organisieren und eifrig verbreiten und politische Blätter, die sie aus Belgrad erhalten, lesen.

Die „Narodna Obrana“ ist derart organisiert, daß sie in allen größeren südslawischen Orten Südungarns, Bosniens und der Herzegowina, Kroatien, Dalmatien, Krain, Montenegro und Nordalbanien Vertrauensmänner hat. Die Verbindung der „Narodna Obrana“ mit serbischen Militärkreisen ist notorisch, mit serbischen Regierungskreisen steht ihre Leitung nur durch Mittelspersonen in Verbindung.

★

★

★

Die Benachrichtigung Kaiser Wilhelm II. auf der Kieler Woche vom tödlichen Attentat auf Erzherzog Franz Ferdinand, führte zum Abbruch seiner Teilnahme und der laufenden Regatta. Auch die anwesenden englischen Kriegsschiffe – Gastfreundschaft der Kieler Woche – setzten Halbmast. Bericht der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ über die Benachrichtigung des Kaisers in Kiel:

Presse – Norddeutsche Allgemeine Zeitung - Nr. 150 - Dienstag, 30. Juni 1914 - S.1

Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin – Meldung an Kaiser Wilhelm

Kiel, 28. Juni. Die erste Nachricht von dem Unglück traf von dem deutschen Konsul in Sarajewo auf der „Hohenzollern“ ein. Der Chef des Marinekabinetts, Admiral von Müller, begab sich sofort auf dem Verkehrsboot „Hulda“ in See und rief dem Kaiser, welcher sich auf der „Meteor“ befand, die Nachricht auf die Jacht hinüber. Der Kaiser brach die Regatta sofort ab, trotzdem der „Meteor“ einen Vorsprung von 15 Minuten hatte. Die anderen Jachten sind diesem Beispiel gefolgt. Der Kaiser hat befohlen, daß sofort die Kriegsschiffe die Flagge halbstock setzen und die österreichisch-ungarische Kriegsflagge im Großmast gleichfalls halbstock, da der Erzherzog Franz Ferdinand Admiral der deutschen Flotte ist. Die englischen Kriegsschiffe sind diesem Beispiel gefolgt, ebenso die Jachten. Der Kaiser hat dem Kaiser Franz Joseph schon von See aus seinen Schmerz telegraphisch ausgedrückt. Die Kaiserin ist aus Grünholz hier eingetroffen und hat sich an Bord der „Hohenzollern“ begeben. Der Kaiser und die Kaiserin reisen morgen früh 8 Uhr 50 Minuten nach Wildpark ab, wo die Ankunft um 3 Uhr erfolgen wird. Die Regatten erleiden keine Unterbrechung, doch dürften die Festlichkeiten erhebliche Einschränkungen erleiden.

★

★

★

Kaiser Wilhelm bricht seinen Aufenthalt auf der „**Kieler Woche**“ umgehend ab und begibt sich nach Berlin, wissend, daß das Attentat auf seinen Freund, den österreichischen Thronfolger, mehr als eine Krise auslösen kann:

Kaiser Wilhelm – Die nur gezwungen angetretene Nordlandreise

Kaiser Wilhelm II. schreibt über den Mord am österreichischen Thronfolger und den sich daraus für ihn ergebenden Folgen:

„Nach dem Eintreffen der Nachricht von der Ermordung meines Freundes, des Erzherzogs Franz Ferdinand, gab ich die Kieler Woche auf und reiste nach Hause, weil ich beabsichtigte, mich zu der Beisetzung nach Wien zu begeben. Von dort wurde ich aber gebeten, von diesem Vorhaben abzustehen. Nachträglich hörte ich, daß hier für u.a. auch Rücksicht auf meine persönliche Sicherheit mitgesprochen habe (*man befürchtete einen Anschlag auf den Kaiser*), die ich natürlich zurückgewiesen haben würde. (.....) In tiefer Sorge über die Wendung, die die Dinge nehmen konnten, beschloß ich nun, meine geplante Nordlandreise aufzugeben und zu Hause zu bleiben. Der Reichskanzler und das Auswärtige Amt waren der entgegengesetzten Auffassung und wünschten gerade, ich solle die Reise ausführen, weil das auf ganz Europa eine beruhigende Wirkung ausüben werde. Ich habe mich lange dagegen gesträubt, angesichts der unsicheren Zukunft mein Land zu verlassen. Aber der Reichskanzler v. Bethmann erklärte mir kurz und bündig, wenn ich den nun einmal schon bekannten Reiseplan jetzt noch aufgeben würde, so werde das dazu führen, die Lage ernster erscheinen zu lassen, als sie bisher sei, und möglicherweise zum Ausbruch des Krieges beitragen, für den ich dann verantwortlich gemacht werden könne. Alle Welt warte nur auf die erlösende Nachricht, daß ich trotz der Lage ruhig auf Reisen gegangen sei. Ich konferierte mit dem Chef des Generalstabes darüber; als auch dieser eine ruhige Auffassung der Lage zeigte und selbst um Sommerurlaub nach Karlsbad bat, entschloß ich mich schweren Herzens abzufahren.

Der vielbesprochene sogenannte Potsdamer Kronrat vom 5. Juli hat in Wirklichkeit niemals stattgefunden. Er ist eine Erfindung Böswilliger. Ich habe selbstverständlich vor meiner Abreise, wie das immer zu geschehen pflegte, einzelne Minister empfangen, um mir über den Stand ihrer Ressort-Angelegenheiten

Bericht erstatten zu lassen. Auch ein Ministerrat hat nicht getagt, und von Kriegsvorbereitungen ist bei keiner einzigen Besprechung die Rede gewesen.“

Kaiser Wilhelm II. - Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Berlin 1922, S.209f

Das Treuebündnis mit Österreich-Ungarn stand fest und es gab keine Zweifel, daß auch in dieser Situation des Attentats am österreichischen Thronfolger, die Österreich-Ungarn vor eine schwere Entscheidung stellte, Deutschland an seinem Bündnis mit Österreich-Ungarn festhielt:

„Aus dieser Haltung hat die deutsche Regierung niemandem gegenüber ein Hehl gemacht, weder gegenüber der eigenen Öffentlichkeit, noch auch gegenüber den an der weiteren Entwicklung der Dinge interessierten fremden Regierungen. Ich habe in jener Zeit aus Unterhaltungen mit meinen Freunden im Auswärtigen Amt den bestimmten Eindruck gewonnen, daß man dort fest davon überzeugt war, in Fortsetzung der bisherigen Politik durch die offene Gewährung voller Rückendeckung an Österreich-Ungarn die erstrebte Lokalisierung des drohenden Konfliktes zwischen der Donaumonarchie und Serbien am sichersten erreichen zu können.“

Der Weltkrieg – Band 1, Karl Theodor Helfferich, Berlin 1919, S.173

Genau das war die Absicht, den Konflikt zwischen Serbien und Österreich-Ungarn zu lokalisieren, da es eine nachbarliche Auseinandersetzung, Summe langjähriger kleinerer oder größerer „Meinungsverschiedenheiten“ war; Deutschland unterstützte, den Konflikt zu lokalisieren.

Wer sollte davon noch tangiert sein? Rußland!

Als selbsternannter Beschützer der Slawen und im Speziellen der Serben. Denn es war das Signal, auf das die Ententeländer lange gewartet hatten. Nur das eigentliche Schauspiel, der Auftritt aller beteiligten „Schauspieler“ begann jetzt erst.

Kaiser Wilhelm und die Verschwörung gegen Deutschland

Kaiser Wilhelm schreibt, in seinem Exil im Haus Doorn 1922, daß eine Verschwörung, ergänzend zu dem bisher genannten, gegen Österreich und Deutschland in erster Linie, seit langem bestand. Er schreibt:

„Es ist mir mitgeteilt worden, daß eine wesentliche Rolle bei der Vorbereitung des gegen die monarchischen Mittelmächte gerichteten Weltkrieges die langjährige, zielbewußte Politik der internationalen „Großorientloge“ gespielt hätte. Die deutschen Großlogen aber hätten mit zwei Ausnahmen, in denen die nichtdeutsche Finanz herrscht und die im geheimen mit dem „Großorient“ in Paris in Verbindung stehen, mit dem „Großorient“ keinen Zusammenhang. Sie seien, wie mir der angesehene deutsche Freimaurer, der mir diesen ganzen, mir bis dahin unbekanntem Zusammenhang meldete, versichert hat, durchaus loyal und treu gewesen. Im Laufe des Jahre 1917 habe in Paris eine internationale Tagung des Logen des „Großorient“ stattgefunden. Auf dieser Tagung sei nachstehendes Programm festgesetzt worden:

Zerstückelung von Österreich-Ungarn, Demokratisierung Deutschlands, Beseitigung des Hauses Habsburg, Abdankung des Deutschen Kaisers, Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich, Vereinigung Galiziens mit Polen, Beseitigung des Papstes und der katholischen Kirche wie überhaupt jeder Staatskirche in Europa.

Ich bin von hier aus nicht in der Lage, die sehr gravierenden Mitteilungen über die Organisationen und das Wirken der Großorientlogen, die mir nach bestem Wissen und Gewissen gemacht wurden, nachzuprüfen. Geheime und öffentliche politische Organisationen haben im Leben der Völker und der Staaten wichtige Rollen gespielt, solange es Geschichte gibt. Manche haben segensreich gewirkt, die meisten destruktiv, wenn sie geheime Parole führen müssen, die das Tageslicht zu fürchten haben. Die gefährlichen derartigen Bünde umgeben sich mit dem Vorwande irgendwelcher idealen Bestrebungen, wie der Pflege der werktätigen Nächstenliebe, Hilfsbereitschaft für die Schwachen und Armen u. a. m., um unter solchem Deckmantel ihren eigentlichen verborgenen Zielen zuzustreben. Es ist jedenfalls erforderlich, dem Wirken der Großorientlogen nachzugehen, denn man kann zu dieser Weltorganisation endgültig erst Stellung nehmen, wenn sie gründlich erforscht ist.“

Kaiser Wilhelm II. - Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Berlin 1922, S.219f

Das Wissen, daß all das, was während seiner Herrscherzeit von Seiten Rußlands, Frankreichs und Englands an Politik mit und gegen Deutschland getrieben wurde, zum Krieg mit Deutschland führen sollte, wird Kaiser Wilhelm im Nachhinein sehr deutlich.

Marine-Manöver

Wie heißt es: In der Politik geschieht nichts ohne Absicht.

Wenn man die Presseberichte vom 27. Juni 1914 bis Anfang August 1914 liest, wurde der Öffentlichkeit ein professionell in Szene gesetztes Schauspiel geboten, bei dem die Hauptakteure nur, und ausschließlich, ohne Hintergedanken, absolut friedlich die Situation lösen wollten (Ironie aus) – das war die offizielle Losung. Griechenland lasse ich den Vortritt mit einer Nebenrolle:

Presse – Vossische Zeitung, Nr. 320 - Samstag, 27. Juni 1914 - S.15

Griechenland – Einberufung der Marinereserven.

Athen, 26. Juni. Infolge der Vermehrung der Flotte und wegen der großen Seemanöver, die in der nächsten Woche beginnen werden, sind sieben Klassen der Marinereservisten einberufen worden.

* * *

Auf dem Balkan herrscht Unruhe. Griechenland bereitet, wie einige andere europäische Staaten, ein Flottenmanöver vor, zu dem Marinereservisten einberufen werden. Dies soll sicher keine Mobilisierung darstellen, nein, sondern die Einberufung der Marinereservisten wird benötigt, da die griechische Flotte vergrößert wurde und entsprechende Mannschaften dazu gebildet werden müssen. Oder gibt es auch andere Gründe?

Diese Vorbereitung auf ein Flottenmanöver, das auch für England und Frankreich Mitte Juli avisiert ist, hört sich im Kontext nach Kriegsvorbereitung an. Ein Flottenmanöver ist eine geschickte, nicht fehl zu interpretierende militärische Maßnahme, zur Kriegsbereitschaft um nicht Kriegsvorbereitung zu sagen, für alle Eventualitäten, mit denen man anscheinend rechnet. Denn ein Flottenmanöver wird nicht von jetzt auf nachher angeordnet, sondern bedarf, dieses Urteil erlaube ich mir, einer nicht zu unterschätzenden Vorbereitungszeit zur Organisation.

Weiterhin fragen Rußland und Rumänien in der Türkei nach, wie es mit der Öffnung der Dardanellen im Kriegsfall aussehe - im Kriegsfall: Türkei – Griechenland, was ja auf der Hand liegt – oder?:

Presse – Vossische Zeitung, Nr. 320 - Samstag, 27. Juni 1914 - S.15

Die Dardanellen.

Bukarest, 26. Juni. Zu der Meldung, wonach der russische Botschafter und der rumänische Gesandte in Konstantinopel dem Großwesir erklärt hätten, die Schließung der Dardanellen in einem etwaigen türkisch-griechischen Kriege würde große Verluste für den Handel Rußlands und Rumäniens zur Folge haben, worauf der Großwesir erwidert habe, die Dardanellen würden für die Handelsschifffahrt offen bleiben, bemerkt die offiziöse „Independence Roumaine“, daß die Antwort des Großwesirs noch nicht bekannt sei. Das Blatt fügt hinzu: Das Abkommen über die Dardanellen (wonach Kriegsschiffe die Dardanellen ohne Erlaubnis der Türkei nicht passieren dürfen. Red.) bezieht sich eben nur auf Kriegsschiffe, nicht aber auf Handelsschiffe. Indes wären der russische und der rumänische Handel im Falle eines Krieges wegen der ausgelegten Minen lahmgelegt. Der Handel keines Staates hat mehr unter der Schließung der Dardanellen im Jahre 1912 gelitten, als der Rußlands und Rumäniens. Die Dardanellen sind das Ausgangstor für Rumänien wie für Rußland. Daraus erklärt sich der russisch-rumänische Schritt.

* * *

Es ist auffällig, Griechenlands Marine wird vergrößert und veranstaltet ein Seemanöver, da ist die Frage Rußlands und Rumäniens nach der Situation der Dardanellen im Kriegsfall, eine rein informelle, verständlich. Aber Rußland lenkt mit der Einbeziehung Rumäniens in die Fragestellung vom eigentlichen Ziel ab.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9150, Samstag, 27. Juni 1914 – Morgen - S.3

Das englische Geschwader in Konstantinopel.

Konstantinopel, 26. Juni. Der Kommandant des englischen Mittelmeergeschwaders Admiral Milne ist an Bord des „Inflexible“ hier eingetroffen. Er wird morgen vom Sultan in Audienz empfangen werden. Übermorgen findet ihm zu Ehren ein Galadiner statt.

* * *

Und dann ist ein englisches Geschwader in der Türkei zu Besuch, die freundschaftlichen Beziehungen zu vertiefen – man trifft sich im Mittelmeer.

Zur selben Zeit hält sich der Generalstabschef der russischen Marine in Paris und Toulon auf. Politisch, militärische Gespräche zwischen Rußland und Frankreich zu diesem Zeitpunkt, in Verbindung mit der „Dardanellen-Frage“ erscheint, auch 2 Wochen vor dem Besuch des französischen Präsidenten in Petersburg, nur zeitlich gesehen, ungewöhnlich.

Der zitierte Satz des französischen Marineministers im Artikel: „Von Ihrem Besuche werden Sie, hoffe ich, den Eindruck mitnehmen, daß Frankreich vor keinem Opfer zurückscheut, um seinen Traditionen, seinen Bündnissen und seinen Freundschaften treu zu bleiben.“ Der Bündnisgedanke wird hier noch einmal ganz offen und deutlich betont und unterstreicht durch die Aussage, „daß Frankreich vor keinem Opfer zurückscheut“, die Bereitschaft der französischen Regierung mit Rußland den kriegerischen Weg zu gehen:

Presse – Deutsches Volksblatt 9151 Sonntag, 28.06.1914, S.5

Der Generalstabschef der russischen Marine in Frankreich.

Der Generalstabschef der russischen Marine Admiral Russin weilt zurzeit in wichtiger politischer Mission in Frankreich. Nachdem er in Paris sehr gefeiert wurde, ist er soeben nach Toulon abgereist, wo er unter Führung des Admirals Boue de Lapeyriere die französische Flotte besichtigt und Schießübungen beiwohnen wird. Vor der Abreise gab es im Marineministerium noch ein Frühstück, bei dem in herzlichen Trinksprüchen die russisch-französische Allianz gefeiert wurde. Der französische Marineminister Gauthier sagte unter anderem: „Von Ihrem Besuche werden Sie, hoffe ich, den Eindruck mitnehmen, daß Frankreich vor keinem Opfer zurückscheut, um seinen Traditionen, seinen Bündnissen und seinen Freundschaften treu zu bleiben.“ Der Ministerpräsident Viviani und der Kriegsminister Messimy wohnten dem Frühstück bei. Admiral Russin antwortete, es sei ihm eine angenehme Pflicht, dem Zaren die für Rußland so herzlichen und schmeichelnden Worte zu überbringen.

*

*

*

Und hinzu kommen die Seemanöver der französischen Marine Mitte Juli in der Nordsee, vor und während den französisch-russischen Gesprächen Poincares und Zar Nikolaus II. in St.Petersburg:

Presse – Wiener Zeitung - Nr. 165 - Samstag, 18. Juli 1914 - S.2

Frankreich. [Flottenmanöver]

In Frankreich haben kürzlich in den Seebezirken Le Havre, Cherbourg, Brest und Calais umfangreiche Küstenverteidigungs-Übungen begonnen, an denen sämtliche Flottenkontingente dieser Marinebezirke, alle Küstengarnisonen und das gesamte Aufgebot der lokalen Seeverteidigungs-Kaders beteiligt sind. Unter der Leitung des Kommandierenden der See-Nordfront Konter-Admirals Rouger wurde mit Beiziehung zweier Minenlegungsschiffe und ihrer Legungsflotte Havre und Cherbourg in kriegsmäßigen Minenverteidigungszustand versetzt, worauf die aus sechs leichteren Kreuzern und zwölf Zerstörern bestehende Angriffsflottille diese Hafenhindernisse zu forcieren hatte, was nur in Havre gelang. Der weitere Verlauf der Übungen wird Kohlenüberschiffungs-Versuche auf hoher See, Unterseebootsangriffe und Blockademanöver bringen. Bei dieser Gelegenheit soll auch das Nebelwarnungssystem der französischen Küsten-Rettungsstationen erprobt und der praktischen Verwertbarkeit der Radiostationen der Küste zu Nachrichten- und Aufklärungszwecken besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden. Die Mittelmeerflotte hat ihre Hauptübungen größtenteils beendet und erfährt jetzt eine taktische Umgruppierung.

*

*

*

Und weil England dem nicht nachstehen möchte, findet zur selben Zeit in Portsmouth eine Flottenparade vor König und Kanzler statt. Man ist sich einig und bereitet sich gründlich auf den entscheidenden Einsatz auf der Weltbühne vor, bis der Vorhang sich zum ersten Akt des Schauspiels „Germania esse delendam“ öffnet:

Presse – Wiener Abendpost, Nr. 166, Sonntag, 19. Juli 1914 - S.8

Großbritannien – Die Flottenparade in Portsmouth.

London, 18. Juli. Der König ist heute nachmittag in Begleitung des Premierministers Asquith nach Portsmouth abgereist. Er wird bereits Montag abends zurückkehren, statt bis Dienstag in Portsmouth zu verbleiben. Der König und der Prinz von Wales sowie Premierminister Asquith sind in Portsmouth eingetroffen und haben sich an Bord der königlichen Jacht begeben.

*

*

*

Es kann selbstverständlich gesagt werden: alles Zufall. Aber wie schon gesagt: in der Politik geschieht nichts zufällig.

Halten wir fest: Griechenland verstärkt seine Marine und veranstaltet Seemanöver und Rußland fragt die Türkei, wie es mit den Dardanellen im Kriegsfall aussehe – Vermutung: Krieg zwischen Türkei und Griechenland, was zu dieser Zeit und nach den Balkankriegen sicher nicht so abwegig war. Zur gleichen Zeit finden Manöver in Frankreich, und französisch-russische politisch, militärische Gespräche statt; England läßt die Flotte vor dem König parademäßig vorbeiziehen und Poincare bereitet seine Reise zu Zar Nikolaus II. vor - und Kaiser Wilhelm II. ist auf Nordlandurlaub – und alles, nach Presseberichten, innerhalb von drei Wochen, rund um den Mord von Sarajewo. Man macht sich offensichtlich startklar und wartet auf den „Startschuß“ nach der Overtüre. Und Kaiser Wilhelm wird, nach dem Mord in Sarajewo, auf seinen Nordland-Urlaub, in Begleitung der Marine, geschickt.

Warum zögerte der Kaiser seinen Nordland-Urlaub anzutreten? Gab es etwas, das er verhindern konnte? Es war Serbien und die Geschehnisse in Sarajewo, die der Kaiser als Hinderungsgrund seiner Reise ansah, und vor allem: es gab einiges für ihn zu tun, eine Eskalation zu einem Weltkriege zu verhindern.

Die Haltung Deutschlands ist, trotz der angespannten Haltung des Kaisers, in einer abwartenden Stellung; das Auswärtige Amt sieht alles nur rosig im Gegensatz zum Militär; denn alle genannten Seemanöver finden **nach** der Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand statt, und wurden alle, so sollte man annehmen, vor dem 28. Juni 1914 vorbereitet.

Werfen wir den Blick noch einmal einige Jahre zurück: die Aktionen ab etwa 1900 gehen eindeutig den Weg der Kriegsvorbereitung gegen Deutschland. Der Brite Francis Neilson, erfahrener Parlamentsabgeordneter, sieht sein Land als einen entscheidenden Teil dieser Verschwörung, wenn er schreibt:

„Kann heute noch jemand daran zweifeln, daß unser Vorgehen ‚von Vorliebe geprägt‘ war, als unser Außenminister im November 1912 mit M. Cambon Briefe austauschte, die Großbritannien zu den Verpflichtungen des Krieges verpflichteten?“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.52

Und wenn immer noch Zweifel bestehen über die Bereitwilligkeit Englands, gegen Deutschland einen Krieg zu inszenieren, dann hier ein paar Worte englischer Militärs:

„.... befürwortete General Lord Roberts selbst, der größte militärische Held der Zeit, öffentlich einen Überraschungsangriff auf Deutschland. Lord Fisher, damals Englands First Sea Lord, rühmt sich in seinen ‚Memories‘, daß auch er bereits 1908 einen solchen Angriff als drastisches Mittel zur Ausschaltung eines Handelsrivalen empfohlen habe.“

Our Myth of the War's Beginning, in: Shall it be again? J.K.Turner, New York 1922, S.185

Diese genannte englische Haltung um 1900 begegnet einem in der damaligen Literatur auf Schritt und Tritt.

– Lesen die heutigen „Historiker“ keine Literatur der damaligen Zeit? –

England will seinen Handelsrivalen rund um den Globus ausschalten, so wie er es mit anderen Konkurrenten bereits tat. Und die von England immer wieder geäußerten Beteuerungen, unabhängig zu sein, sehen so aus, daß England 1907 ein Bündnis mit Rußland über schwebende Interessenkonflikte – in Persien, Afghanistan und Tibet – schloß um frei zu sein, mit einem beruhigten Rußland – nach dem japanisch-russischen Krieg - und kampfbereiten Frankreich gemeinsam den Weg gegen Deutschland weiter zu gehen.

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.139

Was in Frankreich ganz offen besprochen wurde, und in England vergebens bestritten. Denn Deutschland konnte „überhaupt keinen Zweifel daran haben, daß die Politik der Entente-Mächte darin bestand, Deutschland mit allen Mitteln und um jeden Preis zu isolieren. Es gab im Herbst 1911 in Frankreich Männer, die nicht zögerten, die Frage der Isolierung Deutschlands mit aller Schärfe anzusprechen, während führende Staatsmänner in England den Vorwurf vergeblich bestritten.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.155

Frankreich legte besonderen Wert darauf, in seinen gelben Büchern an ‚gefährlichen‘ Stellen leichte Korrekturen anzubringen oder einfach mal Begebenheiten zu vergessen.

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.306

Halten wir nochmal fest: „1912 wurde die geheime Vereinbarung über die französische und britische Zusammenarbeit gegen Deutschland, die sechs Jahre lang Gegenstand von Gesprächen zwischen den Generalstäben der beiden Länder war, schriftlich festgehalten. Im gleichen Jahr wurde das französisch-

russische Flottenabkommen unterzeichnet, und, wie uns die Bolschewiki durch die Veröffentlichung der Geheimverträge enthüllt haben, erwirkte der Zar sowohl von M. Poincare als auch von Außenminister Grey eine definitive Zusage französischer und britischer Unterstützung, falls Deutschland auf dem Balkan an der Seite Österreichs in Schwierigkeiten geraten sollte.“

Our Myth of the War's Beginning, in: Shall it be again? J.K.Turner, New York 1922, S.185

Alle drei – Rußland, Frankreich und England – sind sich einig, wenn es auf dem Balkan zu Schwierigkeiten kommen sollte, in die Österreich mit Unterstützung Deutschlands involviert sind, werden alle drei zur Stelle sein, ihr gut einstudiertes Welttheaterstück „Germania esse delendam“ gemeinsam aufzuführen.

Frankreich und England kamen in ihren Kriegsplänen überein, daß England Nordsee und Atlantik militärisch schützt und Frankreich das Mittelmeer. Nur war das eine diplomatische Abmachung, die an den Parlamenten vorbei geregelt wurde. Im Juli 1905 erklärte der französische Außenminister Th. Delcasse: „Die Entente zwischen den beiden Ländern und die Koalition ihrer Seestreitkräfte stellt eine so gewaltige Seekriegsmaschine dar, daß weder Deutschland noch irgendeine andere Macht es wagen würde, sich einer so überwältigenden Macht auf See zu stellen.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.306

Womit er selbstverständlich recht hatte, daß Deutschland kein Interesse daran hatte, sich mit der Maritimen Streitmacht der Entente anzulegen und Krieg zu führen. Aber die Franzosen fühlten sich stark, was schon Bismarck vorausgesagt, hatte, daß die Franzosen zum Krieg ziehen, wenn sie sich stark genug fühlen, ihren Gang der Revanche gegen Deutschland zu gehen.

Die Kampfbereitschaft der Entente bezeugt auch in dieser Zeit ein amerikanischer Admiral, Admiral Mahan, der in der Schrift „Scientific American“ sich äußerte, „daß achtundachtzig Prozent von Englands Kanonen auf Deutschland gerichtet sind“, und der englische Kriegsminister Churchill im Unterhaus am 10. März 1914: „Wir sind gut gerüstet für einen sofortigen Krieg auf jeder Grundlage, die Sie in Betracht ziehen“.

Our Myth of the War's Beginning, in: Shall it be again? J.K.Turner, New York 1922, S.186

Alles ist bereit für den Akt gegen Deutschland; Englands Marine ist startklar und wird durch die „Flottenrevue“ im Juli auf Startposition gebracht, Frankreich macht sich bereit für den großen Revanche-Auftritt im Mittelmeer mit einem Seemanöver im Juli und Rußland steht Gewehr bei Fuß im Baltikum mit seinen sibirischen Truppen. Alles wartet auf den provozierten Startschuß durch Österreich-Ungarn – den ersten Akt nach der serbischen Ouverture.

Tendenzen

Englische Aussagen zur Juli-Krise 1914, von einem Engländer festgehalten:

„Waren wir (England) voreingenommen oder nicht, als unser Botschafter in Petersburg über die am 27. Juli an die Flotte erteilten Befehle informiert wurde?“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.52

„Eine neutrale Hand muß frei sein! - Seit Januar 1906 waren unsere Hände (Englands) zu keinem Zeitpunkt frei“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.52

„Der in letzter Zeit so oft gebrauchte Ausdruck ‚ausländische Freundschaften‘ ist an sich schon eine Anklage; und im Zusammenhang mit Frankreich beweist er, wie absurd unsere Position als sogenannte neutrale Macht während der gesamten Verhandlungen seit der Ermordung des österreichischen Erzherzogs war.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.52

Bereits 1906 war England durch Verträge an Frankreich gebunden, wenn Frankreich von einer dritten Macht angegriffen würde, was die „Neutralität“ Englands betont.

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.52

Die Rückkehr der deutschen Flotte aus Norwegen kam der englischen Flotte zuvor, von der man munkelte, sie wolle den Kaiser bei der Rückkehr aus Norwegen festsetzen. Denn: „Am 31. Juli hatte unsere Flotte die deutsche Kriegsmarine fast eingeschlossen, und eine Invasion der Nord- und Westküste Frankreichs war unwahrscheinlich.“

Den Engländern war bewußt, daß Deutschland nur über Belgien und Luxemburg nach Frankreich gelangen konnten.

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.53

Die britische Flottenrevue umfaßte die englische Flotte, gleich einer Mobilisation. Dazu Neilson: „Die Sondermobilisierung der Flotte findet am 13. Juli statt“, und Poincare begibt sich am 15. Juli nach Petersburg. „In der Depesche Nr. 66, Französisches Gelbbuch, informiert M. de Fleuriau, französischer Geschäftsträger in

London, seine Regierung am 27. Juli darüber: ‚Die Haltung Großbritanniens wird durch den Aufschub der Demobilisierung der Flotte bestätigt. Der Erste Lord der Admiralität hat diese Maßnahme am Freitag in aller Stille aus eigener Initiative ergriffen.‘ Dieser Freitag war der 24. Juli, ein Tag nach der Übergabe der österreichischen Note an die serbische Regierung. Die Flotte segelte am 27. Juli von Weymouth aus: wie die Times an diesem Tag schrieb, ‚ein willkommener Beweis unserer Absicht, für jeden Kurs bereit zu sein, den die nationalen Interessen wünschenswert machen könnten.‘“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.241ff

Poincare reist nach Petersburg und kann dem Zaren mitteilen, daß Frankreich und England bereit sind für den Kriegsauftritt gegen Deutschland; die Flotten der Entente stehen kampfbereit, Rußland steht an der österreichischen und deutschen Grenze kampfbereit. Die Kommunikation innerhalb der Entente läuft auf Hochtouren.

„Der Außenminister stand seit dem 20. Juli in Kontakt mit den Botschaftern. Am 23. Juli traf Sir Edward den Grafen Mensdorff und erfuhr von ihm, daß alles von Rußland abhängen würde.... Die österreichische Note an Serbien wurde am 24. veröffentlicht.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.241ff

Der britische Botschafter in Petersburg meldet an die Regierung in London in der „Petersburger Depesche vom 24. Juli, Nr. 6 des Weißbuchs“, daß „der russische Außenminister, Herr Sasonow, einige der Forderungen Österreichs für völlig unannehmbar hält. Er hoffe, daß die britische Regierung es nicht versäumen werde, ihre Solidarität mit Rußland und Frankreich zu bekunden. Der französische Botschafter teilte unserem Vertreter gleichzeitig mit, daß Frankreich alle Verpflichtungen erfüllen werde, die sich aus dem Bündnis mit Rußland ergäben.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.241ff

England äußerte sich dahingehend, es hätte keine Interessen in Serbien und sähe keinen Grund zur Unterstützung der Entente. Daraufhin erklärte der russische Außenminister:

„Großbritannien dürfe nicht vergessen, daß es sich um die allgemeine europäische Frage handele; Großbritannien könne sich nicht aus den anstehenden Problemen heraushalten“. Der englische Botschafter in Petersburg, der mit Sasonow in Kontakt stand, meldet: „daß er aus den Äußerungen des französischen Botschafters schließe, daß Frankreich und Rußland entschlossen seien, eine starke Position einzunehmen, auch wenn Großbritannien sich ihnen nicht anschließen wolle.“

Die dazu gehörige Fußnote lautet: „Fußnote: Dieser Satz und derjenige in der Depesche, der sich auf die Rückkehr des französischen Präsidenten und des Ratspräsidenten von Rußland nach Frankreich bezieht, sind aus dem französischen Gelbbuch gestrichen worden.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.243

Frankreich hält seine Farbbücher sauber von Dingen, die es nach dem Krieg in Schwierigkeiten bringen könnten, zuzugeben, daß man mit Rußland und England den „Grande Guerre“ mit vorbereitet hat.

Auch Sir Edward Grey ist vorsichtig und erzählt dem Parlament nicht alles, was in der Entente in Bezug auf die Kriegsvorbereitung vor sich geht, seine Pläne könnten ja von den Volksvertretern durchkreuzt werden:

„Nichts davon wurde dem Parlament mitgeteilt, als der Außenminister am 27. Juli seine Erklärung abgab. Wozu also die Behauptung, unsere Interessen in Serbien seien gleich Null, wo doch der russische Außenminister am 24. Juli beschlossen hatte, daß es sich um die allgemeine europäische Frage handele, von der die serbische Frage nur ein Teil sei? Am 25. Juli begann Rußland mit der Mobilisierung, wie der Zar in einem Telegramm an den Kaiser mitteilte.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.243

Grey sorgte vor: „Was ihm unser Botschafter in Petersburg am 24. als Hauptüberlegung mitteilte, nämlich die britische Solidarität mit Rußland und Frankreich, begann er am 27. an dem Tag, an dem er dem Unterhaus mitteilte, daß es im Interesse des Friedens notwendig sei, alle militärischen Operationen auszusetzen, bis das Ergebnis der Konferenz vorliege. Noch am selben Tag drängte er den deutschen Botschafter, auf eine Mäßigung Österreichs zu drängen....Am 25. wurde der Befehl an die Flotte erteilt. Die dritte Flotte wurde am 13. mobilisiert.

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.249

Dem Parlament wird am 27. Juli die Aussetzung der militärischen Operationen angekündigt, obwohl er schon am 25. alles in Bewegung setzte um startklar für den Krieg zu sein.

Einzig und allein die Diplomatie sorgte für den reibungslosen Aufbau des ersten ‚Kriegsaktes‘: „An dem Tag, an dem in einer Depesche an Rußland der Hinweis gegeben wurde, daß die Flotte bereit sei, nahm Rußland eine festere Haltung gegenüber Österreich ein, und M. Sasonow sagte: ‚Es scheint mir, daß England in einer besseren Position als jede andere Macht ist, um in Berlin einen weiteren Versuch zu unternehmen, die

deutsche Regierung zu den notwendigen Maßnahmen zu veranlassen. Es besteht kein Zweifel daran, daß der Schlüssel zur Lösung der Situation in Berlin zu finden ist“.

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.250

Und schon ist eindeutig festgelegt, wer schuld an dem folgenden Chaos sein wird: Deutschland. Logisch, nur Deutschland kann Österreich bremsen, so daß Rußland mit der ‚Betreuung‘ seines Schützlings Serbien zufrieden sein kann und nicht zum Angriff schreiten muß. Doch alles ist im Fluß und bei den letzten Vorbereitungsmaßnahmen für den Krieg. „Rußland begann nach Angaben des Zaren am 25. mit den militärischen Vorbereitungen, aber der Mobilmachungsbefehl wurde erst am 29. erteilt; doch am 28. wollte M. Sasonow, daß Österreich seine militärischen Operationen aussetzte, nachdem Serbien am 27. die Feindseligkeiten begonnen hatte.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.253

Das Lügenspiel ist in vollem Gange, Österreich zurückzuhalten um freies Feld für die Überraschung zu haben.

Sir Edward Grey versichert Deutschland, daß England frei sei zu handeln: „Ich sagte, daß ich mich verpflichtet fühle, jedes Versprechen, unter ähnlichen Bedingungen neutral zu bleiben, definitiv abzulehnen, und daß ich nur sagen kann, daß wir unsere Hände frei halten müssen. E. Grey.“ und Neilson weiter: „War der Außenminister nun in der Lage, mit dem deutschen Botschafter zu verhandeln? Ganz sicher nicht. Erstens waren Sir Edward Greys Hände nicht frei; er war mit Händen und Füßen an die Pläne des französischen und des britischen Generalstabs und an die im Januar 1906 geführten Gespräche gebunden.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.290

Englands Beteuerung, nur die Neutralität Belgiens habe es zum Eingreifen in den Krieg gezwungen, sind genauso offen und ehrlich, wie die Aussage Frankreichs, es hätte des lieben Friedens Willen alles getan um den Krieg zu verhindern – eine politische Lügenposse: „Die Formulierungen des französischen Botschafters in Petersburg an den britischen Botschafter Sir George Buchanan am 24. Juli (Nr. 6 des Weißbuchs) und des französischen Botschafters in London, M. Cambon, an Sir Edward Grey am 30. Juli (Nr. 105 des Weißbuchs) sind eindeutig in dem Sinne, daß die französische Regierung nicht die Absicht hatte, neutral zu bleiben.“

Die Wahrheit und der Krieg, E. D. Morel, London 1916, S.23

In England hatte man sich schon frühzeitig darauf eingestellt, nicht bei einer Kriegserklärung vom Parlament abhängig zu sein, sondern nur das Kabinett entschied: „Im Jahre 1886 wurde die folgende Entschließung eingereicht: ‚Daß es nach Ansicht dieses Hauses weder gerecht noch zweckmäßig ist, ohne Kenntnis und Zustimmung des Parlaments in einen Krieg einzutreten, Verpflichtungen einzugehen, die eine schwere Verantwortung für die Nation mit sich bringen, und dem Reich Gebiete hinzuzufügen.‘ Er wurde mit nur vier fehlenden Stimmen abgelehnt.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.72

Denn es war eine eindeutige englische Regelung, „daß das Parlament, soweit es die Außenpolitik betrifft, absolut machtlos ist... Dieses Unterhaus hat keine Befugnis, Krieg zu erklären oder Frieden zu schließen... diese Vorrechte der Krone sind praktisch den Ministern übertragen und werden von ihnen ausgeübt. Das englische Ministerium kann heute den Krieg erklären, ohne das Unterhaus zu konsultieren.“

How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915 - Wie Diplomaten Krieg machen, S.219

Genau diese Zustände kritisierten die Alliierten an Deutschlands Politik, daß das Parlament in Krieg und Frieden nicht zur Mitsprache berechtigt sei, sondern der ‚allein herrschende Kaiser‘, was die Haltung der Opposition im Reichstag war.

Die Reise Poincares am 15. Juli nach Petersburg diente, ohne daß man groß darüber informiert sein müßte, oder auf die „süßen“ Trinksprüche zu achten, der Verständigung Frankreichs und Rußlands „über die Form ihres Zusammenwirkens in dem von ihnen vorbereiteten Weltkriege, während die österreichisch-deutschen Verhandlungen den Weg betreffen, auf welchem durch ein möglichst schnelles Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien ein Eingreifen Rußlands verhindert und damit ein, wie man mit Recht fürchtete, drohender Weltkrieg vermieden werden könne. Es sollte bei einem österreichisch-serbischen Konflikt bleiben, bei dem zwar die deutschen Sympathien auf österreichischer Seite standen, an dem aber nicht teilzunehmen Deutschland entschlossen war“.

Deutschlands und Kaiser Wilhelms II. angebliche Schuld am Ausbruch des Weltkrieges; von Th. Schiemann, Berlin 1921, S.17

Bei all diesem Hin und Her in den letzten Juli-Tagen, bei dem man manchmal den Eindruck haben konnte, es wird noch, es besteht noch Hoffnung, ein Vorschlag zur Konferenz hier, ein Telegramm zur Mäßigung da, und... und ... und... Grey machte anfangs nach Außen einen verständigen Eindruck, der aber bald durch die wahre Haltung ersetzt wurde.

Schiemann sieht diese Situation als Ergebnis einer jahrelangen Politik Englands, die selbst in der englischen Presse nach dem Krieg veröffentlicht wurde, „die alle keinen Zweifel darüber lassen, wie seit

mindestens 1906 England auf den Krieg hingearbeitet hat, und wie als allein ausschlaggebendes Motiv nicht etwa die wachsende deutsche Kriegsmarine – die wurde als Vorwand benutzt, um den süßen Pöbel aufzuhetzen –, sondern die Handelskonkurrenz Deutschlands galt“.

Deutschlands und Kaiser Wilhelms II. angebliche Schuld am Ausbruch des Weltkrieges; Th. Schiemann, Berlin 1921, S.27f

Schiemann zitiert den Kaiser dazu: „Das läßt jetzt für mich keinen Zweifel mehr zu: England, Frankreich und Rußland haben sich verabredet – unter Zugrundelegung des Casus foederis für uns Österreich gegenüber –, den österreichischen Konflikt zum Vorwand nehmend, gegen uns den Vernichtungskrieg zu führen.“

Deutschlands und Kaiser Wilhelms II. angebliche Schuld am Ausbruch des Weltkrieges; Th. Schiemann, Berlin 1921, S.27f

Deutschland warf und wirft man immer noch vor, Deutschland habe den Krieg provoziert, und die Entente habe sich vorbereitet einen Krieg zu verhindern. Der Engländer Morel: „Wie kommt es dann, daß die anderen Mächte den Krieg nicht nur vorbereitet, sondern auch geführt haben, Deutschland aber nicht? Wie kommt es, daß Deutschland nicht gegen seine Nachbarn, die es unterwerfen wollte, Krieg geführt hat, obwohl es dies mit jeder Garantie für militärischen Erfolg hätte tun können? Deutschland hätte Frankreich mit der gleichen Leichtigkeit zerschlagen können, als Rußland, erschöpft vom japanischen Krieg, nicht in der Lage war, einen Finger zu rühren, um ihm zu helfen. Deutschland hätte Frankreich mit gleicher Leichtigkeit zerschlagen können, als wir mit der Annexion der südafrikanischen Republiken beschäftigt waren.“

Truth and the War, E. D. Morel, London 1916, S.64

Und Morel führt weiter aus: „Warum hat Deutschland, wenn es ‚Europa unterwerfen‘ wollte, bis August 1914 gewartet, als seine militärische Vorherrschaft weniger gesichert war als zu irgendeinem Zeitpunkt in den vorangegangenen dreißig Jahren? Wie lassen sich diese Dinge mit dem heutigen Vorwurf an Deutschland vereinbaren, es habe abgewartet und absichtlich einen Krieg provoziert, als es den psychologischen Moment für gekommen hielt?“

Truth and the War, E. D. Morel, London 1916, S.64

Das sind die Fragen, die man positiv im Sinne für Deutschland beantworten muß: Deutschland nutzte keine ‚günstige‘ Situation aus, die es hätte nutzen können, seine Nachbarn in Grund und Boden zu hauen.

Wogegen die heutigen Märchenerzähler des 21. Jahrhunderts, auch Historiker genannt, ganz gegenteiliger Meinung sind, die sich der Geschichtsschreibung der Sieger angepaßt haben.

Und der Kaiser lehnte Chamberlains Angebot, gegen Rußland im Sinne Englands, Krieg zu führen ab, er lehnte Frankreichs und Rußlands Angebot, gegen England zu gehen, als die Briten in Südafrika ‚beschäftigt‘ waren, ab. Schiemann bezeichnet den Kaiser als einen „Friedensfürst“, dem man den Vorwurf gemacht hätte, „daß er gute Gelegenheiten vorüberziehen ließ, seine Übermacht zu benutzen, um die hartnäckige Feindseligkeit Frankreichs rechtzeitig zu züchtigen, daß er das Angebot der Russen und Franzosen abwies, als sie ihn einluden, sich während des Burenkrieges einer Koalition gegen England anzuschließenEr hat sein Schwert niemals benutzt, um Deutschland auf Kosten seiner Nachbarn auch nur eine Handbreit Erde hinzuzufügen und ist dennoch durch die verleumderische Presse eben der Mächte, die sich 1914 zu einer Verschwörung gegen Deutschland zusammengefunden hatten, der Welt als ein neuer Attila dargestellt worden, der sich mit dem Ehrgeiz getragen habe, die Welt zu erobern.“

Deutschlands und Kaiser Wilhelms II. angebliche Schuld am Ausbruch des Weltkrieges; Th. Schiemann, Berlin 1921, S.29f

Deutschlands Politik war friedlich gegenüber seinen Nachbarn und die Politik war darauf bedacht, mit den Nachbarn in Frieden auszukommen. Turner betont es in seinem „Mythos vom Anfang des Krieges“, „daß, wenn die deutsche Weltgefahr eine Realität war, ihre Realität durch eine allgemeine Aufzeichnung des Verhaltens, der Politik und des Motivs seitens der Regierung des Kaisers festgestellt werden muß, die sich deutlich und radikal von der Aufzeichnung der Regierungen unterscheidet, die das Schwert gegen Deutschland erhoben haben.“

Unser Mythos vom Anfang des Krieges, in: Shall it be again? J.K.Turner, New York 1922, S.198

Das Presse-Marathon

Nun folgen ausgesuchte Presseaussagen, die einen Überblick über das Hin und Her vor dem eigentlichen Kriegsbeginn geben. Die Presse veröffentlichte Schreiben und Telegramme, die einen Überblick über das Regierungs- und Diplomatengeplänkel seit dem Mord am österreichischen Thronfolger geben sollen .

Man sollte den Gedanken festhalten, daß die Absicht und das Ziel der Entente der Krieg ist, auch wenn in der Presse offiziell der Schein der „friedliebenden“ Entente aufrecht gehalten wird.

Absicht und Ziel sind eindeutig: Deutschland ist an einer Eskalation des österreichisch-serbischen Problems schuld, weil es Österreich nicht von seiner berechtigten Aktion gegen Serbien abhält. Und Rußlands Eingreifen in den Konflikt bedarf keines Kommentars.

Zuerst noch einmal ein kurzer Blick auf das Attentat am österreichischen Thronfolger und seiner Frau. Es findet am höchsten serbischen Nationalfeiertag statt, „Sonntag, 28. Juni 1914 – Vidovdan - Tag der für das Vaterland gefallenen Serben.“ – In der Politik gibt es keine Zufälle. – Für Serbien der ideale Zeitpunkt, dem Haß auf Österreich im Mord am Thronfolger, Ausdruck zu verleihen.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9152, Montag, 29. Juni 1914 – S.5

Erzherzog Franz Ferdinand und Herzogin von Hohenberg ermordet!

Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin Herzogin Sophie von Hohenberg sind gestern in Sarajewo nach einem Besuche des Rathauses erschossen worden. – Der Täter ist ein serbischer Gymnasiast. Der Kaiser kehrt heute infolge des neuen furchtbaren Schlages, der ihn und die ganze Monarchie getroffen hat, nach Wien zurück.

*

*

*

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9152, Montag, 29. Juni 1914 – S.1

Erzherzog Franz Ferdinand †. Alle Welt steht unter dem erschütternden Eindrucke der Kunde von dem verruchten Attentate, dem Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin gestern zum Opfer gefallen sind. Blindwütiger Fanatismus hat das Leben zweier Menschen vernichtet, die, von Pflichtgefühl durchdrungen, allen Warnungen Trotz boten und im Vertrauen auf ihren guten Willen den Weg gingen, den ihnen vorsichtige und kundige Warner als nicht ungefährlich bezeichneten. Erzherzog Franz Ferdinand fiel als Stellvertreter des Kaisers als obersten Kriegsherrn auf der militärischen Inspektionsfahrt, seine Gemahlin die Herzogin von Hohenberg teilte sein Los, weil sie von ihrer Pflicht als Gattin die höchste Auffassung hatte und um so weniger von der Seite des Gatten weichen wollte, da diesem Gefahren drohten. In dem schrecklichen Schicksale, das diese in Liebe miteinander verbundene Menschenpaar ereilte, liegt eine Tragik, die jeder fühlt, die jedes Herz ergreifen muß. Es war der Thronfolger, dem der vernichtende Schlag geglitten hat, und wir empfinden die Mordtat auch vor allem als ein politisches Attentat; aber unser menschliches Empfinden wird auch noch dadurch auf das schmerzlichste erweckt, daß wir uns auch sofort vorstellen, daß durch die Mordtat mit dem erzherzoglichen Paare liebende Gatten und Eltern ihrem Glücke und ihren heiligen Familienpflichten entrissen, daß damit drei Kinder mit jähem Schlage zu armen Waisen gemacht wurden. Auf der Höhe des Lebens, in der Fülle der schönsten Hoffnungen, mitten aus dem blühenden Glücke schönsten Familienlebens wurden der Thronfolger und seine Gemahlin von einem Tode geholt, wie er grausamer kaum an den Menschen herantreten kann. Da ihr Auge brach, war auch ihre Lippe verstummt, und wie so rasch ihr Geist entflohen war, blieb ihnen auch nicht mehr die Minute, ihrer Kinder zu gedenken und ihnen im Entschweben nach dem Jenseits noch einen letzten Gruß zuzusenden. „So bleibt mir nichts erspart!“, rief der Kaiser schmerzvoll aus, als ihm die Nachricht von der Ermordung des erzherzoglichen Paares gebracht wurde, und sicherlich war und ist dies auch der Gedanke der meisten Menschen, daß unserem geliebten Kaiser, der schon so viele furchtbare Schicksalsschläge zu erdulden hatte, nichts erspart bleibt, nichts, was den Namen einer schrecklichen Prüfung tragen kann. Wenn es für den greisen Monarchen einen Trost geben kann, so ist es der, daß er in seinen schweren Prüfungstagen nicht allein den Schmerz der Heimsuchung empfindet, sondern daß Millionen Herzen mit des geliebten Kaisers Herzen fühlen, schlagen und tragen.

Die erste amtliche Nachricht.

Sarajewo, 28. Juni. Zu dem ersten Anschlag wird gemeldet: Die Bombe war eine sogenannte Flaschenbombe, mit Nägeln und gehacktem Blei gefüllt. Die Explosion war von großer Vehemenz. An einem in der Nähe befindlichen Geschäftsladen wurden die eisernen Rolläden an mehreren Stellen durchgeschlagen.

Es wurde 20 Personen, und zwar zumeist leicht verletzt. Unter den Verletzten befindet sich ein Forstrat und dessen Gattin, ein Advokaturskonzipient und mehrere Damen und Kinder. Im Laufe des Nachmittags meldete sich noch eine weitere Reihe Verletzter, jedoch meist mit geringfügigen Verletzungen. Der Offizial Reich der Landesregierung hat schwere Verletzungen durch Sprengstücke der Bombe an den Beinen erlitten.

Sarajewo, 28. Juni. Nach dem ersten Attentate unterblieben über Befehl des Erzherzogs alle militärischen Vorkehrungen, da der Erzherzog den Wunsch äußerte, daß das vorgesehene Programm unverändert aufrecht bleibe.

*

*

*

Es wird auf die Zerschlagung Österreich-Ungarns, mit der Unterstützung Rußland, hingearbeitet. Es ertönt das Kriegsgeschrei in Serbien und vor allem in Rußland:

Oesterreich –Ungarns Aufgabe.

Die fürchterliche Bluttat von Sarajewo hat ein grelles Licht auf das wüste Treiben gegen die Habsburgische Monarchie geworfen. Versteht sich, daß jedermann in Belgrad seine Hände in Unschuld wäscht. Und in Petersburg stimmen alle, die den großserbischen und panslawischen Fanatismus geschürt haben, die üblichen Klagelieder an und drücken über die wahnwitzigen Verbrechen wortreich ihre Entrüstung aus. Es ist auch gut und an der Zeit, daß jede Gemeinschaft mit den Mördern zurückgewiesen wird. Denn dürfte die Waffe gegen den Erzherzog Franz Ferdinand gerichtet werden, ohne daß die einmütige und rücksichtslose Verurteilung erfolgte, wie sollte sich der Selbstherrscher aller Reußen sicher fühlen, daß nicht gleichermaßen mit ruchlosen Mitteln gegen ihn gekämpft würde von Angehörigen seines eigenen Volkes? Man hat in Rußland einigen Anlaß, darüber nachzudenken, zu welchen Verwirrungen die unablässige leidenschaftliche Hetze gegen Oesterreich-Ungarn führt. An der Nawa laufen die Fäden zusammen. Aber man hat sie nicht immer so sicher in der Hand, daß nicht Drahtpuppen, die nur Werkzeuge sein sollten, selbständig zu handeln sich unterfangen. Oesterreich-Ungarn wurde als Hindernis für jede berechnete Forderung der Russen, den Serben, der Slawen hingestellt; daß man Oesterreich-Ungarn vernichten müsse, wurde wie ein heiliges Evangelium verkündet. Als der entschiedenste Vertreter, als die Verkörperung der Politik Oesterreich-Ungarns galt der willensstarke Thronfolger; einstweilen also wurde er vernichtet.

Im Juni-Heft der „Deutschen Revue“ hat der Feldmarschalleutnant a. D. v. Wannisch einen Aufsatz veröffentlicht, worin er den Wunsch ausspricht, daß „man in Rußland aufhöre, auf die Schwächung und Schädigung unserer (der Habsburgischen) Monarchie hinzuarbeiten“, aufhöre, „darin ein wesentliches russisches Interesse zu finden, unsere südlichen Nachbarn, Serben und Montenegriner, gegen die Monarchie aufzureizen und die Miniarbeit auch in unsere slawischen Kronländer vorzuschieben.“

Der Balkanbund unter Rußlands Aegide sei eingestandenermaßen nicht nur gegen die Türkei, sondern auch gegen Oesterreich-Ungarn gerichtet gewesen. Darum die Probemobilisierung an dessen Grenzen. Wenn es auch gelang, den Krieg zu vermeiden, „so muß immer mit dem Umstand gerechnet werden, daß sich die Gegnerschaft Rußlands und seiner Schützlinge gegen die Monarchie keineswegs verringert hat, sondern bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit um so entschiedener zum Ausdruck gelangen kann.“ Feldmarschalleutnant v. Wannisch fährt fort:

Ob nun die auffälligen militärischen Vorkehrungen im westlichen Rußland, die allgemeine große Erhöhung der Truppenbestände, die Bahn- und Festungsbauten usw., sowie die in Galizien und Oberungarn, man kann sagen im großen betriebene russophile Agitation und Spionage nur unter dem Druck sehr einflußreicher und mächtiger Faktoren der russischen Gesellschaft verfügt wurden; unumstößliches Faktum ist es, daß eine weitverbreitete Strömung in Rußland auf eine Zurückdrängung und Schwächung Oesterreich-Ungarns gerichtet ist und dieses Ziel auch in Hinkunft und mit allen Mitteln verfolgen wird. Wir werden also auf die Möglichkeit eines Waffenganges vorbereitet sein müssen, der für das fernere Schicksal beider Kaiserreiche sehr entscheidend sein kann.....

Man ist weit entfernt, die chauvinistischen Tiraden, welche von der Newa und der Morawa ertönen und sich bereits zu den phantastischen Träumen einer Teilung der Monarchie versteigen, tragisch zu nehmen, wenn man sie auch als Stimulantien der Volksstimmung nicht übersehen darf. Diese unruhigen Elemente, welche so leidenschaftlich, leichtfertig in die Kriegstrompete stoßen und gerne einen Weltbrand entfachen möchten, um unter der Fahne des Pan- und Neoslawismus die russische Herrschaft bis zum Aegäischen und Adriatischen Meer auszudehnen, diese Welteroberer sehen in den leider in der österreichisch-ungarischen Monarchie herrschenden Zwistigkeiten schon den Zerfall der Monarchie und glauben, daß es nur eines äußeren Anstoßes bedarf, um die Auflösung herbeizuführen.....

Unsere äußeren Widersacher gründen ihre Angriffspläne auf die inneren Zwietrachterscheinungen, welchen sie ihren Hoffnungen entsprechend, schon eine katastrophale Bedeutung beilegen und eine leichte Siegesarbeit erwarten.....“

Das alles war geschrieben und veröffentlicht lange vor der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand. Um so mehr trägt es zur psychologischen Erklärung dieses Verbrechens bei. Es ist die letzte Frucht der im großen betriebenen Hetze gegen Oesterreich-Ungarn, der künstlich genährten Vorstellung, daß dieser Staat zum Untergang reif sei und zertrümmert werden müsse. Der Thronfolger erschien als der Mann der entschlossenen Tat, der sein Reich zu neuer Kraft, zu neuem Glanz erheben wolle; also war nichts natürlicher, als daß in überreizten Hirnen der Wunsch entstand, in dem man den Thronfolger vom Leben zum Tode beförderte, Oesterreich-Ungarn einen tödlichen Schlag zu versetzen.

Der Schlag wird empfunden in allen Teilen des großen Staatskörpers. Aber daß er nicht die von den Widersachern der Habsburgischen Monarchie erwartete Wirkung übe, dafür wird der gesunde Sinn und das Interesse der Völker sorgen. Und das ist die Aufgabe, die sich ihnen jetzt mit elementarer Gewalt aufdrängt. Kaiser Franz-Josef genießt jede Verehrung, jedes Vertrauen; aber er ist 84 Jahre alt und von Krankheit heimgesucht. Der neue Thronfolger ist ein beliebter und volkstümlicher Prinz, aber noch nicht 27 Jahre alt, der Erfahrung bar, ein unbeschriebenes Blatt. Was Wunder, daß das Staatswesen, dem sein hoffnungsfreudiger, kraftvoller Leiter – das war er bereits in weitem Umfang – jäh entrissen ist, manchem Zuschauer wie verwaist erscheint! Und den Feinden wird es vielleicht ernstlich geschwächt vorkommen. Weitausblickende Berechnungen über die Zukunft werden angestellt werden; vielleicht über ein jetzt doppelt schroffes Auftreten Rußlands, ein doppelt herausforderndes Verhalten der „südlichen Nachbarn“ Oesterreich-Ungarns; vielleicht über eine neue Gruppierung der Mächte in naher Zeit. Wer will verkennen, daß der Tod des Erzherzogs Franz Ferdinand ein Ereignis von großer Bedeutung in der Politik ist?

Da aber ist es Sache der Habsburgischen Monarchie, alsbald durch den Augenschein den Beweis zu erbringen, daß das Verbrechen von Sarajewo Oesterreich-Ungarn nicht dem Verfall überliefert, sondern endlich die Quelle der Schwäche verschüttet, auf die Feldmarschalleutnant v. Wannisch hingewiesen hat. Die innere Zwietracht hat, wenn nicht die auswärtige Politik der österreich-ungarischen Regierung gelähmt, so doch die Zuversicht der Russen, Serben, Pan- und Neoslawen erhöht, sie hat den Aberglauben erzeugt, die Habsburgische Monarchie sei so verrottet, unterwühlt, in sich zerrissen, daß sie beim ersten Stoß zusammenbrechen müsse. Diese innere Zwietracht hat die Gefahr, daß der Stoß versucht werde, sicherlich erhöht. Und war die Mahnung zum Frieden zwischen den verschiedenen Volksschichten, zu Maßregeln, die die notwendige Einigkeit fördern könne, längst angebracht und zeitgemäß, so ist sie es heute in verstärktem Maße.

Hier nationale Bedrängung der Deutschen, dort leidenschaftliche Kämpfe zwischen Regierung und Opposition, heiße Fehde über die Verfassungsmäßigkeit folgenschwerer Staatshandlungen und was sonst alles die Gemüter in unserem Nachbarreich erregt: es macht den angriffslustigen Feinden Oesterreich-Ungarns Hoffnung, gibt ihren Eroberungs- und Teilungsplänen Nahrung. Und darum verdient es niemals mehr als jetzt die Mahnung des österreichischen Generals Beherzigung, daß sich die Völker der Habsburgischen Monarchie auf dem Boden der Verständigung finden und sich zum Heile des ganzen vereinigen, „eingedenk des Wahlspruchs Viribus unitis des weit über Oesterreichs Grenzen verehrten Monarchen“

„Was ist deine Pflicht? Die Forderung des Tages“. Das Goethe-Wort gilt auch für unsere Freunde und Verbündeten an der Donau. Einigkeit ist jetzt die Forderung des Tages. Einigkeit ist ihre Pflicht, ihre Aufgabe. Einigkeit wird die nächste Antwort sein, die sich auf die Meuchelorde von Sarajewo gebührt.

*

*

*

Der serbische Major als Verschwörer.

Wien, 2. Juli. Die Nachricht, daß der Major Pribicsevics vom serbischen Generalstab an dem Attentat von Sarajewo beteiligt gewesen sei, ist durch die weitere Untersuchung gegen den Bombenwerfer und den Mörder des Erzherzog-Thronfolgers betätigt worden. Es ist festgestellt, daß der Major Pribicsevics das Haupt der gegen das Leben des Erzherzogs Franz Ferdinand gerichteten Verschwörung war. Major Pribicsevics war ursprünglich österreichischer Offizier, trat aber 1906 aus der kaiserlich-königlichen Armee aus und nahm in der serbischen Armee Dienst, da er als Nationalist nur Serbien dienen wollte. Hier übernahm er damals die Leitung jener Sektion, die sich mit der Revolutionierung der Serben in der österreichisch-ungarischen Armee befaßte. Milan Pribicsevics ist vom Oberleutnant in sechs Jahren zum Major avanciert. Er ist einer von den vier Brüdern Pribicsevics, von denen Swetosab Pribicsevics der Chefredakteur der „Serbobran“ in Agram ist, und als solcher der geistige Leiter der serbisch-kroatischen Koalition des kroatischen Landtags. Die beiden andern Brüder Balerian, ein Pope, und Adam, ein gewesener kroatischer Landesbeamter, waren seinerzeit gleichfalls in der Agramer Hochverratsaffäre verwickelt. Als Adam damals verhaftet werden sollte, unternahm er einen Selbstmordversuch. Valerian wurde in diesem Jahr von der serbisch-kroatischen Koalition trotz des Protestes der kroatischen Landesregierung als Kandidat für den kroatischen Landtag aufgestellt und gewählt, was die Stellung der serbisch-kroatischen Koalition zur Regierung erschütterte. Denn die österreichisch-ungarischen Regierungskreise waren von Belgrad aus unterrichtet, daß zwischen den serbischen Politikern in Agram und der serbisch-revolutionären Propaganda in Belgrad wieder enge Beziehungen bestanden, die unkontrollierbar waren, weil sie auf verwandtschaftlichen Beziehungen der Brüder Pribicsevics beruhten.

Die Behörden wollen durch die Aussagen eines Studenten namens Grabes auf die Spur des Pribicsevics geführt worden sein. Grabes soll eingestanden haben, daß auch er mit vom Komplott gewesen sei. Auch er habe in Belgrad eine Bombe bekommen mit dem Auftrag, in Sarajewo davon Gebrauch zu machen. Cabrinovic, Princip und Grabes haben sich dann zu einem gemeinsamen Bund vereinigt, um den Anschlag durchzuführen. Sie machten sich an Milan Pribicsevics um Mordwerkzeuge und Instruktionen. Die drei verhafteten jungen Leute hatten die Instruktion, nach dem Bombenwurf auf der Stelle sich mit Zyankali zu vergiften, um keinen Verrat begehen zu können.

*

*

*

Bei so einer Staatsreise muß man ja auch Geschenke für den Gastgeber im Koffer haben und dazu benötigt man im Vorfeld etwas „Kleingeld“.

Poincares Rußland Reise.

Paris, 2. Juli. Die Regierung hat in der Kammer einem Gesetzentwurf über einen außerordentlichen Kredit von 400 000 Franken zur Deckung der Kosten der Reise des Präsidenten Poincare nach Rußland, Dänemark und Schweden eingebracht. In der Begründung heißt es u.a.: Die Beweggründe der internationalen Höflichkeit stehen zu sehr im Einklang mit den Interessen der allgemeinen Politik, als daß es notwendig wäre, die Vorteile zu betonen, die der Besuch des Präsidenten der Republik bei dem Herrscher des befreundeten und verbündeten Reiches darbietet. Ganz Frankreich wird sich darüber freuen, daß mit dieser neuen Zusammenkunft der beiden Staatsoberhäupter die Bande des Vertrauens und der Intimität gefestigt werden, die zwischen Rußland und Frankreich zum großen Nutzen der beiden Länder und des europäischen Friedens in so glücklicher Weise bestehen.

*

*

*

Frankreich.

In Frankreich haben kürzlich in den **Seebezirken Le Havre, Cherbourg, Brest und Calais umfangreiche Küstenverteidigungs-Übungen** begonnen, an denen sämtliche Flottenkontingente dieser Marinebezirke, alle Küstengarnisonen und das gesamte Aufgebot der lokalen Seeverteidigungs-Kaders beteiligt sind. Unter der Leitung des Kommandierenden der See-Nordfront Konter-Admirals Rouger wurde mit Beziehung zweier Minenlegungsschiffe und ihrer Legungsflotte Havre und Cherbourg in kriegsmäßigen Minenverteidigungszustand versetzt, worauf die aus sechs leichteren Kreuzern und zwölf Zerstörern

bestehende Angriffsflottille diese Hafenhindernisse zu forcieren hatte, was nur in Havre gelang. Der weitere Verlauf der Übungen wird Kohlenüberschiffungs-Versuche auf hoher See, Unterseebootsangriffe und Blockademanöver bringen. Bei dieser Gelegenheit soll auch das Nebelwarnungssystem der französischen Küsten-Rettungsstationen erprobt und der praktischen Verwertbarkeit der Radiostationen der Küste zu Nachrichten- und Aufklärungszwecken besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden. Die Mittelmeerflotte hat ihre Hauptübungen größtenteils beendet und erfährt jetzt eine taktische Umgruppierung.

*

*

*

Presse - Wiener Zeitung, Nr. 165, Samstag, 18. Juli 1914 - S.4

Erzherzog Franz Ferdinand +.

Nancy, 17. Juli. Heute vormittag fand in der hiesigen Franziskaner Kirche, wo die Fürsten aus dem Haus Lothringen beigesetzt sind, eine feierliche Seelenmesse für weiland Erzherzog Ferdinand und Gemahlin statt, der zahlreiche Notabilitäten aus Lothringen beiwohnten.

*

*

*

Der englische Premierminister Lloyd George präsentiert England in einer Rede als das friedliebende Volk, das alles unternahm, um den Frieden im Innern und Außen zu erhalten; Lloyd George erwähnt den Balkankrieg 1913:

„Vor einem Jahr befanden wir uns inmitten eines großen Krieges im Orient. Es war eine Zeit voller Beunruhigung und Besorgnisse, und wir stellen uns heute kaum vor, wie beängstigend die Lage war. Wir Engländer haben Grund, stolz zu sein, daß in all der Verwirrung, die zu einer der größten Katastrophen hätte führen können, die je die europäische Zivilisation bedroht haben, England unter der geschickten Leitung Sir Edward Greys bei der Wiederherstellung des europäischen Friedens die Führung übernahm.“ –

Man denke an die charakterliche Beurteilung Englands.

Presse - Wiener Abendpost, Nr. 165, Samstag, 18. Juli 1914 - S.17

Eine Rede Lloyd Georges.

London, 18. Juli. Bei dem Diner, das gestern Lord-Mayor den Bankiers und Kaufleuten der City of London gab, hielt Schatzkanzler Lloyd George eine Rede, in der er folgendes sagte: Eines ist für uns von der allergrößten Bedeutung, nämlich der Friede: Friede nach außen und Friede nach daheim. Vor einem Jahr befanden wir uns inmitten eines großen Krieges im Orient. Es war eine Zeit voller Beunruhigung und Besorgnisse, und wir stellen uns heute kaum vor, wie beängstigend die Lage war. Wir Engländer haben Grund, stolz zu sein, daß in all der Verwirrung, die zu einer der größten Katastrophen hätte führen können, die je die europäische Zivilisation bedroht haben, England unter der geschickten Leitung Sir Edward Greys bei der Wiederherstellung des europäischen Friedens die Führung übernahm. Am internationalen Himmel gibt es stets Wolken. Einen völlig blauen Himmel gibt es in der auswärtigen Politik niemals und auch heute sind Wolken vorhanden. Aber nachdem wir im vorigen Jahre so viel größeren Schwierigkeiten entronnen sind, haben wir die Zuversicht, daß der gesunde Menschenverstand, Geduld, der gute Wille und die Toleranz, die im vorigen Jahre größere Schwierigkeiten und dringlichere Probleme lösen halfen, uns instand setzen werden, die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden.

*

*

*

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 359 – Sonnabend, 18. Juli 1914 – Morgen – S.18

(Streik in Petersburg.)

Petersburg, 17. Juli. Gegen Mittag hat auf dem Salbanski-Prospekt ein neuer Zusammenstoß der Polizei mit den streikenden Arbeitern stattgefunden. Die Polizisten schossen scharf. Vier Arbeiter wurden schwer und gegen 50 leichter verwundet.

*

*

*

Aber nicht nur die Engländer verstehen es, ihre wahre Haltung hinter „süßen“ Worten zu verstecken. Die Franzosen sind ebensolche Meister der Verstellung. Der französische Präsident Poincare ist am 15. Juli zum Besuch nach Petersburg gereist und die Presse gesteht ein, daß es „noch nie eine verwickeltere, ernstere und ereignisreichere Zeit“ gab, als momentan, wobei der Besuch Poincares auf dem Hintergrund des Attentats vom 28. Juni zu sehen ist.

Presse - Wiener Abendpost, Nr. 165, Samstag, 18. Juli 1914 - S.17

Frankreich – Zeitungsstimme.

Paris, 18. Juli. „Eclair“ schreibt: Die sonstige Ruhe der deutschen Presse ist getrübt. Auch wir empfinden, wenn auch aus anderen Gründen, das Bedürfnis nach Klarheit. Hoffen wir, daß der Besuch des Präsidenten Poincare beim Kaiser Nikolaus die Wolken zerstreuen wird, die den ganzen Weltteil einhüllen. Jedenfalls gab es noch nie eine verwickeltere, ernstere und ereignisreichere Zeit. Wir wollen nicht die Opfer künstlicher Aufreizungen sein und auch nicht von unvorhergesehenen Verwicklungen überrascht sein.

* * *

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 360 – Sonnabend, 18. Juli 1914 – Morgen – S.15

Die Flottenschau von Spithead.

London, 18. Juli. Über 200 englische Schiffe liegen in Spithead, darunter 54 Großkampfschiffe, bemannt mit rund 80 000 Seeleuten. Seit vor 350 Jahren Heinrich VIII. von den Zinnen der Hafenbefestigung aus auf seine große Kampfflotte hinabsah, ist wohl noch niemals eine derartige starke Flotte in den Gewässern von Spithead versammelt gewesen. Auch diesmal war es nur möglich durch eine teilweise Mobilisierung. Die Schiffe stellen die erste, zweite und dritte Flotte dar. Die erste Flotte ist stets vollständig bemannt. Die Bemannung der zweiten kann jederzeit durch die an Land befindlichen Seeleute vervollständigt werden, aber um die Mannschaft der dritten Flotte in voller Anzahl anwesend zu haben, war es notwendig, Reserven einzuberufen – „Mobilisierung“ dürfte aber kaum das richtige Wort sein, trotzdem die Presse es begeistert anwendet, denn es wurde kein Befehl, sondern nur ein Ersuchen um Freiwillige erlassen, dem auch 15 000 Seeleute Folge leisteten. Besonderes Interesse erweckt bei der diesjährigen Flottenrevue die Teilnahme der Luftflotte; Wasserflugzeuge, Aeroplane und die Luftschiffe „Parseval“ und „Gamma“ werden über der Schlachtflotte ihre Manöver ausführen.

* * *

Die Flottenparade in Portsmouth „die größte jemals an einem Orte vereinte Flotte“ ist als Vorbereitung für den großen Tag zu sehen, was sich in dem Befehl manifestiert, daß die Flotte zusammenbleibt.

Presse - Wiener Abendpost, Nr. 165, Samstag, 18. Juli 1914 - S.18

Großbritannien – Die Flottenparade in Portsmouth. – 1

London, 18. Juli. Der König reist heute um 3 ½ Uhr Nachmittags nach Portsmouth ab. In Portsmouth sind Tausende von Schaulustigen eingetroffen, um die größte jemals an einem Orte vereinte Flotte zu sehen.

* * *

Presse - Wiener Abendpost, Nr. 166, Sonntag, 19. Juli 1914 - S.8

Großbritannien – Die Flottenparade in Portsmouth. – 2

London, 18. Juli. Der König ist heute nachmittag in Begleitung des Premierministers Asquith nach Portsmouth abgereist. Er wird bereits Montag abends zurückkehren, statt bis Dienstag in Portsmouth zu verbleiben.

Der König und der Prinz von Wales sowie Premierminister Asquith sind in Portsmouth eingetroffen und haben sich an Bord der königlichen Jacht begeben.

* * *

„Made in Germany“

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 361 – Sonntag, 19. Juli 1914 – Morgen – S.31

Englische Lokomotivbestellungen in Deutschland.

London, 18. Juli. Großes Aufsehen erregt in der Londoner Presse die Nachricht, daß weitere Lokomotivbestellungen in Deutschland für englische Rechnung aufgegeben wurden. Im Februar hat die South Eastern und Chatham Railway 10 schwere Lokomotiven bekanntlich bei Borsig in Tegel bei Berlin bestellt. Heute hat die Londoner Hafenbehörde bei den Hohenzollern-Lokomotiv-Werken in Düsseldorf sechs große Maschinen bestellt. Von unterrichteter Seite wird erklärt, daß diesmal weniger die Lieferungsfrist als vielmehr

der Preis den Ausschlag bei der Zuerteilung gegeben hat. Die Preise, die von den verschiedenen Maschinenfirmen auf dem Kontinent verlangt wurden, sind bedeutend niedriger als die englischen oder schottischen Werke. Dieser Auftrag ist nicht der einzige, der von der Hafenbehörde in Deutschland untergebracht wurde. Wie schon gemeldet, sind auch drei große Schleusentore, eins mit elektrischem Antrieb, und ein schwimmendes Caisson deutschen Fabrikats.

* * *

Frankreich inspiziert seine Verteidigungslinie gegen Deutschland um sich von der Kriegsbereitschaft, u.a. seiner Forts, zu überzeugen – zwei Wochen vor dem eigentlichen Beschluß! Man hat es eilig.

Presse - Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr.167, Sonntag, 19. Juli 1914 - S. 2

Das französische Kriegsmaterial.

Paris, 17. Juli. Eine halbamtliche Note teilt mit, daß das Kriegsministerium schon 14 Tage vor dem Beschluß des Senats eine Kommission ernannt habe, die in genauer Weise die für die Verbesserung des Kriegsmaterials gemachten Ausgaben an der Ostgrenze kontrollieren soll. Die Kommission, an deren Spitze ein General und ein Generalkontrolleur stehen, werde ihre Arbeit unverzüglich beginnen.

* * *

Serbien versorgt sich mit Munition in Deutschland. Ob das noch ausgeliefert wurde?

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 362 – Montag, 20.Juli 1914 – Morgen – S.1

Serbische Rüstungen.

Belgrad, 19.Juli. Die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik Ehrhard u. Co. in Düsseldorf hat gestern mit der serbischen Regierung einen Lieferungsvertrag über Geschützmunition verschiedener Sorten in Höhe von 6 ½ Millionen Franken abgeschlossen. Die Zahlung erfolgt in 5 prozentigen Schatzscheinen, die auf ein Jahr ausgestellt werden und im Notfalle noch sechs Monate prolongiert werden können.

* * *

Das perfekte Alibi Poincares nach Schweden zu reisen, die aufgewühlten Wogen zwischen Rußland und Schweden zu glätten, wegen der Spionageaffäre einer russischen Prinzessin um nicht sagen zu müssen, ob sich Schweden im kommenden Krieg für die Entente engagieren werde – oder?

Presse - Wiener Abendpost, Nr. 164, Montag, 20. Juli 1914 - S.1

Frankreich – Die Reise des Präsidenten.

Paris, 20. Juli. Mehrere Blätter, die sich mit der politischen Bedeutung der Reise des Präsidenten der Republik beschäftigen, deuten an, daß sich Poincare bemühen werde, eine Entspannung zwischen St.Petersburg und Stockholm herbeizuführen. Sie sprechen die Hoffnung aus, daß es dem Präsidenten bei seinem Besuch in Drottningholm gelingen werde, das Mißtrauen zu zerstreuen, welches Schweden gegen Rußland hege.

* * *

Presse - Wiener Zeitung, Nr. 167, Dienstag, 21. Juli 1914 - S.2

Ausland (– Die Abreise des Präsidenten)

Die Abreise des Präsidenten Poincare aus Rußland soll in der Nacht vom 23. auf den 24. Juli erfolgen. Er wird dann bekanntlich Stockholm, Kopenhagen und Christiania besuchen und dürfte am 31.d.M. wieder in Frankreich eintreffen.

* * *

Es ist interessant, die Tisch-Reden des Zaren und des französischen Präsidenten zu lesen, die so überschwänglich die Freundschaft zwischen beiden Staaten preisen, die seit „langem durch die gegenseitige Sympathie ihrer Völker und ihre gemeinsamen Interessen vereint, sind Frankreich und Rußland seit fast einem Vierteljahrhundert eng miteinander verbunden, um ein und daßelbe Ziel besser zu verfolgen, das darin besteht

diese Interessen zu wahren, indem sie gemeinsam an der Erhaltung des Gleichgewichts und des Friedens in Europa mitwirken.“ – Der Zar, der diese Wort sprach, hätte auch den Schlußteil weglassen können „das darin besteht diese Interessen zu wahren.....“, aber es soll ja der „Friede“ im Vordergrund stehen.

Die Antwort Poincares kann man sich nach den Worten Nikolaus II. fast sparen, da sie in die selbe Richtung gehen, aber der Unterton bei beiden sollte aufmerken lassen:

Presse - Wiener Zeitung, Nr. 167, Dienstag, 21. Juli 1914 - S.5

Rußland – Der Besuch des Präsidenten Poincare.

Kronstadt, 20. Juli (Meldung der St.Petersburger Telegraphen Agentur). Präsident Poincare traf an Bord des von mehreren Schiffen begleiteten Panzers „France“ nach 2 Uhr Nachmittags an der kleinen Reede ein, wo Kaiser Nikolaus an Bord der Jacht „Alexandria“ seinen Gast erwartete. In Begleitung des Kaisers befanden sich der Hofminister, die Minister des Auswärtigen und der Marine, der französische Botschafter mit dem Militär- und dem Marine-Attache, der russische Botschafter in Paris und das Gefolge. Nach dem Salutwechsel begab sich Präsident Poincare in Begleitung des russische Marineministers Grigorowitsch auf die Jacht „Alexandria“. Der Kaiser empfing seinen Gast an der Schiffstreppe und begrüßt ihn in herzlicher Weise. Am Großmast wurde die Flagge des Präsidenten gehißt. Sodann trat die Jacht „Alexandria“ die Rückfahrt nach Peterhof an. Auf dem Peterhofer Landungsplatze, wo eine Ehrenwache aufgestellt war, wurde Präsident Poincare von den Großfürsten, den Generaladjutanten des Kaisers, den Generalen, dem Gouverneur von St.Petersburg, dem Kommandanten von Peterhof, den Herren der französischen Botschaft und anderen Persönlichkeiten begrüßt. Der Kaiser geleitete den Präsidenten in eine vierspännigen Equipage, die von zwei Zügen des kaiserlichen Konvois begleitet wurde, nach dem Großen Palais, wo der Präsident Absteigquartier nahm. Bald nach seiner Ankunft im Palais wurde der Präsident von der Kaiserin Alexandra empfangen.

Um 7 ½ Uhr Abends fand im Großen Palais ein Galadiner statt. **Kaiser Nikolaus** brachte folgenden Trinkspruch aus:

„Herr Präsident! Lassen Sie mich Ihnen sagen, wie glücklich ich bin, Sie hier willkommen zu heißen. Das Haupt des befreundeten und verbündeten Staates ist stets sicher, den wärmsten Empfang in Rußland zu finden, aber heute ist unsere Befriedigung, den Präsidenten der französischen Republik begrüßen zu können, noch verdoppelt durch das Vergnügen, in Ihnen einen alten Bekannten wiederzufinden, mit welchem ich vor zwei Jahren persönliche Beziehungen anzuknüpfen erfreut gewesen bin.

Vereint seit langem durch gegenseitige Sympathie der Völker und durch gemeinsame Interessen, sind Frankreich und Rußland seit bald einem Vierteljahrhundert eng verknüpft, um das gleiche Ziel besser zu verfolgen, das darin besteht, ihre Interessen zu wahren, indem sie an der Erhaltung des Gleichgewichtes und des Friedens in Europa zusammenarbeiten. Ich zweifle keineswegs, daß treu Ihrem Friedensideal und sich auf ihre erprobte Allianz sowie auf gemeinsame Freundschaften stützend, unsere beiden Länder auch weiterhin sich der Wohltaten eines durch die Fülle ihrer Kräfte gesicherten Friedens erfreuen werden, indem sie immer enger die Bande knüpfen, die sie vereinigen.

Mit diesem sehr aufrichtigen Wunsche erhebe mein Glas auf Ihre Gesundheit, Herr Präsident, sowie auf das Gedeihen und den Ruhm Frankreichs!“

Präsident Poincare erwiderte: „Sire! Ich danke Eurer Majestät für den so herzlichen Empfang, und ich bitte Sie, zu glauben, daß es mir sehr angenehm gewesen ist, heute neuerlich einen Besuch dem erhabenen Herrscher des befreundeten und verbündeten Volkes abzustatten.

Treu der Überlieferung, welche die ehrenwerten Vorgänger befolgt haben, habe ich Eurer Majestät und Rußland den feierlichen beweis der Gefühle bringen wollen, welche in den Herzen aller Franzosen unwandelbar bleiben.

Beinahe 25 Jahre sind verflossen, seitdem in einer klaren Erscheinung ihrer Geschicke unsere beiden Länder die Anstrengungen ihrer Diplomaten vereinigt haben. Die glücklichen Wirkungen dieser andauernden Vereinigung machen sich täglich fühlbar im Gleichgewichte der Welt. Gegründet auf Gemeinsamkeit der Interessen, geweiht durch den friedlichen Willen der beiden Regierungen, gestützt auf die Streitkräfte zu Wasser und zu Lande, welche, einander kennend, sich schätzen und sich daran gewöhnt haben, zu fraternisieren, gestärkt durch eine lange Erfahrung und vervollständigt durch kostbare Freundschaften hat die Allianz, zu welcher der berühmte Kaiser Alexander III. und der bedauernswerte Präsident Carnot die erste Initiative ergriffen haben, immerwährend seit damals einen Beweis ihrer wohltätigen Aktion und ihrer unerschütterlichen Festigkeit gegeben.

Eure Majestät können versichert sein, daß Frankreich morgen ebenso wie gestern in enger und täglicher Zusammenarbeit mit seinem Alliierten das Werk des Friedens und der Zivilisation verfolgen wird, wofür die beiden Regierungen und die beiden Nationen zu arbeiten nicht aufgehört haben.

Ich erhebe mein Glas zu Ehren eurer Majestät, Ihrer Majestät der Kaiserin, Ihrer Majestät der Kaiserin Mutter, Sr. kaiserlichen Hoheit des Großfürsten Thronfolgers und der ganzen kaiserlichen Familie! Ich trinke auf die Größe und auf die Wohlfahrt Rußlands!“

*

*

*

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 364 – Dienstag, 21. Juli 1914 – Morgen – S.1

Die Trinksprüche von Petershof.

Kronstadt, 20. Juli. Legt's zu den übrigen, legt's ins Archiv oder zur Sammlung der Trinksprüche von Staatsoberhäuptern. Man hatte diesmal Anlaß, nach Petershof zu hinzuhorchen. Man suchte einen Schlüssel zu den politischen Rätsselfragen des Tages, einen halbwegs sicheren Maßstab für die Beurteilung der politischen Lage. Die Trinksprüche an der Tafel von Peterhof haben ihn nicht geliefert. Sie gehen glatt über die Probleme hinweg, die den Weltteil in diesem Augenblick mit Besorgnis erfüllen. Sie beschränken sich auf die alten nichtssagenden, stereotyp gewordenen Höflichkeitsfloskeln. Man weiß schon: „Bündnis, enge Freundschaft, Bande enger knüpfen, Frieden erhalten...“

Wer darauf baut, kann ruhig schlafen gehen. Will man durchaus aus den Worten des Zaren eine Besonderheit herausgreifen, so wäre es der Passus, daß der Friede „durch die Fülle ihrer Kräfte“, d.h. der Kräfte Rußlands und Frankreichs, „gesichert“ ist, was etwa besagen will, daß böse Menschen in unserem Weltteil den Frieden zu stören beabsichtigen, aber Rußland und Frankreich, als Engel mit dem feurigen Schwert, den Störenfried in die Schranken weisen. Möglich, daß sich die Dinge im Kopfe des Zaren wirklich so malen. Herr Poincare sprach länger als der Zar, er machte mehr Worte, sagte aber in einer Häufung von Partizipalformen womöglich noch weniger. Man ist nach dem Peterhofer Galadiner genau so klug wie zuvor.

*

*

*

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9174, Dienstag, 21. Juli 1914 – S.4

Die Flottenrevue in Portsmouth.

London, 20. Juli. Die Flotte verließ heute Portsmouth und ging unter Führung des Königs in See. Es herrschte beinahe Sturm und es fiel Regen. An der hiesigen bestimmten Stelle machte die königliche Jacht Halt und die ganze Flotte passierte in Doppellinie unter Salut.

Das Ganze bot einen prachtvollen Anblick. Über der Flotte kreisten Marineflugzeuge. **Ministerpräsident Asquith, der ursprünglich den König begleiten sollte, ist nach London zurückgekehrt, wie verlautet, wegen der politischen Lage.**

*

*

*

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9174, Dienstag, 21. Juli 1914 – S.18

Poincare in Rußland.

Konferenz Sasonow und Viviani. Paris, 21. Juli. Die Pariser Blätter beschäftigen sich heute mit dem Empfange des Präsidenten Poincare in Rußland. Sie bringen längere Berichte, aus denen nur einer von größerem Interesse ist, daß Sasonow dem französischen Ministerpräsidenten Viviani einen Besuch abstattete und mit ihm über eine Stunde konferierte.

*

*

*

Noch einmal der direkte Hinweis, daß Rußland hinter Serbien stehe und seinen russischen Schutz betont:

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9174, Dienstag, 21. Juli 1914 – S.18

Rußland für Serbien?

London, 21. Juli. Die „Times“ berichten heute morgens, daß in hiesigen diplomatischen Kreisen die herannahende Entscheidung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien als sehr ernst angesehen wird. Man befürchtet, daß man sich in Wien sehr irren werde, wenn man glaube, daß Rußland Serbien nicht unterstützen werde. **Man sei in Londoner diplomatischen Kreisen überzeugt, daß wenn Österreich-Ungarn Forderungen an Serbien stelle, welche irgendwie eine serbische Untertänigkeit fordern oder die völkische Würde Serbiens bedrohen, Rußland unbedingt hinter Serbien stehen und vor nichts zurückschrecken würde.**

*

*

*

Der österreichische Außenminister, Graf Berchtold, reist nach dem Besuch bei Kaiser Franz-Joseph weiter nach Salzburg und von dort

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 365 – Dienstag, 21. Juli 1914 – Abend – S.1

Die österreichische Note.

Ischl, 21. Juli. Graf Berchtold ist heute vom Kaiser in einstündiger Audienz empfangen worden. Er begibt sich morgen früh nach Salzburg und tritt morgen abend die Rückreise nach Wien an. Wie aus bestinformierten Quellen verlautet, hat der Minister des Aeußeren in der heutigen Audienz dem Kaiser den Wortlaut der Note, welche die österreichisch-ungarische Regierung in Belgrad überreichen wird, vorgelegt und die Genehmigung des Monarchen erhalten. Graf Berchtold war auch in der Lage, den Kaiser dahin zu unterrichten, daß er mit den maßgebenden Kabinetten der europäischen Staaten über den Inhalt der Demarche Fühlung genommen habe, und daß der Schritt Oesterreich-Ungarns in Serbien deren Zustimmung findet. Die politische Demarche in Belgrad soll nach den derzeitigen Dispositionen am Schluß dieser Woche erfolgen.

*

*

*

Der Lobpreis der französischen Presse, mehr als überschwänglich, betont die Friedfertigkeit Frankreichs und besonders der Triple-Entente, die nichts als den Frieden verfolge, z.B. in der Marokkofrage, da Frankreich sich auf den Kompromiß mit Deutschland und den Abtretungen im Kongo eingelassen habe, um des lieben Friedens willen – mit der Kriegsdrohung Englands gegen Deutschland im Rücken, war dies für die Franzosen, trotz Kompromiß und leider ohne Krieg, das kleinere Problem.

Presse - Wiener Zeitung, Nr. 168, Mittwoch, 22. Juli 1914 - S.6

Rußland – Der Besuch des Präsidenten Poincare – französische Presse.

Paris, 21. Juli Die Blätter erörtern mit lebhafter Befriedigung die in St.Petersburg von Kaiser Nikolaus und dem Präsidenten Poincare ausgebrachten Trinksprüche und heben hervor, daß dadurch dem Wunsche Rußlands und Frankreichs, durch gemeinsames Zusammenwirken zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichtes und des Friedens beizutragen, unzweideutig Ausdruck gegeben wird.

Der „**Temps**“ schreibt: Diesem Frieden haben Rußland und Frankreich zuerst allein, dann gemeinsam mit England große Opfer gebracht. Daß Rußland während der Orient-Krisen von 1908 und 1912 nicht das Schwert gezogen hat, **daß Frankreich in das Kongo-Abkommen eingewilligt hat**, das sind genügend starke Beweise für die friedlichen Absichten der beiden Länder. Dem Kaiser Nikolaus und dem Präsidenten Poincare sei der Dank dafür ausgesprochen, daß sie den verbündeten Ländern, die loyal mit allen in Frieden leben wollen, offen gesagt haben, daß es keinen Frieden ohne Gleichgewicht und kein Gleichgewicht ohne Kraft gibt.

*

*

*

Österreich wartete mit seinen Forderungen an Serbien, bis der Besuch Poincares in Rußland beendet war. Kaiser Wilhelm bezeichnete dies als Fehler, da kostbare Zeit verloren und der Abstand zum Attentat zu groß war. Man mußte mit der Reaktion Rußlands bei Aktionen Österreichs gegen Serbien rechnen, und das sollte spontaner gewesen sein.

Presse - Tiroler Anzeiger - Nr. 165 - Mittwoch, 22. Juli 1914 - S.1

Unmittelbar vor der Entscheidung.

Wien, 21. Juli. Die heute aus Ischl kommenden Nachrichten melden, daß noch im Laufe dieser Woche die Demarche der österreichisch-ungarischen Regierung in Belgrad, und zwar mit sehr entschiedenem Inhalt, erfolgen werde. Die Antwort von Serbien soll in 24 Stunden gefordert werden, und dürfte sich die Forderung auf sofortige Einleitung der Untersuchung gegen die durch das Attentat bloßgestellten serbischen Staatsbürger, auf Eindämmung der Agitation gegen unsere Grenzen serbischerseits und überhaupt auf eine vollkommene Änderung der serbischen Politik eines dauernden und bleibenden Friedens erstrecken.

Man hat mit der Demarche ziemlich lange gewartet, und zwar, wie von diplomatischer Seite versichert wird, nicht nur, um den Erfolg der schwebenden Untersuchung abzuwarten, sondern auch, um genau die diesbezüglichen Ansichten und Absichten der übrigen europäischen Diplomatie zu erforschen.

Österreich-Ungarn, gestützt auf Deutschland und den Dreibund, hat nichts weniger im Sinne, als etwa den Frieden Europas zu stören; es will von Serbien lediglich die entsprechende, ihm zukommende Genugtuung.

Wenn es dem Wunsche Deutschlands und Englands hinsichtlich der Lokalisierung entgegenkommen will, kann lediglich die Form, nicht aber die Energie des Inhaltes der Demarche in Frage kommen. Man darf sich durch jene Stimmen, die bei uns immer und immer wieder auftauchen, und ja nur „leise“, „recht leise“ raunen, in keiner Weise beirren lassen. Und wie es scheint, will man in diesem Falle dem Wesen nach die notwendige Energie auch wirklich aufbringen. Daß etwa Rußland aber auch nur England uns etwa auffordern werde, recht energisch vorzugehen, kann natürlich niemand erwarten. Man vertraue seinen gerechten Forderungen, vertrete dieselben mit der notwendigen Energie und man kann sicher sein, daß die Affäre lokalisiert bleibt. Die Enthüllungen über die militärische Schwäche Frankreichs und die Nichtbereitschaft Rußlands in der letzten Zeit zeigen, daß die Tripelentente heute sich selbst noch nicht marschbereit fühlt. England will überhaupt nicht mittun.

Schließlich ist sich ganz Europa darin einig, daß in Serbien etwas geschehen müsse. Das Gleichgewicht am Balkan braucht deshalb absolut nicht in Frage kommen. Entweder oder! Mit der ständigen Bedrohung unserer Südgrenze, mit der großserbischen Propaganda muß endgültig gebrochen werden. So oder so! Es wird nur auf die Antwort Serbiens ankommen. Ein Zurückweichen Österreichs erscheint in diesem Falle ausgeschlossen und kann wohl auch von der Tripelentente nicht erwartet werden.

★

★

★

Die serbische Presse übt sich in Drohungen und Kriegslüsterheit Österreich gegenüber. Der „heilige Krieg“ gegen die „Monarchie“ wird beschworen, Serbiens Presse entfaltet öffentlich und mit Nachdruck ihren Haß auf Österreich.

Presse - Tiroler Anzeiger - Nr. 165 - Mittwoch, 22. Juli 1914 - S.2

Hohn auf Österreichs Friedensliebe.

Belgrad, 21. Juli. Das Offiziersblatt „Piemont“ schreibt: Die Friedensliebe Österreich-Ungarns ist eine unverschämte Heuchelei. Aber der Tag der Abrechnung wird bald kommen. Der Krieg, so abscheulich er auch ist, wenn er lediglich Eroberungspläne verfolgt, wird zu einer erhabenen und kulturellen Tat, wenn er zum Zwecke der Erlösung geführt wird. Das vergossene Blut ist dann edles Blut. Die Krieger sind dann die Träger der Gerechtigkeit. Diese Gerechtigkeit soll nun baldigst kommen.

„Novosti“ sagen: Graf Tisza hat sich ganz überflüssigerweise bemüht, die Kriegslust der Interpellanten im ungarischen Reichstag zu zügeln, denn kein Mensch glaubt daran, daß diese Kriegslust wirklich echt ist. Ganz Europa hat schon früher Gelgenehit gehabt, sich davon zu überzeugen, während für Serbien die beispiellose Feigheit genügend war, die die Österreicher anlässlich der falschen Gerüchte über bevorstehende Demonstrationen an den Tag gelegt haben.

Die „Politika“ schreibt: Nach seiner alten Methode, die wir schon aus der Zeit der Annexion, beziehungsweise der albanischen Kampagne, gut kennen, versucht Österreich auch jetzt, uns einzuschüchtern. Es bemüht sich, Serbien und die Großmächte zu überzeugen, daß diesmal die Sache sehr ernst sei, wenn Serbien nicht in Bausch und Bogen alles akzeptiere, was Österreich von ihm verlangt. So wird gedroht, aber hinter diesen Drohungen steckt in Wirklichkeit nur die Angst vor dem Kriege. Darum hat die österreichische Regierung sofort Schritte unternommen, um die ängstlichen Österreicher zu beruhigen, weil eben leere Drohungen nur leere Drohungen sind. Österreich macht sich auf diese Weise nur lächerlich. Es ist ein Glück, daß Serbien an solche Drohungen längst gewöhnt ist und sie auch einzuschätzen weiß.

Die „Politika“ behauptet, daß Österreich-Ungarn bestrebt ist, durch Intrigen Deutschland gegen Serbien zu stimmen. Es schein, daß Österreich-Ungarn daran gelegen sei, um jeden Preis die starken serbisch-deutschen Handelsbeziehungen zu lockern. In Wirklichkeit werden jedoch Kaiser Wilhelm seitens des serbischen Volkes nur Sympathien entgegengebracht.

„Balkan“ bringt in Form eines mit „Alter Bosniak“ gezeichneten offenen Schreibens eine Darstellung der politischen Situation in Österreich-Ungarn. Es sei heute klar, daß die Sarajewoer Polizei den Attentätern an die Hand ging. Das amtliche Österreich-Ungarn habe den Thronfolger förmlich in den Tod getrieben. Die Sarajewoer Untersuchung biete keinerlei Garantie der Objektivität. Serbien sei von solchen hinterlistigen Taten weit entfernt. Die Ermordung des Königs Alexander, schreibt das Blatt, war kein Attentat, sondern eine zum Wohle des ganzen Volkes stattgefunden Revolution. Österreich-Ungarn darf nicht durch eine diplomatische Note die Unterdrückung der großserbischen Idee und Propaganda von Serbien fordern, da dies bedeuten würde, von Serbien verlangen, daß es im eigenen Lande der österreichisch-ungarische Gendarm der österreichisch-ungarischen Finsternis sei. Die großserbische Propaganda ist eine Folge der serbischen Freiheit. Wir gewannen indessen die Überzeugung, daß die Türkei zusammenbrach, weil sie ihre Kraft nicht organisierte, und daß Österreich-Ungarn das gleiche Schicksal wegen seiner geordneten Fäulnis erreichen werde.

*

*

*

Die serbische Regierung bereitet sich unterdessen auf den Krieg mit Österreich, durch Mobilisierung, vor:

Presse - Tiroler Anzeiger - Nr. 165 - Mittwoch, 22. Juli 1914 - S.2

Die serbische Mobilisation.

Wien, 21. Juli. Die „Militärische Rundschau“ veröffentlicht Einzelheiten über eine amtlich bekannt gegebene Mobilisierung in Serbien. Es erfolgen Truppentransporte in großer Eile: die Zusammenziehung der Streitkräfte erfolgt bei Waljewo und Uzich. Außerdem formieren sich Freiwilligenbanden an der Drina. An der Donau werden Minenlegungsschiffe in Stand gesetzt. Längs der Drina und der Donaugrenze werden die Befestigungen vervollkommen. Von Kragujevac gehen große Mengen von Kriegsmaterial nach der Grenze ab. Auch in Montenegro wird gerüstet.

*

*

*

Unterdessen geht Österreich gegen umtriebige Mitglieder „hochverräterischer“ Organisationen vor.

Presse - Tiroler Anzeiger - Nr. 165 - Mittwoch, 22. Juli 1914 - S.2

Der Hochverrat in Bosnien.

Sarajewo, 21. Juli. Gegen 117 Vereinsvorstände von serbisch-kroatischen Vereinen und Schülerverbindungen in Bosnien und Herzegowina ist Anklage wegen Zugehörigkeit zu einer hochverräterischen Organisation, die die Abtrennung Bosniens und Herzegowina von der Monarchie vorbereiten sollte, erhoben worden. An den höheren und Mittelschulen Bosniens und der Herzegowina sind bisher 205 Schüler wegen Zugehörigkeit zu verbotenen serbischen Verbindungen ausgeschlossen worden.

*

*

*

Der russische Botschafter in Wien wird nach Petersburg gerufen, nicht abberufen.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9175, Mittwoch, 22. Juli 1914 - S.2

Die Abreise des russischen Botschafters von Wien.

Paris, 21. Juli. Die Abreise des russischen Botschafters in Wien, Herrn v. Schebekos, wird in hiesigen diplomatischen Kreisen besondere Bedeutung beigelegt. Man will darin, daß Herr v. Schebeko gerade den gegenwärtigen Moment zu seiner Abreise nach Petersburg benützt, und dies in einem Augenblicke, wo seine Gemahlin schwer erkrankt darniederliegt, eine Demonstration Rußlands zugunsten Serbiens erblicken. Herr v. Schebeko hatte den Auftrag, nach Petersburg zu kommen, bereits Sonntag erhalten, verzögerte aber, entgegen dem von dem russischen Minister des Äußern Sasonow geäußerten Wunsche, die Abreise um einen Tag, um die Rückkehr des französischen Botschafters, Herrn Dumaines, nach Wien abzuwarten, mit dem er auch noch eine sehr lange Besprechung hatte, die er nach französischer Ansicht von höchster Wichtigkeit gewesen sein soll.

*

*

*

Die serbischen Kriegsvorbereitungen laufen auf Hochtouren.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9175, Mittwoch, 22. Juli 1914 - S.3

Die serbischen Rüstungen.

Belgrad, 21. Juli. Belgrad zeige sein gewohntes Bild, von irgendeinem Kriegsfieber ist nichts zu verspüren. Auch die österreichische Kolonie hat sich beruhigt und geht ihrer gewohnten Beschäftigung nach.

Die fortdauernden Kriegsvorbereitungen Serbiens sind aber Tatsache. Unausgesetzt treffen Militärzüge mit den einberufenen Reservisten aus dem Innern des Landes in Belgrad ein. – Ebenso ist zu konstatieren, daß König Peter die Regierungsgewalt und den militärischen Oberbefehl dem Kronprinzen Alexander übergeben hat.

*

*

*

Der Besuch des österreichischen Außenministers Berchtold bei Reichskanzler Bethmann Hollweg in dessen Urlaubsort Berchtesgaden, gleich hinter der österreichischen Grenze, ist in der Regel nicht ungewöhnlich, aber in dieser „Juli-Krise“ ein „privates“ Treffen – oder mehr?

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9175, Mittwoch, 22. Juli 1914 – S.17

Eine Begegnung des Grafen Berchtold mit dem deutschen Reichskanzler.

Ischl, 22. Juli. In hiesigen politischen Kreisen verlautet, daß der Minister des Äußeren Graf Berchtold, der heute in Salzburg weilt, die Gelegenheit benützen wird, um dem deutschen Reichskanzler Herrn v. Bethmann Hollweg, der in Berchtesgaden zur Erholung weilt, einen Besuch abzustatten.

* * *

Und England denkt nicht daran, seine zur „Probe“ mobilisierte Flotte nach Hause zu schocken.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9175, Mittwoch, 22. Juli 1914 – S.17

Die englische Flotte bleibt mobil.

Berlin, 22. Juli. Man meldet aus London: Auf königliche Order wird die probemobilisierte Kriegsflotte bis 15. August auf verstärktem Bemannungsstande belassen.

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 367 – Mittwoch, 22. Juli 1914 – Abend – S.14

Die politische Erziehung des österreichischen Thronfolgers.

Bei Gelegenheit der Ernennung von politischen Instrukteuren für den neuen Thronfolger Karl Franz Josef schreiben die mährisch-tschechischen „Selske Listy“:

„Erzherzog Karl Franz Josef, der im Schoße seiner Familie mehr Franzose denn Deutscher ist – die Umgangssprache der Familie ist nicht Deutsch, sondern Französisch –, neigt wie sein unglücklicher Oheim mehr dem konservativen Adel zu. In eingeweihten Kreisen wird erzählt, daß er nicht nur mit der Demonstration des Hochadels gegen die Verweigerung der letzten Ehrenbezeugung für Franz Ferdinand einverstanden war, sondern sie auch direkt unterstützte. Durch seine Gemahlin, Erzherzogin Zita, ist er mit dem gräflichen und herzoglichen Hause der Beauforth verwandt, dessen Mitglied, Graf Heinrich Beauforth, der künftige Herzog, an der Spitze des revoltierenden Adels stand. Graf Beauforth, der mit dem Geschlecht der Lobkowitz und Sylwer-Taronca nahe verwandt ist, hat sich in letzter Zeit zum Führer des Adels emporgeschwungen, und wenn nun der hohe Adel sich unter seiner Leitung korporativ zum Begräbnis Franz Ferdinands eingefunden und gelobt, den Grundsätzen des Verewigten – einem einheitlichen Groß-Oesterreich – Geltung zu verschaffen, dann ist jedem klar, daß der konservative Adel der Frage der politischen Erziehung des Thronfolgers nicht so leicht der (liberalen) Verfassungspartei das Feld räumen wird. Eine große schwere Arbeit wird allerdings der Adel mit der Hofkamarilla haben, die vom Oberhofmeister Fürsten Montenuovo geführt wird und die nicht selten den höfischen Seidenunterrocken unterliegt.“

* * *

Iswolski, ein russischer Kriegstreiber, fährt nicht an den Tegernsee, sondern begibt sich direkt nach Paris – der erste Akt des Schauspiels erfordert seine Anwesenheit in Paris; der Aufenthalt in Deutschland wäre für den Russen doch zu heikel.

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 367 – Mittwoch, 22. Juli 1914 – Abend – S.16

Iswolski geht nicht auf Urlaub.

München, 22. Juli. Der russische Botschafter in Paris Iswolski, der alljährlich seine Sommerferien an Rottach am Tegernsee in der Villa Toll zubringt und am 29. Juli eintreffen wollte, hat seine Ankunft plötzlich abgesagt. Er fährt von Petersburg, wo er sich jetzt befindet, direkt nach Paris zurück. Wie lange er dort verbleibt und wann er in Villa Toll zum Sommeraufenthalte eintrifft, ist von Iswolski selbst als unbestimmt bezeichnet worden.

* * *

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 367 – Mittwoch, 22. Juli 1914 – Abend – S.16

Petersburger Besprechungen.

Petersburg, 22. Juli. Sasonow hatte gestern eine längere Besprechung mit Viviani. Auf Befragen von Journalisten erklärte Viviani, die Konferenz sei nicht zu Ende geführt worden, habe aber bereits eine Uebereinstimmung über eine Reihe wichtiger aktueller Fragen ergeben. Ueber die jetzige Lage in Europa äußerte sich Viviani ziemlich optimistisch, fügte aber hinzu, daß man für die Zukunft nicht bürgen könne.

„Nowoje Wremja“ schreibt, die Macht des Zweibundes, die schon zweimal, in den Jahren 1912 und 1913, einen Ueberfall Oesterreichs auf Serbien abgewendet habe, sei jetzt noch mehr gestiegen und werde mit noch größerer Sicherheit den Frieden erhalten; Serbien könne jetzt, ohne die Erfüllung internationaler Verpflichtungen zu verweigern, seine friedliche Kulturarbeit fortsetzen.....

*

*

*

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 367 – Mittwoch, 22.Juli 1914 – Abend – S.13

Echo der Presse. Poincare in Petersburg.

„Erweiterung der Tripleentente durch Heranziehung der Mächte zweiten Ranges“. Das ist, wie Prof. Schiemann in der „Kreuzzeitung“ ausführt, die Losung, die von der russischen und einem Teil der französischen Presse für die Petersburger Zusammenkunft ausgegeben worden ist:

„Wirklich ernst zunehmen sind wohl nur die Bemühungen der russischen Politik, Rumänien durch verpflichtende Abmachungen zu gewinnen und England zu bewegen, aus dem Ententeverhältnis in eine Allianz mit Rußland und Frankreich zu treten. Daß beides ein Gegenstand der Petersburger Verhandlungen sein wird, glauben wir annehmen zu dürfen, nachdem die Kampagne, die zu diesem Ziele führen soll, solange vorbereitet worden ist. In Bukarest gibt es in der Tat eine Partei, die darauf hinarbeitet, und in dem letzten Zusammengehen mit Rußland einen ersten Erfolg errungen zu haben meint; was aber England betrifft, so hat die letzte Woche wiederum aus der selben französischen Quelle, von welcher die ersten Andeutungen stammen, sehr bestimmt gehaltene Mitteilungen über eine sich vorbereitende russisch-englische und eine bereits bestehende englisch-französische Marinekonvention gebracht, deren Spitze sich gegen uns richte. Bisher fehlen die Beweise, aber wir können die Indizien nicht übersehen, die für die Richtigkeit dieser Mitteilungen sprechen. Das bedeutsamste Symptom dafür ist die kraftvolle Haltung Englands in den persischen Angelegenheiten. Für die wahrhaft erstaunliche Geringschätzung, mit welcher Rußland sich über die russisch-englische Konvention von 1907 hinwegsetzt, haben eben jetzt der Teheraner Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ und eine Korrespondenz der „Times“ aus Isphahan drastische Belege gebracht. Man fragt nach den Gründen, weshalb England, das doch sonst eine laute Sprache zu führen pflegte, wenn es sich um die „Glacis von Indien“ handelte, heute so kleinlaut geworden, und wird sicherlich eine andere Antwort finden als die, daß es sich in Mittelasien Rußland gegenüber ohnmächtig fühlt. Ob aber ein weiteres Entgegenkommen in den gegen Deutschland gerichteten aggressiven Plänen das rechte Mittel ist, das ungestörte Vordringen Rußlands auf der Straße nach Indien zum Stehen zu bringen, das ist eine Frage, die jeder Kenner der Geschichte Russisch-Asiens mit einem entschiedenen Nein! beantworten wird. Die stets allwissenden Frantireurs der Petersburger Salons behaupten freilich, wenn man den Engländern die Integrität ihrer asiatischen Besitzungen verspreche, werde man sich in London zufrieden geben. Aber daran ist schwer zu glauben, und obgleich, was man in Petersburg die „Gesellschaft“ (obschtschestwo) nennt, aus vornehmen Herren und Damen besteht, denen sich auch die Türen öffnen, die sonst aller Welt verschlossen bleiben, und Geheimnisse von ihnen niemals gewahrt werden, können wir doch nicht annehmen, daß man in London in so offen hingestellte Fußangeln treten wird. Weit wahrscheinlicher ist, daß die französisch-russischen Verhandlungen die brennend gewordenen Probleme des nahen Orients zunächst ins Auge fassen werden. Man hofft einerseits noch immer, die soeben von König Ferdinand unterzeichnete bulgarische Anleihe, die mit dem Konsortium der Disconto-Gesellschaft abgeschlossen worden ist, rückgängig zu machen und durch Sturz des Ministerium eine völlige Schwenkung der bulgarischen Politik in das französisch-russische Lager zu erreichen – das aber könnte nur durch eine Revolution geschehen, der dann auch König Ferdinand zum Opfer fallen würde –, andererseits ist alle Anstrengung darauf gerichtet, dem serbisch-österreichischen Konflikt, wie er infolge des Mordes in Sarajewo besteht, eine Wendung zu geben, die zu einem demütigenden Rückzug der Habsburgischen Monarchie führen soll. Es ist das alte Programm: **avilir puis demolir** (erst entwürdigend, dann demolieren), und allerdings würde sich unter der Voraussetzung, daß das avilir glückt, das demolir von selbst ergeben.“

*

*

*

Dieweil aus Petersburg „Friede – Freude –Eierkuchen“ gemeldet wird.

Presse - Wiener Abendpost, Nr. 167, Donnerstag, 23. Juli 1914 - S.21

Rußland. Der Besuch des Präsidenten Poincare.

St.Petersburg, 22. Juli (Meldung der St.Petersburger Telegraphen-Agentur) Anlässlich des Besuches des Präsidenten Poincare fand in Krasnoje Selo eine Truppenrevue statt. Kaiser Nikolaus ritt die Front der Truppen ab; im Wagen folgten Präsident Poincare, die Kaiserin und die Großfürstinnen.

Nach der Revue gab Großfürst Nikolai Nikolajewitsch in seinem Palais ein Diner, an dem der Kaiser und die Kaiserin, Präsident Poincare und die Minister teilnahmen. Nach dem Diner wohnte der Präsident der Theatervorstellung in Krasnoje Selo bei.

* * *

Im französischen Parlament wird behauptet, daß die Regierung viel am Parlament, in geheimer diplomatischer Weise, vorbei agiere, was selbstredend empört abgewiesen wird. Besonders wird die Rüstung der Armeen Rußlands und Frankreich betont, daß nämlich der „Verstärkung der Wehrmacht der beiden Staaten nicht im entferntesten die Bedeutung einer Kriegsdrohung“ zukomme, „sondern sie ist vielmehr als ein neues Unterpfand für die Erhaltung des europäischen Friedens zu bewerten.“ Natürlich, die Entente möchte nur Frieden – ihren Seelenfrieden ohne Deutschland.

Presse - Wiener Zeitung, Nr. 169, Donnerstag, 23. Juli 1914 - S.4

Französisches Parlament. Eine der „P.K.“ aus Paris zugehende Mitteilung tritt der im französischen Parlament neuerdings von einzelnen Rednern aufgestellten Behauptung, daß es außer dem französisch-russischen Bündnisse zwischen den beiden Mächten geheime diplomatische und militärische Abmachungen gebe, die der parlamentarischen Genehmigung entbehren, mit folgenden Äußerungen entgegen: Der Bündnisvertrag hat seit seinem Zustandekommen weder in seinem Gesamtcharakter noch in einzelnen wichtigen Bestimmungen eine Änderung erfahren. Bezüglich der militärischen Vereinbarungen, die sich aus dem Bündnis ergeben, ist dagegen naturgemäß für Modifikationen und genauere Fassungen Spielraum gegeben. Diese Aufgabe fällt vornehmlich den Generalstäben der beiden Heere zu, welchem Zwecke der von Zeit zu Zeit stattfindende Austausch von Meinungen zwischen den Chefs dieser Generalstäbe und gegenseitige Besuche dienen. Es ist auch denkbar, daß zwischen zwei Staaten ein Bündnis zum Zwecke ihrer gegenseitigen Verteidigung bestehe, ohne daß man periodisch beiderseits im Hinblick auf alle gegebenen Umstände, auf die Fortschritte der Rüstungen anderer Staaten usw. die wirksamsten Mittel für die Sicherung dieser Verteidigung erneut einer Prüfung unterziehen würde. Die Beratungen militärischer oder maritimer Abmachungen und der technischen Umgestaltung, denen sie zu unterziehen sind, ist aber nicht Sache des Parlaments. Es ist nicht anzunehmen, daß sich an den jetzigen Besuch des Präsidenten der Republik in St.Petersburg, durch den die Festigkeit und Lebenskraft des französisch-russischen Bündnisses neuerdings dargetan wird, irgend eine Änderung des Allianzvertrages knüpft. Von keiner Seite kann in Zweifel gezogen werden, daß Frankreich und Rußland auch in der Zukunft dieselben Grundsätze der Friedenspolitik befolgen werden, von denen ihre leitenden Ideen und Handlungen in der Vergangenheit bestimmt wurden. Der Verstärkung der Wehrmacht der beiden Staaten kommt nicht im entferntesten die Bedeutung einer Kriegsdrohung zu, sondern sie ist vielmehr als ein neues Unterpfand für die Erhaltung des europäischen Friedens zu bewerten.

* * *

Man möchte in Rußland die Franzosen dazu bewegen, eine russisch-englische Marinekonvention zu fördern und England entsprechend in dieser Richtung zu motivieren. Aber Sir Edward Grey habe doch schon anderes geäußert – offiziell.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9176, Donnerstag, 23. Juli 1914 – S.4

Präsident Poincare in Rußland. Die Verhandlungen in Petersburg.

Petersburg, 22. Juli. In hiesigen unterrichteten Kreisen wird entschieden in Abrede gestellt, daß die russische Diplomatie die Anwesenheit der französischen Gäste benütze, um eine Förderung der Idee einer russisch-englischen Marinekonvention durch Frankreich zu erwirken. Seit den diesbezüglichen Erklärungen Sir Edward Greys im englischen Unterhause könne man wohl momentan an die Diskutierung dieses Planes nicht denken.

In der albanischen Frage haben, wie verlautet, die bisherigen Besprechungen zwischen Sasonow und Viviani eine vollständige Übereinstimmung der beiden Staatsmänner ergeben, die darin gipfelt, unbedingt an den Londoner Beschlüssen hinsichtlich des Bestandes eines selbständigen Albaniens festzuhalten, ohne, soweit nicht zwingende Gründe vorliegen, in die internen Verhältnisse Albaniens einzugreifen.

Sowohl französische als auch russische Diplomaten betonen den friedlichen Geist der Trinksprüche und verweisen darauf, daß eben aus der Textierung der Toaste, in denen zum Beispiel England gar keine namentliche Erwähnung finde, mit Deutlichkeit das Bestreben hervorgehe, in erster Linie die russisch-französische Allianz hervorzukehren und zu zeigen, daß der Besuch Poincares und die im Zusammenhange damit gepflogenen Verhandlungen vornehmlich dem engeren Kreise der speziellen russisch-französischen Interessen gelten sollen.

Weiter wird mitgeteilt, daß der bisherige Gedankenaustausch den unangenehmen Eindruck, den die Humbertschen Enthüllungen im französischen Senate über die Mängel der Kriegsverwaltung in Petersburg hervorgerufen hätten, paralytisch habe.

*

*

*

Und in Petersburg konferiert man, selbstverständlich gelten diese Gespräche „dem Mißverständnis, das augenblicklich zwischen Rußland und Schweden“ bestehe, das Poincare freundlicherweise bei seinem Besuch in Schweden zu klären bemüht sein werde. Unterdessen wird in Petersburg gestreikt.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9176, Donnerstag, 23. Juli 1914 – S.17

Die Petersburger Konferenzen.

Paris, 23. Juli. Der Pariser Korrespondent der „Pet. Par.“ in Petersburg berichtet seinem Blatte über die Vorgänge in Petersburg anlässlich des Besuches Poincares: Die diplomatischen Konferenzen in Petersburg wurden zunächst zwischen dem Zaren und Poincare und dann zwischen Sasonow und Viviani geführt. Glaubhaften Informationen zufolge galten die Besprechungen zwischen dem Zaren und Poincare dem Mißverständnis, das augenblicklich zwischen Rußland und Schweden besteht und in allerhand Gerüchten aus dem Auslande immer wieder neue Nahrung erhielt, zu beseitigen. Schweden scheint tatsächlich einen Angriff seines Nachbarn zu fürchten und verstärkt deshalb seine Armee an den Grenzen. Poincare erklärte sich auf Bitte des Zaren bereit, bei seinem Besuch in Stockholm den König davon zu überzeugen, daß Rußland niemand bedrohe. (Dabei stand eine russische Prinzessin an der Spitze der russischen Spionage in Schweden. Anm. d. Schriftlgt.) In Petersburg rechnet man auf sicheren Erfolg der Vermittlung Poincares.

Sasonow und Viviani besprachen eingehend die gegenwärtige Lage auf dem Balkan. Der russische Minister des Äußeren hat seinem französischen Kollegen gegenüber auch sein lebhaftes Bedauern ausgesprochen, daß die Streikkrawalle in Petersburg den Empfang einigermaßen beeinträchtigten.

*

*

*

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 369 – Donnerstag, 23. Juli 1914 – Abend – S.16

Poincares schwedischer Pirschgang.

Paris, 23. Juli. „Petit Parisien“ glaubt, über die diplomatischen Unterhaltungen zwischen Poincare und dem Zaren sowie Sasonow und Viviani die folgende Mitteilung machen zu können. Die Unterhaltungen der beiden Staatsoberhäupter soll sich zum Teil auf das Mißverständnis bezogen haben, das gegenwärtig Rußland und Schweden trennt und das durch tendenziöse Gerüchte aus dem Auslande sorgfältig unterhalten wird. Schweden scheint einen Angriff seines mächtigen Nachbarn zu befürchten und verstärkt zum Schutz gegen diese Gefahr seine Armee. Auf dringende Bitte des Zaren Nikolaus soll Poincare eingewilligt haben, dem König Gustav, dem er Freitag seinen Besuch abstattet, den Nachweis zu liefern, daß Rußland niemand bedroht. In Petersburg rechnet man sehr auf diese versöhnende Dazwischenkunft des Präsidenten der Republik. Sasonow und Viviani ihrerseits haben sorgfältig den gegenwärtigen Stand der Balkanfragen geprüft, auch hat der russische Minister des Äußeren Herrn Viviani sein Bedauern lebhaft ausgedrückt, daß die Ausstandswirren eine Note von Traurigkeit in den begeisterten Empfang getragen haben, den die Petersburger Bevölkerung dem Präsidenten bereitete. Zar Nikolaus wird Poincares Besuch in Frankreich erwidern, doch ist das Datum der Reise noch nicht festgelegt.

*

*

*

In Wien hat man eine Note an Serbien vorbereitet, deren vollständige Annahme durch Serbien erwartet wird. Denn „Serbien werde verstehen, daß die wüsten Bachanale des trunkenen Großserbentums, das Laibach,

Triest, Dalmatien, Kroatien, Bosnien und die Herzegowina von Österreich-Ungarn losreißen wolle, heute nicht mehr gemächlich hingenommen werden könnten“.

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 369 - Donnerstag, 23. Juli 1914 - S.1

Bevorstehende Überreichung der österreichischen Note in Belgrad.

Sechs Prager Blätter konfisziert. – Österreichische Klagen über den „serbischen Imperialismus“

Wien, 23. Juli. Gerüchtweise verlautet, daß die österreichische Note an Serbien bereits heute nachmittag 5 Uhr durch den österreichisch-ungarischen Gesandten Freiherrn v. Giesl in Belgrad überreicht werden soll. Alle Blätter betonen den tiefen Ernst der Lage. Die „**Neue Freie Presse**“ erklärt, nach der gestrigen Rede des Grafen Tisza müsse die Erkenntnis durchdringen, daß Österreich-Ungarn von Serbien nichts verlangen werde, was über die Bedürfnisse der Klärung und Sicherung hinausginge und völkerrechtlich unzulässig wäre. Tisza habe erklärt, daß eine friedliche Lösung möglich und eine ernste Wendung nicht einmal wahrscheinlich sei; er würde nicht so reden, wenn Zumutungen an das Belgrader Kabinett gestellt werden sollten, die nur ein zertretener Staat bewilligen könnte. Serbien werde verstehen, daß die wüsten Bachanale des trunkenen **Großserbentums, das Laibach, Triest, Dalmatien, Kroatien, Bosnien und die Herzegowina von Österreich-Ungarn losreißen wolle**, heute nicht mehr gemächlich hingenommen werden könnten. Dieser Hinweis auf die Absichten Serbiens stützt sich auf Mitteilungen, die der ehemalige Ministerpräsident Bladen Georgewitsch, der unter König Milan die freundlichsten Beziehungen zu Österreich-Ungarn unterhielt, in einem Buche gemacht hat. Er schrieb, Bosnien und die Herzegowina seien für Serbien, was Moskau für die Russen und Brandenburg für Deutschland ist. Die serbische Frage müsse mit Gewalt gelöst werden. Die beiden serbischen Staaten müßten die nächste geeignete Gelegenheit benützen, um die serbische Frage gegen Österreich-Ungarn zu lösen. Das „**Neue Wiener Tagblatt**“ sagt: „Wir haben Wichtigeres zu tun, als uns unablässig des serbischen Imperialismus zu erwehren. Auch Europa hat Wichtigeres zu tun, als sich durch diese stets wiederkehrenden Konflikte immer wieder beunruhigen zu lassen. Serbien muß erkennen, daß es sich mit dem Platz zu begnügen hat, der ihm zukommt, mit dem Platz eines Staates, der kulturell noch einen sehr weiten Weg zurückzulegen hat.“

★

★

★

Österreich erklärt, daß die Frist zur Beantwortung der Note von Serbien, keine Verlängerung erfahren würde. „Es hätte auch gar keinen Sinn, wenn irgend eine Macht jetzt ihre gute Vermittlung noch antragen wollte. Österreich-Ungarn hat die Konsequenzen des Sarajewoer Komplottes genau und reiflich erwogen und sollte Serbien nicht innerhalb der 48 Stunden zur Einsicht kommen, so müssen alle Folgen auf seine Schuldlast geschrieben werden.“ Österreich sieht seinen Schritt als eine Forderung an Serbien, der nur in der Beziehung Serbiens zu Österreich-Ungarn steht.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9177, Freitag, 24. Juli 1914 – S.2

Alea jacta est.

Der österreichische Gesandte in Belgrad, Freiherr von Giesl, hat gestern nachmittags um 6 Uhr dem serbischen Finanzminister Pateu, der durch königliches Dekret in Abwesenheit Pasic's mit der Leitung des serbischen Ministeriums betraut ist, die an leitender Stelle wiedergegebene Note überreicht. Wie der Wortlaut der Note zeigt, hat sich Österreich-Ungarn zu diesem Schritt in all der Entschlossenheit, die ihm seine Kraft verleiht, veranlaßt gesehen und es kann ohne jede Übertreibung gesagt werden, daß alle Völker des Staates dieses Vorgehen der Monarchie mit Freude begrüßen werden, da dieser Weg einzig und allein die notwendige Klärung in unseren Beziehungen zu Serbien bringen kann.

Österreich-Ungarn ist ein friedliches Reich, was es will und anstrebt, ist der Friede. Aber andererseits müssen wir in diesem Staate auch wissen, wo uns der Schuh drückt und hier kommen wir seit Jahren immer wieder darauf, daß die von Serbien in unserer südöstlichen Grenzprovinzen getragene Propaganda immer wieder selbst nur den Versuch des friedlichen Nebeneinanderlebens vernichtet. Unsere Bevölkerung hat es satt, sich fortwährend zum Spielballe der Launen, besser gesagt, der Großmachtaspirationen Serbiens machen zu lassen, und die Leitung unserer auswärtigen Politik mußte diesem einhelligen Wunsche der Bevölkerung nachkommen, indem sie gestern an Serbien die entscheidende Frage richtete.

Man möge sich in Belgrad keiner Täuschung hingeben. Was wir hier vor uns sehen, ist eine sogenannte befristete Note. Diese Note hat von Serbien innerhalb 48 Stunden bis Samstag 6 Uhr nachmittags, beantwortet zu sein. In diesem Zeitpunkte ist bereits die Entscheidung gefallen, ob sich Serbien entschlossen hat, die gerechten Forderungen unserer Monarchie zu erfüllen, oder ob sich Österreich-Ungarn genötigt sieht, andere

Maßnahmen zu ergreifen. Österreich-Ungarn rechnet noch immer damit, daß Serbien selbst zur Einsicht gelangt, daß der gegenwärtige Zustand unhaltbar ist.

Darüber aber darf sich ganz Europa keiner Täuschung hingeben, daß eine Fristerstreckung der Note ausgeschlossen ist und daß Ausflüchte welcher Art immer von Österreich-Ungarn unter keinen Umständen akzeptiert werden. Es hätte auch gar keinen Sinn, wenn irgend eine Macht jetzt ihre gute Vermittlung noch antragen wollte. Österreich-Ungarn hat die Konsequenzen des Sarajewoer Komplottes genau und reiflich erwogen und sollte Serbien nicht innerhalb der 48 Stunden zur Einsicht kommen, so müssen alle Folgen auf seine Schuldlast geschrieben werden.

Wenn aber Österreich-Ungarn gegen seinen Willen weitgehende aktive Maßnahmen gegen Serbien treffen müßte, so muß heute schon wider böswillige Zumutungen erklärt werden, daß es Österreich-Ungarn keineswegs um Eroberungen geht, sondern es strebt die Herstellung eines dauernden Friedens an seinen südöstlichen Grenzen an, und um dieses Ziel zu erreichen, muß auch die letzte Karte an das Spiel gesetzt werden.

*

*

*

Auch wenn man den Schritt Österreich-Ungarns für zu spät einordnet, informiert Österreich durch seine Botschafter Europas Staaten, wo sie vertreten ist, von seinem Schritt gegen Serbien mit einer Fülle von Informationen zu dem Mord am österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand.

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 371- Freitag, 24. Juli 1914 - S.1

Die Zirkularnote.

Wien, 24. Juli. Die österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin, Paris, London, Rom, Petersburg und Konstantinopel sind von der österreichisch-ungarischen Regierung beauftragt worden, den Inhalt der österreichisch-ungarischen Note an die serbische Regierung zur Kenntnis der Regierung zu bringen, bei der sie beglaubigt sind, und folgendes hinzuzufügen:

„Am 31. März 1909 hat die königlich serbische Regierung an Österreich-Ungarn eine Erklärung gerichtet, deren Wortlaut in der hier mitgeteilten Note wiedergegeben ist. Fast am Tage nach dieser Erklärung hat die Politik Serbiens in Wege eingelenkt, die dazu führten, bei den serbischen Staatsangehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie subversive Ideen zu erwecken und dadurch die Loslösung jener Gebiete von Österreich-Ungarn vorzubereiten, die an Serbien angrenzen. Serbien wurde der Hort einer verbrecherischen Agitation. Es bildeten sich Vereine und Vereinigungen, die – sei es vor aller Welt, sei es im geheimen – dazu bestimmt waren, auf österreichisch-ungarischem Gebiet Unruhen hervorzurufen. Diese Vereine und Vereinigungen zählen zu ihren Mitgliedern Generale und Diplomaten, Staatsbeamte und Richter, mit einem Worte, führende Persönlichkeiten der offiziellen und nichtoffiziellen Welt des Königreichs. Die serbische Presse steht fast vollständig im Dienste dieser gegen Österreich-Ungarn gerichteten Propaganda, und kein Tag vergeht, ohne daß die Organe der serbischen Presse ihre Leser zum Hasse und zur Verachtung der Nachbarmonarchie oder zu Attentaten aufreizen, die mehr oder minder offen gegen die Sicherheit und Integrität der letzteren gerichtet sind. Eine große Anzahl der Agenten ist damit beschäftigt, die Agitation gegen Österreich-Ungarn mit allen Mitteln zu fördern, und die der an Serbien angrenzenden österreichisch-ungarischen Gebiete zu verführen. Der Geist der Verschwörung, der die politisierenden Kreise Serbiens beherrscht und der seine blutigen Spuren in den Annalen der serbischen Geschichte hinterlassen hat, ist seit der letzten Balkankrise im Wachsen begriffen. Mitglieder von Banden, die bisher in Mazedonien Beschäftigung fanden, haben sich der terroristischen Propaganda gegen Österreich-Ungarn zur Verfügung gestellt. Die serbische Regierung hat sich nicht bemüßt gesehen, gegen diese Umtriebe, denen Österreich-Ungarn seit Jahren ausgesetzt ist, in irgendeiner Weise einzuschreiten. Die königlich serbische Regierung hat sohin der feierlichen Erklärung vom 31. März 1909 nicht genüge getan und sich solchergestalt in Widerspruch gesetzt mit dem Willen Europas und der eingegangenen Verpflichtungen. Die Langmut, welche die k. k. Regierung der herausfordernden Haltung Serbiens gegenüber Österreich-Ungarn beobachtete, war darauf zurückzuführen, daß sie sich frei von territorialem Eigennutz wußte und die Hoffnung nicht aufgab, daß die serbische Regierung die Freundschaft Österreich-Ungarns schließlich richtig bewerten werde. Die k. k. Regierung hatte geglaubt, daß eine wohlwollende Haltung gegenüber dem politischen Interesse Serbiens das Königreich am Ende doch veranlassen werde, eine gleiche Haltung zu beobachten. Österreich-Ungarn erwartete eine solche Evolution der politischen Ideen in Serbien, insbesondere in dem Momente, als nach des Ereignissen des Jahres 1912 die k. und k. Regierung durch ihre desinteressierte, von jedem Übelwollen freie Haltung die so bedeutende Vergrößerung Serbiens möglich machte. Das dem Nachbar seitens Österreich-Ungarns bekundete Wohlwollen hat jedoch die Vorgangsweise des Königreichs nicht geändert, das fortfuhr, auf seinem Territorium eine Propaganda zu dulden, deren traurige Folgen am 28. Juni dieses Jahres der ganzen Welt offenbar wurden, an

jenem Tage, da der Thronfolger der Monarchie und seine erlauchte Gemahlin einer in Belgrad entstandenen Verschwörung zum Opfer fielen. Bei dieser Lage der Dinge hat sich die k. und k. Regierung genötigt gesehen, einen neuen und dringenden Schritt in Belgrad zu unternehmen, um solcherart die serbische Regierung dazu zu bringen, einer Bewegung Einhalt zu gebieten, welche die Sicherheit und Integrität Österreich-Ungarns bedroht. Die k. und k. Regierung ist überzeugt, sich, indem sie diesen Schritt unternimmt, im vollen Einklang mit den Gefühlen aller zivilisierten Nationen zu befinden, die es nicht zugeben könnten, daß der Königsmord zur Waffe wird, der man sich ungestraft im politischen Kampfe bedienen dürfe, und daß der Friede Europas unausgesetzt durch Umtriebe gestört werde, die von Belgrad ausgehen.“

Zur Unterstützung des Gesagten hält die österreichisch-ungarische Regierung ein Dossier zur Verfügung der fremden Regierungen bereit, das über die serbische Propaganda und deren Zusammenhang mit dem Morde vom 28. Juni Aufklärung gibt.

★

★

★

Auf der einen Seite wird bezeugt, daß 38 russische und 20 französische Armeekorps zum Einfall in Deutschland und Österreich bereit stünden – der Wink mit dem Zaunpfahl. Auf der anderen Seite wird aber berichtet, daß die Mängel in der französischen Armee so gewaltig seien, daß von einer kampfbereiten Armee nicht die Rede sein könne – zeige dich schwach, wenn du stark bist.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9177, Freitag, 24. Juli 1914 – S.4

Mißstände in der französischen Armee.

Gegenüber den Prahlerien der französischen und russischen Presse, daß 38 russische und 20 französische Armeekorps bereit stünden, um in Deutschland und Österreich gleichzeitig einzubrechen, erscheint es wohl notwendig, auch die Qualität der Armeen in Erwägung zu ziehen. Wie es nun mit der französischen Armee bestellt ist, geht wohl aus den Anklagen des Senators Humbert hervor, die nunmehr im Wortlaute vorliegen. Wir bringen im Nachstehenden einen kurzen Auszug aus dem Berichte.

Die Ausführungen des Senators Humbert über die Mißstände und Mängel in der französischen Heeresrüstung gipfeln im wesentlichen in folgenden Anklagen:

Als Zweck seiner Darlegungen stellte Humbert voraus, zu beweisen, wie weit die französische Wehrkraft hinter der deutschen zurückbleibe, selbst wenn man die jetzt geforderten Kredite vollständig angewendet habe. Seit einem Jahre habe man das Volk glauben gemacht, daß die französische Wehrkraft dank der dreijährigen Dienstzeit mit einem Schlage auf die Höhe derjenigen Deutschlands komme und Frankreich infolge dessen nichts mehr zu befürchten habe. Nichts, erklärte der Redner, ist weniger richtig und nichts gefährlicher als diese Meinung. Mit allen Mitteln hätten gewisse Dienstzweige und namentlich der Generalstab des Heeres dem Heeresausschusse des Senats die Wahrheit zu verbergen gesucht, bald durch Erteilung unrichtiger Auskünfte, bald durch Vorschützung des militärischen Geheimnisses.

Der Redner legte dann zunächst den Stand der artilleristischen Ausrüstung dar. Das einzige Material, das man bisher dem deutschen als überlegen angesehen habe, nämlich das Feldgeschütz 75, sei auf dem besten Wege, minderwertig zu werden. Denn Deutschland besitze jetzt ein leichtes Geschütz mit großem horizontalen Schußfelde, das seiner Feldbatterie gegenüber der französischen unbestreitbare Vorteile biete. In Frankreich sei man immer noch bei den Vorversuchen für ein neues Feldgeschütz. Im Jahr 1912 habe man eine Haubitze mit durchaus befriedigenden Ergebnissen erprobt. Dann aber habe man diese Haubitze plötzlich wieder abgelehnt und suche eine neue, während andere Heere, insbesondere Rußland, sie eingeführt hatten. Im Falle einer Mobilmachung, erklärte Humbert, würde das französische Armeekorps über 120 Geschütze des Modells 75 verfügen, denen das deutsche Armeekorps 108 Geschütze von 77 Millimetern und von unbestreitbarer Überlegenheit infolge ihrer neuen Lafette, 36 Haubitzen von 105 Millimetern für Steilschuß, für dessen Anwendung Frankreich noch gar kein Material besitze, und 16 schwere Haubitzen von 150 Millimetern, insgesamt also 160 Geschütze gegenüberstelle. Im deutschen Heere verfüge man bei der schweren Artillerie über 10 Zentimeter-Geschütze mit 10 Kilometer Tragweite, 13 Zentimeter-Geschütze mit 14*5 Kilometer Tragweite und einen 21 Zentimeter Mörser mit neun Kilometer Tragweite. Dieser Artillerie könne ein französisches Armeekorps fast nichts gegenüberstellen. Erst kürzlich seien fünf Regimente schwere Artillerie errichtet worden, die man aber bis jetzt noch nicht mit modernem Material habe ausrüsten können. Sie seien deshalb teils wieder mit Geschützen des Modells 1892 mit nur 5700 Meter Tragweite, die im Jahre 1914 als bereits veraltet ausgeschrieben worden waren, teils mit alten 155 Millimeter-Schnellfeuerkanonen und teils mit Geschützen, Modell 1878, versehen worden.

Der Redner ging sodann zur Belagerungs- und Festungsartillerie über. Die alten gußeisernen Geschosse habe man mit Melinit geladen, sie hätten aber infolgedessen jetzt bei unbedeutender Zerstörungskraft die gefährliche Besonderheit, daß sie hauptsächlich für die eigenen Bedienungsmannschaften gefährlich seien. Das

stärkste Belagerungsgeschütz, das Frankreich besitze, der 270 Millimetermörser, entspräche in keiner Weise mehr den heutigen Anforderungen. Sein Geschoß wiege nur 150 Kilogramm gegenüber 310 Kilogramm des deutschen 28 Millimetergeschützes und seine Tragweite sei 5*2 Kilometer gegenüber 10*1 Kilometer desselben deutschen Geschützes. Als Beispiel für die Interesselosigkeit, die der französische Generalstab dieser ganzen Frage entgegenbringe, führte der Redner an, daß der Generalstab nicht einmal von den französischen Offizieren einen Bericht einfordere, die im Jahre 1910 den Schießversuchen folgten, die Rußland mit dem 28 Zentimetergeschütz anstellte, das es damals in Frankreich gekauft hatte. Dagegen sei die deutsche Belagerungsartillerie mit allen Vervollkommnungen der modernen Technik ausgerüstet. Es besitze unter anderem neben den schweren Geschützen noch eine 15 Zentimeter-Schnellfeuerkanone von unbekannter Wirkung, von der man aber jedenfalls jetzt schon wisse, daß sie 50 Kilogramm schwere Geschosse 18 Kilometer weit schleudere.

Alsdann beleuchtete Herr Humbert den Verteidigungsstand der großen französischen Festungen. Man verlange jetzt für den Ersatz der alten Festungsgeschütze 200 Millionen; der Heeresverwaltung sei es aber unmöglich, ein Muster der neuen Festungsgeschütze vorzuzeigen. Die Artillerieabteilung des Generalstabes bekunde eine unüberwindliche Abneigung gegen alles, was nicht von ihr selbst erfunden sei und in Vorschlag gebracht werde. Was sie aber selbst hervorgebracht habe, sei seit zehn Jahren gleich nach den ersten Versuchen abgetan worden. Die Festungsgouverneure forderten Ersatz der alten Geschütze und der Munitionsbestände, aber die Artillerieleitung klassifiziert diese Forderungen als erst „in zweiter Linie dringlich“. In einer französischen Festung lagerten zum Beispiel 80.000 Geschosse in zwei mit Ziegeln gedeckten, untereinander verbundenen Schuppen, so daß im Falle eines Krieges ein einziger Bombenwurf genüge, um diese Schießvorräte mit einem Schlage zu vernichte. Nachdem er, der Redner, den Kriegsminister auf diese Gefahr hingewiesen habe, grabe man jetzt vier Munitionslager für diese 80.000 Geschosse, während 20 notwendig seien. Wenn man in diesem Tempo fortfahre, so würden vier bis fünf Jahre darüber hingehen, ehe sie in Sicherheit gebracht seien. Zur Verteidigung der Forts gegen Nahangriffe besäße Deutschland ein kurzes Geschütz, das auf einige hundert Meter eine Art Lufttorpedo mit 100 Kilogramm Explosivstoff entsende. Für denselben Verteidigungszweck verfügen die französischen Forts aber nur über ungezogene Mörser, die aus den Zeiten um 1700 (!) herum stammten und die auf ganz kurze Entfernungen eine Hohlkugel schleuderten, die mit einem hölzernen, in Metz, das heißt also vor 1870 hergestellten Zünder versehen sei. Der ganze Artillerieschießdienst komme erst in zweiter Linie. So befänden sich zum Beispiel in der Fußartillerie eine Menge von Unteroffizieren mit zehn Dienstjahren, die mangels an Schießplätzen noch niemals auf wirkliche Entfernungen einen einzigen Schuß abgegeben hätten, und diese Unteroffiziere sollten im Kriegsfall die Batterien führen!

*

*

*

Der Gegenbesuch des Zaren Nikolaus in Paris wird vom Oktober 1914 in das Jahr 1915 verschoben – man weiß, daß der Oktober 1914 kein guter Zeitpunkt für einen Staatsbesuch in Frankreich sein würde. – Warum wohl?

Presse - Wiener Zeitung, Nr. 170 - Freitag, 24. Juli 1914 - S.2

Frankreich.

Man meldet der „P.K.“ aus Paris: Anlässlich des Besuchs des Präsidenten Poincare in St.Petersburg wurde die Frage abermals erörtert, ob in naher Zeit eine Reise des Kaisers Nikolaus nach Frankreich zu erwarten sei. Man knüpft hierbei an die vor kurzem verbreitete Nachricht an, daß der Zar im Oktober d.J. den französischen Heeresmanövern in den Vogesen beiwohnen und dann einen Tag in Paris verbringen dürfte. In unterrichteten Kreisen verlautet gegenwärtig, daß dieser Plan wohl bestanden zu haben scheint, seine Ausführung jedoch nicht mehr in diesem Jahr erfolgen solle, sondern auf den Herbst 1915 verschoben worden sei.

*

*

*

Noch einmal wird die innige Freundschaft zwischen den Russen und Franzosen betont, und daß man gemeinsam den „Weg des Friedens“ in ihrer „unauflöselichen Allianz“ gehen werde, bevor Poincare Petersburg Richtung Schweden verläßt – um diese als Bündnispartner zu gewinnen!?

Rußland - Frankreich. Der Besuch des Präsidenten Poincare.

St.Petersburg, 24. Juli (Meldung der St.Petersburger Telegraphen Agentur) Nach der Truppenrevue hatten sich Kaiser Nikolaus und Präsident Poincare am Nachmittag nach Peterhof begeben, von wo sie um 7 ½ Uhr abends an Bord der Jacht „Alexandria“ nach Kronstadt abreisten.

Um ½ 8 Uhr abends fand an Bord des Panzerkreuzers „France“ eine Diner statt, in dessen Verlaufe **Präsident Poincare** folgenden Trinkspruch ausbrachte:

„Sire! Ich kann diese Gestade nicht verlassen, ohne Eurer Majestät nochmals zu sagen, wie sehr ich von der liebenswürdigen Herzlichkeit, welche Eure Majestät mir während meines Aufenthaltes bezeugt haben, und von dem herzlichen Empfange, den ich seitens der russischen Bevölkerung gefunden habe, berührt bin. Mein Land wird in den Zeichen der Aufmerksamkeit, die mir in so reichem Maße zuteil wurden, ein neues Unterpfand der Gefühle erblicken, die Eure Majestät immer ihm gegenüber bekundet haben und eine **augenfällige Weihe der unlöslichen Allianz, die Rußland und Frankreich verbindet**. Bezüglich aller Fragen, vor welche täglich die beiden Regierungen gestellt werden und die die einvernehmliche Tätigkeit ihrer Diplomatie erfordern, ergab sich immer das Einvernehmen und wird sich stets mit um so größerer Leichtigkeit ergeben, als die beiden Länder wiederholt die Vorteile gesehen haben, die jedem von ihnen durch diese regelmäßige Zusammenarbeit erwachsen und **da sie beide dasselbe Ideal haben: Friede, gestützt auf die Kraft, die Ehre und die Würde**. Ich trinke auf die Gesundheit Eurer Majestät und Ihrer Majestät der Kaiserin Marie Feodorowna, Sr. kaiserlichen Hoheit des Großfürsten Thronfolgers und der gesamten kaiserlichen Familie! Ich trinke auf den Ruhm des russischen Reiches.“

Kaiser Nikolaus erwidert mit folgendem Trinkspruche:

„Herr Präsident! Indem ich Ihnen für Ihre liebenswürdigen Worte danke, lege ich Wert darauf, Ihnen nochmals zu sagen, welches Vergnügen es uns bereitet hat, sie unter uns zu sehen. Wollen sie gütigst bei Ihrer Rückkehr nach Frankreich Ihrem schönen Lande den Ausdruck der treuen Freundschaft und der herzlichen Sympathie ganz Rußlands überbringen. **Die einvernehmliche Tätigkeit unserer Diplomatie, die Brüderlichkeit zwischen unseren Streitkräften zu Land und zur See werden die Aufgabe unserer beiden Regierungen erleichtern, die berufen sind, über die Interessen der verbündeten Völker zu wachen, indem sie sich von dem Friedensideal leiten lassen, das unsere beiden Länder, ihrer Kraft bewußt, erstreben**. An Bord dieses schönen Schiffes, das den glorreichen Namen Frankreichs trägt, lege ich Wert darauf, ganz besonders die tapfere französische Marine in die Wünsche einzuschließen, die ich zum Ausdrucke bringe, indem ich mein Glas auf Ihre Gesundheit, Herr Präsident, und auf den Ruhm und die Wohlfahrt Frankreichs erhebe!“

* * *

Die französisch-russischen Beratungen sind beendet und nun geht man in Petersburg daran, die Ergebnisse dieser Besprechungen in die Praxis umzusetzen.

Außerordentlicher Ministerrat in Petersburg.

Petersburg, 24. Juli. WTB. sämtliche Minister sind hier heute nachmittag 2 Uhr zu einer außerordentlichen Sitzung des Ministerrats einberufen worden, in der über die auswärtige Lage beraten werden soll.

* * *

Die Ankündigung der Reise des serbischen Ministerpräsidenten Paschitschs nach Petersburg wird angekündigt, da die Note mit den Forderungen Österreichs in Serbien ist. Doch es kommt anders.

Paschitsch reist nach Petersburg.

Die österreichische Note ist gestern dem Finanzminister Patschu überreicht worden, der an Stelle des Ministerpräsidenten und Minister des Äußeren Paschitsch die Leitung des serbischen Kabinetts übernommen hat. Dieser Wechsel wird in der folgenden amtlichen serbischen Ankündigung bekanntgemacht:

Belgrad, 24. Juli. WTB. Da Ministerpräsident Paschitsch sich auf einer Reise im Innern befindet und unverzüglich ins Ausland abzureisen genötigt ist, so wird der Finanzminister Patschu den Vorsitz im Ministerrat und das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten übernehmen.

Einer anderen Belgrader Meldung zufolge reist Paschtsch nach Petersburg. Unter allen Umständen bleibt der Wechsel in der tatsächlichen Leitung der serbischen Regierung in einem so wichtigen Augenblick sehr bemerkenswert. Entweder will Paschtsch die Verantwortung für die Entscheidung, vor die Serbien gestellt ist, nicht übernehmen, und Patschu, der sich vor kurzem sehr energisch gegen die „österreichischen Aspirationen nach Revision des Bukarester Vertrages“ ausgesprochen hat, tritt als der energischere an seine Stelle – oder die Reise Paschtschs soll als Vorwand für eine Verzögerung in der Beantwortung der österreichischen Note dienen.

*

*

*

Serbien „posiert“ mit „dicken Armen“ gegenüber Österreich und provoziert maßlos.

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 370- Freitag, 24. Juli 1914 - S.1

Eine herausfordernde, ablehnende Mitteilung des serbischen Preßbureaus.

Belgrad, 23. Juli. Das Preßbureau läßt mitteilen: Wenn die österreichische Regierung in ihrer angekündigten Demarche wirklich so absurde Dinge von uns fordern sollte, wie die Wiener Blätter behaupten, nämlich Auflösung der patriotischen Vereine, Änderung der Lehrbücher in den Schulen, Maßregelung der Belgrader Blätter, die die Idee der Vereinigung des Serbentums propagieren usw., so kann sie sich die Mühe sparen, denn es gibt keine Regierung in Serbien, jetzt und in Zukunft, die derartiges sich bieten lassen könnte; das einzige wäre Rechtshilfegewährung, und auch diese ohne alle Verquickung mit Politik. Die Kriegsdrohungen Wiens schrecken uns nicht, wir glauben, daß wer wirklich Krieg führen will, nicht so lange droht, auch soll man in Wien beherzigen, daß das Serbien von heute nicht mehr das der Annexionskrise ist. Zwei große Kriege liegen dazwischen, die uns zum Bewußtsein unserer Kraft gebracht und wertvolle Freundschaften eingetragen haben.

*

*

*

Die Tschechen, Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie, nehmen Partei für Serbien, da ihre Bestrebungen in eine Richtung gehen, so wie es am Schluß des Artikels heißt: „Staaten werden schließlich von historischen Interessen geleitet!“ Ein Fingerzeig der Tschechen, daß auch sie nicht hinter Österreich stehen, sondern an der Gründung eines eigenen Staates arbeiten.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9177, Freitag, 24. Juli 1914 – S.3

Die Jungtschechen schreiben für Serbien.

Prag, 23. Juli. „Der Kriegslärm in Wien“ So betitelt das tschechische Hauptorgan „**Narodni Listy**“ seinen Leitartikel vom 22. d. M. und es ist rührend, wie wieder einmal das arme Bruderland Serbien unter tschechische Fittiche genommen wird. Das Blatt schreibt: es ist höchste Zeit, daß man in Wien sich erinnert, daß außer der Wiener Ringstraße es anderwärts auch noch Österreich gibt und daß Wien am wenigsten die Folgen der falschen auswärtigen Politik tragen wird, als es verdient. Wir sind nicht dazu da, damit die Wiener Journalistik die letzten Überreste unserer wirtschaftlichen Wohlfahrt – die uns die österreichische Politik übrig ließ - vernichtet. Wir protestieren dagegen, daß unter Androhung von Serbien gefordert werde, daß Serbien den Fehler der österreichischen Politik gut mache! Nur die höchste Leichtfertigkeit der Wiener Journalistik kann glauben, daß das serbisch-österreichische Problem durch das Verbot der verschiedenen serbischen Vereine und durch die scharfe Beobachtung der Grenze gelöst werden kann. Gerade in dieser Zeit, wo Poincare in Petersburg zu Besuche weilt und wo zwischen den Häuptern beider verbündeten Staaten Toaste von ungewöhnlicher Wärme gewechselt werden, sollten die Wiener darauf bedacht sein, daß das Spiel, welches sie treiben, vielleicht für die Taschen der Börsenspekulanten von Vorteil sein wird, der Monarchie und ihren Völkern aber sehr gefährlich werden kann. **Die serbische Frage ist keine Frage zwischen Wien und Belgrad, sondern ist eine europäische Frage** und bei solchen Fragen hat man im Augenblicke auf alle Vorkommnisse und Aufregungen zu vergessen und **Staaten werden schließlich von historischen Interessen geleitet!**

*

*

*

In Rußland brodelt es unter der Bevölkerung. Die „Nihilisten“ bereiten die „rote“ Revolution vor, deren sich die herrschende Klasse bewußt ist, aber anscheinend ignoriert.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9177, Freitag, 24. Juli 1914 – S.8

Die Streikrevolte in Rußland.

Der Straßenbahnverkehr eingestellt. – Barrikadenbau. – Tote und Verwundete.

Petersburg, 23. Juli. Nach offiziellen Angaben erreichte gestern die Zahl der Streikenden 120.000. Der Ausstand umfaßte die Fabriks- und Druckereiarbeiter sowie die Angestellten der Straßenbahn. Der Verkehr der Straßenbahn ist fast gänzlich eingestellt; nur 46 Wagen verließen unter polizeilichem Schutz die Remisen und verkehrten bis abends. **An mehreren Stellen schlossen sich Streikende unter Entfaltung von roten Fahnen zu größeren Gruppen zusammen und stimmten revolutionäre Lieder an.**

* * *

Deutschland und Italien unterstützen die österreichische Note (s.u.) und Deutschland läßt seine Offiziere nur bedingten Urlaub nehmen. Es herrscht kriegsvorbereitende Stimmung – überall.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9177, Freitag, 24. Juli 1914 – S.8

Billigung Deutschlands und Italiens.

London, 24. Juli. Der Berliner Korrespondent der „Daily Mail“ erfährt aus gut informierter Quelle, daß Deutschland und Italien der österreichisch-ungarischen Note ihre volle Billigung erteilt haben. Die deutschen Offiziere haben in den letzten Tagen nur unter der Bedingung Urlaub erhalten, daß sie alle Vorbereitungen traf, auf das erste Telegramm hin zurückkehren zu können.

* * *

Kriegsvorbereitung: Frankreich ruft seine Marineurlauber zurück.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9177, Freitag, 24. Juli 1914 – S.8

Rückberufung der französischen Marineurlauber.

Paris, 24. Juli. Das Marineministerium hat alle auf Urlaub befindlichen Offiziere und Mannschaften der französischen Kriegsmarine zurückberufen. Eine ähnliche Maßregel ist seit dem Jahre 1887 nicht erfolgt.

* * *

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 370 – Freitag, 24. Juli 1914 – Morgen – S.2

Die österreichischen Forderungen.

Der erste Schritt ist getan, der erste Schritt auf dem Wege, der schwerlich zu friedlicher Verständigung sondern eher zum Gegenteil führt. Oesterreichs Note an Serbien ist überreicht. Die Handlung, die von diesem Augenblick an das politische Leben des Weltteils zu beherrschen bestimmt ist, setzt mit vollem, dröhnendem Akkord ein. Mit einer rückhaltlosen Offenheit, wie sie im diplomatischen Verkehr zu den größten Seltenheiten gehört, beschuldigt Oesterreich-Ungarn die serbische Regierung nicht bloß der Duldung, sondern geradezu der Vorschubleistung der Verbrechen, die im Namen des Großserbentums innerhalb der Habsburgischen Monarchie begangen werden. Oesterreich-Ungarn verlangt von der serbischen Regierung in der denkbar schroffsten Form, daß sie die gegen die Integrität der Donaumonarchie gerichteten Umtrieb öffentlich verurteile und ihnen ein Ende bereite. Oesterreich-Ungarn erklärt, daß es nicht mehr gewillt ist, die Haltung zuwartender Langmut zu beobachten, und setzt den Serben in Bekräftigung dieser Erklärung eine kurze Frist zur Annahme seiner Diktate.

Der Stein ist im Rollen, die Forderungen, die Oesterreich stellt, sind rein politischer Natur. Die kriminelle Seite der Angelegenheit tritt weit zurück hinter dem Verlangen nach Klärung der Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten auf der ganzen Linie. Die Entschlossenheit, die aus Ton und Inhalt der Note spricht, läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Entscheidung, ob biegen oder brechen, in allernächste Nähe gerückt ist. Oesterreichs Sache wird es zunächst sein, die schweren Anschuldigungen, die es gegen Serbien und die serbische Regierung schleudert, und von denen die Note sagt, daß bereits Beweise dafür vorliegen, durch Veröffentlichung des Sarajewoer Untersuchungsmaterials zu belegen. Das ist unumgänglich notwendig, damit das europäische Publikum die Ueberzeugung von der vollen Gerechtigkeit des von Oesterreich geführten Prozesses bekomme. Der Gang des Prozesses wird jedoch dadurch nicht aufgehalten werden.

Es ist nicht zu leugnen, daß fast jeder Punkt der von Oesterreich aufgestellten Liste einen Eingriff in die Hoheitsrechte des serbischen Staates bedeutet. Oesterreich tritt als die Polizei auf, die es übernimmt, in Serbien Ordnung zu schaffen, da die serbische Regierung nach österreichischer Aussage nicht imstande ist, die „subversiven Elemente“, die Oesterreichs Ruhe stören, in Schach zu halten. Aber Oesterreich kann sich eben durch solche Polizeiaktion von den Verbrechern befreien, die von Serbien aus nach den Gebieten der habsburgischen Monarchie versendet werden. Jede Rücksicht gegenüber Serbien fällt, da es Oesterreichs Pflicht ist, sich selbst zu schützen.

Wir halten es für unwahrscheinlich, daß die serbische Regierung auf die Bedingungen Oesterreichs eingehen wird. Selbst wenn sie es wollte – was jedoch nicht der Fall ist – könnte sie es im Hinblick auf die eigenen Untertanen nicht tun. Ein Entrüstungsturm würde sie wegfegen. Es ist auch erst die Frage, ob das Kabinett des Herrn Paschtsch überhaupt die Verantwortung übernehmen wird, die Note zu beantworten. Der nächste Akt wird vermutlich eine Kabinettskrise in Serbien oder ein Versuch sein, ein Koalitionsministerium aus allen Parteien zustande zu bringen. Aber auch auf die innerpolitischen Vorgänge in Serbien kann und wird Oesterreich keine Rücksicht nehmen. Die Note ist befristet und bleibt es. Am 25. Juli abends läuft die Frist ab. Bald darauf wird man erfahren, welche Maßregeln Oesterreich-Ungarn anordnet, um seinem Willen Geltung zu verschaffen.

* * *

Die österreichische Note wird in Belgrad am 23. Juli der Regierung mit den österreichischen Forderungen übergeben. In zehn Punkten stellt die österreichische Regierung ihre Forderungen an Serbien und setzt einen Zeitpunkt zur Beantwortung auf den 25. Juli, einen Sonntag, fest. In einer Beilage werden die Ergebnisse der Untersuchung der österreichischen Regierung in Bezug auf das Attentat auf den Thronfolger vom 28. Juni, mitgeteilt.

Presse - Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 172 - Samstag, 25. Juli 1914 - S.1

Die Note Österreich-Ungarns an Serbien.

Berlin 24. Juli. Der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad überreichte gestern abend 6 Uhr der serbischen Regierung eine Verbalnote mit den Forderungen der österreichisch-ungarischen Regierung. In der Note wird die Antwort bis Sonnabend, den 25. Juli, 6 Uhr abends verlangt. – Sie hat folgenden Wortlaut:

Am 31. März 1909 hat der Königlich serbische Gesandte am Wiener Hofe im Auftrage seiner Regierung der Kaiserlichen und Königlich serbischen Regierung folgende Erklärung abgegeben: „Serbien anerkennt, daß es durch die in Bosnien geschaffene Tatsache in seinen Rechten nicht berührt wurde, und daß es sich demgemäß den EntschlieBungen anpassen wird, welche die Mächte in Bezug auf Artikel 25 des Berliner Vertrages treffen werden. Indem Serbien den Ratschlägen der Großmächte folge leistet, verpflichtet es sich, die Haltung des Protestes und des Widerstandes, die es hinsichtlich der Annexion seit vergangenem Oktober eingenommen hat, aufzugeben und verpflichtet sich ferner, die Richtung seiner gegenwärtigen Politik gegenüber Österreich-Ungarn zu ändern und künftighin mit diesem letzteren auf dem Fuße freundschaftlicher Beziehungen zu leben.

Die Geschichte der letzten Jahre nun, und insbesondere die schmerzlichen Ereignisse des 28. Juni, haben das Vorhandensein einer subversiven Bewegung in Serbien erwiesen, deren Ziel es ist, von der österreichisch-ungarischen Monarchie gewisse Teile ihres Gebietes loszutrennen. Diese Bewegung, die unter den Augen der serbischen Regierung entstand, hat in der Folge jenseits des Gebiets des Königreichs durch Akte des Terrorismus, durch eine Reihe von Attentaten und durch Morde Ausdruck gefunden.

Weit entfernt, die in der Erklärung vom 31. März 1909 enthaltenen formellen Verpflichtungen zu erfüllen, hat die Königlich serbische Regierung nichts getan, um diese Bewegung zu unterdrücken. Sie duldet das verbrecherische Treiben der verschiedenen gegen die Monarchie gerichteten Vereine und Vereinigungen, die zügellose Sprache der Presse, die Verherrlichung der Urheber von Attentaten, die Teilnahme von Offizieren und Beamten an subversiven Umtrieben, sie duldet eine ungesunde Propaganda im öffentlichen Unterricht und duldet schließlich alle Manifestationen, welche die serbische Bevölkerung zum Haß gegen die Monarchie und zur Verachtung ihrer Einrichtungen verleiten konnte.

Diese Duldung, der sich die Königlich serbische Regierung schuldig machte, hat noch in jenem Moment andauert, in dem die Ereignisse des 28. Junis der ganzen Welt die grauenhaften Folgen solcher Duldung zeigten.

Es erhellt aus den Aussagen und Geständnissen der verbrecherischen Urheber des Attentats vom 28. Juni, daß der Mord von Sarajewo in Belgrad ausgeheckt wurde, daß die Mörder die Waffen und Bomben, mit denen sie ausgestattet waren, von serbischen Offizieren und Beamten erhielten, die der Narodna Odbrana

angehörten, und daß schließlich die Beförderung der Verbrecher und deren Waffen nach Bosnien von leitenden Grenzorganen veranstaltet und durchgeführt wurde.

Die angeführten Ergebnisse der Untersuchung gestatten es der K. und K. Regierung nicht noch länger die Haltung zuwartender Langmut zu beobachten, die sie durch Jahre jenen Treibereien gegenüber eingenommen hatte, die ihren Mittelpunkt in Belgrad haben und von da auf die Gebiete der Monarchie übertragen werden. Diese Ergebnisse legen der K. und K. Regierung vielmehr die Pflicht auf, Umtrieben ein Ende zu bereiten, die eine beständige Bedrohung für die Ruhe der Monarchie bilden.

Um diesen Zweck zu erreichen, sieht sich die K. und K. Regierung gezwungen, von der serbischen Regierung eine offizielle Versicherung zu verlangen, daß sie die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda verurteilt, das heißt, die Gesamtheit der Bestrebungen, deren Endziel es ist, von der Monarchie Gebiete loszulösen, die ihr angehören, und daß sie sich verpflichtet, diese verbrecherische und terroristische Propaganda mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Um diesen Verpflichtungen einen feierlichen Charakter zu geben, wird die Königlich serbische Regierung auf der ersten Seite ihres offiziellen Organs vom 26./ 13. Juli nachfolgende Erklärung veröffentlichen:

„Die Königlich serbische Regierung verurteilt die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda, das heißt die Gesamtheit jener Bestrebungen, deren Ziel es ist, von der österreichisch-ungarischen Monarchie Gebiete loszutrennen, die ihr angehören, und sie bedauert aufrichtigst die grauenhaften Folgen dieser verbrecherischen Handlungen.

Die Königlich serbische Regierung bedauert, daß serbische Offiziere und Beamte an der vorgenannten Propaganda teilgenommen und damit die freundschaftlichen Beziehungen gefährdet haben, die zu pflegen sich die Königlich serbische Regierung durch ihre Erklärung vom 31. März 1909 feierlichst verpflichtet hatte.

Die Königlich serbische Regierung, die jeden Gedanken oder jeden Versuch einer Einmischung in die Geschicke der Bewohner was immer eines Teiles Österreich-Ungarns mißbilligt und zurückweist, erachtet es für ihre Pflicht, die Offiziere und Beamten und die gesamte Bevölkerung des Königreiches ganz ausdrücklich aufmerksam zu machen, daß sie künftighin mit äußerster Strenge gegen jene Personen vorgehen wird, die sich derartigen Handlungen schuldig machen sollten, Handlungen, denen vorzubeugen und die zu unterdrücken sie alle Anstrengungen machen wird.“

Diese Erklärung wird gleichzeitig zur Kenntnis der Königlich serbischen Armee durch den Tagesbefehl Seiner Majestät des Königs gebracht und in dem offiziellen Organ der Armee veröffentlicht werden.

Die Königlich serbische Regierung verpflichtet sich überdies,

1) jede Publikation zu unterdrücken, die zum Haß und zur Verachtung der Monarchie aufreizt und deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität der letzteren gerichtet ist.

2) sofort mit der Auflösung des Vereins Narodna Odbrana vorzugehen, dessen gesamte Propagandamittel zu konfiszieren und in derselbe Weise gegen die anderen Vereine und Vereinigungen in Serbien einzuschreiten, die sich mit der Propaganda gegen Österreich-Ungarn beschäftigen. Die Königlich serbische Regierung wird die nötigen Maßregeln treffen, damit die aufgelösten Vereine nicht etwa ihre Tätigkeit unter anderem Namen oder in anderer Form fortsetzen.

3) ohne Verzug aus dem öffentlichen Unterricht in Serbien, sowohl was den Lehrkörper als auch die Lehrmittel betrifft, alles zu beseitigen, was dazu dient oder dienen könnte, die Propaganda gegen Österreich-Ungarn zu nähren.

4) aus dem Militärdienst und der Verwaltung im allgemeinen alle Offiziere und Beamte zu entfernen, die der Propaganda gegen Österreich-Ungarn schuldig sind, und deren Namen unter Mitteilung des gegen sie vorliegenden Materials der Königlich serbischen Regierung bekannt zu geben, sich die K. und K. Regierung vorbehält.

5) einzuwilligen, daß in Serbien Organe der K. und K. Regierung bei der Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung mitzuwirken.

6) eine gerichtliche Untersuchung gegen jene Teilnehmer des Komplotts vom 28. Juni einzuleiten, die sich auf serbischem Territorium befinden.

7) mit aller Beschleunigung die Verhaftung des Majors Boja Tankkoscic und eines gewissen Milan Ciganovic, serbischen Staatsbeamten, vorzunehmen, welche durch die Ergebnisse der Untersuchung kompromittiert sind,

8) durch wirksame Maßnahmen die Teilnahme der serbischen Behörden an dem Einschmuggeln von Waffen und Explosivkörpern über die Grenze zu verhindern, jene Organe des Grenzdienstes von Schabatz und Loznica, die den Urhebern des Verbrechens von Sarajewo bei dem Übertritt über die Grenze behilflich waren, aus dem Dienste zu entlassen und streng zu bestrafen,

9) der K. und K. Regierung Aufklärungen zu geben über die nicht zu rechtfertigenden Äußerungen hoher serbischer Funktionäre in Serbien und dem Auslande, die ihrer offiziellen Stellung ungeachtet nicht

gezögert haben, sich nach dem Attentat vom 28. Juni in Interviews in feindlicher Weise gegen Österreich-Ungarn auszusprechen,

10) die K. und K. Regierung ohne Verzug von der Durchführung der in den vorigen Punkten zusammengesetzten Maßnahmen zu verständigen.

Die K. und K. Regierung erwartet Antwort der Königlichen Regierung spätestens bis Sonnabend, den 25. d.M., um 6 Uhr Nachmittags.

Eine Memoire über die Ergebnisse der Untersuchung von Sarajewo, soweit sie sich auf die in Punkt 7 und 8 genannten Funktionäre beziehen, ist dieser Note beigegeben.

Beilage. Die bei dem Gericht in Sarajewo gegen den Gabrilo Princip und Genossen wegen des am 28. Juni d.J. begangenen Meuchelmordes beziehungsweise wegen Mitschuld hieran anhängige Strafuntersuchung hat bisher zu folgenden Feststellungen geführt:

1) Der Plan, den Erzherzog Franz Ferdinand während seines Aufenthaltes in Sarajewo zu ermorden, wurde in Belgrad von Gabrilo Princip, Nedeljko Gabrinovic, einem gewissen Milan Ciganovic und Trifko Grabez unter Beihilfe des Majors Voja Tankkusic ausgeheckt.

2) Die sechs Bomben und vier Browningpistolen, deren sich die Verbrecher als Werkzeuge bedienten, wurden dem Princip, Gabrinovic und Grabez in Belgrad von einem gewissen Milan Ciganovic und dem Major Voja Tankkusic verschafft und übergeben.

3) Die Bomben sind Handgranaten, die dem Waffendepot der serbischen Armee in Kragujevac entstammen.

4) Um das Gelingen des Attentats zu sichern, unterwies Milan Ciganovic den Princip, den Gabrinovic und Grabez in der Handhabung der Granaten und gab in einem Walde neben dem Schießfelde von Topschider dem Princip und Grabez Unterricht im Schießen mit Browningpistolen.

5) Um dem Princip, Gabrinovic und Grabez den Übergang über die bosnisch-herzegowinische Grenze und die Einschmuggelung ihrer Waffen zu ermöglichen, wurde ein ganzes geheimes Transportsystem durch Ciganovic organisiert. Der Eintritt der Verbrecher samt ihren Waffen nach Bosnien und der Herzegowina wurde von den Grenzhauptleuten von Schabatz (Rade Popovic), und Loznica sowie von den Zollorganen Rudivoj Grbic von Loznica mit Beihilfe mehrere anderer Personen durchgeführt.

*

*

*

Berlin war offiziell nicht in die Erstellung der Note involviert. Man betrachtet den Konflikt zwischen Serbien und Österreich als einen lokalen.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9178, Samstag, 25. Juli 1914 – S.4

Die Auffassung in Berliner diplomatischen und politischen Kreisen.

Berlin, 24. Juli. Die österreichisch-ungarische Note wurde vorbereitet und an Serbien abgesendet, ohne daß Rat in Berlin eingeholt worden wäre. Vorläufig sieht man in leitenden politischen Kreisen den Konflikt Österreich-Ungarns mit Serbien nach wie vor als eine Angelegenheit an, an welcher nur die beiden Mächte interessiert sind. Die Bemühungen Deutschlands werden darauf gerichtet sein, jeden Angriff einer dritten Macht fernzuhalten. Sollte dies jedoch nicht gelingen und Serbien von anderer Seite bei seiner eventuellen Weigerung, die berechtigten Forderungen Österreich-Ungarns zu erfüllen, Unterstützung finden, so würde Deutschland seine Reserve aufgeben und in dem Bewußtsein seiner Bündnispflicht sich nachdrücklichst an die Seite seines Bundesgenossen stellen. Bis jetzt liegen keine Anzeichen dafür vor, daß die Macht, die hier in erster Linie in Betracht kommt, Rußland, für Serbien die Kastanien aus dem Feuer holen werde.

*

*

*

Rußland betont, daß es sich von dem serbisch-österreichischen Konflikt angesprochen fühlt und nicht neutral bleiben kann.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9178, Samstag, 25. Juli 1914 – S.9

Eine russische Drohung. Rußland bleibt nicht indifferent.

Petersburg, 24. Juli. Die „Russische Telegraphenagentur“ veröffentlicht folgendes amtliches Communiqué:

Die russische Regierung, lebhaft besorgt durch die überraschenden Ereignisse und durch das an Serbien durch Österreich-Ungarn gerichtete Ultimatum, verfolgt mit Aufmerksamkeit die Entwicklung des Konfliktes, in welchem Rußland nicht indifferent bleiben kann.

* * *

Das serbische Regierungsorgan verbreitet die Meldung, daß die serbische Regierung auf die Forderungen eingehen wolle. – Doch nur vorerst.

Presse - Wiener Abendpost, Nr. 169 - Samstag, 25. Juli 1914 - S.19

Eine Erklärung des serbischen Regierungsorgans.

Belgrad, 25. Juli. Das Regierungsorgan „*Samouprava*“ teilt an leitender Stelle mit, daß die österreich-ungarische Note vorgestern übergeben wurde. Das serbische Leserpublikum erhielt durch die österreichischen und ungarischen Blätter Kenntnis vom Inhalt der Forderungen. **Der Minister des Äußern Serbiens hat schon wiederholt seinen und den Standpunkt seiner Ministerkollegen dargetan, wonach Serbien angesichts seiner großen und wichtigen Interessen aufrichtige und korrekte nachbarliche Beziehungen mit der Monarchie wünscht. Von diesem Wunsche und von der Überzeugung der Notwendigkeit geleitet, diese Beziehungen aufrichtig zu gestalten, wird die serbische Regierung mit Bereitwilligkeit allen jenen Forderungen der österreichisch-ungarischen Regierung entgegenkommen,** durch welche verbrecherischen Taten und Erscheinungen der Unordnung in den Nachbarländern entgegengetreten werden soll, da die Regierung darin die Erfüllung bindender Pflichten, insbesondere der Kulturstaaten erblickt. Die serbische Regierung steht auch heute noch nach der Übernahme der erwähnten Note auf diesem Standpunkte und wird in der angegebenen Richtung alles tun, was sie kann, um mit aufrichtigem Bestreben gegenüber der Monarchie allen Pflichten guter Nachbarschaft zu entsprechen.

* * *

Frankreichs Presse reagiert aggressiv auf die Äußerungen Deutschlands zur österreichischen Note und unterstellt eine deutsche Provokation, indem sie den damaligen Auslöser der „Marokkoaffäre“ nicht in Frankreich sieht. Frankreich ist „friedliebend“.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9178, Samstag, 25. Juli 1914 – S.15

Deutsch-französische Unterhandlungen.

Paris, 25. Juli. Wie das „*Echo de Paris*“ berichtet, erschien gestern nachmittags der deutsche Botschafter, Herr v. Schön, auf dem auswärtigen Amte, wo er dem Justizminister als Vertreter des Minister des Äußeren ein Schriftstück überreichte. Nach der Mitteilung des genannten Blattes soll daſelbe in der Hauptsache folgenden Inhalts sein:

1. Deutschland stimmt der österreich-ungarischen Note in Form und Inhalt zu;
2. Deutschland hofft, daß die Diskussion zwischen Wien und Belgrad beschränkt bleiben wird;
3. wenn eine dritte Macht sich in die Diskussion einmischen würde, so könnte daraus eine schwere Spannung zwischen beiden Mächtegruppen Europas entstehen.

Dazu meint „*Echo de Paris*“, dieser Schritt soll weiter nichts besagen, als daß, wenn Österreich Serbien nicht zerschmettern sollte, man es mit Deutschland zu tun haben würde. Unter dem Vorwande, den Streit zu neutralisieren, würde also die Aussicht auf einen allgemeinen Krieg eröffnet, indem die Trippelentente mit einer gemeinsamen Demütigung bedroht werde. Dieser **neue Agadirstreit** sei ganz im geheimen vorbereitet worden. Noch zu Beginn dieser Woche versuchte eine höhere Persönlichkeit vom Ballplatz in Wien den französischen Botschafter zu beruhigen, indem sie erklärte, daß die österreichische Note in äußerst versöhnlichem Tone gehalten sein werde.

* * *

Die Engländer sind in Serbien aktiv involviert mit einem Militärattache, der von einem unvermeidlichen Krieg spricht.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9178, Samstag, 25. Juli 1914 – S.16

Der englische Militärattache in Belgrad.

Budapest, 24. Juli. Der nach Semlin entsendete Spezialkorrespondent des „*Budapesti Hirlap*“ hat auf seine Reise die Bekanntschaft des nach Belgrad reisenden englischen Gardereitoffiziers Sir Robert Hamilton-Ferguson, den Sohn des Lord Ferguson und Neffen des berühmten Lord Roberts, gemacht. Sir Hamilton-Ferguson ist auch Adjutant des englischen Königs und war im verflossenen Jahr in amtlicher Eigenschaft in Petersburg stationiert. Er begab sich zum Besuche des englischen Gesandten Blakey nach Belgrad und wird im Falle eines Krieges als Militärattache Englands im serbischen Lager sein. Sir Hamilton erklärte dem

Berichterstatte, daß sein Onkel Lord Roberts den Krieg als unvermeidlich betrachte. Was England anbelangt, so sei es in keinem Bündnisverhältnisse, sondern bloß in einer Entente mit Frankreich und England. England wäre bloß dann zur Teilnahme an einem europäischen Kriege verpflichtet, wenn Frankreich von einem anderen Staate angegriffen wird. Sollte aber Frankreich aus eigenem Antrieb, ohne angegriffen worden zu sein, sich in den Krieg stürzen, dann obliegt England keinerlei Pflicht und es würde sich auch nicht in den Krieg mischen.

* * *

Poincare verläßt am 23. Juli Rußland Richtung Schweden.

Presse - Wiener Zeitung - Nr. 171 - Samstag, 25. Juli 1914 - S.6

Der Besuch Poincares.

St.Petersburg, 24. Juli Verspätet eingetroffen (Meldung der St.Petersburger Telegraphen Agentur). Nach dem Diner, das gestern abend an Bord des Panzerkreuzers „France“ stattgefunden hatte und an welchem außer dem Kaiserpaar die Großfürsten und Großfürstinnen sowie die Hof- und Staatswürdenträger teilgenommen hatten, dampfte das französische Geschwader um 10 ½ Uhr abends nach Schweden ab.

* * *

Österreich erhält aus Rußland die Information, daß man um eine Fristverlängerung zur Beantwortung der österreichischen Note ersuchen will. Es wird betont, daß Frankreich und Rußland auf der Seite Serbiens stehen würden.

Presse - Wiener Abendpost, Nr. 169 - Samstag, 25. Juli 1914 - S.17

Die Haltung Rußlands.

London, 25. Juli Das Reutersche Bureau meldet aus St.Petersburg: Der gestrige Ministerrat dauerte fast vier Stunden. Man versichert, Rußland werde unmittelbar intervenieren, indem es Österreich-Ungarn ersuchen wird, die Frist des Ultimatus zu verlängern, um der europäischen Diplomatie Zeit zu geben, ihren Einfluß auszuüben.

Belgrad, 24. Juli. Die Blätter veröffentlichen das folgende Spezialtelegramm des serbischen Preßbureaus aus St.Petersburg: „An maßgebender Stelle wird bekannt, daß der Besuch des Präsidenten der französischen Republik in erster Linie zu einem **Gedankenaustausch zwischen Rußland und Frankreich über die Lage Serbiens sowie zur schärfsten Verurteilung gewisser aggressiven, für den europäischen Frieden gefährlichen Tendenzen Veranlassung gegeben hat, welche so beharrlich in Österreich-Ungarn begünstigt werden.** An Serbien denken dessen Freunde, und sie werden niemand gestatten, es anzurühren. Die gut informierte russische Presse, besonders „Nowoje Wremja“, „Birschewija Wjedomosti“ und „Petersburger Courier“, traten gestern und heute entschieden gegen die Aggressivität der österreichisch-ungarischen Presse und gegen deren abenteuerliche Bestrebungen auf.“

* * *

Man beachte: Die englische Presse nimmt überwiegend für Österreichs Haltung Stellung. – Und denke an die Charakterisierung der Briten.

Presse - Wiener Abendpost, Nr. 169 - Samstag, 25. Juli 1914 - S.17

Zeitungsstimmen.

London, 25. Juli. Mit Ausnahme der „Morning Post“, welche das willkürliche Vorgehen Österreich-Ungarns verurteilt, geben alle Londoner Blätter einschließlich der liberalen der Sympathie für die Monarchie in ihrer Haltung gegenüber einem Staat Ausdruck, der das Zentrum von Umtrieben und Intrigen gegen die territoriale Integrität Österreich-Ungarns gewesen ist, und raten Serbien, sich den Forderungen der Monarchie zu unterwerfen, damit ein europäischer Krieg vermieden werde.

* * *

Man läßt offiziell verlauten, daß Frankreich und Rußland vollkommen in ihren Anschauungen übereinstimmen.

Presse - Wiener Abendpost, Nr. 169 - Samstag, 25. Juli 1914 - S.18

Der Besuch des Präsidenten Poincare.

St.Petersburg, 24. Juli. (Verspätet eingetroffen) Die St.Petersburger Telegraphen Agentur veröffentlicht folgendes Communiqué: Der Besuch, den der Präsident der französischen Republik Sr. Majestät dem Kaiser von Rußland soeben abgestattet hat, hat den beiden befreundeten und verbündeten Regierungen Gelegenheit gegeben, die vollkommene Übereinstimmung ihrer Anschauungen über die verschiedenen Probleme zu konstatieren, vor welche die Sorge um den allgemeinen Frieden und das europäische Gleichgewicht die Mächte, namentlich im Orient, stellt.

* * *

Mutmaßungen über die Einbindung des serbischen Königshauses in den Mord am österreichischen Thronfolger.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9178, Samstag, 25. Juli 1914 - S.17

Wer ist eigentlich „Ciganovic“?

Budapest, 25. Juli. Hinter dem Ausdrucke der Note „ein gewisser Ciganovic“, welcher Ausdruck im ungarischen Texte der Note mit „ein angeblicher Ciganovic“ übersetzt erscheint, vermutet man hier etwas ganz besonderes. In politischen Kreisen richtete man eine Anfrage an die maßgebendste Persönlichkeit, welche erklärte, daß tatsächlich etwas besonderes dahinter stecke. Es existieren sehr bestimmte Anzeichen dafür, daß der Name Ciganovic ein erfundener sei. Es ist auch leicht zu erraten, wer eigentlich hinter diesem Namen steckt. Man munkelt davon, daß es der Major Pribicevic sei; auch davon wurde gesprochen, daß eigentlich Prinz Georg dieser Ciganovic wäre.

* * *

Italiens Presse sieht Rußland am Zug, Serbien zu beruhigen und zur Nachgiebigkeit zu bewegen, und hätte kein Interesse, einen Krieg zu entfesseln, wobei man für Frankreich feststellt, es sei nicht kriegsbereit, den Worten im Senat folgend, falls es nicht eine „Spiegelfechtere“ sei.

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 372- Samstag, 25. Juli 1914 - S.1

Italienische Vorstellungen in Belgrad.

Rom, 24. Juli. Die politischen Kreise Roms geben die Hoffnung nicht ganz auf, daß einerseits Rußland Serbien zur Nachgiebigkeit raten, andererseits Frankreich beruhigend wirken werde. Rußland, so meint man, nehme keinerlei Interesse daran, einen Weltkrieg zu entfesseln, wobei es mindestens schwere innere Gefahren laufe. Frankreich aber sei nicht kriegsbereit, und wenn auch die jüngsten Enthüllungen im Senat vielleicht teilweise nur Komödie und Spiegelfechtere gewesen seien, so stehe doch das ganze Land unter ihrem unheilvollen Eindrucke. Die „Tribuna“ und das „Giornale d' Italia“ betonen die außergewöhnlich ernste Bedeutung der österreichisch-ungarischen Note. Das „Giornale d'Italia“ fürchtet, daß eine schwere internationale Krise eröffnet sei, die dem europäischen Frieden gefährlich werden könne, gibt jedoch dem Wunsche Ausdruck, daß es nicht zu diesem Äußersten kommen möge. Die serbische Regierung müsse sich auf sich selbst besinnen. Die gegen die Politik in Belgrad erhobenen im einzelsten spezifizierten Anklagen hätten unbedingt auf die öffentliche Meinung Europas einen ernstesten Eindruck gemacht. Man müsse hoffen, daß Serbien hierüber Rechenschaft geben werde. „Tribuna“ führt aus: Es wiederhole sich jetzt – vielleicht mit noch ernsterem Charakter – die Situation des vergangenen Jahres, wo die Vermittlungsaktion der Mächte, besonders England und Italiens, einem österreichisch-serbischen Konflikt vorbeugen konnten. Die Vermittlungsaktion sei heute mit nicht minderem Eifer begonnen worden. Italien habe bereits aktiv in Belgrad interveniert, indem es eine versöhnliche Haltung anempfohlen habe, und habe außerdem in Wien und Petersburg analoge Schritte unternommen. Italien habe auch versucht, Rumänien dazu zu bewegen, in Belgrad vorstellig zu werden und zur Ruhe zu raten. Die öffentliche Meinung Italiens gebe sich Rechenschaft von der schweren Gefahr, welche die allserbische Propaganda und die allserbische Bewegung für Österreich-Ungarn darstellten und fände es demgemäß gerecht, daß Serbien die beruhigendsten Zusicherungen geben könne und müsse.

* * *

Frankreich verurteilt das Vorgehen Österreichs gegen Serbien, und die Note spiegele „die Arroganz“ und „Maßlosigkeit“ der österreichischen Forderungen. Man unterstellt Österreich, daß es den Krieg wolle, da Rußland das Vorgehen Österreich nicht hinnehmen werde. – Frankreichs geschickte Ablenkungspolitik.

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 372- Samstag, 25. Juli 1914 - S.1

Französische Angriffe gegen Österreich.

Paris, 24. Juli. Der hiesige österreichisch-ungarische Botschafter Graf Szecsen begab sich heute vormittag in das Auswärtige Amt, wo er vom stellvertretenden Minister des Auswärtigen Bienvenu-Martin empfangen wurde. Der Botschafter hatte um eine Unterredung gebeten. Er überreichte dem Minister die von Österreich-Ungarn Serbien zugestellte Note. Die öffentliche Meinung, soweit sie nicht durch den Caillaux-Prozeß beschäftigt ist, verurteilt das Vorgehen Österreich-Ungarns auf das schärfste. Der „**Temps**“ schreibt: „Die österreichische Note hat in ihrer Arroganz und in der Maßlosigkeit ihrer Forderungen kein Beispiel in der Geschichte. Unter den Forderungen, die Serbien innerhalb 48 Stunden erfüllen soll, ist zum mindesten eine, die Serbien nicht annehmen kann, wenn es nicht auf seine Unabhängigkeit verzichten wolle: es ist diejenige, auf eigenem serbischen Territorium die Mitarbeit österreichisch-ungarischer Organe bei der Untersuchung der umstürzlerischen Bewegung zuzulassen.“ Das Pariser Abendblatt beeilt sich sodann, an Rußlands mächtige Unterstützung zu appellieren und sagt: „Die ist nicht allein für Serbien ernst und schwierig. Die übertriebenen Ansprüche Österreichs müssen in Rußland ein furchtbares Echo erwecken. Seit 1908 hat Rußland einen Beweis seiner Langmut nach dem anderen gegeben. Die Geduldprobe, die man jetzt von ihm verlangt, würde die Form einer Abdankung annehmen. Auf unser Gewissen hin sei gesagt: Wir glauben nicht, daß das russische Volk sich dazu hergeben wird, selbst wenn die Regierung es wollte.“ Das „Journal des Debats“ sieht eine äußerst trübe Zukunft vor sich. Es schreibt: „Dieser Streich übertrifft an Brutalität alles, was man erwarten konnte. Je mehr man den Text der Note liest, um so mehr ist man überzeugt, daß diese Schriftstück nur abgefaßt ist, um Serbien in eine Demütigung ohne Beispiel oder zum Kriege zu zwingen. Und wenn man die Sprache der österreichisch-ungarischen Presse hört, so kann kein Zweifel mehr darüber herrschen, daß man in Wien den Krieg wünscht.“

* * *

Zu einer Zeit, als die österreichische Note noch nicht publik war, habe sich Rußland entschlossen, noch zur Zeit des Besuches Poincares, seine Truppen an der österreichischen Grenze zu verstärken.

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 372- Samstag, 25. Juli 1914 - S.1

Russische Erbitterung gegen Österreich.

Petersburg, 24. Juli. Das österreichische Ultimatum hat hier wie ein Blitz aus heiterem Himmel gewirkt, zumal maßgebende Kreise noch gestern davon überzeugt waren, daß eine Entspannung zu erwarten sei. Im Ministerium des Äußeren hat das Ultimatum tiefen Eindruck gemacht. Man äußert sich sehr erbittert über Österreich, und verschiedentlich wird erklärt, daß Rußland dabei unmöglich teilnahmslos bleiben könne. **Es verlautet, daß Rußland sechs weitere Armeekorps an die österreichische Grenze werfen wolle. Dieser Beschluß soll noch während der Anwesenheit Poincares gefaßt worden sein.**

* * *

Belgrads Regierung steht in ständigem Kontakt mit Rußland und trifft „militärische Vorkehrungen“.

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 372- Samstag, 25. Juli 1914 - S.1

Verhandlungen zwischen Belgrad und Petersburg.

Wien, 24. Juli. Über die Haltung der serbischen Regierung läßt sich zur Stunde kein sicheres Urteil abgeben; es liegen auch keinerlei Äußerungen der Belgrader Presse vor, welchen entnommen werden könnte, ob und in welcher Weise die serbische Regierung auf die österreichisch-ungarischen Forderungen antworten wird. Die serbische Regierung hat sich nach dem Eintreffen Paschtschs in Belgrad sofort mit der russischen Regierung in Verbindung gesetzt und steht in dauernder telegraphischer Verbindung mit der russischen Hauptstadt. Die Frage, ob die serbische Regierung die Bedingungen Österreichs annehmen wird, wird in hiesigen diplomatischen Kreisen verschieden beurteilt. Die heute nach Wien gelangten Meldungen über militärische Vorkehrungen in Belgrad hatten mehrfach zu pessimistischen Betrachtungen Anlaß gegeben.

* * *

Englands Presse sieht die Haltung Österreichs angemessen und erwartet von Serbien entsprechende Antwort. – England versteht es, den Schein zu wahren.

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 372- Samstag, 25. Juli 1914 - S.1

Englische Mahnungen an Serbien. Die „berechtigten“ Forderungen Österreichs.

Von den englischen Blättern äußert sich nach einem Londoner Telegramm die „**Pall Mall Gazette**“ folgendermaßen zu der österreichischen Note: „Die österreichisch-ungarische Note an Serbien zeichnet sich durch die Verbindung von Festigkeit mit Zurückhaltung aus. Es ist unleugbar, daß Belgrad die Pflanzschule der Verschwörung gegen die Ruhe des Nachbarstaates ist. Es ist die Pflicht der serbischen Regierung, sich nicht nur selbst von solchen Machenschaften fernzuhalten, sondern ihnen auch den Schutz ihrer Jurisdiktion zu verweigern. Österreich ist berechtigt, strikte Erfüllung dieser Verpflichtungen zu fordern, und wir erwarten, daß die Antwort auf ihre Aufforderung auf seiten der Regierenden Serbiens die ehrliche Bereitschaft zeigen wird, das Land von dieser Anklage zu reinigen. Die „**Westminster Gazette**“ erklärt zu der Wiener Note: „Wir wissen nicht, welches Maß von Wahrheit in diesen Anschuldigungen enthalten ist, aber sie sind bestimmt, und wenn sie erhärtet werden, handelt es sich nicht allein um die Frage des Asylrechts. Die Beschuldigung ist, daß serbische Beamte direkt darin verwickelt sind und wir können nicht glauben, daß Serbien so schlecht beraten wäre, diese Anklagen nicht mit großer Achtung und Ernst zu behandeln. Wir sagen keineswegs, daß die Anschuldigungen zugegeben werden müssen. Das hängt ab von dem Beweismaterial, über das ein Urteil abzugeben wir nicht in der Lage sind. Wir sagen nur, daß die serbische Antwort notwendig eine ernsthafte Erwiderung auf eine Reihe schwerer Anschuldigungen sein muß. Man hat viel von Rußlands Haltung in dieser Frage gesprochen, aber wenn die in der Note enthaltenen Anschuldigungen substantiiert werden können, so glauben wir nicht, daß die russische Regierung sehr erheblichen Einspruch dagegen erheben dürfte, daß Serbien genötigt wird, Österreich-Ungarn Genugtuung zu geben.“

* * *

Seit 1909 bereitete Serbien die Aktion gegen Österreich, durch das Einschmuggeln von Bomben, vor.

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 372 - Samstag, 25. Juli 1914 - S.2

Die versteckten serbischen Bomben. Wien, 24. Juli. In Fiume verhaftete die Gendarmerie den Sicherheitswachmann Paul Borojewitsch aus Sussak unter dem Verdacht des Hochverrats. Er war zehn Jahre lang Gendarm in Bosnien und soll sich schon damals an der großserbischen Propaganda beteiligt und einer revolutionären Organisation angehört haben. Borojewitsch gab zu, von den in Bosnien gefundenen Bomben gewußt zu haben. Bomben seien schon seit 1909 in großer Zahl nach Bosnien eingeschmuggelt und an verschiedenen Orten versteckt worden, um sie gelegentlich einer Erhebung, die aus verschiedenen Gründen immer wieder hinausgeschoben wurde, zu benützen.

* * *

Rußland verlangt Verlängerung der Frist für Serbien um besser verhandeln zu können – oder Zeit schinden?

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 372 - Samstag, 25. Juli 1914 - S.3

Rußland verlangt Verlängerung der Frist. „Zeit für eine europäische Intervention“ In später Nachtstunde wird über das Ergebnis des gestrigen Ministerrats in Petersburg berichtet.

London, 24. Juli. WTB. Das Reutersche Bureau meldet aus Petersburg: Der heutige Ministerrat dauerte fast vier Stunden. Man versichert, daß Rußland unverzüglich intervenieren und von Österreich-Ungarn verlangen wird, die Frist des Ultimatus hinauszuschieben, um der europäischen Diplomatie Zeit zu geben, ihren Einfluß geltend zu machen.

Das Telegramm sagt vorläufig nichts darüber, in welcher Form Rußland den Wunsch nach einer Verlängerung der Frist für die Erfüllung der österreichischen Forderungen stellen wird.

* * *

Dieses russische Telegramm, auch Depesche genannt, spricht davon, daß England die Situation beruhigend beeinflussen könne. Dies stünde aber nicht in den Zielen Englands – oder?

Telegramm des russischen Außenministers an den Botschafter in London

Geheimes Telegramm des Außenministers an den Botschafter in London. St. Petersburg, 12. /25. JULI 1914- Nr. 1489.

In Anbetracht des gegenwärtigen Verlaufs der Ereignisse ist die Haltung, die England einnehmen wird, von höchster Bedeutung. Solange es möglich ist, einen europäischen Krieg abzuwenden, ist es für England leichter als für irgendeine andere Macht, einen mäßigenden Einfluß auf Österreich auszuüben, da es in Wien als die uneigennützigste der Mächte angesehen wird und daher eine größere Bereitschaft besteht, auf es zu hören. Leider glaubte Österreich nach unseren Informationen am Tage vor der Aktion in Belgrad zu Recht zu hoffen, daß es auf keinen Widerstand Englands stoßen würde, und diese Erwartung beeinflusste bis zu einem gewissen Grade den österreichischen Entschluß. Es ist daher sehr wünschenswert, daß England mit Entschiedenheit und Klarheit zu verstehen gibt, daß es das Vorgehen Österreichs für ungerechtfertigt und für den europäischen Frieden für äußerst gefährlich hält, um so mehr, als es auf friedlichem Wege leicht die Befriedigung derjenigen seiner Forderungen erreichen könnte, die auf Gerechtigkeit beruhen und mit der Würde Serbiens vereinbar sind.

Sollte sich die Lage in einer Weise zuspitzen, die ein entsprechendes Vorgehen der Großmächte erfordert, so verlassen wir uns darauf, daß England nicht zögern wird, sich endgültig auf die Seite Rußlands und Frankreichs zu stellen, um jenes europäische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, für das es in der Vergangenheit stets eingetreten ist und das im Falle eines Sieges Österreichs zweifellos zerbrechen wird.

Sasonow.

How the War Began in 1914, Russische Rote Bücher, Vol. IV 1923; London 1925, S.86f

★

★

★

Die Börse sieht die Situation noch im Schatten der Spannungen von 1909: Serbien Österreich, 1911: der „Panther“ in Agadir, als England sich in die französisch-deutschen Spannungen einmischte mit Kriegsdrohung, 1911: Italiens Tripolis Feldzug, 1912 und 1913 die Balkankriege. Man geht von der Lösung des aktuellen Serbien-Konfliktes aus.

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 372 - Samstag, 25. Juli 1914 – S.9

Die Börsen und die Kriegsbefürchtung.

Ein Kurssturz, wie er an der gestrigen Berliner Börse zu beobachten war, gehörte leider in den letzten Jahren nicht zu den Seltenheiten. Wiederholt traten im Laufe der Zeit politische Ereignisse ein, die die Börsen stark beunruhigten: Im Jahre 1908 brach die Revolution in der Türkei aus, und die Frage, ob das Jungtürkische Komitee die Oberhand behalten würde, beherrschte lange Zeit die Gemüter. Einen viel stärkeren Eindruck macht die im gleichen Jahre seitens Österreich-Ungarns vollzogene Annexion von Bosnien und Herzegowina, die eine scharfe Mißstimmung zwischen Serbien und Österreich hervorrief. Die Spannung zwischen diesen beiden Ländern hat seit jener Zeit niemals mehr ganz nachgelassen, und sich zeitweise, namentlich während des Jahres 1909, derartig zugespitzt, daß man schon wiederholt an den Ausbruch eines Krieges glauben mußte. Im Jahre 1911 wurde die Ruhe der Börsen dadurch gestört, daß am 1. Juli die Entsendung des „Panther“ nach Agadir bekannt gegeben wurde. Die Aufregung, die hierüber an den europäischen Effektenmärkten entstand, hielt fast während des ganzen Jahres 1911 an, und erreichte ihren Höhepunkt, als die deutsch-französischen Verhandlungen wegen der Kompensationen für Marokko ins Stocken gerieten und sich England in die Erörterungen hierüber einmischte. Ebenfalls im Jahre 1911 begann Italien seinen Feldzug gegen Tripolis, und damit war das Signal zu einer Aufteilung der europäischen Türkei gegeben. Das letzte Viertel des Jahres 1912 und ein großer Teil des Jahres 1913 standen völlig unter dem Eindruck der Balkankriege, in deren Verlauf auch die nicht beteiligten Länder zu besonderen Vorbereitungen schritten. In der neuesten Zeit haben noch die Nachwirkungen des Balkankrieges, die zu verschiedenen Reibereien führten, und im besonderen die albanische Frage wiederholt das Gleichgewicht der Börsen gestört, und nunmehr steht der österreichisch-serbische Konflikt vor der Lösung.

★

★

★

Man vermutet, daß Rußland „beschlossen habe, das befreundete Serbien mit Waffengewalt zu schützen und kriegerische Maßnahmen gegen Österreich-Ungarn zu ergreifen. Und Berlin sieht alles mit rosigen Augen.

Österreich gegen Aufschub und Einmischung. – Die Situation.

Die österreichische Regierung läßt durch das K.K. Wiener Korrespondenzbureau erklären, daß sie jede Einmischung einer dritten Macht ablehne. Sie will offenbar auch unter keinen Umständen die Frist, die sie in ihrem Ultimatum der serbischen Regierung gestellt hatte, hinausschieben lassen. andererseits ist es bisher nicht wahrscheinlich, daß die serbische Regierung bis zu dieser Frist, das heißt bis heute abend sechs Uhr, die österreichische Note beantworten wird. Man hat sich in Belgrad offenbar dahin entschieden, das österreichische Ultimatum, dessen Bedingungen unannehmbar erscheinen, überhaupt unbeantwortet zu lassen. So ist damit zu rechnen, daß der österreichische Gesandte in Belgrad noch heute abend seine Pässe verlangen und abreisen wird. Gleichzeitig dürfte dann in Österreich-Ungarn die Mobilisierungsorder veröffentlicht werden. Der Einmarsch der österreichischen Truppen in Serbien wäre sehr bald zu erwarten. Eine lange Depesche des **Petersburger „Times“-Korrespondenten** schildert die außerordentliche Aufregung, die tatsächlich in den leitenden russischen Kreisen herrscht, und spricht auch von sehr ernstesten Beschlüssen, die angeblich bereits gefaßt worden seien. **Das soll offenbar besagen, daß die russische Regierung beschlossen habe, das befreundete Serbien mit Waffengewalt zu schützen und kriegerische Maßregeln gegen Österreich-Ungarn zu ergreifen.**

In unterrichteten Berliner Kreisen bezweifelt man einstweilen, daß solche weittragenden Entscheidungen, deren Konsequenzen kaum absehbar wären, wirklich vorliegen. Man hat hier, was ganz selbstverständlich ist, andauernd den dringenden Wunsch, jede Ausbreitung der Kriegsgefahr zu verhindern und aus diesem Grunde ist auch, wie weiter unten in einem Pariser Privattelegramm gesagt wird, der deutsche Botschafter in Paris, Freiherr v. Schoen, beauftragt worden, der französischen Regierung mitzuteilen, daß Deutschland das österreichische Vorgehen billige, und daß es beim Eingreifen einer dritten Macht seine Bündnispflicht erfüllen müsse.

Der Reichkanzler, Herr v. Bethmann Hollweg, kehrt, wie wir hören, infolge der politischen Lage heute abend nach Berlin zurück. Eine vorzeitige Rückkehr des Kaisers ist bisher nicht beschlossen worden, aber es ist natürlich möglich, daß der Kaiser nach Beginn der militärischen Aktion seine Reise unterbrechen wird.

* * *

Offizielles Ersuchen Rußlands, die Frist zur Abgabe einer Antwort auf die österreichische Note zu verlängern, wird abgelehnt.

Österreich gegen Aufschub und Einmischung. – Die russische Intervention abgelehnt.

Wien, 25. Juli, 3 Uhr nachmittags. Heute mittag erschien der russische Botschafter Prinz Kudaschew im Ministerium des Auswärtigen und überreichte das Ersuchen Rußlands, die an die serbische Regierung gestellte Frist zu verlängern. Das Ersuchen wurde in höflicher, aber entschiedener Weise abgelehnt.

* * *

Österreich bereitet sich auf den Krieg gegen Serbien vor.

Österreich gegen Aufschub und Einmischung. – Das 8. und das 9. Korps marschbereit.

Prag, 25. Juli. Die Militärbehörden ordneten die Bewachung strategisch wichtiger Punkte durch Gendarmerie und Truppen an. Falls es zum Kriege kommt, sollen als erste Korps morgen (Sonntag) die böhmischen Korps 8 und 9 ausziehen.

Es sind bereits auf allen böhmischen Bahnen Vorbereitungen für den Mobilisierungsfall getroffen. Das gesamte Bahnpersonal wurde vom Urlaub zurückberufen und angewiesen, sich aus dem Stationsrayon nicht zu entfernen. Zugleich wurden die Waggonbestellungen sistiert. Mittels vertraulichen Erlasses des Eisenbahnministeriums, der auf eine Aufforderung des Kriegsministeriums hinweist, wurde die „Kriegslinie“, das ist eine besondere Leitung für Telegramme und Telefongespräche, die direkt zwischen den Direktionen und dem Ministerium läuft und von eigens hierzu ausgebildeten Beamten bedient wird, eingerichtet. Für Sonntag ist das gesamte **Personal aller Bahnen zum Permanenzdienst** einberufen worden.

* * *

Der deutsche Botschafter in Paris, von Schoen, informiert über die deutsche Haltung. Paris wartet auf Poincare, der in Schweden weilt. Man befürchtet „mit in den Strudel“ hineingezogen zu werden und macht Österreich für einen eventuell ausbrechenden Krieg verantwortlich, der im Grunde eine Sache zwischen Serbien und Österreich, also ein lokaler Konflikt, ist. –

Frankreich kann nicht an irgend einer europäischen Situation verantwortlich sein, doch nicht die „Grande Nation“! Das sind nur die anderen, die die friedliche Situation Europas stören und den „Seelenfrieden“ Frankreichs.

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 373 - Samstag, 25. Juli 1914 – S.1

Österreich gegen Aufschub und Einmischung. –

Bekanntgabe des deutschen Standpunktes an Frankreich.

Paris, 25. Juli. Das „Echo de Paris“ meldet an der Spitze seines Blattes, daß der deutsche Botschafter gestern am Quai d’Orsay vorsprach und eine längere Unterhaltung mit Herrn Bienvenu-Martin hatte. Das Blatt glaubt zu wissen, Herr v. Schoen habe dem französischen Minister eine Note überreicht, in der folgendes erklärt werde:

1. Die deutsche Regierung billigt vollkommen die Note, die Österreich an Serbien gerichtet hat.
2. Die deutsche Regierung hofft, daß die Diskussion zwischen Wien und Belgrad lokalisiert bleibe.
3. Die deutsche Regierung macht darauf aufmerksam, daß, wenn eine dritte Macht in die Diskussion eintreten würde, sich daraus ein große Spannung zwischen den zwei großen Mächtegruppen in Europa entwickeln könnte.

Dagegen meldet der „Petit Parisien“, daß Frankreich und Rußland schon gestern morgen Schritte unternommen haben, um den Frieden zu sichern. Mit einem Schlage erkennt man hier den Ernst der Lage und das Geschwätz über die intimen Briefe der Frau Gueydan beginnt nachzulassen. Die Rente ist gestern unter 80 gesunken, ein Tiefstand, den sie seit Jahrzehnten nicht erreicht hat.

Man erzählt sich, daß Herr Viviani, der Minister des Äußeren und Ministerpräsident, der heute früh im Gefolge des Präsidenten Poincare in Stockholm eintrifft, seine Reise unterbrechen werde. Sicher ist, daß der Stellvertreter des Ministerpräsidenten Bienvenu-Martin alle Telegramme und den Wortlaut der Note nach Stockholm gemeldet. Heute wird es sich entscheiden, ob Viviani direkt nach Paris zurückkehrt, oder ob er zusammen mit Herrn Poincare nach Christiania und Kopenhagen reisen wird. Die Stimmung ist hier sehr ernst, doch gibt man noch nicht alle Hoffnung auf.

Der „Matin“ erklärt, das Ausland wünscht, Österreich-Ungarn möge seine Aktion noch verschieben, damit die Mächte Zeit hätten, das Schriftstück, das ihnen gestern überreicht wurde, genau zu studieren. Eine Lösung von gesunder Vernunft, zu der Europa sich finden müsse.

Die „Action“ nennt das Vorgehen Österreich-Ungarns eine unqualifizierbare Herausforderung, und sie fügt hinzu, ein Punkt sei ganz klar: genau wie im Augenblick der Annexion Bosniens und der Herzegowina unterstütze Deutschland auch jetzt die schauderhaften Präntentionen Österreichs. Deutschland billige die flagrante Verletzung des Souveränitätsrechtes, zu der sich Österreich unter Verletzung aller internationalen Gebräuche habe hinreißen lassen. Die günstigste Hypothese für den europäischen Frieden wäre, wenn Serbien in gewissen Punkten nachgebe und über die unannehmbaren Artikel eine Diskussion Vorschläge, die Wien nicht zurückweisen könnte. Dagegen würde die Lage eine Gefährlichkeit ohne Beispiel zeigen, wenn Belgrad a priori jede Unterhandlung zurückwies. In diesem Falle würde der Vertrag von Bukarest in Wirksamkeit treten. Alle Balkanstaaten würden in einen dritten Krieg hineingezwungen und Rußland stände vor einem Dilemma, das so ernst ist, daß man seine Alternative kaum auszusprechen wagt.

Die radikale „Lanterne“ fordert Serbien unumwunden auf, Widerstand zu leisten. „So sehr man den Frieden liebt“, so schreibt das Blatt, „so gibt es doch Stunden, wo man sich zu der Gewalt entschließen muß, um der Gewalt zu begegnen. In solchen Stunden ist der Krieg die heiligste aller Pflichten.“ Auch **George Clemenceau** hält den Konflikt für unvermeidlich. „Wenn Serbien“, so meint er in seinem „**Homme Libre**“, sich auf die österreichischen Vorschläge einläßt „würde es dem Kabinett von Wien ein unbegrenztes Feld der Interventionsmöglichkeit einräumen. Noch unmöglicher wäre es, die von Österreich geforderte Ausschließung aller serbischen Offiziere zu bewilligen, die des serbischen Nationalismus verdächtig sind. Wenn eine Regierung wie die in Wien einen so ernsten Entschluß faßte, und zwar nach einer so langen Zeit der Überlegung, so kann man sicher sein, daß alle Wege der Vermittlung geschlossen sind.“

Jaures erklärt in der „**Humanite**“: „Wenn Österreich den Beweis bringt, daß Serbien wirklich gegen die Existenz der Doppelmonarchie gearbeitet hat, so wird ganz Europa fordern, daß das Königreich alle Garantien gibt, die mit seiner nationalen Existenz vereinbar sind. Wenn aber Österreich mehr verlangt, so übernimmt es die Verantwortlichkeit, einen Krieg zu entfesseln, der ganz Europa in die größte Katastrophe stürzen könnte.“

Der Führer des französischen Sozialismus fügt dann ebenso wie Clemenceau bittere Betrachtungen über das Regime hinzu. „Wann werden die Franzosen,“ so schreibt er, „die wir vielleicht mit in den Strudel gerissen werden sollen, bei uns eine Regierung haben? Unser Präsident reist umher; unser Ministerpräsident und Minister des Äußeren ist auch auf Reisen. Vielleicht wird der Krieg ausbrechen, während alle entscheidenden Persönlichkeiten außerhalb des Landes sind. Ich nehme an, daß unsere Gebieter in Petersburg nichts von dem Schlage gewußt haben, der sich vorbereitete.“

*

*

*

In der englischen Presse empfiehlt man u.a. Rußland, mäßigend und zum Nachgeben auf Serbien einzuwirken.

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 373 - Samstag, 25. Juli 1914 - S.2

Österreich gegen Aufschub und Einnischung. – Englische Stimmen für den österreichischen Standpunkt.

Zu der Wiener Note schreibt nach einem Londoner Telegramm heute die „**Daily Chronicle**“: „Die österreichische Note ist ernst, aber kaum ernster, als die begründete Selbstverteidigung der Doppelmonarchie erfordert. Die serbischen Agitatoren und Komitatschis haben mit Zustimmung der gesamten regierenden Klasse in Bosnien etwa dieselbe Kampagne gegen Österreich-Ungarn geführt, die alle Balkanvölker in Mazedonien gegen die Türkei führten, aber die Türkei war notorisch ein „kranker Mann“, und von einer Großmacht wie Österreich-Ungarn müsse man Widerstand gegen ein solches Verfahren erwarten. Österreich könne etwas derartiges von einem Nachbarstaat nicht dulden, ohne seine Würde und Existenz zu gefährden. Seine Forderungen seien außerdem von der Versicherung begleitet, daß sie auf keinen Falle die Integrität des serbischen Territoriums beeinträchtigen wollen. Wenn die politische Existenz Serbiens auf dem Spiel stände, würde Rußland sicher in den Krieg gehen, aber das Blatt glaubt, daß Rußland die Frage nicht in diesem Licht sehen würde. Serbien habe eine schlechte Sache, und Rußland, noch viel weniger wie die anderen Mächte der Tripleentente, könne seinen Standpunkt vertreten. Rußland tät am besten, Serbien zum Nachgeben zu raten, während es über Österreichs Verpflichtungen wachte, das Land nicht zu annektieren. Wenn die Mächte der Tripleentente darüber hinaus eingriffen, so müßten sie die Fehler von 1909 vermeiden, wodurch sie in Serbien die Hoffnung erweckten, mehr zu erreichen, als es erreichen konnte, und wodurch die Krise unnötig hinausgezogen würde.“ –

„**Daily News**“ sagen, Österreichs Forderungen enthielten nichts, was wirklich unerträglich wäre. Seine Entrüstung sei natürlich und nicht ungerecht, und Serbien täte am besten, sich prompt zu unterwerfen. Verhandlungen könnten später folgen. –

Die „**Times**“ schreiben: „Alle, denen der allgemeine Frieden am Herzen liegt, müssen ernstlich hoffen, daß Österreich-Ungarn in der Note an Serbien nicht sein letztes Wort gesprochen hat. Wenn dies doch der Fall ist, dann stehen wir am Rand des Krieges, und zwar eines Krieges, der für alle Großmächte unberechenbare Gefahren im Gefolge hat.“ Das Blatt gibt Tatsachen und Ziele der großserbischen Agitation zu, sowie daß die serbische Regierung sie nicht unterdrückt habe, und daß ein Nachbarstaat an sich berechtigt sei, hierauf mit einer Kriegsdrohung oder mit einem Kriege zu antworten. Aber eine Macht, die von diesem Rechte Gebrauch machen will, kann nicht erwarten, daß die Gerechtigkeit ihrer Aktion von anderen anerkannt werde, bis sie sie durch etwas mehr als bloße Behauptung erhärtet. Außerdem nehme die kurze Frist des Ultimatums Serbien jede Gelegenheit, sich zu verteidigen. –

Der „**Daily Telegraph**“ schreibt, daß Österreich-Ungarn in keinem Falle von einem Kriege Vorteil haben würde, denn wenn er erfolgreich wäre, so würde sein Vorteil zweifelhaft sein, während sein erfolgloser Ausgang unheilvolle Wirkungen haben würde. Andererseits, sagt das Blatt, ist es die serbische Regierung sich selbst schuldig, ihre Ehre von der Anklage der Mitschuld an der Mordtat zu reinigen, und das Blatt zweifelt nicht, daß diese Verpflichtung vollkommen anerkannt und erfüllt werden würde. Zweifelsohne sei die Spannung zwischen Österreich und Serbien äußerst akut. Aber ihre gespannten Beziehungen haben noch nicht zum Bruch geführt und Europa ist zu sehr an der Frage interessiert, als daß es nicht die äußersten Anstrengungen machen würde, um den Ausbruch eines neuen, vielleicht noch verhängnisvolleren Konfliktes auf dem Balkan zu vermeiden. –

„**Daily Graphic**“ sagt: „Keine der Großmächte, auch nicht Rußland, will in diesem Augenblicke einen Krieg, daher wünscht keine ein Opfer für den brandstifterischen Staat zu bringen, der nicht nur einem unentschuldbaren Verbrechen Vorschub geleistet hat, sondern auch eine beständige Drohung für den territorialen status quo im Orient ist.“ –

Die „**Morning Post**“ schreibt: Die Forderungen Österreichs sind ohne Präzedenz und bedeuten einen Verzicht Serbiens auf seine Souveränität und Unabhängigkeit. Andere Staaten mögen Serbien zum Nachgeben

raten, aber zum Widerstande könnte keine fremde Regierung raten, wenn sie nicht bereit wäre, zum Beistand Serbiens zu handeln. Das ganze Verfahren macht den Eindruck einer Herausforderung Österreichs, als eines Mitgliedes des Dreibundes an andere Mächte oder eine Herausforderung an den Zweibund, die England zwingt, sich zu entscheiden, ob es an der europäischen Politik wieder teilnehmen will oder nicht.

Die „Daily Mail“ sagt: Wenn Österreich Rußlands Forderung auf Verlängerung der Frist ablehnt, würde der Konflikt nicht lokalisiert bleiben, sondern die Tripleentente würde dem Dreibund gegenüberstehen.

* * *

Belgrad harrt der Dinge und erwartet den Einmarsch Österreichs

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 373 - Samstag, 25. Juli 1914 – S.4

Belgrad in Erwartung des österreichischen Einmarsches.

Budapest, 25. Juli. (WTB) Die Blätter melden aus Belgrad: Es verlautet, der Thronfolger stehe auf dem Standpunkt, eine friedliche Lösung herbeizuführen, was unter den Mitgliedern der Regierung und der Armee große Erbitterung hervorgerufen habe. Es verlautet ferner, daß Paschtsch in den Mittags-, spätestens in den Nachmittagsstunden die Antwort auf die Note erteilen (?) werde. Ferner melden die Blätter vom 24. Juli aus Belgrad, daß die Erregung in der Stadt ins Maßlose gestiegen sei. In diplomatischen Kreisen werde der Krieg für unvermeidlich erklärt. Man will bereits wissen, daß die Beantwortung der Note nicht erfolgen werde. Die Belgrader Garnison soll bereits zurückgezogen werden, die Orders für die Truppen soll dahin gehen, daß sie sich in das Landesinnere zurückziehen hätten. Man erwartet den vollständig widerstandslosen Einmarsch der österreichischen Truppen. Die serbische Regierung hofft, daß die Intervention der Mächte in Österreich-Ungarn erst dann beginnen werde, wenn die österreichischen Truppen Belgrad besetzt hätten.

* * *

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 373 – Sonnabend, 25. Juli 1914 – Abend – S.1

Serbische Kriegsvorbereitungen.

Belgrad, 25. Juli. Große Kriegsvorbereitungen werden in ganz Serbien getroffen. Den Militärflichtigen ist es verboten, das Land zu verlassen. Die Belgrader Garnison selbst wird, wie es heißt, keine Verteidigungsstellung beziehen, sondern in dem Augenblick, wo die österreichischen Donaumonitorer vor Belgrad erscheinen, soll in der Stadt die weiße Fahne gehißt und Belgrad vollständig geräumt werden. Die schweren Haubitzenformationen werden nach Novibazar gebracht, wo die Drinadivision bereits mobilisiert wird. An der bosnischen Grenze werden die Festungsbauten in Stand gebracht. Die Donaudivision ist ebenfalls konzentriert. Das Oberkommando ist bereits nach Valenjo übersiedelt. Zum Oberkommandanten dieser Division wurde General Jankowitsch, der Präsident des „Narodna Odbrana“ deren Auflösung Oesterreich verlangt, ernannt. Diese Ernennung erregt das größte Aufsehen. Heute früh wurden Transportwagen mit versiegelten Kisten der Nationalbank aus der Stadt geführt; wie es heißt soll der Metallschatz in das Innere des Landes gebracht worden sein. Die Belgrader Zeitungen erklären heute, Serbien könne sich auf seine Freunde vollkommen verlassen, Oesterreich-Ungarn werde es sich bei Berücksichtigung dieses Umstandes nochmals überlegen, einen Weltkrieg heraufzubeschwören.

* * *

Man sieht den Konflikt sich ausweiten, durch die Ermunterung Serbiens durch Rußland, keine befriedigende Antwort zu erteilen.

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 373 - Samstag, 25. Juli 1914 – S.4

Für und wider die russische Intervention.

Petersburg, 25. Juli. (WTB) „Rjetsch“ schreibt: Augenscheinlich ist sich die russische Diplomatie des Ernstes der Lage nicht ganz bewußt. Es ist nicht zu bezweifeln, daß Serbien nach der russischen Note eine nicht völlig befriedigende Antwort geben wird und daß eine Ermunterung Serbiens bereits erfolgt ist, so daß **ein Teil der Verantwortung für die Folgen Rußland zufällt**. Das österreichisch-ungarische Ultimatum ist eine Quittung für die prahlerischen Depeschen des Pariser „Matin“. Die einzige Möglichkeit für die Tripleentente eine Hineinziehung in den Konflikt zu vermeiden, bleibt die Lokalisierung der serbischen Frage und die Vermeidung jeder Ermunterung Serbiens. **Das „Nowoje Wremja“ behauptet im Preßbureau des Auswärtigen Amtes sei den Journalisten gesagt worden, daß Rußland sich an die Seite Serbiens stelle, das unverdient einen schweren Schlag erhalten habe. In einem Leitartikel bezeichnet das Blatt die Forderungen der österreichisch-**

ungarischen Note als absolut unerfüllbar, und daß das Ultimatum als eine gegen Rußland gerichtete Provokation, auf die Rußland nicht nur in Worten, sondern in Taten antworten werde.

* * *

Man vermutet, daß die Türkei und Bulgarien sich Österreich anschließen würden.

Telegramm des russischen Außenministers

12. Juli 1914. [25.Juli] Nr. 1496. Geheimes Telegramm des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten an den Botschafter in Konstantinopel, an die Minister in Sofia und Bukarest und an den Geschäftsträger in Athen,

Aus einer geheimen, vertrauenserweckenden Quelle geht hervor, daß offenbar Verhandlungen zwischen der Türkei, Bulgarien und Österreich über eine mögliche Teilnahme der beiden erstgenannten an dem bevorstehenden Konflikt im Gange sind. Bitte seien Sie so gut, sich diese Information nach Möglichkeit bestätigen zu lassen und diese Frage sorgfältig zu verfolgen.

Zusätzliche Anweisungen für Bukarest und Athen.

. . und machen Sie die Regierung, bei der Sie akkreditiert sind, vertraulich darauf aufmerksam.

Sazonow.

How the War Began in 1914, Russische Rote Bücher, Vol. IV 1923; London 1925, S.88

* * *

„Sollte wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden hohen Kontrahenten eines der beiden Reiche von seiten Rußlands angegriffen werden, so sind die hohen Kontrahenten verpflichtet, einander mit der gesamten Kriegsmacht ihrer Reiche beizustehen und demgemäß den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen.“

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 372 – Sonnabend, 25.Juli 1914 – Morgen – S.1

Der Bündnisfall.

Kaiser Franz Joseph vollendet am 18. August sein 84. Lebensjahr. Er trägt sicher kein Verlangen, über seine Völker einen blutigen Krieg zu verhängen und in seinem ehrwürdigen Alter waghalsige Abenteuer zu unternehmen. Wenn er dennoch seine Einwilligung zur Absendung der Note an Serbien erteilt hat, in der Gewißheit, daß bei ihrer unzureichenden Erledigung die Kanonen sprechen müssen, so ist das ein Beweis, daß die Machthaber der Habsburgischen Monarchie unter dem Druck einer unabweislichen Notwendigkeit zu handeln glauben. Sie sehen ihr Reich dem Zerfall preisgegeben, wenn sie den feindseligen Wühlereien nicht ein für allemal ein Ende machen. Und sie hoffen, „sich in vollem Einklang mit den Gefühlen aller gesitteten Nationen zu befinden, die nicht zugeben können, daß der Königsmord zur Waffe wird, deren man sich ungestraft im politischen Kampf bedienen darf, und daß der Friede Europas unausgesetzt durch Umtriebe gestört wird, die von Belgrad ausgehen.“ So heißt es in der Mitteilung an die Mächte.

Wie die Mächte diese Mitteilung aufnehmen, ist von weittragender Bedeutung. Serbien müßte von allen guten Geistern verlassen sein, wenn es etwaige Ratschläge der fremden Regierungen, die österreichischen Forderungen anzunehmen, in den Wind schlüge. Der Ton der Note mag ungewöhnlich sein, das Verlangen der Habsburgischen Monarchie, innerhalb eines fremden Staates an amtlichen Untersuchungen mitzuwirken, mag das Selbstgefühl der Serben verletzen. Aber außerordentliche Verhältnisse rechtfertigen außerordentliche Mittel. Und von allem abgesehen, was in der Anklageschrift des Grafen Berchtold enthalten ist, fällt die Tatsache ins Gewicht, daß Serbien die Ermordung des Königs Alexander und der Königin Draga ungesühnt, die notorischen Mörder unverfolgt, unbestraft und in öffentlichen Aemtern und Würden gelassen hat und daher nicht behaupten kann, eine ausländische Regierung müsse zu den serbischen Behörden das Vertrauen haben, daß sie jeder Verletzung des Gesetzes streng und rücksichtslos entgegentreten und allen, die an den Greuelthaten on Sarajewo mitschuldig sein sollten, das verdiente Schicksal bereiten werden. Nein dieses Vertrauen hat Serbien durch seine frühere Behandlung der Königsmörder verwirkt und die Forderung Oesterreich-Ungarns verursacht, durch eigen Beamte an der Untersuchung teilnehmen zu dürfen.

Ob darum Serbien einem einmütigen Rat der Großmächte, den österreichischen Forderungen nachzugeben und damit dem Krieg vorzubeugen, folgen würde, so verhängnisvoll und unsinnig auch die Weigerung in diesem Fall wäre steht dahin. Man weiß aber ebensowenig, ob eine solche Einmütigkeit Europas vorhanden ist. In Belgrad hat man bisher auf die Unterstützung Rußlands gehofft, sei es, daß man sich auf vermeintliche Zusagen stützte, sei es, daß man darauf rechnete, die Ereignisse würden das Zarenreich zwingen,

schützend seine Hand über Serbien zu halten. Indessen mit der Möglichkeit eines Krieges zwischen Serbien und der Habsburgischen Monarchie hat man sich allgemach einigermaßen abgefunden. Man wünscht noch in den letzten Stunden eine Wendung zum Guten, aber man hat begonnen, sich auf die ungünstige Entscheidung einzurichten. Weit wichtiger ist die Frage, ob der Krieg, soll er einmal ausbrechen, auf seinen ursprünglichen Schauplatz begrenzt oder ob andere Mächte in Mitleidenschaft gezogen werden sollen, in erster Reihe das Deutsche Reich.

Die deutsche Regierung hat wiederholt ihre Bündnistreue versichert. Träte der Bündnisfall ein, so käme sie sicherlich ihren vertragsmäßigen Verpflichtungen nach. Welche Verpflichtungen sind das? Der deutsch-österreichische Bündnisvertrag vom 7. Oktober 1879 ist am 3. Februar 1888 veröffentlicht worden. In der Einleitung erklären die Monarchen, daß sie für die Sicherheit ihrer Reiche und die Ruhe ihrer Völker unter allen Umständen zu sorgen und deshalb „einen Bund des Friedens und zu gegenseitiger Verteidigung“ zu knüpfen beschlossen haben.

Artikel I. lautet:

„Sollte wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden hohen Kontrahenten eines der beiden Reiche von seiten Rußlands angegriffen werden, so sind die hohen Kontrahenten verpflichtet, einander mit der gesamten Kriegsmacht ihrer Reiche beizustehen und demgemäß den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen.“

Danach wäre also für Deutschland der Bündnisfall gegeben, sobald Rußland Oesterreich-Ungarn angreift. Der Artikel II nimmt den Fall an, daß Deutschland oder Oesterreich-Ungarn in Krieg mit einer anderen Macht als Rußland verwickelt würde. Hier werden Verpflichtungen nur aufgestellt, sofern der Verbündete angegriffen wird, nicht sofern er angreift. Wird der Verbündete von einer dritten Macht angegriffen, so hat der andere Kontrahent dem Angreifer nicht nur nicht beizustehen, sondern „mindestens eine wohlwollende neutrale Haltung gegen den hohen Mitkontrahenten zu beobachten.“

Dann fährt der Artikel fort:

„Wenn jedoch in solchem Falle die angreifend Macht von Seite Rußlands, sei es in Form einer aktiven Kooperation, sei es durch militärische Maßnahmen, welche den Angegriffenen bedrohen, unterstützt werden sollte, so tritt die in Artikel I dieses Vertrages stipulierte Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht auch in diesem Fall sofort in Kraft, und die Kriegsführung der beiden hohen Kontrahenten wird auch dann eine gemeinsame bis zum gemeinsamen Friedensschluß.“

Das heißt: 1) Angenommen, Oesterreich ist Serbien gegenüber der angreifende Teil, und Rußland schickt Truppen gegen die österreichische Grenze vor, ohne gegen Oesterreich die Feindseligkeiten zu eröffnen, so hat Deutschland keine Verpflichtung zum Eingreifen. 2) Angenommen, Serbien ist der angreifende Teil, und Rußland unterstützt es durch militärische Maßnahmen, die Oesterreich bedrohen, so hat das Deutsche Reich sofort der Habsburgischen Monarchie mit voller Heeresmacht beizustehen.

Es kommt also überall wesentlich darauf an, wer angreift. **Dieser Begriff aber ist in der Politik wie im Völkerrecht streitig. Wiederholt ist der Satz aufgestellt worden, nicht der sei der Angreifer, der den Krieg erklärt, sondern wer die Fortdauer des Friedens unmöglich macht.**

*

*

*

Rußland will eindeutig den Krieg, die Voraussetzungen, seinen langgehegten Wunsch im Verbund mit Frankreich in die Realität umzusetzen, sind da, wenn Österreich Serbien den Krieg erklärt. Wenn Rußland gegen Österreich Krieg führt, und damit der Bündnisfall für den deutsch-österreichischen Vertrag eintritt, wird sich laut russisch-französischem Bündnis, Frankreich hinzugesellen, und wenn Frankreich im Kampf gegen Deutschland sein wird, tritt automatisch England mit Frankreich, gemäß dem Entente-Bündnis in Aktion gegen Deutschland. Die Entente erhält, was sie sich schon lange gewünscht.

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 372 – Sonnabend, 25. Juli 1914 – Morgen – S.1

Rußland interveniert.

Petersburg, 24. Juli. Das amtliche Organ veröffentlicht folgendes Communiqué: Die kaiserliche Regierung, lebhaft besorgt durch die überraschenden Ereignisse und durch das an Serbien durch Oesterreich-Ungarn gerichtete Ultimatum, verfolgt mit Aufmerksamkeit die Entwicklung des österreichisch-serbischen Konfliktes, in welchem Rußland nicht indifferent bleiben kann.

London, 24. Juli. Das Reutersche Bureau meldet aus Petersburg: Der heutige Ministerrat dauerte fast vier Stunden. Man versichert, daß Rußland unverzüglich intervenieren und von Oesterreich-Ungarn verlangen

wird, die Frist des Ultimatums hinauszuschieben, um der europäischen Diplomatie Zeit zu geben, ihren Einfluß geltend zu machen.

* * * * *

Keine der vielen Meldungen des gestrigen Tages erreicht an Wichtigkeit und Ernst den Inhalt des obigen Telegramms. Oesterreich hat den dringenden Wunsch und die entschlossene Absicht, seinem serbischen Gegner Aug' in Aug' gegenüber zu stehen. Das Spiel und Gegenspiel der Annexionskrise soll sich nach Oesterreichs Willen nicht wiederholen. Mit vollem Vorbedacht hat Oesterreich daher der serbischen Regierung die kurze Frist von nur 48 Stunden gestellt. Dadurch soll verhindert werden, daß Serbien Zeit gewinne, sich an die ihm freundlich gesinnten Großmächte anzulehnen und seine eigene Sache in deren Hände zu legen. Zwischen Oesterreich und Serbien soll sich nach dem entschiedenen Entschluß der k. u. k. Regierung keine dritte Macht eindringen. Wenn obige Nachricht zutreffend ist – und es liegt kein Anlaß vor, sie anzuzweifeln –, so unternimmt Rußland einen Versuch, den Oesterreichern in den erhobenen Arm zu fallen. Rußland stellt das Verlangen, daß Oesterreich die Frist seines Ultimatums verlängere, damit Raum gewonnen werde für eine Vermittlungsaktion der europäischen Diplomatie. Oesterreich wird also aufgefordert, einen Schritt zurückzuweichen. Nach dem, was bisher geschehen ist, kann sich Oesterreich weder mit der Aufforderung selbst noch mit ihrem Zweck befreunden. Die Errichtung einer diplomatischen Schutzmauer, damit Serbien sich dahinter verstecken könne, ist gerade das, was Oesterreich für unzulässig hält. Die Grundlage des Konfliktes, die Richtung, die Oesterreich ihm gab, beginnen sich daher zu verschieben. Von der Donau und der Save richtet sich der Blick nach der Weichsel, die in Galizien entspringt und im Norden bei Danzig mündet. Die amtliche Mitteilung der russischen Regierung, daß Rußland in dem Konflikte „nicht indifferent“ bleiben kann, bekräftigt die Meldung des Reuter-Bureaus. Nicht indifferent heißt zunächst so viel, daß Rußland in dem österreichisch-serbischen Duell als Dritter auf den Plan tritt. Das Zerwürfnis beginnt sich auf diese Weise zu internationalisieren, aber leider nicht in dem Sinne eines internationalen Zusammenhalts, sondern in dem sehr unwillkommenen Sinne, daß auch andere Staaten in den bösen Handel hineingezogen werden. Die sechste Nachmittagsstunde des 25. Juli 1914 wird so zu einer wahren Schicksalsstunde für die Völker unseres Weltteils.

* * *

Rußland droht mit Krieg.

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 373 – Sonnabend, 25. Juli 1914 – Abend – S.1

Der Presse Sturm in Rußland.

Petersburg, 25. Juli. Die „*Nowoje Wremja*“ behauptet, im Preßbureau des Auswärtigen Amtes sei den Journalisten gesagt worden, daß Rußland sich an die Seite Serbiens stelle, das unverdient einen schweren Schlag erhalten habe. In einem Leitartikel bezeichnet das Blatt die Forderungen der österreichisch-ungarischen Note als absolut unerfüllbar und das Ultimatum als eine gegen Rußland gerichtete Provokation, auf die Rußland nicht nur zu Worten, sondern in Taten antworten werde. Rußland wolle den Frieden, wenn es aber zum Kriege komme, werde das ganze russische Volk daran teilnehmen.

* * *

Der serbische Ministerpräsident übergibt in der österreichischen Botschaft die serbische Antwort, die nicht genügt und der österreichische Botschafter verläßt Belgrad.

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 374 - Sonntag, 26. Juli 1914 - S.1

Die ungenügende Antwort.

Wien, 25. Juli. (WTB) Ministerpräsident Paschitsch erschien wenige Minuten vor 6 Uhr in der K. und k. Gesandtschaft und erteilte eine ungenügende Antwort auf die österreichisch-ungarische Note. Baron Giesl notifizierte ihm hierauf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und verließ mit dem Gesandtschaftspersonal um 6 Uhr 30 Minuten Belgrad. Die serbische Regierung hatte schon früher um 3 Uhr nachmittags die Mobilmachung der gesamten Armee angeordnet, der Hof und die Regierung sowie die Truppen räumen Belgrad. Die Regierung soll nach Kragujevatsch verlegt werden.

* * *

Österreich mobilisiert

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9179, Sonntag, 26. Juli 1914 – S.3

Die Mobilisierungsbefehle.

Wir erhalten folgende amtliche Mitteilung:

Seine k. und k. apostolische Majestät haben eine teilweise Mobilisierung und eine teilweise Aufbietung und Einberufung des Landsturms allerhöchst anzubefehlen geruht.

Die näheren diesbezüglichen Anordnungen sind in den betroffenen Militärterritorialbereichen öffentlich angeschlagenen Kundmachungen zu entnehmen.

Vom k. und k. niederösterreichischen Statthaltereipräsidium.

* * *

Serbien mobilisiert

Presse - Wiener Zeitung, Nr. 172, Sonntag, 26. Juli 1914 – S.11

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Österreich-Ungarns zu Serbien.

Wien, 25. Juli Das k.k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau versendet um 7 ¼ Uhr Abends folgende Extra-Ausgabe:

Ministerpräsident Paschtsch erschien wenige Minuten vor 6 Uhr in der k. und k. Gesandtschaft in Belgrad und erteilt eine ungenügende Antwort auf unsere Note.

Freiherr von Giesl notifiziert ihm hierauf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und verließ mit dem Gesandtschaftspersonal um 6 Uhr 30 Minuten Belgrad.

Die serbische Regierung hatte schon früher um 3 Uhr Nachmittags die Mobilmachung der gesamten Armee angeordnet.

Der Hof und die Regierung sowie die Truppen räumen Belgrad. Die Regierung soll nach Kragujevac verlegt werden.

* * *

Serbien und Frankreich schließen sich kurz

Presse - Wiener Zeitung - Nr. 172 - Sonntag, 26. Juli 1914 – S.16

Frankreich – Empfang des serbischen Gesandten im Ministerium des Äußern.

Paris, 25. Juli. Der serbische Gesandte Wesnitsch wurde heute um 11 Uhr Vormittags im Ministerium des Äußern empfangen.

* * *

Klarstellung der halbamtlichen französischen Presseagentur „Havas“, daß Deutschland mit der Note an Serbien nicht involviert war.

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 374 - Sonntag, 26. Juli 1914 – S.2

Die offizielle französische Auffassung der Haltung Deutschlands. Eine halbamtliche Note.

Paris, 25. Juli (WTB). Die „Agence Havas“ veröffentlicht folgende Note: „Aus autorisierter Quelle geht hervor, daß vor der Absendung der Note an Serbien keine Verständigung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn stattgefunden hat. Deutschland beschränkt sich darauf, diese Note zu billigen, die nicht den Charakter eines Ultimatus hat, sondern die Forderung nach einer Antwort mit befristeter Zeit darstellt. Seine (Deutschlands, Red.) Haltung ist mit Unrecht so dargestellt worden, als ob sie ein Drohung bedeute. Sie darf nur interpretiert werden als Kennzeichnung des Wunsches, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Österreich-Ungarn und Serbien lokalisiert bleiben möge. (Diese Note, die in angenehm wirkendem, versöhnlichem Sinne gehalten ist, ist veranlaßt worden durch die irrtümlichen Auslegungen, die in einigen französischen Blättern den bekannten Erklärungen des deutschen Botschafters v. Schoen gegeben wurde. D. Red.)

* * *

Englische Presse bezeichnet Serbien als „eine ständige Bedrohung für den territorialen Statusquo im Orient“.

Presse - Wiener Zeitung - Nr. 172 - Sonntag, 26. Juli 1914 - S.15

Englische Presse zu Serbienkonflikt.

London, 25. Juli. „Daily Graphic“ sagt: Keine der Großmächte, auch nicht Rußland, will in diesem Augenblick einen Krieg. Daher wünscht keine, ein Opfer für den brandstifterischen Staat zu bringen, der nicht nur einem unentschuldabaren Verbrechen Vorschub geleistet hat, sondern auch eine ständige Bedrohung für den territorialen Statusquo im Orient ist.

* * *

Rußland sei gerüstet, „Der Handschuh ist hingeworfen, ich hebe ihn auf!“ – Rußland will Krieg.

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 374 - Sonntag, 26. Juli 1914 - S.1

Rußland ist „für alle Eventualitäten gerüstet“. Eine Äußerung des Zaren – Die Heimberufung der im Ausland wohnenden dienstpflchtigen Russen. Petersburg,

25. Juli. In der heutigen Sitzung des Kabinetts im Krasnoje Selo unter dem Vorsitz des Zaren hat Kriegsminister Suchomlinow mit großer Bestimmtheit erklärt, daß Rußland für alle Eventualitäten gerüstet sei. Bei dieser Gelegenheit wird ein bisher unverbürgtes Wort des Zaren kolportiert, der angeblich gesagt haben soll: „Der Handschuh ist hingeworfen, ich hebe ihn auf!“ Da dieses Wort von panslawistischer Seite gemeldet wird, bleibt seine Bestätigung abzuwarten. Jedoch kann als gewiß gelten, daß gewisse Kreise hier zum Konflikt drängen. Alles kommt auf die Stellung des Zaren an. Sollte sich der zitierte Ausspruch bestätigen, so wird Rußland ohne Frage aktiv eingreifen.

* * *

Russische Presse: „Unterwirft sich Serbien, ist die Krise überwunden.“ – Rußland ist die Flamme an der Zündschnur.

Presse - Wiener Zeitung - Nr. 172 - Sonntag, 26. Juli 1914 - S.15

Russische Presse zu Serbienkonflikt.

St.Petersburg, 25. Juli. Die „St.Petersburger Zeitung“ schreibt: Das Ultimatum führt eine mehr als ernste Sprache. In ihm zittert die tiefe Erbitterung, die lange im Innern tobte und sich jetzt, nachdem sie mühsam zurückgehalten worden, in rauhen und harten Tönen Luft macht. Es ist, als ob ein Mann seinen Todfeind, der ihn lange umschlichen, der ihm heimlich Unfrieden und Verderben ins Haus gesandt, jetzt endlich auf offene Fläche vor sich sieht und ihm zuruft: „Auf die Knie! Schwöre mir, daß du dich vor allen Leuten schuldig bekennen und daß du von nun an alle deine Tücken lassen wirst! Wenn nicht, so mögen die Waffen sprechen!“ Unterwirft sich Serbien, ist die Krise überwunden. Geschieht dies nicht, so haben wir, da man bei der Entschiedenheit der Sprache Österreich-Ungarns an einen Kompromiß kaum glauben kann, Krieg. Und es liegt die dringende Befürchtung vor, daß es dann bei einem Zweikampfe der Großmacht Österreich-Ungarn mit dem benachbarten Kleinstaate nicht bleiben wird. So schwer die Konsequenzen sind, die der Schritt Österreich-Ungarns nach sich ziehen kann, so wird man ihm Verständnis nicht versagen können. Die Regierung der Donau-Monarchie wäre ihrer Pflicht, über die Integrität des Reiches zu wachen und dem empörten Volksempfinden Genugtuung zu verschaffen, untreu geworden, wenn sie nicht mit der größten Energie versucht hätte, dem Treiben der Agitatoren ein- für allemal ein Ende zu bereiten. Das Blatt hofft noch, daß ein Blutvergießen werde vermieden werden.

* * *

Deutschland bleibt bei seinem Wort der Bündnistreue

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9179, Sonntag, 26. Juli 1914 - S.4

Deutschlands absolute Bundestreue.

Berlin, 25. Juli. Die Presse setzt die Besprechung der durch die russische Intervention geschaffenen Lage fort und betont neuerlich, daß man in Petersburg und in Paris keinen Zweifel in Deutschlands absolute Bündnistreue setzen möge.

* * *

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9179, Sonntag, 26. Juli 1914 – S.4

Deutschland an der Seite Österreichs.

Berlin, 25. Juli. Alle Blätter stimmen darin überein, daß die russische Intervention die schwerste Bedrohung des europäischen Friedens bedeute und sie sind ferner einstimmig der Ansicht, daß Österreich-Ungarn unmöglich der Forderung nach einer Fristverlängerung für Serbien nachgeben könne.

Die „**Kreuzzeitung**“ sagt: „Es braucht nicht betont zu werden, daß eine derartige Intervention Rußlands die schwerste Bedrohung des europäischen Friedens darstellen würde.“

Die „**Deutsche Tageszeitung**“ schreibt: „Die Meldung der „Reuterschen Agentur“ ist geeignet, die ernstesten Befürchtungen für die Erhaltung des europäischen Friedens wachzurufen; daß das Verlangen Rußlands, die Frist des Ultimatums zu verlängern, nicht weiter bedeutet, als die beliebte Verschleppungspolitik des Zweibundes jetzt zugunsten Serbiens anzuwenden, und daß es zugleich eine gröbliche Brückierung Österreich-Ungarns ist, liegt auf der Hand. Die Doppelmonarchie kann und wird, ohne ihrer Würde als Großmacht in vitalster Weise zu schaden, diesem Verlangen unmöglich nachgeben. Das mußte man sich in Petersburg von vornherein sagen und damit wird das Ansinnen zu einer beabsichtigten Herausforderung Österreich-Ungarns, gleichzeitig aber auch zu einer Herausforderung des Deutschen Reiches, denn man mußte in Petersburg wissen, daß das Deutsche Reich in dieser Lebensfrage hinter seinem Verbündeten stünde. Die Folgen dieses russischen Schrittes können sehr ernste sein, und man (kann) nur hoffen, daß er vielleicht noch in letzter Stunde rückgängig gemacht werden kann.

* * *

Der Reichskanzler ist zurück in Berlin.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9179, Sonntag, 26. Juli 1914 – S.4

Rückkehr Bethmann Hollwegs nach Berlin.

Berlin, 25. Juli. Reichskanzler Bethmann Hollweg kehrt heute von seinem Gute Hohensinow nach Berlin zurück.

* * *

Ausnahmestand, Streik und Hungersnot in Rußland

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9179, Sonntag, 26. Juli 1914 – S.7

Die Streikrevolte und Hungersnot in Rußland. Neuerliche Ausbreitung der Streikbewegung.

Krakau, 25. Juli. Gestern sind, wie die „**Warschauer Telegraphenagentur**“ meldet neuerlich 40.000 Arbeiter aus Petersburger Geschützfabriken in den Ausstand getreten. Die ganze Petersburger Garnison wurde konsigniert und über die bedrohten Fabriksviertel wurde der Ausnahmestand proklamiert.

Die „**Warschauer Telegraphenagentur**“ meldet ferner, daß sämtliche Bahnhöfe in Petersburg unter militärischer Bewachung stehen, weil streikende Gruppen Lokomotiven teils umstürzten und teils beschädigten, um die Instradierung der Eisenbahnzüge zu verhindern. In den Straßen wurden Gaslaternen umgestürzt und Gasleitungen aufgerissen. Die Polizei und Kosaken gehen in schärfster Weise gegen die Demonstranten und Streikenden vor, welche sich hinter den Barrikaden verteidigen. Dieselben sind aus Telegraphen- und Telephonstangen aus eisernen Masten und Pflastersteinen errichtet. Es ist bisher noch nicht gelungen, die Barrikaden zu beseitigen.

Petersburg, 25. Juli. Der „**Rjec**“, das Organ der Kadettenpartei, beschäftigt sich in einem Artikel mit der Hungersnot, welche infolge der sehr schlechten Ernteaussichten große Landstrecken des russischen Reiches bedroht. Die Dumas haben zur Linderung der Not bedeutende Summen bewilligt, welche jedoch nicht ihren Zwecken zugeführt worden sind, sie wurden vielmehr Kriegsrüstungen zugewendet. Nun beschäftigt sich die vierte Duma abermals mit der Zuwendung einer großen Notstandsanhilfe für die von Hungersnot heimgesuchten Gebiete. Es ist dies ein sehr trauriges Präludium, betont das Blatt, für die gegenwärtigen kriegerischen Vorbereitungen. Der „**Rjec**“ spricht die Hoffnung aus, daß diesmal der Betrag auch seinem Zwecke zugeführt werde.

* * *

Presse - Wiener Zeitung - Nr. 172 - Sonntag, 26. Juli 1914 - S.16

Schweden – Der Besuch Poincares.

Stockholm, 25. Juli. Präsident Poincare ist heute morgen hier angekommen und wurde von König Gustav, den Prinzen und den höchsten Zivil- und Militärbeamten empfangen. Der König und Präsident Poincare fuhren sodann nach dem königlichen Schloß.

* * *

Nach dem Mord am österreichischen Thronfolger wurde die Beteiligung der serbischen Regierung an der Tat festgestellt.

Presse - Norddeutsche Allgemeine Zeitung - Nr. 173 - Sonntag, 26. Juli 1914 - S.1

Wochenrundschau.

Berlin, 25. Juli. Die auf Grund der Untersuchung des Thronfolgermordes in Sarajewo von Österreich-Ungarn an Serbien gestellten Forderungen müssen gerechtfertigt erscheinen, wenn man die Begründung dieser Forderungen mit dem der Sache gebührenden Ernst würdigt. Die Beteiligung serbischer Persönlichkeiten, auch amtlicher, an der von langer Hand vorbereiteten Verschwörung gegen das Leben des Erzherzogs Franz Ferdinand und Anzettelungen gegen die Reichseinheit der habsburgischen Monarchie ist aufgedeckt. Die österreichisch-ungarische Regierung hat sich bereit erklärt, den Mächten Einsicht in das Untersuchungsmaterial zu geben, ein Beweis, daß sie von der Unanfechtbarkeit ihrer Ermittlungen und von der Gerechtigkeit ihrer Forderungen überzeugt ist. Sollte wider Erwarten Serbien diese Forderungen ablehnen, so hoffen wir, daß im Gefühl des Ernstes der Lage die Regierungen der Großmächte sich sämtlich angelegen sein lassen werden, zu verhüten, daß aus der unvermeidlichen österreichisch-serbischen Auseinandersetzung weiter um sich greifende Verwicklungen hervorgehen.

* * *

Tschechen demonstrieren in Königsberg, eine Spur der Zerstörung hinterlassend, ihre antideutsche Haltung betonend.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9179, Sonntag, 26. Juli 1914 – S.8

Antideutsche Ausschreitungen der Tschechen in Königsberg. (schlesische Grenze)

Mährisch-Ostrau, 25. Juli. Aus Königsberg wird gemeldet: In den letzten Tagen fanden hier wiederholt antideutsche Demonstrationen der Tschechen statt. Nachts wurden die deutschen und doppelsprachigen Firmenschilder der Geschäfte sowie die Fassade und Aufschriftstafel der Schule des Deutschen Schulvereins mit Teer besudelt. Auch zahlreiche Fensterscheiben wurden eingeschlagen. Die Täter, tschechische Lehrlinge, wurden von der Gendarmerie bereits verhaftet.

* * *

Noch vor Ablauf der Frist zur Beantwortung der österreichischen Note, mobilisierte Serbien.

Presse - Wiener Abendpost - Nr. 170 - Montag, 27. Juli 1914 - S.1

Die serbische Antwortnote.

Wien, 27. Juli. Der k. und k. Gesandte Freiherr von Giesl hat die serbische Antwortnote auf unsere Forderungen am 26. d.M. bei seiner Ankunft in Wien im Ministerium des Äußern vorgelegt.

Diese Note beabsichtigt, den falschen Schein zu erwecken, als ob die serbische Regierung die von uns gestellten Forderungen im weiten Maße zu erfüllen bereit wäre.

Tatsächlich ist aber die Note von einem Geiste der Unaufrichtigkeit erfüllt, der es klar erkennen läßt, daß es der serbischen Regierung nicht ernstlich darum zu tun ist, der sträflichen Duldung ein Ende zu bereiten, die sie bisher den Umtrieben gegen die Monarchie zuteil werden ließ.

Sowohl hinsichtlich der allgemeinen Grundlagen unserer Demarche als auch in Betreff der einzelnen von uns aufgestellten Forderungen enthält die serbische Note so weitgehende Vorbehalte und Einschränkungen, daß auch die tatsächlich gemachten Zugeständnisse bedeutungslos werden.

Insbesondere wurde unter einem nichtigen Vorwande unsere Forderung nach Teilnahme k. und k. Organe an den Erhebungen zur Eruierung der auf serbischem Boden befindlichen Teilnehmer des Komplotts vom 28. Juni vollkommen abgelehnt. Ebenso kommen die Zusagen, die uns zur Bekämpfung der monarchiefeindlichen Presse gemacht wurden, einer Ablehnung gleich.

Unser Begehren, daß die königliche Regierung die notwendigen Maßregeln treffe, damit die aufgelösten monarchiefeindlichen Vereine ihre Tätigkeit nicht unter einem anderen Namen und in anderer Form fortsetzen, ist überhaupt nicht berücksichtigt.

Da in der Note der k. und k. Regierung vom 23. d.M. enthaltenen Forderungen mit Rücksicht auf das serbischerseits bisher beobachtete Verhalten das Mindestmaß dessen darstellen, was zur Schaffung dauernder Ruhe im Südosten der Monarchie notwendig ist, mußte die serbische Antwort als unbefriedigend betrachtet werden.

Daß übrigens die serbische Regierung sich selbst dessen bewußt war, daß ihre Note für uns inakzeptabel sei, beweist der Umstand, daß sie uns am Schlusse derselben vorschlägt, die Regelung der Kontroverse auf schiedsgerichtlichem Wege zu suchen, eine Einladung, die die richtige Beleuchtung durch den Umstand erfährt, **daß schon drei Stunden vor Übergabe der Note die erst wenige Minuten vor Ablauf der Frist stattfand, die Mobilisierung der serbischen Armee erfolgte.**

* * *

Rußland ist sehr zufrieden mit der serbischen Antwort an Österreich

Telegramm des russischen Außenministers an die Botschafter

**14./ 27.Juli Telegramm Nr. 1524 nach Paris, London, Wien, Berlin, Rom und Konstantinopel.
[jul./greg. Kalender]**

Die serbische Antwort übertrifft durch ihre Mäßigung alle unsere Erwartungen.

Sazonow.

How the War Began in 1914, Russische Rote Bücher, Vol. IV 1923; London 1925, S.43

* * *

Die serbische Regierung und Truppen verlassen die Hauptstadt nach Kragujevac, südlich Belgrad.

Presse - Posener Tageblatt, Nr. 346, Montag, 27. Juli 1914 - S.1

Kriegszustand zwischen Österreich und Serbien.

Wien, 25. Juli. Ministerpräsident Pasitsch erschien wenige Minuten vor 6 Uhr [5 Uhr 36 Minuten] in der K. und K. Gesandtschaft in Belgrad und erteilte eine ungenügende Antwort auf die österreichisch-ungarische Note. Baron Giesl notifizierte ihm darauf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen [Pasitsch verläßt 5 Uhr 45 Minuten die Gesandtschaft] und verließ mit dem Gesandtschaftspersonal um 6 Uhr 30 Minuten Belgrad. Die serbische Regierung hatte schon früher um 3 Uhr nachmittags die Mobilmachung der gesamten Armee angeordnet, der Hof und die Regierung sowie die Truppen räumen Belgrad. Die Regierung soll nach Kragujevac verlegt werden.

Die Würfel sind also gefallen, Serbien hat es gewagt, ohne jede Rücksicht darauf, was es mit seiner unglaublich kurzsichtigen Weigerung für ganz gewaltige ideelle und materielle Werte aufs Spiel setzt, ja doch nichts weniger als den Frieden der ganzen Welt, in stiller Hoffnung auf Rußland zu trotzen und damit vor der Geschichte eine ungeheure Verantwortung auf sich zu laden!

Noch gegen Sonnabend mittag glaubte man in Wien an den guten Willen Serbiens, es nicht zum Äußersten kommen zu lassen. Um ½ 4 Uhr muß aber in Belgrad ein Umschwung eingetreten sein. Von dieser Stunde an wurde dort in allen Kaffeehäusern die Nachricht herumgetragen, daß Serbien mobilisiere. Nach Stunden banger Erwartung, die von den wildesten Gerüchten ausgefüllt wurden, und innerhalb deren die allgemeine Erregung immer höher stieg, erhielt man in Wien endlich in der 7. Abendstunde Gewißheit, und „wie ein Schrei der Erlösung ging es nun durch die Menge“, die alle Hauptstraßen und Plätze besetzt hielt, so berichtet der Wiener „Tag“-Korrespondent.

* * *

Die regierungsnahe serbische Zeitung „Samouprava“ erweckt den Eindruck, Serbien stimme den österreichischen Bedingungen zu, was sich schließlich als eine Ente herausstellt.

Ein weltgeschichtlicher Vorgang.

.....Die Hoffnung auf Nachgeben Serbiens war besonders deswegen entstanden, weil kurz vor dem Umschwung die offiziöse Serbische „Samouprava“ folgende Entgegenkommende Mitteilung der serbischen Regierung veröffentlicht hatte:

Das serbische Lesepublikum erhielt durch die österreichischen und ungarischen Blätter Kenntnis von dem Inhalt der Forderungen. Der Minister des Äußeren Serbiens hat schon wiederholt seinen und seiner Ministerkollegen Standpunkt dargetan, wonach Serbien angesichts seiner großen und wichtigen Interessen aufrichtige und korrekte nachbarliche Beziehungen mit der Monarchie wünsche. Von diesem Wunsche und der Überzeugung der Notwendigkeit geleitet, die Beziehungen aufrichtig zu gestalten, wird die serbische Regierung mit Bereitwilligkeit allen jenen Forderungen der österreichisch-ungarischen Regierung entgegenkommen, durch welche verbrecherische Taten und Erscheinungen der Unordnung in den Nachbarländern entgegengetreten werden soll, da die Regierung darin die Erfüllung bindender Pflichten, insbesondere der Kulturstaaten erblickt. Die serbische Regierung steht auch heute nach der Übernahme der erwähnten Note auf dem Standpunkt, und wird in der gegebenen Richtung alles tun, was sie kann, und mit der Aufrichtigkeit, im Bestreben, gegenüber der Monarchie allen Pflichten guter Nachbarschaft entsprechen.

Aber bald darauf, etwa gegen 2 Uhr nachmittags, kam im serbischen Ministerium des Äußeren eine lange chiffrierte Depesche aus Petersburg an. Kaum war sie entziffert, ging wie ein Lauffeuer die Nachricht durch die Stadt, daß Rußland sich auf serbische Seite gestellt habe. Die Folge dieser russischen Depesche war die unbefriedigende Antwortnote der serbischen Regierung. Von der russischen Depesche wurde sofort dem Thronfolger Alexander Bericht erstattet, der sogleich die Mobilisierung anordnete. Er fuhr, in seinem Automobil stehend, durch die Stadt, mit große Begeisterung überall begrüßt. Infolge der russischen Depesche entstand eine gehobene Stimmung in Belgrad. In kurzer Zeit wuchs die Begeisterung, weil jeder auf den herannahenden Krieg vorbereitet war. Pasitsch hielt sich bei der Übergabe der Antwort zwölf Minuten in der österreichischen Gesandtschaft auf. Beim Abschied des Gesandten Giesl erschienen alle diplomatischen Vertreter, mit Ausnahme der russischen und französischen Diplomaten.

* * *

Für Deutschland ist der Konflikt zwischen Österreich und Serbien ein lokaler, der andere Mächte sind nicht tangiert.

Deutschlands Haltung

Die Deutsche Regierung hat bei allen europäischen Kabinetten, insbesondere auch in Petersburg, Paris und London, den Standpunkt vertreten, daß sie den Konflikt zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien als eine Angelegenheit betrachte, die die beiden Staaten allein angehe und deshalb lokalisiert bleiben müsse. Ihre Bestrebungen gehen dahin, daß auch die übrigen Mächte diesen Standpunkt zu dem ihrigen machen, damit der Friede Europas erhalten bleibe.

* * *

Es wird betont, daß die österreichische Note in Berlin nicht bekannt war.

Die Unterredung des Freiherrn von Schoen.

Die unrichtigen und offenbar tendenziösen Ausstreuungen einzelner Pariser Blätter über den Inhalt der Unterredung des deutschen Botschafters mit dem stellvertretenden französischen Minister des Äußern werden, wie wir weiter unten mitteilen, von der amtlichen „Agence Havas“ richtiggestellt. Die deutsche Regierung hat in Paris keine andere Sprache geführt als bei allen übrigen Kabinetten, insbesondere in St.Petersburg und London. Sie hat überall gleichmäßig den Standpunkt vertreten, daß sie den Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien als eine Angelegenheit betrachte, die diese beiden Staaten allein angehe und deshalb lokalisiert bleiben müsse. Ihre Bestrebungen gehen dahin, daß auch die übrigen Mächte diesen Standpunkt zu dem ihrigen machen, damit der Friede Europas erhalten bleibt.

Die amtliche „Agence Havas“ veröffentlicht jedoch folgende Note: Aus Informationen aus autorisierter Quelle geht hervor, daß vor der Absendung der Note an Serbien keine Verständigung mit Deutschland stattgefunden hat. Deutschland beschränkt sich darauf, diese Note zu billigen, die nicht den Charakter eines Ultimatums hat, sondern die Forderung nach einer Antwort mit befristeter Zeit darstellt. Seine Haltung ist mit Unrecht so dargestellt worden, als ob sie eine Drohung bedeute. Sie darf nur interpretiert werden als Kennzeichnung des Wunsches, daß die Meinungsverschiedenheit zwischen Österreich-Ungarn und Serbien lokalisiert bleiben müsse.

* * *

Serbien bereitet sich auf den Krieg mit Österreich vor.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9180, Montag, 27. Juli 1914 – S.2

Serbische Kriegsvorbereitungen.

Belgrad, 26. Juli. Serbien hat große Kriegsvorbereitungen getroffen. An der bosnischen Grenze werden die Festungen in Verteidigungszustand gesetzt. Die Donaudivision ist konzentriert worden. Zu ihrem Kommandanten wurde der **General Jankowic ernannt, welcher der Präsident der „Narodna Obrana“** ist, deren Auflösung in der österreichisch-ungarischen Note verlangt wird. Seine Ernennung erregt das allergrößte Aufsehen.

* * *

Rußland mobilisiert seine Grenzkorps gegen Deutschland

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9180, Montag, 27. Juli 1914 – S.3

Rußland mobilisiert seine Grenzkorps.

Berlin, 26. Juli. In hiesigen diplomatischen Kreisen ist die Nachricht verbreitet, daß Rußland eine Mobilisierung seiner Grenzkorps gegen die reichsdeutsche und galizische Grenze angeordnet habe.

* * *

Rußland sieht in der österreichischen Note ein Attentat gegen Serbien und fühlt sich verpflichtet, Serbien beizustehen, mit der sicheren Unterstützung Frankreichs.

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 375 - Montag, 27. Juli 1914 - S.1

Das Ergebnis des russischen Ministerrats. Prestigepolitik, aber „keine besondere Kriegslust?“

Wien, 27. Juli. Die „**Neue Freie Presse**“ meldet aus Petersburg: Prinzipiell stellte sich gestern der Ministerrat so, daß die österreich-ungarische Note in ihrer Gesamtheit ein Attentat gegen die Unabhängigkeit Serbiens darstellte und Rußland wegen seiner Stellung im Slawentum verpflichtet sei, Serbien in der gefährlichen Stunde beizustehen, von einer besonderen Kriegslust Rußlands kann nicht die Rede sein. Die leitenden Persönlichkeiten sind sich der Gefahren eines Krieges voll bewußt, halten aber das traditionelle Prestige Rußlands im Slawentum für ein Gut, daß nicht ohne Kampf preisgegeben werden dürfe. Sie sehen sich außerdem durch die starke nationalistische Partei geradezu in die Notwendigkeit gesetzt, eine Demütigung Serbiens nicht zuzulassen. Sehr maßgebend für das Verhalten der russischen Regierung wird natürlich die Stellungnahme Englands sein; Frankreichs ist man gewiß.

* * *

England hat ein irisches Problem, und Rußland ein revolutionäres, man empfiehlt Serbien zu mäßigen.

Presse - Posener Tageblatt, Nr. 346, Montag, 27. Juli 1914 - S.2

Eine vernünftige französische Stimme.

Das Pariser Blatt „Croix“ schreibt: Ein furchtbarer Streik wütet in Petersburg, England steht vor dem Bürgerkrieg, die französische Armee ist ohne Pferde, ohne Schuhe und ohne schwere Artillerie, in Paris befinden sich dreihunderttausend Revolutionäre. In diesem Zustand der Schwäche und Angesichts des guten Rechts Österreich-Ungarns hat die französische Regierung nur eines zu tun: Serbien zur Mäßigung zu raten, statt es aufzuhetzen.

* * *

Kurioses Ereignis: der serbische Generalstabschef befindet sich auf Urlaub in Österreich, wird gefangen genommen und mit einem Sonderzug inklusive Salonwagen nach Serbien gebracht! – Das ist friedfertiges Österreich!

Presse - Posener Tageblatt, Nr. 346, Montag, 27. Juli 1914 - S.2

Der serbische Generalstabschef in Österreich verhaftet, aber wieder freigelassen.

Ofen-Pest, 25. Juli. Auf der Kelenfoelder Station, fünfzehn Minuten von Ofen-Pest entfernt, wurde heute der Chef des serbischen Generalstabes Woiwode Putnik, der auf der Rückreise vom steirischen Kurort Geichenberg nach Belgrad begriffen war, auf Weisung der ungarischen Militärbehörde verhaftet. – Wie dann das K. und K. Wiener Tel. Korr. Bur. später mitteilte, sind alle Meldungen, welche von Anwendung von Gewalt bei der Verhaftung des serbischen Oberkommandierenden Generals Putnik in Ofen-Pest berichten, glatt erfunden. Die Arretierung des Generals wurde selbstverständlich unter Beobachtung der seinem militärischen Range notwendigen Formen vorgenommen. Der General wurde in das Ofen-Pester Militärkasino geleitet und dort mit aller Höflichkeit empfangen. Inzwischen wurde, da die österreichisch-ungarische Armee von viel zu ritterlicher Gesinnung erfüllt ist, um die serbische Armee ihres Oberkommandierenden berauben zu wollen, ein Extrazug mit einem Salonwagen zur Reise in seine Heimat zur Verfügung gestellt!

* * *

Der Kaiser kehrt nach Berlin zurück; die Situation erinnert an die Marokkokrise 1911

Presse - Posener Tageblatt, Nr. 346, Montag, 27. Juli 1914 - S.2

Vorzeitige Rückkehr des Kaisers und des Reichskanzlers

Berlin, 26. Juli. Der Kaiser befindet sich einige Tage früher als ursprünglich beabsichtigt, auf der Heimfahrt von der Nordlandreise und wird wahrscheinlich im Laufe des morgigen Tages zurückkehren.

Es ist jetzt gerade drei Jahre her, da kehrte der Kaiser unter ähnlichen Verhältnissen von der Nordlandreise heim: Damals, als er im Höhepunkt der Marokkokrise in Swinemünde von einer tausendköpfigen Menge unter den Jubelklängen der „Wacht am Rhein“ empfangen wurde. Diesmal wird vielleicht eine noch ernstere Stimmung über denen liegen, die dem kaiserlichen Herrn den Willkommensgruß in der Heimat bringen, aber man darf gewiß sein, daß sie von der gleichen vaterländischen Begeisterung getragen sind, wie damals.

Ferner meldet die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, der in der letzten Zeit wöchentlich schon mehrmals in Berlin gewilt hat, traf am Sonntag wieder in Berlin ein.

* * *

Man ist es gewohnt: Deutschland wird aufgefordert, Österreich zu mäßigen, da es den Frieden bedroht, mit ergänzender Frage, ob Deutschland denn den Krieg wolle. Frankreichs Haltung – wie eh und je.

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 375 - Montag, 27. Juli 1914 - S.1

Appell an Kaiser Wilhelm.

Paris, 26. Juli. Der „Matin“ schreibt: Wilhelm II. hat sich entschlossen, seine Fahrt an den Küsten Norwegens zu unterbrechen. Er reist nach Berlin zurück. Er kann jetzt der Sache des Friedens einen unermeßlichen Dienst erweisen; in dem Augenblick der Krise, durch die Europa geht, sollten Frankreich und Deutschland ihren gegenseitigen Bundesgenossen den Ratschlag der Vorsicht und Klugheit geben. Aber Deutschland müßte anfangen, weil sein Bundesgenosse Österreich jetzt den Frieden bedroht. Ebenso schreibt der „Temps“ in seinem Leitartikel mit der Überschrift, will Deutschland den Krieg? In diesem Augenblick hat Deutschland die entscheidenden Schritte zu tun. Bis jetzt hat es scheinbar das Unternehmen unterstützt, obgleich es erklärt, daß es an den Vorbereitungen dieses Unternehmens nicht mitgewirkt habe. Der Kaiser und Herr v. Bethmann Hollweg sind zu aufgeklärte Geister, um nicht das Maß ihrer Verantwortlichkeit zu erkennen. Wenn sie jetzt nichts tun, um Österreich eine Lösung vorzuschlagen, durch die der Krieg vermieden werden kann, so wird alle Welt glauben müssen, daß der Krieg ihrem Wunsch entspricht. Will Deutschland den Krieg? Wir stellen diese Frage, aber wir wissen keine Antwort darauf, und wir wollen über diese Fragezeichen heute nicht hinweggehen. Die Lage ist von einer tragischen Klarheit; es handelt sich darum, zu wissen, ob man in Berlin den serbisch-österreichischen Konflikt als eine gute Gelegenheit ansieht, über Europa den allgemeinen Krieg zu entfesseln.“ Außerordentlich leidenschaftlich ist die Sprache des sonst so besonnenen „Journal des

Debats“. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß Rußland ein österreichisches-serbisches Duell nicht zulassen wird, und daß weder Frankreich noch England (?) neutral bleiben werden. Die Ehre Europas und das Interesse der Zivilisation stehen auf dem Spiele. In London, Paris und in Petersburg weiß jeder Mensch, daß die österreichisch-serbische Frage zuerst eine europäische Frage ist, daß eine Hinrichtung Serbiens vor den Augen des gleichgültigen Europas unzweifelhaft zu der deutschen Hegemonie führen würde, zu dem politischen und wirtschaftlichen Ruin des westlichen Europa und der slawischen Welt. Wenn jetzt die Westmächte gegen ihren Willen in eine allgemeine Feuersbrunst hineingerissen werden, so ist das kein Luxuskrieg, den sie sich leisten würden. Sie würden dann für ihre Existenz, für ihre territoriale Sicherheit und für den Frieden ihrer Arbeiter kämpfen.

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 375 – Montag, 27. Juli 1914 – S.1

Deutsche Friedensbemühungen.

Zwei höchst beachtenswerte Kundgebungen der deutschen Regierung liegen vor. Das „Echo de Paris“ und andere Pariser Blätter hatten den Inhalt einer angeblichen Unterredung des Botschafters Herrn v. Schoen mit dem stellvertretenden Minister des Auswärtigen Herrn Bienvenu Martin unrichtig und offenbar tendenziös wiedergegeben. Hiergegen erklärt das offiziöse **Wolffsche Telegraphenbureau**:

„Die deutsche Regierung hat in Paris keine andere Sprache geführt als bei den übrigen Kabinetten, insbesondere auch in St. Petersburg und London. Sie hat überall gleichmäßig den Standpunkt vertreten, daß sie den Konflikt zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien als eine Angelegenheit betrachte, die diese beiden Staaten allein angehe und deshalb lokalisiert bleiben müsse. Ihre Bestrebungen gehen dahin, daß auch die übrigen Mächte diesen Standpunkt zu dem ihrigen machen, damit der Friede Europas erhalten bleibt.“

* * *

Die Geschichte Serbiens spiegelt sich in ihrer Politik, die den Mord am Herrscher als eine legitime Art der politischen Auseinandersetzung sieht. Rußlands Eingreifen für Serbien bestätigt das langgehegte Streben, zusammen mit Frankreich den Konkurrenten am Balkan und die Revanche zu verwirklichen.

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 375 – Montag, 27. Juli 1914 – S.1

Der Ernst der Lage.

Der deutsche Kaiser kehrt heute von seiner Nordlandreise heim, die Kaiserin hat ihren Aufenthalt in Wilhelmshöhe aufgegeben, der Reichskanzler weilt wieder in Berlin, fieberhafte Spannung lagert über den Völkern, und jedermann ist sich bewußt, welche schicksalsschweren Entscheidungen die nächste Stunde bringen kann. Kann, nicht muß. Denn so ernst die Folgen eines Krieges zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien für die Angehörigen beider Staaten sind, so empfindlich sich seine wirtschaftlichen Wirkungen weit über deren Grenzen hinaus geltend machen mögen: das Aergste braucht nicht über Europa verhängt zu werden, wenn jedwede Großmacht es ablehnt, einer Regierung moralischen oder militärischen Beistand zu leisten, die den Mord eines Königspaares ungesühnt gelassen und die verlangte Genugtuung für die Ermordung eines Thronfolgerpaares verweigert hat.

Die Habsburgische Monarchie ist beschuldigt worden, den Krieg frivol vom Zaun zu brechen; die Note an Serbien soll von einer Brutalität sein, für die es kein Beispiel in der Geschichte gibt. Es verlohnt der Mühe kaum, über das Maß von Höflichkeit zu rechten, wenn die ehernen Würfel rollen.

Aber ist es nicht wahr, daß Oesterreich-Ungarn seit langen Jahren der planmäßigen Unterwühlung seines Bestandes ausgesetzt ist? Ist es nicht wahr, daß sich die Unternehmungen zur Losreißung einzelner Teile seines Gebietes unter den Augen und unter der Gunst der serbischen Regierung, unter der Mitwirkung von serbischen Beamten und Offizieren vollzogen? Was hat Serbien getan, um diesem völkerrechtswidrigen Treiben Einhalt zu gebieten? Es hat nicht getan. Und was hat es, als die Greuelthaten von Sarajewo aller Welt die Augen über diese verbrecherische Unwesen öffneten und die Fäden der Verschwörung sichtlich in serbische Amtskreise führten, was hat es getan, um die Mitschuldigen, die Anstifter der Mörder dingfest zu machen und der gerechten Strafe zu überliefern? Nichts hat es getan, gar nichts. Und deshalb kann man verstehen, daß die Habsburgische Monarchie sich mehr der Deutlichkeit als der Höflichkeit befleißigte, und wird man zugeben, daß sie, wenn sie zur Selbsthilfe ihre Zuflucht nimmt, um sich endlich Ruhe zu schaffen, sich nur des letzten Rechtes der Notwehr bedient, um nicht selbst der Vernichtung anheimzufallen.

Daß die serbische Regierung die österreichischen Forderungen nicht erfüllen konnte, wen wird es wundernehmen? Der König Peter ist durch eine grause Bluttat auf den Thron gekommen; die Mörder Alexanders und Dragas sind nicht angeklagt, nicht verurteilt worden; sie und ihre Freunde sind so mächtig, daß

kein Herrscher, kein Minister ihrem Willen entgegen handeln dürfte, ohne ein gewaltsames Ende befürchten zu müssen. Durch das geschichtliche Beispiel ist in Serbien ein Mord eine Waffe im politischen Kampf geworden, und die Leidenschaft, womit die großserbische, gegen Oesterreich gerichtete Agitation geführt und genährt wurde, konnte schließlich in fanatischen Köpfen den wahnwitzigen Gedanken erzeugen, daß einem fremden Thronfolger gegenüber erlaubt sei, was dem serbischen König gegenüber gestattet war, eine Tat, von der Peter I. am 24. Juni 1903 erklärt hat, er überliefe die Vergangenheit der Vergangenheit und überlasse es der Geschichte, jeden nach seinen Taten zu richten. Nicht nur wurden die Mörder nicht verfolgt, die Offiziere, die die Bestrafung der Mörder verlangten, wurden verhaftet und zu Gefängnis verurteilt. So geschehen zu Nisch im September 1903. Diese Erinnerungen werden von Einfluß auf Ton und Inhalt der österreichischen Note gewesen sein.

Und angesichts der Morde damals von Belgrad, jetzt von Sarajewo sollten sich die Sympathien großer Völker Serbien, nicht aber Oesterreich-Ungarn zuwenden, dessen tatkräftiger Thronerbe jählings gemeuchelt wurde? Angenommen, es gäbe eine Bewegung mit dem Ziel, die russischen Ostseeprovinzen mit dem Deutschen Reich zu vereinigen, es bildeten sich auf deutschem Boden nahe der Grenze Vereine und Gesellschaften, die in den baltischen Ländern durch Flugblätter, Schriften, mündliche Werbearbeit, Geldzuwendungen die Losreißung von Rußland betrieben, mit dem Wissen und Willen der deutschen Regierung, und dann käme der Selbstherrscher aller Reußen nach Riga und würde von Reichsdeutschen mit Bomben beworfen, die aus deutschen Militärwerkstätten stammen, und würde mit samt der Zariza von Reichsdeutschen erschossen – wer könnte erstaunen, daß Rußland von der deutschen Regierung Genugtuung verlangte und sie sich, wenn sie verweigert würde, zu holen suchte?

Und wenn an der französischen Grenze von Italienern Banden und Vereine gebildet würden, die mit gleichen Mitteln unter den Augen der italienischen Behörden die Losreißung Nizzas und Savoyens, der Geburtsstadt Garibaldis, des Stammlandes der italienischen Dynastie, von Frankreich betrieben, und der Präsident der Republik würde in Nizza von einem italienischen Werkzeug dieser Banden ermordet, und die italienische Regierung verhielte sich dieser Untat und dem Verlangen nach Ermittlung und Verfolgung der Mitschuldigen gegenüber so untätig wie bisher die serbischen Machthaber – ob Frankreich sich mit Worten und Noten begnügte und mit diplomatischen Verhandlungen, die kein Ende nähmen?

Nein, nach allem menschlichen Gefühl muß die Sympathie der unbefangenen Zuschauer notwendig auf seiten Oesterreichs sein, das so lange allen serbischen Aufreizungen gegenüber Geduld und Nachsicht geübt hat, daß jedermann würdigen muß, wie es sich in die Zwangslage versetzt glaubt, im Interesse der Selbsterhaltung, der öffentlichen Moral und seiner Großmachstellung zum Schwert zu greifen. Keine andere Macht hat Recht oder Anlaß, sich in diese Auseinandersetzung einzumischen, geschweige gegen Oesterreich-Ungarn Truppen mobil zu machen und damit die Serben zu unterstützen. Der Zar, insbesondere, der nur zu oft von Mördern bedroht wird, könnte am ersten für die energische Haltung der Habsburgischen Monarchie Verständnis haben. Und wenn er eine Aenderung des Gleichgewichts am Balkan gegenüber nicht „indifferent“ zuschauen kann, so wird sicherlich bei der endgültigen Ordnung der Dinge die Stimme Rußlands um so eher gehört werden, je mehr es bei dem Kampf zwischen Oesterreich und Serbien der strengsten Neutralität beobachtet hat. Militärische Maßnahmen, die Oesterreich bedrohen, sind mit der Neutralität unvereinbar. Wenn aber ein Teil der französischen Presse eine maßlose Sprache gegen Oesterreich-Ungarn und Deutschland führt, als sei ihr nichts erwünschter als der Weltkrieg, so fällt auf sie ein großer Teil der Verantwortung, kommt es wirklich zu diesem Ausgang.

Es kann dazu kommen; dieser Erkenntnis verschließt sich niemand. Und die Kundgebungen, deren Zeugen wir in diesen Tagen sind, beweisen, daß das deutsche Volk, wenn ihm der Krieg aufgenötigt wird, ihn furchtlos zu führen entschlossen ist. Deutschland ist sich der Gefahr bewußt, aber schaut ihr ruhig ins Auge. Deutschland will den Frieden, aber es scheut nicht davor zurück, den Fehdehandschuh, wenn er ihm zugeworfen wird, aufzunehmen. Es kann dazu kommen, aber es braucht nicht dazu kommen. Noch braucht man die Hoffnung nicht aufzugeben, daß jede Regierung der furchtbaren Tragweite eingedenk sein wird, die der Einmischung in den Streit zwischen zwei einzelnen Staaten beikäme. Man darf immer noch mit der Möglichkeit rechnen, daß der Krieg auf seinen Herd beschränkt bleibe.

Um so gerechtfertigter ist der Wunsch, daß sich zu der zuversichtlichen Festigkeit, die sich überall in der Stimmung der Bevölkerung offenbart, die Ruhe und Bedächtigkeit auch in der Auffassung der wirtschaftlichen Verhältnisse geselle und die gebotene Vorsicht nicht in übertriebenes Mißtrauen ausarte. Und endlich, so natürlich die Empfindung des Volkes nach einer Betätigung drängt, die der Erkenntnis eines Zeitpunktes vorgeschichtlicher Bedeutung entspricht, so angemessen wird es doch sein, daß unbedachte und verletzende Demonstrationen, zu denen junge Leute vor der russischen Botschaft Neigung zeigten, unterbleiben und vielmehr der Ernst der Zeit auch in der Würde und dem Takt der Kundgebungen Ausdruck finde.

* * *

Die nach der Flottenrevue in Portsmouth versammelte Marine bleibt zusammen.

Presse - Posener Tageblatt, Nr. 346, Montag, 27. Juli 1914 - S.3

Das englische Geschwader.

London, 26. Juli. Dem 1. Geschwader, das in Portsmouth versammelt ist, wurde der Befehl erteilt, zusammenzubleiben. Alle Schiffe des 2. Geschwaders bleiben in ihren Heimathäfen.

* * *

Ein englisches Geschwader segelt in die Nordsee

Presse - Posener Tageblatt, Nr. 347, Dienstag, 28. Juli 1914 - S.7

Das englische Geschwader.

London, 27. Juli. (Privattelegramm) Wie aus Portsmouth berichtet wird, nimmt das erste Geschwader Kohlen ein und geht noch heute nach der Nordsee ab.

* * *

Alle Ausfüllmannschaften der 2.englischen Flotte bleiben zusammen.

Presse - Posener Tageblatt, Nr. 348, Dienstag, 28. Juli 1914 – Mittag - S.3

Die englische Flotte.

London, 27. Juli. Wie die Admiralität anordnet, haben die sogenannten Ausfüllmannschaften der 2. Flotte den Befehl erhalten, auf ihren Schiffen zu bleiben, anstatt wieder an Land zu gehen, wie es sonst bei Beendigung von Manövern üblich ist.

* * *

Poincare beendet seine Reise frühzeitig und sagt seinen Besuch in Dänemark ab. Verdacht: er wollte Dänemark mit ins Boot nehmen gegen Deutschland!?

Presse - Wiener Zeitung - Nr. 173 - Dienstag, 28. Juli 1914 - S.22

Abbruch der Reise des Präsidenten Poincares.

Paris, 28. Juli. In einem vom Präsidenten Poincare von Bord des Panzerschiffes „France“ an den König von Dänemark gerichteten Funkspruch heißt es: Der Ernst der Lage legt mir die bindende Pflicht auf, direkt nach Frankreich zurückzukehren, wohin ich vom Ministerrat, dem Dolmetsch der öffentlichen Meinung, berufen werde. Poincare sandte eine ähnliche Depesche an den König von Norwegen.

* * *

England „sieht“ sich vor der Entscheidung – die schon längst gefällt – einen Krieg in Europa zu führen; doch das „friedliche“ Bild wählend, schlägt Grey eine Konferenz der Mächte vor, den „Frieden“ zu erhalten.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9181, Dienstag, 28. Juli 1914 – S.16

Englands Eingreifen. Vorschlag auf Einstellung der militärischen Operationen.

London, 27. Juli. Das Unterhaus trat heute nachmittags unter allen Anzeichen großer Erregung zusammen, da die europäische Krisis und die Ereignisse in Dublin die Mitglieder des Hauses mit höchster Besorgnis erfüllen.

Staatssekretär von Irland Byrell antwortete zuerst auf Anfragen betreffen die Ereignisse in Dublin.

Sodann stellt Bonar Law Fragen betreffend die europäische Lage.

Im Laufe seiner Erwiderung teilte Staatssekretär Sir Edward Grey mit, daß er gestern nachmittags den englischen Botschaftern in Paris, Berlin und Rom Anweisung gegeben habe, bei der französischen, der deutschen und der italienischen Regierung anzufragen, ob sie geneigt seien, ein Einvernehmen dahin zu treffen, daß ihre Botschafter in London mit Sir E. Grey zu einer Konferenz zusammentreten, um die Mittel und Wege zu prüfen, wie die gegenwärtigen Schwierigkeiten beizulegen seien. Gleichzeitig habe er die englischen

Vertreter in Wien, Petersburg und Belgrad angewiesen, den dortigen Regierungen den Konferenzvorschlag mitzuteilen und sie zu ersuchen, die militärischen Operationen einzustellen, bis das Ergebnis der Konferenz bekannt sei. Die Antworten aller Mächte seien noch nicht eingelaufen.

Die wichtigsten Erklärungen lauten wörtlich folgend:

Ich glaube, dem Hause ausführlich die Stellung, die die britische Regierung bis jetzt eingenommen hat, darlegen zu müssen. Letzten Freitag morgens erhielt ich vom österreichisch-ungarischen Botschafter den Text der Mitteilungen der österreichisch-ungarischen Regierung an die Mächte, die in der Presse auch erschienen sind und die Forderungen Österreich-Ungarns an Serbien enthalten. Nachmittags sah ich die übrigen Botschafter und drückte ihnen gegenüber die Ansicht aus, daß wir, solange der Streit auf Österreich-Ungarn und Serbien beschränkt bleibe, kein Recht hätten, uns einzumischen. Wenn aber die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn, Deutschland und Rußland bedrohlich würden, sei es eine Sache der europäischen Friedens und gehe uns alle an. Ich wußte in jenem Augenblicke nicht, welchen Standpunkt die russische Regierung eingenommen hatte, und ich konnte deswegen keinen unmittelbaren Vorschlag machen. Aber ich sagte, wenn die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland einen bedrohlichen Charakter annehmen, so scheine mir die einzige Chance für den Frieden darin zu bestehen, daß die vier an der serbischen Frage nicht unmittelbar interessierten Mächte, nämlich Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien in Petersburg und Wien gleichzeitig und zusammen dahin wirken sollten, daß Österreich-Ungarn und Rußland die militärischen Operationen einstellen mögen, während sich die vier Mächte bemühen würden, eine Beilegung des Konfliktes zu erzielen.

Harry Lawson fragte Grey, ob es wahr sei, daß der deutsche Kaiser heute früh das Prinzip seiner Vermittlung, das Grey vorgeschlagen habe, angenommen habe.

Staatssekretär Sir Edward Grey erwiderte, er sei überzeugt, daß die deutsche Regierung der Vermittlungsidee im Prinzip günstig sei, aber über den speziellen Vorschlag, daß man zu dem Prinzip einer Vermittlung durch eine Konferenz greife, habe er noch keine Antwort von der deutschen Regierung erhalten.

Angesichts der Lage wurde die Diskussion vertagt.

* * *

Man kurt in Deutschland, da hier das Klima günstiger ist, einen Krieg gegen selbiges zu planen

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 377 – Dienstag, 28. Juli 1914 – S.15

Rückkehr vom Sommerurlaub.

Die politischen Ereignisse haben zur Folge, daß zahlreiche Staatsmänner und hohe Offiziere ihren Sommerurlaub unterbrechen. Es wird uns gemeldet: Der Kronprinz von Montenegro, der mit Gemahlin und Gefolge in einem Sanatorium in Frankfurt a. M. weilte, ist Montag vormittag im Automobil ohne Angabe des Reiseziels abgereist. - Aus Bad Homburg wird gemeldet: Der Kommandant der russischen Festung Kronstadt, General Danilo, hat wegen des Ausbruchs des Krieges zwischen Oesterreich und Serbien seinen Kuraufenthalt unterbrochen und ist nach Rußland abgereist. Auch viele andere in Homburg weilende Offiziere kehrten in ihre Heimat zurück. – Aus Karlsbad ist der rumänische Gesandte Lahovary nach Paris zurückgekehrt.

* * *

England bleibt mit seiner Flotte Gewehr bei Fuß, jederzeit einsatzbereit für die kriegerische Operation.

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 377 – Dienstag, 28. Juli 1914 – S.16

Bereitschaft der englischen Flotte.

London, 27. Juli. Die englische Flotte hat die Order erhalten, nicht auseinanderzugehen. Die Schiffe der zweiten Flotte bleiben in ihren Heimathäfen in der Nähe der Reserven. Die erste Flotte hatte Portland um 5 Uhr morgens verlassen, um auseinanderzugehen, wurde aber auf drahtlosem Wege wieder zurückgerufen. Zurzeit nehmen die Schiffe Kohlen ein. Es heißt, daß die Flotte heute nacht nach der Nordsee abgehen soll.

Wie die Admiralität mitteilte, haben die sogenannten Ausfüllmannschaften der zweiten Flotte den Befehl erhalten, auf ihren Schiffen zu bleiben, anstatt wieder an Land zu gehen, wie es bei Beendigung von Manövern üblich ist.

* * *

Die englische Flotte.

London, 28. Juli. Wie die Blätter melden, befinden sich im Hafen von Portland zurzeit 29 Schlachtschiffe, 4 Schlachtkreuzer, 9 andere Kreuzer der ersten Flotte. Sie nahmen Kohlen ein; Kriegsmaterial und Proviant, die für mehrere Wochen ausreichen, sind ebenfalls eingenommen worden. Bis die internationale Lage geklärt ist, wird auf den Schiffen der ersten Flotte kein Urlaub erteilt. Wie in kritischer internationaler Lage üblich, gab die Admiralität gestern die Liste der Schiffsbewegungen nicht aus.

* * *

England schlägt eine Konferenz der nicht direkt am Konflikt beteiligten Mächte vor, ähnlich einer nach dem Balkankriege.

Die englische Vermittlungsaktion. Die Haltung Deutschlands – Der Konferenzplan.

Die Bemühungen der englischen Regierung, im Verein mit den Regierungen der anderen nicht direkt am Konflikt beteiligten Mächte vermittelnd zu wirken, steht, wie wir hören, die deutsche Regierung nicht unbedingt ablehnend gegenüber. Aber die deutsche Regierung macht ihre Teilnahme an der Vermittlungsaktion davon abhängig, ob Österreich-Ungarn eine Vermittlung annehmen würde, und in welchem Umfange Österreich-Ungarn die Vermittlung wünscht. Eine nicht von Österreich-Ungarn gewünschte Vermittlung lehnt die deutsche Regierung, da sie eine Pression darstellen würde, ab.

Nun hat Sir Edward Grey gestern abend im Unterhause Erklärungen abgegeben, aus denen hervorgeht, daß er nicht an eine Vermittlung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien, sondern an eine Vermittlung zwischen Österreich und Rußland denkt. Das ist eine sehr beachtenswerte Nuance. Eine Vermittlungsaktion, die sich auch an Österreich und Serbien richten würde, wäre, wie wir glauben, im gegenwärtigen Augenblicke aussichtslos, da man in Wien nicht geneigt scheint, eine solche Vermittlung zu akzeptieren. Zwischen Österreich-Ungarn und Rußland sind die Beziehungen nicht abgebrochen, der russische Minister des Äußeren konferiert noch mit dem österreichischen Botschafter, und an sich ist nicht einzusehen, warum nicht die anderen Großmächte diese Aussprache in vermittelndem Sinne unterstützen.

Aber Sir Edward Grey hat dann seine Idee genauer formuliert und eine Konferenz vorgeschlagen, an der neben ihm selbst die Botschafter Deutschlands, Italiens und Frankreichs teilnehmen sollen. Die Botschafterkonferenz soll die Basis für eine Verständigung suchen und dann das Resultat ihrer Beratungen in Wien und Petersburg mitteilen. Es wäre das eine Wiederholung der Botschafterkonferenz, die nach dem Balkankriege in London tagte, nur mit dem Unterschiede, daß damals die Botschafter Österreich-Ungarns und Rußlands mit am Beratungstische saßen. Sir Edward Grey hat in seiner gestrigen Rede betont, daß bis zur Beendigung der Konferenzarbeit Feindseligkeiten unterbleiben müßten. Hier liegt natürlich die Schwierigkeit, an der sein Plan leidet, denn es bleibt fraglich, ob Österreich-Ungarn in eine Vertagung der militärischen Operationen einwilligen wird. Es wird über den Vorschlag Sir Edward Greys nun zwischen den Kabinetten verhandelt werden. Und hoffentlich wird man ein Mittel finden, ihn so zu gestalten, daß er den Hauptbeteiligten annehmbar erscheint.

* * *

Grey betont, wenn der Konflikt nicht auf Österreich und Serbien beschränkt bleibe, sondern Deutschland und Rußland involviert würden, sei es eine europäische Sache – dann muß England mit Rußland ziehen, das dann von Frankreich unterstützt würde. – Eine charakteristische, englische Rede.

Der Wortlaut der Rede Greys.

Die Rede Sir Edward Greys über die europäische Lage hatte nach einer anderen Londoner Depesche folgenden Wortlaut:

„Ich glaube, dem Hause ausführlich die Stellung, die die britische Regierung bis jetzt eingenommen hat, darlegen zu müssen. Letzten Freitag morgen erhielt ich vom österreichisch-ungarischen Botschafter den Text der Mitteilungen der österreichisch-ungarischen Regierung an die Mächte, die in der Presse auch erschienen, und welche Forderungen Österreich-Ungarns an Serbien enthalten. Nachmittags sah ich die übrigen Botschafter und drückte ihnen gegenüber die Ansicht aus, daß wir, solange der Streit auf Österreich-Ungarn und Serbien beschränkt bleibe, kein Recht hätten, uns einzumischen. Wenn aber die Beziehungen

zwischen Österreich-Ungarn, Deutschland und Rußland bedrohlich würden, sei es eine Sache des europäischen Friedens und gehe uns alle an. Ich wußte in jenem Augenblicke nicht, welchen Standpunkt die russische Regierung eingenommen hatte, und ich konnte deswegen keinen unmittelbaren Vorschlag machen. Aber ich sagte, wenn die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland einen bedrohlichen Charakter annähmen, so scheine mir die einzige Chance für den Frieden darin zu bestehen, daß die vier an der serbischen Frage nicht unmittelbar interessierten Mächte, nämlich Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien, in Petersburg und Wien gleichzeitig und zusammen dahin wirken sollten, daß Österreich und Rußland die militärischen Operationen einstellen möchten, während sich die vier Mächte bemühen würden, eine Beilegung des Konfliktes zu erzielen. Nachdem ich gehört habe, daß Österreich-Ungarn die Beziehungen zu Serbien abgebrochen hatte, machte ich folgenden Vorschlag: Ich wies gestern nachmittag die britischen Botschafter in Paris, Berlin und Rom telegraphisch an, bei den Regierungen, bei welchen sie beglaubigt sind, anzufragen, ob diese gewillt seien, ein Einvernehmen dahin zu treffen, daß der französische, der deutsche und der italienische Botschafter mit mir zu einer Konferenz in London zusammentreten, um sich zu bemühen, Mittel zu einer Beilegung der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu finden. Gleichzeitig beauftragte ich unsere Vertreter, jene Regierungen zu ersuchen, ihre Vertreter in Wien, Petersburg und Belgrad zu ermächtigen, die dortigen Regierungen von der vorgeschlagenen Konferenz zu informieren und zu ersuchen, alle aktiven militärischen Operationen bis zur Beendigung der Konferenz einzustellen. Darauf habe ich noch nicht alle Antworten erhalten. Bei diesem Vorschlag ist natürlich die Zusammenarbeit der vier Mächte das Wesentliche. In einer so schweren Krisis, wie diese, würden die Bemühungen einer einzelnen Macht, den Frieden zu erhalten, unwirksam sein. Die in dieser Angelegenheit zur Verfügung stehende Zeit war so kurz, daß ich die Gefahr auf mich nehmen mußte, einen Vorschlag zu machen, ohne die üblichen vorbereitenden Schritte zu unternehmen, um mich zu versichern, ob er gut aufgenommen würde. Aber wo die Dinge so ernst sind und die Zeit so kurz ist, läßt sich die Gefahr, etwas Unwillkommenes vorzuschlagen, nicht vermeiden. Ich bin trotzdem der Ansicht, daß, angenommen, daß der in der Presse erschienene Text der serbischen Antwort richtig ist, wie ich es glaube, dieser Vorschlag wenigstens eine Grundlage bieten sollte, auf der eine freundschaftliche und unparteiische Gruppe von Mächten, unter denen sich Mächte befinden, die bei Österreich-Ungarn und bei Rußland gleiches Vertrauen genießen, imstande sein sollten, eine Beilegung zu finden, die allgemein annehmbar sein würde.

Es müßte jedem der nachdenkt, klar sein, daß in dem Augenblick, wo der Streit aufhört, ein solcher zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zu sein, und ein Streit wird, in den eine andere Großmacht verwickelt ist, dies mit einer der größten Katastrophen enden kann, die jemals den Kontinent Europa heimgesucht habe, und niemand kann sagen, was das Ende der ausgebrochenen Streitigkeiten sein wird, und ihre direkten und indirekten Folgen würden unberechenbar sein.“ (Beifall.)

Nach der Erklärung Greys fragte Harry Lawson, ob es wahr sei, daß der deutsche Kaiser heute morgen das Prinzip einer Vermittlung, das Grey vorgeschlagen habe, angenommen habe. Grey erwiderte, er sei überzeugt, daß die deutsche Regierung der Vermittlungsidee im Prinzip als zwischen Österreich-Ungarn und Rußland günstig sei, aber über den speziellen Vorschlag, daß man zu dem Prinzip einer Vermittlung durch eine Konferenz greife, habe er noch keine Antwort von der deutschen Regierung erhalten.

Heute nachmittag sollte im Unterhaus beim Budget die Generaldebatte über die Flottenpolitik stattfinden, aber angesichts der Lage wurde die Diskussion vertagt.

★

★

★

Das SPD-Sprachrohr „Vorwärts“ nimmt Partei für Serbien gegen die Donaumonarchie, und nennt sie einen „Haufen organisierter Verwesung“.

Presse - Posener Tageblatt, Nr. 347, Dienstag, 28. Juli 1914 - S.2

Deutsche Pressestimmen.

Wie der „Vorwärts“ bei der Verurteilung des Meuchelmordes von Sarajewo sich in die größten Widersprüche verwickelt hat, so wird auch die österreich-serbische Krisis für das sozialdemokratische Zentralorgan zu einer neuen Gelegenheit, sich selbst ins Gesicht zu schlagen. **Der „Vorwärts“ stellt sich nämlich am 25. d.M. mit der größten Leidenschaftlichkeit auf die Seite Serbiens.** Ohne ein Gefühl für die Herausforderung, der Serbien gegenüber Österreich-Ungarn sich schuldig macht, indem es seine Offiziere und Beamte planmäßig hochverräterische Bestrebungen auf österreichischem Boden züchten, die Ermordung des Thronfolgers aushecken und bei der Bluttat selbst Helferdienste leisten läßt – ohne eine Empfindung für dieses verbrecherische Treiben erblickt der „Vorwärts“ im Großserbentum eine Bewegung, die im Vergleich mit dem „Haufen organisierter Verwesung“, der Donaumonarchie, „alles historische Recht für sich hat“. Von diesem Standpunkt aus erkennt der „Vorwärts“ nur das nationale Selbstgefühl Serbiens als berechtigt an und

betrachtet den österreichischen Anspruch auf Genugtuung als einen Faustschlag ins Gesicht der Serben, als ein Stück „tolldreisten imperialistischen Balkanpolitik Österreich-Ungarns.“

Mit solcher Auffassung, deren gegen den Verbündeten des Deutschen Reiches gerichtete Einseitigkeit nicht überboten werden kann, vergißt und verleugnet der „Vorwärts“ seinen eigenen Leitartikel vom 4. d.Mts. Am genannten Tage hat das sozialdemokratische Zentralorgan unter der Überschrift „Die serbische Gefahr“ einen aus Wien stammenden Artikel ohne Vorbehalt veröffentlicht, dessen sachkundiger Verfasser die „demokratische Ideologie“ (wie sie im „Vorwärts“ vom 25. ds. gegen Österreich sich breit macht!) im Interesse der „Wahrheit“ u.a. mit folgenden Ausführungen bekämpft:

„Die leidenschaftliche Empörung, die in Serbien nach der Annexion ausbrach, zeigt wohl, daß die Serben die Großmacht im Westen darum hassen, weil sie ihnen Bosnien und die Herzegowina, und vielleicht auch andere Gebiete, wo in Österreich-Ungarn Serben wohnen, vorenthält, und die Erfüllung des Dranges nach nationaler Einigung und Einheit hindert. In diesem Zusammenhang ist dieses Verhältnis des Hasses zwischen Serbien und Österreich eine schwere Gefahr für ganz Europa. ... Und überdies kann Rußland durch das serbische Werkzeug über Österreich-Ungarn .. schwere Beunruhigung breiten.... Ohne Zweifel ist es ein groteskes Mißverhältnis, daß der Appetit Serbiens nach Bosnien die ganze europäische Zivilisation in Erschütterung bringt und daß ganz Europa unter dem Drange der Serben nach nationaler Einheit erzittert; aber die Mordtat von Sarajewo zwingt alle, der Tatsache ins Auge zu blicken und verdeutlicht die Schwere dieser Bedrohung des Friedens in Europa..... Die Erhaltung des Friedens, von der die Möglichkeit alles demokratischen Fortschrittes abhängt, nimmt es als ethisches Gut mit der Berechtigung des serbischen Expansionsbedürfnisses immerhin noch auf. Auch wäre zu erwägen, wie stark damit die Stoß- und Siegeskraft des Panslawismus gesteigert würde; so glatt lassen sich die großserbischen Wünsche in die europäische Staatenordnung nicht einfügen, als es scheint, wenn als berechtigter Drang lediglich und ausschließlich der serbische nach nationalstaatlicher Einheit eingestellt wird. Die Geringschätzung, der Österreich-Ungarn in der demokratischen Ideologie verfallen ist, verführt dazu, daß die Untersuchung gemeinhin nicht bis zum Ende geht, und bei der „brutalen Unterdrückungspolitik Österreichs stehen bleibt; aber die Untersuchung, der es um die Wahrheit zu tun ist, muß auch den letzten Schritt machen und feststellen, daß in den großserbischen Ansprüchen in der großserbischen Irredenta, ein erheblicher Teil der Kriegsgefahr liegt, von der Europa sich bedroht fühlt..... Dadurch erwächst auch wieder der gesamten internationalen die Pflicht, keinen Zweifel darüber zu lassen, daß sie die Erhaltung des Weltfriedens den großserbischen Aspirationen nicht zu opfern gedenkt.“

Die vorstehende Darlegung des „Vorwärts“ vom 25. d.Mts. führt seine jetzige blinde Parteinahme für Serbien, namentlich unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung des Weltfriedens, so drastisch ad absurdum, daß jeder Zusatz überflüssig ist.

* * *

Kaiser Wilhelm zurück in Deutschland

Presse - Wiener Zeitung, Nr. 173, Dienstag, 28. Juli 1914 - S.11

Rückkehr Kaiser Wilhelms von der Nordlandreise.

Wildpark, 27. Juli Kaiser Wilhelm ist um 3 Uhr 10 Min. Nachmittags mittels Sonderzug aus Kiel in der Fürstenstation eingetroffen. Zum Empfange hatte sich Kaiserin Viktoria Auguste eingefunden.

* * *

Presse - Posener Tageblatt, Nr. 347, Dienstag, 28. Juli 1914 - S.7

Rückkehr der deutschen Hochseeflotte.

Wilhelmshaven, 27. Juli. (Privattelegramm) Die Hochseeflotte erhielt Befehl, in die Heimat zurückzukehren.

* * *

Die ersten Zeichen der englischen Entschlossenheit – wenn man die Tripleentente auf die Probe stellen will – und schon sind die Mittelmächte am Zuge.

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 377 - Dienstag, 28. Juli 1914 - S.3

Die englische Friedensaktion.

London, 27. Juli. Die „Pall Mall Gazette“ schreibt heute abend in einem Leitartikel: „Zwei Fragen liegen der Krisis zugrunde. Die unmittelbare und kleinere Frage ist der Konflikt zwischen Österreich und Serbien. Hier ist Recht und Gerechtigkeit auf der Seite Österreichs. Die Angriffe Serbiens auf seine Sicherheit und den Bestand des Friedens sind unerträglich geworden. Die Ermordung des Thronfolgers und seiner Gattin waren nur der Gipfel einer langen Reihe von Angriffen gegen Österreich, die dieses zurückweisen mußte. **Wir müssen unsere Meinung dahin präzisieren, daß Österreich, wenn es vollständige Garantien von Serbien fordert, nicht nur im Rahmen seines Rechts handelt, sondern auch durch eine überwältigende Notwendigkeit dazu getrieben wird. Aber wenn über dieses natürliche und berechtigte Vorgehen hinaus bei Österreich der Wunsch vorliegt, gemeinsam mit seinen Verbündeten die Festigkeit der Tripleentente auf die Probe zu stellen, dann erwächst eine viel umfangreichere und schwierigere Situation, die keine Macht ignorieren kann.**“ Das Blatt bespricht weiter die Möglichkeit, daß England in den Krieg hineingezogen werden könnte, und erklärt: „Die Krisis steht vor uns. Wir können nicht warten und uns führen lassen. Wenn Frankreich mobilisiert, müssen wir auch mobilisieren, nicht aus Kriegsbegier, sondern zur Sicherung unseres festen Entschlusses, den Frieden zu bewahren. Wenn England in diesem Moment unentschlossen ist, kann es die Welt in eine schreckliche Katastrophe stürzen lassen.“

Der „Evening Standard“ schreibt: „Alles scheint unsere Auffassung zu bestätigen, daß der österreichisch-serbische Konflikt nicht tragisch enden darf. Kein einziges Land will den Krieg. Österreich am wenigsten von allen. **Was Rußland angeht, so entspricht es offensichtlich nicht der Anschauung des Zaren, an einem Krieg teilzunehmen, der seinen Ursprung in dem Attentat von Sarajewo hat. Dann ist da Deutschland. Die Tripleentente wird es ihm nicht vorwerfen dürfen, wenn es für einen Verbündeten zu den Waffen greift. Außer wenn Rußland eingreift, ist auch Deutschland nicht für einen Krieg begeistert. England selbst ist natürlich für den Frieden. Wir verdammen das Verbrechen von Sarajewo, wir können es nicht für recht finden, daß Serbien unausgesetzt Österreich auf die Füße tritt. Auf der anderen Seite sind wir nicht gewillt, anzusehen, wie ein Staat vernichtet wird, der immer große Freundschaft für England bekundet hat.**“ Der „Standard“ schließt mit der Mahnung, daß England eine Verständigung in Irland schaffen müsse; sonst werde Englands Macht und Einfluß im Rat der Mächte geschmälert werden und schwinden.“

*

*

*

Frankreich sieht die alleinige Verantwortung für einen Krieg bei Deutschland – Frankreichs Propagnada funktioniert. Und aus Österreich ist der Schlag der Katastrophe gekommen – Österreich hat Serbien geärgert – oder umgekehrt? Man sagt: „**wenn Österreich das Verbrechen so weit treiben sollte, daß es trotz der Nachgiebigkeit Serbiens den Krieg erklärt**“ – alles spricht für Frankreichs Theorie – oder? – Frankreich spielt die Kriegspropaganda in Höchstform. Der Vorhang zum Weltschauspiel hat sich gehoben.

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 378 - Dienstag, 28. Juli 1914 - Abend - S.1

Französische Vorwürfe gegen Deutschland. Keine Kriegsbegeisterung in Frankreich.

Paris, 28. Juli. Um Mitternacht ist hier die Stimmung umgeschlagen, vielleicht auf die Nachricht, daß die österreichischen Streitkräfte auf Belgrad vorgehen. (Es handelt sich um eine heute früh zwischen 1 und 2 Uhr von der Agence Havas veröffentlichte Depesche aus Wien, die lautet: „Man vollendet in diesem Augenblick sehr bedeutende Vorbereitungen zu einer militärischen Aktion gegen Serbien, die heute früh begonnen werden wird.“ Diese Nachricht ist bisher von deutsch-offiziöser oder österreichisch-offiziöser Seite nicht bestätigt worden. Ganz unbestätigt und unwahrscheinlich ist ein heute früh in Budapest aufgetauchtes Gerücht, daß Belgrad bereits besetzt sei. Die Red.)

Der Pessimismus wächst wieder. **Fast einstimmig machen die Zeitungen aller Parteien Deutschland dafür verantwortlich, daß die Vermittlungsaktion angeblich ins Stocken geraten sei. Man begründet die Anklage mit einer Berliner Meldung der „Kölnischen Zeitung“, die erklärt, daß Deutschland auf Österreich keinen Zwang ausüben werde. Der „Matin“, der sich von seinem Mitarbeiter Hedemann aus Berlin ziemlich friedliche Nachrichten senden läßt, schreibt im Gegensatz zu diesen in seinem Leitartikel: „Deutschland hat die österreichische Offensive nicht zurückgehalten, also hat es sie nicht zurückhalten wollen. So hat Deutschland sich von dem übrigen Europa getrennt. Wem will man vorreden, daß die Berliner Diplomatie so**

schwach sei, daß sie die wahnsinnige Gebärde Österreichs nicht zurückhalten konnte? In dem Augenblick, wo eine schnelle Entscheidung nötig ist, hat Deutschland gezaudert und diskutiert. Es hat dem Vorschlag Sir Edward Greys seine prinzipielle Zustimmung erteilt, aber diese Zustimmung mit soviel Vorbehalten, Einwendungen und Schwierigkeiten umgeben, daß nichts mehr davon übrig bleibt. Wenn der Versuch einer Vermittlung scheitert, so ist Deutschland allein Schuld daran.

Wenn morgen aus dem österreichisch-serbischen Krieg der europäische Krieg wird, so trägt Deutschland die Verantwortung.“

Ähnlich ist die Meinung des früheren Ministers des äußeren Pichon, der in seinem „Petit Journal“ schreibt: „Die Antwort Deutschlands auf den Vorschlag Sir Edward Greys ist noch nicht eingetroffen. Die Zeit verläuft und jede Stunde, die vorübergeht, vermehrt die Unruhe und macht neue Schwierigkeiten. **Allerdings wird gesagt, daß die deutsche Regierung eine Intervention in Rußland vorschläge, um die slawische Aufregung zu beruhigen, aber dieselbe Regierung fährt fort, eine Intervention in Österreich unmöglich zu machen, und doch ist aus Österreich der Schlag gekommen, der all diese slawischen Aufregungen weckt.** Wie sollten wir Deutschland in einem solchen Abenteuer weiter folgen?“ Das „Journal“ macht darauf aufmerksam, daß im Augenblick die Gefahr nicht in Österreichs Vorgehen liegt, sondern vielmehr darin, daß die Mächte untereinander nicht harmonieren. Das Blatt schreibt: „**Deutschland sucht die Lösung des Konfliktes in einer Lokalisation, durch die Rußlands Eingreifen verhindert, aber Österreichs Vorgehen gegen die Serben erleichtert werde.** Diese Absicht Deutschlands zeigt sich etwas allzu deutlich in den Anregungen, die Herr v. Schoen am Sonntag im Quai d’Orsay machte. Sie zeigt sich ebenfalls in dem allzu lange dauernden Schweigen, das man von Berlin aus dem englischen Vermittlungsvorschlag entgegengesetzt.“

Poincare und Viviani werden Mittwoch abend in Paris sein. Ein Ministerrat wird sofort nach ihrer Ankunft zusammenberufen werden. Auch die beiden Präsidenten der Kammer und des Senats haben ihren Urlaub unterbrochen und sind nach Paris zurückgekehrt. Gestern abend um 7 Uhr hat im Ministerium des Äußeren eine Konferenz stattgefunden, an der alle hier anwesenden Minister teilgenommen haben. Jeder Minister hat über die Maßregeln Bericht erstattet, die ihm zufallen, um die Verteidigung des Landes zu regeln. In Toulon hat der Admiral de Lapeyriere für heute Vormittag alle Geschwaderchefs zu einer Konferenz an Bord des „Courbet“ zusammenberufen. Trotz all dieser Vorbereitungen ist von einer kriegerischen Stimmung oder Begeisterung nicht das geringste zu merken.

Selbst der Säbelrassler de Cassagnac schreibt in seiner „Autorite“: „Wenn die Kriegserklärung morgen kommt werden wir alle bereit sein, uns töten zu lassen, aber immerhin möchten wir gern, daß unser Tod irgendetwas nützen würde.“

Auf der anderen Seite schreibt Jaures in der „Humanite“: „**Auch wenn Österreich das Verbrechen so weit treiben sollte, daß es trotz der Nachgiebigkeit Serbiens den Krieg erklärt, so würde auch dann noch die europäische Mediation eine Macht bleiben, mit der die Kriegführenden zu rechnen haben.**“

* * *

Rußland informiert Serbien, daß Frankreich als Verbündeter bereit steht.

Telegramm des russischen Zar Nikolaus II. an den serbischen König Alexander

15./28. Juli. Telegramm Nr. 1525 an Nisch. [jul./greg. Kalender]

Antworttelegramm S.M. des Kaisers an König Alexander.

Im Auftrag seiner Regierung hat der französische Botschafter den Außenminister von der vollen Bereitschaft Frankreichs unterrichtet, im Bedarfsfalle seinen Verpflichtungen als Verbündeter nachzukommen. How the War Began in 1914, Russische Rote Bücher, Vol. IV 1923; London 1925, S.43

* * *

Die russische Presse sieht die serbische Antwort als genügend an

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 378 - Dienstag, 28. Juli 1914 - Abend - S.4

Die serbische Antwort genügt.

Petersburg, 28. Juli. (WTB) Der „Petersburgski Kurier“ erfährt auf dem Auswärtigen Amt, daß der Schritt Englands dessen eigener Initiative entspringt und durchaus nicht von der russischen Regierung diktiert ist, welche vor der Hand ihre diplomatische Mission gegenüber Österreich-Ungarn erfüllt ansieht. Die Blätter halten einmütig die serbische Antwort für genügend.

*

*

*

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 377 – Dienstag, 28. Juli 1914 – Morgen – S.16

Serbiens Verteidigung.

Mailand, 27. Juli. „Secolo“ meldet aus Nisch: Prinz Alexander hat von den Befehlshabern der vier Korps die Versicherung erhalten, innerhalb acht Tagen werde ein Heer von dreihunderttausend Mann in der Linie, und 10 000 Mann Reserven aufgestellt sein. Einige französische Aeroplane seien eingetroffen, die von serbischen Offizieren, die in Frankreich unterrichtet worden sind, geführt werden sollen. Die serbische Regierung behauptet, sie habe alle Punkte der österreichischen Note, ausgenommen die Forderung nach einer gemischten Kommission, erfüllen wollen, ohne den Abbruch der diplomatischen Beziehungen verhindern zu können. Serbien werde bei den europäischen Mächten gegen dieses Vorgehen der Donaumonarchie Einspruch erheben, und nachweisen, daß die Verantwortung nur diese treffe.

*

*

*

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 378 – Dienstag, 28. Juli 1914 – Abend – S.1

Kämpfe an der Drina.

Wien, 28. Juli. Die Kämpfe an der Drina, dem bosnisch-serbischen Grenzfluß, haben begonnen. Serbische Freiwillige forcieren an mehreren Punkten den Fluß, die österreichischen Grenztruppen erwidern das Feuer. Die Serben haben irrtümlich einen ihrer eigenen Transportdampfer beschossen. Sie haben viele Tote und Verwundete. Die Mobilisierung der serbischen Armee schreitet rasch vorwärts, sie vollzieht sich glatt. Der Aufmarsch wird in wenigen Tagen beendet sein. Im serbischen Teil des früheren Sandschaks Novibazar sind Truppenbewegungen zu erkennen. Die serbischen Truppen haben ihre Posten bis Priboi (am Limfluß, wo die alte Grenze Serbiens an Bosnien stößt) vorgeschoben, die mit den montenegrinischen Truppen bei Plewlje Fühlung nehmen. König Nikita übersiedelt mit der montenegrinischen Regierung von Cetinje nach Podgoritza.

*

*

*

Solange der Konflikt auf Serbien und Österreich beschränkt bliebe, läge kein Grund für Griechenland zum Eingreifen vor.

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 378 - Dienstag, 28. Juli 1914 - Abend - S.4

Die Haltung Griechenlands.

Athen, 28. Juli. Die Morgenblätter äußern sich einstimmig darin, daß für Griechenland kein Grund zur Einmischung in den österreichisch-serbischen Konflikt vorläge, solange Serbien von Österreich allein angegriffen werde.

*

*

*

Die deutsche Bevölkerung räumt ihre Konten bei den Sparkassen.

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 377 - Dienstag, 28. Juli 1914 - S.13

Der Sturm auf die Sparkassen. Unbegründete Beunruhigung.

Wie in Berlin, so hat auch in anderen Städten Deutschlands gestern ein Run auf die Sparkassen stattgefunden. Wie wir bereits betont haben und wie jetzt auch amtliche Stellen nachdrücklich erklären, sind die Einlagen der Sparkassen völlig gesichert und unantastbar, selbst wenn, um einmal den unwahrscheinlichen Fall anzunehmen, Deutschland in kriegerische Verwicklungen gezogen werden sollte. Durch ihre Ängstlichkeit schädigen sich die Sparer selber; denn aus dem Abheben der Spareinlagen zu ungünstigen Terminen erwachsen ihnen unbedeutende Zinsverluste. Wir erhalten über den Ansturm der Bevölkerung auf die Sparkassen im Reiche folgende Privat-Telegramme:

Straßburg i.E. 27. Juli. Seit Sonnabend nachmittag finden bei der städtischen Sparkasse umfangreiche Abhebungen von Spargeldern statt. Der Ansturm hielt hier sowohl wie in anderen Orten Elsaß-Lothringen am heutigen Montag mit unverminderter Heftigkeit an. Im Laufe einer Stunde wurden heute in Einzelbeträgen von je 100 M. 300 000 Mark von der Straßburger Sparkasse ausbezahlt. Aus anderen Orten des Elsaß liegen Meldungen über zunehmende Erregung in der Bevölkerung vor.

*

*

*

Presse - Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 175 – Mittwoch, 29. Juli 1914 – S.1

Österreich – Ungarn und die serbische Note.

Wien, 27. Juli. Die Note der Königlich serbischen Regierung vom 12./25. Juli 1914 lautet in deutscher Übersetzung wie folgt:

Die königliche Regierung hat die Mitteilung der K. und K. Regierung vom 10. d.M. erhalten und ist überzeugt, daß ihre Antwort jedes Mißverständnis zerstreuen wird, das die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der österreichischen Monarchie und dem Königreich Serbien zu stören droht.

Die Königl. Regierung ist sich bewußt, daß der großen Nachbarmonarchie gegenüber bei keinem Anlaß jene Proteste erneuert wurden, die seinerzeit sowohl in der Skupschtina als auch in Erklärungen und Handlungen der verantwortlichen Vertreter des Staates zum Ausdruck gebracht wurden und die durch die Erklärung der serbischen Regierung vom 18. März 1909 ihren Abschluß gefunden haben, sowie weiter, daß seit jener Zeit weder von den verschiedenen einander folgenden Regierungen des Königreichs noch von deren Organen der Versuch unternommen wurde, den in Bosnien und der Herzegowina geschaffenen politischen und rechtlichen Zustand zu ändern. Die königliche Regierung stellt fest, daß die K. und K. Regierung in dieser Richtung keinerlei Vorstellung erhoben hat, abgesehen von dem Falle eines Lehrbuches, hinsichtlich dessen die K. und K. Regierung eine vollkommen befriedigende Aufklärung erhalten hat. Serbien hat während der Dauer der Balkankrise in zahlreichen Fällen Beweise für seine pazifistische und gemäßigte Politik geliefert und es ist nur Serbien und den Opfern, die es ausschließlich im Interesse des europäischen Friedens gebracht hat, zu danken, wenn dieser Friede erhalten geblieben ist.

Dazu bemerkt die österreichisch-ungarische Regierung:

Die Königlich serbische Regierung beschränkt sich darauf, festzustellen, daß seit Abgabe der Erklärung vom 18. März 1909 von Seite der serbischen Regierung und ihrer Organe kein Versuch zur Änderung der Stellung Bosniens und die Herzegowina unternommen wurde.

Damit verschiebt sie in bewußt willkürlicher Weise die Grundlagen unserer Demarche, da wir nicht die Behauptung aufgestellt haben, daß sie und ihre Organe in dieser Richtung offiziell irgend etwas unternommen hätten.

Unser Gravamen geht vielmehr dahin, daß sie es trotz der in der zitierten Note übernommenen Verpflichtungen unterlassen hat, die gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichtete Bewegung zu unterdrücken.

Ihre Verpflichtung bestand also darin, die ganze Richtung ihrer Politik zu ändern, und zur österreichisch-ungarischen Monarchie in ein freundschaftliches Verhältnis zu treten, nicht bloß die Zugehörigkeit Bosniens zur Monarchie offiziell nicht anzutasten.

Die Note Serbiens fährt dann fort:

Die Königl. Regierung kann nicht für Äußerungen privaten Charakters verantwortlich gemacht werden, wie es Zeitungsartikel und die friedliche Arbeit von Gesellschaften sind, Äußerungen, die fast in allen Ländern ganz gewöhnliche Erscheinungen sind, und die sich im allgemeinen der staatlichen Kontrolle entziehen. Dies um so weniger, als die Königl. Regierung bei der Lösung einer ganzen Reihe von Fragen, die zwischen Serbien und Österreich-Ungarn aufgetaucht waren, großes Entgegenkommen bewiesen hat, wodurch es ihr gelungen ist, deren größeren Teil zugunsten des Fortschritts der beiden Nachbarländer zu lösen.

Anmerkung der K. und K. Regierung:

Die Behauptung der Königlich serbischen Regierung, daß die Äußerungen der Presse und die Tätigkeit von Vereinen privaten Charakter haben und sich der staatlichen Kontrolle entziehen, steht in vollem Widerspruch zu den Einrichtungen moderner Staaten, selbst der freiheitlichsten Richtung auf dem Gebiete des Preß- und Vereinsrechts, das einen öffentlich rechtlichen Charakter hat und Presse sowie Vereine der staatlichen Aufsicht unterstellt. Übrigens sehen auch die serbischen Einrichtungen eine solche Aufsicht vor. Der gegen die serbische Regierung erhobene Vorwurf geht eben dahin, daß sie es gänzlich unterlassen hat, ihre Presse und ihre Vereine zu beaufsichtigen, deren Wirkung im monarchiefeindlichen Sinne sie kannte.

Die Note Serbiens fährt fort:

Die Königliche Regierung war deshalb durch die Behauptungen, daß Angehörige Serbiens an der Vorbereitung des in Sarajewo verübten Attentats teilgenommen hätten, schmerzlich überrascht. Sie hatte erwartet, zur Mitwirkung bei den Nachforschungen über dieses Verbrechen eingeladen zu werden, und war bereit, um ihre vollkommene Korrektheit durch Taten zu beweisen, gegen alle Personen vorzugehen, hinsichtlich welcher ihr Mitteilungen zugekommen wären.

Anmerkung der K. und K. Regierung:

Diese Behauptung ist unrichtig. Die serbische Regierung war über den gegen ganz bestimmte Personen bestehenden Verdacht genau unterrichtet und nicht nur in der Lage, sondern auch nach ihren internen Gesetzen verpflichtet, ganz spontan Erhebungen einzuleiten. Sie hat in dieser Richtung gar nichts unternommen.

Note Serbiens:

Den Wünschen der K. und K. Regierung entsprechend ist die Königliche Regierung somit bereit, dem Gerichte ohne Rücksicht auf Stellung und Rang jeden serbischen Staatsangehörigen zu übergeben, für dessen Teilnahme an dem Sarajewoer Verbrechen ihr Beweise geliefert werden sollten. Sie verpflichtet sich insbesondere auf der ersten Seite des Amtsblattes vom 13./26. Juli folgende Enantiation zu veröffentlichen: Die Königliche serbische Regierung verurteilt jede Propaganda, die gegen Österreich-Ungarn gerichtet sein sollte, d.h. die Gesamtheit der Bestrebungen, die in letzter Linie auf die Losreißung einzelner Gebiete von der österreichisch-ungarischen Monarchie abzielen, und sie bedauert aufrichtig die traurigen Folgen dieser verbrecherischen Machenschaften.

Anmerkung der K. und K. Regierung:

Unsere Forderung lautete: „Die Königlich serbische Regierung verurteilt die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda...“

Die von der Königlich serbischen Regierung vorgenommene Änderung der von uns geforderten Erklärung will sagen, daß eine solche gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda nicht besteht, oder daß ihr eine solche nicht bekannt ist. Diese Formel ist unaufrichtig und hinterhältig, da sich die serbische Regierung damit für später die Ausflucht reserviert, sie hätte die derzeit bestehende Propaganda durch diese Erklärung nicht desavouiert und nicht als monarchiefeindlich anerkannt, woraus sie weiter ableiten könnte, daß sie zur Unterdrückung einer der jetzigen Propaganda gleichen nicht verpflichtet sei.

Note Serbiens:

Die Königliche Regierung bedauert, daß laut der Mitteilung der K. und K. Regierung gewisse serbische Offiziere und Funktionäre an der eben genannten Propaganda mitgewirkt und daß dies damit die freundschaftlichen Beziehungen gefährdet hätten, zu deren Beobachtung sich die Königliche Regierung durch die Erklärung vom 31. März 1909 feierlich verpflichtet hatte.

Die Regierung“ gleichlautend mit dem geforderten Texte.

Anmerkung der K. und K. Regierung:

Die von uns geforderte Formulierung lautete: „Die Königliche Regierung bedauert, daß serbische Offiziere und Funktionäre mitgewirkt haben ...“

Auch mit dieser Formulierung und dem weiteren Beisatze laut der Mitteilung der K. und K. Regierung verfolgt die serbische Regierung den bereits oben angedeuteten Zweck, sich für die Zukunft freie Hand zu wahren.

Note Serbiens:

Die Königliche Regierung verpflichtet sich weiter

1. Anlässlich des nächsten ordnungsmäßigen Zusammentritts der Skupschtina in das Preßgesetz eine Bestimmung einzuschalten, wonach die Aufreizung zum Hass und zur Verachtung gegen die Monarchie sowie jede Publikation strengstens bestraft würde, deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität Österreich-Ungarns gerichtet ist.

Sie verpflichtet sich, anlässlich der demnächst erfolgenden Revision der Verfassung in den Artikeln XXII des Verfassungsgesetzes einen Zusatz aufzunehmen, der die Konfiskation derartiger Publikationen gestattet, was nach den klaren Bestimmungen des Artikels XXII der Konstitution derzeit unmöglich ist.

Anmerkung der K. und K. Regierung:

Wir hatten gefordert:

„1.) jede Publikation zu unterdrücken, die zum Hasse und zur Verachtung der Monarchie aufreizt und deren Tendenz gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichtet ist.“

Wir wollten also die Verpflichtung Serbiens herbeiführen, dafür zu sorgen, daß derartige Preßangriffe in Hinkunft unterbleiben; wir wünschten also einennbestimmten Erfolg auf diesem Gebiete sichergestellt zu wissen.

Statt dessen bietet uns Serbien die Erlassung gewisser Gesetze an, welche als Mittel zu diesem Erfolg dienen sollen, und zwar:

a. Ein Gesetz, womit die fraglichen monarchiefeindlichen Preßäußerungen subjektiv bestraft werden sollen, was uns ganz gleichgültig ist, um so mehr, als bekanntermaßen die subjektive Verfolgung von Preßdelikten äußerst selten möglich ist und bei einer entsprechend laxen Behandlung eines solchen Gesetzes auch die wenigen Fälle dieser Art nicht zur Bestrafung kommen würden; also ein Vorschlag, der unserer Forderung in keiner Weise entgegenkommt, daher uns nicht die geringste Garantie für den von uns gewünschten Erfolg bietet;

b. Ein Nachtragsgesetz zu Artikel XXII der Konstitution, daß die Konfiskation gestattet würde – ein Vorschlag, der uns gleichfalls nicht befriedigen kann, da der Bestand eines solchen Gesetzes in Serbien uns nichts nützt, sondern nur die Verpflichtung der Regierung, es auch anzuwenden, was uns aber nicht versprochen wird.

Diese Vorschläge sind also vollkommen unbefriedigend – dies um so mehr, als sie auch in der Richtung evasiv sind, daß uns nicht gesagt wird, innerhalb welcher Frist diese Gesetze erlassen würden, und daß im Falle der Ablehnung der Gesetzesvorlagen durch die Skupschtina – von der eventuellen Demission der Regierung abgesehen – alles beim alten bliebe.

Note Serbiens:

2. Die Regierung besitzt keinerlei Beweise dafür und auch die Note der K. und K. Regierung liefert ihr keine solchen, daß der Verein „Narodna Odbrana“ und andere ähnliche Gesellschaften bis zum heutigen Tage durch eines ihrer Mitglieder irgendwelche verbrecherischen Handlungen dieser Art begangen hätten. Nichtsdestoweniger wird die Königliche Regierung die Forderung der K. und K. Regierung annehmen und die Gesellschaft „Narodna Odbrana“ sowie jede Gesellschaft, die gegen Österreich-Ungarn wirken sollte, auflösen.

Anmerkung der K. und K. Regierung:

Die monarchiefeindliche Propaganda der „Narodna Odbrana“ und der affilierten Vereine erfüllt in Serbien das ganze öffentliche Leben; es ist daher eine ganz unzulässige Reserve, wenn die serbische Regierung behauptet, daß ihr darüber nichts bekannt ist.

Ganz abgesehen davon ist die von uns aufgestellte Forderung nicht zur Gänze erfüllt, da wir überdies verlangt haben:

die Propagandamittel dieser Gesellschaften zu konfiszieren;

die Neubildung der aufgelösten Gesellschaften unter anderem Namen und in anderer Gestalt zu verhindern.

In diesen beiden Richtungen schweigt das Belgrader Kabinett vollkommen, sodaß uns auch durch die gegebene halbe Zusage keine Garantie dafür geboten ist, daß dem Treiben der monarchiefeindlichen Assoziationen, insbesondere der „Narodna Odbrana“, durch deren Auflösung definitiv ein Ende bereitet wäre.

Note Serbiens:

3) Die Königlich serbische Regierung verpflichtet sich ohne Verzug aus dem öffentlichen Unterricht in Serbien alles auszuschneiden, was gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda fördern könnte, falls ihr die K. und K. Regierung tatsächliche Beweise für diese Propaganda liefert.

Anmerkung der K. und K. Regierung:

Auch in diesem Falle verlangt die serbische Regierung erst Beweise dafür, daß im öffentlichen Unterricht Serbiens eine monarchiefeindliche Propaganda betrieben wird, während sie doch wissen muß, daß die bei den serbischen Schulen eingeführten Lehrbücher in dieser Richtung zu beanstandenden Stoff enthalten, und daß ein großer Teil der serbischen Lehrer im Lager der „Narodna Odbrana“ und der ihr affilierten Vereine steht.

Übrigens hat die serbische Regierung auch hier einen Teil unserer Forderungen nicht so erfüllt, wie wir es verlangt haben, indem sie in ihrem Texte den von uns gewünschten Beisatz „sowohl was den Lehrkörper, als auch, was die Lehrmittel anbelangt“, wegließ, – ein Beisatz, welcher ganz klar zeigt, wo die monarchiefeindliche Propaganda in der serbischen Schule zu suchen ist.

Note Serbiens:

4) Die Königliche Regierung ist auch bereit, jene Offiziere und Beamten aus dem Militär- und Zivildienst zu entlassen, hinsichtlich welcher durch gerichtliche Untersuchung festgestellt wird, daß sie sich Handlungen gegen die territoriale Integrität der Monarchie haben zuschulden kommen lassen; sie erwartet, daß ihr die K. und K. Regierung zwecks Einleitung des Verfahrens die Namen dieser Offiziere und Beamten und die Tatsachen mitteilt, welche denselben zur Last gelegt werden.

Anmerkung der K. und K. Regierung:

Indem die Königlich serbische Regierung die Zusage der Entlassung der fraglichen Offiziere und Beamten aus dem Militär- und Zivildienst an den Umstand knüpft, daß diese Personen durch ein Gerichtsverfahren schuldig befunden werden, schränkt sie ihre Zusage auf jene Fälle ein, in denen diesen Personen ein strafgesetzlich zu ahndendes Delikt zur Last liegt. Da wir aber die Entfernung jener Offiziere und Beamten verlangen, die monarchiefeindliche Propaganda betreiben, was ja im allgemeinen in Serbien kein gerichtlich strafbarer Tatbestand ist, erscheinen unsere Forderungen auch in diesem Punkte nicht erfüllt.

Note der Königlich serbischen Regierung:

5) Die Königliche Regierung muß bekennen, daß sie sich über den Sinn und die Tragweite jenes Begehrens der K. und K. Regierung nicht volle Rechenschaft geben kann, welches dahin geht, daß die Königlich serbische Regierung sich verpflichten soll, auf ihren Gebieten die Mitwirkung von Organen der K. K. Regierung zuzulassen, doch erklärt sie, daß sie jede Mitwirkung anzunehmen bereit wäre, welche den Grundsätzen des Völkerrechts und des Strafprozesses sowie den freundschaftlichen Beziehungen entsprechen würde.

Anmerkung der K. und K. Regierung:

Mit dieser Frage hat das allgemeine Völkerrecht ebensowenig zu tun, wie das Strafprozeßrecht: Es handelt sich um eine Angelegenheit rein staatspolizeilicher Natur, die im Wege einer besonderen Vereinbarung zu lösen ist. Die Reserve Serbiens ist daher unverständlich und wäre bei ihrer vagen allgemeinen Form geeignet, zu unüberbrückbaren Schwierigkeiten bei Abschluß des zu treffenden Ankommens zu führen.

Note der Königlich serbischen Regierung:

6) Die Königliche Regierung hält es selbstverständlich für ihre Pflicht, gegen alle jene Personen eine Untersuchung einzuleiten, die an dem Komplott vom 15./ 28. Juni beteiligt waren oder beteiligt gewesen sein sollen und die sich auf ihrem Gebiete befinden. Was die Mitwirkung von hierzu speziell delegierten Organen der K. und K. Regierung an dieser Untersuchung anbelangt, so kann sie eine solche nicht annehmen, da dies eine Verletzung der Verfassung und des Strafprozeßgesetzes wäre. Doch könnte den österreichisch-ungarischen Organen in einzelnen Fällen Mitteilung von den Ergebnissen der Untersuchung gemacht werden.

Anmerkung der K. und K. Regierung:

Unser Verlangen war ganz klar und nicht mißzudeuten. Wir begeherten 1) Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung gegen die Teilnehmer des Komplotts, 2) Teilnahme von K. und K. Organen an den hierauf bezüglichen Erhebungen (Recherche im Gegensatz zu enquete judiciaire), 3) es ist uns nicht beigestiegen, K. und K. Organe an dem serbischen Gerichtsverfahren teilnehmen zu lassen: Sie sollten nur an den polizeilichen Vorerhebungen mitwirken, welche das Material für die Untersuchung herbeizuschaffen und sicherzustellen hatten.

Wenn die serbische Regierung uns hier mißverstehen, so tut sie dies bewußt, denn der Unterschied zwischen enquete judiciaire und den einfachen Recherchen muß ihr geläufig sein.

Da sie sich jeder Kontrolle des einzuleitenden Verfahrens zu entziehen wünschte, das bei korrekter Durchführung höchst unerwünschte Ergebnisse für sie liefern würde, und das sie keine Handhabe besitzt, in plausibler Weise die Mitwirkung unserer Organe an dem polizeilichen Verfahren abzulehnen (Analogien für solche polizeilichen Interventionen bestehen in großer Menge), hat sie sich auf einen Standpunkt begeben, der ihrer Ablehnung den Schein der Berechtigung geben und unserem Verlangen den Stempel der Unerfüllbarkeit aufdrücken soll.

Note der serbischen Regierung:

7) Die Königliche Regierung hat noch am Abend des Tages, an dem ihr die Note zukam, die Verhaftung des Majors Botslar Tankosic verfügt. Was aber den Milan Ciganovic anbelangt, der ein Angehöriger der österreichisch-ungarischen Monarchie ist, und der bis zum 15. Juni (als Aspirant) bei der Eisenbahndirektion bedienstet war, so konnte dieser bisher nicht ausgeforscht werden, weshalb ein Steckbrief gegen ihn erlassen wurde.

Die K. und K. Regierung wird gebeten, zwecks Durchführung der Untersuchung sobald als möglich die bestehenden Verdachtsgründe und die bei der Untersuchung in Sarajewo gesammelten Schuldbeweise in der bezeichneten Form bekannt zu geben.

Anmerkung der K. und K. Regierung:

Diese Antwort ist hinterhältig. Ciganovic ging laut der von uns veranlaßten Nachforschung drei Tage nach dem Attentat, als bekannt wurde, daß Ciganovic an dem Komplott beteiligt war, auf Urlaub und begab sich im Auftrag der Polizeipräfektur in Belgrad nach Ribari. Es ist also zunächst unrichtig, daß Ciganovic schon am 15./ 28. Juni aus dem serbischen Staatsdienst schied. Hierzu kommt, daß der Polizeipräfekt von Belgrad, der die Abreise des Ciganovic selbst veranlaßt hat, und der wußte, wo dieser sich aufhielt, in einem Interview erklärte, der Mann namens Milan Ciganovic existiere in Belgrad nicht.

Note der serbischen Regierung:

8) Die serbische Regierung wird die bestehenden Maßnahmen gegen die Unterdrückung des Schmuggelns von Waffen und Explosivstoffen verschärfen und erweitern.

Es ist selbstverständlich, daß sie sofort eine Untersuchung einleiten und jene Beamten des Grenzdienstes in der Linie Sabae – Loznica streng bestrafen wird, die ihre Pflicht verletzt und die Urheber des Verbrechens die Grenze haben überschreiten lassen.

9) Die Königliche Regierung ist gern bereit, Erklärungen über die Äußerungen zu geben, welche ihre Beamten in Serbien und im Auslande nach dem Attentat in Interviews gemacht haben und die nach der Behauptung der K. und K. Regierung der Monarchie feindselig waren, sobald die K. und K. Regierung die Stellen dieser Ausführungen bezeichnet und bewiesen haben wird, daß diese Äußerungen von den betreffenden Funktionären tatsächlich gemacht worden sind. Die Königliche Regierung wird selbst Sorge tragen, die nötigen Beweise und Überführungsmittel hierfür zu sammeln.

Anmerkung der K. und K. Regierung:

Der Königlich serbischen Regierung müssen die bezüglich Interviews ganz genau bekannt sein. Wenn sie von der K. und K. Regierung verlangt, daß diese ihr allerlei Details über diese Interviews liefere und sich eine förmliche Untersuchung hierüber vorbehält, zeigt sie, daß sie auch diese Forderung nicht ernstlich erfüllen will.

Note der serbischen Regierung:

10) Die Königliche Regierung wird, sofern dies nicht schon in dieser Note geschehen ist, die K. und K. Regierung von der Durchführung der in den vorstehenden Punkten enthaltenen Maßnahmen in Kenntnis setzen, sobald eine dieser Maßregeln angeordnet und durchgeführt wird.

Die Königlich serbische Regierung glaubt, daß es im gemeinsamen Interesse liegt, die Lösung dieser Angelegenheit nicht zu überstürzen und ist daher, fall sich die K. und K. Regierung durch diese Antwort nicht für befriedigt erachten sollte, wie immer bereit, eine friedliche Lösung anzunehmen, sei es durch Übertragung der Entscheidung dieser Frage an das Internationale Gericht im Haag, sei es durch Überlassung der Entscheidung an die Großmächte, welche an der Ausarbeitung der von der serbischen Regierung am 18./ 31. März 1909 abgegebenen Erklärung mitgewirkt haben. – Schluß der Note.

*

*

*

Österreich gibt einen Einblick in die Ergebnisse der Untersuchung zum Attentat von Sarajewo.

Presse - Norddeutsche Allgemeine Zeitung – Nr. 175 – Mittwoch, 29. Juli 1914 – S.2

Aus dem österreichisch-ungarischen Material.

Wien, 27. Juli. Das in der österreichisch-ungarischen Zirkularnote an die auswärtigen Botschaften in Angelegenheit des serbischen Konflikts erwähnte Dossier wird heute veröffentlicht.

In diesem Memoire wird darauf hingewiesen, daß die von Serbien ausgegangene Bewegung, die sich zum Ziel gesetzt hat, die südlichen Teile Österreich-Ungarns von der Monarchie loszureißen, um sie mit Serbien zu einer staatlichen Einheit zu verbinden, weit zurückgreift. Diese in ihren Endzielen stets gleichbleibende und nur in ihren Mitteln und an Intensität wechselnde Propaganda erreichte zur Zeit der Annexionskrise ihren Höhepunkt und trat damals offen mit ihren Tendenzen hervor.

Während einerseits die gesamte serbische Presse zum Kampfe gegen die Monarchie aufrief, bildeten sich – von anderen Propagandamitteln abgesehen – Assoziationen, die diese Kämpfe vorbereiteten unter denen die Narodna Odbrana an Bedeutung hervorragte. Aus einem revolutionären Komitee hervorgegangen, konstituierte sich diese vom Belgrader Auswärtigen Amte völlig abhängige Organisation unter Leitung von Staatsmännern und Offizieren darunter dem General Jankovic und dem ehemaligen Minister Ivanovic. Auch Major Oja Tankovic und Milan Pribicevic gehören zu diesen Gründern. Dieser Verein hatte sich die Bildung und Ausrüstung von Freischaren für den bevorstehenden Krieg gegen die österreichisch-ungarische Monarchie zum Ziel gesetzt. In einer dem Memoire angefügten Anlage wird ein Auszug aus dem vom Zentralausschusse der Narodna Odbrana herausgegebenen Vereinsorgane gleichen Namens veröffentlicht, worin in mehreren Artikeln die Tätigkeit und Ziele dieses Vereins ausführlich dargelegt werden. Es heißt darin, daß zu der Hauptaufgabe der Narodna Obrana die Verbindung mit ihren nahen und fernerer Brüdern jenseits der Grenze und unseren übrigen Freunden in der Welt gehören.

Österreich ist als erster und größter Feind bezeichnet. Wie die Narodna Odbrana die Notwendigkeit des Kampfes mit Österreich predigt, predigt sie eine heilige Wahrheit unserer nationalen Lage. Das Schlußkapitel enthält einen Appell an die Regierung und das Volk Serbiens, sich mit allen Mitteln für den Kampf vorzubereiten, den die Annexion vorangezeigt hat.

Das Memoire schildert nach einer Aussage eines Narodna Odbrana angeworbenen Komitatschis die damalige Tätigkeit der Narodna Odbrana, die eine von zwei Hauptleuten, darunter Tankovic, geleitete Schule zur Ausbildung von Banden unterhielt, Schulen, welche von General Jankovic und von Hauptmann Milan Pribicevic regelmäßig inspiziert wurden. Weiter wurden die Komitatschis im Schießen und Bombenwerfen, im Minenlegen, Sprengen von Eisenbahnbrücken usw. unterrichtet. nach der feierlichen Erklärung der serbischen Regierung vom Jahre 1909 schien auch das Ende dieser Organisation gekommen zu sein. Diese Erwartungen haben sich aber nicht nur nicht erfüllt, sondern die Propaganda wurde durch die serbische Presse fortgesetzt. Das Memoire führt als Beispiel die Art und Weise an, wie das Attentat gegen den bosnischen Landeschef Varesanin publizistisch verwertet wurde, indem der Attentäter al serbischer Nationalheld gefeiert und seine Tat verherrlicht wurde. Diese Blätter wurden nicht nur in Serbien verbreitet, sondern auch auf wohlorganisierten Schleichwegen in die Monarchie eingeschmuggelt.

Unter der gleichen Leitung wie bei ihrer Gründung wurde die Narodna Odbrana neuerlich der Zentralpunkt einer Agitation, welcher der Schützenbund mit 762 Vereinen, ein Sokolbund mit 3500 Mitgliedern und verschiedene andere Vereine angehörten.

Im Kleide eines Kulturvereins auftretend, dem nur die geistige und körperliche Entwicklung der Bevölkerung Serbiens sowie deren materielle Kräftigung am Herzen liegt, enthüllt die Narodna Odbrana ihr wahres reorganisiertes Programm in vorzitiertem Auszug aus ihrem Vereinsorgan, in welchem „die heilige Wahrheit“ gepredigt wird, daß es eine unerläßliche Notwendigkeit ist, gegen Österreich, seinen ersten und größten Feind, diesen Ausrottungskampf mit Gewehr und Kanone zu führen, und das Volk mit allen Mitteln auf den Kampf vorzubereiten, zur Befreiung der unterworfenen Gebiete, in denen viele Millionen unterjochter Brüder schmachten. Die in dem Memoire zitierten Aufrufe und Reden ähnlichen Charakters beleuchten die vielseitige auswärtige Tätigkeit der Narodna Odbrana und ihrer affilierten Vereine, die in Vortragsreisen, in der Teilnahme an Festen von bosnischen Vereinen, bei denen offen Mitglieder für die erwähnte serbische Vereinigung geworben wurden, besteht. Gegenwärtig ist noch die Untersuchung darüber im Zuge, daß die Sokolvereine Serbiens analog Vereinigungen der Monarchie bestimmten, sich mit ihnen in einem bisher geheim gehaltenen Verbands zu vereinigen. Durch Vertrauensmänner und Missionäre wurde die Aufwiegelung in die Kreise Erwachsener und der urteilslosen Jugend gebracht. So wurden von Milan Pribicewitsch ehemalige Honvedoffiziere und ein Gendarmerieleutnant zum Verlassen des Heeresdienstes in der Monarchie unter bedenklichen Umständen verleitet. In den Schulen der Lehrerbildungsanstalten wurde eine weitgehende Agitation entwickelt. Der gewünschte Krieg gegen die Monarchie wurde militärisch und auch insofern vorbereitet, als serbische Emissäre im Falle des Ausbruches der Feindseligkeiten mit der Zerstörung von Transportmitteln usw., der Anfachung von Revolten und Paniken betraut wurden. Alles dies wird in einer besonderen Beilage belegt.

Das Memoire schildert ferner den Zusammenhang zwischen dieser Tätigkeit der Narodna Odbrana und den affilierten Organisationen mit den Attentaten gegen den Königlichen Kommissär in Agram Cuvaj im Juli

1912, dem Attentat von Dojic in Agram 1913 gegen Skerlec und dem mißglückten Attentat Schäfers am 20. Mai im Agramer Theater. Es verbreitet sich hierauf über den Zusammenhang des Attentates auf den Thronfolger und dessen Gemahlin, über die Art, wie sich die Jungen schon in der Schule an dem Gedanken der Narodna Odbrana vergifteten und wie sich die Attentäter mit Hilfe von Pribicevic und Dacic die Werkzeuge zu dem Attentat verschafften, wobei insbesondere die Rolle des Majors Tankosic dargelegt wird, der die Mordwaffen lieferte, wie auch die Rolle eines gewissen Ciganovic, eines gewesenen Komitatschi und jetzigen Beamten der serbischen Eisenbahndirektion Belgrad, der schon 1909 als Zögling der Bandenschule der damaligen Narodna Odbrana auftauchte. Ferner wird die Art dargelegt, wie Bomben und Waffen unbemerkt nach Bosnien eingeschmuggelt wurden, die keinen Zweifel darüber läßt, daß dies ein wohl vorbereiteter und für die geheimnisvollen Zwecke der Narodna oft begangener Schleichweg war.

Eine Beilage enthält einen Auszug aus den Akten des Kreisgerichts in Sarajewo über die Untersuchung des Attentats gegen den Erzherzog Franz Ferdinand und dessen Gemahlin. Danach sind Princip, Cabrinovic, Grabez, Crupilovic und Papovic geständig, in Gemeinschaft mit dem flüchtigen Mehmed Basic ein Komplott zur Ermordung des Erzherzogs gebildet und ihm zu diesem Zweck aufgelauert zu haben. Cabrinovic ist geständig, die Bombe geworfen und Gabrilo Princip das Attentat mit der Browningpistole ausgeführt zu haben. Beide Täter gaben zu, bei der Verübung der Tat die Absicht des Mordes gehabt zu haben. Die weiteren Teile der Anlage enthalten weitere Angaben der Beschuldigten vor dem Untersuchungsrichter über Entstehung des Komplotts, Herkunft der Bomben, welche fabrikmäßig hergestellt wurden, für militärische Zwecke bestimmt waren und ihrer Originalpackung nach aus dem serbischen Waffenlager aus Kragujevac stammten. Endlich gibt die Beilage Auskunft über den Transport der drei Attentäter und der Waffen von Serbien nach Bosnien. Aus dem weiteren Zeugenprotokoll ergibt sich, daß ein Angehöriger der Monarchie einige Tage vor dem Attentat dem österreichisch-ungarischen Konsulat in Belgrad Meldung von der Vermutung erstatten wollte, daß ein Plan zur Verübung des Attentats gegen den Erzherzog während dessen Anwesenheit in Bosnien bestehe. Dieser Mann soll nun durch Belgrader Polizeiorgane, welche ihn unmittelbar vor Betreten des Konsulats aus nichtigen Gründen verhafteten, an der Erstattung der Meldung verhindert worden sein. Weiter gehe aus dem Zeugenprotokoll hervor, daß die betreffenden Polizeiorgane von dem geplanten Attentat Kenntnis gehabt hätten. Da diese Angaben noch nicht nachgeprüft sind, kann über deren Stichhaltigkeit vorläufig noch kein Urteil abgegeben werden. In der Beilage zum Memoire heißt es: Vor dem Empfangssaale des serbischen Kriegsministeriums befinden sich an der Wand vier allegorische Bilder, von denen drei Darstellungen serbischer Kriegserfolge sind, während das vierte die Verwirklichung der monarchiefeindlichen Tendenzen Serbiens versinnbildlicht. Über einer Landschaft, die Teils Gebirge (Bosnien) teils Ebene (Südungarn), darstellt, geht die Zora, die Morgenröte der serbischen Hoffnung, auf. Im Vordergrund steht eine bewaffnete Frauengestalt, auf der Schild die Namen aller „noch zu befreienden Provinzen“: Bosnien, Herzegowina, Wojwodina, Syrmien, Dalmatien usw. stehen.

*

*

*

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 379 – Mittwoch, 29. Juli 1914 – Morgen - S.1

Krieg gegen Serbien.

Wien, 28. Juli. Eine Extraausgabe der „**Wiener Zeitung**“ enthält im amtlichen Teil folgende Bekanntmachung:

Auf Grund Allerhöchster EntschlieÙung Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät vom 28. Juli 1914 wurde heute an die Königlich Serbische Regierung eine in französischer Sprache abgefaÙte Kriegserklärung gerichtet, welche in deutscher Uebersetzung folgendermaßen lautet: Da die Königl. Serbische Regierung die Note, welche ihr vom österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad am 23. Juli 1914 übergeben worden war, nicht in befriedigender Weise beantwortet hat, so sieht sich die k. u. k. Regierung in die Notwendigkeit versetzt, selbst für die Wahrung ihrer Rechte und Interessen Sorge zu tragen und zu diesem Ende an die Gewalt der Waffen zu appellieren. Oesterreich-Ungarn betrachtet sich daher von diesem Augenblicke an als im Kriegszustand mit Serbien befindlich.

Der österreich-ungarische Minister des Aeußeren
Graf Berchtold

Das Ministerium des Auswärtigen richtete heute an die hiesigen fremden diplomatischen Missionen eine Verbalnote, in der sie die formelle Kriegserklärung an Serbien den diplomatischen Missionen zur Kenntnis bringt und erklärt, daß sich Oesterreich-Ungarn während der Feindseligkeiten unter der Voraussetzung eines gleichartigen Vorgehens seitens Serbiens an die Bestimmungen der Londoner Deklaration vom 26. Februar 1909 halten wird. Die Missionen werden gebeten, dies Notifikationen schleunigst ihren Regierungen mitzuteilen.

*

*

*

Rußland betont, daß seine militärischen Maßnahmen nicht gegen Deutschland gerichtet seien – die Truppenverstärkungen an der deutschen Grenze sind „Friedenstruppen“ – oder?

Telegramm des russischen Außenministers an die Botschafter

16./ 29. Juli Telegramm Nr. 1544 [jul./greg. Kalender]

Nach Berlin, Wien, Rom, Nisch, London, Paris, Bucharest und Konstantinopel.

Der deutsche Botschafter erklärt, daß Deutschland in Wien weiterhin einen mäßigen Einfluß ausübt. Ich habe dem Botschafter mitgeteilt, daß unsere militärischen Maßnahmen nicht gegen Deutschland gerichtet sind und auch nicht den Beschluß beinhalten, gegen Österreich vorzugehen. Auf Veranlassung des Botschafters habe ich meine Bereitschaft erklärt, die direkten Vertretungen in Wien fortzusetzen und zu einer Konferenz der vier Mächte überzugehen.

How the War Began in 1914, Russische Rote Bücher, Vol. IV 1923; London 1925, S.53

*

*

*

England hat seine Unterstützung im „Falle“ eines Krieges Rußlands und Frankreichs zugesagt.

Notizen des russischen Botschafters in Berlin, Sergeij Nikolajewitsch Swerbejew, 1912 -1914

16./ 29. Juli Swerbejews Notiz. [jul./greg. Kalender]

Bei meiner Rückkehr nach Berlin am Mittwoch, dem 16. und 29. Juli 1914, suchte ich den französischen Botschafter, M. Jules Cambon, auf, der mir sagte, daß die Lage seiner Meinung nach sehr ernst sei und daß es kaum Hoffnung auf eine friedliche Lösung gebe. Er fügte hinzu, daß jedenfalls nach einem Telegramm seines Bruders Paul Cambon, des französischen Botschafters in London, infolge der Weigerung des Wiener Kabinetts, die mehr als versöhnliche Antwort Serbiens auf das österreichisch-ungarische Ultimatum anzunehmen, **Frankreich und Russland im Falle eines Krieges der tatsächlichen Unterstützung Englands gewiß seien.**

Nachdem ich mich mit dem Inhalt des besagten Telegramms vertraut gemacht hatte, das ich nicht so überzeugend fand, wie mein französischer Kollege es dargestellt hatte, ging ich zu Sir E. Goschen und fragte ihn nach der Haltung Englands in der gegenwärtigen akuten europäischen Krise.

Da ich keine genaue Antwort auf meine Frage erhielt, legte ich meinem englischen Kollegen meinen Standpunkt dar und fügte hinzu, daß es angesichts der in Deutschland bestehenden Überzeugung, daß England im Falle eines bewaffneten Konflikts zwischen Deutschland und Österreich auf der einen Seite und Rußland und Frankreich auf der anderen Seite strikte Neutralität wahren werde, ganz von letzterem abhängen, ob der eine oder der andere Ausweg aus der gegenwärtigen Situation gewählt werde. Wenn Sir Edward Grey Berlin klar und deutlich erklärte, daß Großbritannien fest entschlossen sei, mit Russland und Frankreich zusammenzuarbeiten, dann sei der Frieden gesichert. Der englische Botschafter antwortete, er kenne die Absichten seiner Regierung nicht, und trotz aller Argumente, die ich vorbrachte, erhielt ich keine befriedigende Antwort von ihm.

How the War Began in 1914, Russische Rote Bücher, Vol. IV 1923; London 1925, S.56f

*

*

*

Die Situation scheint zwiespältig: England hält seine Flotte kriegsfertig und auf der anderen Seite macht Grey einen Vermittlungsvorschlag, der aber mehr nach „Verschleppungstendenz“ aussieht. Frankreich und Rußland meinen, es liege nur in der Hand des deutschen Kaisers – wo auch sonst?

Presse - Posener Tageblatt, Nr. 349, Mittwoch, 29. Juli 1914 – S.1

Englands Vermittlungsvorschlag. [.....]

Was soll man dazu sagen, wenn in derselben Stunde, wo Grey sich händeringend heiß bemüht, den Frieden festzuhalten, die englische Flotte sich möglichst kriegsfertig hält, durch die englische Zensur alle Nachrichten über die Bewegung der Flotte, kurz über alle Vorgänge, die nur irgendwie direkt oder indirekt die Flotte angehen, unterdrückt werden und Europa absichtlich im unklaren gelassen werden soll, was England wirklich will, was aus nachstehender Drahtung hervorgeht:

London, 28. Juli. Wie die Blätter melden, befinden sich im Hafen von Portsmouth zur Zeit 29 Schlachtschiffe, 4 Schlachtkreuzer, 9 andere Kreuzer der 1. Flotte. Sie nahmen in der Nacht Kohlen ein; Kriegsmaterial und Proviant, die für mehrere Wochen ausreichen, sind ebenfalls eingenommen worden. Bis die

internationale Lage geklärt ist, wird auf den Schiffen der ersten Flotte kein Urlaub erteilt. Wie bei kriegerischer internationaler Lage üblich, gab die Admiralität gestern die Richtung der Schiffsbewegung nicht aus.

Muß die Gegenüberstellung dieser Tatsache nicht den höchst verdächtigen Beigeschmack der alten Perfidie Albions hervorrufen? Man predigt laut öffentlich den Frieden, lenkt alle Aufmerksamkeit auf sich, um ganz heimlich im Stillen das Manquo der Tage, durch das man infolge der Plötzlichkeit des österreichischen Ultimatums sich im Rückstande geblieben fühlt, einzuholen, um eben dann, wenn es nach dem Scheitern der innerlich von vornherein für aussichtslos gehaltenen Friedenskonferenz mit vollendetem Aufmarsch der Flotte ein weit gewichtigeres Wort mitreden zu können.

Wir hoffen stark, daß man die Verschleppungstendenz des Greyschen Vorschlags genau so schnell erkennen und entsprechend würdigen wird, wie den russischen Einspruchsversuch und daß man auch in Berlin nicht gar zu schnell in der so beliebten deutsch-michelhaften Gutgläubigkeit dem Friedensengel Grey in die Arme wirft. Englands Politik war noch nie, seit England besteht, offen und ehrlich und noch nie von etwas anderem diktiert als von starken egoistischen Motiven. Für den Frieden schwärmte man in England bisher nur, wenn es zum eigenen Vorteil war – sollte es also plötzlich anders geworden sein?

Wenn also von allen Seiten Beruhigungsspillen verabreicht werden und sogar vom Deutschen Kaiser halb schmeichelhaft, halb drohend von französischer und russischer Seite gesagt wird, in seiner Hand ganz allein liege Krieg und Frieden, so soll man auf solche Redereien nicht das Geringste geben. Nein, nicht bei uns, sondern nach wie vor einzig und allein bei Rußland liegt die Entscheidung. Der „Friedenszar“ ist in diesem Zusammenhang Herr der künftigen Geschicke Europas, d.h. Herr über Krieg und Frieden. Wie der Krieg ausschlägt – darüber freilich ist er nicht Herr!

*

*

*

Englands Konferenzvorschlag lehnt Österreich ab, da Österreich die Angelegenheit mit Serbien zu klären wünscht und der Konflikt lokalisiert bleiben sollte.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9182, Mittwoch, 29. Juli 1914 – S.3

Der Schritt Sir Edward Greys – Konferenz v. Schebeko - Berchtold.

Der englische Botschafter Sir Bunsen hat im Laufe des gestrigen Nachmittags im Ministerium des Äußeren vorgeschlagen und den Vorschlag des englischen Staatssekretärs Sir Grey übermittelt, nachdem zur Schlichtung des Konfliktes zwischen Österreich-Ungarn und Serbien in London eine Konferenz zusammengetreten hätte und bis Beendigung dieser Konferenz die Feindseligkeiten einzustellen seien.

Bei dem Vorschlage Englands handelt es sich nicht so sehr um den Konflikt mit Serbien, sondern es spielt hier die Sorge mit, daß Rußland aktiv in den Streit eingreifen könnte.

Graf Berchtold war nicht in der Lage, auf den englischen Vorschlag einzugehen, er mußte dem englischen Botschafter Sir Bunsen auf die Tatsache hinweisen, daß Österreich-Ungarn heute durch sein Kriegsmanifest den unabänderlichen Entschluß gezeigt hat, die durch Serbien heraufbeschworenen Affären definitiv in Ordnung zu bringen. Dagegen sei Österreich-Ungarn eines Sinnes mit England, den Konflikt mit Serbien zu lokalisieren und England könne versichert sein, daß Österreich-Ungarn alles tun werde, um durch die Lokalisierung einen Konflikt mit Rußland zu vermeiden.

Der Erörterung desselben Themas galt die Konferenz des russischen Botschafters Schebeko mit dem Grafen Berchtold. Diese Unterredung spielt sich in äußerst freundlichen Formen ab und Herr v. Schebeko erklärte, die Darlegung des Ministers des Äußeren Grafen Berchtold nach Petersburg übermitteln zu wollen.

*

*

*

Deutschland ist grundsätzlich mit einer Botschafterkonferenz einverstanden, sieht aber das Problem darin, daß man eine Großmacht nicht zitieren kann.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9182, Mittwoch, 29. Juli 1914 – S.3

Deutschland und der Grey'sche Vorschlag.

Berlin, 28. Juli. Über die Stellung Deutschlands zum Grey'schen Vorschlag betreffend eine Botschafterkonferenz in London wird an maßgebendem Orte folgendes erklärt: Deutschland anerkennt, daß Grey in bester Absicht diesen Vorschlag gemacht habe, um dem Frieden zu dienen. Doch halte Deutschland diesen Vorschlag für praktisch undurchführbar, da es nicht gut angehe, daß eine Großmacht wie Österreich, die sich im Konflikt mit einer anderen Macht wie Serbien befindet, vor dem Areopag der Botschafterkonferenz erscheine. Noch unmöglicher ist es, daß zwei Großmächte, wie Österreich und Rußland, vor diesem Areopag erscheinen.

Über die Stellung Deutschlands zu dem Konferenzvorschlag schreibt der „Lokal-Anzeiger“ in einer scheinbar inspirierten Auslassung: Der Gedanke Greys ist von Deutschland freundschaftlich entgegengenommen und mit der ihm gebührenden Aufmerksamkeit geprüft worden. Die deutsche Regierung hat sich aber mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage nicht entschließen können, dem Vorschlag des englischen Staatsmannes rückhaltlos zuzustimmen. Man bezweifelt hier, daß ein verhältnismäßig so komplizierter Apparat wie eine Botschafterkonferenz in der Lage sein würde, im Drange der politischen Ereignisse so schnell das geeignete Mittel zur Beseitigung von Schwierigkeiten zu finden. Auch verhehlt man sich nicht, daß die Schaffung eines solchen Viermächteareopags, der berufen sein soll, die Angelegenheiten zweier unbeteiligten Großmächte zu regeln, ein Novum auf dem Gebiete der internationalen diplomatischen Gepflogenheiten darstellen würde. In hiesigen leitenden Kreisen glaubt man daher, unter völliger Anerkennung der von Grey bekundeten friedlichen Initiative, daß der Sache des Friedens vielleicht noch besser gedient würde, wenn die bereits mit bestem Erfolge begonnene Vermittlungsaktion von Kabinett zu Kabinett fortgesetzt würde. In diesem Sinne hat man den englischen Vorschlag beantwortet. Insbesondere wird dabei auch die Tatsache hervorzuheben sein, daß bis zur Stunde auch direkte diplomatische Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg fortgesetzt werden. Man würde also vielleicht schneller zum Ziele kommen, wenn die Mächte, sei es gemeinsam, sei es einzeln, ihre ganzen Bemühungen an den Stellen einsetzen wollten, die hierfür vielleicht in erster Linie in Betracht kommen, nämlich in Petersburg und Nisch. Deutschland ist jedenfalls entschlossen, mit allen Kabinetten in Gedankenaustausch zu bleiben, um dieses Ziel zu erreichen.

★

★

★

Österreich ist in Serbien einmarschiert. Sollte Rußland militärisch gegen Österreich intervenieren, werde Deutschland einschreiten. Frankreich meint, Deutschland hätte den Schlüssel der Situation in Händen und würde nicht handeln – Franzosen, die auf ihren Auftritt auf der Weltbühne des Krieges gegen Deutschland warten. Die Frage, die sich hier stellt, ist, was unternimmt Frankreich, als Bündnispartner Rußlands, die Situation zu entspannen? Konferiert es mit Rußland im Sinne einer Beruhigung der russischen Ambitionen, im Namen des Panlawismus Serbien im Kampf gegen Österreich-Ungarn zu unterstützen, und es bei einer lokalisierten Konfliktlösung zwischen Serbien und Österreich zu belassen??

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 379 - Mittwoch, 29. Juli 1914 - Morgen – S.1

Die Haltung der deutschen Regierung.

Paris, 28. Juli. Ein Beamter des Auswärtigen Amts in Berlin erklärte dem Berliner Vertreter des „Temps“, die Haltung Deutschlands habe sich nicht verändert. Die Nachricht, daß gewisse österreichische Kontingente in Serbien eingerückt seien, bestätige sich, aber man könne nicht glauben, daß Rußland militärisch intervenieren werde. Die militärischen Maßregeln, die Rußland ergreife, seien zweifellos auf Initiative einiger Korpskommandanten zurückzuführen, die ohne direkten Befehl aus Petersburg gehandelt haben. Beim ersten Schritt Rußlands gegen Österreich werde die deutsche Armee die Verteidigung des Verbündeten übernehmen. Der Vorschlag Sir Edward Greys könne von Österreich-Ungarn nicht angenommen werden. Es sei unmöglich, daß eine europäische Konferenz eine österreichisch-serbische Angelegenheit regelt. Man würde dadurch zwei ungleiche Mächte auf ein und denselben Rang stellen. Die Arbeiten einer solchen Konferenz würden außerdem zu langsam vor sich gehen, um einer Beilegung des Konflikts nützlich zu sein.

Der „Temps“ stellt noch einmal die Frage, ob Deutschland den Frieden oder den Krieg wolle. „Die Mächte“, sagt das Blatt, „haben nach den Erklärungen des englischen Ministers kein direktes Interesse an der serbischen Frage und sind deshalb qualifiziert, solidarisch zu handeln. Nimmt Deutschland diese Solidarität zur Erhaltung des Friedens an? Das ist die Frage. Serbien hat nachgegeben, wie niemals eine Nation es getan hat. (?) Die These ist also falsch, daß man Österreich zu einer Demütigung auffordert, wenn man es zu Verhandlungen einlädt. Wenn seine beiden Verbündeten zusammen mit Frankreich und England es zu einer friedlichen Regelung auffordern, so verhindert nichts, daß es diese Einladung annimmt, nichts als der absolute Wille zum Krieg. Existiert dieser Wille in Wien? Will man den Krieg in Berlin? Wenn der ausgezeichnete Vorschlag Sir Edward Greys nicht angenommen wird, wird die ganze zivilisierte Welt antworten: Ja! Wir wollen die Hoffnung noch nicht aufgeben.“

Eine Pariser Persönlichkeit, die heute mittag nach dem Eindruck befragt, antwortete mir: „Der Eindruck ist schlecht. Wieder einmal verstehen wir das Vorgehen Deutschlands nicht. Deutschland hat den Schlüssel der Situation in Händen, aber es handelt nicht. Es läßt Zeit vergehen. Die Erklärung Deutschlands, daß es den Vorschlag Sir Edward Greys nur im Prinzip annehme, kommt einer Zurückweisung gleich und macht selbstverständlich auch das Vorgehen der anderen Mächte unmöglich. Aus allem gewinnt man hier die Überzeugung, daß Deutschland das militärische Vorgehen Österreichs unterstützt und billigt, und daß es sogar gegen eine territoriale Besetzung nichts einzuwenden hätte.“

* * *

Leipzig verbietet eine Demonstration der „sozialdemokratischen Organisation“ gegen den österreichisch-serbischen Krieg.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9182, Mittwoch, 29. Juli 1914 – S.6

Eine Kundgebung der Stadt Leipzig.

Leipzig, 28. Juli. Der Rat der Stadt Leipzig verbot als erste deutsche Stadtgemeinde die von der sozialdemokratischen Organisation für Mittwoch abends auf dem Maßplatz einberufene sozialdemokratische Massenprotestversammlung gegen den österreichisch-serbischen Krieg.

* * *

Überlegungen zu den Folgen der Ablehnung der Botschafter-Konferenz zum Österreich-Serbien Konflikt.

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 379 – Mittwoch, 29. Juli 1914 – Morgen - S.2

Der Eindruck der Ablehnung in Paris.

Paris, 28. Juli. Die Formel einer Botschafter-Konferenz in London ist aufgehoben, da in Berlin eingewendet wurde, daß Oesterreich-Ungarn auf keinen Fall seinen Streit mit Serbien dieser Konferenz zur Austragung überlassen würde, schon aus dem Grunde nicht, weil es nicht zugibt, daß es vor einem internationalen Tribunal mit Serbien auf dem Fuße der Gleichheit behandelt werde, wie es für eine Behandlung des Falles durch eine Konferenz unvermeidliche Voraussetzung wäre. Man behält also nur den Gedanken einer unmittelbaren Vermittlung von England und Frankreich in Petersburg und von Deutschland und Italien in Wien. Die Ausführung des Gedankens staucht sich jedoch an einem zur Stunde unübersteigbar scheinenden Hindernis: England und Frankreich machen nämlich ihren vermittelnden Schritt in Petersburg davon abhängig, daß Deutschland und Italien zuerst den Arm Oesterreichs festhalten. Darauf geht man jedoch, wie bestimmt verlautet, in Berlin nicht ein, und da keine der beiden Gruppen den ersten Schritt tun will, so geschieht oder geschah wenigstens heute überhaupt nichts.

* * *

Presse - Vossische Zeitung – Ausgabe B - Nr. 181 – Mittwoch, 29. Juli 1914 – S.2

Die Gefahr des Weltkrieges.

Die förmliche Kriegserklärung der Habsburgischen Monarchie an Serbien hat eine Aenderung der politischen Lage nicht bezweckt, noch bewirkt. Sie ist höchstens ein neues Zeichen der Entschlossenheit Oesterreich-Ungarns, die unzureichende Bereitschaft Serbiens zur Erfüllung der ihm gestellten Forderungen mit dem Appell an die Waffen zu beantworten, woran aber ohnehin kein aufmerksamer Zuschauer zweifeln konnte. Für das Schicksal der von Sir Edward Grey vorgeschlagenen Vermittlung war die Kriegserklärung einflußlos. Denn die Vermittlung hätte auch nach diesem Schritt fortgesetzt werden können. Sie ist überdies weit weniger auf die Beilegung des Streits zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien als auf die Verhütung einer russischen Einmischung gerichtet. Erst diese Einmischung enthält die Gefahr des Weltkrieges.

In einem Teil der englischen Presse wird heute mit erfreulicher Entschiedenheit der Standpunkt vertreten, daß die Ablehnung der Botschafter-Konferenz nicht zugleich die Ablehnung aller guten Dienste unbeteiligter Mächte, noch auch den Abbruch von Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg bedeute. In der Tat könnten unmittelbare Erörterungen von Kabinett zu Kabinett vielleicht eher zum Ziel führen als die schwierigen und langwierigen Beratungen einer Konferenz. Der Ausgang freilich hängt in allen Fällen ganz von den Plänen des Zarenreichs ab. Hat das Zarenreich ein Recht und einen Grund, sich derart mit Serbien zu identifizieren, daß es dessen Gegner als seinen Gegner betrachten müßte? Das könnte und dürfte Rußland allenfalls, wenn ihm das Protektorat über Serbien zustände. Ein solches Protektorat über irgend einen Balkanstaat aber ist von keiner anderen Macht bisher anerkannt worden. Mithin sollte sich aus den völkerrechtlichen Verhältnissen die Lokalisierung des Krieges, der Grundsatz der Nichtintervention von selbst ergeben, auch für Rußland jedenfalls so lange, wie von einer Absicht Oesterreich-Ungarns auf Ländererwerb oder von der Verwirklichung dieser Absicht keine Rede ist.

* * *

Professor Schiemann legt den Finger genau auf den Punkt, der die Weltlage bestimmt: Rußlands und Frankreichs „Friedenspolitik“.

Die russisch-französische Verschwörung – Echo der Presse.

Von einer Polemik gegen den Pariser „Temps“ ausgehend (der Deutschland für die entscheidende Wendung der Weltpolitik verantwortlich macht) kommt Prof. Schiemann in der „Kreuzzeitung“ zu folgenden Ergebnissen:

„Hat man je eine heuchlerische Verdrehung der Wahrheit gehört? Rußland erklärt, daß es einem Einschreiten Oesterreichs in Serbien nicht gleichgültig zuschauen könne, und faßt im Ministerrate vom 26. Juli, wie dem „Temps“ mitgeteilt wird, unter Vorsitz des Zaren den Beschluß: 1. unverzüglich Maßregeln zur Mobilisierung zu treffen, um 2. nötigenfalls sofort einschreiten zu können; es hat bereits die Armeekorps in den Gouvernements Kiew und Odessa mobil gemacht, auch den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch zum Oberkommandanten aller russischen Armeen ernannt und damit gezeigt, daß es in der Tat entschlossen ist, sich mit Serbien zu identifizieren. Und da soll Krieg und Frieden nicht in Abhängigkeit vom Verhalten Rußlands stehen, während doch notorisch ist, daß keine andere europäische Großmacht daran denkt, sich Oesterreich in den Weg zu stellen, wenn es, um seine Zukunft zu sichern, der serbischen Agitation ein für allemal die Flügel lähmt. Diese großserbische Agitation ist aber fast offenkundig seit 1908 von russischen Agitatoren und von den offiziellen Vertretern Rußlands in Belgrad nicht nur gefördert, sondern geleitet worden. Parallel damit ist die von Herrn Iswolski geleitete Verschwörung gegangen, als deren Sendboten Herr Poincare und seine Staatsmänner nach Petersburg pilgern, um die Maßregeln zu vereinbaren, durch welche sie ihren Frieden Mitteleuropa aufzunötigen hoffen. In diesem Sinne haben sie noch kürzlich in den zwischen dem Zaren und Herrn Poincare ausgetauschten Trinksprüchen als ihr Ziel das europäische Gleichgewicht bezeichnet; was aber darunter in Rußland und folglich auch in Frankreich verstanden wird, hat noch vor wenigen Tagen die „Nowoje Wremja“ durch Herrn Menschikow in einem Leitartikel dargelegt, dem sie die Ueberschrift setzt:

Die Organisation des Sieges. Es heißt darin: „Es genügt die Weltkarte anzusehen, Territorien und Volkszahl der beiden großen Koalitionen einander gegenüberzustellen, um sich zu überzeugen, daß die Tripleentente der gebietende Akkord im Weltkonzert ist. Zu Rußland gehört fast halb Asien, zu Frankreich halb Afrika, zu England die Hälfte des Erdballs, während die Besitzungen des Dreibunds, die von dieser mächtigen Gemeinschaft umgeben sind, nur eine Landenge zwischen Nordsee und Mittelmeer umfassen. Einer Volkszahl von 740 Millionen stehen 175 Millionen gegenüber.“ Dazu komme, daß die moralische Kraft den Ententemächten, innere Zerrüttung den Mächten des Dreibundes eigentümlich sei. Trotzdem sei für die letzteren ein Größenwahn charakteristisch, gegen den Vorsichtsmaßregeln unerlässlich wären. „Allzu unruhige Nachbarn muß man einzäunen und Beruhigungsmittel gegen sie in Bereitschaft halten. Das gefällt ihnen vielleicht nicht, aber: oderint dum metuant!“ (*mögen sie mich hassen, wenn sie mich nur fürchten*) Rußland, England und Frankreich seien geographische Freunde, durch das Schicksal aufeinander angewiesen, denn die Welt sei ein Schachbrett, auf welchem jede Macht den Bundesgenossen im Rücken des Gegners suchen müsse.

So lautet das Programm der russischen Gleichgewichts- und Friedenspolitik!

Nun ist auch in dieser Betrachtung charakteristisch, mit welcher Sicherheit England für alle Schachzüge russischer Politik als Mitkämpfer in Rechnung gestellt wird; auf Grund welcher Tatsachen das geschieht, wissen wir nicht, aber wir erinnern uns, daß England die letzte Macht war, die nach der Ermordung König Alexanders und seiner Gemahlin sich dazu bereit fand, König Peter anzuerkennen, und können uns nicht denken, daß es heute ein Einschreiten zugunsten serbischer Verschwörungs- und Mordpolitik mit seinen Sympathien begleiten wird. Was aber die moralische Ueberlegenheit Rußlands und Frankreichs betrifft, so ist sie uns bisher nicht greifbar entgegengetreten; die neue Affäre auf der einen, die Rasputin-Sensation auf der anderen Seite sprechen nicht dafür, und uns will scheinen, daß, wenn von innerer Zerrüttung die Rede ist, sich die Belege dafür öfter auf der anderen Seite als auf der unsrigen werden finden lassen. Ueberlegen wir diese Zusammenhänge, so kommen wir zu folgendem Schluß: Der französisch-russischen Verschwörung ist die serbische Krisis zu früh gekommen. Auf jenem Schachbrett, von dem die „Nowoje Wremja“ spricht, war auch Serbien als Stein im Rücken des Gegners gedacht, aber das Spiel sollte erst 1917 oder frühestens 1916 gespielt werden.“

★

★

★

Die Sozialdemokratie im Augenblick der Entscheidung– Echo der Presse.

Gerhard Hildebrand, der von der sozialdemokratischen Partei 1912 ausgeschlossene Schriftsteller, nimmt in der „Hilfe“ gegen die offizielle Sozialdemokratie folgendermaßen Stellung:

Man will die Völkerverbrüderung und die Demokratie. Aber indem man diese äußerst wichtigen Ziele mit der starren Konsequenz des Fanatikers verfolgt, verliert man den Blick für das tatsächlich Notwendige, die Elastizität der Anpassung an die gegebenen Situationen und der Ausnutzung der vorhandenen Möglichkeiten. Und was beinahe noch schlimmer ist als die bloße politische Dummheit in hundert Einzelfällen: man erstickt langsam in sich selber und in anderen das Bewußtsein der Zugehörigkeit zur Volksgemeinschaft im ganzen, das Gefühl für ihren Wert, ihre Nöte, ihre Aufgaben, ihre unersetzliche sittliche Bedeutung.... Als der Streit um Marokko uns in Spannung hielt, brachte August Bebel es wenigstens noch zu der prinzipiellen Erklärung, daß sich Deutschland nicht alle Türen weltwirtschaftlicher Betätigung vor der Nase zuschlagen lassen dürfe. Aber August Bebel ist tot und niemand in der Partei Erbe seiner Intelligenz und seiner Autorität. Als das Deutsche Reich angesichts des ständigen wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Erstarkens des russischen Kolosses zur wirklichen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht schreiten mußte, gab die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wenigstens auf dem Umwege einer finanzpolitischen Auslegung zu erkennen, daß das Wort „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ nur noch eine bedingte Geltung beanspruchen könne.

Aber die Fraktion ist jetzt nicht da, und mit ihr fehlt der Einfluß der verständigen Elemente. Was jetzt die Haltung der ganzen sozialdemokratischen Partei bestimmt, ist der gelegentlich scherzhaft so genannte Jakobinerklub, die Preßkommission der Berliner Genossen, zusammengesetzt aus proletarischen Spießbürgern und heraufgedienten Wahlkreisfunktionären, die der Parteivorstand ernstlicher fürchtet als den allgemeinen Parteitag. Und so kommt es denn, daß in den letzten Kundgebungen der Sozialdemokratie jede, aber auch jede Spur eines Verständnisses für die wirkliche Situation Deutschlands und für die wahre Bedeutung des Augenblicks mangelt. Man urteilt nach der hergebrachten Schablone, schreibt danach und demonstriert nach ihr, genau wie es die schablone- und formularkundigen Berliner Obergenossen gewohnt sind.“

* * *

Frankreich kämpft in Marokko einen Krieg gegen die Bevölkerung – Die Lust an kriegerischer Auseinandersetzung!?

Marokko. – Die Kämpfe der Franzosen. Paris, 29. Juli. Die Agence Havas meldet aus Rabat: In dem Kampf der Abteilung Gouraud vom 26. d.M. hatten wir 56 Tote, darunter 20 Europäer, und 90 Verwundete, darunter 37 Europäer.

* * *

Während Rußland sich auf den Krieg gegen Deutschland und Österreich wappnet, zeigen sich im russisch besetzten Polen revolutionäre Aktionen.

Revolutionäre Wellen in russisch Polen. Pulvermagazine in die Luft geflogen. – Bombenattentate auf dem Haupttelegraphenamte.

Warschau, 28. Juli. Die Nachrichten über einzelne revolutionäre Bewegungen in Russisch-Polen bestätigen sich derzeit in vollem Sinne des Wortes noch nicht, doch haben sich hier in Warschau Vorfälle zugetragen, die den Behörden die ernstesten Sorgen bereiten. Gestern sind hier mehrere Pulvermagazine in die Luft geflogen und außerdem am Haupttelegraphenamte Bombenattentate verübt worden. Es sind einige Verhaftungen vorgenommen worden und wurde die strengste Untersuchung eingeleitet, doch ist über deren Resultat nichts in Erfahrung zu bringen.

Zahlreiche Personen wurden getötet und verletzt.

* * *

Poincare bricht seine Reise ab und kehrt nach Paris zurück

Presse - Wiener Zeitung - Nr. 175 - Mittwoch, 29. Juli 1914 - S.8

Beschleunigte Rückreise des Präsidenten Poincares.

Kopenhagen, 27. Juli. Präsidenten Poincare, der an Bord der „France“ den Belt passierte, wird voraussichtlich Mittwoch Vormittag zwischen 10 und 11 Uhr in Dünkirchen eintreffen und den beabsichtigten Besuch in Kopenhagen in einer späteren Zeit nachholen.

Paris, 28. Juli. Justizminister Bienvenu-Martin hatte heute vormittag am Quai d'Orsay eine neuerliche Zusammenkunft mit dem deutschen Botschafter v.Schoen.

Um ½ 5 Uhr Nachmittags wird im Ministerium des Äußern ein Ministerrat stattfinden.

Paris, 28. Juli. Justizminister Bienvenu-Martin hatte heute vormittag eine Zusammenkunft mit dem russischen Botschafter in Paris Jswolski.

* * *

Frankreichs Forts werden als gut bestückt und bereit für ihre Aufgabe bezeichnet.

Presse - Posener Tageblatt, Nr. 350, Mittwoch, 29. Juli 1914 – Mittag – S.2

Französische Vorsichtsmaßregeln.

Paris, 28. Juli. Die militärische Kommission, die beauftragt war, im östlichen Gebiet und dort insbesondere die befestigten Plätze und die Vorräte zu untersuchen, hat in der Zeit vom 17. bis 27. Juli die großen Festungslager im Osten inspiziert und nach der „Agence Havas“ festgestellt, daß die untersuchten Plätze mit Vorräten, Waffen und den notwendigen Verteidigungsmitteln genügend versehen sind, um vollkommener die Aufgaben erfüllen zu können, deren Lösung man von ihnen erwartet.

* * *

Frankreich sagt angesagtes Flottenmanöver ab und gibt erforderliche Befehle für die Mobilisierung aus

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9182, Mittwoch, 29. Juli 1914 – S.17

Die französischen Flottenmanöver abgebrochen.

Paris, 29. Juli. Der „Temps“ meldet aus Toulon: Der Marinechef Admiral Boue de Lapeyriere hat die Seemanöver, die gestern beginnen sollten, abbestellt und den versammelten Geschwaderchefs die für eine Mobilisierung erforderlichen Befehle erteilt.

* * *

Ein an dem Attentat am österreichischen Thronfolger beteiligter serbischer Offizier, dessen Verhaftung erfolgen sollte, konnte sich außer Landes absetzen.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9183, Donnerstag, 30. Juli 1914 – S.3

Flucht des Majors Voja Tankosic nach Odessa.

Am 26. Juli über Saloniki. Die „Südslawische Korrespondenz“ erhält folgende Mitteilung aus Saloniki: Sonntag, den 26.d.M. abends kam hier mit der Bahn ein serbischer Offizier mit Frau an, der in einem hiesigen Hotel Logis nahm. Der serbische Offizier meldete sich in dem Hotel als Major Bujakovic. Montag ist der als Major Bujakovic gemeldete Offizier von Saloniki nach Odessa weitergereist.

Durch bekannte Personen, die den betreffenden serbischen Offizier von früher her kennen und ihn auch während seines Aufenthaltes in Saloniki ansprachen, ist in absolut unzweifelhafter Weise festgestellt worden, daß der angebliche Major Bujakovic in Wirklichkeit mit dem bekannten Major Voja Tankosic identisch ist, dessen sofortige Verhaftung die österreichisch-ungarische Regierung in ihrer Note von Serbien gefordert hatte und bezüglich dessen die serbische Regierung in ihrer Antwortnote vom 25./12. Juli 1914 in Punkt 7 erklärte: „Die königliche Regierung hat noch am Abend des Tages, an dem ihr die Note zukam, die Verhaftung des Majors Vojislav (Voja) Tankosic verfügt.“

* * *

Frankreich und Rußland geben vor, Deutschland müsse Österreich zurückhalten, aber daß Franzosen und vor allem Russen sich zurückhalten müssen, davon ist keine Rede.

Presse - Posener Tageblatt, Nr. 351, Donnerstag, 30. Juli 1914 – S.1

Der drohende europäische Krieg. Sollen wir Österreich in den Arm fallen?

Ein gewisser Teil der ausländischen Presse, insbesondere die französische und russische, gefällt sich darin, dem deutschen Kaiser und seinem Volke zuzumuten, auf den Bundesgenossen an der Donau zu drücken, um diesen zu zwingen, von seinen gerechten Forderungen abzustehen. Wenn nachher die selbstverständlich erscheinende Zurückweisung solcher Zumutung erfolgt, soll das deutsche Volk und sein Kaiser als Weltkriegsentsfacher hingestellt werden.

Wie stehen die Dinge? Gesichert durch den Bündnisvertrag mit Frankreich, hat Rußland in den letzten Jahren, die ihm zweifellos eine große wirtschaftliche Entwicklung gebracht haben und es hierdurch an und für sich in eine gewisse Frontstellung gegen uns brachte (wohlbemerkt über die durch das Bündnis mit Frankreich gegebene hinaus) seine Wehrkraft in noch nicht dagewesener Art und Weise mit der Spitze gegen die mitteleuropäischen Kaiserstaaten verstärkt. Gleichzeitig übte es einen starken Druck auf Frankreich aus, das sich veranlaßt sah, die dreijährige Dienstzeit wieder einzuführen. Wir sahen uns daher gezwungen, die große Heeresvorlage 1913 zu erledigen, worauf die Antwort in Paris und Petersburg nicht ausblieb in Form von mehreren weiteren Heeresvorlagen in Frankreich und Rußland, mit der klar erkennbaren Absicht, Deutschland in den nächsten zwei Jahren militärisch vollkommen zu überflügeln. Die Maßnahmen, die mit großem Eifer vorwärts getrieben werden, werden bei ruhiger Entwicklung zweifellos im Jahr 1915 für uns eine überaus bedenkliche militärische Lage schaffen.

Hand in Hand mit diesem geht nun seit geraumer Zeit die Absicht dahin, alle in Frage kommenden Staaten zur Zertrümmerung der mitteleuropäischen Kaiserstaaten bereitzustellen. Rumänien ist tatsächlich dem Dreibund bereits abspenstig gemacht worden, wie aus der jetzigen Haltung des Staates klar hervorgeht. Spanien wird seine Eisenbahnen zum Abtransport der französischen Truppen bereitstellen, Belgien ist vollkommen in den Händen der französischen Machthaber, und Schweden wird jetzt neuerdings mit großen Mitteln in deutschfeindlichem Sinne bearbeitet. Serbien aber hat unter der lebhaftesten und sorgfältigsten Deckung der Petersburger Machthaber bereits begonnen, sein Zertrümmerungswerk gegen Österreich-Ungarn in die Wege zu leiten. Das erste offenkundige und furchtbare Ereignis ist der Mord in Sarajewo.

Jetzt, da die Donaumonarchie mit Wucht in das im Bau begriffene Zerstörungswerk, das uns den Garau machen soll, tatkräftig hineinfährt, um es zu zerstören, ehe es mit Erfolg gegen uns angewandt werden kann, mutet man dem deutschen Kaiser und seinem Volke zu, dem Bundesgenossen in den Arm zu fallen!

*

*

*

Die SPD mit Klara Zetkin führt Revolutionsreden auf verbotenen Demonstrationen.

Presse - Posener Tageblatt, Nr. 351, Donnerstag, 30. Juli 1914 – S.3

Die roten Hochverratsversuche in Berlin.

Bekanntlich durften in Berlin unbegreiflicherweise rote heeres- und kriegsfeindliche Versammlungen am gestrigen Dienstag stattfinden, im Gegensatz zu anderen Großstädten, wie Königsberg und Leipzig, wo sie verboten wurden. In Berlin aber fanden dreizehn Versammlungen statt, außerdem in den umliegenden Ortschaften noch weitere neunzehn. Es war zu erwarten, daß die Versammlungsteilnehmer sich nicht damit begnügen würden, den Rednern zuzuhören und in den Versammlungslokalen Friedenskundgebungen zu veranstalten, sondern daß sie ihre Demonstrationen auf der Straße fortsetzen. Da aber das Verbot für jegliche Umzüge erlassen worden war, so war auch vorauszusehen, daß es bei diesen Demonstrationen nicht ohne Zusammenstöße abgehen würde. Die einzelnen Versammlungslokale waren meist stark besucht. Einzelne Trupps von mehreren Hundert Personen, Genossen und Genossinnen hatten sich an verschiedenen Stellen zusammengefunden und strebten den einzelnen Lokalen zu. Diese waren bald überfüllt und auch die Gärten und die Straßen vor den Lokalen waren dicht besetzt. Als gegen 9 Uhr die Versammlungen beendet waren, bildeten sich einzelne Züge von mehreren Tausend Personen, deren Ziel überall das Stadttinnere bildete. Hier kam es mehrfach zu Zusammenstößen mit der Polizei und mit national denkenden Passanten, wobei auch, wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, Blut floß.

Mit Recht fragen Berliner nationale Blätter, warum diese Versammlungen geduldet wurden, warum dagegen andererseits die spontanen Äußerungen nationaler Kreise nach der polizeilichen Ankündigung für Berlin nicht mehr gestattet sein sollen. **Noch bedauerlicher wird man dieses Verbot empfinden, wenn man**

erfährt, was zum Beispiel die Genossin Frau Zetkin am Schluß ihrer Rede sagte: „Bereiten wir uns vor, in diese, schweren Kämpfe alles daran zu setzen, um das zu erreichen, was wir wollen. Zeigen wir, daß wir nicht nur reden, sondern, wenn die Stunde kommt, auch zu handeln wissen.“

* * *

Die deutsche Flotte zurück Kiel und Wilhelmshaven

Presse - Posener Tageblatt, Nr. 351, Donnerstag, 30. Juli 1914 – S.6

Rückkehr der deutschen Flotte.

Berlin, 29. Juli. Die deutsche Flotte ist in ihre Heimathäfen zurückgekehrt, die Nordseeschiffe gestern abend nach Wilhelmshaven, die Ostseeschiffe nach Kiel.

* * *

Teilweise Mobilisierung in Rußland

Presse - Posener Tageblatt, Nr. 351, Donnerstag, 30. Juli 1914 – S.6

Teilweise Mobilisierung Rußlands.

London, 29. Juli. Wie Reuters Telegr.-Bureau erfährt, ist gestern abend im Süden und Südwesten Rußlands eine teilweise Mobilisierung angeordnet worden.

* * *

Rußland mobilisiert an seiner Westgrenze

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 381 - Mittwoch, 30. Juli 1914 - Morgen – S.1

Mobilisierung von 16 russischen Korps an der Südwestgrenze.

London, 29. Juli. Das Reutersche Bureau erfährt, daß gestern abend im Süden und Südwesten Rußlands eine teilweise Mobilisierung angeordnet worden ist. Die Mobilisierung beschränkt sich auf die militärischen Bezirke von Kiew, Odessa, Moskau und Kasan. In jedem Bezirk stehen vier Armeekorps in Friedensstärke. Durch die Mobilisation werden 16 Armeekorps auf die Stärke von 32 Armeekorps gebracht. Kasan ist der Zentralbezirk, von dem aus die Reserven für die Westgrenze zusammengezogen werden.

* * *

Russische Kriegspartei propagiert Krieg gegen Deutschland

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 381 - Donnerstag, 30. Juli 1914 - Morgen – S.1

Die panslawische Hetze gegen Deutschland.

Petersburg, 29. Juli. Hier hält man die Lage für nicht ganz aussichtslos, jedoch besteht kein Zweifel, daß die Kriegspartei durch ihre allnächtlich sich wiederholenden Demonstrationen viel an Terrain gewinnt und durch die Nationalisten und Panslawisten eine direkt deutschfeindliche Stimmung genährt wird. **Panslawistische Kreise fordern heute einen Krieg auf jeden Fall; sie sprechen ganz offen von einer Strafexpedition, die gegen Deutschland auszuführen wäre.(!)** Durch die nationalistischen Organe wird die Öffentlichkeit teilweise irregeleitet und übermäßig beunruhigt. Für heute abend stehen wiederum grandiose Demonstrationen bevor, die auf die Stimmungsmache unter den Massen berechnet sind. Das „schwarze Hundert“ ist eifrig an der Arbeit, die Fabrikarbeiter zu diesen Manifestationen heranzuziehen, um entgegen der Wahrheit glauben zu machen, die arbeitenden Klassen und das ganze Volk in Rußland wünsche den Krieg.

* * *

Besteht für Rußland ein Grund, sich in den österreichisch-serbischen Konflikt einzuhängen?

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 382 - Donnerstag, 30. Juli 1914 - Abend - S.1

Ist Rußland berechtigt, sich in den österreichisch-serbischen Konflikt einzumischen?

von Georg Gothein. Mitglied des Reichstages.

Was gibt Rußland ein besonderes Recht, sich in den österreichisch-serbischen Konflikt einzumischen? Nirgends grenzt es an Serbien; in weitem Umfang liegt rumänisches, ungarisches und bulgarisches Gebiet dazwischen; schon letzteres hat keine Landgrenze mit Rußland. Auch dynastische Beziehungen, die übrigens heute noch weniger als früher als ein Grund zur Einmischung angesehen werden könnten, bestehen zwischen beiden Ländern nicht. Solange Österreich keine territorialen Veränderungen auf der Balkanhalbinsel vornimmt – und es erklärt, es keinesfalls zu wollen –, spielen auch keine Machtverschiebungen mit, die Rußland irgendwie gefährlich werden könnten, indem Österreich als eventueller Gegner Rußlands einen Kräftegewinn daraus ziehen könnte. – Irgendein Bündnis, das Rußland verpflichtete, Serbien, im Fall es angegriffen wird, beizustehen, besteht ebenfalls nicht. Den Schiedsrichter oder die Polizei in Europa zu spielen, wenn sich zwei Völker in die Haare geraten, kann es auch nicht verlangen.

Einzig und allein der Anspruch als slawische Vormacht überall den Schutz der bedrohten Slawen zu übernehmen, ist es, womit es seinen Anspruch zu rechtfertigen versucht. Sein Prestige gegenüber den slawischen Völkern würde leiden, wenn es dem bedrohten Serbien nicht zu Hilfe käme.

Zweifellos ist Rußland das Staatswesen, das die meisten Angehörigen der großen slawischen Völkerfamilie in sich umfaßt. Aber gibt ihm das ein Recht, sich als Schutzmacht der Slawen aller Länder aufzuspielen? Worin beruht denn dieser slawische Völkerzusammenhang? Etwa in der gemeinsamen Sprache? Der Groß- und Kleinrusse kann weder den Serben noch Bulgaren, weder den Polen, noch Tschechen, noch Letten verstehen. Es gibt keine gemeinsame slawische Sprache und damit kein Kulturelement, das die slawischen Völker untereinander verbindet.

Aber selbst wenn des der Fall wäre, würde der Anspruch einer Macht die Interessen aller Sprachgenossen zu vertreten, ein unerhörtes, höchst gefährliches sein. Dann könnte Deutschland mit dem gleichen Recht die Wahrnehmung der Rechte aller Deutschsprechenden – in Österreich-Ungarn, der Schweiz, Rußland – verlangen. Wir sind sehr schmerzlich berührt von den Vergewaltigungen der Deutschen in den russischen Ostseeprovinzen – wir sehen mit Abscheu auf die Rechtlosmachung und Mißhandlung der – doch deutschsprechenden – Juden in Rußland; aber wir denken nicht daran, uns deshalb in die innerrussischen Verhältnisse einzumischen, so wenig wie Schweden daran denkt, gegen Rußland wegen der Mißhandlung und Entrechtung seiner Sprachgenossen in Finnland vorzugehen. Nach dieser Theorie könnte Italien sich wegen der italienisch sprechenden Schweizer, Frankreich sich wegen der französisch sprechenden Schweizer, Belgier, Luxemburger in die Verhältnisse der Schweiz, Belgien, Luxemburgs, England sich in die der Vereinigten Staaten oder umgekehrt einmengen usw.

Ja, aber die Blutsverwandtschaft! Blut ist dicker als Wasser; Blut ist ein ganz besonderer Saft; er schafft Sympathien, Zusammengehörigkeitsverhältnisse, Verpflichtungen zu gegenseitiger Hilfe und was der schön klingenden Phrasen mehr sind.

Wenn man von Negern, Mongolen, Malayen, Indianern, Chinesen, Japanern, Eskimos usw. absieht und sich auf die weiße Rasse beschränkt, so gibt es auch in ihr kaum ein reinrassiges Volk. Alles sind Mischvölker – am meisten die interessanten slawischen Völkerschaften an unterer Donau und auf dem Balkan –, ein Gemisch von Slawen mit Griechen, Rumänen, Deutschen, Türken, Italienern. Und wir Deutschen, zumindest östlich der Saale und Elbe, sind eine Mischung deutschen und slawischen Blutes; wir würden es uns aber höchlichst verbitten, daß die slawische Vormacht sich deshalb um unsere vermischten oder unvermischten slawischen Blutsverwandten kümmere, oder wenn wir als germanische Vormacht uns in die inneren Verhältnisse der drei skandinavischen Reiche, Englands, der Vereinigten Staaten, Hollands, der Schweiz, Österreichs, Belgiens und schließlich auch Rußlands kümmern wollten. Das wäre der Krieg aller gegen alle!

Und wie sollte es bei den romanischen Völkern sein? Natürlich würde da Frankreich ambieren, die Vormacht zu sein, womit Italien und Spanien, die Schweiz, aber auch Belgien wenig einverstanden sein würden, zumal in den beiden letzteren ja auch, und zwar überwiegend, die germanische Vormacht sich zur Geltung zu bringen haben würde.

Der ganze Gedanke des politischen Panslawismus ist so ungeheuerlich, daß man nur nötig hat, einmal seine Konsequenzen auch für andere Völkergruppen zu ziehen, um ihn ad absurdum zu führen.

Dabei ist diese angebliche Blutsverwandtschaft etwas recht zweifelhaftes. Man vergleiche nur einmal den südslawischen Typus – Dalmatiner, Montenegriner, Serben oder Kroaten – mit den nördlichen Russen oder

Polen. Noch weit verschiedener als die Sprache ist der Mensch. Und die beteiligten Menschen haben auch früher nichts davon gewußt; man hat ihnen durch Fanatiker so lange davon vorgepredigt, bis ein Teil von ihnen es sich hat suggerieren lassen.

Der Panslawismus ist und bleibt nichts als eine Theorie, geeignet zur Agitation – staatsrechtlich ein Ding der Unmöglichkeit. Letzten Endes wehrt sich Österreich-Ungarn – das Reich, das nächst Rußland die stärkste slawische Bevölkerung hat – in Serbien gegen die panslawistische Idee, die hier in der Teilerscheinung eines Großserbentums auftritt; gegen die Idee, die ein Reich mit rund zur Hälfte slawischer Bevölkerung zerstören muß. – Ob der Weg, den es mit Ultimatum und Kriegserklärung eingeschlagen hat, zu dem erwünschten Ziel führt, ist eine Frage für sich. Jedenfalls wird – auch wer auf dem Standpunkt steht, daß der anarchische völkerrechtliche Weg der kriegerischen Selbsthilfe im Zeitalter der internationalen Gerichtsbarkeit nicht der richtige ist – bei ruhiger Überlegung den russischen Anspruch zur Wahrung seines panslawistischen Prestiges für ungerechtfertigt erklären. Der Panslawismus ist – ebenso wie es ein Pangermanismus oder ein Panromanismus sein würde – völkerrechtlich unmöglich, eine Gefahr für das friedliche Nebeneinanderleben der Staaten. Und das sollten die friedliebenden Elemente aller Völker einsehen.

* * *

Frankreich macht sich kriegsbereit aber ohne Mobilisation

Presse - Posener Tageblatt, Nr. 352, Donnerstag, 30. Juli 1914 – Mittag – S.1

Französische Kriegsrüstungen.

Paris, 29. Juli. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, eine Mobilisierung der französischen Armee ist bisher nicht angeordnet worden. Dagegen werden heute abend sämtliche Deckungstruppen an der Ostgrenze konzentriert sein, insgesamt 280 000 Mann. Alle Regimenter, die sich auf den Truppenübungsplätzen befanden, sind in ihre Garnisonen zurückgekehrt. Telegraphische Befehle sind an alle Behörden ergangen, die nötigen Vorbereitungen zu treffen, falls die Ereignisse eine Mobilisierung notwendig machen sollten. In den Ostdepartements wurden von der Militärbehörde Pferde in großer Zahl requiriert. Alle Festungskommandanten der Grenzforts haben Befehl erhalten, ihre Plätze in volle Kriegsbereitschaft zu setzen. Diese Vorbereitungen seien, so wird versichert, als Präventivmaßnahme anzusehen, da Frankreich für alle Fälle gerüstet sein müsse.

* * *

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 381 – Donnerstag, 30. Juli 1914 – S.15

Französische Truppenverschiebungen.

Genf 29. Juli. Genfer Reisende, die gestern abend vom Pariser Ostbahnhof hierher abreisen wollten, wurden gezwungen, den Lyoner Bahnhof zu benutzen, da der Ostbahnhof militärisch besetzt und für Truppentransporte reserviert war. Es sollen über 20 Züge in Bereitschaft gestanden haben. Das Genfer „Journal“ meldet, es verlautet, daß mehrere Waggons Getreide mit dem Bestimmungsort Genf in Frankreich zurückgehalten wurden.

* * *

Paris dementiert, Deutsche würden ausgewiesen

Presse - Wiener Abendpost - Nr. 173 - Mittwoch, 30. Juli 1914 - S.25

Französische Dementis.

Paris, 29. Juli. Die Agence Havas ist ermächtigt, das Gerücht zu dementieren, als ob das Ministerium des Innern und die Polizeipräfektur daran gehen, Ausweisungsverfügungen gegen die in Paris lebenden Deutschen und angehörige Österreich-Ungarns zu treffen.

Paris, 29. Juli. Gegenüber verschiedenen Gerüchten stellt die Agence Havas fest, daß es unrichtig sei, daß die Regierung die Einberufung eines oder mehrere Reserveklassen beschlossen hätte. Die Regierung beschränkte sich darauf, die von den Umständen aufgedrängten Maßnahmen für die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung zu treffen.

* * *

Deutschland ist an der Katastrophe schuld = Frankreichs Haltung – neu? –
Rußland bleibt dabei, Serbien zu verteidigen

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 382 - Donnerstag, 30. Juli 1914 - Abend - S.4

Entschlossene Stimmung in Frankreich. Ein Manifest des Zaren angekündigt.

Paris, 30. Juli. Bei Beginn der Krisis konnte man im Publikum oft die Bemerkung hören, daß es sinnlos und verbrecherisch sei, wegen Serbien einen europäischen Krieg zu entfesseln. Solche Worte sind jetzt verstummt. In den fünf Tagen der Aufregung und Sorge hat das französische Volk sich an die Gefahr gewöhnt. Eine Art von Stummer Entschlossenheit herrscht vor und es ist sicher, daß im Ernstfalle jeder gewissenhaft und sogar freudig seine Pflicht tun wird.

Man denkt jetzt nicht mehr an Serbien, man redet sich ein, daß Deutschland an der Katastrophe schuld sei und daß Frankreich deshalb auf jeden Fall seine Bündnispflicht erfüllen müsse, komme es nun, wie es wolle.

Die Kundgebungen der Sozialisten dürfen nicht überschätzt werden. Der Sozialismus hat sich dank seiner inneren Uneinigkeit als vollkommen unfähig erwiesen, der Diplomatie das Handwerk zu legen. Man kann wohl sagen, Frankreich steht jetzt geschlossen und einig da, ein Block. Alle Parteigegensätze sind verschwunden. Der frühere Antimilitarist Herve spricht mit einem Mal genau so, wie der reaktionäre und klerikale Graf de Mun, der heute im „Echo de Paris“ schreibt: „Im Augenblick, wo der Konflikt zwischen den Deutschen und den Slawen ausbricht, werden wir zwischen Krieg und Demütigung zu wählen haben. Ist dieser Augenblick gekommen? Deutschland wird es uns sagen. Wenn der Entscheidungstag gekommen ist, so mag man wissen, daß kein Franzose zaudern wird. Die Ehre ist das Höchste der Güter und ein Friede mit Demütigung wäre nur ein Joch.“

Ähnlich schreibt die radikale „Lanterne“: „Da wir alles befürchten müssen, so werden wir uns auf alles vorbereiten. Dieses Gefühl begeistert heute schon unsere ganze leidenschaftliche Jugend, deren bewundernswerter Schwung für uns ein stärkender Anblick ist. Unsere jungen Soldaten sind entschlossen und stolz darauf, daß sie die größte Pflicht des Bürgers erfüllen dürfen. Sie haben kein Wort des Bedauerns und keine Gebärde des Zauderns.“ Die radikale und radikalsozialistische Partei hat gestern eine Versammlung in den Räumen des Aerodroms abgehalten und dabei eine Tagesordnung beschlossen, in der es heißt: „Die radikale und radikalsozialistische Gruppe des Parlaments billigt die Entschlossenheit und Weisheit der republikanischen Regierung in den gegenwärtigen Umständen und sie erklärt sich mit der Regierung und dem Gefühl des Patriotismus vereint und solidarisch.“

Alle diese Erklärungen sind frei von Fanfaronaden und Großsprecherei und ebenso frei von Verhetzung. In der ganzen Pariser und französischen Presse gibt es nur eine Zeitung, die offen und frei zum Kriege hetzt, die Abendzeitung „Journal des Debats“. **An Nachrichten liegt heute morgen die Havasmeldung aus Petersburg vor, in der es heißt, Rußland bleibe bei dem festen Entschluß, Serbien zu verteidigen.** Weiter wird gemeldet, man erwarte heute am 29. abends die Veröffentlichung eines Manifests des Zaren. Wenn der Zar sich zum Generalissimus der russischen Streitkräfte ernannt, so werde eine gewaltige Woge des Enthusiasmus durch ganz Rußland gehen. Die Erklärung Österreichs, daß man die Besetzung Belgrads abwarten müsse, bevor die Friedensbedingungen behandelt werden können, wird als unannehmbar bezeichnet.

Ähnlich meldet der „Matin“ aus Wien, man erwarte eine Erklärung der Absichten Rußlands und glaube, daß Deutschland morgen in Petersburg einen Schritt unternehmen wird, um die Absichten der russischen Regierung zu erfahren.

Der „Petit Parisien“ bringt von einer in Paris wohnenden hohen russischen Persönlichkeit, die wohl niemand anders als Botschafter Iswolski selbst ist, eine Erklärung, in der es heißt: „Es ist richtig, daß Rußland dreizehn (nach der gestrigen Reutersmeldung sechzehn. Die Red.) und nicht vierzehn Armeekorps mobilisiert habe. Es sind die Armeekorps der Südgrenze nach Österreich zu. An der deutschen Grenze haben keinerlei Truppenbewegungen stattgefunden. Man versteht nicht, wie die offizielle Erklärung Rußlands an Österreich und Deutschland in die Öffentlichkeit gekommen ist, denn es war abgemacht, daß diese Erklärung geheim bleiben sollte. **Rußland hat in den letzten Tagen Beweise seiner friedlichen Absichten gegeben. Alle Schritte, die in Wien unternommen worden sind, besonders die Verhandlungen über die Verlängerung einer Frist für Serbien sind gescheitert. Man kann also dem Kabinett von Petersburg nicht den Vorwurf der Unklugheit und der kriegerischen Tendenzen machen.** Österreich hat allerdings vor einigen Tagen Rußland erklärt, daß die territoriale Unabhängigkeit Serbiens garantiert sei. Aber diese Versicherung kann nicht genügen. Denn Österreich hat mit keiner Silbe von der politischen Unabhängigkeit gesprochen, die viel wichtiger ist.“

Es seien noch die Meinungen **dreier hervorragender französischer Staatsmänner** angeführt. Pichon schreibt im „Petit Journal“: „Wir dürfen uns nicht auf die Auffassung einlassen, die in Berlin vertreten wird, nämlich, daß die Erhaltung des Friedens von Petersburg abhängt. Diese Erklärung ist Sophismus. Die Wahrheit ist, daß immer noch die deutsche Regierung Herr über Krieg und Frieden ist (!). Wenn Deutschland auch seinen Bundesgenossen nicht zurückhalten will, wenn es auf das Wiener Kabinett keinen Druck ausüben will, so bleibt als letztes Mittel eine Intervention zu drei oder zu vier auf die Regierungen, die am meisten interessiert sind. Das wäre die Intervention, die England vorgeschlagen, Frankreich angenommen und Deutschland zurückgewiesen hat. Man muß auf diesen Vorschlag zurückkommen. Er ist notwendig, vielleicht kann man die Form abändern, wenn man den deutschen Einwendungen alle Genugtuung geben will, aber man muß schnell handeln.“

Delcasse hat sich zu einem Interviewer des „Gil Blas“ ausgesprochen und erklärt: „Offenbar ist Deutschland der Schiedsrichter der Lage. Krieg und Frieden hängen von ihm ab. Deutschland hat vermutlich nicht geglaubt, daß die Tripleentente so eng geschlossen bleiben wird und bereit ist, den Handschuh aufzunehmen. Die Erklärungen Rußlands und Englands, die Vorbereitungen, die Rußland macht, die Mobilisierung der englischen Flotte, unsere eigenen militärischen Vorsichtsmaßnahmen, all das hat Deutschland verstimmt. Man weiß nicht recht, was die deutsche Regierung jetzt tun wird. Sie hat eine Partie gespielt, aber manchmal legt man sich mit einer Partie selbst hinein. Im Kriege wird die Nordsee für die Geschwader Wilhelms II. verschlossen sein, und wenn Deutschland den Krieg will, so wird es bald ausgehungert sein.“

George Clemenceau meint in seinem „Homme Libre“: Die Berliner Kundgebungen gegen Rußland und Frankreich haben deutlich gezeigt, daß das deutsche Volk denkt, wie sein Kaiser. Wie anders der Geisteszustand bei unseren Bürgern! Ich sehe vor mir nur Leute, die ruhig, aber entschlossen sind. Ich höre nur den Wunsch nach Frieden, der aber mit einer männlichen Entschlossenheit vorgebracht wird, die zeigt, daß die französische Seele nicht degeneriert ist.“

★

★

★

Flottenvorkehrungen in England sind reine Vorsichtsmaßnahmen, noch keine Mobilisierung – England bleibt der Tripleentente treu und wird seine Verpflichtungen erfüllen

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 382 - Donnerstag, 30. Juli 1914 - Abend - S.1

Keine Mobilisierung in England.

London, 30. Juli. Es wird offiziell erklärt, daß die militärischen Behörden keinerlei Maßnahmen getroffen hätten, die als Mobilmachung zu betrachten seien. Die bei der Flotte getroffenen Vorkehrungen seien nichts als eine Vorsichtsmaßregel und keine Mobilisierung sei angeordnet. Die erste Flotte hat gestern die Reede von Portland verlassen; die Torpedozerstörer-Flottillen sind von der irischen Küste herbeigeordnet worden. Die Leitartikel der englischen Presse zeigen heute morgen eine pessimistischere Auffassung. Asquiths gestrige Erklärung im Unterhause, daß die Situation außerordentlich ernst sei, hat die Hoffnungen auch der stärksten Optimisten herabgemindert. Asquith drückte sich mit außerordentlicher Bestimmtheit aus und seine Worte hinterließen, sagen heute die „Daily News“, eine sehr niedergedrückte Atmosphäre im Hause. Selbst eine Petersburger Meldung, die russische Regierung habe eine ausdrückliche offizielle Erklärung Österreichs erhalten, daß der „Territorialbesitz Serbiens in keiner Weise angetastet werden würde“, macht hier die Stimmung nicht hoffnungsvoller. Man weist darauf hin, daß England ganz dieselben Worte vor dem Burenkriege brauchte und damals auch die ehrliche Absicht hatte, aber die Umstände waren eben zwingender, als man voraussehen konnte. Das Resultat war bekanntlich die Annexion Transvaals.

Die „Times“ sagen: Die Vorkehrungen, die Österreich gegen Serbien trifft, erinnern sehr an das Vorgehen Österreichs von 55 Jahren gegen Piemont. Jetzt wie damals habe die habsburgische Monarchie in hohem Maße die Sympathien Europas bei seiner berechtigten Beschwerde für sich, bis sie diese durch Mangel an Selbstbeschränkung und Klugheit verirkte. Die „Times“ weisen darauf hin, daß die Versicherung, wonach Österreich keinen Territorialgewinn erstrebe, in dem Manifest des Kaisers nicht enthalten sei. Das Blatt betont weiter, aber, daß die Besprechungen zwischen Berlin und Petersburg fortgesetzt würden. Es sei ein offenes Geheimnis, daß Deutschland sein Bestes tue, um den Draht zwischen der russischen und der österreichischen Hauptstadt wieder herzustellen.

„Daily Telegraph“ sagt, England bleibe der Tripleentente treu und sei vollkommen bereit, seine Verpflichtungen gegenüber der Entente zu erfüllen.

Der „**Standard**“ schreibt, man müsse sich darüber klar sein, daß England sich unter keinerlei Verpflichtungen befinde. Sir Edward Grey habe noch am 12. Juni im Parlament erklärt, daß England im Falle eines Bruches zwischen den europäischen Mächten vollständig freie Hand habe.

Der „**Daily Graphic**“ hofft auf einen friedlichen Ausgleich teils, weil alle Mächte mit der größten Aufrichtigkeit und Selbstverleugnung handelten und teils, weil die Differenzen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland tatsächlich nicht so außerordentlich groß seien.

Die „**Daily Chronicle**“ betont, daß man aus den durchaus angemessenen Vorbereitungen der britischen Flotte keine falschen Schlüsse ziehen dürfe.

„**Daily Mail**“ schreibt: „Solange der deutsche Kaiser und der Zar, die beide in der unmittelbaren Vergangenheit Beweise für ihrer Friedensliebe gegeben haben, in freundschaftlicher Korrespondenz stehen, kann die Lage nicht als absolut verzweifelt angesehen werden.“

*

*

*

Gerücht: Deutschland hat Österreich zu seiner Aktion angestiftet

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 382 - Donnerstag, 30. Juli 1914 - Abend - S.4

Die Rolle Deutschlands. Eine offizielle österreichische Erklärung.

Wien, 30. Juli. Das offiziöse „Fremdenblatt“ schreibt:

„In einem Teile der europäischen Presse wird in den letzten Tagen wiederholt, auch von hervorragenden Politikern, die Meinung ausgesprochen daß Österreich-Ungarn zu seiner gegenwärtigen Aktion vom Deutschen Reich angestiftet worden sei. Von mancher Seite wird die Darstellung noch durch die Angabe ergänzt, daß man in Berlin infolge der bestimmten Abschätzung der militärischen Kräfteverhältnisse den Augenblick für die Entfesselung des so oft angekündigten Weltkrieges für besonders geeignet erachte. Man kann nicht genug darüber staunen, daß solche Auffassung entstehen konnte. Einerseits reichen die Ursachen, die zum Ausbruch des Konflikts mit Serbien geführt haben, auf Jahre hinaus zurück und wurzeln in dem feindseligen Verhalten des serbischen Königreiches gegen die Monarchie, auf daß der deutschen Politik, wenn überhaupt, so doch selbstverständlich nur ein mäßiger Einfluß zugeschrieben werden kann. Andererseits hat das Attentat von Sarajewo natürlich weder in Berlin noch anderswo vorhergesehen und als Posten in welche politische Rechnung auch immer eingestellt werden können. Es sind dies so elementare Feststellungen, daß man kaum den Wunsch unterdrücken kann, sie wären uns erspart geblieben und von jenen gemacht worden, die sich sodann sicherlich gleich von vornherein auf eine richtigere Grundlage des Urteils begeben hätten. Die gegenwärtigen Bemühungen der deutschen Diplomatie bedeuten nur eine Wiederholung der Politik, der Deutschland, das auf diesem Wege mit England zusammentraf, während der letzten großen Orientkrise zum Durchbruch verholfen hat. Deutschlands Verhalten in diesem Augenblick entspricht nicht nur seinem Verhalten in der letzten Krise, sondern auch den jahrzehntelangen Überlieferungen seiner Liebe zum Frieden und auf seinen Wunsch nach einem Ausgleich der Gegensätze in Europa gegründeten Politik, die infolgedessen wohl das Recht hätte zu verlangen, daß ein Verdacht solcher Machenschaften, wie sie ihr jetzt zugemutet werden, sich nicht an sie herandränge. Abgesehen davon übersieht und unterschätzt die Auffassung, die uns für fähig hält, von welcher Seite auch immer kommenden Anstiftungen dieser Art zu unterliegen, die Stellung Österreich-Ungarns im Kreise seiner Bundesgenossen und sein unbedingtes Bedürfnis nach Aufrechterhaltung der Großmachtwürde, zu deren Schutz wir soeben nach langer Friedenszeit die Gewalt der Waffen angerufen haben. Auch die vielen wichtigen Dienste, die Österreich-Ungarn anerkanntermaßen dem Weltfrieden bereits geleistet hat, geben ihm vielleicht das Recht, seiner Hoffnung Ausdruck zu geben, daß alle jene, die ihn ebenfalls erhalten wissen wollen, die Berechtigung des deutschen Standpunktes einsehend, ihm schließlich beitreten und damit zu dem ihnen und unseren Verbündeten nicht minder als der Monarchie selbst am Herzen liegenden Ziele gelangen.“

*

*

*

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 384 – Freitag, 31. Juli 1914 – Abend – S.1

Zustand drohender Kriegsgefahr.

Berlin, 31. Juli. (Meldung des Wolffschen Telegraphischen Bureaus) Aus Petersburg ist heute die Nachricht des deutschen Botschafters eingetroffen, daß die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee und Flotte befohlen worden ist. Darauf hat der Kaiser den Zustand der drohenden Kriegsgefahr befohlen. Der Kaiser wird heute nach Berlin übersiedeln. Der Kaiser hat auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung das Reichsgebiet ohne Bayern in Kriegszustand erklärt. Für Bayern ergeht die gleiche Anordnung.

An militärischen Maßnahmen kommen bei „drohender Kriegsgefahr“ hauptsächlich in Betracht:

1. alle an der Grenze und zum Schutze der Eisenbahn erforderlichen Maßnahmen.
2. Verkehrsbeschränkungen der Post, des Telegraphen, der Eisenbahn usw. zugunsten der militärischen Behörden.

Weitere Folgen des Zustandes der drohenden Kriegsgefahr sind:

3. Erklärung des Kriegszustandes für das gesamte Reichsgebiet.
4. Verbot der Veröffentlichungen über Truppenbewegungen und Verteidigungsmittel. Der Kriegszustand ist gleichbedeutend mit dem Belagerungszustand in Preußen gemäß Artikel 68 der Reichsverfassung.

★

★

★

Im Artikel 11 der deutschen Reichsverfassung heißt es wörtlich:

„Der Kaiser hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Krieg zu erklären und Frieden zu schließen Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrats erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt.“

Artikel 68 der Reichsverfassung lautet: „Der Kaiser kann, wenn die öffentliche Sicherheit in dem Bundesgebiete bedroht ist, einen jeden Teil desselben in Kriegszustand versetzen.

★

★

★

20 Millionen Franken Kredit für Serbien

Telegramm des russischen Außenministers an Serbien

18./31.Juli Telegramm Nr. 1587 an Nisch. [jul./greg. Kalender]

Ein Kredit von zwanzig Millionen Franken für Serbien eröffnet.

How the War Began in 1914, Russische Rote Bücher, Vol. IV 1923; London 1925, S.72

★

★

★

Das Eintreffen der österreichischen Kriegserklärung in Nisch/ Serbien wird gefeiert

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9184, Freitag, 31. Juli 1914 – S.17

Das Eintreffen der Kriegserklärung in Nisch.

Paris, 31. Juli. Der in das serbische Hauptlager in Nisch entsendete Sonderkorrespondent des „Matin“ schildert die Szenen, die sich dort beim Eintreffen der österreichischen Kriegserklärung an Serbien abspielte, folgendermaßen: Das Ereignis geschah am 28. d. M. gerade um die zwölfte Stunde, als im Hotel de l'Europe sämtliche Mitglieder der serbischen Regierung und Vertreter des diplomatischen Korps bei Tische saßen. Kurz vor Aufhebung der Tafel erhielt Ministerpräsident Pasic ein Telegramm des österreichischen Ministers des Äußeren Grafen Berchtold, in dem in kurzen Worten die Kriegserklärung Österreichs an Serbien enthalten war. **Mit ernster Miene las Pasic den Text der Depesche sofort den im Saale anwesenden Diplomaten und Offizieren der Suite vor. Es rief einen ungeheuren Enthusiasmus seitens der Serben hervor, die in stürmische Hochrufe auf Frankreich, Rußland und England ausbrachen. Unter nicht endenwollendem Jubel stimmte die Tischkapelle die serbische und französische Nationalhymne an, und es währte längere Zeit, bis sich die Begeisterung gelegt hatte.**

★

★

★

Nachtsitzung des Ministerrats in Paris – der einzige, der den Frieden retten könne, sei Kaiser Wilhelm

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9184, Freitag, 31. Juli 1914 – S.17

Ein nächtlicher Ministerrat in Paris. Poincare aus dem Schlafe geweckt. Extremer Pessimismus.

Berlin, 31. Juli. Die Telegraphenunion meldet aus Paris: Gestern nachts hat ganz unerwartet ein zweiter Ministerrat im Elyseepalast stattgefunden. Eine Anzahl Minister erschien gegen Mitternacht im Elyseepalast und ließ den Präsidenten Poincare, der sich bereits zur Ruhe begeben hatte, wecken. Die Minister unterbreiteten dem Präsidenten eine Anzahl von Telegrammen, die in später Nachtstunde beim Auswärtigen Amte eingelaufen waren. Über den Inhalt der nächtlichen Ministerkonferenz ist nichts bekannt. Auch die

französische Presse war von dieser zweiten Sitzung der Minister noch nicht unterrichtet und veröffentlicht daher diese Tatsache noch nicht.

Es muß jedoch konstatiert werden, daß heute früh in Paris ein ganz extremer Pessimismus herrscht, der zu dem Optimismus der letzten Tage in Kontrast steht.

Der offiziöse „**Petit Parisien**“ veröffentlicht heute die Erklärung einer hochgestellten russischen Persönlichkeit, wahrscheinlich handelt es sich um den russischen Botschafter in Paris Jswolsky. Es ist richtig, daß Österreich-Ungarn vor einigen Tagen Rußland erklärt hat, sagte die Persönlichkeit, daß die territoriale Unabhängigkeit Serbiens respektiert werden würde. Diese Garantie kann uns aber nicht nützen, denn Österreich-Ungarn hat kein Wort von der politischen Unabhängigkeit Serbiens gesprochen. Ein Angriff auf die territoriale Unabhängigkeit Serbiens wäre aber weniger schwer als ein Angriff auf die politische Unabhängigkeit.

Angesichts dieser russischen Auffassung richten sich hier alle Augen auf Berlin. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man erklärt, daß alle Bevölkerungsschichten sich dahin einig sind, **daß der einzige Mann, der den Frieden noch retten kann, Kaiser Wilhelm sei.**

* * *

England trifft Vorsichtsmaßregeln, keine Mobilisierung

Presse - Posener Tageblatt, Nr. 353, Freitag, 31. Juli 1914 – S.7

Keine englische Mobilisierung, sondern Vorsichtsmaßregeln.

London, 30. Juli. Amtlich wird gemeldet, daß die militärischen Behörden keine Maßregeln getroffen hätten, die den Charakter einer Mobilisierung haben. Die Befehle, die gegeben wurden, seien lediglich Vorsichtsmaßregeln defensiven Charakters. Die Maßregeln der Marine seien ebenfalls Vorsichtsmaßregeln. Es sei keine Mobilisierung angeordnet worden.

* * *

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 383 – Freitag, 31. Juli 1914 – Morgen – S.15

Englands Rüstungen.

Malta, 30. Juli. Die ganze Nacht dauerten die militärischen Vorbereitungen an. Sämtliche auf Urlaub befindlichen Offiziere sollen zurückgerufen worden sein. Das Arsenal hat die ganze Nacht gearbeitet. Vorsichtshalber ist der Mobilisierungszustand angeordnet.

* * *

Deutsche Seeschiffahrt eingestellt

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 384 - Freitag, 31. Juli 1914 - Abend – S.1

Die Unterbrechung der deutschen Seeschiffahrt.

Hamburg, 31. Juli. Sämtliche Hamburger Reedereien haben ihre auf See befindlichen Dampfer angewiesen, unverzüglich den nächsten Hafen anzulaufen und weitere Order abzuwarten. Aus Hamburg wird heute kein Schiff mehr abgelassen.

* * *

Britischer Feldmarschall auf dem Weg nach Paris zu Poincare –
Was hat Frankreich für den Friedenserhalt getan? Mit Rußland im Friedenssinne konferiert?

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 384 - Freitag, 31. Juli 1914 - Abend – S.1

Lord Kitchener in Paris. *(Feldmarschall Horatio Herbert Kitchener, 1st Earl Kitchener; *24.06.1850 – 05.06.1916)*

Geringe Friedenshoffnung in England.

London, 31. Juli. Ich erfahre, daß Lord Kitchener gestern nacht im strengsten Geheimnis London verlassen hat und sich zum Präsidenten Poincare begeben habe. Kitchener war in diesen Tagen fast beständig mit dem Kriegsministerium und dem Minister Winston Churchill in Fühlung und hatte auch Besprechungen mit

Sir Edward Grey. Lord Stamfordham, der Privatsekretär König Georgs, suchte gestern ebenfalls mit Kitchener und Churchill Sir Edward Grey auf.

Die Londoner Blätter sind heute morgen durchweg pessimistisch. Der Hoffnungsstrahl, der gestern nacht von Paris ausging, hat wenig getan, um die Befürchtungen vor der drohenden Katastrophe zu zerstreuen, die über Europa steht.

Die „Times“ bringen eine Äußerung John Brights: „Der Engel des Todes geht um; wir hören fast die Schwingen seiner Flügel- Ganz England sieht bedrückt nach Deutschland und Rußland, und wartet auf das letzte Wort, das gesprochen werden wird.“ Die „Times“ resümieren dann noch einmal die Ganze Lage und sagen unter der Überschrift „Schwindende Hoffnungen“: „In wenigen Stunden können wir hören, daß Deutschland die unausgesprochene Drohung, die seinen Anfragen in Petersburg zugrundeliegt, erfüllt und die Mobilisierung angeordnet hat. Frankreich würde dann folgen, und dann liegt unsere Pflicht klar zutage. Die Tage der „Splendid Isolation“, falls sie je existiert haben, sind vorüber; wir können nicht allein dastehen in einem Europa, das von einer einzelnen Macht oder einer einzigen Mächtegruppe beherrscht wird. Wir werden uns noch weiter um den Frieden bemühen, aber der Augenblick ist gekommen, wo auch wir an sofortige Kriegsvorbereitungen denken müssen.“ –

Der „Daily Telegraph“ sagt: „Es gibt heute keinen Lichtblick in den Sturmwolken. Im ganzen sieht die Situation so düster als je aus, und zwar gilt dies gerade so für die politische, wie für die finanzielle und wirtschaftliche Lage. Unser ganzes Bestreben muß darauf gerichtet sein, daß der gegenwärtige Krieg nicht überschattet werde von dem drohenden Gespenst zweier gigantischer Kämpfe. Wir sind erschüttert, wenn wir daran denken sollen, daß es nur das Vorspiel erstens eines Kampfes zwischen Teutonen und Slaven, und was noch fürchterlicher wäre, zu einer Kraftprobe zwischen dem Dreibund und der Tripleentente sein sollte.“ –

Der „Daily Chronicle“ schreibt: Es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß die britische Diplomatie in Wien ihr Äußerstes tun, um den Krieg abzuwenden. Welcher Hauptstadt die Geschichte dereinst die Verantwortung für einen Fehlschlag, falls die Vermittlung zwecklos sein sollte, auch zuschreiben mag, eins ist sicher, sie wird sie London oder Berlin zuschreiben. Das Blatt begrüßt außerdem die völlige Abwesenheit einer antideutschen Stimmung in England. –

Die radikalen „Daily News“ sagen: Die Grundsätze und Interessen diktierten gleichmäßig den einzigen Kurs, nämlich die Wahrung absoluter Neutralität, wenn der beklagenswerte Streit, an dem England keinerlei Anteil habe, den großen kontinentalen Mächten einen Krieg bringen sollte.

*

*

*

Eisenbahnbrücke zwischen russisch Polen und Österreich durch Russen gesprengt

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 384 - Freitag, 31. Juli 1914 - Abend - S.2

Die Eisenbahnbrücke bei Granica in die Luft gesprengt.

Myslowitz, 31. Juli. (WTB) Amtlicher Mitteilung zufolge bestätigt es sich, daß die Russen die auf österreichischem Gebiet liegende Eisenbahnbrücke zwischen Szazakowa und Granica in die Luft gesprengt haben. (Granica ist die Grenzstation der Warschau – Wiener Eisenbahn an der Grenze zwischen Russisch-Polen und Galizien. Die Bahn geht hier über den Grenzfluß Biata Przemsza; der russische Bahnhof liegt auf der österreichischen Seite der Brücke. D. Red.)

*

*

*

Die Russen mobilisieren an der deutschen Grenze

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 384 - Freitag, 31. Juli 1914 - Abend - S.4

Die russische Mobilmachung an der deutschen Grenze.

Allenstein, 31. Juli. (WTB) Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die russische Mobilmachung an der Grenze in vollem Gange ist.

Eydtkuhnen, 31. Juli (WTB). Die zweite und dritte russische Kavalleriedivision stehen an der Grenze zwischen Wirballen und Augustow. Die russische Grenzwatche hat ihre Wachthäuser in Brand gesetzt. Zollbeamte behaupten, daß dies Mobilmachung bedeute.

Thorn, 31. Juli (WTB). Im Gouvernement Plock sind die Mobilmachungspferde ausgehoben worden.

Königsberg, 31. Juli (WTB). Pferdeankäufe sind in den Gouvernements Tauroggen und Suwalki im Gange.

Danzig, 30. Juli. (WTB). Zuverlässige Reisende haben auf der Fahrt von Petersburg nach Wirballen in Wilna drei Militärzüge mit Artillerie gesehen. Alle Mannschaften waren kriegsmäßig ausgerüstet.

Presse - Vossische Zeitung, Nr.383, Freitag, 31. Juli 1914 – Morgen – S.1

Die russische Mobilisierung.

Petersburg, 30. Juli. Ein Kaiserlicher Ukas ruft unter die Fahnen:

1. Die Reservisten von 23 ganzen Gouvernements und von 71 Distrikten in 14 andern Gouvernements;
2. einen Teil der Reservisten von neun Distrikten in vier Gouvernements;
3. die Reserve der Flotte von 64 Distrikten in zwölf russischen Gouvernements und einem finnländischen Gouvernement;
4. die beurlaubten Kosaken im Dongebiet, in Kuban, Terek, Astrachan, Orenburg und Ural;
5. die entsprechende Anzahl von Reserveoffizieren, Ärzten, Pferden und Wagen.

*

*

*

Walther Rathenau zur Situation eines drohenden Krieges

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 384 - Freitag, 31. Juli 1914 - Abend - S.4

Ein Wort zur Lage. von Dr. Walther Rathenau.

Sechs Mächte verabscheuen und fürchten den Weltkrieg und wissen dennoch nicht, wie sie sich seiner erwehren sollen.

Vier von diesen Mächten sind sachlich an der Streitfrage uninteressiert; zwei haben ein Interesse.

Man mag über den panslawistischen Anspruch denken wie man will; Rußland ist von Serbien als slawische Vormacht bisher anerkannt worden, es verliert diese Stellung, wenn es einen Schützling in der Gefahr aufgibt.

Das österreichische Interesse besteht, denn der Krieg hat begonnen. Ob ein Krieg die Kraft hat, chauvinistische Agitation im besiegten Land verstummen zu lassen, kann nach unseren Erfahrungen mit Frankreich bezweifelt werden; aber diese Frage steht nicht mehr zur Diskussion, wenigstens nicht bei uns.

Zwischen Österreich und Rußland bestehen Verhandlungen, von denen der Weltfrieden heute abhängt. Österreich hat durchblicken lassen, daß der Landbesitz Serbiens nicht versehrt werden soll. Will man die politische Unabhängigkeit des Landes vernichten? Dann würde Rußlands tatsächliche Machtsphäre verringert, und der Krieg wäre schwer vermeidbar.

Das Fortbestehen der Verhandlungen läßt vermuten, daß Österreichs Absicht so weit nicht geht. Es scheint sich um Forderungen zu handeln, die der Gedankenreihe des Ultimatums entsprechen.

Die Reichsregierung hat keinen Zweifel zugelassen, daß Deutschland unerschütterlich seiner alten Bündnistreue folgt. Ohne den Schutz dieser Treue konnte Österreich seinen Schritt nicht wagen. Deutschlands Regierung und Volk haben den Anspruch, zu wissen, welche Wünsche Rußland ausspricht und Österreich ablehnt. Eine Frage, wie etwa die, ob österreichische Kommissare bei den serbischen Umtriebsermittlungen mitzuwirken haben, ist kein Anlaß für einen Völkerkrieg. Die Politik Metternichs, in allen erreichbaren Staaten Überwachungskommissionen unter österreichischer Führung gegen Umtriebsgefahr einzusetzen, gehört der Vergangenheit an und kann auch in der Monarchie nicht mehr belebt werden.

Verlangt dagegen Rußland das Arbitrium über die Entschlüsse einer Dreibundsmacht, sich bei benachbarten Nationen ihr Recht zu holen, so ist ein politisch unerträglicher Weltzustand geschaffen, der uns das Recht und die Pflicht gibt, an Österreichs Seite für ein würdiges Ziel zu fechten.

*

*

*

Die SPD steht mit ihrem Verhalten und der Ignoranz, daß Deutschland mit Krieg bedroht wird, in der Kritik

Presse - Posener Tageblatt, Nr. 354, Freitag, 31. Juli 1914 – Mittag - S.7

Nationale Arbeiter gegen die roten Hochverräter.

Der Ausschuß des Deutschen Arbeiterkongresses, in dem die christlich-nationalen Gewerkschaften, evangelischen und katholischen Arbeitervereine, deutsch-nationale Handlungsgehilfen- und Staatsangestellten-Verbände mit zusammen 1¼ Millionen Mitglieder vereinigt sind, veröffentlicht soeben folgende Kundgebung:

„Einig mit allen national gesinnten Volksgenossen indem Wunsche nach Erhaltung des Friedens, soweit die mit der Ehre des Deutschen Reiches und seiner Bündnispflicht vereinbar ist, erhebt der Ausschuß des Deutschen Arbeiterkongresses Einspruch gegen die von sozialdemokratischer Seite veranstalteten

Kundgebungen. Diese können im Auslande den Eindruck erwecken, als sei die deutsche Nation im Falle kriegerischer Verwicklungen nicht einig und geschlossen. Darin liegt eine Gefährdung des Friedens. **Das sozialdemokratische Gebahren entspricht einem Agitationsbedürfnis, das geeignet ist, bei den Anhängern jener politischen Gruppe einen törichten Machtdünkel zu erwecken, der in keinem Verhältnisse zu dem geringen Einflusse der Sozialdemokratie im deutschen Volksleben steht, dessen Folgen aber für die Nation und für die Arbeiter bedenklich sein können.** Der Ausschuß des Deutschen Arbeiterkongresses stellt fest, daß die große Mehrheit der deutschen Arbeiter und Angestellten **mit den sozialdemokratischen Treibereien** nichts gemein hat, sie vielmehr entschieden verurteilt.

Die heutigen Arbeiter und Angestellten stehen in Fragen der Ehre und der Verteidigung des Vaterlandes mit den nationalgesinnten Volksgenossen aller Stände zusammen.“

* * *

Lob des „Vorwärts“ für den Kaiser, der sich für den Frieden einsetzt

Presse - Wiener Abendpost, Nr. 174, Freitag, 31. Juli 1914 - S.17

Zeitungsstimme – „Vorwärts“.

Berlin, 30. Juli Der heutige „Vorwärts“ schreibt im Leitartikel u.a.: So unverschleiert prinzipielle Gegner der monarchischen Staatsform wir allezeit gewesen sind und sein werden, einen so erbitterten Kampf wir häufig gegen den temperamentvollen Träger der Krone führen mußten, so unumwunden erkennen wir heute, ja nicht zum ersten Male, an, daß Wilhelm II. sich durch seine Haltung namentlich in den letzten Jahren als aufrichtiger Freund des Völkerfriedens bewährte.

* * *

Deutschland stellt Rußland ein Ultimatum zur Einstellung der Mobilmachung, von 12 Stunden

Presse - Norddeutsche Allgemeine Zeitung- Nr.178- Sonnabend, 1. August 1914-

Sonderausgabe - S. 9

Berlin, 31. Juli. Nachdem die auf einen Wunsch des Zaren selbst unternommene Vermittlungsarbeit von der russischen Regierung durch allgemeine Mobilmachung der russischen Armee und Marine gestört worden ist, hat die Regierung Seiner Majestät des Kaisers heute in St.Petersburg wissen lassen, daß die deutsche Mobilmachung in Aussicht steht, falls Rußland nicht binnen zwölf Stunden seine Kriegsvorbereitungen einstellt und hierüber eine bestimmte Erklärung abgibt. Gleichzeitig ist an die französische Regierung eine Anfrage über ihre Haltung im Fall eines deutsch-russischen Krieges gerichtet.

Die Vorgeschichte. Nachdem Seine Majestät der Kaiser den Kriegszustand für das Reich erklärt hat, ist der Zeitpunkt gekommen, die Vorgänge, die zu diesem Entschluß geführt haben, in Kürze darzulegen. Eine genauere aktenmäßige Darstellung bleibt vorbehalten.

Seit Jahren hat Österreich-Ungarn gegen Bestrebungen zu kämpfen, die mit verbrecherischen Mitteln unter Duldung und Förderung der serbischen Regierung auf die Revolutionierung und Losreißung der südöstlichen Landesteile Österreich-Ungarns hinarbeiten. Die Gewinnung dieser Gebiete ist ein unverhülltes Ziel der serbischen Politik. Diese glaubt dabei auf den Rückhalt Rußlands rechnen zu können, in dem Gedanken, daß es Rußlands Aufgabe sei, den südslawischen Völkern seinen Schutz zu leihen. Diesem Gedanken ist durch Rußlands Bemühungen, einen Bund der Balkanstaaten zustande zu bringen, Nahrung gegeben worden. Die großserbische Propaganda ist schließlich in der Ermordung des österreich-ungarischen Thronfolgers und seiner Gemahlin grell hervorgetreten.

Die Österreich-Ungarische Monarchie entschloß sich, diesem, gegen ihren Bestand als Großmacht gerichteten verbrecherischen Treiben ein Ende zu machen. Es mußte sich dabei ergeben, ob Rußland tatsächlich die Rolle des Beschützers der Südslawen bei ihren auf Zertrümmerung des Bestandes der Österreich-Ungarischen Monarchie gerichteten Bestrebungen durchzuführen willens war. In diesem Falle kam ein Lebensinteresse Deutschlands in Frage: der ungeschwächte Bestand der uns verbündeten Monarchie, dessen wir zur Erhaltung unserer eigenen Großmachtstellung inmitten der Gegner von Ost und West bedürfen.

Deutschland hat sich von vornherein auf den Standpunkt gestellt, daß die Auseinandersetzung mit Serbien eine Angelegenheit sei, die nur Österreich-Ungarn und Serbien angehe. Unter Wahrung dieses Standpunktes haben wir mit der größten Hingabe an allen Bemühungen teilgenommen, die auf Erhaltung des europäischen Friedens gerichtet waren. Österreich-Ungarn gab hierzu die Handhabe, indem es den Mächten

wiederholt erklärte, daß es auf keine Eroberungen ausgehe und den territorialen Bestand Serbiens nicht antasten wolle. Diese Erklärungen sind namentlich in Petersburg mit Nachdruck zur Kenntnis gebracht worden. Unserem Bundesgenossen haben wir geraten, jedes mit der Würde der Monarchie vereinbare Entgegenkommen zu zeigen. Insbesondere haben wir allen englischen, auf Vermittlung zwischen Wien und Petersburg hinzielenden Schritte hilfreiche Hand geliehen.

Bereits am 26. Juli lagen zuverlässige Meldungen über russische Rüstungen vor. Sie veranlaßten die deutsche Regierung, am gleichen Tage unter erneuter Betonung, daß Österreich-Ungarn den Bestand Serbiens nicht antasten wolle, zu erklären: Vorbereitende militärische Maßnahmen Rußlands müßten uns zu Gegenmaßnahmen zwingen. Diese müßten in der Mobilisierung der Armee bestehen. Die Mobilisierung aber bedeute den Krieg. Wir könnten nicht annehmen, daß Rußland einen europäischen Krieg anzetteln wolle. Am nächsten Tag erklärte der russische Kriegsminister unserem Militärattache, es sei noch keine Mobilmachungsordre ergangen, kein Pferd ausgehoben, kein Reservist eingezogen. Es würden lediglich vorbereitende Maßnahmen getroffen. Wenn Österreich-Ungarn die serbische Grenze überschreite, würden die auf Österreich-Ungarn gerichteten Militärbezirke mobilisiert, unter keinen Umständen die an der deutschen Front liegenden. Jedoch ließen zuverlässige Nachrichten schon in den nächsten Tagen keinen Zweifel, daß auch an der deutschen Grenze die militärischen Vorbereitungen Rußlands in vollem Gange waren. Die Meldungen hierüber häuften sich. Trotzdem wurden noch am 29. von dem russischen Generalstabschef unserem Militärattache erneut beruhigende Erklärungen gegeben, die die Mitteilungen des Kriegsministers als noch voll zu recht bestehend bezeichneten.

Am 29. Juli ging ein Telegramm des Zaren an den Kaiser ein, in welchem er die inständige Bitte aussprach, der Kaiser möge ihm in diesem so ernsten Augenblicke helfen. Er bitte ihn, um dem Unglück eines europäischen Krieges vorzubeugen, alles ihm mögliche zu tun, um den Bundesgenossen davon zurückzuhalten, soweit zu gehen. Am selben Tag erwiderte der Kaiser in einem längeren Telegramm, daß er die Aufgabe des Vermittlers auf den Appell an seine Freundschaft und Hilfe bereitwillig übernommen habe. Dementsprechend wurde sofort eine diplomatische Aktion in Wien eingeleitet. Während diese im Gange war, lief die offizielle Nachricht ein, daß Rußland gegen Österreich-Ungarn mobil machte. Sofort hierauf wies der Kaiser den Zaren in einem weiteren Telegramme darauf hin, daß durch die russische Mobilisierung gegen Österreich-Ungarn seine auf Bitten des Zaren übernommene Vermittlerrolle gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht werde. Trotzdem wurde die in Wien eingeleitete Aktion fortgesetzt, wobei an England gemachte, in ähnlicher Richtung sich bewegende Vorschläge von der deutschen Regierung warm unterstützt wurden.

Über dies Vermittlungsvorschläge sollte heute in Wien die Entscheidung fallen. Noch bevor sie fiel, erhielt die deutsche Regierung die offizielle Nachricht, daß der Mobilmachungsbefehl für die gesamte russische Armee und Flotte ergangen sei. Darauf richtete der Kaiser ein letztes Telegramm an den Zaren, indem er hervorhob, daß die Verantwortung für die Sicherheit des Reiches ihn zu defensiven Maßnahmen zwingen. Er sei mit seinen Bemühungen um die Erhaltung des Weltfriedens bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen. Nicht er trage die Verantwortung für das Unheil, das jetzt der Welt drohe. Er habe die Freundschaft für den Zaren und das russische Reich stets treu gehalten. Der Friede Europas könne noch jetzt erhalten werden, wenn Rußland aufhöre, Deutschland und Österreich-Ungarn zu bedrohen.

Während also die Deutsche Regierung auf Ersuchen Rußlands vermittelte, machte Rußland seine gesamten Streitkräfte mobil und bedrohte damit die Sicherheit des Deutschen Reiches, von dem bis zu dieser Stunde noch keinerlei außergewöhnliche militärische Maßnahmen ergriffen waren.

So ist, nicht von Deutschland herbeigerufen, vielmehr wider den durch die Tat bewährten Willen Deutschlands, der Augenblick gekommen, der die Wehrmacht Deutschlands auf den Plan ruft.

*

*

*

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 386 – Sonnabend, 1. August 1914 – Abend - S.2

Die allgemeine Mobilisierung in Oesterreich-Ungarn.

Wien, 1. August. Die Amtsblätter in Wien und Budapest bringen folgende Kundmachung:

„Nach einer amtlichen Mitteilung vom 31. Juli hat der Kaiser die allgemeine Mobilisierung des Heeres und der Kriegsmarine und der beiden Landwehren sowie die Aufbietung und Einberufung des Landsturmes anbefohlen. Diese Verfügung ist veranlaßt durch die von Rußland angeordnete Mobilisierung. Der vom Kaiser befohlenen Maßnahme wohne keine wir immer geartete Angriffsabsicht inne, sondern es handelt sich lediglich um eine vorsichtshalber getroffene Vorkehrung zum unerläßlichen Schutze der Monarchie.“

*

*

*

Die Berliner Presse über die Kriegsgefahr.

Einhmütig betonen die Berliner Blätter Deutschlands ruhige Zuversicht und sein Bewußtsein, das Aeußerste getan zu haben, um sich und Europa den Frieden zu erhalten. Ebenso einmütig ist auch die Erkenntnis, daß wir dem uns aufgedrungenen Krieg nicht ausweichen durften.

Die „**Kreuzzeitung**“ schreibt: „Durch unsere Bundespflicht sind wir in diesen Krieg hineingezogen worden. Und wir würden unseren politischen Kredit, unser Ansehen als Großmacht verscherzen, hätten wir uns dieser Bundespflicht versagen wollen. Wir kämpfen also, wenn wir für die Großmachstellung Oesterreichs das Schwert ziehen, gleichzeitig für die unsrige. Aber wir kämpfen für mehr. **Wir müssen, wie einst Friedrich der Große die Errungenschaften der beiden Schlesischen Kriege, so jetzt die unserer nationalen Einigungskämpfe in einem neuen Kriege verteidigen. Nicht nur, daß im Falle einer Niederlage die Reichslande und unsere Kolonien uns wieder genommen werden würden, unsere verbündeten Gegner würden dann zweifellos auch dafür sorgen, daß sie für absehbare Zeit keinen ebenbürtigen Gegner mehr zu fürchten haben. Sie würden deshalb das Deutsche Reich nicht nur finanziell zu erdrücken suchen, sondern es auch nach des ersten Bonapartes Vorbild durch territoriale Zerstückelung von der Landkarte streichen. Das ist der Preis, um den wir kämpfen.**“

Die „**Post**“ sagt: Unser Kaiser hat durch 25 Jahre hindurch den Frieden gewahrt. Er hat jede nur denkbare Gelegenheit benutzt, um die guten Beziehungen zum gesamten Ausland zu erhalten. Wenn es galt, internationale Maßnahmen zur Erhaltung des Weltfriedens zu treffen, wer war stets dafür zu haben? Der Deutsche Kaiser. Wenn ein großer Erfolg dem deutschen Volke winkte, die Gefahr europäischer Verwicklungen aber drohend war, wer gab nach um des lieben Friedens willen? Der Deutsche Kaiser. Wer war es, der schweren Herzens selbst Marokko fahren ließ und den Engländern entgegen kam? Der Deutsche Kaiser. Wir, gerade wir, die wir einer großzügigen imperialistischen Politik von jeher das Wort geredet haben, haben es manchmal schwer empfunden, daß unser Kaiser den Frieden über alles stellte und kriegerische Verwicklungen unter allen Umständen vermeiden wollte! Mehr als einmal war die Gelegenheit gegeben, loszuschlagen. Wir benutzten sie nicht. Wir ließen sie vorübergehen. Um des lieben Friedens willen. Unser Kaiser glaubt die Verantwortung dafür nicht übernehmen zu können. Und diesen Kaiser fordert der Zar heraus!“

Die „**Deutsche Tageszeitung**“ führt aus: „In dieser Stunde nochmals die Friedensliebe des deutschen Volkes und seines Kaisers zu betonen, ist überflüssig und unangebracht. Wer daran zweifelt, ist ein Narr oder Betrüger. Wer die Schrecken noch kennt, die über das Volk hereinbrechen, wenn die apokalyptischen Reiter über die Lande sausen, der hütet sich, den Frieden ohne Not zu gefährden. Das Deutsche Reich und das deutsche Volk, die deutsche Regierung und der Deutsche Kaiser können sich das Zeugnis ausstellen, und die Geschichte wird ihnen dieses Zeugnis nicht versagen, daß sie getan haben, was irgend möglich war, um diese Gefährdung hintanzuhalten. Ist es ihnen nicht gelungen, so können sie ernst, ruhig und fröhlich in den Kampf ziehen. Jetzt muß alles schweigen, was sich sonst trennend zwischen die verschiedenen Volkskreise drängte. Jetzt gilt es, sich zu erinnern an die große Zeit und an ihr Erbe. Jetzt werden die Söhne und Enkel nach menschlicher Voraussicht berufen sein, kraftvoll zu walten, das damals schwer Errungene zu erhalten. Das deutsche Volk steht unter dem Eindrucke des tiefen Ernstes der Entscheidung.“

★

★

★

Die Vorstufe zur Mobilisierung: Erklärung des Kriegszustandes

Erklärung des Kriegszustandes.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht folgende Verordnung betreffend die Erklärung des Kriegszustandes:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen auf Grund des Artikel 68 der Verfassung des Deutschen Reichs im Namen des Reichs was folgt:

Das Reichsgebiet, ausschließlich der Königlich Bayerischen Gebietsteile, wird hierdurch in Kriegszustand erklärt.

Die Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Neues Palais, 31. Juli 1914

Wilhelm I.R.
von Bethmann Hollweg

Inzwischen ist gestern nachmittag auch für das Königreich Bayern der Kriegszustand erklärt worden. Für die Pfalz ward das Standrecht angeordnet.

* * *

Rußland mobilisiert – reagierte nicht auf das deutsche Ultimatum

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9185, Samstag, 1. August 1914 – S.3

Deutschland und die russische Mobilisierung.

Berlin, 31. Juli. Das „Wolffsche Bureau“ meldet: Aus Petersburg traf heute vom deutschen Botschafter die Nachricht ein, daß die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee und Flotte befohlen wurde.

Darauf hat Kaiser Wilhelm den Zustand der drohenden Kriegsgefahr befohlen.

Der Kaiser übersiedelt heute nach Berlin.

Der Zustand der drohenden Kriegsgefahr bedingt alle militärischen Maßnahmen an der Grenze und zum Schutze der Eisenbahn sowie Beschränkungen des Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehrs zugunsten des militärischen Bedarfs. Weiter Folgen sind die Erklärung des Kriegszustandes gleichbedeutend mit dem Belagerungszustand in Preußen und das Verbot von Veröffentlichungen über Truppenbewegungen und Verteidigungsmittel.

* * *

Englands Entschluß steht fest, er wird nur noch nicht öffentlich bekannt gemacht, auch nicht dem Parlament

Press - Deutsches Volksblatt, Nr. 9185, Samstag, 1. August 1914 – S.13

Englands Haltung zweifelhaft?

London, 31. Juli. Ein heftiger Streit des Manchester Guardian gegen die Beteiligung Englands an einem europäischen Krieg verrät, daß in liberalen Kreisen die Besorgnis wächst, daß das Kabinett eine solche Beteiligung plant.

Diese Besorgnis gründet sich auf Asquiths gestrige Äußerung, auf Greys Vermeidung jeder Gelegenheit, zu sagen, daß England neutral bleiben wird, auf Churchills ominöse Tätigkeit in der Admiralität und auf die immer zuversichtlichere Sprache der „Times“, deren Leitung die konservative Presse mehr und mehr folgt.

* * *

Englands Kohlenvorsorge für die Marine

Presse - Posener Tageblatt, Nr. 355, Samstag, 1. August 1914 – S.6

Vorsorge der englischen Marine für Kohlen.

London, 31. Juli. Daily Telegraph meldet, daß die Admiralität den Besitzern von Kohlelagern im Hafen von Cardiff in Erinnerung gebracht habe, daß sie das Recht auf alle verfügbaren Kohlen habe.

* * *

Serbien macht Spielchen der Provokation mit Österreich

Presse - Posener Tageblatt, Nr. 355, Samstag, 1. August 1914 – S.3

Die Echtheit der Kriegserklärung.

Der serbische Minister des Auswärtigen veröffentlicht folgende Depesche:

Die Königlich serbische Regierung trifft Maßnahmen, um sich über die Echtheit der untenstehenden Depesche zu vergewissern, die ihr in einer ungebräuchlichen Form übermittelt worden ist und von der Seine Exzellenz der deutsche Gesandte, der die österreich-ungarische Regierung vertritt, erklärt hat, daß er darüber nicht unterrichtet sei. Diese Depesche hat folgenden Wortlaut:

„Da die Königlich serbische Regierung nicht in einer zufriedenstellenden Weise auf die Note geantwortet hat, die ihr durch den österreich-ungarischen Gesandten am 23. Juli 1914 überreicht worden ist, sieht sich die K.K. österreich-ungarische Regierung genötigt, selbst auf den Schutz ihrer Rechte und Interessen zu sehen und zu diesem Zweck an die Gewalt der Waffen zu appellieren. Österreich-Ungarn betrachtet sich von diesem Augenblicke an als im Kriegszustande mit Serbien befindlich. Der Minister des Auswärtigen von Österreich-Ungarn, Graf Berchtold“

Dieses Anzweifeln der Echtheit der Kriegserklärung sieht stark nach einem sehr blutigen Galgenhumor aus, meint mit Recht die „D.T“.

* * *

Die Russen mobilisieren an der deutschen Grenze

Presse - Posener Tageblatt, Nr. 356, Samstag, 1. August 1914 – Mittag - S.3

Rußlands Mobilmachung gegen Deutschland.

An der deutsch-russischen Grenze sind folgende russische Mobilmachungsmaßnahmen beobachtet worden:

Preußisch-Herby: Die Mobilmachung ist um 12 Uhr mitternachts befohlen.

In **Werechjo** sind alle Wehrpflichtigen bis zum 45. Lebensjahre einberufen. Die Grenzwatchen hat ihre Grenzformationen angenommen.

Aus **Warschau** marschieren Truppen nach der Grenze, Richtung Friedrichshof.

Proken: In Ossowitz Kriegszustand. Fieberhafte Arbeit an den Festungswerken. Quartiere sind für eine Kavalleriedivision angesagt.

Ottlotchin: 15. Kavalleriedivision versammelt sich bei Wlozlawek.

Bialla: Mindesten vier Kavallerie-Regimenter versammeln sich bei Sluezin.

Durowen: Bei Ossowitz wird die Anlage von Feldbefestigungen gemeldet, dahinter mehrere Regimenter im Aufmarsch, bei Grodno 10 Regimenter (darunter 6 Infanterie-Regimenter)

In **Grodno** ist Kriegszustand proklamiert. An den Festungswerken wird fieberhaft gearbeitet.

Soldau: Alle Forts sind mit Offizierswachen besetzt. Schmalspurbahnen und Batterien sind im Bau.

Skalmierschütz: Gestern passierte Artillerie-Abteilung Bahnhof Warschau nach Sosnowice.

Illowo: Heute nacht sind rote Plakate, die Reservisten sämtlicher Jahrgänge zu Sonnabend früh einberufen, angeschlagen.

Grajewo: Hier ist um 12 Uhr mitternachts die Mobilmachung ausgesprochen.

Myslowitz: Pferdeaushebungen sind im ganzen Grenzgebiet im Gange. In Bentschin und Sosnowice wurden gestern Pferde angeritten.

Stralkowo: Die russischen Grenzwachhäuser bei Sluezin brennen.

Eydkuhnen: Die russische Grenzwatche setzt soeben ihre Wachthäuser in Brand.

Breslau: 7 Maschinen und alle Güterwagen sind heute nach Lodz zurückgekehrt.

Aus **Allenstein** wird gemeldet: Die russische Mobilmachung schreitet rastlos fort. Alle Maßnahmen lassen auf den Willen zu kriegerischer Entscheidung schließen. Zahlreiche Wachthäuser der Grenzwatchen brennen.

Während also der deutsche Botschafter in Petersburg auf Befehl Kaiser Wilhelms und im Verein mit anderen Vertretern der fremden Mächte bei der russischen Regierung noch einmal den Versuch einer friedlichen Verständigung unternimmt, um dem Zarenreich die friedliche Gesinnung Deutschlands und die Bereitschaft zu weiteren Verhandlungen zu erkennen zu geben, hat es die Regierung des Kaisers Nikolaus trotzdem über sich gebracht, seit einigen Tagen militärische Vorbereitungen auch gegen Deutschland zu treffen und ihnen heute bereits die offizielle Erklärung der totalen Mobilisation folgen zu lassen! Das ist nicht nur der Bruch mit den völkerrechtlichen Gepflogenheiten, sondern eine direkte Herausforderung Deutschlands, auf die unsere Regierung mit erfreulicher Schnelligkeit ihre energische Gegenmaßnahmen getroffen hat. Rußland will den Krieg – es trägt die alleinige Verantwortung für alles weitere! Deutschland ist bereit!

* * *

Bedeutung des Kriegszustandes – Aktivitäten Rußlands an der deutschen Grenze

Presse - Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr.178, Sonnabend, 1. August 1914, S. 7

Die internationale Lage.

Berlin, 31. Juli. Seine Majestät der Kaiser haben auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung das Reichsgebiet ohne Bayern in Kriegszustand erklärt. Für Bayern ergeht die gleiche Anordnung.

Berlin, 31. Juli. An militärischen Maßnahmen kommen bei „drohender Kriegsgefahr“ hauptsächlich in Betracht:

1) Alle an der Grenze und zum Schutze der Eisenbahn erforderlichen Maßnahmen.

2) Verkehrsbeschränkungen der Post, des Telegraphen, der Eisenbahn usw. zugunsten des militärischen Bedarfs.

Weitere folgen der drohenden Kriegsgefahr sind:

3) Erklärung des Kriegszustandes für das gesamte Reichsgebiet.

4) Verbot der Veröffentlichungen über Truppenbewegungen und Verteidigungsmittel.

Der Kriegszustand ist gleichbedeutend mit dem Belagerungszustand in Preußen. Siehe Artikel 68 der Reichsverfassung.

Eydtkuhnen, 30. Juli. Die zweite und dritte russische Kavalleriedivision stehen an der Grenze zwischen Wirballen und Augustow.

Allenstein; 30. Juli. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die russische Mobilmachung an der Grenze im vollen Gange ist.

Thorn, 30. Juli. Im Gouvernement Plock sind die Mobilmachungspferde ausgehoben worden.

Eydtkuhnen, 30. Juli. Die russische Grenzwahe hat ihre Wachthäuser in Brand gesetzt. Zollbeamte behaupten, daß dies Mobilmachung bedeute.

Myslowitz, 31. Juli. Amtlicher Mitteilung zufolge bestätigt es sich, daß die Russen die auf österreichischem Gebiet liegende Eisenbahnbrücke zwischen Szazakowa und Granica in die Luft gesprengt haben.

Sofia, 31. Juli. Dem Blatt „Utro“ zufolge ist das Archiv der russischen Gesandtschaft in Belgrad gestern hierher geschafft und in der hiesigen russischen Gesandtschaft untergebracht worden.

* * *

Deutschlands Kriegserklärung an Rußland

Telegramm des russischen Außenministers an die Botschafter

19.Juli/ 1. August, Telegramm Nr. 1618 an die kaiserlichen Vertreter im Ausland. [jul./greg. Kalender]

Deutschland hat uns soeben den Krieg erklärt.

Sazonow.

How the War Began in 1914, Russische Rote Bücher, Vol. IV 1923; London 1925, S.72

* * *

Auf Grund der Mobilmachung in Rußland wird in Deutschland der Zustand der drohenden Kriegsgefahr ausgerufen

Presse - Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr.178, Sonnabend, 1. August 1914, S. 1

Der Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien.

Deutschland im Zustand der drohenden Kriegsgefahr.

Berlin, 31. Juli.

Aus Petersburg ist heute die Nachricht des deutschen Botschafters eingetroffen, daß die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee und Flotte befohlen ist. Darauf hat Seine Majestät der Kaiser den Zustand der drohenden Kriegsgefahr befohlen. Der Kaiser siedelt heute nach Berlin über.

* * *

Holland und Belgien mobilisieren

Presse - Vossische Zeitung, Nr.385, Sonnabend, 1. August 1914 – Morgen - S.12

Mobilisierung in Holland und Belgien.

Haag, 31. Juli. Die Königin der Niederlande hat heute nachmittag um 1 ½ Uhr durch Erlaß die sofortige allgemeine Mobilmachung befohlen. Die Kammer ist für den 3. August nachmittags zusammenberufen worden.

Brüssel, 31. Juli. Ein eilig zusammengetretener Ministerrat unter dem Vorsitz des Königs hat die allgemeine Mobilmachung beschlossen. Heute vormittag gab es einen Run des Publikums auf die Nationalbank. Etwa 5000 Personen verlangten bare Münze gegen Scheine. 150 Polizisten mußten einschreiten. Die Regierung erklärt, daß 20 Millionen Silber vorhanden sind. Die Erregung der Bevölkerung ist unbeschreiblich.

*

*

*

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 386 – Sonnabend, 1. August 1914 – Abend - S.1

Jean Jaures ermordet.

Paris, 1. August. Der französische Sozialistenführer Jean Jaures wurde gestern abend um ½ 10Uhr im „Cafe de la Presse“ von einem Unbekannten durch zwei Revolverschüsse, die den Kopf trafen, getötet. Der Mörder wurde verhaftet. Er heißt Raoul Villain. Er ist 29 Jahre alt und Sohn eines Schreiberes am Zivilgericht in Reims.

Als erster hat er (Jaures) 1902 in der Kammer den Mut gehabt, dem Worte Gambettas „Immer daran denken und niemals davon sprechen!“ den Widerspruch entgegenzuschleudern: „Nein, sprechen wir davon! Für ein großes Land wie Frankreich darf es diese Zweideutigkeit nicht geben, der Fragen, von denen es spricht, und jener, von denen es nicht spricht. Verzichten wir auf die Revanche!“ ... Aber er glaubte nicht an Deutschlands Feindschaft, nicht an die „deutsche Drohung“. Er hat nicht nur den philosophischen Geist Deutschlands – in älteren Schriften über Luther, Kant, Fichte, Hegel – sondern auch den deutschen politischen Geist verstanden.

*

*

*

Erstes Feuergefecht an russisch-deutschen Grenze

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 387 - Sonntag, 02.August 1914 - Morgen - S.3

Der erste Zusammenstoß der Grenzpatrouillen.

Wie wir schon gestern in unserem zweiten Extrablatt mitteilten, ist es gestern nachmittag an der deutsch-russischen Grenze bereits zu einem Zusammenstoß zwischen beiderseitigen Patrouillen gekommen. Unsere Meldung wird offiziös bestätigt. Danach wurde gestern nachmittag eine deutsche Patrouille bei Prostken dreihundert Meter diesseits der Grenze von einer russischen Patrouille beschossen. Sie erwiderte das Feuer. Beiderseits sind keine Verluste zu verzeichnen.

*

*

*

Frankreich mobilisiert – hat ausweichend auf Deutschlands Anfrage, ob sie neutral blieben, geantwortet

Presse - Vossische Zeitung, Nr.387, Sonntag, 2. August 1914 – Morgen - S.1

Frankreich mobilisiert.

Wie das Wolffsche Telegraphenbureau erfährt, ist gestern nachmittag die volle Mobilisierung der französischen Streitkräfte angeordnet worden.

*

*

*

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 387 – Sonntag, 2. August 1914 – S.1

Mobilmachung.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgenden Erlaß des Kaisers:

Ich bestimme hiermit: Das Deutsche Heer und die Kaiserliche Marine sind nach Maßgabe des Mobilmachungsplans für das Deutsche Heer und die Kaiserliche Marine kriegsbereit aufzustellen. Der 2. August 1914 wird als erster Mobilmachungstag festgesetzt.

Berlin, den 1. August 1914

Wilhelm I.R.
von Bethmann Hollweg.

*

*

*

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 387 – Sonntag, 2. August 1914 – S.2

Deutschlands Mobilmachung.

Die schicksalsschwere Entscheidung ist also gefallen. Die friedliche deutsche Nation, durch den Uebermut eines Nachbarn freventlich herausgefordert, erhebt sich in ihrer ganzen Größe und Kraft, um zu zeigen, daß sie es nachdrücklich ablehnt, sich unter das moskowitzische Joch zu beugen.

In dem Augenblick, wo der Deutsche Kaiser auf des Zaren Gesuch seine Kraft einsetzte, um den Konflikt zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien trotz der Kriegserklärung beizulegen, ganz in der Richtung der Bemühungen Sir Edward Greys, in demselben Augenblick ward in Rußland die Mobilmachung gegen Deutschland angeordnet. Dann wurde der letzte Versuch unternommen: die befristete Anfrage an den Selbstherrscher aller Reußen. Und ehe noch die Antwort eingegangen war, erschien der Ukas, wonach Finnland

mitsamt den finnischen Gewässern in den Kriegszustand versetzt wird. Gegen wen richtet sich diese Maßregel? Einzig und allein gegen Deutschland. Was auch die Diplomaten noch schreiben mochten, das Ergebnis war klar, dem Deutschen Kaiser war die Entschließung vorgeschrieben, er konnte nicht anders mit Ehren: die gesamten Streitkräfte mußten ohne Verzug auf Kriegsfuß gesetzt werden.

Die Mobilmachung ist noch nicht der Krieg, gewiß nicht; es hat wirklich Fälle gegeben, wo trotz der Mobilmachung der Krieg unterblieb. So im Jahre 1859, als Preußen beim Streit zwischen Oesterreich, Italien und Frankreich sein Heer in Kriegszustand versetzte. Aber diese Fälle sind so eigenartig und selten, daß sie sich zum Vergleich mit den heutigen Verhältnissen nicht eignen. Heute denkt man vielmehr daran, daß der Krieg auf die Mobilmachung ebenso regelmäßig zu folgen pflegt, wie die Mobilmachung auf den „Zustand drohender Kriegsgefahr“. Zwischen beiden lag nur eine kurze Frist. Immer noch könnte gleichwohl ein Wunder den Ausbruch des Krieges verhindern. Aber wer glaubt an Wunder?

Wenn eine ungeheuerliche Katastrophe über die Kulturwelt hereinbricht, trägt niemand dafür die Verantwortung außer Rußland, das es nicht unterlassen will, der für die schmachvolle Ermordung ihres Thronfolgers Sühne verlangenden Habsburgischen Monarchie in den Arm zu fallen und Oesterreich-Ungarn der Vernichtung preiszugeben. Ohne die brutale Einmischung Rußlands bliebe der Krieg zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien lokalisiert, wie es Deutschland, wie es England und selbst Frankreich gewünscht haben. Aber was kümmert sich Rußland um die Wünsche anderer Mächte? Wie in der inneren Politik, so haben auch in der auswärtigen die russischen Gewalthaber kein anderes Ziel, als ihren selbstherrlichen Willen aller Welt rücksichtslos aufzuerlegen.

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 387 – Sonntag, 2. August 1914 – S.2

Die Haltung der Sozialdemokratie.

München, 1. August. Das Organ der bayerischen Sozialdemokratie, die „**Münchner Post**“, nimmt zu der politischen Lage und zu der Haltung der Sozialdemokratie u.a. wie folgt Stellung:

„**Eine Niederlage wäre gleichbedeutend mit Zusammenbruch, Vernichtung und namenlosem Elend für uns alle.** Unser aller Gedanken bäumen sich gegen diese Möglichkeit auf. Unsere Vertreter im Reichstag haben unzähligmale übereinstimmend erklärt, daß die Sozialdemokraten ihr Land im Augenblick der Gefahr nicht im Stich lassen könnten. Wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, werden die Arbeiter das Wort einlösen, das von ihren Vertretern hierfür abgegeben worden ist. Die „vaterlandslosen Gesellen“ werden ihre Pflicht erfüllen und sich darin von den Patrioten in keiner Weise übertreffen lassen“.

★

★

★

Man sollte sich diese Worte der SPD merken, für die Zeit nach der Revolution, wenn es heißt, alle, außer der SPD, wollten in den unvermeidlichen Krieg ziehen

Presse - Posener Tageblatt, Nr. 357, Sonntag, 2. August 1914 – S.2

Und unsere Sozialdemokraten.

Der „**Vorwärts**“ trat am Freitag nachmittag, unmittelbar bevor die Bekanntmachung über die Erklärung des Kriegszustandes für Berlin und die Provinz Brandenburg erlassen waren, noch mit einer Extraausgabe auf den Plan, in der er in üblicher Weise „gegen die Kriegshetzer“ losdonnerte. Es ist anzuerkennen, daß er jetzt Rußland die Verantwortung dafür zuschiebt, daß die Gefahr eines Weltkrieges in größere Nähe gerückt ist. Er schreibt:

„Die Zarenregierung treibt ein freventliches und verbrecherisches Spiel mit dem Frieden und dem Schicksal der europäischen Kultur.“

Der „**Vorwärts**“ versichert im Anschluß daran für sich und seine Gesinnungsgenossen: „Wir wollen keinen Krieg!“ Auch darin können ihm einmal wirklich ausnahmsweise alle Deutschen zustimmen – nur leider, der Krieg wird uns aufgedrängt, und deshalb müssen und werden wir ihn führen.

Der „**Vorwärts**“ schreibt noch „Massenversammlungen der Groß-Berliner Arbeiterschaft“ für nächsten Sonntag aus mit der Tagesordnung: „Für den Frieden – gegen die Kriegshetzer!“ Zu diesen Versammlungen wird es natürlich nicht mehr kommen, denn die Arbeiter haben jetzt wirklich besseres zu tun, als hundertmal gehörte Agitationsreden noch einmal über sich ergehen zu lassen, ganz abgesehen davon, daß inzwischen der Belagerungszustand eingetreten ist und danach öffentliche Versammlungen nur mit obrigkeitlicher Genehmigung abgehalten und hier selbstverständlich verboten werden dürften.

Erfreulicherweise haben sich nun wenigstens einige Sozialdemokraten gefunden, die den Genossen erlauben wollen, sobald sie bei der Fahne sind, ihre Pflicht zu tun. Diese von der Haltung der offiziellen Sozialdemokratie abweichende Stellung nimmt der sozialdemokratische Reichs- und Landtagsabgeordnete Feuerstein ein, der Nachfolger Naumanns im Reichstagswahlkreis Heilbronn.

Er führte, wie der „Voss. Ztg.“ aus Stuttgart berichtet wird, in einer sozialdemokratischen Versammlung in Heilbronn aus, daß er von der Friedensliebe der deutschen Regierung überzeugt sei, und betonte mit Nachdruck, daß im Ernstfalle jeder Sozialdemokrat, der einberufen werde, seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit tun müsse, besonders gegen Rußland, dessen Absolutismus der Redner mit den schärfsten Worten geißelte. **Der frühere „Vorwärts“- Redakteur Kurt Eisner hat am Montag in München in der sozialdemokratischen Protestveranstaltung nach der „Münch. Post“ u.a. erklärt:**

„Nun wird die Frage entstehen: wie stehen wir Sozialdemokraten in diesem Augenblicke, wo die Katastrophe ausbrechen kann? Die Beantwortung dieser Frage ist grauenhaft leicht. Wir können nur die Warnung an alle richten: Laßt es nicht zu einem europäischen Krieg kommen. Denn an dem Beispiel Österreichs sehen wir, daß es keinen Halt mehr gibt, wenn der Krieg ausgebrochen ist. Denn dann muß jeder seine Pflicht tun, nichts weiter. Darüber sind wir uns ganz klar.“

In einer sozialdemokratischen Versammlung in Magdeburg verwarf der Reichstagsabgeordnete Landsberger den Krieg im Grundsatz, ermahnte aber zur Verteidigung der Nation, wenn der Krieg aufgezwungen würde.

Natürlich sind die „Genossen“, die jetzt dazu raten, die rot wählenden Arbeiter möchten jetzt ihre vaterländische – Pflicht erfüllen, die Klügeren. Sie wissen ganz genau, daß die Neuwahlen nach einem siegreichen Kriege die ganze rote Herrlichkeit zum Teufel jagen würde, wenn sich jetzt die Partei etwa offiziell abseits stellen wollte.

* * *

Die Briten meinen, sie hätten keine „bindenden Verpflichtungen“, aber es bestünde ein Vertrag – für England scheint ein Vertrag keine verpflichtende Bindung zu sein – das Bündnis der Tripleentente.

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 387 – Sonntag, 2. August 1914 – S.16

Englands Verträge.

London, 1. August. Die offiziöse „Westminster Gazette“ betont, daß England bemüht gewesen sei, die Vermittlerrolle zu spielen und unverpflichtet zwischen den beiden Lagern zu stehen, sowie daß keine bindenden Verpflichtungen für England existieren. Sodann fährt das Blatt fort:

„Aber Deutschland weiß, daß gewisse Verträge bestehen, durch deren Bruch wir uns in eine schwierige Lage bringen würden. Es weiß ebenso, daß es gewisse mögliche Entwicklungen des Kampfes zwischen ihm und Frankreich gibt, die die öffentliche Meinung aufreizen könnten und uns von dem gegenwärtigen Entschluß, wenn irgend möglich neutral zu bleiben, abbringen könnten.“

* * *

Noch einmal das deutsche Ultimatum an Rußland

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9186, Sonntag, 2. August 1914 – S.2

Das Ultimatum.

Berlin, 31. Juli. (Aufgegeben um 10 Uhr 15 Minuten abends, in Wien eingetroffen am 1. d. M. um 6 Uhr abends)

Die „**Norrd. Allg. Ztg.**“ schreibt: Nachdem die auf Wunsch des Zaren selbst unternommene Vermittlungsarbeit von der russischen Regierung durch die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee und Marine gestört worden ist, hat die Regierung Sr. Majestät des Kaisers heute in Petersburg wissen lassen, daß die deutsche Mobilmachung in Aussicht steht, falls Rußland nicht binnen zwölf Stunden die Kriegsvorbereitungen einstellt und hierüber eine bestimmte Erklärung abgibt.

Gleichzeitig ist an die französische Regierung eine Anfrage über ihre Haltung im Falle eines deutsch-russischen Krieges gerichtet worden.

* * *

England spielt noch den unentschlossenen, wobei sein Bündnis mit Frankreich und Rußland längst bestätigt wurde, daß England in den Krieg mitzieht – man wartet auf den Einmarsch Deutschlands in Belgien

Was wird England tun?

London, 1. August. (WTB). Die (der Regierung nahestehende. Die Red.) „**Westminster Gazette**“ betont, daß England bemüht gewesen sei, die Vermittlerrolle zu spielen und unverpflichtet zwischen den beiden Lagern zu stehen, sowie **daß keine bindenden Verpflichtungen für England existieren**. Sodann fährt das Blatt fort: „Aber Deutschland weiß, daß gewisse Verträge bestehen, durch deren Bruch wir uns in eine schwierige Lage bringen würden. Es weiß ebenso, daß es gewisse mögliche Entwicklungen des Kampfes zwischen ihm und Frankreich gibt, die die öffentliche Meinung aufreizen könnten und uns von dem **gegenwärtigen Entschluß, wenn irgend möglich, neutral zu bleiben**, abbringen könnten. Das Blatt wendet sich dann gegen die Idee, ein britisches Expeditionskorps in einen kontinentalen Krieg zu senden und sagt: „Die britische Macht in Europa ist Seemacht und wird, wie wir zuversichtlich hoffen, zum äußersten verwendet werden, um England den Frieden zu erhalten. Freilich liegt auch eine Gefahr in der friedlichen Politik. Aber es kann nicht dem Interesse anderer Mächte entsprechen, unter den gegenwärtigen Umständen das Gebiet der Herausforderung zu erweitern, und wir hegen starke Hoffnung, daß England imstande sein wird, seine Stellung als Sammelpunkt für die, die den Frieden in Europa wünschen, zu behaupten.“

* * *

Frankreichs Öffentlichkeit ist gegen einen Krieg für Serbien. Da aber Rußland und Frankreich verbündet, und Rußland bereits in kleine Kämpfe verwickelt, steht der Einsatz Frankreichs in den Krieg fest.

Frankreich und der Krieg.

Paris, 31. Juli. Die Stimmung der breiten Masse sowie auch die der Mehrheit der Kammer ist gegen einen Krieg zugunsten Serbiens. Man will sich hier nicht für die serbischen Morde zur Schlachtbank treiben lassen. Freilich wird von der russisch-französischen Kriegspartei erklärt, man wolle nur verwehren, daß über Serbien keine zu schwere Strafe seitens Österreich-Ungarns verhängt werde. Denn dadurch würde dieses Land so geschwächt, daß das europäische Gleichgewicht damit gefährdet würde. – Frankreich und Rußland bekennen mit dieser Auffassung also, daß Serbien sich alles erlauben dürfe, denn es dürfe nicht so bestraft werden, daß es ihm weh tut, weil Rußland und Frankreich Serbien gegen Österreich-Ungarn brauchen. Ist aber eine solche Stellungnahme, wenn sie mit Mobilisationen unterstützt wird, keine Kriegsdrohung?

Die Gründe der russisch-französischen Kriegspartei vermögen auch die hiesige Öffentlichkeit nicht zu überzeugen, und das ist für die Stunde der Entscheidung wichtig, denn in Frankreich kann nach der Verfassung die Regierung nicht allein über Krieg und Frieden entscheiden. Frankreich kann in keinen Kriegszustand ohne das Votum der Kammer gelangen, außer es werde angegriffen, und diese Gefahr besteht ja seitens Deutschlands nicht. Diese Bestimmung wurde in die Konstitution aufgenommen, um einem Abenteuer wie dem von 1870 vorzubeugen. Freilich bleibt theoretisch die Möglichkeit einer Mobilisation bestehen, auch ohne Kammerbeschluß. Da aber im gegebenen Falle dieselbe mit dem Kriege fast gleichbedeutend wäre, so hat auch darüber die Kammer zu entscheiden. Diese aber ist durch keine geheimen Versprechungen an Rußland gebunden, sie kann also Rußland das verweigern, was die französischen Minister der Petersburger Regierung im Geheimen versprochen haben. Das russisch-französische Bündnis ist gemacht, um Frankreich vor der Gefahr einer Niederlage zu sichern und nicht, um es einer solchen auszusetzen. Diese Risiko aber werden wir im gegenwärtigen Augenblicke laufen; das ist wenigstens die Überzeugung aller Franzosen, die nicht der Kriegspartei angehören.

* * *

Bethmann Hollweg hält vom Reichskanzler Palais eine Rede an das Volk

Eine Ansprache des Reichskanzlers.

Berlin, 31. Juli. Um 11 $\frac{3}{4}$ Uhr bewegte sich ein großer Zug von den Linden unter patriotischen Gesängen die Wilhelmstraße herab und machte vor dem Palais des Reichskanzlers halt. Der Reichskanzler erschien am Mittelfenster des Kongreßsaales und wurde mit stürmischen Rufen begrüßt. Als Stille eintrat, sprach der Kanzler mit fester, weithin schallender Stimme folgende Worte:

In ernster Stunde sind Sie, um Ihren vaterländischen Empfindungen Ausdruck zu geben, vor das Haus Bismarcks gekommen, Bismarcks, der uns mit Kaiser Wilhelm dem Großen und dem Feldmarschall Moltke das Deutsche Reich geschmiedet hat. Wir wollen in dem Reiche, das wir in 44 jähriger Friedensarbeit ausgebaut

haben, auch ferner in Frieden leben. Das ganze Wirken unseres Kaisers war der Erhaltung des Friedens gewidmet. Bis in die letzten Stunden hat er für den Frieden Europas gewirkt, und er wirkt noch für ihn. Sollte all sein Bemühen vergeblich sein, sollte uns das Schwert in die Hand gezwungen werden, so werden wir ins Feld ziehen mit gutem Gewissen und dem Bewußtsein, daß nicht wir den Krieg gewollt haben. Wir werden dann den Kampf um unsere Existenz und unsere nationale Ehre mit Einsetzung des letzten Blutstropfens führen. Im ernste dieser Stunde erinnere ich Sie an das Wort, das einst Prinz Friedrich Karl den Brandenburgern zurief:

„Laßt Eure Herzen schlagen zu Gott und Eure Fäuste auf den Feind!“

Mit begeisterten Hochrufen auf den Kaiser und den Kanzler und unter dem Gesang der Nationalhymne und der „Wacht am Rhein“ setzte der Zug seinen Weg durch die Wilhelmstraße fort.

* * *

Deutschland mobilisiert – nach Frankreich

Presse - Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr.179, Sonntag, 2. August 1914, Abend - S. 2

Mobilisierungen.

Brüssel, 31. Juli. Die Regierung hat die Mobilisierung angeordnet.

* * *

Presse - Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr.179, Sonntag, 2. August 1914,

Zweite Morgen Ausgabe – S. 1

Die Mobilmachung in Deutschland.

Berlin, 1. August, nachmittags 5 Uhr 15 Minuten. Seine Majestät der Kaiser hat die Mobilmachung der gesamten deutschen Streitkräfte durch folgenden Erlaß angeordnet:

Ich bestimme hiermit:

Das Deutsche Heer und die Kaiserliche Marine sind nach Maßgabe des Mobilmachungsplans für das Deutsche Heer und die Kaiserliche Marine kriegsbereit aufzustellen.

Der 2. August 1914 wird als erster Mobilmachungstag festgesetzt.

Berlin, den 1. August 1914. Wilhelm I.R. - von Bethmann Hollweg.

* * *

Die Bevölkerung Berlins ist bereit, den Welschen zurückzuweisen.

Presse - Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr.179, Sonntag, 2. August 1914,

Zweite Morgen Ausgabe- S. 1

Vor dem Reichskanzlerpalais.

[Berlin, 1. August.] Vor dem Reichskanzlerpalais machte gegen 9 Uhr ein imposanter Zug Halt, der in ernster patriotischer Stimmung „Heil Dir im Siegerkranz“ und „Lobe den Herren“ sang. Der Reichskanzler erschien an einem Fenster des ersten Stocks und richtete an die Menge folgende Worte:

In Ihrem Liede haben Sie unserem Kaiser zugejubelt – ja, für unseren Kaiser stehen wir alle ein, wer und welcher Gesinnung und welchem Glauben wir auch sein mögen. Für ihn lassen wir Gut und Blut. Der Kaiser ist genötigt gewesen, die Söhne des Volkes zu den Waffen zu rufen.

Wenn uns jetzt der Krieg beschieden sein sollte, so weiß ich, daß alle jungen deutschen Männer bereit sind, ihr Blut zu verspritzen für den Ruhm und die Größe Deutschlands, aber wir können nur siegen in dem festen Vertrauen auf den Gott, der die Heerscharen lenkt, und der uns bisher noch immer der Sieg gegeben hat. Und sollte Gott in letzter Stunde uns diesen Krieg ersparen, so wollen wir ihm dafür danken. Wenn es anders wird, dann mit Gott für König und Vaterland!

* * *

Presse - Wiener Zeitung, Nr.181, Montag, 3. August 1914 - S. 3

Die deutsche Kriegserklärung an Rußland.

St.Petersburg, 2. August. Die St.Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Der deutsche Botschafter hat im Namen seiner Regierung dem Ministerium des Äußeren gestern um 7 ½ Uhr Abends die Kriegserklärung überreicht.

Berlin, 2. August. Das Wolffsche Bureau meldet: Dem russischen Botschafter Swerbejew sind die Pässe zugestellt worden.

Berlin, 2. August. Das Wolffsche Bureau meldet: Die vom Reuterschen Bureau verbreiteten Äußerungen der russischen Botschaft in London stellen die Ereignisse unrichtig dar. Daß Rußland nur an der österreichischen Grenze Vorsichtsmaßregeln ergriff, ist eine irreführende, durch die Ereignisse längst widerlegte Behauptung. Die Gesamtmobilisierung war befohlen und im Gang, ehe Deutschland das Ultimatum stellte. Der russische Angriff auf deutsches Gebiet erfolgte, ohne daß das Ultimatum beantwortet wurde, also mitten im Frieden. Die Ereignisse stehen im flagranten Gegensatz zu der friedlichen russischen Versicherung.

* * *

Rußland und Frankreich haben den Krieg eröffnet

Presse - Posener Tageblatt, Nr. 358, Montag, 3. August 1914 – S.1

Rußland und Frankreich haben die Feindseligkeiten eröffnet.-

Rußland hat den Krieg eröffnet. Eine amtliche Meldung aus der Reichshauptstadt besagt über die **Eröffnung der Feindseligkeiten durch Rußland:**

Berlin, 2. August. In dieser Nacht 4 Uhr früh sind beim großen Generalstab folgende Meldungen eingegangen:

1. Heute nacht hat ein Angriff einer russischen Patrouille gegen die Eisenbahnbrücke über die Warthe bei Eichenried an der Strecke Jarotschin-Wreschen stattgefunden. Der Angriff ist abgewiesen worden. Deutscherseits 2 Leichtverwundete. Die Verluste der Russen waren nicht festzustellen. Eine von den Russen gegen den Bahnhof Miloslaw eingeleitete Unternehmung ist verhindert worden.

2. Der Stationsvorstand Johannsburg und die Forstverwaltung Bialla melden, daß in der Nacht vom 1. zum 2. August stärkere russische Kolonne mit Geschützen die Grenze bei Schwiddern (südöstlich Bialla) überschritten hat und daß zwei Schwadronen Kosaken in der Richtung Johannsburg reiten. Die Fernsprechverbindung Lyck-Bialla ist unterbrochen.

Hiernach hat Rußland deutsches Reichsgebiet angegriffen und den Krieg erklärt.

* * *

In der Nacht von Samstag auf Sonntag, 1. auf 2. August, sind russische Einheiten in deutsches Gebiet eingedrungen

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 388 - Montag, 03.August 1914 – S.1

Rußland hat den Krieg eröffnet.

Die ersten Gefechte an der deutsch-russischen Grenze. Die Russen sind in der Nacht zum Sonntag und gestern an verschiedenen Stellen der deutsch-russischen Grenze in deutsches Gebiet eingebrochen. Wir haben Einzelheiten dieser Vorgänge, die sämtlich von amtlicher Seite berichtet wurden, gestern früh in einem Extrablatt und gestern abend in einer Extraausgabe bereits veröffentlicht. Diese Meldungen wurden amtlich in folgender Form bekanntgegeben:

Berlin, 2. August. (WTB). Nachdem die Kunde von der allgemeinen russischen Mobilmachung hierher gelangt war, ist der deutsche Botschafter in Petersburg beauftragt worden, die russische Regierung aufzufordern, die Mobilmachung gegen uns und unseren österreichischen Bundesgenossen einzustellen und hierüber eine bündige Erklärung binnen zwölf Stunden abzugeben. Dieser Auftrag ist nach Meldung des Grafen Pourtales in der Nacht vom 31. Juli zum 1. August um Mitternacht ausgeführt worden. Falls die Antwort der russischen Regierung eine ungenügende sein sollte, war der deutsche Botschafter ferner beauftragt, der russischen Regierung zu erklären, daß wir uns als mit Rußland im Kriegszustand befindlich betrachteten. Die Meldung des Botschafters über die Antwort der russischen Regierung auf unsere befristete Anfrage ist hier

nicht eingelaufen, ebensowenig eine Nachricht über die Ausführung des zweiten Auftrags, obwohl wir konstatiert haben, daß der russische Telegraphenverkehr noch funktioniert.

Dagegen sind in dieser Nacht bis 4 Uhr früh beim Großen Generalstabe folgende Meldungen eingegangen:

1. Heute nacht hat Angriff russischer Patrouillen gegen die Eisenbahnbrücke über die Warthe bei Eichenried (an Strecke Jarotschin-Wreschen) stattgefunden. Der Angriff ist abgewiesen. Deutscherseits zwei leicht Verwundete. Verluste der Russen nicht festgestellt.

Eine von den Russen gegen den Bahnhof Miloslaw eingeleitete Unternehmung ist verhindert worden.

2. Der Stationsvorstand Johannsburg und die Forstverwaltung Bialla melden, daß heute nacht (1. zum 2.) stärkere russische Kolonne mit Geschützen die Grenze bei Schwidden (südöstlich von Bialla) überschritten hat und daß zwei Schwadronen Kosaken Richtung Johannsburg reiten. Die Fernsprechverbindung Lyck-Bialla ist unterbrochen.

Hiernach hat Rußland deutsches Reichsgebiet angegriffen und den Krieg eröffnet.

* * *

Russische Angriffe auf Ostpreußen

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 388 - Montag, 03. August 1914 – S.1

Angriff auf Johannsburg.

Aus **Allenstein** wird von 6 Uhr nachmittags gemeldet: Bisher im allgemeinen an der Grenze nur kleinere Kavalleriegefechte. Johannsburg, das von einer Eskadron des Dragonerregiments 11 besetzt ist, wird augenblicklich angegriffen. Die Bahn Johannsburg-Lyck ist bei Gutten unterbrochen, ebenso die Stichbahn nach Dlottowen. Verluste bisher auf russischer Seite etwa 20 Mann, auf deutscher Seite nur mehrere Leichtverwundete.

In Eydtkuhnen sind russische Patrouillen eingeritten. Das Postamt Bilderweitschen ist nach sicherer Meldung zerstört. Der Feind überschritt die Grenze an vielen Stellen.

Auf die Thorner Eisenbahnbrücke versuchte ein Mann vom Zuge aus eine Bombe zu werfen. Er wurde aber vorher dingfest gemacht.

* * *

Französische Flugzeuge am Rhein – Saboteure in Cochem erschossen

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 388 - Montag, 03. August 1914 – S.1

Ein französischer Flieger heruntergeschossen.

Ein Gastwirt und sein Sohn als Spione erschossen. In der Nacht vom 1. zum 2. August wurde ein feindliches Luftschiff in der Fahrt von Kerprich nach Andernach beobachtet. In der gleichen Nacht machten ein Kocheimer Gastwirt und sein Sohn einen Versuch, den Kocheimer Tunnel zu sprengen. Dies mißlang. Beide wurden erschossen. Feindliche Flugzeuge von Düren auf Köln beobachtet. Ein französisches Flugzeug bei Wesel heruntergeschossen.

* * *

Französische Flieger bei Nürnberg

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 388 - Montag, 03. August 1914 – S.2

Französische Flieger werfen Bomben bei Nürnberg.

Bruch des Völkerrechts.

Amtlich wird Sonntag nachmittag 2 Uhr 45 Minuten gemeldet:

Soeben läuft die militärische Meldung ein, daß heute vormittag französische Flieger in der Umgebung von Nürnberg Bomben abgeworfen haben. Da eine Kriegserklärung zwischen Frankreich und Deutschland bisher nicht erfolgt ist, liegt ein Bruch des Völkerrechtes vor.

München, 2. August (TU). Wie die Eisenbahndirektion Nürnberg mitteilen läßt, haben auf der Bahnstrecke Ansbach-Nürnberg und Nürnberg-Kissingen Flieger Bomben auf die Bahnstrecke geworfen. Schaden wurde nicht angerichtet.

* * *

Obwohl England sich als neutral bezeichnet und bisher keine Aussage zur Beteiligung an einer kriegerischen Auseinandersetzung geäußert hat – **offiziell** – ersucht sie Amerika um Übernahme der Botschaften im Ernstfall.

Presse - Vossische Zeitung, Nr.388, Montag, 3. August 1914 – Morgen - S.1

England gegen uns?

Washington, 2. August. Deutschland, England und Frankreich haben formell Amerika ersucht, ihre Botschaften im Notfall zu übernehmen. Amerika kommt dem Ersuchen nach und instruiert die amerikanischen Botschafter und Gesandten in Europa demgemäß. (Auffallend an dieser Meldung ist das Ersuchen Englands, da England keine kriegführende Macht ist. Man darf sich also darauf gefaßt machen, daß England sich an die Seite unserer Gegner stellen wird! D. Red.)

* * *

Überall sieht man Spione der Feinde

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 388 - Montag, 03.August 1914 – S.2

80 französische Offiziere als Spione entdeckt.

Koblenz, 2. August (WTB). Der Regierungspräsident von Düsseldorf meldete, daß heute vormittag 80 französische Offiziere in preußischer Uniform in zwölf Kraftwagen die preußische Grenze bei Walbeck westlich Geldern, zu überschreiten versuchten. Der Versuch mißlang.

* * *

Die kriegerischen Auseinandersetzungen haben begonnen. Es beginnt auf beiden Seiten die Kriegspropaganda, nach dem Motto: Die Wahrheit stirbt zuerst. Kampfhandlungen sollen hier kein Thema sein

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 388 - Montag, 03.August 1914 - Abend – S.1

Eine russische Patrouille gefangengenommen.

Hohensalza, 3. August (T.U.). Eine russische Patrouille wurde hier von deutschen Truppen überrumpelt. Fünfzig Russen sind gefangen genommen, mehrere wurden getötet.

* * *

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 388 - Montag, 03.August 1914 - Abend – S.1

Die Franzosen überschreiten die deutsche Grenze.

Französische Flieger auf dem Weg nach Deutschland.

Während noch kein deutscher Soldat sich auf französischem Boden befindet, haben nach amtlichen Meldungen die Franzosen vor der Kriegserklärung kompagnieweise die deutsche Grenze überschritten und die deutschen Ortschaften Gottesthal, Metzeral und Markirch und den Schluchtpaß besetzt. Ferner ist ein Neutralitätsbruch dadurch begangen worden, daß französische Flieger in großer Zahl über Belgien und Holland nach Deutschland geflogen sind.

* * *

Frankreichs ausweichende Antwort auf Deutschlands Anfrage nach Neutralität, seine Mobilisation und Rußlands Schweigen auf das deutsche Ultimatum.

Presse - Posener Tageblatt, Nr. 358, Montag, 3. August 1914 – S.2

Antwort Frankreichs.

Die französische Antwort auf die deutsche Anfrage hat ausweichend gelautet; ferner hat Frankreich gestern nachmittag volle Mobilisierung seiner Streitkräfte angeordnet, und endlich hat Rußland deutsches Gebiet betreten und deutsche Truppen schon angegriffen. Infolgedessen ist nun der Konflikt unausweichlich geworden.

Der deutsche Botschafter in Petersburg hatte, wie aus der Mitteilung des Wolffschen Bureaus hervorging, den Auftrag, falls die russische Antwort auf das deutsche Ultimatum ungenügend sei, zu erklären, daß sich Deutschland als im Kriegszustande befindlich betrachte. Es ist bisher keine Nachricht des Grafen

Pourtales eingetroffen, ob und in welcher Weise er sich seines Auftrages entledigt habe. Man kann nur aus der über Kopenhagen hierher gelangten Mitteilung schließen, daß die russische Antwort ungenügend gewesen ist, so daß der deutsche Botschafter in Petersburg genötigt war, den zweiten Teil der ihm übertragenen Aufgabe auszuführen, worauf Rußland mit dem Angriff geantwortet hat.

Aus der Tatsache, daß Frankreich die volle Mobilisierung seiner Streitkräfte angeordnet hat, obwohl Rußland Deutschland angegriffen hat und nicht selbst von Deutschland angegriffen wurde, muß man schließen, daß Frankreich seine Bündnisverpflichtungen Rußland gegenüber auch für den Fall eines russischen Angriffs gegeben erachtet.

* * *

Russisches Handeln zum Krieg

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9187, Montag, 3. August 1914 – S.2

Russische Verlogenheit.

Berlin, 2. August. Das „Wolffsche Bureau“ meldet: Die vom „Reuterschen Bureau“ verbreiteten Äußerungen der russischen Botschaft in London stellen die Ereignisse unrichtig dar. Daß Rußland nur an der österreichischen Grenze Vorsichtsmaßregeln ergriff, ist eine irreführende, durch die Ereignisse längst widerlegte Behauptung. Die Gesamtmobilisierung war befohlen und im Gange, ehe Deutschland das Ultimatum stellte. Der russische Angriff auf deutsches Gebiet erfolgte, ohne daß das Ultimatum beantwortet wurde, also mitten im Frieden. Die Ereignisse stehen im flagranten Gegensatz zu der friedlichen russischen Versicherung.

* * *

Da Rußland das deutsche Ultimatum zur Stellungnahme unbeantwortet läßt, erklärt Deutschland am 1. August 1914 Rußland den Krieg – überflüssigerweise. – Der russische Botschafter wurde ausgewiesen.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9187, Montag, 3. August 1914 – S.2

Die offizielle Kriegserklärung Deutschlands an Rußland.

Petersburg, 2. August. Die „Petersburger Telegraphenagentur“ meldet: Der deutsche Botschafter hat im Namen seiner Regierung dem Ministerium des Äußeren gestern um ½ 8 Uhr abends die Kriegserklärung überreicht.

Berlin, 2. August. Das „Wolffsche Bureau“ meldet: Dem russischen Botschafter Swerbejew sind die Pässe zugestellt worden.

* * *

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 388 – Montag, 3. August 1914 – S.1

Einmarsch in Luxemburg.

Luxemburg ist zum Schutze der dort befindlichen deutschen Eisenbahnen von Truppenteilen unseres Armeekorps besetzt worden.

Das Großherzogtum Luxemburg, das gestern zum Schutz der deutschen Bahnen von deutschen Truppenteilen des 8. Armeekorps besetzt wurde, ist mit dem deutschen Reiche durch eine Reihe von Staatsverträgen inniger verbunden als andere Staaten. Von 1815 bis 1866 gehörte es zum Deutschen Bunde. Als es nach Sprengung des Bundes seine Selbständigkeit erhielt, blieb Luxemburg mit Preußen noch durch eine Zollvereinigung verbunden. Im März 1903 wurde die jetzt gültige Zollgemeinschaft mit Deutschland verlängert, ebenso der Vertrag, wonach die Verwaltung der Luxemburgischen Bahnen weiter in deutschen Händen bleibt. Dieser Vertrag läuft bis zum Jahre 1959. Auch sonst hat sich Luxemburg vielfach der Gesetzgebung des Deutschen Reiches angeschlossen, so vor allem in Fragen der Steuer- und Sozialpolitik..... An der Spitze des Landes steht seit 1912 die Großherzogin Marie Adelheid, die im Juni d.J. ihr 20. Lebensjahr vollendet hat. Sie ist unvermählt und folgte ihrem Vater, dem Großherzog Wilhelm, der 1912 nach schwerem Leiden starb.

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 389 – Montag, 3. August 1914 – Abend – S.8

Die Haltung Spaniens.

Madrid, 3. August. Heute findet hier ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Königs statt, der eilig aus der Sommerfrische zurückgekehrt ist. Die Regierung wird von verschiedenen Seiten aufgefordert, die Ausfuhr von Kohle sowie von Getreide und anderen Lebensmitteln zu verbieten. Alle spanischen Börsen sind geschlossen. Der Eisenbahnverkehr zwischen Spanien und Frankreich ist gänzlich unterbrochen. Zahlreiche

Sommerfrischler müssen aus französischen Orten zu Fuß nach Spanien zurückkehren, da Frankreich die Fuhrwerke und Autos für Militärzwecke in Beschlag genommen hat. Die in Spanien wohnhaften Deutschen fahren über Italien und die Schweiz heim. Die deutsche Kolonie veranstaltete ihnen zu Ehren ein Bankett. Alle in spanischen Häfen befindlichen Schiffe erhielten Weisung, bis auf weiteres dort zu verbleiben. Die spanische Presse hebt einmütig die korrekte Handlungsweise Deutschlands hervor und erklärt, die furchtbare Verantwortung für die Entfesselung des Weltkrieges falle ausschließlich auf Rußland.

* * *

Jean Jaures, 03.09.1859, ermordet am 31.Juli 1914 in Paris – Sozialist, Politiker – hat sich klar gegen Serbien, für den Frieden und damit gegen die Politik Poincares gewandt, was ihn das Leben kostete.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9187, Montag, 3. August 1914 – S.3

Der letzte Artikel Jaures gegen Rußland.

Paris, 1.August. Die Zeitschrift „Travail“ veröffentlicht einen Artikel des vorgestern ermordeten Führers der französischen Sozialdemokraten Jaures, den er kurz vor dem auf ihn verübten Attentate geschrieben hatte. Jaures befaßt sich in dem Artikel in eingehender Weise mit dem Konflikte zwischen Österreich und Serbien und erklärt diesbezüglich: „Selbst bei vollster Wahrung des prinzipiellen Standpunktes der französischen Sozialdemokratie gegen den Krieg überhaupt, muß man zugeben, daß keine Großmacht, wie doch Österreich-Ungarn eine ist, sich die Bedrohungen von Seite eines bösen Nachbarn, als welcher sich Serbien seit Jahren Österreich-Ungarn gegenüber gezeigt hat, gefallen ließe. Man muß sogar zugeben, daß eine große Langmut seitens eines Staates dazu gehört, die zersetzenden Bestrebungen, die von einem Nachbarn organisiert wurden, jahrelang ungestraft zu dulden. Schiedsgerichte sind gegen einen Staat wie Serbien vollständig wertlos. Nur die Exekutionskraft der Waffen kann einen Staat wie Serbien zwingen, die Gebote staatlicher Nachbarschaft zu erfüllen. Zu bedauern ist nur, daß es noch Mächte in Europa gibt, die, ohne auf das Prädikat eines Kulturstaates verzichten zu wollen, sich zu Protektoren der serbischen Gewalttätigkeiten hergeben. Frankreich ist im Begriffe, Österreich-Ungarn bei seiner Züchtigung, die es in Serbien vornehmen will, in den Arm zu fallen. Frankreich, insbesondere aber das französische Proletariat, wird wohl alle kulturellen und diplomatischen Anstrengungen machen müssen, um nicht durch die Haltung Rußlands in ein Abenteuer gestürzt zu werden, dessen Konsequenzen überhaupt nicht abzusehen wären, die aber noch ein Jahrhundert auf ganz Europa lasten müßten. Für Serbien darf das Blut französischer Proletarier nicht fließen.“

* * *

Presse - Vossische Zeitung, Nr.390, Dienstag, 4. August 1914 – Morgen - S.1

Abberufung des deutschen Botschafters aus Paris.

Bisher hatten deutsche Truppen dem erteilten Befehl gemäß die französische Grenze nicht überschritten. Dagegen greifen seit gestern französische Truppen ohne Kriegserklärung unsere Grenzposten an. Sie haben, obwohl uns die französische Regierung noch vor wenigen Tagen die Innehaltung einer unbesetzten Zone von 10 Kilometern zugesagt hatte, an verschiedenen Punkten die deutsche Grenze überschritten. Französische Kompagnien halten seit gestern nacht deutsche Ortschaften besetzt. Bombenwerfende Flieger kommen seit gestern nach Baden, Bayern und unter Verletzung der belgischen Neutralität über belgisches Gebiet in die Rheinprovinz und versuchen, unsere Bahnen zu zerstören. Frankreich hat damit den Angriff gegen uns eröffnet und den Kriegszustand hergestellt. Des Reiches Sicherheit zwingt uns zur Gegenwehr. Der Kaiser hat die erforderlichen Befehle erteilt. Der deutsche Botschafter in Paris ist angewiesen, seine Pässe zu fordern.

* * *

Kaiser Wilhelm verkündet die Kriegserklärung – „Auch jetzt ist es Mir Gewissenssache gewesen, wenn möglich den Ausbruch des Krieges zu verhüten; aber meine Bemühungen sind vergeblich gewesen.“

Presse - Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr.180, Dienstag, 4. August 1914 – S. 1

Verkündung Kriegserklärung.

[Berlin, 2.August.] Ich bin gezwungen, zur Abwehr eines durch nichts zu rechtfertigten Angriffs das Schwert zu ziehen und mit aller Deutschland zu Gebote stehenden Macht den Kampf um den Bestand des Reiches und unserer nationalen Ehre zu führen. Ich habe mich während meiner Regierung ernstlich bemüht, das deutsche Volk vor Krieg zu bewahren und ihm den Frieden zu erhalten. Auch jetzt ist es Mir Gewissenssache gewesen, wenn möglich den Ausbruch des Krieges zu verhüten; aber meine Bemühungen sind vergeblich gewesen. Reinen Gewissens über den Ursprung des Krieges, bin Ich der Gerechtigkeit unserer Sache

vor Gott gewiß. Schwere Opfer an Gut und Blut wird die dem deutschen Volke durch feindliche Herausforderung aufgedrungene Verteidigung des Vaterlandes fordern. Aber ich weiß, daß mein Volk auch in diesem Kampf mit der gleichen Treue, Einmütigkeit, Opferwilligkeit und Entschlossenheit zu Mir steht, wie es in früheren schweren Tagen zu meinem in Gott ruhenden Großvater gestanden hat. Wie Ich von Jugend auf gelernt habe, auf Gott den Herrn Meine Zuversicht zu setzen, so empfinde Ich in diesen ernsten Tagen das Bedürfnis, vor Ihm Mich zu beugen und Seine Barmherzigkeit anzurufen. Ich fordere Mein Volk auf, mit Mir in gemeinsamer Andacht sich zu vereinigen und mit Mir am 5. August einen außerordentlichen allgemeinen Bettag zu begehen. An allen gottesdienstlichen Stätten im Lande versammle sich an diesem Tage Mein Volk in ernster Feier zur Anrufung Gottes, daß er mit uns sei und unsre Waffen segne. Nach dem Gottesdienst möge dann, wie die dringende Not der Zeit es erfordert, ein jeder zu seiner Arbeit zurückkehren.

Ich erwarte, daß alle zuständigen Stellen das zur Ausführung dieses Erlasses Erforderliche unverzüglich anordnen werden.

Berlin im Schloß, den 2. August 1914

Wilhelm R.

von Trott zu Solz.

★

★

★

Das friedliebende Frankreich hat sich bemüht – daß der Krieg stattfindet. Man beachte die obigen Aussagen französischer Politiker und Militärs.

„Frankreich, welches seinen Friedenswillen bekundet, welches in tragischen Tagen Europa Ratschläge der Mäßigung erteilt und welches ein lebendiges Beispiel der Vernunft gegeben hat, hat seine Anstrengungen zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens vervielfältigt. Indem es sich auf jede Möglichkeit vorbereitet, hat es nunmehr die ersten Verfügungen getroffen, welche unerlässlich sind für den Schutz seines Gebietes.“ – die Bereitschaft für den Krieg gegen Deutschland.

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9188, Dienstag, 4. August 1914 – S.3

Eine heuchlerische Kundgebung der französischen Regierung.

Paris, 1. August. (Via Bern) Die „Agence Havas“ meldet: Der Präsident der Republik und die Mitglieder der Regierung haben beschlossen, folgenden Aufruf an die französische Nation zu erlassen:

„Seit einigen Tagen hat sich die Lage in Europa beträchtlich verschlimmert. Trotz der Anstrengungen der Diplomatie hat sich der Horizont verfinstert. Zur gegenwärtigen Stunde mobilisieren mehrere Nationen ihre Streitkräfte. Selbst Länder, die durch Neutralität geschützt sind, haben geglaubt, diese Maßregel aus Vorsicht ergreifen zu müssen. Mächte, deren konstitutionelle oder militärische Gesetzgebung nicht der unsrigen gleicht, haben ohne Mobilisierungsdekret Vorbereitungen begonnen und fortgesetzt, die einer Mobilisierung gleichkommen und ihre Ausführung vorwegnehmen. Frankreich, welches seinen Friedenswillen bekundet, welches in tragischen Tagen Europa Ratschläge der Mäßigung erteilt und welches ein lebendiges Beispiel der Vernunft gegeben hat, hat seine Anstrengungen zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens vervielfältigt. Indem es sich auf jede Möglichkeit vorbereitet, hat es nunmehr die ersten Verfügungen getroffen, welche unerlässlich sind für den Schutz seines Gebietes. Unsere Gesetzgebung gestattet uns jedoch nicht, diese Vorbereitungen ohne Erlassung eines Mobilisierungsdekretes vollständig zu machen. Im vollen Bewußtsein der auf uns fallenden Verantwortung würden wir eine heilige Pflicht versäumen, wenn wir den Dingen freien Lauf ließen. Die Regierung hat soeben ein Dekret erlassen, welches durch die Lage erforderlich geworden war. Die Mobilisierung und der Kriegszustand erscheinen unter den gegenwärtigen Umständen auch als das beste Mittel zur Sicherung eines Friedens in Ehren. Beseelt von dem heißen Wunsche nach einer friedlichen Lösung der Krise, hat die Regierung die nötigen Vorsichtsmaßregeln getroffen und wird ihre diplomatischen Bemühungen fortsetzen. Sie hofft auf Erfolg. Die Regierung rechnet mit der Besonnenheit ihrer edlen Nation, daß sie sich nicht einer ungerechtfertigten Aufregung überläßt. Sie zählt auf die Vaterlandsliebe aller Franzosen. Sicher ist, daß es in dieser Stunde nicht einen einzigen gibt, der nicht bereit wäre, seine Pflicht zu tun. Es gibt keine Partei, es gibt nur das ewige Frankreich, das friedliche und entschlossene Frankreich, es gibt nur ein Vaterland des Rechtes und der Gerechtigkeit, einig in der Ruhe, Wachsamkeit und Würde.“

★

★

★

Französisches Parlament ist nicht informiert über die Handlungen des Außenministers und Ministerpräsidenten

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9188, Dienstag, 4. August 1914 – S.14

Die Kriegspartei in Frankreich.

Heute steht es fest, daß der französische Ministerpräsident die deutsche Regierung ebenso angelogen hat wie der russische Kriegsminister. Während die französische Kammer für heute einberufen ist, haben die französischen Truppen bereits die deutsche Grenze an mehreren Punkten überschritten und damit den Krieg eröffnet. Poincare und Viviani haben also die französische Verfassung einfach beiseite geschoben und suchen die Kammer vor eine vollzogene Tatsache zu stellen.

* * *

Der Text der französischen Presse spricht für sich

Presse - Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr.180, Dienstag, 4. August 1914, S. 1

Die volle Mobilisierung in Frankreich. In Frankreich ist vorgestern nachmittag 5 Uhr die volle Mobilisierung der französischen Streitkräfte angeordnet worden. – Ausführlich wird darüber berichtet:

Paris, 2. August. Der Präsident und die Mitglieder der Regierung haben einen Aufruf an das französische Volk erlassen, in dem es heißt, seit einigen Tagen habe die Lage Europas sich wesentlich verschlimmert. Trotz der Anstrengungen der Diplomatie habe sich der Horizont verfinstert. Die meisten Nationen mobilisieren, selbst neutrale Staaten, um die garantierte Neutralität zu schützen. Frankreich, das seine friedlichen Absichten kundgegeben und im Verlaufe der letzten tragischen Tage Europa den Rat zur Mäßigung und ein lebendiges Beispiel der Verständigkeit gegeben habe und seine Anstrengungen zur Erhaltung des Weltfriedens verdoppelte, habe sich auf alle Eventualitäten vorbereitet und jetzt die ersten unerläßlichen Maßnahmen zum Schutze seines Gebietes getroffen eingedenk seiner Verantwortung und in dem Bewußtsein, daß es eine geheiligte Pflicht verletze, wenn es die Dinge ließe, wie sie seien. Die Regierung habe die Anordnung getroffen, die die Lage gebiete. Mobilisation bedeute nicht Krieg. Im Augenblick erscheine sie im Gegenteil als das beste Mittel, den Frieden in Ehren zu erhalten. Schließlich sagt das Manifest, die Regierung hoffe noch, eine friedliche Lösung zu erzielen, sie rechne mit der Kaltblütigkeit der Nation und zähle auf den Patriotismus aller Franzosen, die alle bereit seien, ihre Pflicht zu tun. In dieser Stunde gäbe es keine Parteien, nur ein einiges, friedliches und entschlossenes **Frankreich, das Vaterland des Rechts und der Gerechtigkeit**, in Ruhe und Würde und Wachsamkeit geeint.

* * *

Presse - Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr.180, Dienstag, 4. August 1914, S. 1

An der deutsch-französischen Grenze.

Berlin, 2. August. Eine weitere Grenzverletzung durch Franzosen wurde am 1. August abends beim Schluchtpaß zweifelsfrei festgestellt. Deutsche Postierungen wurden beschossen. Keine Verluste.

Berlin, 3. August. Während noch kein deutscher Soldat sich auf französischem Boden befindet, haben nach amtlichen Meldungen die Franzosen vor der Kriegserklärung kompagnieweise die deutsche Grenze überschritten und die Ortschaften Gottesthal, Metzeral und Markkirch und den Schluchtpaß besetzt. Ferner ist ein Neutralitätsbruch dadurch begangen worden, daß französische Flieger in großer Zahl über Belgien und Holland nach Deutschland geflogen sind.

Presse - Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr.180, Dienstag, 4. August 1914, S. 2

Völkerrechtsbruch durch französische Flieger.

Berlin, 2. August. Soeben läuft die militärische Meldung ein, daß heute vormittag französische Flieger in der Umgebung von Nürnberg Bomben abgeworfen haben. Da eine Kriegserklärung zwischen Frankreich und Deutschland bisher nicht erfolgt ist, liegt ein Bruch des Völkerrechts vor.

Berlin, 2. August. In der Nacht vom 1. zum 2. August wurde ein feindliches Luftschiff in der Fahrt vor Kergrich (*Lothringen*) nach Andernach beobachtet. In der gleichen Nacht machten ein Kochemer Gastwirt und sein Sohn einen Versuch, den Kochemer Tunnel zu sprengen. Dies mißlang. Beide wurden erschossen. Feindliche Flugzeuge von Düren auf Cöln beobachtet. Ein französisches Flugzeug bei Wesel heruntergeschossen.

* * *

Der Telegrammwechsel zwischen Kaiser Wilhelm II und Zar Nikolaus II in der letzten Juliwoche 1914 - 1

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 390- Dienstag, 04. August 1914 - Morgen – S.1ff

Der Telegrammwechsel zwischen dem Zaren und dem Kaiser.

Das Weißbuch der deutschen Regierung.

Wie wir angekündigt haben, hat das Auswärtige Amt für den Reichstag ein Weißbuch zusammengestellt, in dem die wichtigsten Dokumente aus der Vorgeschichte des Krieges vereinigt sind. Wir teilen den Wortlaut dieses Weißbuches hier mit und beginnen mit dem Telegrammwechsel zwischen dem deutschen Kaiser und dem Zaren.

I. Der Kaiser an den Zaren.

28. Juli 10,45 p.m.

Mit der größten Beunruhigung höre ich von dem Eindruck, den Österreich-Ungarns Vorgehen gegen Serbien in Deinem Reiche hervorruft. Die skrupellose Agitation, die seit Jahren in Serbien getrieben worden ist, hat zu dem empörenden Verbrechen geführt, dessen Opfer Erzherzog Franz Ferdinand geworden ist. Der Geist, der die Serben ihren eigenen König und seine Gemahlin morden ließ, herrscht heute noch in jenem Lande. Zweifellos wirst Du mit mir darin übereinstimmen, daß wir beide, Du und ich sowohl, als alle Souveräne ein gemeinsames Interesse daran haben, darauf zu bestehen, daß alle diejenigen, die für den abscheulichen Mord moralisch verantwortlich sind, ihre verdiente Strafe erleiden.

Andererseits übersehe ich keineswegs, wie schwierig es für Dich und Deine Regierung ist, den Strömungen der öffentlichen Meinung entgegenzutreten. Eingedenk der herzlichen Freundschaft, die uns beide seit langer Zeit mit festem Band verbindet, setze ich daher meinen ganzen Einfluß ein, um Österreich-Ungarn dazu zu bestimmen, eine offene und befriedigende Verständigung mit Rußland anzustreben. Ich hoffe zuversichtlich, daß Du mich in meinen Bemühungen, alle Schwierigkeiten, die noch entstehen können, zu beseitigen, unterstützen wirst.

Dein sehr aufrichtiger und ergebener Freund und Vetter
gez. Wilhelm.

II. Der Zar an den Kaiser.

Peterhof, Palais, 29. Juli 1 p.m.

Ich bin erfreut, daß du zurück in Deutschland bist. In diesem so ernsten Augenblick bitte ich Dich inständig mir zu helfen. Ein schmählicher Krieg ist an ein schwaches Land erklärt worden; die Entrüstung hierüber, die ich völlig teile, ist in Rußland ungeheuer. Ich setze voraus, daß ich sehr bald dem Druck, der auf mich ausgeübt wird, nicht mehr widerstehen können und gezwungen sein werde, Maßregeln zu ergreifen, die zum Kriege führen werden. Um einem Unglück, wie es ein europäischer Krieg sein würde, vorzubeugen, bitte ich Dich im Namen unserer alten Freundschaft, alles Dir mögliche zu tun, um Deinen Bundesgenossen davon zurückzuhalten, zu weit zu gehen.

gez. Nikolaus.

III. Der Kaiser an den Zaren.

29. Juli, 6,30 p.m.

Ich habe Dein Telegramm erhalten und teile Deinen Wunsch nach Erhaltung des Friedens. Jedoch kann ich – wie ich Dir in meinem ersten Telegramm sagte – Österreich-Ungarns Vorgehen nicht als „schmählichen Krieg“ betrachten. Österreich-Ungarn weiß aus Erfahrung, daß Serbiens Versprechungen, wenn sie nur auf dem Papier stehen, gänzlich unzuverlässig sind. Meiner Ansicht nach ist Österreich-Ungarns Vorgehen als ein Versuch zu betrachten, volle Garantie dafür zu erhalten, daß Serbiens Versprechungen auch wirklich in die Tat umgesetzt werden. In dieser Hinsicht werde ich bestärkt durch die Erklärung des österreichischen Kabinetts, daß Österreich-Ungarn keine territorialen Eroberungen auf Kosten Serbiens beabsichtige. Ich meine daher, daß es für Rußland durchaus möglich ist, dem österreichisch-serbischen Krieg gegenüber in der Rolle des Zuschauers zu verharren, ohne Europa in den schrecklichsten Krieg hineinzuziehen, den es jemals erlebt hat. Ich glaube, daß eine direkte Verständigung zwischen Deiner Regierung und Wien möglich und wünschenswert ist, eine Verständigung, die – wie ich Dir schon telegraphierte – meine Regierung mit allen Kräften zu fördern bemüht ist. Natürlich werden militärische Maßnahmen Rußlands, welche Österreich-Ungarn als Drohung auffassen könnte, ein Unglück beschleunigen, das wir beide zu vermeiden wünschen, und würden auch meine Stellung als Vermittler, die ich – auf Deinen Appell an meine Freundschaft und Hilfe – bereitwillig angenommen habe, untergraben.

gez. Wilhelm

IV. Der Kaiser an den Zaren.

30. Juli, 1. a.m.

Mein Botschafter ist angewiesen, Deine Regierung auf die Gefahren und schweren Konsequenzen einer Mobilisation hinzuweisen, das gleiche habe ich Dir in meinem letzten Telegramm gesagt. Österreich-Ungarn hat nur gegen Serbien mobilisiert, und zwar nur einen Teil seiner Armee. Wenn Rußland, wie es jetzt nach Deiner und Deiner Regierung Mitteilung der Fall ist, gegen Österreich-Ungarn mobil macht, so wird die Vermittlerrolle, mit der Du mich in freundschaftlicher Weise betraustest, und die ich auf Deine ausdrückliche Bitte angenommen habe, gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht. Die ganze Schwere der Entscheidung ruht jetzt auf Deinen Schultern, sie haben die Verantwortung für Krieg und Frieden zu tragen.

gez. Wilhelm.

V. Der Zar an den Kaiser.

Peterhof, den 30. Juli 1914, 1h 20 p. m.

Ich danke Dir von Herzen für Deine rasche Antwort. Ich entsende heute abend Tatischew mit Instruktion. Die jetzt in Kraft tretenden militärischen Maßnahmen sind schon vor 5 Tagen beschlossen worden, und zwar aus Gründen der Verteidigung gegen die Vorbereitungen Österreichs. Ich hoffe von ganzem Herzen, daß diese Maßnahmen in keiner Weise Deine Stellung als Vermittler beeinflussen werden, die ich sehr hoch anschlage. Wir brauchen Deinen starken Druck auf Österreich, damit es zu einer Verständigung mit uns kommt.

gez. Nikolaus

Wir lassen nun den Wortlaut des Weißbuchs folgen:

„Am 28. Juni d.J. ist der österreichisch-ungarische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin, die Herzogin Hohenberg, durch Revolverschüsse des Mitglieds einer serbischen Verschwörerbande niedergestreckt worden. Die Untersuchung des Verbrechens durch die österreichisch-ungarischen Behörden hat ergeben, daß das Komplott gegen das Leben des Erzherzog-Thronfolgers in Belgrad unter Mitwirkung amtlicher serbischer Personen vorbereitet und gefördert, mit Waffen aus den staatlichen serbischen Depots ausgeführt wurde. Dies Verbrechen mußte der ganzen zivilisierten Welt die Augen öffnen, nicht nur über die gegen den Bestand und die Integrität der österreichisch-ungarischen Monarchie gerichteten Ziele der serbischen Politik, sondern auch über die verbrecherischen Mittel, die die großserbische Propaganda in Serbien zur Erreichung dieser Ziele anzuwenden sich nicht scheute. Das Endziel dieser Politik war die allmähliche Revolutionierung und schließliche Lostrennung der südöstlichen Gebietsteile der österreichisch-ungarischen Monarchie und ihre Vereinigung mit Serbien. An dieser Richtung der serbischen Politik haben die wiederholten und feierlichen Erklärungen, in denen Serbien Österreich-Ungarn gegenüber die Abkehr von dieser Politik und die Pflege gutnachbarlicher Beziehungen gelobt hat, nicht das geringste geändert.

Zum dritten Male im Laufe der letzten sechs Jahre führt Serbien auf diese Weise Europa an den Rand eines Weltkrieges. Es konnte dies nur tun, weil es sich bei seinen Bestrebungen durch Rußland gestützt glaubte. Die russische Politik war bald nach den durch die türkische Revolution herbeigeführten Ereignissen des Jahres 1908 daran gegangen, einen gegen den Bestand der Türkei gerichteten Bund der Balkanstaaten unter seinem Patronat zu begründen. Dieser Balkanbund, dem es im Jahre 1913 gelang, die Türkei siegreich aus dem größten Teil ihrer europäischen Besitzungen zu verdrängen, brach über der Frage der Beuteverteilung in sich zusammen. Die russische Politik ließ sich durch diesen Mißerfolg nicht abschrecken. In der Idee der russischen Staatsmänner sollte ein neuer Balkanbund unter russischem Patronat entstehen, dessen Spitze sich nicht mehr gegen die aus dem Balkan verdrängte Türkei, sondern gegen den Bestand der österreichisch-ungarischen Monarchie richtete. Die Idee war, daß Serbien gegen die auf Kosten der Donaumonarchie gehende Einverleibung Bosniens und der Herzegowina der im letzten Balkankrieg erworbenen Teile Mazedoniens an Bulgarien abtreten sollte. Zu diesem Behufe sollte Bulgarien durch Isolierung mürbe gemacht, Rumänien durch eine mit Hilfe Frankreichs unternommene Propaganda an Rußland gekettet, Serbien auf Bosnien und die Herzegowina gewiesen werden.

Unter diesen Umständen mußte Österreich sich sagen, daß es weder mit der Würde noch mit der Selbsterhaltung der Monarchie vereinbar wäre, dem Treiben jenseits der Grenze noch länger tatenlos zuzusehen. Die k. und k. Regierung benachrichtigte uns von dieser Auffassung und erbat unsere Ansicht. Aus vollem Herzen konnten wir unserem Bundesgenossen unser Einverständnis mit seiner Einschätzung der Sachlage geben und ihm versichern, daß eine Aktion, die er für notwendig hielt, um der gegen den Bestand der Monarchie gerichteten Bewegung in Serbien ein Ende zu machen, unsere Billigung finden würde. Wir waren uns hierbei wohl bewußt, daß ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien Rußland auf den Plan bringen und uns hiermit unserer Bundespflicht entsprechend in einen Krieg verwickeln

könnte. Wir konnten aber in der Erkenntnis der vitalen Interessen Österreich-Ungarns, die auf dem Spiele standen, unserem Bundesgenossen weder zu einer mit seiner Würde nicht zu vereinbarenden Nachgiebigkeit raten noch auch ihm unseren Beistand in diesen schweren Momenten versagen. Wir konnten dies um so weniger, als auch unsere Interessen durch die andauernde serbische Wühlarbeit auf das empfindlichste bedroht waren. Wenn es den Serben mit Rußlands und Frankreichs Hilfe noch länger gestattet geblieben wäre, den Bestand der Nachbarmonarchie zu gefährden, so würde dies den allmählichen Zusammenbruch Österreichs und eine Unterwerfung des gesamten Slawentums unter russischem Zepter zur Folge haben, wodurch die Stellung der germanischen Rasse in Mitteleuropa unhaltbar würde. Ein moralisch geschwächtes, durch das Vordringen des russischen Panslawismus zusammenbrechendes Österreich wäre für uns kein Bundesgenosse mehr, mit dem wir rechnen könnten, und auf den wir uns verlassen könnten, wie wir es angesichts der immer drohender werdenden Haltung unserer östlichen und westlichen Nachbarn müssen. Wir ließen daher Österreich völlig freie Hand in seiner Aktion gegen Serbien. Wir haben an den Vorbereitungen dazu nicht teilgenommen.

Österreich wählte den Weg, in einer Note der serbischen Regierung ausführlich den durch die Untersuchung des Mordes von Sarajewo festgestellten unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Morde und der von der serbischen Regierung nicht nur geduldeten, sondern unterstützten großserbischen Bewegung darzulegen und von ihr eine vollständige Abstellung dieses Treibens sowie Bestrafung der Schuldigen zu fordern. Gleichzeitig verlangte Österreich-Ungarn als Garantie für die Durchführung des Verfahrens Teilnahme seiner Organe an der Untersuchung auf serbischem Gebiet und definitive Auflösung der gegen Österreich-Ungarn wühlenden großserbischen Vereine. Die k. und k. Regierung stellte eine Frist von 48 Stunden zur bedingungslosen Annahme ihrer Forderungen.

Die serbische Regierung hat einen Tag nach Überreichung der österreich-ungarischen Note die Mobilisation begonnen.

Als nach Ablauf der Frist die serbische Regierung eine Antwort erteilte, die zwar in einigen Punkten die Wünsche Österreich-Ungarns erfüllte, im wesentlichen aber deutlich das Bestreben erkennen ließ, durch Verschleppung und neue Verhandlungen sich den gerechten Forderungen der Monarchie zu entziehen, brach diese die diplomatischen Beziehungen zu Serbien ab, ohne sich auf weitere Verhandlungen einzulassen oder sich von serbischen Versicherungen hinhalten zu lassen, deren Wert es genügsam – zu seinem Schaden – kennt.

Von diesem Augenblick an befand sich Österreich tatsächlich im Kriegszustand mit Serbien, den es dann durch die offizielle Kriegserklärung vom 28. dieses Monats öffentlich proklamierte.

Vom ersten Anfang des Konflikts an haben wir auf dem Standpunkt gestanden, daß es sich hierbei um eine Angelegenheit Österreichs handelte, die es allein mit Serbien zum Austrag zu bringen haben würde. Wir haben daher unser ganzes Bestreben darauf gerichtet, den Krieg zu lokalisieren und die anderen Mächte davon zu überzeugen, daß Österreich-Ungarn in berechtigter Notwehr und durch die Verhältnisse gezwungen, sich zum Appell an die Waffen habe entschließen müssen. Wir haben nachdrücklich den Standpunkt vertreten, daß kein Kulturstaat das Recht habe, in diesem Kampf gegen Unkultur und politische Verbrechermoral Österreich in den Arm zu fallen und die Serben ihrer gerechten Strafe zu entziehen. In diesem Sinne haben wir unsere Vertreter im Ausland instruiert.

Gleichzeitig teilte die österreichisch-ungarische Regierung der russischen mit, daß der von ihr bei Serbien unternommene Schritt lediglich eine defensive Maßregel gegenüber den serbischen Wühlereien zum Ziele habe, daß aber Österreich-Ungarn notgedrungen Garantien für ein weiteres freundschaftliches Verhalten Serbiens der Monarchie gegenüber verlange. Es liege Österreich-Ungarn gänzlich fern, etwa eine Verschiebung der Machtverhältnisse auf dem Balkan herbeizuführen. Auf unsere Erklärung, daß die deutsche Regierung die Lokalisierung des Konflikts wünsche und erstrebe, wurde sowohl von der französischen als der englischen Regierung eine Wirkung in dem gleichen Sinne zugesagt. Diesen Bestrebungen gelang es indessen nicht, eine Einmischung Rußlands in die österreichisch-serbische Auseinandersetzung zu verhindern.

Die russische Regierung erließ am 24. Juli ein amtliches Communiqué, wonach Rußland unmöglich in dem serbisch-österreichischen Konflikt indifferent bleiben könnte. Das gleiche erklärte der russische Minister des Auswärtigen, Herr Sasonow, dem kaiserlichen Botschafter Grafen Pourtales. Am Nachmittag des 26. Juli ließ die k. und k. Regierung abermals durch ihren Botschafter in St. Petersburg erklären, daß Österreich-Ungarn keinerlei Eroberungspläne habe und nur endlich an seinen Grenzen Ruhe haben wolle. Im Laufe des gleichen Tages gelangten indes bereits die ersten Meldungen über russische Mobilmachungen nach Berlin. Noch am 26. abends wurden die kaiserlichen Botschafter in London, Paris und Petersburg angewiesen, bei den Regierungen Englands, Frankreichs und Rußlands energisch auf die Gefahr dieser russischen Mobilisierung hinzuweisen. Nachdem Österreich-Ungarn Rußland offiziell erklärt habe, daß es keinen territorialen Gewinn in Serbien

anstrebe, liege die Entscheidung über den Weltfrieden ausschließlich in Petersburg. Noch am gleichen Tage wurde der kaiserliche Botschafter in St. Petersburg angewiesen, der russischen Regierung zu erklären:

Vorbereitende militärische Maßnahmen Rußlands werden uns zu Gegenmaßnahmen zwingen, die in der Mobilisierung der Armee bestehen müssen. Die Mobilisierung aber bedeutet den Krieg. Da uns Frankreichs Verpflichtungen gegenüber Rußland bekannt sind, würde diese Mobilisierung gegen Rußland und Frankreich zugleich gerichtet sein. Wir können nicht annehmen, daß Rußland einen solchen europäischen Krieg entfesseln will. Da Österreich-Ungarn den Bestand des serbischen Königreichs nicht antasten will, sind wir der Ansicht, daß Rußland eine abwartende Stellung einnehmen kann. Der Wunsch Rußlands, den Bestand des serbischen Königreichs nicht in Frage stellen zu lassen, werden wir umso eher unterstützen können, als Österreich-Ungarn diesen Bestand gar nicht in Frage stellt. Es wird leicht sein, im weiteren Verlauf der Angelegenheit die Basis einer Verständigung zu finden.

Am 27. Juli erklärte der russische Kriegsminister Suchomlinow dem deutschen Militärattache ehrenwörtlich, daß noch keine Mobilmachungsorder ergangen sei. Es würden lediglich Vorbereitungsmaßnahmen getroffen, kein Pferd ausgehoben, kein Reservist eingezogen. Wenn Österreich-Ungarn die serbische Grenze überschreite, würden die auf Österreich gerichteten Militärbezirke Kiew, Odessa, Moskau, Kasan mobilisiert. Unter keinen Umständen die an der deutschen Front liegenden Petersburg, Wilna und Warschau. Auf die Frage des Militärattachés, zu welchem Zweck die Mobilmachung gegen Österreich-Ungarn erfolge, antwortete der russische Kriegsminister mit Achselzucken und dem Hinweis auf die Diplomaten. Der Militärattache bezeichnete die Mobilmachungsmaßnahmen gegen Österreich-Ungarn als auch für Deutschland höchst bedrohlich. In den darauf folgenden Tagen folgten sich Nachrichten über russische Mobilisierungen in schnellem Tempo. Unter diesen waren auch Nachrichten über Vorbereitungen an der deutschen Grenze, so die Verhängung des Kriegszustandes über Kowno und der Abmarsch der Warschauer Garnison, Verstärkung der Garnison Alexandrowo. Am 27. Juli trafen die ersten Meldungen über vorbereitende Maßnahmen auch Frankreichs ein. Das 14. Korps brach die Manöver ab und kehrte in die Garnison zurück.

Inzwischen sind wir bemüht geblieben, durch nachdrücklichste Einwirkung auf die Kabinette eine Lokalisierung des Konflikts durchzusetzen.

Am 26. hatte Sir Edward Grey den Vorschlag gemacht, die Differenzen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien einer unter seinem Vorsitz tagenden Konferenz der Botschafter Deutschlands, Frankreichs und Italiens zu unterbreiten. Zu diesem Vorschlag haben wir erklärt, wir könnten uns, so sehr wir seine Tendenz billigten, an einer derartigen Konferenz nicht beteiligen, da wir Österreich in seiner Auseinandersetzung mit Serbien nicht vor ein europäisches Gericht zitieren könnten.

Frankreich hat dem Vorschlag Sir Edward Greys zugestimmt, er ist jedoch schließlich daran gescheitert, daß Österreich sich ihm gegenüber, wie vorauszusehen, ablehnend verhielt.

Getreu unserem Grundsatz, daß eine Vermittlungsaktion sich nicht auf den lediglich eine österreichisch-ungarische Angelegenheit darstellenden österreichisch-serbischen Konflikt, sondern nur auf das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Rußland beziehen könnte, haben wir unsere Bemühungen fortgesetzt, eine Verständigung zwischen diesen beiden Mächten herbeizuführen. Wir haben uns aber auch bereitgefunden, nach Ablehnung der Konferenzidee einen weiteren Vorschlag Sir Edward Greys nach Wien zu übermitteln, indem er anregt, Österreich-Ungarn möchte sich entschließen, entweder die serbische Antwort als genügend zu betrachten, oder aber als Grundlage für weitere Besprechungen. Die österreichisch-ungarische Regierung hat unter voller Würdigung unserer vermittelnden Tätigkeit zu diesem Vorschlag bemerkt, daß er nach Eröffnung der Feindseligkeiten zu spät komme.

Trotzdem haben wir unsere Vermittlungsversuche bis zum Äußersten fortgesetzt und haben in Wien geraten, jedes mit der Würde der Monarchie vereinbare Entgegenkommen zu zeigen. Leider sind alle diese Vermittlungsaktionen von den militärischen Vorbereitungen Rußlands und Frankreichs überholt worden. Am 29. Juli hat die russische Regierung in Berlin amtlich mitgeteilt, daß sie vier Armeebezirke mobilisiert habe. Gleichzeitig trafen weitere Meldungen über schnell fortschreitende militärische Vorbereitungen Frankreichs zu Wasser und zu Lande ein. An demselben Tage hatte der kaiserliche Botschafter in Petersburg eine Unterredung mit dem russischen Minister des Auswärtigen, über die er telegraphisch das Folgende berichtete:

„Der Minister versuchte mich zu überreden, daß ich bei meiner Regierung die Teilnahme an einer Konversation zu vieren befürworten sollte, um Mittel ausfindig zu machen, auf freundschaftlichem Wege Österreich-Ungarn zu bewegen, diejenigen Forderungen aufzugeben, die die Souveränität Serbiens antasten. Ich habe, nachdem ich lediglich die Wiedergabe der Unterredung zusagte, mich auf den Standpunkt gestellt, daß wir, nachdem Rußland sich zu dem verhängnisvollen Schritte der Mobilmachung entschlossen habe, jeder Gedankenaustausch hierüber sehr schwierig, wenn nicht unmöglich erscheine. Was Rußland ja von uns Österreich-Ungarn gegenüber verlange, sei daßelbe, was Österreich-Ungarn Serbien gegenüber vorgeworfen

werde, einen Eingriff in Souveränitätsrechte. Österreich-Ungarn habe versprochen, durch Erklärung seines territorialen Desinteresses Rücksicht auf russische Interessen zu nehmen, ein großes Zugeständnis seitens eines kriegführenden Staates. Man sollte deshalb die Doppelmonarchie ihre Angelegenheit mit Serbien allein regeln lassen. Es werde beim Friedensschluß immer noch Zeit sein, auf Schonung der serbischen Souveränität zurückzukommen.

Sehr ernst habe ich hinzugefügt, daß augenblicklich die ganze austroserbische Angelegenheit der Gefahr einer europäischen Konflagration gegenüber in den Hintergrund trete, und habe mir alle Mühe gegeben, dem Minister die Größe dieser Gefahr vor Augen zu führen.

Es war nicht möglich, Sasonow von den Gedanken abzubringen, daß Serbien von Rußland jetzt nicht im Stich gelassen werden dürfe.“

Ebenfalls am 29. berichtete der Militärattache in Petersburg telegraphisch über eine Unterredung mit dem Generalstabschef der russischen Armee:

„Der Generalstabschef hat mich zu sich bitten lassen und mir eröffnet, daß von Seiner Majestät soeben komme. Er sei vom Kriegsminister beauftragt worden, mir nochmals zu bestätigen, es sei alles so geblieben, wie es mir vor zwei Tagen der Minister mitgeteilt habe. Er bot mir schriftliche Bestätigung an und gab mir sein Ehrenwort in feierlichster Form, daß nirgends eine Mobilmachung, das heißt Einziehung eines einzigen Mannes oder Pferdes bis zur Stunde, 3 Uhr nachmittags, erfolgt sei. Er könne sich dafür für die Zukunft nicht verbürgen, aber wohl nachdrücklichst bestätigen, daß in den Fronten, die auf unsere Grenzen gerichtet seien, von seiner Majestät keine Mobilisierung gewünscht würde. Es sind aber hier über erfolgte Einziehung von Reservisten in verschiedenen Teilen des Reichs, auch in Warschau und in Wilna, vielfache Nachrichten eingegangen. Ich habe deshalb dem General vorgehalten, daß ich durch die mir von ihm gemachten Eröffnungen vor ein Rätsel gestellt sei. Als Offiziersparole erwiderte er mir jedoch, daß solche Nachrichten unrichtig seien, es möge hie und da allenfalls ein falscher Alarm vorliegen.

Ich muß das Gespräch in Anbetracht der positiven, zahlreichen, über erfolgte Einziehungen vorliegenden Nachrichten als einen Versuch betrachten, uns über den Umfang der bisherigen Maßnahmen irrezuführen.“

Da die russische Regierung auf die verschiedenen Anfragen über die Gründe ihrer drohenden Haltung des öfteren darauf hinwies, daß Österreich-Ungarn noch keine Konversation in Petersburg begonnen habe, erhielt der österreichisch-ungarische Botschafter aus Petersburg am 29. Juli auf unsere Anregung die Weisung, mit Herrn Sasonow die Konversation zu beginnen. Graf Szapary ist ermächtigt worden, die durch den Beginn des Kriegszustandes allerdings überholte Note an Serbien dem russischen Minister gegenüber zu erläutern und jede Anregung entgegenzunehmen, die von russischer Seite aus noch weiter erfolgen sollte, sowie mit Sasonow alle direkt die österreichisch-russischen Beziehungen tangierenden Fragen zu besprechen.

Schulter an Schulter mit England haben wir unausgesetzt an der Vermittlungsaktion fortgearbeitet und jeden Vorschlag in Wien unterstützt, von dem wir die Möglichkeit einer friedlichen Lösung des Konflikts erhoffen zu können glaubten. Wir haben noch am Abend einen englischen Vorschlag nach Wien weitergegeben, der als Basis der Verhandlungen aufstellte, Österreich-Ungarn solle nach erfolgtem Einmarsch in Serbien dort seine Bedingungen diktieren. Wir mußten annehmen, daß Rußland diese Basis akzeptieren würde.

Während in der Zeit vom 29. bis 31. Juli diese unsere Bemühungen um Vermittlung, von der englischen Diplomatie unterstützt, mit steigender Dringlichkeit fortgeführt wurden, kamen immer erneute und sich häufende Meldungen über russische Mobilisierungsmaßnahmen. Truppenansammlungen an der ostpreußischen Grenze, die Verhängung des Kriegszustandes über sämtliche wichtige Plätze der russischen Westgrenze ließen keinen Zweifel mehr daran, daß die russische Mobilisierung auch gegen uns in vollem Gange war, während gleichzeitig unserem Vertreter in Petersburg alle derartigen Maßregeln erneut ehrenwörtlich abgeleugnet wurden. Noch ehe die Wiener Antwort auf den letzten englisch-deutschen Vermittlungsvorschlag, dessen Tendenz und Grundlage in Petersburg bekannt gewesen sein mußte, in Berlin eintreffen konnte, ordnete Rußland die allgemeine Mobilmachung an. In den gleichen Tagen fand zwischen Seiner Majestät dem Kaiser und König und dem Zaren Nikolaus ein Telegrammwechsel statt, in dem Seine Majestät den Zaren auf den drohenden Charakter der russischen Mobilmachung und die Fortdauer seiner eigenen vermittelnden Tätigkeit aufmerksam machte.

★

★

★

Am 31. Juli richtete

der Zar an Seine Majestät den Kaiser

folgendes Telegramm:

„Ich danke Dir von Herzen für Deine Vermittlung, die eine Hoffnung aufleuchten läßt, daß doch nicht alles friedliche enden könnte. Es ist technisch unmöglich, unsere militärischen Vorbereitungen einzustellen, die durch Österreichs Mobilisierung notwendig geworden sind. Wir sind weit davon entfernt, einen Krieg zu wünschen. Solange wie die Verhandlungen mit Österreich über Serbien andauern, werden meine Truppen keine herausfordernde Aktion unternehmen. Ich gebe Dir mein feierliches Wort darauf. Ich vertraue mit aller Kraft auf Gottes Gnade und hoffe auf den Erfolg Deiner Vermittlung in Wien für die Wohlfahrt unserer Länder und den Frieden Europas.

Dein Dir herzlich ergebener Nikolaus.“

Hierauf

erwidert Seine Majestät der Kaiser:

„Auf Deinen Appell an Meine Freundschaft und Deine Bitte um Meine Hilfe habe ich eine Vermittlungsaktion zwischen Deiner und der österreichisch-ungarischen Regierung aufgenommen. Während diese Aktion im Gange war, sind Deine Truppen gegen das mir verbündete Österreich-Ungarn mobilisiert worden, wodurch, wie ich Dir schon mitgeteilt habe, meine Vermittlung beinahe illusorisch gemacht worden ist. Trotzdem habe ich sie fortgesetzt. Nunmehr erhalte ich zuverlässige Nachrichten über ernste Kriegsvorbereitungen auch an meiner östlichen Grenze. Die Verantwortung für die Sicherheit meines Reiches zwingt mich zu defensiven Gegenmaßnahmen. Ich bin mit meinen Bemühungen um die Erhaltung des Weltfriedens bis an die äußerste Grenze des möglichen gegangen. Nicht ich trage die Verantwortung für das Unheil, das jetzt der ganzen zivilisierten Welt droht. Noch in diesem Augenblick liegt es in Deiner Hand, es abzuwenden. Niemand bedroht die Ehre und Macht Rußlands, das wohl auf den Erfolg meiner Vermittlung hätte warten können. Die mir von meinem Großvater auf dem Totenbette überkommene Freundschaft für Dich und Dein Reich ist mir immer heilig gewesen, und ich habe treu zu Rußland gestanden, wenn es in schwerer Bedrängnis war, besonders in seinem letzten Kriege. Der Friede Europas kann von Dir noch jetzt erhalten werden, wenn Rußland sich entschließt, die militärischen Maßnahmen einzustellen, die Deutschland und Österreich-Ungarn bedrohen.“

Noch ehe dies Telegramm seine Bestimmung erreichte, war die bereits am Vormittag desselben Tages angeordnete, offensichtlich gegen uns gerichtete Mobilisierung der gesamten russischen Streitkräfte in vollem Gange. Das Telegramm des Zaren aber war um 2 Uhr nachmittags aufgegeben.

Nach Bekanntwerden der russischen Gesamtmobilisation in Berlin erhielt am Nachmittag des 31. Juli der kaiserliche Botschafter in Petersburg den Befehl, der russischen Regierung zu eröffnen, Deutschland habe als Gegenmaßregel gegen die allgemeine Mobilisierung der russischen Armee und Flotte den Kriegszustand verkündet, dem die Mobilisation folgen müsse, wenn Rußland nicht binnen 12 Stunden seine militärischen Maßnahmen gegen Deutschland und Österreich-Ungarn einstelle und Deutschland davon in Kenntnis setze.

Gleichzeitig wurde der kaiserliche Botschafter in Paris angewiesen, von der französischen Regierung binnen 18 Stunden eine Erklärung zu verlangen, ob sie in einem russisch-deutschen Kriege neutral bleiben wolle.

Die russische Regierung hat durch ihre die Sicherheit des Reichs gefährdende Mobilmachung die mühsame Vermittlungsarbeit der europäischen Staatskanzleien kurz vor dem Erfolge zerschlagen. Die Mobilisierungsmaßnahmen, über deren Ernst der russischen Regierung von Anfang an keine Zweifel gelassen wurden, in Verbindung mit ihrer fortgesetzten Ablehnung zeigen klar, daß Rußland den Krieg wollte.

Der kaiserliche Botschafter in Petersburg hat die ihm aufgetragene Mitteilung an Herrn Sasonow am 31. Juli um 12 Uhr nachts gemacht.

Nachdem die Rußland gestellte Frist verstrichen war, ohne daß eine Antwort auf unsere Anfrage eingegangen wäre, hat seine Majestät der Kaiser und König am 1. August um 5 Uhr p.m. die Mobilmachung des gesamten deutschen Heeres und der kaiserlichen Marine befohlen. Der kaiserliche Botschafter in Petersburg hatte inzwischen den Auftrag erhalten, falls die russische Regierung innerhalb der ihr gestellten Frist keine befriedigende Antwort erteilen würde, ihr mitzuteilen, daß wir uns im Kriegszustand mit Rußland befindlich erachten. Ehe jedoch eine Meldung über die Ausführung dieses Auftrages einlief, überschritten russische Truppen, und zwar schon am Nachmittag des 1. August, unsere Grenzen und rückten auf deutschem Gebiet vor.

Hiermit hat Rußland den Krieg gegen uns begonnen.

Inzwischen hat der kaiserliche Botschafter in Paris die ihm befohlene Anfrage an das französische Kabinett am 31. Juli um 7 Uhr nachmittags gestellt.

Der französische Ministerpräsident hat darauf am 1. August um 1 Uhr nachmittags eine zweideutige und unbefriedigende Antwort erteilt, die über die Stellungnahme Frankreichs kein klares Bild gibt, da sie sich darauf beschränkte, zu erklären, Frankreich würde das tun, was seine Interessen ihm geböten. Wenige Stunden darauf, um 5 Uhr nachmittags, wurde die Mobilisierung der gesamten französischen Armee und Flotte angeordnet.

Am Morgen des nächsten Tages eröffnete Frankreich die Feindseligkeiten.

Abgeschlossen am 2. August mittags.

Telegramme zwischen den Botschaftern und dem Reichskanzler vom 24. Juli bis 1. August 1914

Telegramm des deutschen Botschafters in Petersburg an den Reichskanzler vom 24. Juli 1914.

Den Inhalt des Erlasses 592 habe ich soeben in einer langen Unterredung mit Sasonow eingehend verwertet. Der Minister erging sich gegen Österreich-Ungarn in maßlosen Anklagen und war sehr erregt. Auf das bestimmteste erklärte er: daß die serbisch-österreichische Differenz zwischen den Beteiligten allein ausgetragen werde, könne Rußland unmöglich zulassen.

Telegramm des deutschen Botschafters in Petersburg an den Reichskanzler vom 25. Juli 1914.

Meldung für S.M. von General Chelius. Im Krasnoelager wurden heute die Truppenübungen plötzlich abgebrochen, und die Regimenter kehren in ihre Garnisonen sofort zurück. Die Manöver sind abgesagt worden. Die Kriegsschüler wurden heute statt im Herbst zu Offizieren befördert. Über das Vorgehen Österreichs herrscht im Hauptquartier große Aufregung. Ich habe den Eindruck, daß alle Vorbereitungen für die Mobilmachung gegen Österreich getroffen werden.

Der deutsche Botschafter in Petersburg an den Reichskanzler. Telegramm vom 26. Juli 1914.

Der österreichisch-ungarische Botschafter hatte heute nachmittag eine längere Unterredung mit Sasonow. Beide Beteiligte hatten, wie sie mit nachher sagten, einen befriedigenden Eindruck. Die Versicherung des Botschafters, daß Österreich-Ungarn keine Eroberungspläne habe und nun endlich an seinen Grenzen Ruhe halten wolle, hat den Minister sichtlich beunruhigt.

Telegramm des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in London.

Dringend.

26. Juli 1914

Österreich-Ungarn hat in Petersburg offiziell und feierlich erklärt, daß es keinen territorialen Gewinn in Serbien beabsichtigt, den Bestand des Königreichs nicht antasten, sondern nur Ruhe schaffen wolle. Nach hier eingegangenen Nachrichten steht in Rußland Einberufung mehrerer Reservistenjahrgänge unmittelbar bevor, was einer Mobilisierung auch gegen uns gleichkommen würde. Wenn sich dies Nachrichten bewahrheiten, so werden wir gegen unseren Wunsch zu Gegenmaßnahmen gezwungen. Auch heute noch geht unser Streben dahin, den Konflikt zu lokalisieren und den europäischen Frieden zu erhalten. wir bitten daher in diesem Sinne in Petersburg mit allem Nachdruck zu wirken.

Telegramm des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Paris vom 26. Juli 1914.

Nachdem Österreich-Ungarn offiziell erklärt hat, daß es keinen territorialen Gewinn beabsichtige, den Bestand des Königreichs nicht antasten wolle, liegt die Entscheidung, ob ein europäischer Krieg entstehen soll, nur bei Rußland, das die gesamte Verantwortung zu tragen hat. Wir vertrauen auf Frankreich, mit dem wir uns in dem Wunsche um die Erhaltung des europäischen Friedens eins wissen, daß es in Petersburg seinen Einfluß in beruhigendem Sinne geltend machen wird.

Telegramm des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in London vom 27. Juli 1914.

Wir haben die Vermittlungsaktion in Wien dem von Sir Edward Grey gewünschten Sinne sofort eingeleitet. Unterdies haben wir Graf Berchtold auch den Wunsch des Herrn Sasonow auf direkte Aussprache mit Wien mitgeteilt.

Telegramm des deutschen Konsularverwesers in Kowno an den Reichskanzler vom 27. Juli 1914.

In Kowno Kriegszustand erklärt.

Telegramm des deutschen Gesandte in Bern an den Reichskanzler vom 27. Juli 1914.

Erfahre zuverlässig, daß französisches 14. Korps Manöver abbrach.

Telegramm des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Petersburg vom 28. Juli 1914.

Wir bemühen uns unausgesetzt, Wien zu veranlassen, in Petersburg Zweck und Umfang des österreichischen Vorgehens in Serbien in einer unanfechtbaren und hoffentlich Rußland befriedigenden Weise klarzulegen. Hieran ändert auch die inzwischen erfolgte Kriegserklärung nichts.

Telegramm des deutschen Botschafters in Wien an den Reichskanzler vom 28. Juli 1914.

Graf Berchtold bittet mich, Euerer Exzellenz seinen verbindlichen Dank für Mitteilung des englischen Vermittlungsvorschlages zu sagen. Er bemerkt jedoch dazu, daß nach der Eröffnung der Feindseligkeiten seitens Serbiens und nach der inzwischen erfolgten Kriegserklärung er den Schritt Englands als verspätet ansehen müsse.

Der Reichskanzler an die Bundesregierungen.

Vertraulich!

Berlin, den 28. Juli 1914.

Euer pp. wollen der Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, folgende Mitteilung machen:

Angesichts der Tatsachen, die die österreichisch-ungarische Regierung in der Note an die serbische Regierung bekanntgegeben hat, müssen die letzten Zweifel darüber schwinden, daß das Attentat, dem der österreichisch-ungarische Thronfolger und seine Gemahlin zum Opfer gefallen sind, in Serbien zum mindesten mit der Konnivenz von Angehörigen der serbischen Regierung und Armee vorbereitet worden ist. Es ist ein Produkt der großserbischen Bestrebungen, die seit einer Reihe von Jahren eine Quelle dauernder Beunruhigungen für die österreichisch-ungarische Monarchie und für ganz Europa geworden sind.

In besonders markanter Form trat der großserbische Chauvinismus während der bosnischen Krisis in die Erscheinung. Nur der weitgehenden Selbstbeherrschung und Mäßigung der österreichisch-ungarischen Regierung und dem energischen Einschreiten der Großmächte war es zuzuschreiben, wenn die Provokationen, welche Österreich-Ungarn in dieser Zeit von seiten Serbiens ausgesetzt war, nicht zum Konflikt führten. Die Zusicherung künftigen Wohlverhaltens, die die serbische Regierung damals gegeben hat, hat sie nicht eingehalten. Unter den Augen, zum mindesten unter stillschweigender Duldung des amtlichen Serbiens, hat die großserbische Propaganda inzwischen fortgesetzt an Ausdehnung und Intensität zugenommen. Es würde weder mit der Würde noch mit ihrem Recht auf Selbsterhaltung vereinbar sein, wollte die österreichisch-ungarische Regierung dem Treiben jenseits der Grenze noch länger tatenlos zusehen, durch das die Sicherheit und die Integrität ihrer Gebiete dauernd bedroht wird. Bei dieser Sachlage müssen das Vorgehen sowie die Forderungen der österreichisch-ungarischen Regierung als gerechtfertigt angesehen werden.

Die Antwort der serbischen Regierung auf die Forderungen, welche die österreichisch-ungarische Regierung am 23. d.M. durch ihren Vertreter in Belgrad hat stellen lassen, läßt indessen erkennen, daß die maßgebenden Faktoren in Serbien nicht gesonnen sind, ihre bisherige Politik und agitatorische Tätigkeit aufzugeben. Der österreichisch-ungarischen Regierung wird demnach, will sie nicht auf ihre Stellung als Großmacht endgültig Verzicht leisten, nichts anders übrig bleiben, als ihre Forderungen durch einen starken Druck und nötigenfalls unter der Ergreifung militärischer Maßnahmen durchzusetzen.

Einzelne russische Stimmen betrachten es als selbstverständliches Recht und als die Aufgabe Rußlands, in dem Konflikte zwischen Österreich-Ungarn und Serbien aktiv für Serbien Partei zu ergreifen. Für die aus einem solchen Schritte Rußlands resultierende europäische Konflagration glaubt die „Nowoje Wremja“ sogar Deutschland verantwortlich machen zu dürfen, sofern es nicht Österreich-Ungarn zum Nachgeben veranlaßt. Die russische Presse stellt hiermit die Verhältnisse auf den Kopf. Nicht Österreich-Ungarn hat den Konflikt mit Serbien hervorgerufen, sondern Serbien ist es gewesen, das durch eine skrupellose Begünstigung großserbischer Aspirationen auch in Teilen der österreichisch-ungarischen Monarchie diese selbst in ihrer

Existenz gefährdet und Zustände geschaffen hat, die schließlich in der frevelhaften Tat von Sarajewo ihren Ausdruck gefunden haben. Wenn Rußland in diesem Konflikt für Serbien eintreten zu müssen glaubt, so ist das an sich ein gutes Recht. Es muß sich aber darüber klar sein, daß es damit die serbischen Bestrebungen auf Unterhöhung der Existenzbedingungen der österreichisch-ungarischen Monarchie zu den seinigen macht, und daß es allein die Verantwortung dafür trägt, wenn aus dem österreichisch-serbischen Handel, den alle übrigen Großmächte zu lokalisieren wünschen, ein europäischer Krieg entsteht. Diese Verantwortung Rußlands liegt klar zutage und wiegt umso schwerer, als Graf Berchtold Rußland offiziell erklärt hat, es beabsichtige weder serbische Gebietsteile zu erwerben noch den Bestand des serbischen Königreichs anzutasten, sondern wolle lediglich Ruhe vor den seine Existenz gefährdenden serbischen Umtrieben haben.

Die Haltung der kaiserlichen Regierung in dieser Frage ist deutlich vorgezeichnet. Die von den Panslawisten gegen Österreich-Ungarn betriebene Agitation erstrebt in ihrem Endziel, mittels der Zertrümmerung der Donaumonarchie die Sprengung oder Schwächung des Dreibundes und in ihrer Folgewirkung eine völlige Isolierung des Deutschen Reiches. Unser eigenstes Interesse ruft uns demnach an die Seite Österreich-Ungarns. Die Pflicht, Europa wenn irgendmöglich vor einem allgemeinen Kriege zu bewahren, weist uns gleichzeitig darauf hin, diejenigen Bestrebungen zu unterstützen, die auf die Lokalisierung des Konflikts hinzielen, getreu den Richtlinien derjenigen Politik, die wir seit nunmehr 44 Jahren im Interesse der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens mit Erfolg durchgeführt haben. Sollte indes wider Erhoffen durch ein Eingreifen Rußlands der Brandherd eine Erweiterung erfahren, so würden wir getreu unserer Bundespflicht mit der ganzen Macht des Reichs die Nachbarmonarchie zu unterstützen haben. Nur gezwungen werden wir zum Schwert greifen, dann aber in dem ruhigen Bewußtsein, daß wir an dem Unheil keine Schuld tragen, das ein Krieg über Europas Völker bringen müßte.

Telegramm des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Paris vom 29. Juli 1914.

Die uns über französische Kriegsvorbereitungen zugehenden Nachrichten mehren sich von Stunde zu Stunde. Ich bitte dies bei der französischen Regierung zur Sprache zu bringen und sie eindringlichst darauf hinzuweisen, daß uns derartige Maßnahmen zu Schutzmaßnahmen zwingen würden. Wir würden Kriegsgefahr proklamieren müssen, und wenn dies auch noch keine Einberufungen und noch nicht Mobilisierung bedeute, so würde dadurch immerhin die Spannung erhöht werden. Wir hoffen fortgesetzt noch auf die Erhaltung des Friedens.

Telegramm des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Rom vom 31. Juli 1914.

Fortgesetzt ist von uns zwischen Rußland und Österreich-Ungarn sowohl durch direkten Depeschenwechsel Seiner Majestät des Kaisers mit Seiner Majestät dem Zaren als auch im Benehmen mit Sir Edward Grey vermittelt worden. Durch die Mobilisierung Rußlands sind jedoch alle unsere Bemühungen sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Trotz beruhigender Versicherungen trifft Rußland allen uns zugegangenen Nachrichten zufolge so weitgehende Maßnahmen auch gegen uns, daß die Lage immer bedrohlicher wird.

Telegramm des Militärbevollmächtigten in St.Petersburg an den Kaiser vom 30. Juli 1914.

Gestern sagte mir Fürst Troubetzki, nachdem er veranlaßt hatte, daß Euer Majestät Telegramm an Kaiser Nikolaus sofort übermittelt würde: Gottlob, daß ein Telegramm Ihres Kaisers gekommen ist. Er sagte mir nun soeben, das Telegramm hätte auf den Kaiser tiefen Eindruck gemacht, aber da die Mobilisierung gegen Österreich bereits befohlen gewesen und Sasonow Seine Majestät wohl davon überzeugt hätte, daß es nicht mehr möglich sei, zurückzuweichen, so könne Seine Majestät leider nichts mehr ändern. Ich sagte ihm darauf, die Schuld an den unabsehbaren Folgen trage die frühzeitige Mobilisierung gegen das doch nur in einen lokalen Krieg mit Serbien verwickelte Österreich-Ungarn, denn Deutschlands Antwort sei darauf wohl, und die Verantwortung fiele auf Rußland, welches Österreich-Ungarns Zusicherung, daß es territoriale Erwerbungen in Serbien in keiner Weise beabsichtige, ignoriert habe. Österreich-Ungarn habe gegen Serbien und nicht gegen Rußland mobilisiert, und zum sofortigen Eingreifen sei kein Grund für Rußland. Ich fügte des weiteren hinzu, daß man in Deutschland die Redensart Rußlands „wir können unsere Brüder in Serbien nicht im Stich lassen“ nach dem furchtbaren Verbrechen von Sarajewo nicht mehr verstehe. Ich sagte ihm schließlich, er möge, wenn Deutschlands Streitmacht mobilisiert werde, sich nicht wundern.

Telegramm des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Paris vom 31. Juli 1914. Dringend.

Rußland hat trotz unserer noch schwebenden Vermittlungsaktion und obwohl wir selbst keinerlei Mobilmachungsmaßnahmen getroffen haben, Mobilmachung seiner gesamten Armee und Flotte, also auch gegen uns verfügt. Wir haben darauf drohenden Kriegszustand erklärt, dem Mobilmachung folgen muß, falls nicht Rußland binnen 12 Stunden alle Kriegsmaßnahmen gegen uns und Österreich einstelle. Die Mobilmachung bedeutet unvermeidlich Krieg. Bitte französische Regierung fragen, ob sie in einem russisch-deutschen Kriege neutral bleiben will. Antwort muß binnen 18 Stunden erfolgen. sofort Stunde der gestellten Anfrage drahten. Größte Eile geboten.

Telegramm des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Petersburg vom 31. Juli 1914. Dringend.

Trotz noch schwebender Vermittlungsverhandlungen, und obwohl wir selbst bis zur Stunde keinerlei Mobilmachungsmaßnahmen getroffen haben, hat Rußland ganze Armee und Flotte, also auch gegen uns, mobilisiert. Durch dies russischen Maßnahmen sind wir gezwungen worden, zur Sicherung des Reichs die drohende Kriegsgefahr auszusprechen, die noch nicht Mobilisierung bedeutet. die Mobilisierung muß aber folgen., falls nicht Rußland binnen zwölf Stunden jede Kriegsmaßnahme gegen uns und Österreich-Ungarn einstellt und uns hierüber bestimmte Erklärung abgibt. Bitte dies sofort Herrn Sasonow mitteilen und Stunde der Mitteilung drahten.

Telegramm des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Petersburg vom 1. August 12.52 p.m. 1914. Dringend.

Falls die russische Regierung keine befriedigende Antwort auf unsere Forderung erteilt, so wollen Euere Exzellenz ihr heute nachmittags 5 Uhr (mitteleuropäischer Zeit) folgende Erklärung überreichen:

Le Gouvernement Imperial s'est efforce des les debuts de la crise de la mener a une solution pacifique. Se rendant a un desir que lui en avait ete exprime par sa Majeste l'Empereur de Russi, Sa Majeste l'Empereur d'Allemagne d'accord avec l'Angleterre etait applique a accomplir un role mediateur aupres des Cabinets de Vienne et de St. Petersbourg, lorsque la Russie, sans en attendre le resultat, proceda a la mobilisation da la totalite de ses forces de terre et de mer.

A la suite de cette mesure menacante motivee par aucune preparatif militaire de la part Allemagne, l'Empire Allemand se trouva vis – a – vis d'un danger grave et imminent. Si le Gouvernement Imperial eut manque de parer a ce peril il aurait compromis la securite et l'existence meme de l'Allemagne. Par consequent le Gouvernement Allemand se vit force de s'adresser au Gouvernement da Sa Majeste l'Empereur de tout es les Russies en sistant sur la cesation des dits actes militaires. La Russie ayant refuse de faire droit a cette demande et ayant manifeste par ce refus, ques on action etait dirigee contre l'Allemagne, j'ai l'honneur d'ordre de mon Gouvernement de faire savoir a Votre Excellence ce qui suit:

Sa Majeste l'Empereur, mon auguste Souverain, au nom de l'Empire releve le defi et Se considere en etat de guerre avec la Russie.

Bitte Eingang und Zeitpunkt der Ausführung dieser Instruktion nach russischer Zeit dringend drahten.

Bitte Ihre Pässe fordern und Schutz und Geschäfte Amerikanischer Botschaft übergeben.

[Übersetzung: Die kaiserliche Regierung bemühte sich von Anfang an, die Krise zu einer friedlichen Lösung zu führen. In Erfüllung eines von Seiner Majestät dem Kaiser von Russland geäußerten Wunsches war Seine Majestät der Kaiser von Deutschland im Einvernehmen mit England gerade dabei, eine Vermittlerrolle in den Kabinetten von Wien und St. Petersburg zu übernehmen, als Russland, ohne das Ergebnis abzuwarten, die Mobilisierung seiner gesamten Land- und Seestreitkräfte veranlasste.

Infolge dieser bedrohlichen Maßnahme, die durch keinerlei militärische Vorbereitungen von deutscher Seite motiviert war, befand sich das Deutsche Reich in einer ernsten und unmittelbaren Gefahr. Hätte die Reichsregierung diese Gefahr nicht abgewendet, hätte sie die Sicherheit und die Existenz Deutschlands gefährdet. Infolgedessen sah sich die deutsche Regierung gezwungen, sich an die Regierung Seiner Majestät des Kaisers von ganz Russland zu wenden und auf der Einstellung der genannten Militäraktionen zu bestehen. Da Russland sich weigerte, dieser Bitte nachzukommen, und durch diese Weigerung zum Ausdruck brachte, daß seine Aktion gegen Deutschland gerichtet war, habe ich die Ehre, auf Befehl meiner Regierung Eurer Exzellenz folgendes mitzuteilen:

Seine Majestät der Kaiser, mein erhabener Souverän, nimmt im Namen des Reiches die Herausforderung an und betrachtet sich als im Kriegszustand mit Russland befindlich.]

Telegramm des deutschen Botschafters in Paris an den Reichskanzler vom 1. August 1 Uhr 5 Min. nachm. 1914.

Auf meine wiederholte bestimmte Frage, ob Frankreich im Falle eines deutsch-russischen Krieges neutral bleibe, erklärte der Ministerpräsident mir, daß Frankreich das tun werde, was seine Interessen geböten.

* * *

Auch wenn das Folgende eine Wiederholung des oben erwähnten Inhalts darstellt, so ist die Darstellung interessant:

Der Telegrammwechsel zwischen Kaiser Wilhelm II und Zar Nikolaus II in der letzten Juliwoche 1914 - 2

Presse - Vossische Zeitung, Nr.390, Dienstag, 4. August 1914 – Morgen - S.3

Der Treuebruch des Zaren.

Aktenstücke aus dem deutschen Weißbuch. -

Der Telegrammwechsel zwischen dem Kaiser und dem Zaren.

Eine Anklageschrift in Dokumenten, von unvergleichlicher Geschlossenheit und Wucht, ist das Weißbuch, das dem heute zusammentretenden Reichstag vorliegt. Die Vertretung des Deutschen Volks soll alles wissen, was diesem Krieg vorangegangen ist; Reichstag und Volk sollen erfahren, von wie langer Hand her der Krieg gegen uns geplant war und mit welcher berechnender Tücke sein Ausbruch herbeigeführt worden ist. Durch unverbindliche Versprechungen und falsche Ehrenwörter sollte ein Netz um Deutschland gesponnen werden, in dem wir schließlich zusammengeschnürt worden wären. Die deutsche Regierung hat dieses Netz zerrissen. Das Weißbuch zeigt, wie seine Fäden liefen.

Es beginnt mit einem Rückblick auf die österreichisch-serbischen Konflikte, die Ermordung des Thronfolgerpaares und die bekannte österreichische Note an Serbien, vom 23. Juli, worin Serbiens Antwort bis zum Abend des 25. Juli verlangt wurde. Am selben Tage, an dem die Note in Belgrad überreicht wurde, wurde sie auch in Berlin mitgeteilt, und unverzüglich, noch am 23. Juli drahtet der Reichskanzler an die bei den Tripelentente-Mächten beglaubigten Botschafter: Bei der in der österreichischen Note enthüllten Sachlage können das Vorgehen und die Forderungen Österreich-Ungarns nur als gerechtfertigt betrachtet werden. Sollte die serbische Regierung sie ablehnen, so würde der österreichisch-ungarischen nichts anderes übrig bleiben, als sie „durch einen starken Druck und nötigenfalls unter der Ergreifung militärischer Maßregeln durchzusetzen, wobei ihr die Wahl der Mittel überlassen bleiben muß.“

Der Reichskanzler beauftragt die Botschafter, sich in diesem Sinne gegenüber dem französischen Minister, beziehungsweise Sir Edward Grey und Herrn Sasonow auszusprechen und „dabei insbesondere der Anschauung nachdrücklich Ausdruck zu verleihen, daß es sich in der vorliegenden Frage um eine lediglich zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zum Austrag zu bringende Angelegenheit handle, die auf die beiden direkt Beteiligten zu beschränken, das ernste Bestreben der Mächte sein müsse. Wir wünschen dringend die Lokalisierung des Konflikts, weil jedes Eingreifen einer anderen Macht infolge verschiedenen Bündnisverpflichtungen unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen würde.“

Der österreichisch-serbische Konflikt.

Am folgenden Tag, dem 24. Juli, beginnt die serbische Regierung bereits zu mobilisieren, und in Berlin treffen zwei wichtige Mitteilungen ein. Der Botschafter in Petersburg hat sich gegenüber Herrn Sasonow gemäß seinem Auftrag ausgesprochen und drahtet: „Der Minister erging sich gegen Österreich-Ungarn in maßlosen Anklagen und war sehr erregt. Auf das bestimmteste erklärte er, daß die serbisch-österreichische Differenz zwischen den beteiligten allein ausgetragen werde, könne Rußland unmöglich zulassen. (Gleichzeitig wurde bekanntlich in Petersburg das Kommunique veröffentlicht, daß Rußland im serbisch-österreichischen Konflikt „nicht different“ bleiben könne.)

Durch die zweite Meldung desselbigen Tages, die der Reichskanzler aus Wien erhielt, schien jedoch der Petersburger Bericht bereits überholt. Österreich-Ungarn hatte von selbst eine Erklärung gegenüber Rußland abgegeben. Der deutsche Botschafter in Wien drahtete nämlich: Graf Berchtold habe den russischen Geschäftsträger zu sich gebeten, um ihm freundschaftlich die Absichten Österreich-Ungarns

auseinanderzusetzen. Die Monarchie wolle bloß den serbischen Wühlereien ein Ende machen; es denke nicht daran, Serbien gegenüber erobernd aufzutreten. „Österreich-Ungarn werde kein serbisches Territorium beanspruchen.“ Der russische Geschäftsträger hat versprochen, diese Erklärungen sofort Herrn Sasonow zu unterbreiten.

Am nächsten Tage, den 25. Juli, soll bis 6 Uhr abends Serbien seine Antwort geben. Noch bevor dies geschieht, hat Rußland militärische Maßnahmen ergriffen. Graf Pourtales übermittelt nach Berlin eine Meldung des Generals v. Chelius für den Kaiser. „Im Krasnoelager wurden heute die Truppenübungen plötzlich abgebrochen, und die Regimenter kehren in ihre Garnisonen sofort zurück. Die Manöver sind abgesagt worden. Die Kriegsschüler wurden heute statt im Herbst zu Offizieren befördert. Über das Vorgehen Österreichs herrscht im Hauptquartier große Aufregung. Ich habe den Eindruck, daß alle Vorbereitungen für die Mobilmachung gegen Österreich getroffen werden.“

Rußland weiß also im Voraus, daß die serbische Antwort Österreich-Ungarn nicht befriedigen wird – nicht befriedigen will und soll – und rüstet. Bei dieser Sachlage regt Deutschland in London eine Vermittlung zwischen Österreich-Ungarn und Rußland an. „Wir sind,“ heißt es im Telegramm des Reichskanzlers an den Londoner Botschafter, „bereit, vorbehaltlich unserer bekannten Bündnispflichten, zwischen Rußland und Österreich mit anderen Großmächten zusammen eine Vermittlung eintreten zu lassen.“

Am 26. Juli treffen weitere Nachrichten über die russischen Rüstungen in Berlin ein. Graf Pourtales drahtet: „Der Militärattache bittet um Übermittlung nachstehender Meldung an den Generalstab: „Ich halte es für sicher, daß für Kiew und Odessa die Mobilmachung befohlen worden ist. Bei Warschau und Moskau ist dies fraglich, und bei den anderen wohl noch nicht der Fall.“ Gleichzeitig setzt Deutschlands Vermittlungsaktion in der entschiedensten Weise ein. An den Botschafter Fürsten Lichnowsky in London geht ein dringendes Telegramm:

„Österreich-Ungarn hat in Petersburg offiziell und feierlich erklärt, daß es keinen territorialen Gewinn in Serbien beabsichtigt, den Bestand des Königreichs nicht antasten, sondern nur Ruhe schaffen wolle. Nach hier eingegangenen Nachrichten steht in Rußland Einberufung mehrerer Reservisten-Jahrgänge unmittelbar bevor, was einer Mobilisierung auch gegen uns gleichkommen würde. Wenn sich diese Nachrichten bewahrheiten, so werden wir gegen unseren Wunsch zu Gegenmaßnahmen gezwungen. Auch heute noch geht unser Streben dahin, den Konflikt zu lokalisieren und den europäischen Frieden zu erhalten. Wir bitten daher, in diesem Sinne in Petersburg mit allem Nachdruck zu wirken.“

Nach Paris drahtet der Reichskanzler: Die Entscheidung über einen europäischen Krieg liege nach der von Österreich-Ungarn abgegebenen Erklärung bei Rußland. „Wir vertrauen auf Frankreich, mit dem wir uns in dem Wunsch nach Erhaltung des europäischen Friedens eins wissen, daß es in Petersburg seinen Einfluß in beruhigendem Sinne geltend machen wird.“ Und an den Grafen Pourtales geht nach Petersburg die Erklärung: „Nachdem Österreich sein territoriales Desinteresse erklärt hat, ruht die Verantwortung für eine eventuelle Störung des europäischen Friedens durch eine russische Intervention allein auf Rußland. Wir vertrauen immer noch darauf, daß Rußland keine Schritte unternimmt, die den europäischen Frieden ernstlich gefährden würden.“

Suchomlinows Ehrenwort.

Der folgende Tag, 27. Juli, bringt zwei Depeschen, die bloß nebeneinandergestellt werden müssen, um die russische Politik verständlich zu machen.

„Telegramm des Kaiserlichen Konsulatsverwesers in Kowno an den Reichskanzler: In Kowno Kriegszustand erklärt.“ Das heißt: Rußland rüstet gegen Deutschland.

Der Petersburger Militärattache meldet über ein Gespräch mit dem Kriegsminister Suchomlinow:

„Sasonow habe diesen letzteren gebeten, mich über die Lage aufzuklären. Der Kriegsminister hat mir sein Ehrenwort darauf gegeben, daß noch keine Mobilisationsordre ergangen sei. Es würden lediglich vorläufige Vorbereitungsmaßnahmen getroffen, aber es sei kein Reservist eingezogen, kein Pferd ausgehoben. Wenn Österreich die serbische Grenze überschreiten werde, so werden diejenigen Militärbezirke, die auf Österreich gerichtet sind, Kiew, Odessa, Moskau, Kasan, mobilisiert werden. Diejenigen an der deutschen Front, Warschau, Wilna, Petersburg unter keinen Umständen. Man wünsche den Frieden mit Deutschland dringend. Auf meine Frage nach dem Zwecke der Mobilmachung gegen Österreich erfolgte Achselzucken, und es wurde auf die Diplomatie hingewiesen. Ich sagte dem Minister, daß man die freundschaftlichen Absichten bei uns würdige, aber auch die allein gegen Österreich gerichtete Mobilmachung als sehr bedrohlich ansehe.“

Aber an eben diesem Tage beginnen auch schon Frankreichs militärische Vorkehrungen. Der deutsche Gesandte in Bern drahtet: „Erfahre zuverlässig, daß französisches 14. Korps Manöver abbrach.“

Aus London verlautet – amtlich ist es in Berlin noch nicht mitgeteilt – Greys Vorschlag: eine Botschafterkonferenz einzuberufen. Der Reichskanzler drahtet an den Grafen Pourtales: „Es ist uns unmöglich, unseren Bundesgenossen in seiner Auseinandersetzung mit Serbien vor ein europäische Gericht zu ziehen. Unsere Vermittlungstätigkeit muß sich auf die Gefahr eines österreichisch-russischen Konflikt beschränken.“

Inzwischen ist nicht bloß Österreichs Kriegserklärung erfolgt, sondern Deutschland hat auch in Wien gedrängt, man möge in Petersburg Zweck und Umfang seines Vorgehens in Serbien „in einer unanfechtbaren und hoffentlich Rußland befriedigenden Weise“ klarlegen. Der Reichskanzler teilt in London mit, daß er dem Grafen Berchtold auch den Wunsch des Herrn Sasonow nach direkter Aussprache mit Wien übermittelt habe. Den englischen Vermittlungsvorschlag hat Graf Berchtold, wie vorauszusehen, abgelehnt.

Einen Tag später, am 29. Juli, berichtet der Petersburger Militärattache:

„Der Generalstabschef hat mich zu sich bitten lassen und mit eröffnet, daß er von seiner Majestät soeben komme. Er sei vom Kriegsminister beauftragt worden, mit nochmals zu bestätigen, es sei alles so geblieben, wie es mir vor zwei Tagen der Minister mitgeteilt habe. Er bot mir schriftliche Bestätigung an und gab mit sein Ehrenwort in feierlichster Form, daß nirgends eine Mobilmachung, d.h. Einziehung eines einzigen Mannes oder Pferdes bis zur Stunde, 3 Uhr nachmittags, erfolgt sei. Er könne sich dafür für die Zukunft nicht verbürgen, aber wohl nachdrücklichst bestätigen, daß in den Fronten, die auf unsere Grenzen gerichtet seien, von Seiner Majestät keine Mobilisation gewünscht würde. Es sind aber hier über erfolgte Einziehung von Reservisten in verschiedenen Teilen des Reichs, auch in Warschau und in Wilna, vielfache Nachrichten eingegangen. Ich habe deshalb dem General vorgehalten, daß ich durch die mir von ihm gemachten Eröffnungen vor ein Rätsel gestellt sei. Auf Offiziersparole erwiderte er mir jedoch, daß solche Nachrichten unrichtig seien, es möge hie und da allenfalls ein falscher Alarm vorliegen. Ich muß das Gespräch in Anbetracht der positiven, zahlreichen, über erfolgte Einziehungen vorliegenden Nachrichten als einen Versuch betrachten, uns über den Umfang der bisherigen Maßnahmen irrezuführen.“

Während aber Rußland alles ableugnet, hat auch Frankreich schon so bedrohliche Maßregeln ergriffen, daß noch am selben Tage von Berlin aus unser Botschafter in Paris die folgende Depesche gerichtet wird: „Die uns über französische Kriegsvorbereitungen zugehenden Nachrichten mehren sich von Stunde zu Stunde. Ich bitte dies bei der französischen Regierung zur Sprache zu bringen und sie eindringlichst darauf hinzuweisen, daß uns derartige Maßnahmen zu Schutzmaßnahmen zwingen würden. Wir würden Kriegsgefahr proklamieren, und wenn dies auch noch keine Einberufungen und noch nicht Mobilisierung bedeute, so würde dadurch immerhin die Spannung erhöht werden. Wir hofften fortgesetzt noch auf Erhaltung des Friedens.“

Noch aber kann, noch muß, wie es scheint, alles gut werden. Denn inzwischen ist Kaiser Wilhelm nach Deutschland zurückgekehrt. Am 28. Juli hatte er bereits an den Zaren telegraphiert. Fürst Troubetzki, der Chef der nächstlichen Abteilung im Ministerium an der Sängerbücke, sagte, als er's erfuhr, zu unserem Militärbevollmächtigten: „Gottlob, daß ein Telegramm Ihres Kaisers gekommen ist!“

Hier der Telegrammwechsel der Monarchen:

Kaiser Wilhelm an den Zaren – 28. Juli, 10 Uhr 45 Min. Nm.

Mit der größten Beunruhigung höre ich von dem Eindruck, den Österreich-Ungarns Vorgehen gegen Serbien in Deinem Reiche hervorruft. Sie skrupellose Agitation, die seit Jahren in Serbien getrieben worden ist, hat zu dem empörenden Verbrechen geführt, dessen Opfer Erzherzog Franz Ferdinand geworden ist. Der Geist, der die Serben ihren eigenen König und seine Gemahlin morden ließ, herrscht heute noch in jenem Lande. Zweifellos wirst Du mit mir darin übereinstimmen, daß wir beide, Du und ich sowohl, als alle Souveräne ein gemeinsames Interesse daran haben, darauf zu bestehen, daß alle diejenigen, die für den scheußlichen Mord moralisch verantwortlich sind, ihre verdiente Strafe erleiden.

Andererseits übersehe ich keineswegs, wie schwierig es für Dich und Deine Regierung ist, den Strömungen der öffentlichen Meinung entgegenzutreten. Eingedenk der herzlichen Freundschaft, die uns beide seit langer Zeit mit festem Band verbindet, setze ich daher meinen ganzen Einfluß ein, um Österreich-Ungarn dazu zu bestimmen, eine offene und befriedigende Verständigung mit Rußland anzustreben. Ich hoffe zuversichtlich, daß Du mich in meinen Bemühungen, alle Schwierigkeiten, die noch entstehen können, zu beseitigen, unterstützen wirst.

Dein sehr aufrichtiger und ergebener Freund und Vetter

gez. Wilhelm

Der Zar an Kaiser Wilhelm. Petershof, Palais, 29. Juli, 1 Uhr nachmittags.

Ich bin erfreut, daß Du zurück in Deutschland bist. In diesem so ernsten Augenblick bitte ich Dich inständig, mir zu helfen. Ein Schmähhlicher Krieg ist an ein schwaches Land erklärt worden, die Entrüstung hierüber, die ich völlig teile, ist in Rußland ungeheuer. Ich sehe voraus, daß ich sehr bald dem Druck, der auf mich ausgeübt wird, nicht mehr widerstehen können und gezwungen sein werde, Maßregeln zu ergreifen, die zum Kriege führen werden. Um einem Unglück, wie es ein europäischer krieg sein würde, vorzubeugen, bitte ich Dich im Namen unserer alten Freundschaft, alles Dir mögliche zu tun um Deinen Bundesgenossen davon zurückzuhalten, zu weit zu gehen.
gez. Nikolaus.

Vergebliche Vermittlung des Kaisers. 29. Juli, 6,30 nachm.

Ich habe Dein Telegramm erhalten und teile Deinen Wunsch nach Erhaltung des Friedens. Jedoch kann ich – wie ich Dir in meinem ersten Telegramm sagte – Österreich-Ungarns Vorgehen nicht als „schmähhlichen Krieg“ betrachten. Österreich-Ungarn weiß aus Erfahrung, daß Serbiens Versprechungen, wenn sie nur auf dem Papier stehen, gänzlich unzuverlässig sind. Meiner Ansicht nach ist Österreich-Ungarns Vorgehen als ein Versuch zu betrachten, volle Garantie dafür zu erhalten, daß Serbiens Versprechungen auch wirklich in die Tat umgesetzt werden. In dieser Ansicht werde ich bestärkt durch die Erklärung des österreichischen Kabinetts, daß Österreich-Ungarn keine territorialen Eroberungen auf Kosten Serbiens beabsichtige. Ich meine daher, daß es für Rußland durchaus möglich ist, dem österreichisch-serbischen Krieg gegenüber in der Rolle des Zuschauers zu verharren, ohne Europa in den schrecklichsten Krieg hineinzuziehen, den es jemals erlebt hat. Ich glaube, daß eine direkte Verständigung zwischen Deiner Regierung und Wien möglich und wünschenswert ist, eine Verständigung, die - wie ich Dir schon telegraphierte – meine Regierung mit allen Kräften zu fördern bemüht ist. Natürlich würden militärische Maßnahmen Rußlands, welche Österreich-Ungarn als Drohung auffassen könnte, ein Unglück beschleunigen, das wir beide zu vermeiden wünschen, und würden auf meine Stellung als Vermittler, die ich – auf Deinen Appell an meine Freundschaft und Hilfe – bereitwillig angenommen habe, untergraben.
gez. Wilhelm.

Der Zar an Kaiser Wilhelm. Peterhof, 30. Juli 1914, 1 Uhr 20 Min. nachm.

Ich danke Dir von Herzen für Deine rasche Antwort. Ich entsende heute abend Tatischeff mit Instruktion. Die jetzt in kraft tretenden militärischen Maßnahmen sind schon vor fünf Tagen beschlossen worden, und zwar aus Gründen der Verteidigung gegen die Vorbereitungen Österreichs. Ich hoffe von ganzem Herzen, daß diese Maßnahmen in keiner Weise Deine Stellung als Vermittler beeinflussen werden, die ich sehr hoch anschlage. Wir brauchen Deinen starken Druck auf Österreich, [...Text endet]

Vor Abbruch der Beziehungen. Am 31. Juli richtet der Zar an Kaiser Wilhelm folgendes Telegramm:

„Ich danke Dir für Deine Vermittlung, die eine Hoffnung aufleuchten läßt, daß doch noch alles friedlich enden könnte. Es ist technisch unmöglich, unsere militärischen Vorbereitungen einzustellen, die durch Österreichs Mobilisierung notwendig geworden sind. Wir sind weit davon entfernt, einen Krieg zu wünschen. Solange wie die Verhandlungen mit Österreich über Serbien andauern, werden meine Truppen keine herausfordernde Aktion unternehmen. Ich gebe Dir mein feierliches Wort darauf. Ich vertraue mit aller Kraft auf Gotte Gnade und hoffe auf den Erfolg Deiner Vermittlung in Wien für die Wohlfahrt unserer Länder und den Frieden Europas.
Dein Dir herzlich ergebener Nikolaus.“

Hierauf erwiderte Kaiser Wilhelm:

„Auf Deinen Appell an meine Freundschaft und Deine Bitte um meine Hilfe habe ich eine Vermittlungsaktion zwischen Deiner und der Österreichisch-Ungarischen Regierung aufgenommen. Während diese Aktion im Gange war, sind Deine Truppen gegen das mir verbündete Österreich-Ungarn mobilisiert worden, wodurch, wie ich Dir schon mitgeteilt habe, Meine Vermittlung beinahe illusorisch gemacht worden ist. Trotzdem habe Ich sie fortgesetzt. Nunmehr erhalte Ich zuverlässige Nachrichten über ernste Kriegsvorbereitungen auch an meiner östlichen Grenze. Die Verantwortung für die Sicherheit Meines Reiches zwingt mich zu defensiven Gegenmaßregeln. Ich bin mit Meinen Bemühungen um die Erhaltung des Weltfriedens bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen. Nicht ich trage die Verantwortung für das Unheil, das jetzt der ganzen zivilisierten Welt droht. Noch in diesem Augenblicke liegt es in Deiner Hand, es abzuwenden. Niemand bedroht die Ehre und Macht Rußlands, das wohl auf den Erfolg Meiner Vermittlung hätte warten können. Die Mir von Meinem Großvater auf dem Totenbette überkommene Freundschaft für

Dich und Dein Reich ist Mir immer heilig gewesen, und Ich habe treu zu Rußland gestanden, wenn es in schwerer Bedrängnis war, besonders in seinem letzten Kriege. Der Friede Europas kann von Dir jetzt erhalten werden, wenn Rußland sich entschließt, die militärischen Maßnahmen einzustellen, die Deutschland und Österreich-Ungarn bedrohen.“

★

★

★

Mitten in diesen Depeschenaustausch aber war die russische Gesamtmobilisation angeordnet worden. Deutschland war dadurch zu Gegenmaßnahmen gezwungen, versuchte aber noch einen letzten Schritt zum Frieden, indem es die auf 12 Stunden befristete Anfrage an die russische Regierung stellte. Eine Antwort erfolgte nicht und der deutsche Kaiser war gezwungen, am 1. August 5 Uhr nachmittags, die Mobilmachung unserer Streitkräfte anzuordnen. Die russische Regierung hat durch ihre die Sicherheit des Reiches gefährdende Mobilmachung die mühsame Vermittlungsarbeit der europäischen Staatskanzleien kurz vor dem Erfolge zerschlagen. Die Mobilisierungsmaßnahmen, über deren Ernst der russischen Regierung von Anfang an keine Zweifel gelassen wurden, in Verbindung mit ihrer fortgesetzten Ablehnung zeigten klar, daß Rußland den Krieg wollte.

[31. Juli] Der Vermittlungsversuch des Kaisers war böswillig zum Scheitern gebracht worden.

Die Regierungen hatten nun wieder und zwar das letzte Wort zu sprechen. **Noch am 31. Juli**, unmittelbar nach Abbruch des Telegrammwechsels der Monarchen, drahtete der Reichskanzler dringend sowohl nach Petersburg wie nach Paris an die Kaiserlichen Botschafter:

Nach Petersburg dies:

„Trotz schwebender Vermittlungsverhandlungen und obwohl wir selbst bis zur Stunde keinerlei Mobilmachungsmaßnahmen getroffen haben, hat Rußland ganze Armee und Flotte, also auch gegen uns, mobilisiert. Durch diese russischen Maßnahmen sind wir gezwungen worden, zur Sicherung des Reichs die drohende Kriegsgefahr auszusprechen, die noch nicht Mobilisierung bedeutet. Die Mobilisierung muß aber erfolgen, falls nicht Rußland binnen zwölf Stunden jede Kriegsmaßnahme gegen uns und österreich-Ungarn eingestellt und uns hierüber bestimmte Erklärung abgibt. Bitte dies sofort Herrn Sasonow mitteilen und Stunde der Mitteilung drahten.“

Und nach Paris:

„Rußland hat trotz unserer noch schwebenden Vermittlungsaktion und obwohl wir selbst keinerlei Mobilmachungsmaßnahmen getroffen haben, Mobilmachung seiner gesamten Armee und Flotte, also auch gegen uns, verfügt. Wir haben darauf drohenden Kriegszustand erklärt, dem Mobilmachung folgen muß, falls nicht Rußland binnen 12 Stunden alle Kriegsmaßnahmen gegen uns und Österreich einstelle. Die Mobilmachung bedeutet unvermeidlich Krieg. **Bitte französische Regierung fragen, ob sie in einem russisch-deutschen Krieg neutral bleiben will.** Antwort muß binnen 18 Stunden erfolgen. Sofort Stunde der gestellten Anfrage drahten. Größte Eile geboten.“

Das war sowohl für Rußland wie für Frankreich das Ultimatum. **Rußland hat die Frist ablaufen lassen, ohne zu antworten;** für diesen Fall hatte Graf Pourtales durch dringende Depesche vom 1. August 12.52 nachmittags bereits Auftrag erhalten, die schon bekannte Erklärung abzugeben, mit dem Schlußwort:

Seine Majestät der Kaiser, mein erhabener Souverän, hebt im Namen des Reichs den Fehdehandschuh auf und betrachtet sich als im Kriegszustand mit Rußland.

Frankreich antwortete, scheinbar ausweichend, tatsächlich schroff ablehnend, was die Depesche unseres Botschafters aus Paris vom 1. August 1 Uhr 5 Min. nachmittags meldete:

„**Auf meine wiederholte bestimmte Frage, ob Frankreich im Falle eines deutsch-russischen Krieges neutral bleibe, erklärte der Ministerpräsident [Rene Viviani] mir, daß Frankreich das tun werde, was seine Interessen geböten.**“

Aber schon am Nachmittag des 1. August, noch bevor die diplomatischen Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg abgebrochen waren, überschritten russische Truppen unsere Grenze und rückten auf deutschem Gebiet vor. Damit hat Rußland den Krieg gegen uns begonnen. Frankreich ordnete am 1. August, nachmittags, die Mobilisierung seiner Armee an. Am Sonntag [2. August] eröffneten die französischen Truppen unter Bruch des Völkerrechts die Feindseligkeiten.

Diese Darstellungen des Weißbuches werden durch den Anhang, der die erwähnten Dokumente und Telegramme wiedergibt, erhärtet. so spricht dies Veröffentlichung für sich selbst. Sie zeigt, daß die deutsche

Regierung bis zum letzten Augenblick bemüht gewesen ist, den Frieden zu erhalten. Rußland aber hat freventlich den Krieg vom Zaun gebrochen und Frankreich in den Konflikt hineingezogen. Für den nun entstandenen Weltbrand trägt einzig und allein Rußland, der Zar und seine Ratgeber die Verantwortung.

*

*

*

Presse - Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr.180, Dienstag, 4. August 1914, S. 1

Rußland eröffnet den Krieg.

Nachdem die Kunde von der allgemeinen russischen Mobilmachung hierher gelangt war, ist der deutsche Botschafter in Petersburg beauftragt worden, die russische Regierung aufzufordern, die Mobilmachung gegen uns und unseren österreichischen Bundesgenossen einzustellen und hierüber eine bündige Erklärung binnen zwölf Stunden abzugeben. Dieser Auftrag ist nach Meldung des Grafen Pourtales in der Nacht vom 31. Juli zum 1. August um Mitternacht ausgeführt worden. Falls die Antwort der russischen Regierung eine ungenügende sein sollte, war der deutsche Botschafter ferner beauftragt, der russischen Regierung zu erklären, daß wir uns als mit Rußland im Kriegszustand befindlich betrachteten. Die Meldung des Botschafters über die Antwort der russischen Regierung auf unsere befristete Anfrage ist hier nicht eingelaufen, ebensowenig eine Nachricht über die Ausführung des zweiten Auftrags, obwohl wir konstatiert haben, daß der russische Telegraphenverkehr noch funktioniert.

Dagegen sind in dieser Nacht bis 4 Uhr früh beim Großen Generalstabe folgende Meldungen eingegangen:

I. Heute nacht hat Angriff russischer Patrouillen gegen die Eisenbahnbrücke über die Warthe bei Eichenried (an Strecke Jarotschin-Wreschen) stattgefunden. Der Angriff ist abgewiesen. Deutscherseits zwei leichte Verwundete. Verluste der Russen nicht festgestellt.

Eine von den Russen gegen den Bahnhof Miloslaw eingeleitete Unternehmung ist verhindert worden.

II. Der Stationsvorstand Johannsburg und die Forstverwaltung Bialla melden, daß heute nacht (1. zum 2.) stärkere russische Kolonne mit Geschützen die Grenze bei Schwidden (südöstlich Bialla) überschritten hat und daß zwei Schwadronen Kosaken Richtung Johannesburg reiten. Die Fernspreerverbindung Lyck-Bialla ist unterbrochen.

Hiernach hat Rußland deutsches Reichsgebiet angegriffen und den Krieg eröffnet.

Weiter wird über russische Feindseligkeiten gemeldet:

Allenstein, 2. August, 6 Uhr Nachmittags. Bisher sind im allgemeinen an der Grenze nur kleinere Kavalleriegefechte.

Johannisburg, das von einer Eskadron Dragonerregiment 11 besetzt ist, wird augenblicklich angegriffen. die Bahn Johannsburg-Lyck bei Gutten unterbrochen, ebenso Stichbahn nach Dlottowen. Verluste bisher auf russischer Seite etwa 20 Mann, auf deutscher Seite nur mehrere Leichtverwundete.

Danzig, 2. August. Deutsche Bahnhofsarbeiter bei Illowo, wo von Russen beschossen, haben sich zurückgezogen.

Königsberg, 2. August. In Eydtkuhnen russische Patrouille eingeritten. Postamt Bilderweitschen nach sicherer Meldung zerstört. Feind überschritt Grenze an vielen Stellen, wie zweifelsfrei gemeldet.

*

*

*

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 390 - Dienstag, 04.August 1914 - Morgen - S.4

Die Türkei macht mobil.

Konstantinopel, 3.August. Soeben ist die Mobilisation der türkischen Armee und Flotte beschlossen worden. Die Offiziere der deutschen Militärmission bleiben hier. Die hiesigen deutschen Militärpflichtigen werden hier Verwendung finden, falls die Reise nach Deutschland für sie nicht möglich sein sollte.

*

*

*

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 390 - Dienstag, 04.August 1914 - Morgen - S.6

Gymnasiasten als Kriegsfreiwillige.

Wie im Jahre 1870 haben sich auch jetzt die älteren Schüler der Gymnasien zum großen Teil auf die erste Nachricht der Mobilmachung als Kriegsfreiwillige zu den Waffen gemeldet. Bereits Sonntag früh, am ersten Mobilmachungstage, waren Hunderte von Primanern und Sekundanern zu den Schöneberger Bezirkskommandos geeilt. Sehr männliche, schnurrbärtige zwanzigjährige und überschlank, blasse Jünglinge von 14 und weniger Jahren. Von der Prima eines alten Berliner Gymnasiums, die auch 1870 mehrere Freiwillige gestellt hatte, hat sich schon gestern morgen fast die Hälfte zur Einstellung gemeldet. Aus dem Reiche liegen ähnliche Meldungen vor. Der Unterricht in den höchsten Klassen der Gymnasien wird natürlich nichtsdestoweniger seinen geregelten Fortgang nehmen. Auch von den mehr als Siebzehnjährigen, die sich jetzt gemeldet haben, kommt nur ein sehr kleiner Teil wirklich schon in der nächsten Zeit zur Einstellung, da mindestens vorläufig die Ansprüche an die Festigkeit und Gereiftheit der körperlichen Konstitution gleich streng wie im Frieden sind. Meist fehlt es an der Brustbreite, oft auch Gleichmäßigkeit der Sehschärfe. Für den Unterricht sind, da sehr viele der jüngeren Oberlehrer militärpflichtig und bereits gestern abgereist sind, Hilfskräfte herangezogen worden und im übrigen die verwaisten Unterrichtsfächer auf die zurückbleibenden Kollegen verteilt worden.

*

*

*

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 390 - Dienstag, 04.August 1914 - Morgen - S.6

Das Strafverfahren gegen Rosa Luxemburg.

In dem zweiten Luxemburg-Prozeß, der sich gegen die Schriftstellerin Rosa Luxemburg, den Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, den Schriftsteller Wilhelm Düwel und den Schriftsteller Georg Ledebour richtet, ist von den Angeklagten der Antrag auf Aussetzung des Verfahrens gestellt worden, da Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld, der zur Landwehr gehört, eingezogen worden ist.

*

*

*

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 390- Dienstag, 04.August 1914 - Morgen - S.1

Der Krieg mit Frankreich.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen Berlin, 3.August.(Amtliche Mitteilung). Bisher hatten deutsche Truppen, dem erteilten Befehl gemäß, die französische Grenze nicht überschritten. Dagegen greifen seit gestern französische Truppen ohne Kriegserklärung unsere Grenzposten an. Sie haben, obwohl uns die französische Regierung noch vor wenigen Tagen die Innehaltung einer unbesetzten Zone von zehn Kilometern zugesagt hatte, an verschiedenen Punkten die deutsche Grenze überschritten. Französische Kompagnien halten seit gestern nacht deutsche Ortschaften besetzt. Bombenwerfende Flieger kommen seit gestern nach Baden, Bayern und unter Verletzung der belgischen Neutralität über belgisches Gebiet in die Rheinprovinz und versuchen, unsere Bahnen zu zerstören.

Frankreich hat damit den Angriff gegen uns eröffnet und den Kriegszustand hergestellt. Des Reiches Sicherheit zwingt uns zur Gegenwehr. Seine Majestät der Kaiser hat die erforderlichen Befehle erteilt. Der deutsche Botschafter in Paris ist angewiesen, seine Pässe zu fordern.

*

*

*

Presse - Vossische Zeitung, Nr.390, Dienstag, 4. August 1914 - Morgen - S.7

Der Abschied der Deutschen aus Paris.

In den letzten Stunden trafen in Berlin die Deutschen ein, die Paris mit den letzten Möglichkeiten verlassen haben. Nach ihren Berichten war die Art und Weise, mit der man sie von seiten der Polizei und namentlich der Bahnbehörden behandelte, eine geradezu skandalöse. Nach den Mitteilungen unserer Gewährsmänner fanden polizeiliche Ausweisungen nicht statt. Dagegen hatten sich die Deutschen auf dem Generalkonsulat Rat geholt, wo man ihnen sagte, daß sie Paris so rasch wie möglich verlassen sollten. Merkwürdigerweise verfügte das Generalkonsulat nicht über genug Bargeld, um Unbemittelte zurückbefördern zu können. Die Beamten taten dann ihr möglichstes, um Geld aufzutreiben und wenigstens die Familien mit Kindern aus Frankreich hinauszuführen.

Bereits am Donnerstag und Freitag [30. und 31. Juli] weigerte sich die Nordbahngesellschaft, Deutschen Billetts an die Grenze auszuhändigen. Am Sonnabend [1.August] waren die beiden letzten Gelegenheiten [Satz bricht ab]

[einsetzen neue Zeile] dem Bahnhof erschienen, wo ihnen die Polizei die größten Schwierigkeiten bereitete. Man wies sie mit Schimpfworten wie „Choucrouste“, „Cochon Prussien“ usw. von einem Ort zum anderen, bis sie nach dreistündigem Warten zu den Billetts kamen. Inzwischen hatten sich auch Konsulatsbeamte eingefunden, die Freibilletts an die Familien verteilten. Endlich wurden die Zugänge zu den Bahnsteigen geöffnet, wobei es sich nicht verhindern ließ, daß die Deutschen über die Gleise gingen. In diesem Augenblick ließ die Bahnverwaltung den Zug einfahren. Hierbei sind zwei Deutsche unter die Räder gekommen und, soweit es sich aus einiger Entfernung beobachten ließ, schwer verletzt oder getötet worden. Ein Deutscher wurde so geprügelt, daß er auf der Unfallstation verbunden werden mußte. Der Zug bestand aus 27 Wagen dritter Klasse von dem ältesten System. Hier wurden die Deutschen nun hineingestopft.

In dem Coupe unseres Gewährsmannes waren neben kleinen Gepäckstücken 35 Personen in einem Raum zusammengepfercht. Die großen Gepäckstücke wurden zur Beförderung angenommen, dann aber wurde erklärt, daß sie nicht befördert würden, und daß man sie sich nach dem Kriege abholen könne. Auch das geschah unter wüsten Beschimpfungen. [.....]

* * *

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 390- Dienstag, 04.August 1914 - Morgen – S.1

Die Haltung Italiens. Neutral gegenüber Rußland.

Rom, 3.August.(WTB). Die „Tribuna“ meldet: Gestern mittag begab sich der deutsche Botschafter in die Consulta und teilte dem Minister des Äußeren Marquis di San Giuliano amtlich mit, daß Deutschland und Rußland sich im Kriegszustand befänden. Marquis di San Giuliano nahm von der Mitteilung Kenntnis und erklärte, daß Italien gemäß dem Geiste und Wortlaut des Dreibundvertrages Neutralität beobachten werde. Der Minister drückte die freundschaftlichen Gefühle für Deutschland und Österreich-Ungarn aus. Der deutsche Botschafter machte seine Mitteilung über die gegenwärtigen deutsch-französischen Beziehungen.

* * *

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 390- Dienstag, 04.August 1914 - Morgen – S.1

Sir Edward Greys Erklärungen.

Der englische Staatssekretär des Äußeren hat gestern im Unterhause eine wichtige Erklärung über die Haltung Englands in der gegenwärtigen europäischen Krisis abgegeben. Von den Telegrammen, die uns unser Londoner Privatkorrespondent darüber gesandt hat, ist bis zum Schluß des Blattes weder der Anfang noch das Ende eingetroffen, so daß bis jetzt nur ein aus der Rede herausgerissenes Stück vorliegt. Diese enthält aber bereits einige äußerst bedeutungsvolle Sätze, die wir im Nachstehenden wiedergeben. Unser Korrespondent telegraphiert:

London, 3.August. Im Verlaufe seiner heutigen Rede sagte Sir Edward Grey: Er höre, da, wenn England sich zur Neutralität verpflichte, Deutschland bereit sei, die Nordküste Frankreichs nicht anzugreifen. Dies sei eine zu eng begrenzte Verpflichtung. Die Frage der Neutralität Belgiens werde jede Minute wichtiger. Deutschland könne keine verpflichtende Zusicherung in Bezug auf die Neutralität Belgiens abgeben da es dadurch seinen Feldzugsplan enthüllen würde. Wenn die Neutralität Belgiens verletzt werde, so sei die Situation klar. Grey sagte dann, die englische Flotte und das Heer seien in der Mobilisierung begriffen, aber es sei keine Verpflichtung eingegangen worden, ein Expeditionskorps zu entsenden. [.....]

* * *

Die britischen Aussagen entsprechen dem bereits besprochenen Charakter, das Schauspiel ist in vollem Gange.

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 391 - Dienstag, 04.August 1914 - Abend – S.4

Die Erklärungen Sir Edward Greys über Englands Haltung.

Von den Erklärungen Sir Edward Greys, über die bereits ein Privattelegramm unseres Londoner Korrespondenten im heutigen Morgenblatte berichtet, wird jetzt halbamtlich eine ausführliche Darstellung wir folgt bekanntgegeben:

London, 4. August (WTB). In der gestrigen Sitzung des Unterhauses gab Sir Edward Grey folgende Erklärung ab: Es ist jetzt klar, daß der Friede Europas nicht gewahrt werden kann. Staatssekretär Sir Edward Grey forderte das Haus auf, die Frage eines Friedensbruches vom Gesichtspunkt der britischen Interessen, Ehre und Verpflichtungen und frei von Leidenschaft ins Auge zu fassen. Wenn die Dokumente veröffentlicht wären, würde es sich zeigen, wie aufrichtig und mit vollem Herzen England bestrebt war, den Frieden zu bewahren.“

Inbetreff der Frage der Verpflichtungen sagte Grey: „Wir haben bis gestern nichts mehr als diplomatische Unterstützung versprochen.“ Er sei zur Zeit der Algeciras-Konferenz gefragt worden, ob England bewaffnete Unterstützung geben würde. Er habe gesagt, er könne keiner fremden Macht etwas versprechen, was nicht von vollem Herzen die Unterstützung der öffentlichen Meinung erhalte.[....]

* * *

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 391 - Dienstag, 04. August 1914 - Abend – S.4

Abweisung eines russischen Angriffs auf Memel.

Teile der Besatzung von Memel schlugen gestern einen Vorstoß feindlicher Grenzwachen aus der Richtung von Krottingen zurück.

* * *

Die Rede des Kaisers an die im Schloß versammelten Abgeordneten des Reichstags

Presse - Vossische Zeitung, Nr. 391, Dienstag, 4. August 1914 – Abend - S.1

Der Kaiser an den Reichstag.

Das Vaterland ist in Gefahr; es gilt, alle Kraft zu seiner Verteidigung aufzubieten; von allen Seiten eilen Freiwillige zu den Fahnen; tiefer Ernst erfüllt alle Schichten der Bevölkerung, gepaart mit eherner Entschlossenheit. In diesem Augenblick tritt der Kaiser vor den Reichstag, um von Herzen zu Herzen zu reden. Im Weißen Saal des alten Hohenzollernschlosses hatten sich heute mittag die Volksvertreter versammelt und der Kaiser eröffnete die außerordentliche Session mit folgender **Thronrede:**

Geehrte Herren! In schicksalsschwerer Stunde habe Ich die gewählten Vertreter des deutschen Volkes um Mich versammelt. Fast ein halbes Jahrhundert lang konnten wir auf dem Weg des Friedens verharren. Versuche, Deutschland kriegerische Neigungen anzudichten und seine Stellung in der Welt einzuengen, haben unseres Volkes Geduld oft auf harte Proben gestellt. In unbeirrbarer Redlichkeit hat Meine Regierung unter herausfordernden Umständen die Entwicklung aller sittlichen, geistigen und wirtschaftlichen Kräfte als höchstes Ziel verfolgt. Die Welt ist Zeuge gewesen, wie unermüdlich wir in dem Drange und den Wirren der letzten Jahre in erster Reihe standen, um den Völkern Europas einen Krieg zwischen Großmächten zu ersparen.

Die schwersten Gefahren, die durch die Ereignisse am Balkan heraufbeschworen waren, schienen überwunden. Da tat sich mit der Ermordung Meines Freundes, des Erzherzogs Franz Ferdinand, ein Abgrund auf. Mein hoher Verbündeter, der Kaiser und König Franz Joseph, war gezwungen, zu den Waffen zu greifen, um die Sicherheit seines Reichs gegen gefährliche Umtriebe aus einem Nachbarstaat zu verteidigen. Bei der Verfolgung ihrer berechtigten Interessen ist der verbündeten Monarchie das Russische Reich in den Weg getreten. An die Seite Österreichs-Ungarns ruft uns nicht nur unsere Bündnispflicht. Uns fällt zugleich die gewaltige Aufgabe zu, mit der alten Kulturgemeinschaft der beiden Reiche unsere eigene Stellung gegen den Ansturm feindlicher Kräfte zu schirmen.

Mit schwerem Herzen habe Ich Meine Armee gegen einen Nachbarn mobilisieren müssen, mit dem sie auf so vielen Schlachtfeldern gemeinsam gefochten hat. Mit aufrichtigem Leid sah Ich eine von Deutschland treu bewahrte Freundschaft zerbrechen. Die Kaiserlich Russische Regierung hat sich, dem Drängen eines unersättlichen Nationalismus nachgebend, für einen Staat eingesetzt, der durch Begünstigung verbrecherischer Anschläge das Unheil dieses Krieges veranlaßte. Daß auch Frankreich sich auf die Seite unserer Gegner gestellt hat, konnte uns nicht überraschen. Zu oft sind unsere Bemühungen, mit der Französischen Republik zu freundlicheren Beziehungen zu gelangen, auf alte Hoffnungen und alten Groll gestoßen.

Geehrte Herren! Was menschliche Einsicht und Kraft vermag, um ein Volk für die letzten Entscheidungen zu wappnen, das ist mit Ihrer patriotischen Hilfe geschehen. **Die Feindseligkeit, die im Osten und Westen seit langer Zeit um sich gegriffen hat, ist nun zu hellen Flammen aufgelodert. Die gegenwärtige Lage ging nicht aus vorübergehenden Interessenkonflikten oder diplomatischen Konstellationen hervor, sie ist das Ergebnis eines seit langen Jahren tätigen Übelwollens gegen Macht und Gedeihen des Deutschen Reiches.**

Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat, für uns und alle kommenden Geschlechter.

Aus den Schriftstücken, die Ihnen zugegangen sind, werden Sie ersehen, wie Meine Regierung und vor allem Mein Kanzler bis zum letzten Augenblick bemüht waren, das Äußerste abzuwenden. In aufgedrungener Notwehr mit reinem Gewissen und reiner Hand ergreifen wir das Schwert.

An die Völker und Stämme des Deutschen Reiches ergeht Mein Ruf, mit gesamter Kraft, in brüderlichem Zusammenstehen mit unseren Bundesgenossen, zu verteidigen, was wir in friedlicher Arbeit geschaffen haben. Nach dem Beispiel unserer Väter fest und getreu, ernst und ritterlich, demütig vor Gott und kampfesfroh vor dem Feind, so vertrauen wir der ewigen Allmacht, die unsere Abwehr stärken und zu gutem Ergebnis lenken wolle!

Auf Sie, geehrte Herren, blickt heute, um seine Fürsten und Führer geschart, das ganze deutsche Volk. Fassen Sie Ihre Entschlüsse einmütig und schnell – das ist Mein inniger Wunsch.

Gelöbniß der Volksvertreter.

Der Kaiser setzt der Thronrede folgendes hinzu:

„Sie haben gelesen, meine Herren, was Ich zu Meinem Volke vom Balkon des Schlosses aus gesagt habe. Ich wiederhole, Ich kenne keine Partei mehr, Ich kenne nur Deutsche (Stürmisches Bravo), und zum Zeugen dessen, daß Sie entschlossen sind, ohne Parteiunterschiede, ohne Standes- und Konfessionsunterschiede zusammenzuhalten mit Mir durch dick und dünn, durch Not und Tod, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und mir dies in die Hand zu geloben.“

*

*

*

Presse - Vossische Zeitung, Nr.391, Dienstag, 4. August 1914 – Abend - S.5

Ein Wort Wilhelm II.

Unter diesem Titel bringen die Pariser Zeitungen – wohl die letzten Exemplare, die in diesen Tagen den Weg über die Grenze nach Deutschland gefunden haben – eine charakteristische Äußerung des Kaisers. Leon Bailby teilt sie im „**Intransigeant**“ mit, aus besonderer Quelle will er sie erfahren haben. Als man den Deutschen Kaiser in den letzten Tagen der schwarz heraufziehenden politischen Wetterwolke dazu drängen wollte, den Gegnern zuvorzukommen und lieber gleich den Krieg zu erklären, antwortete Wilhelm II.: „Ehe man mich dazu bringt, den Mobilmachungsbefehl zu unterschreiben, wird man mich dreimal darum angehen müssen.“

Dazu bemerkt der Excelsior: „Dieser Satz zeigt besser als alle Schlußfolgerungen, wie sehr sich die Herren des Schicksals Europas über die Bedeutung dieser Tage bewußt sind.“ Die Pariser Blätter brachten diese Äußerung, die Deutschlands Friedensliebe spiegelt, noch vor dem Bekanntwerden der allgemeinen russischen Mobilmachung: heute würden die Blätter an der Seine dieses angebliche Kaiserwort ihren Lesern nicht mehr verraten.

Die Thronrede. [Kommentar].

Ernst, getragen vom Bewußtsein weltgeschichtlicher Verantwortung, durchweht vom Geist der Ehrlichkeit, faßt die Rede des Kaisers noch einmal zusammen, was alles sich in der kurzen Spanne Zeit seit der Ermordung des österreichischen Thronfolgers abgespielt hat, was alles seit Jahren vorangegangen ist, und was nun in den nächsten Monaten durch den Willen eines schwachen und verblendeten Selbstherrschers über die Menschheit hereinbrechen soll.

Mit Fug erinnert Kaiser Wilhelm II. an seine und seiner Regierung Bemühungen, den Völkern den Frieden zu sichern; der Wahrheit gemäß weist er die Verantwortung für den entbrennenden Weltkrieg dem Zaren zu, der russischen Regierung, dem „unersättlichen Nationalismus“ des Moskowitertums, dem Frankreich Heeresfolge leistet. Man wird dem Kaiser glauben, mit wie schwerem Herzen, mit wie aufrichtigem Leid er den Schritt tut, den ihm die Notwehr aufdrängt. Hat er nicht zu ungezählten Malen seine hingebende Freundschaft für Rußland, für den Zaren, für dessen Haus in beredten Worten bekundet, in entsprechenden Taten bekräftigt? Aber er hat recht, was heute geschieht, ist nicht die Frucht eines einzelnen Ereignisses, sondern des seit langen Jahren wühlenden Hasses gegen die Blüte und Macht des Deutschen Reiches auf der einen, der alten Hoffnungen, des alten Grolls auf der anderen Seite.

Rußlands Staatsmänner haben fortwährend Frankreich gemahnt, sich stark zu machen, Frankreichs Staatsmänner haben immerdar wie hypnotisiert nach dem Loch in den Vogesen gestarrt, **das Straßburg-Standbild auf dem Pariser Eintrachtsplatz mit Trauerflor umhüllt**, und an die Revanche gedacht, auch wenn sie nicht davon sprachen. **Dieser Krieg mußte kommen, weil er seit Jahrzehnten planmäßig vorbereitet wurde**; er wäre gekommen, auch wenn der Erzherzog Franz Ferdinand noch wandelt im rosigen Licht. Die Bluttat von Sarajewo, der Streit mit Serbien, es war nur der äußere Anlaß, nicht der innere Grund. Rußland glaubt die Zeit erfüllt; es bricht den Krieg vom Zaun. Hinterhältig, wie es in der auswärtigen Politik seit langem war, wollte es auch über die Mobilmachung Deutschland täuschen, um ihm in der Kriegsbereitschaft zuvorzukommen. Die deutsche Regierung aber hat sich nicht dämpfen lassen.

Wer wollte an der Richtigkeit der Beteuerung zweifeln, daß den deutschen Kaiser nicht Eroberungslust treibt, daß sein Gewissen rein, seine Hände rein sind? Das werden Freunde und Bundesgenossen und die unbefangenen Zuschauer und selbst die Feinde, soweit sie der Wahrheit die Ehre geben, anerkennen müssen. Der Kaiser erwähnt das „brüderliche Zusammenstehen mit unseren Bundesgenossen“. Nicht mit einem, sondern mit mehreren. Diese Wendung legt die Deutung nahe, daß man keinen Anlaß hat, die Bündnistreue Italien irgendwie in Frage zu stellen. Das ist erfreulich, wenn auch nur natürlich. Aber was immer auch in dem beispiellosen Völkerringen geschehen mag, das deutsche Volk wird wahr machen, was Bismarck am 6. Februar 1888 voraussagte:

„...Dann wird das ganze Deutschland von der Memel bis zum Bodensee, wie eine Pulvermine aufbrennen und von Gewehren starren, und es wird kein Feind wagen, mit diesem furor teutonicus, der sich dem Angriff entwickelt, es aufzunehmen.“

So ist es gegenwärtig. Es gibt, wie der Kaiser heut nochmals in markigen Worten nach der Thronrede wiederholte, keine Parteien, keine Gegensätze. In Nord und Süd, Jung und Alt, alles ist einig, alles empört über die heimtückische Taktik Rußlands, über den schnöden Angriff auf das deutsche Volk, und alles entschlossen, in diesem heiligen Krieg Gut und Blut einzusetzen für das teure deutsche Vaterland.

Der Reichstag wird diese Gesinnung bewahren, dem Wunsch des Kaisers entsprechen, insbesondere die Mittel für die Kriegsführung, bewilligen einmütig und schnell.

★

★

★

Reichtagsverhandlungen. II. Session 1914. – 1. Sitzung vom Dienstag, 4. August 1914, 3 Uhr.

Die Tribüne des Bundesrats und die Zuhörertribünen sind überfüllt. Bei Beginn der Sitzung ist der Sitzungssaal völlig gefüllt. Eine Anzahl von Abgeordneten trägt Uniform.

Am Tisch des Bundesrats: Reichskanzler von Bethmann Hollweg, Delbrück, Großadmiral von Tirpitz, von Jagow, Kühn, Lisco, Kraetke, preußischer Minister von Trott zu Solz, Sydow, Beseler, Lentze, von Schorlemer, von Breitenbach, von Loebell.

Um 3 ¼ Uhr **eröffnet Abg. Dr. Kaempf** die Sitzung mit folgenden Worten:

Nach §1 der Geschäftsordnung habe ich als Präsident der letzten Session die jetzige Session zu eröffnen. Ich tue dies hiermit, übernehme den Vorsitz und berufe zu vorläufigen Schriftführern die Abg. Fischer-Berlin, Engelen, Dr. Bärwinkel und Rogalla von Bieberstein; ich bitte die Herren zu meiner Seite Platz zu nehmen.

Nach §2 der Geschäftsordnung ist der Reichstag durch das Los in sieben Abteilungen zu teilen.

Abgeordneter Bassermann (nl.) [*nationalliberal*] beantragt, von der Verlosung des Reichstages in sieben Abteilungen und von deren Konstituierung Abstand zu nehmen.

Das Haus beschließt dementsprechend.

Es würde nunmehr nach der Geschäftsordnung der Namensaufruf vorzunehmen sein. Auch hiervon wird auf Vorschlag des Abg. **Dr. Spahn (Zentr.)** mit Rücksicht auf die augenscheinliche und auch vom Bureau festgestellte Beschlußfähigkeit des Hauses abgesehen.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird von der Wahl der Fachkommissionen vorläufig Abstand genommen; sollte eine Kommission notwendig sein, so wird man sich darüber später schlüssig machen.

Es ist eine Reihe von Petitionen eingegangen. Der Präsident bittet den Abgeordneten Schwabach, den früheren Vorsitzenden der Petitionskommission, die Berichterstattung zu übernehmen.

Abg. Graf von Westarp (dkon.) [*deutsch konservativ*] beantragt, die Wahl des Vorstandes sofort vorzunehmen und zum Präsidenten und zu Vizepräsidenten und zu Schriftführern diejenigen Herren, die am Schlusse der vorigen Session diese Ämter geführt haben, durch Zuruf wiederzuwählen. Gegen diesen Vorschlag wird von keiner Seite Widerspruch erhoben; die drei Präsidenten und die Schriftführer werden einstimmig wiedergewählt und nehmen sämtlich die Wahl mit Dank an.

Präsident Dr. Kaempf: Damit ist der Reichstag konstituiert. Ich werde nicht unterlassen, Seiner Majestät dem Kaiser von der Konstituierung des Hauses Kenntnis zu geben. Ich kann bereits mitteilen, daß Seine Majestät der Kaiser den Wunsch ausgesprochen hat, das Präsidium heute abend 7 Uhr zu empfangen und ich hoffe, daß ich in der Lage sein werde, alsdann Seiner Majestät Mitteilung zu machen, daß sämtliche Vorlagen, welche heute in der zweiten Sitzung beraten werden, Annahme gefunden haben.

Zu Quästoren beruft der Präsident die Abgg. Bassermann und Dr. von Savigny. Er fährt dann fort:

In der Zeit, wo der Reichstag nicht versammelt gewesen ist, hat er große, schwere Verluste erlitten. Seine Königliche Hoheit der Großherzog Adolf Friedrich von Mecklenburg-Strelitz und Seine Hoheit der Herzog Georg von Sachsen-Meiningen sind dahingeshieden. Ich habe nicht verfehlt, im Namen des Reichstages das innigste Beileid auszusprechen. Aus Anlaß des fluchwürdigen verbrecherischen Attentats auf Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit den Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin habe ich dem K.K. Botschafter von Österreich-Ungarn die Gefühle tiefsten Schmerzes und wärmste Anteilnahme namens des Reichstages ausgedrückt.

Der Reichstag hat die Abgg. von Massow (2 Königsberg) und Leser (17 Württemberg) durch den Tod verloren; das Haus ehrt ihr Andenken durch Erheben von den Plätzen.

Der Präsident macht darauf Mitteilung von den seit dem Schluß der vorigen Session eingetretenen Veränderungen im Mitgliederbestande des Hauses.

Das Verzeichnis der sämtlichen eingegangenen Vorlagen, die der Präsident bereits zur ersten Beratung gestellt hat, wird verlesen.

Reichskanzler Dr. von Bethmann Hollweg:

Ein gewaltiges Schicksal bricht über Europa herein. Seit wir uns das Deutsche Reich und Ansehen in der Welt erkämpften, haben wir 44 Jahre lang im Frieden gelebt und den Frieden Europas geschirmt. In friedlicher Arbeit sind wir stark und mächtig geworden und darum beneidet. Mit zäher Geduld haben wir es ertragen, wie

unter dem Vorwande, daß Deutschland kriegslüstern sei, in Ost und West Feindschaft genährt und Fesseln gegen uns geschmiedet wurden. Der Wind, der da gesät wurde, geht jetzt als Sturm auf. Wir wollten in friedlicher Arbeit weiterleben, und wie ein unausgesprochenes Gelübde ging es vom Kaiser bis zum jüngsten Soldaten: nur zur Verteidigung einer gerechten Sache soll unser Schwert aus der Scheide fliegen. (Lebhaftes Bravo!) Der Tag, da wir es ziehen müssen, ist erschienen gegen unseren Willen, gegen unser redliches Bemühen. Rußland hat die Brandfackel an das Haus gelegt. (Stürmische Rufe: Sehr richtig!) Wir stehen in einem erzwungenen Kriege mit Rußland und Frankreich.

Meine Herren, eine Reihe von Schriftstücken, zusammengestellt in dem Drang der sich überstürzenden Ereignisse, ist Ihnen zugegangen. Lassen Sie mich die Tatsachen herausheben, die unsere Haltung kennzeichnen. Vom ersten Augenblick des österreichisch-serbischen Konflikts an erklären und wirken wir dahin, daß dieser Handel auf Österreich-Ungarn und Serbien beschränkt bleiben müsse. Alle Kabinette, insonderheit auch England, vertreten denselben Standpunkt. Nur Rußland erklärt, daß es bei der Austragung dieses Konfliktes mitreden müsse. Damit erhebt die Gefahr europäischer Verwicklung ihr drohendes Haupt. Sobald die ersten bestimmten Nachrichten über militärische Rüstungen in Rußland vorliegen, lassen wir in Petersburg freundschaftlich aber nachdrücklich erklären, daß kriegerische Maßnahmen gegen Österreich uns an der Seite unseres Bundesgenossen finden würden (stürmischer Beifall), und daß militärische Vorbereitung gegen uns selbst zu Gegenmaßregeln zwingen würden. (Erneuter lebhafter Beifall). Mobilmachung aber sei nahe am Kriege. Rußland beteuert uns in feierlicher Weise seinen Friedenswunsch (stürmische Rufe: Hört! hört!), und daß es keine militärischen Vorbereitungen gegen uns treffe. (Bewegung)

Inzwischen sucht England zwischen Wien und Petersburg zu vermitteln, wobei es von uns warm unterstützt wird. (Hört! hört! und Bravo!) Am 28. Juli bittet der Kaiser telegraphisch den Zaren, er möge bedenken, daß Österreich-Ungarn das Recht und die Pflicht habe, sich gegen die großserbischen Umtriebe zu wehren, die seine Existenz zu unterhöhlen drohten. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen). Der Kaiser weist den Zaren auf die solidarischen monarchischen Interessen gegenüber der Freveltat von Sarajewo hin. Er bittet ihn, ihn persönlich zu unterstützen und den Gegensatz zwischen Wien und Petersburg auszugleichen. Ungefähr zu der selben Stunde und vor Empfang des Telegramms bittet der Zar seinerseits den Kaiser um seine Hilfe, er möge doch in Wien zur Mäßigung raten. Der Kaiser übernimmt die Vermittlerrolle. Aber kaum ist die von ihm angeordnete Aktion im Gange, so mobilisiert Rußland alle seine gegen Österreich-Ungarn gerichteten Streitkräfte. (Lebhafter Ruf: Hört! hört! Unerhört! Pfui!) Österreich-Ungarn selbst aber hatte nur seine Armeekorps, die unmittelbar gegen Serbien gerichtet sind, mobilisiert. Gegen Norden zu nur zwei Armeekorps und fern von der russischen Grenze. (Hört! hört! rechts) Der Kaiser weist den Zaren sofort darauf hin, daß durch diese Mobilmachung der russischen Streitkräfte gegen Österreich die Vermittlerrolle, die er auf Bitten des Zaren übernommen hatte, erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht würde.

Trotzdem setzten wir in Wien unsere Vermittlungsaktion fort, und zwar in Formen, welche bis an das Äußerste dessen gehen, was mit unserem Bundesverhältnis noch verträglich war. (Hört, hört! rechts und im Zentrum) Während der Zeit erneuert Rußland spontan seine Versicherungen, daß es gegen uns keine militärischen Vorbereitungen treffe. (Hört, hört! Pfui) Es kommt der 31. Juli! In Wien soll die Entscheidung fallen. Wir haben es bereits durch unsere Vorstellungen erreicht, daß Wien in dem eine Zeitlang nicht mehr im Gange befindlichen direkten Verkehr die Aussprache mit Petersburg wieder aufgenommen hat. (Hört, hört! rechts und im Zentrum). Aber noch bevor die letzte Entscheidung in Wien fällt, kommt die Nachricht, daß Rußland seine gesamte Wehrmacht, also auch gegen uns mobil gemacht hat. (Hört, hört! rechts und im Zentrum). Die russische Regierung, die aus unseren wiederholten Vorstellungen wußte, was Mobilmachung an unserer Grenze bedeutet, notifiziert uns diese Mobilmachung nicht, gibt uns zu ihr auch keinerlei erklärenden Aufschluß. (Hört, hört!)

Erst am Nachmittag des 31. trifft ein Telegramm des Zaren beim Kaiser ein, in dem er sich dafür verbürgt, daß seine Armee keine provokatorische Haltung gegen uns einnehmen würde. (Hört, hört! und Heiterkeit) Aber die Mobilmachung an unserer Grenze ist schon seit der Nacht vom 30. zum 31. Juli in vollem Gange. Während wir auf russisches Bitten in Wien vermitteln, erhebt sich die russische Wehrmacht an unserer langen, fast ganz offenen Grenze und Frankreich mobilisiert zwar noch nicht, aber trifft doch, wie es zugeht, militärische Vorbereitungen.

Und wir – wir hatten absichtlich bis dahin keinen Reservemann einberufen, dem europäischen Frieden zuliebe. (Lebhaftes Bravo.) Sollten wir jetzt weiter geduldig warte, bis etwa die Mächte, zwischen denen wir eingeklemt sind, den Zeitpunkt zum Losschlagen wählten? (Vielfache Rufe: Nein, nein!) Dieser Gefahr Deutschland auszusetzen, wäre ein Verbrechen gewesen! (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.) Darum fordern wir noch am 31. Juli von Rußland die Demobilisierung, als einzige Maßregel, welche noch den europäischen Frieden retten könnte. (Sehr richtig!) Der Kaiserliche Botschafter in Petersburg erhält ferner den

Auftrag, der russischen Regierung zu erklären, daß wir im Falle der Ablehnung unserer Forderung den Kriegszustand als eingetreten betrachten müßten.

Der Kaiserliche Botschafter hat diesen Auftrag ausgeführt. Wie Rußland auf unsere Forderung der Demobilisierung geantwortet hat, wissen wir heute noch nicht. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Telegraphische Meldungen darüber sind nicht bis an uns gelangt (Hört, hört!), obwohl der Telegraph weit unwichtigere Meldungen noch übermittelte. (Erneute lebhaft Rufe: Hört, hört!)

So sah sich, als die gestellte Frist längst verstrichen war, der Kaiser am 1. August, Nachmittags 5 Uhr, genötigt, unsere Wehrmacht mobil zu machen. (Lebhaftes Bravo.)

Zugleich mußten wir uns versichern, wie sich Frankreich stellen würde. Auf unsere bestimmte Frage, ob es sich im Falle eines deutsch-russischen Krieges neutral halten würde, hat uns Frankreich geantwortet, es werde tun, was ihm seine Interessen geböten. (Lachen.) Das war eine ausweichende Antwort auf unsere Frage, wenn nicht eine Verneinung unserer Frage. (Sehr wahr!)

Trotzdem gab der Kaiser den Befehl, daß die französische Grenze unbedingt zu respektieren sei. Dieser Befehl wurde strengsten befolgt, bis auf eine einzige Ausnahme. Frankreich, das zur selben Stunde wie wir mobil machte, erklärte uns, es werde eine Zone von 10 Kilometer an der Grenze respektieren. (Hört, hört! rechts) Und Was geschah in Wirklichkeit? Bombenwerfende Flieger, Kavalleriepatrouillen, auf reichländisches Gebiet eingebrochene französische Kompagnien! (Hört, hört!) Damit hat Frankreich, obwohl der Kriegszustand noch nicht erklärt war, den Frieden gebrochen (Mehrseitige Rufe: Sehr richtig!) und uns tatsächlich angegriffen. (Sehr richtig!)

Was jene Ausnahme betrifft, so habe ich vom Chef des Generalstabs folgende Meldung erhalten:

Von den französischen Beschwerden über Grenzverletzungen unsererseits ist nur eine einzige zuzugeben. Gegen den ausdrücklichen Befehl hat eine, anscheinend von einem Offizier geführte Patrouille des 14. Armeekorps am 2. August die Grenze überschritten. Sie ist scheinbar abgeschossen, nur ein Mann ist zurückgekehrt. Aber lange bevor diese einzige Grenzüberschreitung erfolgte, haben französische Flieger bis nach Süddeutschland hinein auf unsere Bahnlinien Bomben abgeworfen. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!), haben am Schluchtpaß französische Truppen unsere Grenzschutztruppen angegriffen. Unsere Truppen haben sich dem Befehle gemäß, zunächst gänzlich auf die Abwehr beschränkt.

So weit die Meldung des Generalstabs.

Meine Herren, wir sind jetzt in der Notwehr (Lebhafte Zustimmung); und Not kennt kein Gebot! (Lebhaftes Bravo.) Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt (Lebhaftes Bravo.), vielleicht schon belgisches Gebiet betreten. (Lebhaftes Bravo.) Meine Herren, das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens respektieren zu wollen, solange der Gegner sie respektiert. Wir wußten aber, daß Frankreich zum Einfall bereit stand. (Hört, hört! rechts.) Frankreich konnte warten, wir aber nicht! Ein französischer Einfall in unsere Flanke am unteren Rhein hätte verhängnisvoll werden können. (Lebhafte Zustimmung.) So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen. (Sehr richtig!) Das Unrecht – ich spreche offen -, das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. (Bravo!) Wer so bedroht ist, wie wir, und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut! (Anhaltender stürmischer Beifall und Händeklatschen auf allen Seiten des Hauses.)

Meine Herren, wir stehen Schulter an Schulter mit Österreich-Ungarn. Was die Haltung Englands betrifft, so haben die Erklärungen, die Sir Edward Grey gestern im englischen Unterhaus abgegeben hat, den Standpunkt klargelegt, den die englische Regierung einnimmt. Wir haben der englischen Regierung die Erklärung abgegeben, daß, solange sich England neutral verhält, unsere Flotte die Nordküste Frankreichs nicht angreifen wird, und daß wir die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit Belgiens nicht antasten werden. Diese Erklärung wiederhole ich hiermit vor aller Welt (Hört, hört!), und ich kann hinzusetzen, daß, solange England neutral bleibt, wir auch bereit wären, im Falle der Gegenseitigkeit keine feindlichen Operationen gegen die französische Handelsschiffahrt vorzunehmen. (Bravo!)

Mein Herren, soweit die Hergänge. Ich wiederhole das Wort des Kaisers: „Mit reinem Gewissen zieht Deutschland in den Kampf!“ (Bravo!) Wir kämpfen um die Früchte unserer friedlichen Arbeit, um das Erbe einer großen Vergangenheit und um unsere Zukunft. Die 50 Jahre sind noch nicht vergangen, von denen Moltke sprach, daß wir gerüstet dastehen müßten, um das Erbe, um die Errungenschaften von 1870 zu verteidigen. Jetzt hat die große Stunde der Prüfung für unser Volk geschlagen. Aber mit heller Zuversicht sehen wir ihr entgegen. (Stürmischer Beifall) Unsere Armee steht im Felde, unsere Flotte ist kampfbereit -, hinter ihr das

ganze deutsche Volk! (Andauernder lebhafter Beifall und Händeklatschen auf allen Seiten des Hauses und auf den Tribünen. – Der Reichstag erhebt sich.) – Das ganze deutsche Volk bis auf den letzten Mann! (Wiederholter stürmischer Beifall.)

Sie meine Herren, kennen Ihre Pflicht in ihrer ganzen Größe. Die Vorlagen bedürfen keiner Begründung mehr. Ich bitte um ihre schnelle Erledigung. (Stürmischer Beifall.)

Zwischenbemerkung:

In der am 2. August abends von dem deutschen Gesandten in Brüssel, Herrn von Below-Saleske, überreichten Note (Belgisches Graubuch Nr.20) hieß es: „Der Kaiserlichen Regierung liegen zuverlässige Nachrichten vor über den beabsichtigten Aufmarsch französischer Streitkräfte an der Maasstrecke Givet-Namur. Sie lassen keinen Zweifel über die Absicht Frankreichs, durch belgisches Gebiet gegen Deutschland vorzugehen.“ Im gleichen Sinn hat sich der Reichskanzler am 13. September in einer Mitteilung an das Ritzausche Telegraphenbureau in Kopenhagen geäußert: „Wir wissen genau, daß der französische Kriegsplan einen Durchmarsch durch Belgien für einen Angriff auf die ungeschützten Rheinlande vorsah.“ Deutscher Geschichtskalender 1914, Bd.2, S.217. Von französischer Seite sind diese Angaben bestritten worden. - in: Bethmann Hollwegs Kriegsreden, 1919, S.9

Präsident Dr. Kaempf: Der Ernst der Lage, über den niemand unter uns sich mehr hat täuschen können, ist in seinem vollsten Umfange und in seiner vollen Schwere in den Worten unseres Herrn Reichskanzlers zum Ausdruck gekommen. Wir befinden uns mächtigen Gegnern gegenüber, die uns von rechts und links bedrohen, ohne Kriegserklärung über unsere Grenzen hereingebrochen sind und die uns den Kampf zur Verteidigung unseres Vaterlandes aufgezwungen haben. Wir sind uns bewußt, daß der Krieg, in den zu ziehen wir gezwungen sind, ein Kampf der Abwehr ist, gleichzeitig aber auch für Deutschland ein Kampf um die höchsten geistigen und materiellen Güter der Nation, ein Kampf auf Leben und Tod, ein Kampf um unsere ganze Existenz.

Der Augenblick, in dem der Reichstag sich anschickt, angesichts des Ausbruches des Krieges die Gesetze zu votieren, die für den Krieg und für das Wirtschaftsleben der Nation während des Krieges die sichere Grundlage zu bieten bestimmt sind, ist ein feierlicher und tiefster, zu gleicher Zeit aber auch ein unendlich großer und erhebender. Schwere Lasten müssen dem Volk auferlegt, schwere Opfer von jedem einzelnen gefordert werden; aber es gibt niemand im ganzen Deutschen Reiche, der nicht ein volles Verständnis hätte für das, was auf dem Spiel steht und freudig diese Lasten übernimmt, freudig bereit ist, diese Opfer dem Vaterlande darzubringen. Die Begeisterung, die wie Sturm durch das ganze Land braust, ist uns Zeuge davon, daß das ganze deutsche Volk Gut und Blut zu opfern gewillt ist für die Ehre des Deutschen Reiches. Niemals hat das Volk einmütiger zusammengestanden als heute.

Auch diejenigen, die sonst sich grundsätzlich als Gegner des Krieges bekennen, eilen zu den Fahnen. Ihre Vertreter im Reichstage bewilligen ungesäumt die für die Verteidigung des Reiches notwendigen Mittel.

Die Gesamtheit des Volkes steht somit fest und brüderlich ein für die Sühne des uns zugefügten Unrechtes und für die Abwehr des uns aufgezwungenen Kampfes. Wir wissen uns hierbei eins mit den verbündeten Regierungen. Wir alle, Regierungen und Volk, haben nur den einen Gedanken: Ehre, Wohlfahrt und Größe des Deutschen Reiches. So zieht das Volk in Waffen im Bewußtsein seiner Stärke hinaus in den heiligen Kampf, alt und jung von gleicher Begeisterung durchdrungen. Aus den Augen unserer Brüder und Söhne blickt der alte deutsche Kampfesmut. Siegesfroh und siegesgewiß stehen wir zur Leitung unseres Heeres und unserer Marine; die Einmütigkeit der ganzen Nation, die Stärke des Volkes in Waffen, die Kaltblütigkeit der Heeres- und Marineleitung verbürgen den Sieg in dem Kampfe, den wir mit dem Bewußtsein der Gerechtigkeit unserer Sache führen zur Verteidigung der Ehre und Größe unseres Vaterlandes. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen auf allen Seiten des Hauses und auf den Tribünen.)

Der Präsident schlägt darauf vor, die Sitzung jetzt zu schließen und die nächste Sitzung um 5 Uhr Nachmittags zur Beratung der Vorlagen abzuhalten. Das Haus stimmt dem Vorschlage zu.

Schluß 3 Uhr 50 Minuten.

2. Sitzung vom Dienstag, 4. August 1914, 5 Uhr

Präsident Kaempf eröffnet die Sitzung um 5 Uhr 20 Minuten mit der Mitteilung, daß einige Herren sich entschuldigt haben, teil, weil sie zu den Fahnen einberufen sind, teils, weil sie die Anschlüsse zu ihren Zügen nicht mehr erreichen konnten. Zur ersten Beratung steht zunächst der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1914, wodurch der Reichskanzler ermächtigt wird, zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von 5 Milliarden Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen. Auf Vorschlag des Präsidenten wird mit dieser ersten Beratung die erste Beratung sämtlicher übrigen vorliegenden Gesetzentwürfe unter allgemeinem Beifall verbunden.

Abg. Haase (Soz.) *[Sozialdemokraten]* verliest eine Erklärung seiner Parteifreunde *[s.u.]*, wonach sie ungeachtet ihrer prinzipiellen Stellung zum Kriege die geforderten Kredite bewilligen werden und worin sie weiter erklären, daß sie die in den Kampf ziehenden Brüder ohne Unterschied der Partei mit ihren heißen Wünschen begleiten. Diese letzte Erklärung wird von allen Seiten des Hauses mit lebhaftem Beifall begleitet.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; es schließt die erste Beratung. Da eine Verweisung an eine Kommission nicht beantragt ist, tritt das Haus sofort in die zweite Beratung des Gesetzentwurfes ein. Derselbe wird unter großem Beifall unverändert angenommen. Ohne jede Debatte werden ferner die Gesetzentwürfe:

- 1) Entwurf eines Darlehnskassengesetzes,
- 2) Gesetzentwurf betreffend die Erhöhung der Unterstützungen von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften,
- 3) Gesetzentwurf über die Verlängerung der Fristen der Wechsel und Scheckrechte im Falle kriegerischer Ereignisse,
- 4) Gesetzentwurf betreffend Ausnahmen von Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter,
- 5) Gesetzentwurf betreffend die Ergänzung der Reichsschuldenordnung,
- 6) Gesetzentwurf betreffend Änderung des Münzgesetzes,
- 7) Gesetzentwurf betreffend die Reichskassenscheine und die Banknoten,
- 8) Gesetzentwurf betreffend die Änderung des Bankgesetzes,
- 9) Gesetzentwurf betreffend den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen,
- 10) Gesetzentwurf betreffend die Abwicklung von börsenmäßigen Zeitgeschäften in Waren,
- 11) Gesetzentwurf betreffend Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung,
- 12) Gesetzentwurf betreffend Höchstpreise,
- 13) Gesetzentwurf betreffend die Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen,
- 14) Gesetzentwurf betreffend die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung,
- 15) Gesetzentwurf über die Kriegsversorgung von Zivilbeamten,
- 16) Gesetzentwurf betreffend vorübergehende Einfuhrerleichterungen,

in zweiter Lesung angenommen.

Auf Vorschlag des **Abg. Dr.Spahn (Zentr.)** tritt das Haus sofort in die dritte Lesung sämtlicher Gesetzentwürfe ein. Ohne jede General- und Spezialdiskussion werden sämtliche Gesetzentwürfe in einer Abstimmung unverändert en bloc einstimmig angenommen. Die Verkündigung des Abstimmungsresultats wird vom ganzen Hause und von sämtlichen Tribünen mit minutenlangem begeisterten und stürmischen Beifall begrüßt.

Präsident Dr.Kaempf: Auf Ihren Plätzen finden Sie den Antrag auf Vertagung des Reichstages bis zum 24. November dieses Jahres. Die Beratung kann sofort erfolgen. Sie wird eine einmalige sein. Ich eröffne die Diskussion, es meldet sich niemand zum Wort, ich schließe die Diskussion und bitte das Haus, wenn es der Vertagung seine Zustimmung erteilen will, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Über die eingegangenen Petitionen, die sich in der Hauptsache auf die Erweiterung des Kreises der Unterstützungsberechtigten bei der Einberufung von Militärpflichtigen sowie die Gewährung eines Moratoriums richten, berichtet

Abg. Schwabach (nl.) *[nationalliberal]* Er beantragt die Überweisung der Petition an den Reichskanzler zur Berücksichtigung.

Das Haus stimmt dem Antrag zu.

Präsident Dr.Kaempf: Die Tagesordnung ist erledigt. Damit ist unsere Arbeit beendet mit der Schnelligkeit, die der Ernst der Lage erfordert. (Die sämtlichen Mitglieder des Hauses einschließlich der Tribünen erheben sich.) Wir haben die Mittel bewilligt, die bestimmt sind, für den Krieg und für das

wirtschaftliche Leben während des Krieges die nötige Sicherheit zu schaffen. Viele von unseren Herrn Kollegen ziehen mit hinaus in den Kampf um die Ehre des Vaterlandes. Unter uns ist keiner, der nicht von einem oder mehreren Söhnen und sonstigen Familienmitgliedern Abschied nehmen müßte, und unsere ernsten und innigsten Segenswünsche begleiten sie alle auf dem schweren, aber ehrenvollen Gange in den heiligen Kampf. (Lebhafter Beifall.) Unsere Segenswünsche begleiten unser ganzes Heer, unsere ganze Marine. (Lebhafter Beifall.) Wir sind des felsenfesten Vertrauens, daß die Schlachtfelder, die mit dem Blute unserer Helden getränkt werden, eine Saat hervorbringen werden, die dazu berufen ist, eine Frucht zu tragen, so schön, wie wir sie nur denken können, die Frucht neuer Blüte, neuer Wohlfahrt, neuer Macht des deutschen Vaterlandes. (Lebhafter Beifall.)

Reichskanzler Dr. von Bethmann Hollweg:

Meine Herren! Am Schlusse dieser kurzen, aber ernsten Tagung ein kurzes Wort. Nicht nur das Gewicht Ihrer Beschlüsse gibt dieser Tagung ihre Bedeutung, sondern der Geist, aus dem heraus diese Beschlüsse gefaßt sind, der Geist der Einheit Deutschlands, des unbedingten, rückhaltlosen, gegenseitigen Vertrauens auf Leben und Tod. (Bravo!) Was uns auch beschieden sein mag, der 4. August 1914 wird bis in alle Ewigkeit hinein einer der größten Tage Deutschlands sein. (Lebhafter Beifall.) Seine Majestät der Kaiser und seine Hohen Verbündeten haben mir den Auftrag gegeben, dem Reichstage zu danken.

Ich habe eine Allerhöchste Verordnung dem Hause mitzuteilen:

Die Botschaft lautet:

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen auf Grund des Artikels 12 und 26 der Verfassung, mit Zustimmung des Reichstages, im Namen des Reiches was folgt:

§1. der Reichstag wird bis zum 24. November 1914 vertagt.

§2. Der Reichskanzler wird mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin im Schloß, am 4. August 1914. Wilhelm

(gegengez.) Delbrück.

Ich habe die Ehre diese Urkunde Ihrem Herrn Präsidenten zu überreichen.

(Der Reichskanzler überreicht die Urkunde dem Präsidenten Dr. Kaempf, der sie mit einer Verbeugung entgegennimmt.)

Präsident Dr. Kaempf: Meine Herren! Nach diesen Worten des Herrn Reichskanzlers bleibt uns nur übrig, nochmals zu beteuern, daß das deutsche Volk einig ist bis auf den letzten Mann, zu siegen oder zu sterben auf dem Schlachtfelde für die deutsche Ehre und für die deutsche Einheit. (Lebhafter allseitiger Beifall.) Wir trennen uns mit dem Rufe: Seine Majestät der Deutsche Kaiser, Volk und Vaterland leben hoch, hoch, hoch! (Die sämtlichen Mitglieder des Hauses, die während des ganzen letzten Teils der Sitzung, einschließlich der Sozialdemokraten, stehen geblieben sind, stimmen mit Ausnahme der letzteren dreimal begeistert in das Hoch ein. Die Sozialdemokraten bleiben auch während des Hochs stehen.) Die Sitzung ist geschlossen. (In dem Saal und auf den Tribünen erschallt nochmals lebhaftes Händeklatschen.)

Schluß 5 Uhr 50 Minuten

*

*

*

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 392 – Mittwoch, 5. August 1914 – Morgen - S.4

Reichstagssitzung am Dienstag, 4. August 1914, 2. Teil, 17 Uhr.

Erklärung der Sozialdemokraten.

Als einziger Redner zu sämtlichen Vorlagen erhält das Wort der Abg. Haase (Soz.):

Im Auftrage meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben: Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Aera des Wettrüstens herbeigeführt wurde und die Gegensätze zwischen den Völkern sich verschärften, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu, wir lehnen sie ab. Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft, und noch bis in die letzten Stunden hinein hat sie durch machtvolle Kundgebungen in allen Ländern, namentlich im Einvernehmen mit den französischen Brüdern (Beifall der Soz.) für Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt. Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen. Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse

feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel. Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen sind. Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei. (Lebhafter Beifall). Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und Kinder, die ihres Ernährers beraubt sind, denen zu der Angst um ihre Lieben die Schrecken des Hungers drohen. Zu ihnen werden sich bald Zehntausende verwundeter und verstümmelter Kämpfer gesellen. Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermeßliche Not zu lindern, erachten wir als zwingende Pflicht. (Lebhafter Beifall.) Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Siege des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. (Stürmischer Beifall) Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. (Lebhafter Beifall.) Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich! (Lebhaftes Beifallsbekundungen.) Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jeden Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir in Uebereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist, und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Wir fordern dies nicht nur im Interesse der von uns stets verfochtenen internationalen Solidarität, sondern auch im Interesse des deutschen Volkes. Wir hoffen, daß die grausame Schule des Kriegsleiden in neuen Millionen den Abscheu vor dem Kriege wecken und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird. Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kredite (Lebhafter Beifall.)

*

*

*

Presse - Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Nr.181, Mittwoch, 5. August 1914, S. 10

Die englische Kriegserklärung.

Berlin, 4. August. Heute nachmittag, kurz nach der Rede des Reichskanzlers, in der bereits der durch das Betreten belgischen Gebietes begangene Verstoß gegen das Völkerrecht freimütig anerkannt und der Wille des Deutschen Reiches, die Folgen wieder gut zu machen, erklärt war, erschien der großbritannische Botschafter Sir Edward Goschen im Reichstag, um dem Staatssekretär von Jagow eine Mitteilung seiner Regierung zu machen. In dieser wurde die deutsche Regierung um alsbaldige Antwort auf die Frage ersucht, ob sie die Versicherung abgeben könne, daß keine Verletzung der belgischen Neutralität stattfinden würde. Staatssekretär von Jagow erwiderte sofort daß dies nicht möglich sei, und setzte nochmals die Gründe auseinander, die Deutschland zwingen, sich gegen einen Einfall einer französischen Armee durch Betreten belgischen Bodens zu sichern. Kurz nach 7 Uhr erschien der großbritannische Botschafter im Auswärtigen Amt, um den Krieg zu erklären und seine Pässe zu fordern.

Wie wir hören, hat die deutsche Regierung die Rücksicht auf die militärischen Erfordernisse allen anderen Bedenken vorangestellt, obgleich damit gerechnet werden mußte, daß dadurch für die englische Regierung Grund oder Vorwand zur Einmischung gegeben sein würde.

*

*

*

Presse - Posener Tageblatt, Nr. 362, Mittwoch, 5. August 1914 – Mittag - S.2

Auch England hat Deutschland den Krieg erklärt.

Berlin, 5. August. (W.T.B.) Gestern abend kurz nach sieben Uhr erschien der englische Botschafter Goschen auf dem Auswärtigen Amt, um Deutschland den Krieg zu erklären und seine Pässe zu fordern.

Auch unsere großbritannischen „Vettern“ halten also die Zeit für gekommen, über uns herzufallen, um uns im Verein mit dem Zweibunde möglichst „kleinzukriegen“ und uns nicht nur aus der Weltpolitik auszuschalten, sondern vor allem als Rivalen am Weltmarkt zu verdrängen. Wir stehen also beinahe vor einer Situation wie Friedrich d.Gr., nur daß das heutige Deutschland nicht mehr das damalige kleine Preußen ist, und daß wir die Österreicher nicht als Feinde haben, wie damals Preußen, sondern als Verbündete. Hoffentlich erinnert sich nun auch Italien endlich seiner Bundespflichten!

Unsere Feinde wollen ein Kesseltreiben gegen uns veranstalten, um unsere nationale Existenz zu vernichten. Aber noch lebt der alte Gott, der unsere gerechte Sache führen wird. Ist der alte Fritz mit halb Europa im Kriege fertig geworden, so wird Deutschland im Bunde mit Österreich mit seinen Feinden auch fertig werden. Freilich gilt nun, alle Kräfte einzusetzen. Siegen wir aber diesmal, dann hat sich Deutschland ein für alle Mal in der Welt durchgesetzt. Die Tragweite der englischen Kriegserklärung kann natürlich gar nicht ernst

genug eingeschätzt werden. Aber wir haben das Vertrauen in unsere Flotte, daß sie sich selbst dieses ernstesten Gegners ruhmreich erwehren wird. Nun hat sie zum ersten Mal Gelegenheit, im Großen zu zeigen, was sie vermag. Möge der allgerechte Gott sie wie unser Landherr zu glorreichen Siegen führen!

Die Stunde der Abrechnung mit allen unseren Feinden, Hassern und Neidern hat geschlagen. Nun darf jedes deutsche Herz nur einen Gedanken haben: Alles fürs Vaterland! Wir ziehen im Vertrauen auf unsere gerechte Sache ins Feld mit dem Wahlspruch: Mit Gott für Kaiser und Reich!

*

*

*

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9189, Mittwoch, 5. August 1914 – S.13

Die Kriegserklärung Englands. Der englische Botschafter in Berlin fordert seine Pässe.

Berlin, 4. August, mitternachts. Das „**Wolffsche Bureau**“ meldet: Kurz nach 7 Uhr abends erschien der englische Botschafter Sir Edward Goschen im Auswärtigen Amte, um den Krieg zu erklären und seine Pässe zu fordern.

*

*

*

England hat also Deutschland den Krieg erklärt.

Die Rede Greys, mit der gestern diese EntschlieÙung der englischen Regierung präludiert wurde, konnte niemand von der Stichhaltigkeit der englischen Gründe überzeugen.

Die Berufung auf die durch England gewährleistete Integrität Belgiens ist – wie bereits im Morgenblatte angedeutet wurde – ein Vorwand, denn Deutschland hatte sich ja gerade verpflichtet, diese Integrität auch seinerseits zu garantieren. Grey sprach vorgestern immer davon, daß England verpflichtet sei, Frankreich und Rußland zu unterstützen, wenn sie von dritter Seite angegriffen würden, allein, er sagte kein Wort darüber, daß Rußland und Frankreich die angreifenden Teile sind.

Wir zweifeln nicht daran, daß England in einem früheren Stadium aufrichtig bemüht war, den Krieg zu lokalisieren, seit dem Bruche des Friedens durch Rußland war es aber entschlossen, das Kriegstheater noch zu erweitern, sei es, daß doch geheime Verträge vorliegen, sei es, daß das englische Kabinett den Zeitpunkt für günstig hält, Deutschlands Stellung auf dem Weltmarkte zu vernichten. – Daß es selbst die gleiche Gefahr läuft, haben wir bereits gesagt. – König Eduards Saat geht auf im Zeichen serbischer Mörderpolitik.

[09.Dezember 1918, Lord Haldane: „Wir haben am Montag, den 3. August 1914, um 11 Uhr vormittags, mobilisiert, 36 Stunden, bevor wir den Krieg erklärten. Wenige Stunden nach der Kriegserklärung war das Expeditionskorps über dem Kanal, bevor noch jemand etwas wußte.“ – Tiroler Anzeiger, Nr.283, 10.12.1918]

*

*

*

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 392 - Mittwoch, 05.August 1914 - Morgen – S.1

England erklärt Deutschland den Krieg.

Halbamtlich wird mitgeteilt: „Heute, Dienstag nachmittag, kurz nach der Rede des Reichskanzlers, in der bereits durch das Betreten belgischen Gebiets begangene Verstoß gegen das Völkerrecht freimütig anerkannt und der Wille des Deutschen Reiches, die Folgen wieder gut zu machen, erklärt war, erschien der großbritannische Botschafter Sir Edward Goschen im Reichstag, um dem Staatssekretär v. Jagow eine Mitteilung seiner Regierung zu machen. In dieser wurde die deutsche Regierung um alsbaldige Antwort auf die Frage ersucht, ob sie die Versicherung geben könne, daß keine Verletzung der belgischen Neutralität stattfinden würde. Der Staatssekretär v. Jagow erwiderte sofort, daß diese nicht möglich sei, und setzte nochmals die Gründe auseinander, die Deutschland zwingen, sich gegen einen Einfall einer französischen Armee durch Betreten belgischen Bodens zu sichern. Kurz nach 7 Uhr erschien der großbritannische Botschafter im Auswärtigen Amt, um den Krieg zu erklären und seine Pässe zu fordern. Wie wir hören, hat die deutsche Regierung die Rücksicht auf die militärischen Erfordernisse allen Bedenken vorangestellt, obgleich damit gerechnet werden mußte, daß dadurch für die englische Regierung Grund oder Vorwand zur Einmischung gegeben sein würde.“

T.W. Schon das – unvollständige – Telegramm über die Rede Sir Edward Greys, das wir in der Nacht zu gestern aus London erhalten hatten und in unserer gestrigen Morgennummer veröffentlichten, ließ erkennen, daß die englische Regierung zum Anschluß an Rußland und Frankreich und zum Krieg gegen Deutschland entschlossen sei. Es war die einzige Meldung über das Ereignis, die hierher gelangt war. Wenn dieses der Zensur entschlüpfte Bruchstück eines Telegramms noch einen Zweifel bestehen ließ, so mußte der ausführliche halbamtliche Bericht, der endlich gestern spätnachmittag vorlag, diesen Zweifel zerstreuen.

Um 8 Uhr abends wußte man an den leitenden Stellen und in diplomatischen Kreisen, daß der englische Botschafter Sir Edward Goschen soeben den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Jagow, besucht und seine Pässe gefordert habe. Der Botschafter hatte zum ersten Mal um halb sechs, unmittelbar nach der Reichstagssitzung, im Auswärtigen Amte vorgesprochen und jene Anfrage mitgeteilt, die das halbamtliche Communiqué erwähnt. Da er seine Instruktionen schon vorher erhalten haben muß, scheint es, daß nur ein loser Zusammenhang zwischen diesem Schritt und der gestrigen Rede des Reichskanzlers besteht.

Liest man die gestrige Rede des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg und dazu die Rede Greys, so sieht man deutlich, wie die Dinge sich entwickelt haben, und was dem entscheidenden Schritte Englands vorausgegangen ist. Die englische Regierung hat ihre Neutralität von der Erfüllung ganz bestimmter Forderungen abhängig gemacht und die deutsche Regierung ist nicht in der Lage gewesen, alle diese Forderungen zu erfüllen. Sir Edward Grey hat besonders verlangt, daß die deutsche Armee in ihrem Kampf gegen Frankreich das Gebiet der neutralen Staaten Belgien und Holland respektiere, und die deutsche Regierung, die der holländischen Zusicherungen gegeben hat – und die französische Nordküste zu schonen versprochen -, konnte die Respektierung des belgischen Bodens nicht in Aussicht stellen. Wenn das nun einmal so sein muß, so kann man nur die männliche Offenheit rühmen, mit der von deutscher Seite dabei vorgegangen ist, und mit der Herr v. Bethmann Hollweg gestern im Reichstag sich ausgesprochen hat. Ohne ausweichende Phrasen, ohne Beschönigung, ohne sophistische Künstelei hat der Reichskanzler zugegeben: was wir tun, verstößt gegen Völkerrecht.

Aber wir sind in einer Situation, wo die Paragraphen der Staatsrechtler von selbst zusammenbrechen und der Selbsterhaltungstrieb als höchstes Gesetz erscheint, und wir werden die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit Belgiens nicht antasten und wollen nichts als den Durchmarsch durch belgisches Gebiet. Herr v. Bethmann Hollweg hat hinzugefügt: „Diese Erklärung wiederhole ich hiermit vor aller Welt.“ Wir verzeichnen mit Befriedigung die feierliche Zusage, daß dem militärisch gebotenen Verstoße gegen das Recht keinerlei Erobererabsicht zugrunde liegt.

Das amtliche deutsche Communiqué über die englische Kriegserklärung deutet mit Recht an, daß die belgische Frage nur ein Vorwand für die englische Einmischung war. Wir haben hier seit anderthalb Monaten, infolge besonderer Informationen, immer wieder und trotz allen englischen Dementis gesagt, daß zwischen England und Rußland Verhandlungen über einen russischen Flotten Entente Vorschlag schwebten, und wenn eine solche Entente auch vielleicht noch nicht fest vereinbart war, so wurde sie von Sir Edward Grey doch zum mindesten mit freundlichen Augen gesehen. Sir Edward Grey, dieser Stockengländer, der in seinem Leben nicht viel von der Welt draußen gesehen hat, war von dem Besuche, den er mit dem König in Paris abgestattet hatte, ziemlich berauscht nach London zurückgekehrt und seine Neigung für ein Zusammengehen mit Rußland hatte sich – trotz den üblen Erfahrungen, die er in Persien machen mußte - noch vermehrt. Die Annahme erscheint begründet, daß auch dann, wenn Deutschland sich zur vollen Respektierung der belgischen Neutralität verpflichtet hätte, England bei der ersten deutschen Niederlage aus seiner Zurückhaltung herausgetreten und den Gegnern Deutschlands zu Hilfe geeilt wäre. Und weil man das annehmen mußte, hat die deutsche Regierung die englische Forderung, deren Annahme nutzlos die Taktik der deutschen Armee behindert und zur Verlängerung des furchtbaren Krieges beigetragen hätte, nach eingehender Prüfung abgelehnt.

Dieser Krieg wird nun wirklich zum Weltkrieg, und die Tragödie steigert sich zu einer Größe, wie keine andere zuvor. Aber je gewaltiger die Gefahr wird, desto ruhiger müssen wir ihr entgegensehen, desto mehr Selbstsicherheit muß uns erfüllen – und deshalb sind Skandalszenen, wie sie sich gestern abend vor der englischen Botschaft, bei der Abreise des französischen Botschafters Cambon und anderswo abspielten, doppelt bedauerlich. Wir wollen uns diesen großen Krieg nicht durch zügellose Ausschreitungen, nicht durch die unwürdige Beschimpfung aller Fremden, die in den Tagen des Friedens sich als Gäste bei uns einfanden, beflecken lassen, und wir wollen den Krieg als ein Kulturvolk und in jenem vornehmen Geiste führen, der durch die Thronrede des Kaisers und durch die Rede des Reichskanzlers ging. Daß England uns jetzt den Krieg erklärt hat, ist gewiß eine ernste und schwere Tatsache, die zu den anderen ernsten und schweren Tatsachen tritt, aber wir mußten darauf gefaßt sein und vielleicht – noch kann man die Entwicklung der Dinge nicht absehen – ist es besser, daß es so kam. Wir haben ein volles Vertrauen zur deutschen Marine, wie zur deutschen Armee. Und die machtvolle Kundgebung, die gestern im Reichstag alle Parteien, auch die Sozialdemokraten, zusammenführte, hat uns, in allen Nöten, froh gemacht und, allen Kriegserklärungen der Gegner zum Trotz, unsere Zuversicht noch verstärkt.

★

★

★

Grey über Englands Teilnahme am Kriege.

England läßt keinen deutschen Flottenangriff auf Frankreich zu. – Ein Appell des Belgierkönigs an England. – Teilnahme am Krieg nicht gefährlicher als Passivität. – England zur Verwendung aller seiner Streitkräfte bereit. – Ein abgelehnter deutscher Vorschlag an Belgien.

Nachstehend ist der Schluß des offiziellen Berichtes über Sir Edward Greys Unterhausrede vom Montag nachmittag. (Die Red.)

London, 4. August. Sir Edward Grey fuhr fort: Er habe kein Versprechen gegeben, aber sowohl dem französischen wie auch dem deutschen Botschafter erklärt, daß, wenn Frankreich der Krieg aufgezwungen würde, die öffentliche Meinung auf Frankreichs Seite treten würde. Er habe in den französischen Vorschlag auf eine Besprechung militärischer und seemännischer Sachverständigen Englands und Frankreichs eingewilligt, da England sonst nicht in der Lage sein würde, im Falle einer plötzlich eintretenden Krisis Frankreich Beistand zu gewähren, wenn es ihn gewähren wollte, jedoch unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß nichts, was zwischen den militärischen und seemännischen Sachverständigen vor sich gehen würde, eine der beiden Regierungen binde, oder ihre Entschlußfreiheit beschränke.

Während der Marokko-Krise von 1911 habe seine Politik sich auf genau der gleichen Linie bewegt. Im Jahre 1912 sei beschlossen worden, daß England eine bestimmte schriftliche Verständigung haben solle, des Inhalts, daß jene Besprechungen die Freiheit der Regierung nicht bänden. Grey verlas den Brief, den er am 22. Dezember 1912 an den französischen Botschafter geschrieben hatte, und der das soeben Gesagte enthielt, sowie Greys Zustimmung dazu, daß, wenn einer der beiden Staaten oder eine der beiden Regierungen ernstliche Ursache hätte, einen nicht provozierten Angriff seitens einer dritten Macht zu erwarten, in Beratung eingetreten würde darüber, ob beide Regierungen gemeinsam handeln wollten, um diesen Angriff zu verhindern. Dies, so sagte Grey, war unser Ausgangspunkt. Diese Erklärung schafft Klarheit über die Verpflichtungen Englands. Die gegenwärtige Krisis ist nicht aus einer Frage entstanden, die ursprünglich Frankreich betraf. Keine Regierung und kein Land hat weniger gewünscht, in den österreichisch-serbischen Streit verwickelt zu werden als Frankreich. Es wurde ehrenhalber durch seine Verpflichtungen darein verwickelt. Wir hatten eine lange andauernde Freundschaft mit Frankreich, und wie weit die Freundschaft Verpflichtungen modifizieren kann, darüber möge jedermann sein eigens Herz und seine Empfindungen zu Rate ziehen und das Maß der Verpflichtungen abschätzen. Grey fuhr fort, seine persönliche Ansicht sei folgende: Die französische Flotte ist im Mittelmeer, die Nordküste ist ungeschützt. Wenn eine fremde, im Krieg mit Frankreich befindliche Flotte käme und die unverteidigte Küste angriffe, so könne England nicht ruhig zusehen. Frankreich sei berechtigt, sofort zu wissen, ob im Falle eines Angriffs auf seine ungeschützte Küste es auf englischen Beistand rechnen könnte. Grey erklärte, daß er gestern Abend dem französischen Botschafter die Versicherung gab, daß, wenn die deutsche Flotte in den Kanal und in die Nordsee ginge, um die französische Schifffahrt oder Küste anzugreifen, die britische Flotte jeden in ihrer Macht liegenden Schritt gewähren würde. (Lauter Beifall.) Diese Erklärung bedürfe der Genehmigung des Parlaments. Sie sei keine Kriegserklärung. Er habe erfahren, daß die deutsche Regierung bereit sein würde, wenn England sich zur Neutralität verpflichtete, zuzustimmen, daß die deutsche Flotte die Nordküste Frankreichs nicht angreifen würde. Die wäre eine viel zu schmale Basis für Verpflichtungen englischerseits. (Beifall.)

Ferner bestehe die Frage der belgischen Neutralität. Grey rekapitulierte die Geschichte der belgischen Neutralität. Die britischen Interessen seien in dieser Frage ebenso stark wie 1870. England könne seine Verpflichtungen nicht minder ernst auffassen, als Gladstone im Jahre 1870. Als die Mobilisierung begann, telegraphierte er der französischen und der deutschen Regierung, ob sie die belgische Neutralität respektieren würden. Frankreich erwiderte, daß es hierzu bereit wäre, falls nicht eine andere Macht jene Neutralität verletzte. Der deutsche Staatssekretär erwiderte, daß er nicht antworten könnte, bevor er mit dem Reichskanzler und dem Kaiser beraten hätte. Er gab zu verstehen, daß er zweifelte, ob es möglich wäre, eine Antwort zu geben, weil die Antwort deutsche Pläne enthüllen würde. Grey teilte weiter mit, daß England vorige Woche sondiert worden sei, ob es England beruhigen würde, wenn die belgische Integrität nach dem Kriege wiederhergestellt würde. Er erwiderte, daß England seine Interessen und Verpflichtungen nicht verschachern könnte. (Beifall.)

Grey verlas ein Telegramm des Königs der Belgier an den König George, das einen äußersten Appell an die englische Intervention zum Schutze der Unabhängigkeit Belgiens enthielte. Grey sagte, diese Intervention fand letzte Woche statt. Wenn die Unabhängigkeit Belgiens verloren ginge, so ginge auch die Unabhängigkeit Hollands verloren. Das Parlament sollte erwägen, was für die britischen Interessen auf dem Spiele stehe. Wenn man in solcher Krise wegläufen wollte von seinen Verpflichtungen, unserer Ehre und unseren Interessen betreffs Belgiens, so zweifle ich, ob, was auch immer wir an materieller Kraft am Ende haben mögen, dies

großen Wert haben würde angesichts des Maßes an Achtung, das wir verloren haben würden. Ich glaube nicht, daß eine Großmacht, gleichviel sie am Kriege teilnimmt oder nicht, am Ende des Krieges in der Lage sein wird, seine materielle Stärke auszudehnen. Wenn wir mit unserer mächtigen Flotte, die unseren Handel, unsere Küsten und unser Interessen schützen kann, an dem Kriege teilnehmen, werden wir nur wenig mehr zu leiden haben, als wenn wir uns passiv verhalten. Ich fürchte, wir werden in diesem Kriege fürchterlich zu leiden haben, gleichviel ob wir daran teilnehmen oder nicht. Der Außenhandel wird aufhören.

Am Ende des Krieges werden wir, selbst wenn wir nicht teilnehmen, sicherlich nicht in der materiellen Lage sein, unsere Macht entscheidend zu brauchen, um ungeschehen zu machen, was im Laufe des Krieges geschehen ist, nämlich die Vereinigung ganz Westeuropas uns gegenüber unter einer einzigen Macht zu verhindern, wenn dies das Ergebnis des Krieges sein sollte.

Man solle nicht glauben, wenn eine Großmacht sich in einem solchen Kriege passiv verhielte, sie am Schluß in der Lage sein würde, ihre Interessen durchzusetzen. Er sei nicht ganz sicher über die Tatsachen betreffs Belgiens, aber wenn sie sich so erwiesen, wie sie der Regierung augenblicklich mitgeteilt wurden, so sei die Verpflichtung für England vorhanden, sein Äußerstes zu tun, um die Folgen zu verhindern, die jene Tatsachen herbeiführen würden, wenn kein Widerstand stattfände.

Grey schloß: Wir sind bisher keine Verpflichtung über Entsendung eines Expeditionskorps außer Landes eingegangen. Wir haben die Flotte mobilisiert, die Armee ist im Begriff zu mobilisieren. Wir müssen bereit sein und sind bereit, den Folgen einer Verwendung unserer ganzen Stärke ins Auge zu sehen, in einem Augenblick, wo wir nicht wissen, wie bald wir uns selbst zu verteidigen haben. Wenn die Lage sich entwickelt, wie es wahrscheinlich erscheint, so werden wir ihr ins Auge sehen. Ich glaube nicht, wenn sich das Land vergegenwärtigt, was auf dem Spiele steht, es die Regierung mit Entschlossenheit und Ausdauer unterstützen wird. Bonar Law und Redmond versicherten der Regierung ihrer Unterstützung. Ramsay Macdonald sagte, England hätte neutral bleiben sollen. Das Haus vertagte sich bis 7 Uhr.

Nachdem das Unterhaus gestern abend wieder zusammengetreten war, sagte Staatssekretär Grey, er wolle dem Hause eine Mitteilung machen, die er inzwischen erhalten habe. Die belgische Gesandtschaft in London habe die Nachricht erhalten, daß Deutschland gestern (d.h. Sonntag [2.8.]) abend 7 Uhr Belgien eine Note gesandt habe, die Belgien freundliche Neutralität mit freiem Durchmarsch deutscher Truppen durch belgisches Gebiet vorschlug, und die Erhaltung der Unabhängigkeit bei Friedensschluß versprach. Belgien habe erwidert, daß ein Angriff auf seine Neutralität eine Verletzung des Völkerrechts sein würde. Die Annahme des deutschen Vorschlages bedeute das Opfer der Ehre. Belgien sei entschlossen, seine Pflicht bewußt, einem Angriff mit allen möglichen Mitteln zu begegnen. Grey fügte hinzu, die Regierung ziehe die empfangene Information in ernstliche Erwägung; er mache keine weitere Bemerkung.

*

*

*

Presse - Vossische Zeitung – Nr. 392 – Mittwoch, 5. August 1914 – Morgen - S.14

Krieg mit England.

Das furchtbare, durch Frankreichs jahrzehntlange Revanchetreiberei und die perfide Treulosigkeit Rußlands heraufbeschworene Verhängnis eines allgemeinen Weltbrands nimmt seinen Gang: die letzte schwache Hoffnung, daß der uns und dem verbündeten Oesterreich-Ungarn aufgezwungene Kampf auf das europäische Festland beschränkt bleiben werde, ist zunichte geworden, an der Seite Rußlands und Frankreichs tritt auch England gegen uns in Waffen. Der von den britischen Imperialisten seit Jahren mit heißem Eifer gepflegte Gedanke eines Krieges England gegen Deutschland, den die Besten beider Völker mit Abscheu von sich gewiesen haben, wird grauenvolle Wirklichkeit.

Keinem kaltblütigen Beobachter der politischen Methoden, welche die britische Politik seit dem Ende des 19. Jahrhunderts befolgte, konnte es zweifelhaft sein, daß Deutschland bei der endlichen Abrechnung mit den beiden anderen Mächten des dreifachen Einvernehmens Englands auf seinem Weg finden werde. Zweifelhaft konnte nur sein, ob Großbritannien es vorziehen würde, sich zunächst abwartend zu verhalten und erst in einem späteren Abschnitt des Kampfes einzugreifen, oder ob es sofort gewappnet auf den Plan treten würde. Nach einigem Zögern hat es sich dafür entschieden, alsbald sich an die Seite Rußlands und Frankreichs zu stellen. Die deutsche Zusage, die französische Nordküste nicht anzugreifen, hat England als eine zu schmale Basis für eine Verständigung im Sinne der Neutralität bezeichnet, die aus Gründen der Selbsterhaltung für Deutschland unumgängliche Benutzung belgischen Gebietes zum strategischen Aufmarsch gegen Frankreich hat ihm den, wie in die Augen springt, ersehnten Vorwand zum offenen Bruch mit Deutschland abgeben müssen.....

*

*

*

Von der Einkreisung zum Krieg.

Fassen wir den Sinn der Erklärungen, die Sir Edward Grey am Montag im Unterhause vorgebracht hat, kurz zusammen. Es ist kein anderer als dieser: „Seit der Algeciraskonferenz war Deutschlands Einkreisung vollendet. Das Netz war um Deutschland geworfen, aber wir haben uns vorbehalten zu entscheiden, wann es zusammengeschnürt werden soll. Jetzt ist diese Zeit gekommen. Der Ueberfall ist beschlossen.“ Vergebens suchen die weiteren Ausführungen des britischen Staatsmanns über die Situation in der Nordsee und über die Neutralität Belgiens die nackte Interessenpolitik zu bemänteln, die sich sagt: Wenn wir Deutschland unterkriegen wollen, müssen wir es jetzt tun; also tun wir es!

Eine Interessenpolitik, die kaltblütig rechnet, wie Grey wörtlich gesagt hat: „Wenn wir am Kriege teilnehmen, werden wir nur wenig mehr zu leiden haben, als wenn wir uns passiv verhalten.“ Das Ende wird hoffentlich erweisen, daß diese Politik sich verrechnet hat. Aber heute dürfen wir es willkommen heißen, daß sie ihre alten Machenschaften so offen dargelegt hat. Aus Greys Erklärungen wird es uns klar verständlich, daß der Krieg mit England unvermeidlich war.

Zur Zeit der Algeciraskonferenz, also in den ersten Monaten des Jahre 1906, so erzählt jetzt Sir E. Grey, hat auf Frankreichs Vorschlag eine „Besprechung militärischer und seemännischer Sachverständiger Englands und Frankreichs“ stattgefunden. Das Ergebnis war natürlich eine Flotten- und Heereskonvention. Man erinnert sich, wie bald einiges vom Inhalt jener Abmachungen verlautete. **Geheimnisse, die man mit Frankreich teilt, sind doch nie lang zu wahren.** Binnen kurzem wußten wir, daß England für den Kriegsfall ein Expeditionskorps (von 150 000 Mann) zu entsenden versprochen hatte. Und ziemlich bestimmt wurde behauptet, daß dieses Korps in Holland, also mit Verletzung der holländischen Neutralität, gelandet werden solle. Vor Jahren, als man so viel über die englisch-französischen Kriegspläne erfuhr, hieß es auch immer: Notwendig sei es (für Frankreich), daß England sofort bei Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und Frankreich selbst den Krieg eröffne, da das Expeditionskorps sonst nicht mehr rechtzeitig eingesetzt werden könnte. Der Krieg mit Frankreich werde also den mit England unmittelbar nach sich ziehen. Aber Grey bestreitet, daß das ausgemacht worden sei: er habe es ausdrücklich zur Voraussetzung gemacht, daß die militärischen Vereinbarungen England nicht binden würden; während der Marokkokrise habe er an der gleichen Politik festgehalten; und Ende 1912, zur Zeit also, da von der durch die Londoner Botschafterkonferenz noch ungelöste Fragen der Grenzen Albaniens der große europäische Konflikt den Ausgang zu nehmen drohte, habe er sogar eine schriftliche Verständigung von Frankreich verlangt, eine Bestätigung, daß Englands Entschlußfreiheit durch die strategischen Vereinbarungen nicht gefesselt sei. Im Besitz dieser schriftlichen Verständigung konnte die englische Regierung zweimal die Erklärung abgeben, es sei nicht wahr, daß England sich zur Unterstützung Frankreichs durch ein Expeditionskorps verpflichtet habe. Wer Worte klauben will, mag behaupten, daß das stimmte: England war natürlich nicht unter allen Umständen, sondern nur in den Fällen, in welchen es mit Frankreich würde zusammengehen wollen, zur Flotten- und militärischen Hilfe verpflichtet. Dreimal, nämlich anfangs 1906, dann 1911 und schließlich Ende 1912, fand England Gelegenheit loszuschlagen nicht günstig; dreimal zog es, da Frankreich das Netz zusammenschnüren wollte, die französische Hand zurück.

Aber dies ist das berechnendste: Sir E. Grey hat von 1906, 1911 und 1912 gesprochen, aber nicht von 1909, von der Zeit der bosnischen Annexionskrise. Obwohl die wahre Geschichte des letzten Jahrzehnts gerade die Darstellung der Situation von Anfang 1909 am wichtigsten ist. Denn damals war England die Macht, welche die Gelegenheit gekommen glaubte, das Werk der Einkreisung sich bewähren zu lassen; nur daß weder Frankreich noch Rußland im entscheidenden Augenblick sich imstande fühlten, für Iswolskis Politik militärisch einzutreten, und Deutschlands Entschiedenheit, die sich als Nibelungentreu kundgab, den Frieden sicherte. Für England ergab sich die Lehre, daß weniger von Frankreichs als von Rußlands militärischen Kräftezustand der Zeitpunkt abhängen werde, in dem der große Krieg gegen Deutschland würde geführt werden können. Nichts ist in Sir E. Greys Rede so wichtig wie das, was er verschweigt: er hat mit keinem Worte Rußland erwähnt. Aber verfolgen wir seine Schlußfolgerungen. England, sagt er, war längst entschlossen, Frankreich in einem Kriege, den dieses nicht provoziert haben würde, beizustehen. Den gegenwärtigen Krieg hat Frankreich nicht provoziert, es wurde „ehrenhalber durch seine Verpflichtungen darin verwickelt“. Nun habe sich Englands Freundschaft für Frankreich zu entscheiden: Wie weit modifiziert Freundschaft Verpflichtungen“, das heißt, soll die Eventualverpflichtung zur Waffenhilfe jetzt eingehalten werden? Sir E. Grey hat geantwortet und seither danach gehandelt: Sie soll es.

Aber die wahre Begründung dieses Entschlusses hat mit der englisch-französischen Freundschaft so wenig wie mit den schriftlichen englisch-französischen Vereinbarungen zu tun. Es versteht sich von selbst, daß England nicht darum am Kriege teilnimmt, weil dieser Krieg ursprünglich von Rußland, nicht von Frankreich – das allerdings Freiheit hatte, den Bündnisfall als gegeben zu erachten oder nicht – provoziert worden ist.....

Aber daß Rußland den österreichisch-serbischen Konflikt zum Anlaß des Krieges gemacht hat, ist für die englische Politik gleichgültig. Rußlands „slawische Mission“ ist keine Sache, für die sich England einsetzen würde. Vom Slawentum denkt auch der Engländer von heute noch wie Beakonsfield gedacht hat: eine Rasse, die wenig geneigt ist, andern Gerechtigkeit zu erweisen.

England führt gegen Deutschland einen Krieg zwar nicht sans phrase, aber ohne irgendeinen anderen Grund als den der primitiven Selbstsucht,

*

*

*

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 392 - Mittwoch, 05. August 1914 - Morgen - S.2

Giolittis Hoffnung.

Rom, 4. August. Dem radikalen Blatt „Vita“ zufolge gratulierte der frühere Minister Visconti Venosta (der bekanntlich Deutschland auf der Algeciras-Konferenz zugunsten Frankreichs im Stich gelassen hat. Die Red.) den Minister San Giuliano zu Neutralitätserklärung Italiens. Der Ministerpräsident Giolitti hat die Hoffnung ausgedrückt, Italien werde neutral bleiben.

Gestern und heute sind wieder zahlreiche deutsche Priester und Seminaristen unter dem Gesang der „Wacht am Rhein“ von hier abgereist.

*

*

*

Presse - Berliner Tageblatt, Nr. 392 - Mittwoch, 05. August 1914 - Morgen - S.2

Der vierte August.

von Dr. Ludwig Haas-Karlsruhe, Mitglied des Reichstags.

Einig und geschlossen, über alle Parteiunterschiede und Weltanschauungsfragen hinweg, hat der deutsche Reichstag die für den Krieg erforderlichen Gesetze und den Kredit von fünf Milliarden bewilligt. Er hat der ganzen Welt damit gezeigt, was wir in Deutschland in diesen schweren Tagen schon vorher voll frohen Stolzes empfunden hatten, daß eine große gewaltige Stimmung durch das deutsche Volk geht. Hätten wir frivol den Frieden gebrochen, nie hätte diese Einheit im Volke und im Reichstag geschaffen werden können. Aber jeder begreift, daß man uns den Krieg aufgezwungen hat. Niemand im deutschen Volke wollte den Krieg; wir hatten den einen Wunsch, in friedlicher Arbeit unser Land kulturell und wirtschaftlich weiter zu entwickeln. Russischer Übermut, überspannter slawischer Rassenwahnsinn, der nicht einmal im russischen Volke vorhanden ist, der nur gepflegt wird von einer kleinen Schicht, zwingt uns zum Kriege.

Rußland hat sich mit dem größten Verbrechen der Weltgeschichte beladen – für nichts den Weltkrieg mit all seinem Elend und Jammer zu entfesseln.

Das ist der Wille des Reichstags und des deutschen Volkes: Gebt die Antwort auf russische Brutalität und russischen Übermut!

Auch das hat die Einheit im Reichstag und im Volk geschaffen: Wir stehen im Kampfe gegen russische Barbarei, russische Unkultur, Zarismus, Willkür und Rohheit, und wir sind damit die Kämpfer für die europäische Kultur.

Viel Tragik liegt aber darin und schafft uns doch Stärke und Stolz, daß uns Frankreich angreift, Rußland zuliebe, und daß wir im letzten Ende auch für Frankreich kämpfen. Ein übermächtiges Rußland, ein ins Maßlose gestärkter Zarismus ist für die französische Kultur und für ein freies französisches Staatswesen dieselbe Gefahr, wie für uns.

Ob Frankreich Bündnistreu bleiben wollte und wie es seine auswärtige Politik führt, ist seine Sache. Aber die Weltgeschichte wird es nicht begreifen, daß die Republik, das Land freiheitlicher Tradition Deutschland bekämpft, um Rußland und damit den Absolutismus zu stützen. Das französische Volk hat mit uns voller Entsetzen die endlose Kette russischer Rohheiten im Kampfe gegen jede freiheitliche Regung miterlebt; es hat sie verurteilt, wie wir; aber es greift zu den Waffen für dieses Rußland und verleugnet damit sich und seine Geschichte. Wohl gilt der Satz, daß die auswärtige Politik sich nicht um die inneren Verhältnisse eines anderen Landes kümmert; es ist ein kluger Satz nüchternen Verstandes und nüchternen Rechnens. Wenn aber die großen Entscheidungen der Geschichte fallen, wenn die Völker alles einsetzen müssen für ihre Existenz und ihre Zukunft, muß auch der Glaube an die gute Sache im Volke leben. Den Glauben kann das französische Volk nicht haben; wir aber wissen, daß Rußland ohne Not Europa in Brand gesetzt hat und daß wir für die europäische Kultur uns einzusetzen haben.

Das gibt uns die Stärke, die zum Siege führt, das überbrückt Gegensätze im deutschen Volke und schafft die Einheit, die der Reichstag in praktischer und schneller Arbeit betätigt.

Der gestrige Tag muß aber auch für ewige Zeiten alte Vorurteile überwinden. Man sprach von antinationalen Parteien und von der „vaterlandlosen Sozialdemokratie“. Wenn wir den Frieden erkämpft haben, werden wir wieder uns politisch auseinandersetzen; aber daran wollen wir uns erinnern, daß eine schwere Zeit gezeigt hat, daß wir alle unser Vaterland gleichmäßig lieben. Wie die Sozialdemokratie ihre Haltung begründete, ist gleichgültig; es war ihr Recht, ihren prinzipiellen Standpunkt zu betonen. Aber über alle Worte und Theorien hinweg war doch der innere Grund ihrer EntschlieÙung das Gefühl, das heute in jedem Deutschen lebt: **Wir sind angegriffen ohne Grund und ohne Recht; es geht um unsere Existenz und unsere Zukunft.** Wir halten durch: kein Opfer ist zu groß.

Der Kaiser sprach; es sprach der Kanzler und der Präsident des Reichstags; es sprach die Sozialdemokratie. Nicht einheitlich waren die Gedanken; aber in einem sagten sie das Gleiche: jetzt steht ein einziges deutsches Volk für sein Recht und seine Zukunft. Da durfte der Kanzler mit gutem Grund das stolze Wort gebrauchen, daß der 4. August ein denkwürdiger Tag der deutschen Geschichte bleibt. Ein Volk in solcher Einheit ist unüberwindlich.

Sie stehen draußen im Felde, der Mann der konservativ denkt, und der Mann des Zentrums, der Mann, dem Bebel Lebensinhalt und Glauben gab, die Bürger, die eine liberale und demokratische Zukunft ersehnen, einig im Willen: Wir lassen keinen durch! Und die Führer, an die sie im Parteiinteresse glaubten, haben ihnen am 4. August gesagt: Seid einig für Volk und Vaterland!

Kein Deutscher lebt, der nicht weiß, um was es sich handelt; wo ist der russische Bauer, der russische Arbeiter, der Mann des russischen Volkes, der es wußte. Denkende Männer stehen im Kampfe gegen Sklaven.

Viele von uns liebten Frankreich und glaubten an eine Verständigung. Viel glauben noch heute daran. Jetzt treffen wir, weil die anderen es gewollt, im Franzosen den Russen, nein, nicht den Russen, ein brutales System, das die Freiheit und die Kultur bedroht. Nach dem Kriege der Frieden und die Aussöhnung unter den europäischen Kulturvölkern! Wir wollten dieses Glück ohne Krieg schaffen; Rußland hat es nicht gelitten. Vielleicht schafft unser gutes Schwert, was die Vernunft hätte erschaffen sollen.

*

*

*

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9189, Mittwoch, 5. August 1914 – S.1

Deutschland und England.

Die Nachrichten, die wir im Laufe des gestrigen Tages erhalten haben, rücken die Gefahr eines deutsch-englischen Krieges in den Bereich der nächsten Möglichkeit. Den Vorwand hiezu bietet England Belgien. Die Mitteilungen, die uns darüber zugegangen, sind folgende:

Die deutsche Regierung hat sich, als Frankreich einer klaren Stellungnahme zum deutsch-russischen Krieg auszuweichen suchte, an die belgische Regierung mit dem Ersuchen gewendet, den Durchmarsch deutscher Truppen durch belgisches Gebiet zuzulassen. Die deutsche Regierung fügte bei, daß sie jede Garantie für die Integrität Belgiens und Ersatz jeglichen Schaden, der dem belgischen Staate erwachsen könnte, zu bieten bereit sei.

Die belgische Regierung lehnte dieses Ersuchen ab.

Die deutsche Regierung richtete darauf an die belgische ein Ultimatum in dem gedachten Sinne.

Belgien lehnte auch dieses ab und wandte sich gleichzeitig an England um Hilfe. – Gleichzeitig sind im Laufe des gestrigen Tages die belgische Regierung und die königliche Familie von Brüssel nach Antwerpen übersiedelt und gleichzeitig der deutsche Gesandte von Brüssel abgereist.

Deutschland ist durch diese Haltung Belgiens nicht überrascht worden, sondern hatte diese Stellungnahme Belgiens in seine Berechnungen bereits eingezogen.

Die Erklärungen, die die englische Regierung vorgestern nachts im Unterhause abgab, enthalten noch keine entscheidende Stellungnahme, allein es ist wahrscheinlich, daß England die Haltung Belgiens zum Vorwande nehmen wird, um sich an die Seite Frankreichs und Rußlands zu stellen. Wie viel dabei für England in diesem Falle auf dem Spiele steht, klingt deutlich auch aus der Rede Greys heraus. Die Vereinigten Staaten sind bereit, sich eines großen Teils des englischen Handels zu bemächtigen und dadurch, daß die Vereinigten Staaten die Einregistrierung fremder Schiffe in die amerikanische Flotte erlaubt haben, ist gleichzeitig die Versorgung Deutschlands und Österreich-Ungarns mit amerikanischen Produkten sichergestellt worden. Ob Kanada in Verfolg eines Weltkrieges, an dem England aktiv Anteil nimmt, für England erhalten werden kann, und wie die Dinge sich in Indien entwickeln werden, das dürfte für ein kriegführendes England zu einer der brennendsten Fragen werden.

*

*

*

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9189, Mittwoch, 5. August 1914 – S.6

Die versuchte Sprengung des Kocheimer Tunnels. Weitere Verhaftungen.

Köln, 3. August. (verspätet eingelangt) In Koblenz wurden gestern neuerlich 18 Personen, die wegen Beteiligung an dem Komplott zur Sprengung des auf einer hochwichtigen Eisenbahnlinie gelegenen Kocheimer Tunnels verhaftet worden waren, auf die Festung gebracht. Unter ihnen befindet sich auch der Domprobst von Metz. Auch die Frau und Tochter des bereits standrechtlich erschossenen Wirtes Nicolai aus Kochem wurden hieher gebracht. Der Sohn dieses Wirtes, in dessen Keller Sprengstoff gefunden worden war, ist gleichfalls bereits kriegsrechtlich hingerichtet worden.

*

*

*

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9189, Mittwoch, 5. August 1914 – S.6

Französische Truppenverschiebungen an der belgischen Grenze.

Brüssel, 4. August. Fast täglich finden unter dem Vorsitz des Königs Albert im Königsschloß Ministerratsitzungen statt. Was am meisten beunruhigt, sind die französischen Truppenkonzentrationen an der belgischen Grenze von Givet bis Arlon. Vorsichtshalber sind schon Maßnahmen zur Beförderung des Staatsschatzes und der Archiven nach Antwerpen getroffen.

*

*

*

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9189, Mittwoch, 5. August 1914 – S.8

Die Stellung Englands. – Die Erklärungen Sir Edward Greys im Unterhaus.

London, 4. August. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses gab Sir Edward Grey eine Erklärung ab, worin er einleitend sagte, es sei jetzt ganz klar, daß der Friede Europas nicht gewahrt werden könne. Er forderte sodann das Haus auf, die Frage des Friedensbruches vom Gesichtspunkt der britischen Interessen sowie der Ehre und der Verpflichtungen Großbritanniens und frei von Leidenschaft ins Auge zu fassen. Wenn die Dokumente veröffentlicht wären, würde es sich zeigen, wie aufrichtig und mit wie vollem Herzen England bestrebt war, den Frieden zu wahren.

Bezüglich der Verpflichtungen Englands sagte der Staatssekretär: Wir haben bis gestern nichts mehr als diplomatische Unterstützung versprochen. Sodann fuhr er fort: Er sei zur Zeit der Algeciraskonferenz gefragt worden, ob England eine bewaffnete Unterstützung gewähren würde. Damals habe er gesagt, er könne keiner fremden Macht etwas versprechen, was nicht aus vollem Herzen die Unterstützung der öffentlichen Meinung erhalte. Er habe kein Versprechen gegeben, aber sowohl dem französischen wie dem deutschen Botschafter erklärt, daß, wenn Frankreich ein Krieg aufgezwungen werden sollte, die öffentliche Meinung auf Frankreichs Seite treten würde. Grey verlas einen am 22. Dezember 1912 an den französischen Botschafter gerichteten Brief, der das soeben gesagte sowie seine (Greys) Zustimmung enthielt, daß, wenn einer der beiden Staaten oder eine der beiden Regierungen ernstliche Ursache hätte, einen provozierenden Angriff seitens einer dritten Macht zu erwarten, in eine Beratung darüber eintreten werde, ob beide Regierungen gemeinsam handeln wollten, um diesen Angriff zu verhindern. Dies, so sagte Grey, war unser Ausgangspunkt. Diese Erklärung schafft Klarheit über die Verpflichtungen Englands. Die gegenwärtige Krise ist nicht aus einer Frage entstanden, die ursprünglich Frankreich betraf. Keine Regierung, kein Land hat weniger gewünscht, in den Streit zwischen Österreich-Ungarn und Serbien hineinzugeraten, als Frankreich, das ehrenhalber durch seine Verpflichtungen darein verwickelt wurde. Wir standen in lange währender Freundschaft mit Frankreich, und wie weit Freundschaft Verpflichtungen modifiziert, darüber möge jedermann sein eigenes Herz und seine Empfindungen zu Rate ziehen und das Maß der Verpflichtungen abschätzen

Grey fuhr sodann fort: Seine persönliche Ansicht sei folgende: Die französische Flotte ist im Mittelmeer, die Nordküste Frankreichs ist ungeschützt. Wenn eine fremde, mit Frankreich im Kriege befindliche Flotte käme und dessen unverteidigte Küste angriffe, so könnte England nicht ruhig zusehen. Nach seiner starken Empfindung sei Frankreich berechtigt, sofort zu wissen, ob es im Falle eines Angriffs auf seine ungeschützte Küste auf den Beistand Englands rechnen könnte. Sodann erklärte der Staatssekretär, er habe gestern abends dem französischen Botschafter die Versicherung gegeben, daß, wenn die deutsche Flotte im Kanal und in der Nordsee erschiene, um die französische Schifffahrt oder die französische Küste anzugreifen, die britische Flotte jedem in ihrer Macht liegenden Schritt gewähren würde. (lebhafter Beifall). Diese Erklärung bedürfe der Genehmigung des Parlamentes. Sie sei keine Kriegserklärung. Er habe erfahren, daß die deutsche Regierung, wenn England sich zur Neutralität verpflichtete, bereit sein würde, zuzustimmen, daß die deutsche

Flotte die Nordküste Frankreichs nicht angreife. Dies wäre jedoch eine viel zu schmale Basis für Verpflichtungen englischerseits. (Beifall).

Der Staatssekretär wendete sich sodann der Frage der belgischen Neutralität zu. Er rekapitulierte zunächst die Geschichte der belgischen Neutralität. Die britischen Interessen seien in dieser Frage ebenso stark wie im Jahre 1870. England könne seine Verpflichtungen nicht minder ernst auffassen, als es Gladstone im Jahre 1870 tat.

Als die Mobilisierung begann, habe er an die französische und die deutsche Regierung telegraphiert, ob sie die belgische Neutralität respektieren würden. Frankreich antwortete, daß es hiezu bereit sei, falls nicht eine andere Macht diese Neutralität verletze; der deutsche Staatssekretär erwiderte, daß er nicht antworten könne, bevor er sich mit dem Reichskanzler und dem Kaiser beraten hätte. Er gab aber zu verstehen, daß er zweifle, ob es möglich wäre, eine Antwort zu erteilen, weil die Antwort deutsche Pläne enthüllen würde. Grey teilte sodann mit, daß England in der vorigen Woche sondiert worden sei, ob es England beruhigen würde, wenn die Integrität Belgiens nach dem Kriege wiederhergestellt würde. Er habe erwidert, daß England seine Interessen und Verpflichtungen nicht verschachern könnte. (Beifall.)

Der Staatssekretär verlas ein Telegramm des Königs der Belgier an König Georg, das einen dringenden Appell an die Intervention Englands zum Schutze der Unabhängigkeit Belgiens enthielt. Diese Intervention, sagte Grey, hat in der letzten Woche stattgefunden.

Wenn die Unabhängigkeit Belgiens verloren ginge, so ginge auch die Hollands verloren. Das Parlament sollte erwägen, welche Interessen auf dem Spiele ständen, wenn wir in einer solchen Krise weglaufen wollten. Was unsere Verpflichtungen, unsere Ehre und unsere Interessen bezüglich Belgiens betrifft, so zweifle ich, ob, worüber auch immer wir am Ende an materieller Kraft verfügen mögen, dies einen großen Wert hätte, im Vergleiche zu dem Maße an Achtung, das wir verloren haben würden. Ich glaube nicht, daß eine Großmacht, gleichviel, ob sie am Kriege teilnimmt oder nicht, am Ende des Krieges in der Lage sein wird, ihre materielle Stärke auszudehnen. Wenn wir mit unserer mächtigen Flotte, die unseren Handel, unsere Küsten und unsere Interessen schützen kann, am Kriege teilnehmen, werden wir nur wenig mehr zu leiden haben, als wenn wir uns passiv verhalten. Ich fürchte, wir werden in diesem Kriege fürchterlich zu leiden haben, gleichviel, ob wir daran teilnehmen oder nicht. Unser Außenhandel wird aufhören.

Am Ende des Krieges werden wir selbst, wenn wir nicht daran teilnehmen, sicherlich nicht in der materiellen Lage sein, unsere Macht entscheidend zu brauchen, um das ungeschehen zu machen, was im Laufe des Krieges geschähe, nämlich die Vereinigung ganz Westeuropas unter einer einzigen Macht gegen uns, wenn dies das Ergebnis des Krieges sein sollte.

Der Staatssekretär fügte hinzu, er sei nicht ganz sicher bezüglich der Tatsachen betreffs Belgiens; aber wenn sie sich so erweisen sollten, wie sie der Regierung augenblicklich mitgeteilt wurden, so sei für England die Verpflichtung vorhanden, sein Äußerstes zu tun, um die Folgen zu verhindern, die jene Tatsachen herbeiführen würden, wenn kein Widerstand entgegengesetzt würde.

Grey schloß: Wir sind bisher keine Verpflichtung über die Entsendung eines Expeditionskorps außer Landes eingegangen. Wir haben die Flotte mobilisiert; die Armee sind wir im Begriffe zu mobilisieren. Wir müssen bereit sein. Wir sind bereit, den Folgen der Verwendung unserer ganzen Stärke ins Auge zu sehen, in einem Augenblicke, wo wir nicht wissen, wie bald wir uns selbst zu verteidigen haben werden. Wenn die Lage sich entwickelt, wie es wahrscheinlich ist, so werden wir ihr ins Auge sehen. Ich glaube, wenn das Land sich vergegenwärtigt, was auf dem Spiele steht, wird es die Regierung mit Entschlossenheit und Ausdauer unterstützen.

Bonar Law und Redmond versicherten die Regierung ihrer Unterstützung. Ramsay Macdonald sagte, England hätte neutral bleiben sollen. Sodann vertagte sich das Haus bis 7 Uhr abends.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erhob sich Staatssekretär Grey neuerlich und sagte, er wolle dem Hause eine Mitteilung machen, die er inzwischen erhalten habe. Der belgischen Gesandtschaft in London sei die Nachricht zugegangen, daß Deutschland gestern um 7 Uhr abends an Belgien eine Note gerichtet habe, die Belgien freundliche Neutralität mit freiem Durchmarsch deutscher Truppen durch belgisches Gebiet vorschlug und die Erhaltung der Unabhängigkeit Belgiens beim Friedensschluß versprach. Belgien erwiderte, daß ein Angriff auf seine Neutralität eine Verletzung des Völkerrechtes bedeuten würde. Die Annahme des deutschen Vorschlages würde die Preisgabe seiner Ehre bedeuten. Belgien sei entschlossen, im Bewußtsein seiner Pflicht, einem Angriffe mit allen möglichen Mitteln zu begegnen. Grey fügte hinzu, die Regierung ziehe die empfangene Information in ernstliche Erwägung; eine weitere Bemerkung mache er nicht.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die **Erklärungen Sir Edward Greys in der Nacht vom Montag den 3. d.M. auf Dienstag den 4. d. M., also vor der Sitzung des deutschen Reichstages**, stattgefunden haben.

*

*

*

Der Durchmarsch durch Belgien.

Die strategische Notwendigkeit. – Belgiens Festungsdreieck und Heer. – Das englische Abenteuer. (Major a.D. E. Moraht.)

Ebenso wie der deutschen Heeresleitung die Besetzung Luxemburgs Dank einbrachte, wird auch der Durchmarsch durch Belgien jetzt oder später als eine Notwendigkeit anerkannt werden. Da die Sympathien Belgiens zumeist auf Seiten der Republik sind, galt es nicht erst seit heute, bei der Bearbeitung des Aufmarsches gegen Frankreich mit der heiklen Möglichkeit der Gebietsverletzung zu rechnen. Überdies bedeutet die geographische Lage des belgischen Gebietes im Kriegsfall eine Flankenstellung gegen Deutschland. Man kann also von einer strategischen Notwendigkeit sprechen, diesen gefährlichen Konsequenzen rechtzeitig die Wirkung zu unterbinden. Für eine Offensive Deutschlands gegen Frankreich, allein über die deutsch-französische Grenze hinüber, kommt eine Grenze von fast 300 Kilometern in Betracht. Aber 120 Kilometer davon sind Gebirgsgelände, das in breiter Front nicht passiert werden kann. Die Zugänge sind teils mit starken Sperrungen versehen, so daß der Angriff eine Verzögerung erleiden muß, wenn er nur vom Osten kommt. Nichts aber ist der Kriegsführung unwillkommener, als Hindernisse für schnelle kräftige Operationen. Diese Momente sind in Frankreich längst erkannt, und man nahm dort an, daß wir dem Nachteil zu enger Konzentration durch einen belgischen Durchmarsch ausweichen würden. Man machte in Frankreich aus der Not eine Tugend und bereitete bis aufs kleinste die französische Offensive durch das neutrale Land vor. Die Absicht wurde verhüllt durch den Lärm um das „Loch von Luxemburg“, und es wurde beschlossen, die nordöstliche Grenze stark zu befestigen als Rückendeckung für Eventualitäten. Denn der für den Angriff begeisterte Franzose hat von jeher für Geländeverstärkung Sympathien gehabt. So sollte die Linie Montmedy – Lille verstärkt werden, aber wie es so manchen Plänen drüben erging, die Ausführung blieb hinter dem Entschluß zurück. Wir haben also keinen erheblichen Widerstand durch Befestigungen zu erwarten. Nur Lille selbst kann als ernstliches Hindernis gelten. Dagegen darf man wohl mit Feindseligkeiten von belgischer Seite rechnen.

Am 3. August 1870 schützte Belgien seine Südgrenze durch 50 000 Mann und entwarfnete die Flüchtlinge aus Sedan. Man erkannte zu Beginn des Krieges die Gefährdung durch Frankreich, und der Duc de Grammont hatte bezeichnenderweise geäußert: „On va bientôt mettre fin a cette ridicule chose qu'on nomme le Belgique.“ *[Wir werden dem lächerlichen Ding, das wir Belgien nennen, bald ein Ende setzen.]* Und wie berechtigt die belgische Sorge war, wurde noch deutlicher, als derselbe Diplomat während der Friedensverhandlungen in Frankfurt England gegenüber erklärte, Napoleon würde bald nach Paris zurückkehren, „emportant dans sa poche l'autorisation d'occuper la Belgique en compensation de l'Alsace et de la Lorraine, perdue par sa faute.“ *[und er in seiner Tasche die Erlaubnis mit sich führen würde, Belgien als Ausgleich für das durch seine Schuld verlorene Elsaß und Lothringen zu besetzen]* die Besorgnis vor Frankreich, brachte die neuen Festungsbauten in Belgien zustande, die sich aber ebensogut gegen Deutschland richten können.

Die Maaslinie und die Hauptfestung des Landes, Antwerpen, stellen ein einheitliches Befestigungssystem dar. Die Maaslinie besteht aus den großen befestigten Lagern von Lüttich und Namur, verbunden durch das Fort Huy. Lüttich mit einer Kriegsbesatzung von 20 000 Mann besitzt 12 starke Forts auf beiden Maasufeln. Die Bauten sind modern betoniert und mit Panzertürmen ausgestattet. Die Armierung ist sehr stark. Fort Huy ist ein Sperrfort im modernen Sinne und beherrscht die Maasübergänge. Namur an Maas- und Sambre-Mündung ist schon durch seine Lage wichtig. Ein Fortgürtel von 9 starken Forts macht die Stadt zu einem widerstandsfähigen Waffenplatz mit etwa 18 000 Mann Besatzung. Antwerpen an der Schelde ist durch den bekannten Festungsbauer General Brialmont zu einer der stärksten Festungen der Welt gemacht. Das Verteidigungsgesetz von 1906 gestatte die Modernisierung. Der Umfang der starken Fortlinien beläuft sich auf über 100 Kilometer und erfordert eine Besatzung von 40 000 Mann.

Es ist klar, daß dieses Festungsdreieck nicht ohne weiteres im Sturm genommen werden kann. Mag die Besatzung auch noch so geringwertig sein, hinter diesen Wällen spielt sie eine Rolle. Wollen wird das Dreieck aber nördlich umgehen, so müßten wir niederländisches Gebiet betreten. Die belgische Armee ist seit Ende 1913 in der Umformung begriffen und besteht aus sechs Infanterie- und Kavalleriedivisionen an Feldtruppen. Nach unsern Begriffen können diese 100 000 [150 000] Mann außerhalb der Festung sich nicht lange halten, aber mit den rund 80 000 [130 000] Mann der Besatzungsarmee [und mit 60 000 Mann Reserven] bildet das belgische Heer doch einen zu beachtenden Faktor.

Ob das „kontinentale Abenteuer“, wie Lord Esher in seinem Artikel in der „Fortnightly Review“ Ende 1913 ausführte, zustande kommt und eine englische Expedition eingeschifft wird, müssen die Ereignisse lehren. Verständige Köpfe Englands halten es für eine Torheit, die ganze eigentliche Feldmacht aufs Spiel zu setzen.

Lord Esher berechnet ein Expeditionskorps auch nur mit 80 000 Mann und behauptet, es würde „erdrückt und vernichtet“ werden.

Also Feinde ringsum! Aber diese Konstellation ist unserem Generalstab kein Novum. Eine gewaltige Arbeit werden Heer und Flotte zu leisten haben. Doch sind wir darauf vorbereitet. Viel Feind – viel Ehr!

* * *

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9190, Donnerstag, 6. August 1914 – S.1

Deutsche Kriegsschiffe vor Algier.

Berlin, 5. August. Das „Wolffsche Bureau“ meldet: Die im Mittelmeer befindlichen deutschen Kriegsschiffe sind gestern an der Küste von Algerien erschienen und haben einzelne befestigte Plätze, Einschiffungsorte für französische Truppentransporte, zerstört. Das Feuer wurde erwidert.

* * *

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9190, Donnerstag, 6. August 1914 – S.2

Bombenabwürfe aus französischen Flugzeugen in Deutschland.

Berlin, 4. August. Aus Chemnitz (Königreich Sachsen) wird gemeldet: In der vergangenen Nacht warf ein französischer Flieger Bomben über Chemnitz, die in den Straßen der Stadt explodierten, ohne Schaden anzurichten.

Schüsse, die auf den Flieger abgegeben wurden, waren anscheinend erfolglos.
(Chemnitz, eine der größten sächsischen Fabrikstädte ist nicht befestigt. Es handelt sich also um einen neuen Bruch des Völkerrechtes.)

* * *

Presse - Vossische Zeitung, Nr.396, Freitag, 7. August 1914 – Morgen - S. 1

An das deutsche Volk!

Seit der Reichgründung ist es durch 43 Jahre Mein und Meiner Vorfahren heißes Bemühen gewesen, der Welt den Frieden zu erhalten und im Frieden unsere kraftvolle Entwicklung zu fördern. Aber die Gegner neiden uns den Erfolg unserer Arbeit.

Alle offenkundige und heimliche Feindschaft von Ost und West, von jenseits der See haben wir bisher ertragen im Bewußtsein unserer Verantwortung und Kraft. Nun aber will man uns demütigen. Man verlangt, daß wir mit verschränkten Armen zusehen, wie unsere Feinde sich zu tückischem Überfall rüsten, man will nicht dulden, daß wir in entschlossener Treue zu unserem Bundesgenossen stehen, der um sein Ansehen als Großmacht kämpft und mit dessen Erniedrigung auch unsere Macht und Ehre verloren ist.

So muß denn das Schwert entscheiden. Mitten im Frieden überfällt uns der Feind. Darum auf! zu den Waffen! Jedes Schwanken, jedes Zögern wäre Verrat am Vaterlande.

Um Sein oder Nichtsein unseres Reiches handelt es sich, das unsere Väter sich neu gründeten. Um Sein oder Nichtsein deutscher Macht und deutschen Wesens.

Wir werden uns wehren bis zum letzten Hauch von Mann und Roß. Und wir werden diesen Kampf bestehen auch gegen eine Welt von Feinden. Noch nie ward Deutschland überwunden, wenn es einig war.

Vorwärts mit Gott, der mit uns sein wird, wie er mit den Vätern war!

Berlin, den 6. August 1915

Wilhelm

* * *

Eine Drohung Rußlands an die Türkei.

Aus Konstantinopel wird uns unterm 31.v.M. berichtet: In Kreisen, die der Regierung nahestehen, verlautet, daß die Türkei von russischer Seite vor jedem Eingreifen in den europäischen Konflikt gewarnt worden sei.

Die Ermahnungen, die Petersburg von kompetenten russischen Persönlichkeiten an den ottomanischen Botschafter und in Konstantinopel vom Vertreter Rußlands an die Pforte gerichtet wurden, sollen einen der Form nach wohl höflichen Charakter getragen, dabei doch einen einigermaßen drohenden Ton angeschlagen haben.

In den genannten Kreisen wird erklärt, daß die Pforte sich in Bezug auf die jetzige Konflagration nur von den Bedürfnissen der Politik des Ottomanischen Reiches leiten lassen und bei der Gestaltung ihres Verhaltens in allen Phasen der kommenden Ereignisse nach jeder Richtung die gebotene Umsicht walten lassen werde.

*

*

*

Das englisch-französische Abkommen.

Paris, 5. August (via Berlin eingelangt) Die am **22. und 23. September 1912 zwischen dem englischen Staatssekretär des Äußeren Sir E.Grey und dem französischen Botschafter in London Paul Cambon gewechselten Briefe**, die Ministerpräsident Viviani gestern in der Kammer verlas, sehen einen Meinungsaustausch zwischen den militärischen und seemännischen Behörden Frankreichs und Englands vor und galten nicht und sollten nicht als bindende Verpflichtungen der beiden Regierungen gelten, in gewissen Fällen aktiv zu werden. Jedoch mußte, wenn eine der beiden Regierungen einen nicht provozierten Angriff einer anderen Macht befürchtete, wichtig werden, zu wissen, ob sie auf den bewaffneten Beistand zählen könnte. Grey erklärt in seinem Antwortbrief, daß er ermächtigt sei, zu erklären, daß **im Falle eines Angriffs seitens einer dritten Macht oder eines den Weltfrieden bedrohenden Ereignisses** die betroffene Regierung sofort mit der anderen Regierung erwägen sollte, ob sie gemeinsam handeln wollten, um dem Angriff zuvorzukommen oder den Frieden zu schützen. Die beiden Regierungen würden über die Maßregeln beraten, welche sie zu ergreifen gedächten. Wenn diese Maßregeln eine Aktion bedingten, würden sie sofort die Pläne des Generalstabes in Erwägung ziehen und schlüssig werden, wieweit ihnen Folge zu geben sei.

Nach der Sitzung der Kammer hielten die Mitglieder des Kabinetts eine kurze Beratung.

*

*

*

Wie die französische Regierung das französische Volk täuscht.

Über Rom erhalten wir folgende Mitteilung: Die französische Regierung war bereits seit dem 30. v. M. bemüht, in der französischen Presse alle Nachrichten zu unterdrücken, die der französischen Bevölkerung die Augen über die Umtriebe der Kriegspartei hätten öffnen können. – **Während in Deutschland noch keine Vorsichtsmaßregeln getroffen wurden, waren in allen Teilen Frankreichs die militärischen Vorbereitungen bereits im Gange.** Vier Klassen der Reserven wurden bereits einberufen, aber die Zeitungen, die davon meldeten, wurden einfach unterdrückt, während gleichzeitig das Verbot der Herausgabe von Extrablättern erfolgte. **Die Zeitungen durften denn auch im weiteren Verfolge über die Verletzungen der deutschen Grenze durch französische Truppen und über die Bestialitäten französischer Flieger kein Wort bringen.**

Unter dem Vorwande, daß es sich um „irrigte Nachrichten“ handle, unterdrückt die Regierung jede derartige Meldung, um die französische Bevölkerung darüber zu täuschen, daß sie, die Regierung, den Krieg provoziere. – Hatte die französische Armeeverwaltung die Sanitätsposten des VI. und des XX. Armeekorps doch bereits am 29. Juli bis hart an die Grenze vorgeschoben.

*

*

*

Die deutsche Kriegserklärung an Frankreich.

Wolffs Telegraphenbureau meldet: Das Telegramm des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Paris am 3.8., 1.05 nachmittags, in dem Freiherr von Schoen den Auftrag erhielt, infolge des Einbruchs französischer Truppen auf deutsches Gebiet der französischen Regierung zu erklären, daß Deutschland sich durch die französischen Angriffe in Kriegszustand versetzt sehe, ist in Paris – vielleicht absichtlich – verstümmelt eingegangen, so daß es in vielen Punkten unverständlich blieb. Gleichwohl hat der deutsche Botschafter in richtiger Erkenntnis der Lage eine Erklärung abgegeben, die im wesentlichen dem Auftrag entspricht. Der Auftrag lautete folgendermaßen:

Berlin, 3. August, 1.05 p.m. Deutsche Truppen hatten bis jetzt Befehl, französische Grenze strengstens zu respektieren und diesen überall strikt befolgt. Dagegen haben trotz Zusicherung der Zehnkilometerzone französische Truppen schon gestern die deutsche Grenze bei Altmünsterol und auf Gebirgsstraße in Vogesen überschritten und stehen och auf deutschem Gebiet. Ein französischer Flieger, der belgische Gebiet überflogen haben muß, wurde bei dem Versuch, die Eisenbahn bei Wesel zu zerstören, schon gestern herabgeschossen. Mehrere andere Flugzeuge sind gestern über dem Eifelgebiet zweifelsfrei festgestellt. auch diese müssen belgische Gebiet überflogen haben. Gestern warfen französische Flieger Bomben auf Bahnen bei Karlsruhe und Nürnberg.

Frankreich hat uns somit in Kriegszustand versetzt. Bitte Eure Exzellenz vorstehendes heute nachmittag 6 Uhr dortiger Regierung mitzuteilen, Ihre Pässe zu fordern und nah Uebergabe der Geschäfte an die amerikanische Botschaft abzureisen.“

*

*

*

Der elsässische Abgeordnete Wetterle geflüchtet.

Kolmar, 6. August. Die Verhängung des Kriegszustandes wurde von der Bevölkerung mit Ruhe aufgenommen. Große Erbitterung herrscht gegen einzelne Händler, welche in gewissenloser Weise die Preise der Lebensmittel in die Höhe treiben. Aus den Kreisen der Bourgeoisie sind viele Familien nach Baden und in die Schweiz abgereist, unter ihnen befindet sich auch der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Wetterle.

*

*

*

Die Franzosen in Lüttich.

Belgien brach seine Neutralität. Interessante diplomatische Konsequenzen.

Die ganze Welt steht unter dem erhebenden Eindrucke der Eroberung von Lüttich durch die Deutschen. Nähere Einzelheiten über diesen Sieg fehlen noch, er ist aber, wie wir schon im Morgenblatt meldeten, **abgesehen von der kolossalen strategischen Bedeutung Lüttichs umso bedeutungsvoller, als die Festung eben nicht allein den Belgiern abgenommen wurde, sondern den Franzosen, die, wie unsere im Morgenblatte veröffentlichte Kölner Depesche besagte, bereits vor Wochen Offiziere und Mannschaften in großer Zahl nach Lüttich entsendet und dort alle Forts besetzt hatten.**

Diese Tatsache ist von ungeheurer diplomatischer Bedeutung. Belgien war, indem es den Franzosen vor Wochen, also lange vor Kriegsausbruch und vor der Anfrage Kaiser Wilhelms, gestattete, die Forts von Lüttich zu besetzen, überhaupt kein neutraler Staat mehr, sondern Bundesgenosse Frankreichs. Nicht Deutschland hat also die Neutralität Belgiens verletzt, sondern Belgien selbst hat seine Neutralität aufgegeben und für Frankreich gegen Deutschland Partei ergriffen.

Das ergibt nun eine sehr interessante diplomatische Frage. England hat Deutschland den Krieg erklärt, weil Deutschland im Interesse seiner militärischen Sicherheit die Scheinneutralität Belgiens nicht länger dulden zu können erklärte. Nun hat aber Belgien selbst seine Neutralität vor dieser Erklärung Deutschlands aufgegeben und einem Deutschland feindlichen Staate die Tore einer seiner Festungen, vielleicht mehrere, geöffnet. Für England entfällt damit eigentlich der Grund zur Kriegserklärung. Sir Grey könnte jetzt, ohne seinem Ansehen und seiner Ehre etwas zu vergeben, erklären: „Ich habe mich bezüglich der Begründung der Kriegserklärung geirrt. Belgien hat uns getäuscht, indem es die Franzosen in Lüttich einziehen ließ. Wir haben daher keinen Grund zum Kriege mit Deutschland und schließen sofort Frieden.“

Wird eine solche Erklärung nicht abgegeben, so zeigt es sich eben, daß England nur einen Vorwand zum Angriffskriege gegen Deutschland suchte.

*

*

*

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9192, Samstag, 8. August 1914 – S.2

Amerika befördert auf Kriegsschiffen.

New York, 4. August. Der Senat nahm eine Bill an, derzufolge das Marineamt Kriegsschiffe zur Beförderung der Post sowie von Reisenden und von Frachten von und nach Europa oder von und nach Asien benutzen kann.

*

*

*

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9192, Samstag, 8. August 1914 – S.2

Verhaftungen von Deutschen in England.

Berlin, 7. August. Das „Wolffsche Bureau“ meldet aus London: Die Polizei durchsuchte viele von Deutschen bewohnte Häuser. Im Londoner Vorort Earlsfield und in anderen Orten Englands wurden zahlreiche Deutsche unter dem Verdachte der Spionage verhaftet.

*

*

*

Presse - Deutsches Volksblatt, Nr. 9193, Sonntag, 9. August 1914 – S.1

Ein Aufruf an die Polen.

Beim Überschreiten der Grenze von Russisch-Polen seitens unserer Truppen wurde dortselbst nachstehender Aufruf in deutscher und polnischer Sprache kundgemacht:

An das polnische Volk!

Durch den Willen Gottes, der die Schicksale der Völker lenkt, und durch die Macht unserer obersten Kriegsherren überschritten die verbündeten österreichisch-ungarischen und deutschen Armeen die Grenze. Hiemit bringen wir auch den Polen die Befreiung vom moskowitischen Joche!

Begrüßet unsere Fahnen mit Vertrauen, sie bringen euch Gerechtigkeit!

Sie sind euch und euren Stammesbrüdern nicht fremd. Millionen des polnischen Volkes sind seit nahezu anderthalb Jahrhunderten im Verbanne der Donaumonarchie sowie des Deutschen Reiches zu hervorragender kulturellen Entwicklung gelangt und schon seit den Zeiten König Sobieskis, der einst den bedrohten Staaten der Habsburger tatkräftige Hilfe brachte, sind die ruhmreichen Traditionen Polens auf das innigste mit seinen westlichen Nachbarstaaten verknüpft.

Wir kennen daher und verstehen die Ritterlichkeit und hohe Begabung des polnischen Volkes. Die Schranken zu sprengen, die euren Verkehr mit den Errungenschaften der westlichen Kultur behindern, und euch alle Schätze geistigen und wirtschaftlichen Aufschwunges zu erschließen, ist eine wichtige Aufgabe, die uns aus diesem Feldzuge erwächst.

Nicht wir haben diesen Krieg gesucht. Nach einer langen Reihe von Verleumdungen und Angriffen hat Rußland offen für die Verdeckung der Spuren eines fluchwürdigen Verbrechens am österreichisch-ungarischen Herrscherhause Partei genommen und den Anlaß benützt, um über die Monarchie und das verbündete Deutsche Reich herzufallen. So wurde unser erhabener Kriegsherr, dem der Friede Europas seit Jahrzehnten zu verdanken ist, gezwungen, zum Schwerte zu greifen.

Alle Bewohner des russischen Reiches, die durch den Erfolg unserer Waffen unter unserem Schutze stehen werden, sollen von uns als Siegern nur Gerechtigkeit und Menschlichkeit erfahren.

Polen!

Vertraut euch freudig und rückhaltlos unserem Schutze an, unterstützt uns und unsere Bestrebungen aus voller Seele! Jedermann vertraue auf die Gerechtigkeit und Milde unserer erhabenen Kriegsherren und erfülle die Pflichten seines Berufes, die Pflichten zur Erhaltung seiner Heimstätte, die Pflichten, die der Wille Gottes, des Allmächtigen, durch die gegenwärtige Wendung euch vorgezeichnet hat!

Das Oberkommando der k. u. k. österreichisch-ungarischen Armeen.

*

*

*

Feigheit, Verrat und Brutalität.

Wenn dereinst die Geschichte des jetzt zum Ausbruche gekommenen Krieges geschrieben werden wird, wird sich vermutlich die Feder des Historikers sträuben, davon zu berichten, daß zu Beginn des XX. Jahrhunderts die wildesten Instinkte der Menschheit furchtbare Orgien feierten als in Zeiten, die weit hinter jener kulturell so weit fortgeschrittenen Epoche zurückliegen. Je mehr von den Vorgängen bekannt wird, die in Petersburg und Paris den Anschluß Rußlands und Frankreichs an das im Königsmorde das höchste politische Ideal erblickende Serbien einleiteten, desto klarer wird es, daß schon lange daran gearbeitet wurde, ein Netz von Intrigen zu spinnen, in dem man, wenn es im richtigen Moment zusammengezogen worden wäre, Österreich-Ungarn und Deutschland fangen wollte. Und auch Albion, dessen Söhne sich germanischer Abstammung rühmen dürfen, hat Teil an diesem aus Lüge und Verrat sich zusammensetzenden Werke, das den Zweck hat, die beiden verbündeten Kaiserreiche das Opfer eines längst abgekarteten Komplottes der gallischen Ränkeschmiede und panslawistischen Wühler werden zu lassen.

Während die Lippen von Englands leitendem Staatsmann noch von Beteuerungen der Friedensliebe überflossen und sich in Anerbietungen der guten Dienste Großbritanniens behufs Lokalisierung des zwischen Österreich-Ungarn und Serbien ausgebrochenen Konfliktes erschöpften, war man in London schon bereit, in den zu erwartenden Krieg aktiv einzugreifen. Man suchte nur noch nach einem Vorwande und fand diesen in der angeblichen Verletzung der Neutralität Belgiens durch Deutschland. **Die Einnahme der Festung Lüttich hat gezeigt, daß England sich zum Schutze einer Neutralität aufwarf, die gar nicht mehr vorhanden war, denn in den Festungswerken Lüttichs waren längst französische Truppen eingezogen gewesen.** War der Versuch französischer Flieger, offene Städte auf deutschem Gebiet durch Bombenwürfe in Schrecken zu versetzen, ein Akt der Feigheit gewesen, so war die Benutzung des angeblich neutralen Belgien für Aktionen der französischen Armee direkter Verrat.

Man wird nach dem bisher Erlebten sich darauf gefaßt machen müssen, in diesem Kriege die Gegner mit den niederträchtigsten, den unwürdigsten Mitteln kämpfen zu sehen. Das Brandmahl der Feigheit und des Verrates, das sie sich durch ihr Verhalten zu Anfang des Krieges selbst aufgedrückt haben, werden sie nicht mehr los werden. Die „**Norddeutsche Allgemeine Zeitung**“ veröffentlicht eine eingehende Schilderung der unerhörten Leiden und Schikanen, welchen österreichisch-ungarische und deutsche Staatsangehörige in Frankreich schon zu einer Zeit ausgesetzt waren, da von einer Ausbreitung des Krieges noch keine Rede und die auf Lokalisierung desselben abzielenden Bemühungen angeblich noch im vollen Gange waren. Ein Kommentar zu diesen Schilderungen ist überflüssig, sie genügen, um das französische Volk von jenem Kulturniveau für immer herabzuschleudern, auf dem es bisher zu stehen schien. Daß die Mißhandlung schutzloser, in der Minderheit befindlicher Ausländer nicht nur eine erbärmliche Feigheit, sondern auch die abscheulichste Brutalität ist, braucht keiner besonderen Betonung.

Einen förmlichen Rekord an Feigheit, verräterischer Hinterhältigkeit und Brutalität hat aber Rußland aufgestellt. Die gleißnerische Rolle, die der Zar durch seinen Depeschenwechsel mit Kaiser Wilhelm mit seiner „inständigen Bitte“ um Vermittlung gespielt hat, wird in der Geschichte stets als klassisches Beispiel politischer Doppelzüngigkeit fortleben. Wenn der Zar sich in einer seiner Depeschen an den deutschen Kaiser dazu hinreißen ließ, den Krieg Österreich-Ungarns gegen Serbien einen „schmählichen“ zu nennen, konnten sich die russischen Staatsmänner nicht lumpen lassen und sie setzten sich gleichfalls über alles Herkommen hinweg, indem sie sich erfrechten, gegen Österreich-Ungarn persönlich ausfällig zu werden. So hat der Herr Sasonow in einer Unterredung mit dem deutschen Gesandten in Petersburg gegen Österreich-Ungarn die maßlosesten Angriffe erhoben und der russische Botschafter in Rom, Herr Krupenski, verstieg sich in seiner asiatischen Manierlosigkeit gar zu der Behauptung, „die Politik Österreich-Ungarns sei eine große Schweinerei“.

Wenn der Zar und seine bevollmächtigten Minister sich auf solche Weise mit allem in Widerspruch setzen, was die Moral und die Kultur des Westeuropäers ausmacht, dann darf man sich nicht wundern, wenn der Mob von Petersburg echt russisch-patriotisch zu handeln glaubte, indem er das deutsche Botschaftspalais zerstörte.

★

★

★

Die Haltung Deutschlands in der belgischen Frage.

Berlin, 8. August. Das „Wolffsche Bureau“ meldet: Zur Widerlegung der in London und Paris über die Haltung der deutschen Regierung in der belgischen Frage verbreiteten Unwahrheiten veröffentlichen wir den Wortlaut der telegraphischen Anweisung an den deutschen Gesandten in Brüssel am 2. August 1914:

Der kaiserlichen Regierung liegen zuverlässige Nachrichten über einen beabsichtigten Aufmarsch der französischen Streitkräfte an der Maasstrecke Givet-Namur vor. Sie lassen keinen Zweifel über die Absicht Frankreichs, durch belgisches Gebiet gegen Deutschland vorzugehen. Die kaiserliche Regierung kann sich der Besorgnis nicht erwehren, daß Belgien trotz des besten Willens nicht imstande sein wird, ohne Hilfe den französischen Vormarsch mit so großer Aussicht auf Erfolg abzuwehren, daß darin eine ausreichende Sicherheit gegen die Bedrohung Deutschlands gefunden werden kann. Es ist ein Gebot der Selbsterhaltung für Deutschland, dem feindlichen Angriffe zuvorzukommen. Mit größtem Bedauern würde es daher die deutsche Regierung erfüllen, wenn Belgien einen Akt der Feindseligkeit gegen sich darin erblicken würde, daß die Maßnahmen seiner Gegner Deutschland zwingen, zur Gegenwehr auch seinerseits belgisches Gebiet zu betreten. Um jede Mißdeutung auszuschließen, erklärt die kaiserliche Regierung folgendes:

1. Deutschland beabsichtigt keinerlei Feindseligkeiten gegen Belgien. Ist Belgien gewillt, in dem bevorstehenden Kriege Deutschland gegenüber eine wohlwollende Neutralität einzunehmen, so verpflichtet sich die deutsche Regierung, beim Friedensschlusse den Besitzstand und die Unabhängigkeit des Königreiches in vollem Umfange zu garantieren.

2. Deutschland verpflichtet sich unter obiger Voraussetzung, das Gebiet des Königreiches wieder zu räumen, sobald der Friede geschlossen ist.

3. Bei einer freundschaftlichen Haltung Belgiens ist Deutschland bereit, im Einvernehmen mit den belgischen Behörden alle Bedürfnisse seiner Truppen gegen Barzahlung anzukaufen und jeden Schaden zu ersetzen, der etwa durch deutsche Truppen verursacht werden könnte. Sollte Belgien den deutschen Truppen feindlich entgegengetreten, insbesondere ihrem Vorgehen durch Widerstand der Befestigungen an der Maas oder durch Zerstörungen von Eisenbahnen, Straßen, Tunnels oder sonstigen Kunstbauten Schwierigkeiten bereiten, wird Deutschland zu seinem Bedauern gezwungen sein, das Königreich als Feind zu betrachten. In diesem Falle würde Deutschland dem Königreiche gegenüber keine Verpflichtungen übernehmen können, sondern müßte die spätere Regelung des Verhältnisses beider Staaten zueinander der Entscheidung der Waffen überlassen. Euer Hochwohlgeboren wollen heute abends um 8 Uhr der belgischen Regierung hievon streng vertraulich Mitteilung machen und sie um Erteilung einer unzweideutigen Antwort binnen zwölf Stunden, also bis morgen früh 8 Uhr, ersuchen. Von der Aufnahme, die Ihre Eröffnungen dort finden werden, und der definitiven Antwort der belgischen Regierung wollen Euer Hochwohlgeboren mir umgehend telegraphische Meldung zugehen lassen. Gez.: Jagow.

Hochwohlgeboren dem kaiserlichen Gesandten v. Below, Brüssel

*

*

*

Neue französische Barbareien.

Die Franzosen haben den deutschen Vizedirektor des Spielsaales in Monte-Carlo, Kuz, unter dem Vorwande des Spionageverdachtes erschossen.

Von der Riviera heimkehrende Österreicher erzählen haarsträubende Einzelheiten über französische Unmenschlichkeiten.

Anhang - Inhaltsverzeichnis

13./14.03.1885	Bismarcks Rede vor dem Reichstag am 13./14.März 1885 Zweite Beratung der Postdampfer Vorlage		281
16.03.1885	68. Sitzung des Deutschen Reichstags, Montag, 16. März 1885		285
23.03.1885	Reichstag: Nimmt die Postdampfer-Vorlage nach den Beschlüssen der zweiten Lesung mit großer Mehrheit endgültig an.		295
02.07.1885	Bundesrat: genehmigt den mit dem Norddeutschen Lloyd in Bremen über die einzurichtenden Postdampferlinien abgeschlossenen Vertrag.		295
11.01.1887	Rede Bismarcks im Deutschen Reichstag , Dienstag, 11. Januar 1887 zur Rüstungspolitik	NAZ 12.01.1887	296
1891	Französisch-Russischer Vertrag 1891 (Französisch-Deutsch)		307
08.04.1914	Entente Cordiale – 1904 – Frankreich - England		310
1925	17 Thesen zur Kriegsschuldfrage , Graf Max Monteglas, in seinem Buch „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage“		313
07.10.1879	Der deutsch-österreichische Bündnisvertrag	BTB 04.02.1888	315
31.07.1914	Neues zur Geschichte der Emser Depesche	POS 31.07.1914	317
	Zur Kriegsschuld Frage		
1918	Bethmann Hollweg über die Schuld am Kriege	BVZ 27.11.1918	319
1918	Die Offensive durch Belgien 1914.	BTB 27.11.1918	321
1918	Eine Erklärung Bethmanns.	DVB 28.11.1918	323
1918	Kein Friedensangebot an Deutschland.	VOS 29.11.1918	323
1918	Die Schuld am Kriege.	VOS 29.11.1918	324
1918	Neue „Enthüllungen“.	POS 29.11.1918	325
1918	Die Schuld am Weltkriege. – England hatte schon mobilisiert	TAZ 10.12.1918	325
	Inhaltsverzeichnis – Detailliert		326
	Literaturverzeichnis		334
	Zeitungsabkürzungen		
BTB	Berliner Tageblatt		
DVB	Deutsches Volksblatt		
NAZ	Norddeutsche Allgemeine Zeitung		
POS	Posener Tageblatt		
TAZ	Tiroler Anzeiger		
VOS	Vossische Zeitung		
WAP	Wiener Abendpost		
WZ	Wiener Zeitung		

Anhang

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Hrsg. Ernst Delbrück, Bd. XXVI 1885; Nördlingen 1886

Bismarcks Rede vor dem Reichstag am 13./14.März 1885

Reichstag: Zweite Beratung der Postdampfer-Vorlage.

[Reichstagssitzung vom 13. März 1885]

Der sozialdemokratische Antrag, die australische Linie auf das Festland von Australien zu beschränken, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Antrag Richter auf Streichung der ganzen australischen Linie mit 170 gegen 159 abgelehnt; der Antrag Dietz auf Streichung der afrikanischen Linie mit 166 gegen 157 Stimmen angenommen; der Antrag Rintelen auf Bewilligung der ostasiatischen Linie allein mit 170 gegen 154 Stimmen abgelehnt und hierauf § 1 in folgender Fassung mit großer Mehrheit angenommen:

Der Reichskanzler wird ermächtigt: die Errichtung und Unterhaltung von regelmäßigen Postdampferschiffverbindungen zwischen Deutschland einerseits und Ostasien sowie Australien andererseits auf eine Dauer bis zu fünfzehn Jahren angeeignet deutsche Unternehmer auf dem Wege engerer Submission einzeln oder zusammen zu übertragen und in den bisherigen abzuschließenden Verträgen Beihilfen bis zum Höchstbetrage von jährlich 4.000.000 M aus Reichsmitteln zu bewilligen.

[Aus der Debatte vom 13. März 1885]...wendet sich der Reichskanzler hauptsächlich gegen den Redner des Zentrums (Rintelen), welcher seine Stellung dahin charakterisierte, daß er für die Vorlage nur eintrete, soweit sie nicht in Zusammenhang mit der Kolonialpolitik stehe. Der Reichskanzler führt aus: Die Dampferlinien seien auch ohne die Kolonien erforderlich, wenn auch die Ablehnung der Vorlage eine Entmutigung der Regierung in der Kolonialpolitik herbeiführen werde; die Regierung werde übrigens aus der Bewilligung sämtlicher Linien keine Kabinettsfrage machen, die Kolonien würden in der Zukunft von großem Nutzen werden. Der Redner weist darauf hin, daß eine Verständigung mit England im Werke sei und schließt:

„Schließlich möchte ich noch auf eine Äußerung zurückkommen, die der Herr Vorredner am Eingang seiner Rede that. Ich habe mir neulich gestattet (Schluß der Rede vom 2. März), eine Analogie aus der altgermanischen Mythologie zu zitieren, bei der ich das Wort „Völkerfrühling“ gebrauchte, auf das der Herr Vorredner zurückkam. Ich fürchte, daß ich dabei dunkler geblieben bin, als ich zu sein wünschte, und daß ich nicht deutlich ausgedrückt habe, was ich meinte; aber es liegt nicht in meiner Gewohnheit, mythologische Anspielungen weit auszuspinnen. Es war nur etwas, was – ich kann es nicht leugnen – mich in den letzten 20 Jahren ununterbrochen gequält und beunruhigt hat, diese Analogie unserer deutschen Geschichte mit unserer deutschen Göttersage.

Ich habe unter dem Begriff „Völkerfrühling“ mehr verstanden als die Kolonialpolitik, ich habe meine Auffassung – ich will nicht sagen, so niedrig – aber so kurz in Zeit und Raum nicht gegriffen. Ich habe unter dem Frühling, der uns Deutschen geblüht hat, die ganze Zeit verstanden, in der sich – ich kann wohl sagen: - Gottes Segen über Deutschlands Politik seit 1866 ausgeschüttet hat, eine Periode, die begann mit einem bedauerlichen Bürgerkriege, der nur Lösung eines verschürzten gordischen Knotens unabweisbar und unentbehrlich war, der überstanden wurde, und zwar ohne die Nachwehen, die man davon zu befürchten hatte. Die Begeisterung für den nationalen Gedanken war im Süden wie im Norden so groß, daß die Überzeugung, daß diese – ich möchte sagen - „chirurgische Operation“ zur Heilung der alten deutschen Erbkrankheiten notwendig war; sobald sie sich Bahn brach, war auch aller Groll vergessen, und wir konnten schon im Jahre 1870 uns überzeugen, daß das Gefühl der nationalen Einheit durch das Andenken dieses Bürgerkrieges nicht gestört war, und daß wir als „ein einzig Volk von Brüdern“ den Angriffen des Auslandes entgegentreten konnten. Das schwebt mir als „Völkerfrühling“ vor; daß wir darauf die alten deutschen Grenzländer wiedergewonnen, die nationale Einheit des Reiches begründeten, einen deutschen Reichstag um uns versammelt sahen, den deutschen Kaiser wieder erstehen sahen, das alles schwebte mir als „Völkerfrühling“ vor, - nicht die heutige Kolonialpolitik, die bloß eine Episode bildet in dem Rückgange, den wir seitdem gemacht haben. Dieser Völkerfrühling hielt nur wenig Jahre nach dem großen Sieg vor. Ich weiß nicht, ob der Milliardensegens schon ersticken auf ihn gewirkt hat. Aber dann kam, was ich unter dem Begriff „Loki“ verstand: der alte deutsche Erbfeind, der Parteihader, der in dynastischen und konfessionellen, in Stammesverschiedenheiten und in den Fraktionskämpfen seine Nahrung findet, der übertrug sich auf unser öffentliches Leben, auf unsere Parlamente, und wir sind angekommen in einem Zustand unseres öffentlichen Lebens, wo die Regierungen zwar treu zusammenhalten, im deutschen Reichstage aber der Hort der Einheit,

den ich darin gesucht und gehofft hatte, nicht zu finden ist, sondern der Parteigeist überwuchert uns; und der Parteigeit, wenn der mit seiner Lokistimme den Urwähler Hödur, der die Tragweite der Dinge nicht beurteilen kann, verleitet, daß er das eigene Vaterland erschlage, der ist es, den ich anklage vor Gott und der Geschichte, wenn das ganze herrliche Werk unserer Nation von 1866 und 1870 wieder in Verfall gerät und durch die Feder hier verdorben wird, nachdem es durch das Schwert geschaffen wurde.“

Sitzung vom 14. März

„Der Herr Abgeordnete Richter ist, wie in vielen Dingen, so auch darin mit Herrn Abgeordneten Windthorst einverstanden gewesen, daß er der Regierung empfiehlt, darauf Bedacht zu nehmen, länger dauernde Verträge, seien es, wie der Herr Abgeordnete Windthorst sich ausdrückt, politisch-pragmatische Verträge, mit Österreich-Ungarn abzuschließen. Ja, meine Herren, es ist eigentümlich, daß ich einmal mit diesen beiden Herren, Windthorst und Richter, der dritte im [S.57] Bunde sein kann; ich bin auch nicht dagegen, und ich habe, wie Sie aus den Zeitungen wohl schon früher ersehen haben werden, wenn Sie andere Zeitungen als gerade die Ihrigen lesen, schon vor Jahren in Österreich den Vorschlag gemacht, oder wenigstens die Frage angeregt, ob es möglich sein würde, solche pragmatischen Einrichtungen, sei es auf dem Zollgebiet, sei es auf anderem Gebiet, zu treffen und dadurch die Lücke zu decken, die der Abgeordnete Windthorst zu seinem Bedauern durch die Ereignisse von 1866 in die deutschen Beziehungen gerissen fand. Wir haben aber bei näherer Prüfung gefunden, daß, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die bei uns eintreten könnten, in den österreich-ungarischen Verhältnissen noch sehr viel größere liegen, und daß es für eine dortige Regierung, die ganz bereit wäre, darauf einzugehen, doch zweifelhaft sein müßte, ob sie die nötigen Bewilligungen der Körperschaften, deren sie dazu bedarf, finden würde. Also darüber brauchen die beiden Herren mit mir nicht Händel zu suchen; es ist nur nicht alles, was die Herren uns hinwerfen, so leicht auszuführen, wenn man der Sache praktisch näher tritt.

Der Abgeordnete Richter hat ferner seine Freude darüber ausgesprochen, daß über die Kolonialfragen in England eine Verständigung eingeleitet – ich kann wohl sagen, daß diese Verständigung vielleicht noch leichter gewesen wäre, wenn er nicht hier einer Meinung, einer Auffassung Ausdruck gegeben hätte, die in den Verhandlungen unsere Stellung England gegenüber einigermaßen schwächte. Die Engländer waren berechtigt zu glauben, daß die Äußerung des Herrn Windthorst, daß, sobald es sich um auswärtige Fragen handelte, alle Parteien vereint ständen, doch auf den Herrn Abgeordneten Richter und die Fortschrittspartei keine Anwendung fände. Denn er hielt gleich darauf eine Rede, die die Stellung der deutschen Regierung in den Verhandlungen mit London notwendig schwächen mußte und geschwächt hat. Wir würden schneller und vielleicht besser zum Ziele gekommen sein, wenn Herr Richter diese von mir geteilte wohlwollende Parteinahme für England ... (Wiederholte Zurufe links) – Mein Herren, schreien Sie mich doch nicht nieder, meine Stimme ist ja ohnehin schwach und nachher klagen Sie darüber, ich wäre nicht zu verstehen; namentlich der Herr Abgeordnete Richter ist ja darin sehr empfindlich -

Also die Verständigung wäre mir leichter und vielleicht von besserer Tragweite geworden, wenn der Herr Abgeordnete Richter seine Gefühle, die ich ja übrigens vollkommen teile, zurückgehalten hätte; ich glaube, es war nicht gerade der diplomatisch angemessene Moment, sie zum Ausdruck zu bringen, noch weniger mit der sehr eigentümlichen Bezugnahme, die er mündlich dabei vorgebracht hat, und die ich im stenographischen Bericht zu meiner Freude beseitigt fand. – Es war das Wort „dynastisch“. Wenn Sie noch weiter gehen: Sie brauchen an meiner Offenheit - ich habe immer den Mut meiner Meinung – nicht zu zweifeln. - - -

Der Redner wendet sich dann gegen die Äußerung des Herrn Abgeordneten Windthorst, daß in unseren Beziehungen zu England alles in Flammen stehe und nimmt auf die Erklärungen Gladstone's vom

12. März Bezug:

Wie ist es möglich, daß dieselben Vorgänge, dieselben Fragen einen so verschiedenen Eindruck auf zwei Leute machen? Hat der Minister Gladstone mehr Liebe für das deutsche Reich übrig als der Herr Abgeordnete Windthorst? Das kann ich mir doch nicht denken! Aber jedenfalls hat er mehr Verständnis für unsere Kolonialpolitik, als dieser Führer einer großen Partei bei uns in seinen jetzigen Äußerungen gezeigt hat. Meine Herren, es haben solche Versuche, Zweifel an der Festigkeit des Friedens zu erregen, [S.58] doch sicher ihre Bedenken! Ich spreche dabei durchaus nicht von der Börse. Die rührt das nicht; aber fortgesetzte Zweifel an der Beständigkeit des Friedens finden ab und zu, namentlich bei den Parteileuten, die in verba magistri zu schwören gewohnt sind, schließlich doch einigen Glauben, und dadurch wird der Friede mit der Zeit erschüttert. Es ist deshalb die Taktik aller derjenigen, deren Parteiprogramm oder deren Bestrebungen überhaupt nur durch Unterbrechung des Friedens, nur durch Krieg verwirklicht werden können, stets Zweifel

an der Sicherheit des Friedens auszusprechen. Mir ist das in meiner langen Erfahrung wiederholt entgegengetreten, und **wir haben bei uns ja im Reiche Fraktionen, deren offen aufgestellte Ideale nur durch Krieg, und zwar einen unglücklichen Krieg Deutschlands erreicht werden können. Die Herstellung des Königreichs Polen, die Losreißung der polnisch redenden Provinzen ist doch nur möglich durch einen unglücklichen Krieg Preußens. Die Wiederabtretung von Nordschleswig an Dänemark, die Wiederherstellung des Königreichs Hannover in seinem alten Umfange, die Wiederabtretung Elsaß-Lothringen an Frankreich – das Alles sind Dinge, die nur nach einer großen Niederlage Deutschlands erreichbar sind, nur wenn gewisser Maßen das Königreich Preußen wieder ausgeschlachtet wird, das Königreich, so wie es jetzt Mitglied des Deutschen Reiches ist. Es ist deshalb nicht unnatürlich, wenn strebsame Mitglieder solcher Fraktionen - eine gewisse Ungeduld empfinden, daß der Friede sich immer mehr zu befestigen scheint, und daß sie durch Andeutungen, es wäre damit nicht so weit her, seine Sicherheit in Zweifel zu ziehen und ihn dadurch thatsächlich zu erschüttern suchen. Wir sehen ja, daß französische chauvinistische Blätter, daß namentlich polnische Blätter darauf ausgehen; und so deutsch die welfische Fraktion sein mag, ihr Ideal, die Herstellung des Königreichs Hannover, zu dem sie sich offen bekennt bei allen ihre Wahlreden, kann doch nur erreicht werden, nachdem Deutschland, Preußen in einen unglücklichen Kriege der Ausschlachtung, der fremden Willkür preisgegeben sind.**

Es ist also nicht so ganz obenhin zu nehmen, wenn angesehene politische Persönlichkeiten die Hand dazu bieten. Ich nehme an, daß der Herr Abgeordnete Windthorst sich über die Tragweite seiner Worte und Friedenszweifel getäuscht hat; aber ich gebe ihm doch zu bedenken – ihm sind ja diese Fraktionen, von denen ich spreche, in allen Bestrebungen noch durchsichtiger als mir – ich möchte ihn bitten, dergleichen Hoffnungen, die sich an unseren Untergang, muß ich geradezu sagen, knüpfen, nicht zu nähren, indem dann ohne allen Grund unsere friedlichen Beziehungen zu anderen Großmächten, mit denen wir sie sorgfältig pflegen, sich als zweifelhaft darstellen.

Der Herr Abgeordnete (Windthorst) tadelt mich darüber, daß ich auf das Jahr 1866 überhaupt Bezug genommen habe, und fügt hinzu: „Wir sind hier der Einigkeit wegen.“ Nun, es ist mir lieb, daß mich der Herr Abgeordnete dessen versichert hat; ich hatte es bisher nicht gemerkt; ich hatte geglaubt, wir wären hier, um die Verschiedenheit unserer Meinungen zur Geltung zu bringen. Die Art, wie ich das Jahr 1866 erwähnt habe, wird meines Erachtens die Einigkeit nicht geschädigt haben; ich glaube, ich habe es in einer sehr schonenden und für niemand kränkenden Weise gethan, und der Herr Abgeordnete kann mir daraus keinen Vorwurf machen. Er sagt: „Die Erinnerung an 1866 wird diese Einigkeit leicht stören können“. Das ist meine Ansicht nicht. Ich glaube im Gegenteil. Wenn noch der 1866er Krieg der einzige Bürgerkrieg wäre, der in Deutschland geführt wurde – oder Bruderkrieg, wie Sie wollen -, aber es doch fast in jedem Jahrhundert einmal ein **[S.59]** großer deutscher Krieg gewesen, der die deutsche Normaluhr richtig gestellt hat für hundert Jahre. Gehen Sie weiter zurück, Sie haben die Kriege zwischen Preußen und Österreich in der Mitte des vorigen Jahrhunderts; noch weiter, Sie haben den 30 jährigen Krieg, Sie haben den schmalkaldischen und die Reformationskriege, und dahinter haben Sie die Welfen- und Ghibellinenkämpfe [Die Ghibellinen und Guelfen waren verfeindete Gruppierung, die Ghibellinen, die Waiblinger, waren auf Seiten des Kaisers, die Guelfen, Welfen, auf Seiten des Papstes.].

Wir sind eben ein streitbares Volk, und so ganz ohne Handgreiflichkeiten sind selbst unsere Feste nicht immer abgegangen, noch viel weniger unsere politische Entwicklung. Aber, daß das eine so sehr üble Erinnerung hinterließ, kann ich nicht finden; es war gewissermaßen die Morgenröte einer besseren Zeit, die 1866 – allerdings blutig - anbrach. Allerdings eigentlich schon früher. Die Kugel kam ins Rollen mit dem dänischen Krieg 1864, mit dem Tode des Königs von Dänemark, da fing es an. Meine Herren, ich muß sagen, daß ich es bedauern würde, wenn ir uns mit unserer historischen Vergangenheit, namentlich in der modernen Zeit, nicht beschäftigen wollten, denn sie ist außerordentlich lehrreich. Manche von Ihnen werden vielleicht unter den Veröffentlichungen der preußischen Archive das Buch von Herrn von Poschinger über den Bundestag gelesen haben, von dem ja schon heut mehrfach die Rede war. Nun, die Epoche, die dieses Buch beschreibt, liegt jetzt ungefähr ein Vierteljahrhundert hinter uns. Das ist ja nicht so sehr lange, aber nichts destoweniger, wenn wir in dem Buche von den Streitigkeiten lesen, die einige dreißig Souveräne, Regierungen über den Kästrich in Mainz, über das verschanzte Lager, über Liquidationswesen hatten, so macht uns das alles einen kleinlichen Eindruck, und wir blicken mit einem gewissen Behagen aus der Verbesserung der deutschen Zustände zurück in diese Zeit des kleinlichen Partikularismus, der mit seinen unbedeutenden Kämpfen die Kraft der ganzen großen deutschen Nation in sich neutralisierte und konsumierte.

Nun, meine Herren, das zeigt also, daß wir in diesem Vierteljahrhundert doch erheblich Fortschritte gemacht haben; keiner sehnt sich zurück nach der Zeit; wir blicken zurück von einer erfreulichen Höhe, die wir erstiegen haben, auf ein wüstes Land und verstehen kaum, wie wir in unserer politischen Kindheit uns so über Lappalien haben streiten können, die wir vergessen haben. Nun, meine Herren, sollte es denn gar nicht möglich sein, daß wenn nach einem weiteren Vierteljahrhundert, so wie dieser Bundestag, einen Poschinger gefunden hat, ein Reichstags-Poschinger einmal auf unsere jetzigen Fraktionsstreitigkeiten zurückblickte, man dann auch

den Eindruck hätte, daß der Fraktionspartikularismus von damals ein glücklich überwundener Standpunkt wäre, daß an in den 25 Jahren erhebliche Fortschritte zum Besseren gemacht hätte, daß der nationale Gedanke mehr als bisher und einheitlicher als bisher zum Durchbruch gekommen wäre? Meine Herren, ich gebe darauf die Hoffnung nicht auf, daß die Poschinger-Leser von 1912 mit demselben Gefühl der Befriedigung auf die heutige Zeit, wenn sie einmal zusammengestellt wird, zurückblicken und sagen werden: Nun, wir sind doch bessere Leute, als die damals lebten, - ich nehme mich nicht aus. Ich nehme an, daß der Fraktionszopf und Parteizopf denn etwas aus der Mode gekommen sein wird. Was mich dazu ermutigt, das sind die Zeichen an unserer heranwachsenden Generation.

In unserer Jugend ist ein ganz anderer nationaler Schwung und eine großartige Auffassung des politischen Lebens als in allen meinen Altersgenossen, die durch die Jahre 1847 und 1848 mit dem Fraktions- und Parteistempel notwendig hindurchgegangen sind und den nicht von ihrer Haut abwaschen können. Lassen Sie uns mal erst alle sterben, dann sollen Sie sehen, wie Deutschland in Flor kommen wird! Wir sind augenblicklich das Hindernis seiner nationalen Entwicklung, - [S.60] nicht ich allein, wie der Herr Abgeordnete Richter annimmt; ich glaube sogar der Herr Abgeordnete Richter in noch viel höherem Maße als ich; aber ich nehme mich nicht aus. Wir sind alle noch viel zu sehr erfüllt vom Parteikampfeszorn, wir glauben noch an die Größe der Parteien, an die Bedeutung der Frage, ob einer bei dieser oder jener Partei eintritt, ob ein Wahlsieg hier oder das, ob bei einer Abstimmung ein Sieg erfochten wird. Mit welchem Triumph erfüllt das die Herzen, - das meinige nicht ausgenommen! auch ich bin freudig wie ein Kind darüber. Aber ich habe zu der deutschen Nation und namentlich zur Jugend, zu der jetzt studierenden Jugend, zu der Jugend, die unter den Eindrücken der großen Zeit studiert hat, die unser Kaiser an der Spitze seines Heeres inaugurierte, das Vertrauen: die wird mit Poschingerschen Augen auf die heutige Politik, auf den Partikularismus, der zehn oder zwölf Fraktionen, die hier miteinander kämpfen, zurückblicken. Das ist die Hoffnung, in der ich ruhig sterben werde. Ich werde es nicht mehr erleben, daß es so weit kommt; aber ich habe diese Hoffnung, wenn in trüben Momenten mir der Popanz vorschwebt, daß wir zum alten Bundestag zurückkehren könnten. Ja, meine Herren, mir passiert so manches, was den Menschen hypochondrisch stimmen kann, und von dem ich mir sage, wenn das am grünen Holz passiert, was soll erst am, ich weiß nicht wem, geschehen; also ich sehe nicht immer rosig in die Zukunft, denn ich sehe immer jüngere Leute und deren Gesinnung vor mir, und die älteren sind verbittert, mit denen wird eine voll Einigkeit des deutschen Reiches, außer in großen Zwangsfragen, wenn wir uns unserer Haut wehren müssen, glaube ich, theoretisch nicht herzustellen sein. Wir haben bisher nur glückliche Kriege geführt, dank der ausgezeichneten Armee und dank der glänzenden Führung Seine Majestät des Kaisers und unserer Feldmarschälle; aber lassen Sie uns einmal einen schweren unglücklichen Krieg führen: ob wir dann an der Volksvertretung die sichere Stütze finden werden, die wir im Jahre 1870 fanden? Nun, ich hoffe es, ich wünsche es wenigstens sehr lebhaft, daß dann die Äußerung des Herrn Abgeordneten Windthorst von neulich sich vollständig bewahrheiten möge, daß wir da einig zusammenstehen. Aber es könnte doch leicht sein, Daß das Ausland den Eindruck nicht hat, als ob wir so einig wären, und solch Ermutigungen sollte man dem Auslande nicht geben. Selbst wenn der Herr Abgeordnete Richter einen noch schlechteren Reichskanzler hätte, als ich bin, so sollte er sagen: das Reich ist zu jung, wir wollen lieber mal unsere schmutzige Wäsche unter vier Augen waschen, nicht vor der Öffentlichkeit zwei Stunden lang den Reichskanzler analysieren und sein nicht wirkliches, sondern vom Feinde fingiertes Innere öffentlich bloßlegen, dem Feinde zeigen, was das für ein Mann ist, und wie tugendhaft wir dagegen sind, daß wir bei einer solchen Regierung noch solche Leute sind, wie wir sind. (Heiterkeit)

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Hrsgb. Ernst Delbrück, Bd. XXVI 1885; Nördlingen 1886, S.55-60

68. Sitzung des Deutschen Reichstags, Montag, 16. März 1885

(Reichskanzler Bismarck antwortet dem Abgeordneten Richter (Eugen Richter, 1838 – 1906, (bis 1885 Deutsche Fortschrittspartei), hier: Deutsche Freisinnige Partei, ab 1893 Freisinnige Volkspartei, ab 1910 Fortschrittliche Volkspartei))

[Thema: Wirkung dynastischer Verwandtschaften auf die auswärtige Politik.]

Ich habe einen Irrtum zu berichtigen, in welchem ich mich vorgestern dem Herrn Abg. Richter gegenüber befunden habe. Es war mir, ich weiß nicht mehr, ob aus Zeitungen oder aus mündlichen Mittheilungen bekannt geworden, daß er in der Rede, die er als *captatio benevolentiae* (Um Englands Wohlwollen zu gewinnen) für England hielt, unter den Motiven die unsere Haltung England gegenüber zu bestimmen hätten, auch die Verwandtschaften unserer Dynastien ins Feld geführt hätte. Ich ließ mir deshalb den stenographischen Bericht vorlegen, und in demselben wurde mir die Hauptrede des Herrn Abgeordneten von jener Sitzung, die erste, als die Rede bezeichnet. Bei ihrer Durchlesung fand ich diese Wendung der Sache nicht wieder. Ich schloß daraus, daß der Herr Abg. Richter in Bezug auf politischen Tact mit mir die gleichen Ansichten gehabt und bei der Correctur die Anspielung auf die Verwandtschaften unserer Dynastie unterdrückt hätte, und er erlaubte mir, darüber in meiner vorgestrigen Rede meine Freude zu erkennen zu geben. Der Herr Abg. Richter hat sehr bald Gelegenheit genommen, diese Freude mir zu zerstören, und ich habe, durch seinen Widerspruch veranlaßt, nunmehr den vollständigen Sitzungsbericht gelesen und bin Aufklärung darüber schuldig, wie ich zu dem Irrthum gekommen bin.

Ich konnte nicht voraussetzen, daß der Herr Abgeordnete in seinem Plaidoyer für England das Bedürfnis empfunden haben würde, zwei Mal hinter einander denselben Gedanken – das zweite Mal schärfer unterstrichen – zum Ausdruck zu bringen. Ich glaubte, nachdem ich seine erste Rede gelesen hatte, damit wäre die Sache beendet, da er in dieser ersten Rede Alles gesagt hatte, was meines Erachtens sich von seinem Standpunkte sagen ließ, in den Worten, die da lauteten:

England und Deutschland sind aufeinander angewiesen nach Stammesverwandtschaft, nach den historischen Traditionen und nach der ganzen Entwicklung, mehr als irgendwelche anderen Länder in Europa. Wenn augenblicklich diplomatische Streitigkeiten schweben, über deren Berechtigung ich mir heute kein Urtheil erlaube, und über die ich nicht entscheiden will, so wollen wir hoffen u.s.w.

Meine Herren, den Satz konnte ich mir ja vollständig aneignen, daß wir, England und Deutschland, wenn nicht ausschließlich aufeinander angewiesen, doch den Beruf haben, nach Stammesverwandtschaft, nach historischen Traditionen, vor allen Dingen aber nach gemeinsamen Interessen und nach der Abwesenheit widersprechender Interessen, im freundschaftlichen Einverständnis mit einander zu leben. Dieses Einverständnis zu suchen, bin ich seit Jahr und Tag beschäftigt. Ich kann es natürlich nur finden in einer Form, die auch für Deutschland eine befriedigende ist. Das Suchen nach dieser Form nöthigt mich, durch manche Peripetie zu gehen auf diplomatischem Wege, wo auch unter Umständen der Eindruck einer Verstimmung nicht ausgeschlossen ist, und wo der Wechsel zwischen Festigkeit und Nachgiebigkeit allein zum richtigen Ziele führen kann. In diesem Wechsel, in dieser diplomatischen Operation hat mich die ganze Parteinahme des Herrn Abg. Richter für die englische Auffassung der Sache, für England, will ich überhaupt sagen, gerade in diesem Augenblick einiger Maßen genirt. (Hört! Hört! rechts) Der Herr Abgeordnete hat gesagt, es wäre gar nicht die Zeit gewesen, daß seine Rede hätte einwirken können, sie wäre noch nicht bekannt gewesen.

[Fußnote: Abg. Richter: „Der Herr Reichskanzler hat gesagt, daß ich dadurch (durch die Parteinahme für England) die englische Vereinbarung verzögert, jeden Falls eine bessere Vereinbarung verhindert hätte. Das ist schon deshalb unmöglich, weil, während ich von England sprach, ich darauf aufmerksam machte, daß bereits Telegramme über die dortige friedliche Stimmung vorlägen, und mein Bericht konnte noch gar nicht nach England gekommen sein, als jene Vereinbarung schon perfect gewesen ist.“]

Nun, meine Herren, die Zeit, in der seine Rede wirkt, läuft noch immer fort. Unsere Verhandlungen mit England sind ja im besten Wege, sie sind aber noch nicht abgeschlossen; und daß es auf die Auffassung der englischen Regierung von einigem Gewicht ist, wenn der Führer der Opposition im Deutschen Reichstag, der sich an der Spitze der der Regierung entgegen stehenden Minorität befindet, in dem Augenblick, wo streitige Interessen discutirt werden, für die fremdländischen Partei nimmt, - nun, meine Herren, das ist nach englischen Begriffen doch sehr wohl erklärlich! Nach englischen Begriffen hat die Majorität, an deren Spitze der Herr Abg. Richter, wenn nicht ganz isolirt, doch mit wenigen Gefährten steht, alle Aussicht, demnächst die künftige Regierung dieses Landes zu stellen. Daß das nicht wahrscheinlich ist, wird einem Deutschen, der unsere Politik versteht und aus deutschen Gesichtspunkten beurtheilt, einleuchtend sein; aber für einen Engländer – nach dessen parlamentarischen Auffassungen – ist es ganz natürlich.

Ich glaube, der Herr Abg. Richter täuscht sich über das Gewicht seines Auftretens wenigstens in England. Der Abg. Richter hat in England ein viel größeres Schwergewicht als bei uns in Deutschland. (Heiterkeit rechts). Ich muß darauf aufmerksam machen: Der, welcher an der Spitze der Opposition gegen die Regierung steht, an der Spitze einer Majorität, der die Regierung ziemlich regelmäßig unterliegt in Fragen, die sie bringt, ist doch für England der herrschende Punkt, der Stern der Zukunft, und man muß schon die deutschen Verhältnisse genauer kennen, um sich zu überzeugen, daß diese englische Auffassung bei uns nicht so ausschließlich Platz greift, wie es in England der Fall sein dürfte.

Ich habe Das angeführt, was der Herr Abg. Richter in seiner ersten Rede gesagt hat. Wenn ich nun zwei Seiten weiter umschlage, so finde ich, daß er genau denselben Gedanken nochmals wiederholt hat; er schien Eines vergessen zu haben und nachholen zu müssen: das waren die verwandtschaftlichen Beziehungen der Dynastie. Die zweite Wendung ist im Uebrigen ganz identisch mit der ersten, sie hat wenige Minuten nachher unter wiederholter Meldung zur Wort stattgefunden. Ich muß daher annehmen, daß Herr Richter auf diese Einschaltung ein ganz besonderes Gewicht gelegt hat. Er sagt, daß er überzeugt sei,

die Ansichten weiter Kreise im deutschen Volke zu vertreten (Fußnote: die beiden Worte sind Ergänzungen des Reichskanzlers.)

- denke ich mir; der Satz ist nicht ganz zusammenhängend -,

die sich keineswegs durch parlamentarische Debatten, die an dieser Stelle wenigstens durchaus überflüssig sind, in einen künstlichen Gegensatz zu einem uns stammverwandten Volke, das uns nicht nur durch unsere Dynastie, sondern auch durch die germanische Abstammung verwandt und durch gemeinsame Kämpfe in kritischen Perioden der Geschichte verbunden ist, wollen hineinbringen lassen.

Nun, der Herr Abg. Richter hat nicht im Sinne der von dem Herrn Abg. Windthorst accentuirten Einigkeit aller Parteien gegenüber dem Ausland gehandelt, indem er gerade in diesem Moment, bei divergirenden und rivalisirenden Interessen zweier Nationen, für die andere Seite und nicht für die deutsche eintrat; was ihn dabei geleitet haben kann, darüber will ich mich nicht äußern. **Ich bin gewohnt, den Widerstand des Herrn Abg. Richter auf allen Wegen zu finden, die ich in der inneren sowohl wie in der auswärtigen Politik zu gehen habe, und sehe überall mit der Nothwendigkeit gegenüber, diesen Widerstand, der durch eine sehr eindringliche und ausdauernde Beredsamkeit unterstützt wird, zu bekämpfen.** Indes das ist seine Sache zu erwägen. Ich ergreife hier nur das Wort, um mich gegen diese Verwerthung der dynastischen Verwandtschaften in Fragen der auswärtigen Politik zu verwahren in meiner Eigenschaft als ein langjähriger und erprobter Diener unserer Dynastie und Sr. Majestät des Kaisers. (Bravo! rechts.)

Es ist eine solche Einbeziehung dynastischer Interessen und Verwandtschaften in die großen internationalen Interessen, die zwischen zwei Nationen divergiren können, für die Dynastien niemals nützlich gewesen, (Sehr richtig! rechts) und ich frage mich: Was hat denn den Herrn Abg. Richter bewogen, seine erste Aeußerung dadurch zu vervollständigen, daß er die Verwandtschaften unserer Dynastie in seine zweite Auflage derselben Aeußerung einbezog.

Ich bin bei dem Herrn Abg. Richter eben so gut wie bei anderen hervorragenden Parlamentariern gewohnt, daß sie nicht so leicht Etwas ohne Ursache thun, daß irgend eine Berechnung auf die Wirkung, die sie erzielen könnten, dahinter steckt.

Nun ist das Hineinziehen der dynastischen Verwandtschaften in die internationalen Interessen erfahrungsgemäß in der Geschichte den Dynastien niemals nützlich gewesen, es sind stets die Gegner der Dynastien gewesen, welche dynastische Beziehungen in den Vordergrund geschoben haben bei internationalen Fragen. (Sehr wahr! rechts)

Ich brauche gar nicht so weit zurück zu greifen, **daß ich an die Zeit der ersten französischen Revolution erinnerte, wo es der Dynastie der alten französischen Könige außerordentlich nachtheilig war, daß man den Verdacht verbreiten konnte, als ob die nahe Verwandtschaft des französischen Hauses mit dem österreichischen Hause die französische Politik im österreichischen Sinne beeinflusste.** Jedermann, der die Geschichte der damaligen Zeit mit Aufmerksamkeit liest, wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß das ein mächtiges Hilfsmittel der Gegner des Königshauses war, das Letztere der österreichischen Politik zu **verdächtigen.** Wenn Aehnliches in England passierte, würde man da nicht sofort von german influence oder foreign influence (Fußnote: Deutschem oder fremdem Einfluß) in irgend einer Weise sprechen?

Würde es einem englischen Parlamentarier, namentlich von der freisinnig-radicalen etwa entsprechenden Richtung einfallen, die Verwandtschaften der in England regierenden Dynastie mit deutschen Häusern dafür anzuführen, daß England in den Interessen der Nation sich nachgiebig gegen Deutschland erweisen möge? Ich glaube kaum, daß dies Jemand in England riskiren würde. Ich habe sonst bei dem Herrn Abg. Richter niemals gefunden, daß er für dynastische Verwandtschaften und Einflüsse ein wesentliches Interesse an den Tag gelegt hätte, (Heiterkeit rechts.) und ich bin deshalb nothwendig veranlaßt, darüber nachzudenken, welche Gründe ihn in diesem Falle veranlaßt haben können, das Gewicht der dynastischen Verwandtschaft in die Waagschale in seinem Plaidoyer für England mit einzuwerfen.

Auch aus unserer eigenen neuesten Geschichte darf ich wohl daran erinnern, daß in den vierziger Jahren von den Gegnern unserer Dynastie die nahe Verwandtschaft mit dem russischen Kaiserhause jeder Zeit ausgebeutet worden ist, um sie als abhängig, als beeinflußt von dem Ausland darzustellen. Ich brauche Sie nur zu erinnern – oder vielleicht haben es einige von Ihnen nicht gelesen; aber ich habe es damals gelesen – an das bekannte Gedicht von Herwegh 1), wo er in etwas gezwungenem Reim auf Meleager sagt: „Behüt’ uns vor dem Czaren, Deinem Schwager!“ – Dieselbe Tonart, die Herwegh im Jahre 1840 und 1841 anschlug, zog sich durch das ganze Jahr 1848. Im Jahre 1848 war es ja in Placaten überall zu lesen: „Die Russen kommen!“ – Für die Popularität der eigenen Dynastie war die Behauptung dieses fremden Einflusses niemals nützlich.

1) Gedicht eines Lebendigen (1841): An den König von Preußen, 4. Strophe:

Sieh, wie die Jugend sich verzehrt
in Gluten eines Meleager,
Wie sie nach Kampf und That begehrt –
O drück’ in ihre Hand ein Schwert,
Führ’ aus den Städten sie ins Lager!
Und frage nicht, wo Feinde sind;
Die Feinde kommen mit dem Wind:
Behüt’ uns vor dem Frankenkind
Und vor dem Czaren, Deinem Schwager!

Ich bin der Behauptung ja noch begegnet im Anfange meiner ministeriellen Laufbahn zu den Zeiten der polnisch-russischen Cartellconvention. Was wurde hauptsächlich gegen die Politik Sr. Majestät des Königs, die ich damals vertrat, ausgespielt? Unsere Abhängigkeit von Rußland in Bezug auf die Cartellconvention, in Bezug auf Alles; kurz, es wurde die Dynastie im Lande verdächtigt, daß sie nicht die nationalen Bedürfnisse allein, sondern auch die verwandtschaftlichen Rücksichten auf die nahestehende russische Dynastie in der Politik zum Ausdruck brächte. **Diese historischen Erinnerungen und Erwägungen und das wenige Vertrauen, das mir der Royalismus des Herrn Abg. Richter einflößt, (Heiterkeit rechts) nöthigen mich, hier seiner Bezugnahme auf dynastische Verwandtschaften und ihren Einfluß auf die Politik mit der Versicherung entgegen zu treten, daß das Gewicht der deutschen Dynastien und insbesondere unserer Kaiserlichen Dynastie unter allen Umständen jeder Zeit auf Seiten der nationalen Interessen und niemals auf der Seite der fürstlichen Verwandtschaften in die Waage fallen wird.** (Lebhafter Beifall rechts.)

Namens der socialdemokratischen Partei sprach der Abg. Dietz (Hamburg) zu Gunsten der im socialdemokratischen Antrag befürworteten Linien, Namens der Elsaß-Lothringer der Abg. Zorn v. Bulach nicht aus nationalen, sondern aus rein sachlichen Erwägungen für die Vorlage der verbündeten Regierungen. Die polnische Partei gab im Allgemeinen durch den Abg. v. Jazdzewski ihre Uebereinstimmung mit allen gegen die Vorlage erhobenen Einwendungen zu erkennen und ließ darauf, als Antwort auf die „verletzenden Angriffe der vitalsten Interessen“ des polnischen Volkes, die Fürst Bismarck in seiner Rede vom 14. März wider die Polen gerichtet habe, folgende Erklärung verlesen:

Fürst Bismarck hat constatiren zu müssen geglaubt, daß es im Reiche Fractionen gebe - und aus dem Zusammenhange seiner Rede geht hervor, daß er dazu auch meine Fraction rechnet - , die ihre offen aufgestellten Ideale nur durch einen unglücklichen Krieg Deutschlands, durch eine große Niederlage desselben erreichen zu können vermeinen, und die förmlich darauf speculiren. Ich muß diese Unterstellung, soweit sie meine Fraction und alle ihre Mitglieder betrifft, auf das Entschiedenste zurückweisen.

Ich bestreite, daß unser Sinnen und Trachten auf das Schüren von Feindseligkeiten gegen Deutschland oder gegen irgend ein anderes Staatswesen berechnet sei, daß wir auf irgend eine europäische Conflagration, auf irgend eine Störung des europäischen Friedens speculiren und daraus irgend welche Territorialveränderungen zum Vortheil unserer Nationalität erhoffen. Eine solche Insinuation, die dazu angethan ist, um unsere Stellung im In- und Auslande gegenüber zu discreditiren – und es scheint, als wenn es hauptsächlich auf das Letztere abgesehen ist - , müssen wir bestreiten und gewärtigen den Beweis dazu.

Wir stehen in diesem Hause als die legitimen Vertreter derjenigen Bevölkerung, die uns mit ihrem Vertrauen beehrt hat, auf einem rein gesetzlichen Boden; wir erstreben mit allem Nachdruck, der uns zu Gebote steht, die Erhaltung unserer nationalen Rechte, wie sie durch völkerrechtliche Verträge und Königliche Verheißungen garantirt und verbrieft worden sind, und wir reclamiren sie, wo sie uns geschmälert und verkümmert worden sind. Auf dieser Rechtsbasis stehen wir und lassen uns von derselben durch keine Insinuation, durch keine Verdächtigung, sie mag kommen, von wo sie will,

verdrängen; in diesem Sinne suchen wir die öffentliche Meinung für uns zu gewinnen, in diesem Sinne üben wir unseren Einfluß auf unsere Bevölkerung aus; und wir werden, Gottlob! in dieser unseren festen, legalen und unantastbaren Stellung durch die Haltung und den gesunden Sinn des weit überwiegenden Theiles der polnischen Bevölkerung unterstützt. Wenn man das Maß der Ungerechtigkeiten und Mißhandlungen, denen wir auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens seit mehr wie einem Jahrhundert in allen Theilen unseres zerrissenen Vaterlandes ausgesetzt sind, in Betracht zieht, und das ruhige, würdevolle und friedliche Verhalten der polnischen Bevölkerung sich vergegenwärtigt, so ist man zu dem Schluß berechtigt, daß die hier erhobene Anklage grundlos ist.

Dieser Haltung der gesunden Presse, dieser Haltung der polnischen Bevölkerung und ihrer parlamentarischen Vertreter ist es zu verdanken, daß die Umsturzideen des Nihilismus, Anarchismus und Socialismus an unserer Festigkeit abprallen.

wir halten deshalb diese fortwährenden Anklagen der Polen vor den parlamentarischen Versammlungen Deutschlands für eine schwere und unverantwortliche Ungerechtigkeit, für ein Schüren des Feuers mit dem Schwerte, und wir könnten ebenfalls versucht sein, den Urheber dieser Beschuldigungen selbst vor Gott und der Geschichte anzuklagen, daß während er in [S.126] einer so begeisterten Weise uns schildert, wie all sein Sinnen und Trachten seiner Nation, ihrer Größe und ihrem Ruhm gewidmet ist, derselbe uns daraus einen Vorwurf macht, wenn wir mit gleicher Liebe die heiligsten Güter vertheidigen, die uns als das einzige Vermächtniß einer besseren Vergangenheit geblieben sind, und die wir um keinen Preis der Welt aufgeben werden.

Wir bestreiten entschieden dem Herrn Reichskanzler das Recht, uns auf diesem gesetzlichen Boden, auf dem wir stehen, anzugreifen, und wir werden uns in keiner Weise beirren lassen, stetig und ruhig auf dieser sicheren, wenn auch dornenvollen Bahn weiter zu gehen; in der Erfüllung dieser unserer parlamentarischen Aufgabe liegt unser offen aufgestellte Ideal.

Alles Uebrige überlassen wir Gott und seiner Vorsehung.

Fürst Bismarck, der diese Erklärung nicht mit angehört, wohl aber von ihrem Inhalt unterrichtet worden war, antwortete nach Schluß der Rede des Abg. Lohren dem Redner der polnischen Partei in folgender Rede:

Der Herr Abgeordnete für Krotoschin hat sich vorher dahin geäußert, daß ich in meiner vorgestrigen Rede seine Fraction ungerecht beschuldigt hätte, als ob sie zu denen gehörte, deren ideale nur durch Störung der Einheit des Deutschen Reiches, nur durch Losreißung von Landestheilen von einzelnen Staaten, die das Deutsche Reich bilden, verwirklicht werden könnten. Er hat nach Dem, was mir darüber gemeldet ist, aus dem Zusammenhange meiner Worte geschlossen, daß ich auch seine Fraction gemeint hätte. Das ist ja außer Zweifel; das braucht man nicht aus dem Zusammenhange zu verstehen. Ich habe es ganz ausdrücklich gesagt.

Der Herr Abgeordnete hat aber doch meine Aeußerungen ein klein wenig verschoben, indem er mir die Behauptung in den Mund legt, daß die Fractionen, von denen ich sprach, förmlich darauf speculirten, denjenigen Krieg herbeizuführen, der, wenn er unglücklich für Deutschland ablief, dahin führen könnte, ihre offen ausgesprochenen Ideale zu verwirklichen. Nun, meine Herren, wenn ich das gesagt hätte, ob ich mich da von der objectiven Wahrheit so weit entfernt hätte, das will ich hier unentschieden lassen; ich bin auch nicht verpflichtet, mich darüber auszusprechen, denn ich habe es nicht gesagt. Ich will aber Das, was ich gesagt habe, nochmals richtig stellen durch Wiederanführung der Hauptstellen, auf deren Auslegung es hier ankommt, und ich glaube, daß die Versammlung davon überzeugt werden wird, daß ich Niemanden über Gebühr angeschuldigt und belastet habe in den Voraussetzungen, die ich hier aussprach. Ich habe gesagt:

Es ist die Taktik aller derjenigen, deren Parteiprogramm oder deren Bestrebungen überhaupt nur durch Unterbrechung des Friedens, nur durch Krieg verwirklicht werden können, stets Zweifel an der Sicherheit des Friedens auszusprechen.

- Das ist eine allgemeine Wahrheit, die der Herr Abgeordnete nicht wird erschüttern können.

Mir ist das in meiner Erfahrung wiederholt entgegen getreten, und wir haben bei uns im Reiche ja Fractionen, deren offen aufgestellte Ideale nur durch Krieg und zwar durch einen unglücklichen Krieg Deutschlands erreicht werden können.

Ich frage den Herrn Abgeordneten: Ist nicht die Herstellung des Königreichs Polen eins von den offen aufgestellten Idealen seiner Landsleute und namentlich der Fraction, die hier vertreten ist? Er wird das nicht bestreiten. Er sagt aber: Wir wollen die Wiederherstellung nicht durch Krieg, wir wollen sie durch den Druck der öffentlichen Meinung erreichen. Ja, meine Herren, das ist absolut unmöglich; das Ideal, das ich früher anführte, die Losreißung von Provinzen von dem preußischen Staate, wie er heute unter der Garantie des Deutschen Reiches steht, ist nur durch Krieg möglich oder durch ein anders Mittel, ebenso gewaltsam, durch Revolution. Zwischen den beiden allein steht die Wahl. Es gibt keine andere Auslegung; der Druck der öffentlichen Meinung, und was man sonst noch vorgeben mag, kann nicht gemeint sein. Es liegt ja allerdings

im Interesse der Herren, mit ihren Absichten nicht zu früh an den Tag zu treten und einen Mantel über dieselben zu breiten und sich dadurch das Recht zu erkaufen, in dem Schoße des Deutschen Reichstags das Deutsche Reich zu bekämpfen. Aber in unserem Interesse, in dem der Regierungen liegt es, jede Verdunkelung in diesem Punkte nach Möglichkeit zu verhüten und die Absicht Derer, die uns und, wie wir glauben, der Zukunft des Reiches in ihren letzten Plänen feindlich gegenüber stehen, offen an den Tag zu legen, damit die Nation weiß, woran sie sich zu halten hat, woran sie ist. (Bravo! rechts)

Ich habe weiter gesagt:

Die Herstellung des Königreichs Polen, die Losreißung der polnisch redenden Provinzen von Preußen ist doch nur möglich durch einen unglücklichen Krieg Preußens.

Den Gedanken an Revolution habe ich aus Rücksicht auf den Ort an dem wir uns befinden, unterdrückt; er ist aber doch das Einzige, was übrig bleibt, wenn man sagt, daß man einen Krieg nicht denke; das Andere ist eine Redensart, an die kein Mensch glauben wird, und die man nur unter Umständen vor Gericht, wo man nichtgezwungen werden kann, über seine Gedanken Auskunft zu geben, hinstellen kann; der Richter muß sich damit zufrieden geben, er kann nichts anderes thun. Ob aber der Richter, hier das deutsche Volk, sich mit dieser Auskunft zufrieden geben wird: Wir erwarten die Wiederherstellung des Königreichs Polen auf Kosten der preußischen Provinzen von dem Druck der öffentlichen Meinung in Deutschland, - ja, meine Herren, das glaube ich doch nicht. (Heiterkeit)

Also ich sagte:

Die Herstellung des Königreichs Polen u.s.w. ist doch nur möglich durch einen unglücklichen Krieg Preußens. Die Wiederabtretung von Nordschleswig an Dänemark, die Wiederherstellung des Königreichs Hannover in seinem alten Umfange, die Wiederabtretung Elsaß-Lothringen an Frankreich – das Alles sind Dinge, die nur nach einer großen Niederlage Deutschlands erreichbar sind, nur wenn gewisser Maßen das Königreich Preußen wieder ausgeschlachtet wird, das Königreich, so wie es jetzt Mitglied des Deutschen Reiches ist. Es ist deshalb nicht unnatürlich, wenn strebsame Mitglieder solcher Fractionen -

Ob auch der Herr Abgeordnete für Krotoschin zu den strebsamen Mitgliedern seiner Fraction gehört, das überlasse ich ihm selbst zu ermessen; ich habe die Fraction im Ganzen noch nicht angeklagt und auch nicht davon gesprochen, daß die Herren nach der angegebenen Richtung förmlich speculieren; ich habe mich schonend ausgedrückt:

Wenn strebsame Mitglieder solcher Fractionen **eine gewisse Ungeduld empfinden darüber, daß der Friede sich immer mehr zu befestigen scheint, und daß sie durch Andeutungen, es wäre damit nicht so weit her, seine Sicherheit in Zweifel ziehen suchen. Wir sehen, daß chauvinistische und namentlich polnische Blätter darauf ausgehen -**

und ich füge hinzu: **auch polnische Blätter, die in Petersburg in russischer Sprach redigirt werden, die aber entschieden im polnischen Interesse und von Polen geschrieben und mit polnischem Gelde unterhalten werden,** ich könnte die Namen nennen -

diese Ziele

- sagte ich weiter –

können doch nur erreicht werden, nachdem Deutschland und Preußen in einem unglücklichen Kriege der Ausschlachtung der fremden Willkür preisgegeben sind.

Ich glaube, der Herr Abgeordnete hat im Interesse seiner eigenen Landsleute nicht wohl gethan, mich durch seinen Angriff zu nöthigen, diese meine gestrige Aussage noch ein Mal zu unterstreichen und ihr eine breitere Publicität durch eine nochmalige Wiederholung zu verschaffen. Ich glaube, daß die Herren aus den polnisch redenden Landestheilen überhaupt ihrem Interesse besser dienen würden, wenn sie die Regierung des Landes und des Reiches bis auf Weiteres unterstützten. **Sie können eben nur durch einen unglücklichen Krieg ihre außerhalb unserer staatlichen Existenz liegenden Ideale verwirklichen. Findet aber diese unglückliche Krieg statt, dann werden die Herren ja doch davon profitiren; und das gilt auch für andere centrifugale Bestrebungen. Sie können ja den Erfolg des Krieges ruhig abwarten und können inzwischen der staatlichen Gemeinschaft, in der Sie sich nach Gottes Willen einstweilen befinden, nach dem Spruche: „Seid unterthan der Obrigkeit, die Gewalt über Euch hat“ (Fußnote: 1Petri 2,13) – und das möchte ich namentlich auch den confessionellen Fractionen ans Herz legen – ruhig und ehrlich dienen. Der Vortheil, den Sie von einem unglücklichen Kriege für Ihre antistaatlichen Ideal haben können, der läuft Ihnen deshalb nicht weg. (Heiterkeit)**

Wenn das Deutsche Reich zertrümmert, wenn Preußen zerschlagen und niedergeworfen ist, ja, dann kommt es nur darauf an, durch wen; das heißt, ob unsere polnischen Provinzen einem anderen Reich einverleibt werden, oder ob der Sieger ein solcher ist, der seinerseits Interesse an der Herstellung des Königreichs Polen hat; im letzteren Falle wird er es ganz sicher herstellen, Sie mögen in der Zwischenzeit sich gegen die jetzige Regierung freundlich benommen und Ihren Landsleuten und Ihrem engeren provinziellen Gemeinwesen das Wohlwollen der jetzigen Regierung erworben haben oder nicht. Das wird sich dabei ganz gleich bleiben, und die Resurrection des polnischen Gedankens wird dann ohne Ihr Zuthun vom Auslande selbst gemacht werden; denn es gibt ausländische Bestrebungen, denen eine Zerreißung der preußischen Monarchie, denen die Herstellung eines feindlichen Elementes in der Weichselgegend bis an die Oder heran Deutschland gegenüber von Nutzen erscheinen kann. Also warten Sie doch ruhig ab, bis der unglückliche Krieg gekommen und geführt ist, und enthalten Sie sich der Sünde, ihn an die Wand zu malen; denn die Hoffnung, ihn dadurch zu beschleunigen und herbeizuführen, ist doch eine eitle, die wird sich nicht verwirklichen! Die Regierungen sind sich in ihrem Interesse dazu klar, die Regierungen sowohl innerhalb Deutschlands wie außerhalb Deutschlands. (Lebhaftes Bravo! rechts)

Der Abgeordnete Virchow fühlte sich durch die Herausforderungen des Reichskanzlers verpflichtet, seine Stellung zur Colonialpolitik offen darzulegen. Er ging dabei von dem Satze aus, daß Deutschland den Zeitpunkt der Weltgeschichte, in dem man noch eine Colonialpolitik in dem gewöhnlichen Sinne treiben konnte, verpaßt habe. Der Ausdruck „colonial“ habe allmählich eine große Dehnbarkeit erhalten, seine ursprüngliche Bedeutung – auf Grund seiner Anleitung von colonus und colere – sei fast in Vergessenheit gekommen. Colonien aber, in denen Ackerbau getrieben werden könne, seien jetzt nicht mehr zu gewinnen, es sei denn auf dem Wege der Eroberung im Krieg gegen Nationen, die Colonien besäßen. Das imperial charter für die afrikanische Gesellschaft, das auf der Anschauung beruhe, als sei Ackerbau oder Plantagenwirtschaft in Ostafrika möglich, sei etwas übereilt ertheilt worden. Denn man habe dabei die medicinisch-anthropologische Vorfrage nicht erörtert, ob denn auch die Europäer im Stande seien, im Klima der Tropen und unter der Malaria zu leben. Gerade sie durch Klima und Malaria doppelt gefährdeten Gegenden, die der weiße Mann bisher mit Beharrlichkeit vermieden habe, habe der Reichskanzler für Deutschland ausgesucht. Den Strom der Auswanderung oder auch nur der Spekulation nach diesen Landstrichen lenken, heiße unsere Landsleute nicht nur in die größte Gefahr, sondern wahrscheinlich auch direct in den Tod führen. Von diesem Standpunkte aus ergab sich für ihn die Nothwendigkeit, gegen die australische und gegen die afrikanische Linie zu stimmen. **Gegen den Schluß seiner Rede übernahm Virchow die Vertheidigung seines Fraktionscollegen Richter gegen die Angriffe des Reichskanzlers. Richter habe sich bei seiner Aeußerung über England in der Nothwendigkeit befunden, die bisher bestandenen internationalen Verhältnisse gegenüber dem Abg. Kalle zu vertheidigen, der Neid und Mißgunst als Triebfedern Englands bezeichnet habe.** Wie in dem Hinweis auf die dynastische Verwandtschaft Etwas gefunden werden könne, begreife er nicht. Die Abwehr der Hetzreden Kalles sei ganz conform gewesen den Aeußerungen Bismarcks, daß England und Deutschland keine entgegenstehenden vitalen Interessen hätten. Unrichtig sei es, daß die Rede Richters auf den Gang der diplomatischen Verhandlungen hätte ungünstig wirken können; des Reichskanzlers Behauptung, daß Richter im Auslande mehr geschätzt werde, als in vielen Kreisen des Vaterlandes, sei zwar richtig, ein Scherz könne es nur sein, wenn er glauben machen wolle, daß Richter als Chef der Oppositionspartei in England als künftiger Ministerpräsident angesehen werde. Fürst Bismarck erwiderte:

Der Herr Vorredner hat meine Ausführungen ein klein wenig verschoben – im letzten Theil seiner Rede; auf den Haupttheil derselben habe ich nichts zu erwidern, nur in Bezug auf den Schluß. Die Verschiebung charakterisirt sich am besten durch die Behauptung des Herrn Vorredners: Es sei doch nicht zu verwundern, wenn der Herr Abg. Richter neulich, nachdem er den Accent darauf gelegt, daß England mit uns durch die germanische Abstammung stammverwandt sei, gemeinsame Kämpfe mit uns bestanden habe, hinzugefügt hätte, daß auch die Dynastien verwandt wären..... Die Argumentation des Herrn Abg. Richter war, wie der Text zeigt, genau die umgekehrte; er hat die dynastische Frage voran und die anderen in zweite Linie gestellt. (Rufe links: Nein!)

Ja, meine Herren, ich berufe mich auf den Text. Nach Herrn Virchow hätte der Herr Abg. Richter neulich gesagt, daß wir nicht durch die germanische Abstammung und die gemeinsame Geschichte verwandt wären, sondern auch noch durch die Dynastien, sondern auch durch die germanische Abstammung verwandt wären;- er hat die Dynastie in den Vordergrund gestellt. Es käme ja an und für sich auf diese Wortstellung gar nicht an; ich mach auf dieselbe aufmerksam, weil sich darin die ganze Verschiebung charakterisirt, die der letzte Herr Redner mit meinen Argumenten vorgenommen hat.

Der Herr Vorredner hat so gesprochen, als ob die Anführung des Herrn Richter eine ganz nebensächliche gewesen wäre, die ich Unrecht thäte so aufzunehmen, und er hat außerdem gesagt, man wäre

an dergleichen gewöhnt. Nun, meine Herren, das kann ich doch nicht zugeben. Wo ist denn bei uns die Gewohnheit, namentlich auf Seite der Fraction, der der Herr Abg. Richter angehört, auf die Verwandtschaften der Dynastien bei politischen Erwägungen und internationalen Fragen ein besonderes Gewicht zu legen? Meine Erinnerung reicht ziemlich lange zurück, aber der Fall ist mir noch nicht vorgekommen. (Sehr wahr! rechts.)

Es ist ja eine Aeußerung aus dem Munde des Einen etwas Anderes als in dem Munde des Anderen. Wenn ein enthusiastischer Royalist dergleichen Aeußerungen thut, nun, so liegt das in der Consequenz seiner Gesinnung; wenn aber der Herr Abg. Richter die Dynastie ins Gefecht zieht, so habe ich nicht von Hause aus die Ueberzeugung, daß er das gerade im Interesse der Dynastie thut. (Oho! und Unruhe links. – Sehr wahr! rechts.)

Ich behaupte damit noch nicht, daß er bewußter Weise die Dynastie schädigen will; aber ich glaube nicht, daß der Herr Abg. Richter für die Dynastie dieselbe Feinfühligkeit hat wie ein Royalist von meinem Schlage zum Beispiel. (Unruhe links.) Es ist vielleicht der Schaden, den er der Dynastie anthut, wenn er sie in einem gewissen Gegensatz mit nationalen Interessen bringt, dem inneren Auge des Herrn Abg. Richter nicht so klar wie dem meinigen. Er hat auch vielleicht nicht die Liebe zu dem dadurch geschädigten Princip, die mich feinfühlig macht. Ich habe nur behauptet, daß die Aeußerung des Herrn Richter, das Hineinziehen der dynastischen Frage in internationale, den Dynastien nicht nützlich sei, und ich richte die Frage an Jeden, der ehrlich und ruhig mir antworten will: Ist es für die Dynastie ein Vorthail, wenn man bei internationalen Fragen darauf hinweist, daß verwandtschaftliche Rücksichten doch eine gewisse gegenseitige Nachsicht, das heißt ein minder scharfes Wahrnehmen der eigenen nationalen Interessen, empfehlenswert machen könnten. Erweist man damit der Dynastie einen Dienst? Ich habe auf historische Fälle verwiesen, wo Dynastien dadurch geschädigt worden sind. Ich glaube nicht, daß der Herr Abg. Richter mit mir an demselben dynastischen Strang zieht; ich glaube nicht, daß wenn er von Dynastie spricht, er dasselbe Gefühl tiefer innerer Anhänglichkeit und Ehrerbietigkeit damit verbindet, wie ich es thue. (Oho! und Unruhe links. – Bravo! rechts.)

Ich glaube das nicht, meine Herren, und Sie werden mich davon schwer überzeugen. Unsere ganze politische Vergangenheit spricht dagegen, und ich rufe die öffentliche Meinung gegen Ihre mißbilligenden Ausrufe zum Richter darüber an, ob sie in dem Herrn Abg. Richter jemals einen dynastischen preußischen Politiker sehen wird.

Dann hat der Herr Vorredner in seiner Aeußerung die politische Bedeutung, die der Herr Abg. Richter in England als Führer der Opposition hat, doch unter das wirklich vorhandene Niveau heruntergedrückt; er hat bei den Engländern ein Verständniß für unsere Verhältnisse vorausgesetzt, wie es nicht vorhanden ist.

Es ist mir erinnerlich, daß zur Zeit, wie die Samoadebatten hier waren – es ist schon ziemlich lange her -, der Botschafter einer westeuropäischen Macht hier anwesend war und den Herrn Abg. Richter gehört hat.

(Abg. Richter: Ich habe damals gar nicht gesprochen!)

- Nicht? Sollte es wirklich nicht der Fall sein?

(Zurufe links: Nein!)

- Nun, dann muß dieser Botschafter den Herrn Abgeordneten mit Jemand Anderem verwechselt haben.

(Heiterkeit links.)

Nun, ich erinnere mich der Samoadebatte nicht mehr so genau, wohl aber eine Conversation mit dem erwähnten Botschafter, welcher sagte -- (Zurufe links.)

- Nun bitte ich, mich nicht wieder zu unterbrechen; ich lasse mich ein Mal auf ein Zwiegespräch ein, aber nicht zwei Mal. – Der Herr Botschafter sagte mir – und das ist das einzige Factum, das ich verbürgen kann -, es sei ihm sehr unwahrscheinlich, daß der Herr Abg. Richter bei uns noch nie Minister gewesen sei; er könne sich die Rolle, die er spiele, nicht erklären, wenn er noch nie Minister gewesen sei und keine Aussicht habe, es zu werden. Ich sagte: Ueber das Letztere habe ich kein Urtheil, aber gewesen ist er es noch niemals. (Heiterkeit).

Und darin wird er mir Recht geben. Ob dieser Botschafter seine Verwunderung darüber, daß ein Abgeordneter, der diese Rolle bei uns im Parlament spiele, noch nie Minister gewesen sei, gerade aus einer Rede über die Samoafraage geschöpft hat oder nicht, weiß ich nicht, ich habe nur gesagt: In der Zeit der Samoadebatte war es, um zu zeigen, daß es nicht ein novissimum (Fußnote: Eine Begebenheit aus letzter Zeit) sei. Der Herr Abgeordnete ist ja seitdem gewachsen an Bedeutung und Ansehen in seiner Partei; er ist heut zu Tage in seiner Herrschaft über die Partei, (Lebhafter Widerspruch links.) über die sehr bedeutende Partei kaum mehr angefochten. – Meine Herren, Sie, (nach links) die Sie darüber murren, - ist Einer unter Ihnen, der ihm das Wasser reicht, (große Heiterkeit auf beiden Seiten des Hauses.) der gegen ihn mit Widerspruch aufzukommen vermag? Hier vor dem Publicum haben Sie den Muth, dagegen zu murren; wenn Sie mit ihm allein sind, werden Sie es schwerlich thun. (Große Heiterkeit.)

Und daß ein Mann von der persönlichen Bedeutung Herrn Richters nicht einmal bei uns Minister werden sollte, - mein Gott, man braucht noch gar nicht Engländer zu sein, um zu glauben, daß er es einmal wird.

Aber ich habe nur das Wort genommen, um mein Bedauern darüber zu wiederholen, daß der Herr Abg. Richter die Bezugnahme auf die dynastische Verwandtschaft nicht gestrichen hat, - und mein Bedauern darüber, daß ich mit dieser meiner Auffassung im Irrthum gewesen sei.

Der Herr Abg. Virchow hat behauptet, daß die Rede, die Herr Richter gehalten hat, in Bezug auf die Verhandlungen, die in England schwebten, einen Einfluß gar nicht üben könnte, und er hat zur Unterstützung dessen angeführt, daß er keinem englischen Blatte Etwas über die Rede des Herrn Abg. Richter gelesen hätte. Ja, die Politik wird eben doch nicht ganz ausschließlich durch die Zeitungen gemacht. Ich habe es zu spüren geglaubt, daß in der Bereitwilligkeit, mit der uns von englischer Seite im ersten Augenblick entgegengekommen wurde, ein Rallentando (Fußnote: Eine Verlangsamung.) eingetreten ist; ob diese *propter hoc* oder *post hoc* gewesen ist, das muß ich unentschieden lassen. Ich schreibe das einiger Maßen dem Eindruck zu, daß man gefunden hat, in unseren Ansprüchen, die wir England gegenüber verfechten, stände doch nicht die ganze Nation hinter uns. Wenn der Führer einer so bedeutenden Opposition in einer Zeit, wo die Regierung in der Minorität ist, im Reichstag seinerseits auf diese Weise für die englische Auffassung der Sache, für deren Berücksichtigung eintritt, so hat man in England natürlich den Eindruck: Die Nation in ihrer Gesamtheit steht nicht hinter den verbündeten Regierungen und ihrer Politik. Es schlägt das in das Fach hinein, das ich schon öfter besprochen habe: **Eine coloniale Politik läßt sich nur machen, wenn sie getragen ist von dem – ich will nicht sagen einstimmigen, aber nahezu einstimmigen, entschlossen, festen, starken Nationalgefühl, das einen Ausdruck nicht nur im Volke und in der Presse, sondern auch im Reichstage, und zwar in der Mehrheit des Reichstags und auch durch die Führer derselben findet.** Zu den Führern dieser Mehrheit gehört auch der Herr Abg. Richter; und daß er diese nationalen Aspirationen nicht theilt, eben wenig theilt, wie der Führer der anderen Hälfte der Majorität, des Centrums, - ja, meine Herren, das liest man aus Ihren Reden hinlänglich heraus. Daß das unsere Stellung bei den Verhandlungen mit dem Auslande wesentlich abschwächt, das muß doch jedes Kind einsehen, und ich weiß nicht, wie wir hier darüber streiten können. Eine Regierung, die ihre ganze Nation hinter sich hat, die tritt mit einem ganz anderen Gewicht dem Ausland gegenüber als eine Regierung, der die größere Hälfte der Vertreter der Nation in ihrem Parlamente Opposition macht. Ich muß mich an die Wortführer der Opposition halten, und einer derer ist der Herr Abg. Richter, der seine Opposition ausdrücklich mit der Rücksicht auf die Schonung, die wir England aus dynastischen und anderen Interessen schuldig wären, begründet hat.

Der Herr Abg. Virchow hat mir vorgeworfen – dem Reichskanzler, wie er sich ausdrückte -, daß ich gerade die Plätze ausgesucht hätte, die Keiner hätte haben wollen.... Es fehlt nicht viel, so würde er in dem Sinne, den ich ja an seinen Geschäftsfreunden gewohnt bin, mich als die Wurzel alles Uebels zu betrachten, mir auch noch die Malaria aufgebürdet und behauptet haben, (Heiterkeit.) Daß ich die expreß erfunden habe, um das deutsche Volk mit irgend einem reactionären Plane zu schädigen. Ich muß die ganze Kette seiner Argumente zurückweisen, die davon ausgeht, daß ich die Plätze ausgesucht hätte. Das ist nicht wahr; der deutsche Handel hat sie sich ausgesucht und hat von mir Schutz gefordert, und zwar im Appell an die Würde des Reiches und an das Ansehen unserer Flagge im Auslande.

Wenn der deutsche Handel sich diese ungesunden Plätze ausgesucht und dort seine Factoreien hat, so muß er doch glauben, daß er dort leben könne, so muß auch das Klima für weiße Leute möglich sein. Aber kurz und gut, ich kann darüber nicht rechten. **Der Herr Abg. Virchow ist ja in Bezug auf klimatische und anthropologische Fragen sachverständiger als ich. Aber wenn ein deutscher Unternehmer das Deutsche Reich um Protection anruft – soll ich dann erst das Gesuch zur Begutachtung an das medicinische Amt, (Heiterkeit.) dessen Mitglied der Herr Abg. Virchow ist, richten und ihn fragen: Können Sie mir auch ein Sanitätsattest für das Klima abgeben? Das würde das Geschäft doch sehr verweiltäufigen.** Außerdem glaube ich auch nicht, daß der Abg. Virchow in dieser Beziehung eigene Erfahrungen hat sammeln können; er wird sie auch Büchern und Schriften und Beobachtungen Anderer genommen haben, die uns Allen zugänglich sind. **Ich habe einen großen Glauben an seine wissenschaftliche Autorität in allen Dingen, die er selbst gesehen und erkannt hat, und deshalb gerade nicht an seine Ueberzeugung auf politischem Gebiet; aber in Bezug auf anthropologische ganz sicher, so weit seine eigene Forschung reicht; hier aber in bezug auf Neuguinea und Anderes ist er ebenso gut wie wir auf die Erzählungen Anderer angewiesen. Ich habe weder Neuguinea noch Altguinea ausgesucht, sondern der deutsche Handel hat sie sich ausgesucht, und ich habe mir die Frage vorlegen müssen: Wollen wir ihn dort schützen in seinen Unternehmungen oder nicht? – und ich habe sie mit Ihnen zusammen in der Hauptsache bejaht. Wenn ich darin Ihre Unterstützung finde, so werden wir ihn schützen; wenn ich die Unterstützung nicht finde, so werden wir ihn nicht schützen. Der deutsche Handel hat sich dafür beim Deutschen Reichstag zu bedanken; aber die verbündeten Regierungen sind daran unschuldig.**

Dann hat der Herr Abgeordnete, glaube ich, den Begriff „Colonie“ doch zu doctrinär aufgefaßt; er hat uns über die Etymologie des Wortes zwar aufgeklärt, aber ich glaube, daß der Begriff dessen, was man modern unter Colonie versteht, dabei etwas zu kurz gekommen ist. Er leitet es von *colere* und *colonus* ab und bringt die Colonien alle in Verbindung mit Ackerbau. Ich sehe darin einen erfreulichen Beweis, daß tief im Herzen des

Herrn Vorredners doch auch die Ueberzeugung schlummert, daß der Ackerbau von allen Gewerben das wichtigste ist. Das, was er Colonie nennt, ist also nicht nur in Neuguinea, sondern auch in Brandenburg, Pommern, Westfalen und Württemberg der Fall. Es ist der Ackerbau eben überall. Es ist unwillkürlich das in seiner Partei sonst nicht gern zugegebene Axiom über seine Lippen gekommen, daß der Ackerbau, mit anderen Worten die Landwirthschaft, das Hauptgewerbe des Menschen ist, und daß die ganze menschliche Existenz auf ihm basirt und roullirt. Deshalb braucht aber noch nicht alles Das, was wir nach dem heutigen modernen Begriff, der sich von dem etymologischen doch ziemlich losgesagt hat, unter Colonie verstehen, eine Ackerbaucolonie zu sein; es können Plantagencolonien mit fremden Arbeitern sein. Wenn der Herr Vorredner darin eine abschreckende Erfahrung gesehen hat, daß in Westindien die weiße Bevölkerung sich nach der Aufhebung der Sklaverei nur noch auf fünf Procent belief, so wäre ich sehr dankbar gewesen, wenn er diese Mittheilung durch eine Angabe darüber vervollständigt hätte, auf wieviel Procent sie sich denn früher belaufen hat. Sehr viel über fünf Procent kann die weiße Bevölkerung in jenen Gegenden niemals betragen haben. Es ist das eben eine Plantagencolonie gewesen, und das können einige der unsrigen auch werden; die basiren auf Arbeitskräften, die an das Klima gewöhnt sind. Ich will mich nicht darauf einlassen, ob der Deutsche sich allmählich acclimatisirt, wie der Herr Vorredner uns das in drei oder vier Generationen vielleicht versprochen hat;

(Fußnote: Abg. Virchow: „Ich will gar nicht der Frage entgegenreten, ob nicht unsere Nachkommen im Laufe von vielen Jahrtausenden sich allmählich dort acclimatisiren könnten; aber das glaube ich ohne Uebertreibung dem Herrn Reichskanzler sagen zu dürfen: Er wird es nicht erleben noch einer der hier Sitzenden, daß eine solche Acclimatisation in irgend einem der westafrikanischen Plätze oder in Neuguinea stattfindet“)

ich will auch nicht empfehlen, mit Rücksicht auf die Acclimatisation vielleicht den Anwohner unserer nördlichen Provinzen, den Pommer und Uckermärker, zu Hause zu lassen und den südlicheren Sachsen und Schwaben vielleicht als schon etwas acclimatisirter dahin zu schicken, wie die Engländer das ja machen, indem sie ihre Truppe zuerst nach Malta und Gibraltar schicken, ehe sie sie in tropischen Gegenden verwenden. Ich glaube, wir bedürfen dieser Acclimatisation gar nicht; die hanseatischen Kaufleute, die uns da vorausgegangen sind, leben doch in jenen Gegenden und treiben das Geschäft, das für den Deutschen dort zu treiben ein Bedürfniß ist; sie betreiben es, ohne wie die Fliegen dahinzusterben. Es ist in Afrika überhaupt von einem Ackerbau, von colere in diesem Sinne gar nicht die Rede; da ist nur von Handeltreibenden einstweilen die Rede. Ob das in Ostafrika anders sein wird, das wollen wir abwarten.

Der Herr Vorredner meint, wir hätten das *imperial charter* etwas zu früh lancirt;

(Fußnote „imperial charter“: Den Kaiserlichen Schutzbrief für die Gesellschaft für deutsche Colonisation vom 27. Februar 1885;

Fußnote: Abg. Virchow: „Ich meine, das imperial charter, welches neulich der afrikanischen Gesellschaft ertheilt worden ist, ist etwas sehr frühzeitig ertheilt worden; es wäre wünschenswerther gewesen, ihr erst Gelegenheit zu geben, zu zeigen, wie viel Mann nach Jahr und Tag noch übrig sein werden, und dann erst einmal fragen, ob es sich verlohnt, dafür noch Kaiserliche Charterbriefe auszugeben.“)

ich glaube aber, wenn wir damit lange gewartet hätten, dann würden wir überhaupt nicht in die Lage gekommen sein, uns die Frage vorzulegen, ob wir dort eine deutsche Colonie für möglich halten wollen. Längst würden Andere zugegriffen haben, wenn wir auch nur einige Monate gewartet hätten.

Das ist diese beschauliche und behagliche Art des Abwartens, ob die Tauben nicht noch etwas besser angebraten werden können, ehe man den Mund öffnet, um sie entgegenfliegen zu machen.

Aber die Regierung hat geglaubt, sich auf dies abwartende Stellung, die ja sehr viel bequemer und sehr viel weniger verantwortlich ist – für träge Minister wäre sie ja außerordentlich angenehm – , nicht zurückziehen zu dürfen; sondern sie hat den Augenblick wahrgenommen, um dort ein Thor für deutsche Arbeit, deutsche Civilisation und deutsche Capitalanlage offen zu halten. Wenn Das, was hinter diesem Thore liegt, sich nicht so bewährt, so ist das Aufgeben dessen ja immerhin möglich. Sie haben für Versuchsstationen – ich weiß nicht was, für Aquarien und dergleichen im Ausland – in unserem Budget doch ganz erhebliche Summen, die mit dem, was für Kamerun bewilligt ist, vollkommen in die Schranken treten können: Warum wollen Sie uns nicht ein Mal erlauben, eine Versuchsstation zu öffnen das erste Mal in diesem Leben für deutsche überseeische Unternehmungen, namentlich für diese, die die Mißgunst des Herrn Vorredners auf sich gezogen haben scheint, einstweilen gar Nichts gefordert wird?

Wir sind Alle darüber einig: Sie werden die afrikanische Linie einstweilen nicht bewilligen, was ich sehr bedauere; wir werden, wenn Sie sie ablehnen, Ihnen aber sehr gern wieder Gelegenheit geben. Wir halten sie für nothwendig und nützlich, und vielleicht würde gerade eine solche Linie das Samenkorn dorthin tragen, das die Anlage dort fruchtbar machen kann.

Ueber die Gegenden westlich von dem Reiche Zanzibar, über die dieses imperial charter ausgestellt ist, habe ich noch in keiner Beschreibung von den Leuten, die da gewesen sind, etwas Nachtheiliges erfahren; im Gegentheil, die gelten nach dem Zeugniß der Engländer, Amerikaner, Belgier, Deutschen, die ich darüber gesprochen habe, für den besten Theil von dem ganzen Inneren von Afrika: die Gegenden zwischen der Westgrenze des Sultanats von Zanzibar und den großen Seen, die in der afrikanischen Nilquellengegend sich befinden. Der Herr Vorredner hat dieselben in seiner Aufzählung der ungesunden Gegenden nicht erwähnt; ich glaube, er hat sie vermieden, weil er seinerseits noch nichts Uebles von dieser Gegend gehört hat. Ich habe

sehr viel Gutes darüber vernommen, und aus dieser Rücksicht empfiehlt es sich doch, die Frage nicht über's Knie zu brechen. Es handelt sich um einen Landstrich, der, glaube ich, fast so groß ist wie das Königreich Preußen, als ich geboren wurde, und der alle Klimate, alle möglichen Arten von Vegetationen enthält, von der tropischen bis zur europäischen, und der von einem vergleichsweise gesitteten und bildsamen Menschenschlage bewohnt wird; alle Vorbedingungen für eine Anknüpfung colonialer Beziehungen, die man sich in der Theorie denken kann, treffen dort zu. Ob sich das praktisch bewährt und verwirklicht, meine Herren, dafür kann ich nicht verantwortlich sein, dafür sind verantwortlich die Leute, die da waren, und die Leute, die hingehen.

Der Herr Vorredner hat es so dargestellt, als ob man den unwissenden Deutschen verleite und an das Messer des Klimas liefern würde.

(Fußnote: Abg. Virchow: „Ich deducire daraus für die Vorlage, daß wir in der That ein hohes Maß von Verantwortlichkeit auf uns laden würden, wenn wir durch Einrichtungen, welche irgendwie dahin führen könnten, den Strom der Auswanderung oder auch nur der Speculation in einem hervorragenden Maße nach diesen Landstrichen zu lenken, unsere Landsleute nicht bloß in die größte Gefahr, sondern wahrscheinlich auch direct in den Tod führen würden.“)

Jeder ist seines Glückes Schmied, und wer dahin geht, hat eben einen Ueberschuß von Unternehmungsgeist und verwerthet denselben auf einem Gebiet, in einer Richtung, die bisher nur für unsere Jugend in Lesebüchern eine erhebliche Anziehungskraft hatte, ohne daß wir sehr viel erwachsene Mitbürger besäßen, die darüber mitzureden wüßten. Also lassen Sie sie doch! Wenn die deutsche Nation einen Ueberschuß von Kraftgefühl, Unternehmungsgeist und Entdeckungsgeist in sich verspürt, so öffnen Sie ihr doch wenigstens ein Thor, durch welches sie das verwirklichen kann, und nöthigen Sie uns nicht, wie damals bei den Samoaverhandlungen, auf die ich schon vorhin anspielte, auch diese Vorlage wieder zu den Akten zu schreiben und zu sagen: Ja, die Regierung würde sehr gern den Erwägungen und der Initiative des Handels folgen mit ihrem Schutz, aber ohne den Reichstag kann sie es nicht, und der Reichstag hat keine Neigung dazu. Bewahren Sie uns vor der Nothwendigkeit, meine Herren die Schuld, daß auch hier den Deutschen nicht einmal freie Fahrt geöffnet wird, auf den Reichstag zu schieben! (Lebhafter Beifall rechts.)

[Es folgt ein Schlagabtausch wer, was, wie gesagt habe, inhaltlich aber nebensächlich]

Die politischen Reden Bismarcks; Horst Kohl, Bd. XI 1885 – 1886, Stuttgart 1894, S.118-143

23. März. 1885 Postdampfer

Reichstag: Nimmt die Postdampfer-Vorlage nach den Beschlüssen der zweiten Lesung mit großer Mehrheit endgültig an.

Ein Antrag auf Wiederherstellung der afrikanischen Linie wird nicht gestellt. Der Antrag Richter, die australische Linie zu streichen, wird mit 166 gegen 152 Stimmen, der Eventualantrag desselben Abgeordneten, diese Linie auf das Festland zu beschränken, mit 163 gegen 155 Stimmen abgelehnt. In der Schlußabstimmung stimmen gegen das Gesetz: Polen, Volkspartei, die Mehrheit der Deutschfreisinnigen und der Sozialdemokraten und einzelne Mitglieder des Zentrums.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Hrsg. Ernst Delbrück, Bd. XXVI 1885; Nördlingen 1886, S.64

02. Juli. 1885 Postdampfer

Bundesrat: genehmigt den mit dem Norddeutschen Lloyd in Bremen über die einzurichtenden Postdampferlinien abgeschlossenen Vertrag.

Die wesentlichen Bestimmungen sind die folgenden:

Der Lloyd verpflichtet sich auf 15 hintereinander folgende Jahre zur Einrichtung und Unterhaltung folgender Postdampfschiffslinien:

A. Für den Verkehr mit Ostasien:

1. Eine Linie Bremerhaven nach China, und zwar über einen niederländischen oder belgischen Hafen, dessen Wahl der Genehmigung des Reichskanzlers unterliegt, Port Said, Suez, Aden, Colombo, Singapur, Hongkong und Shanghai;
2. eine Anschlußlinie von Hongkong über Jokohama, Hiogo, einen Hafen auf Korea, dessen Wahl der Genehmigung des Reichskanzlers unterliegt, Nagasaki zurück nach Hongkong.

B. Für den Verkehr mit Australien:

1. Eine Linie von Bremerhaven nach dem Festlande von Australien, und zwar über einen niederländischen oder belgischen Hafen, dessen Wahl der Genehmigung des Reichskanzlers unterliegt, Port Said, Suez, Aden, Tschagos-Inseln, Adelaide, Melbourne bis Sydney

C. eine Zweiglinie von Triest über Brindisi nach Alexandria. Die Weiterführung der Linie B. 1 von Sydney bis Brisbane bleibt dem Norddeutschen Lloyd überlassen.

Auf den Dampferlinien nach Ostasien und Australien sind jährlich je 13 Fahrten in jeder Richtung in Zeitabständen von je 4 Wochen, auf der Mittelmeerlinie jährlich 26 Fahrten in jeder Richtung zum Anschluß an die Linien nach und von Ostasien und Australien auszuführen. Die Fahrten sind auf der ostasiatischen Hauptlinie mit einer Geschwindigkeit von mindestens 11 ½ Knoten, auf der Mittelmeerlinie von mindestens 12 Knoten auszuführen. Der Bremer Lloyd muß für die ostasiatische und australische Hauptlinie je fünf Dampfer, für die Zweiglinie je einen Dampfer und außerdem für die zweite Linie einen Reservedampfer, bzw. einen zweiten Reservedampfer, für die Mittelmeerlinie zwei Dampfer auf eigene Kosten unterhalten; davon sind mindestens sechs neu zu erbauen und innerhalb 18 Monaten nach Vollziehung des Vertrages einzustellen. Die neu einzustellenden Dampfer müssen auf deutschen Werften und thunlichst unter Verwendung deutschen Materials, gebaut und die Baupläne vom Reichskanzler genehmigt werden. Der Kohlenbedarf ist, soweit wie thunlich, durch deutsche Erzeugnisse zu decken. Bei Mobilmachung der Marine kann der Reichskanzler die Dampfer für den vollen Wert ankaufen oder für Vergütung selbst in Anspruch nehmen. Verkauf oder Vermietung der Dampfer an eine fremde Macht bedarf der Genehmigung des Reichskanzlers. Die regelmäßigen Fahrten müssen spätestens innerhalb 12 Monaten nach Vollziehung des Vertrages beginnen, andernfalls zahlt der Unternehmer für jeden Tag der Verspätung 400 M Strafe; der Unternehmer empfängt aus der Reichskasse eine Vergütung von jährlich 4.400.00 M. Ohne schriftliche Genehmigung des Reichskanzlers darf das **[S.116]** Unternehmen weder anderen überlassen, noch in Afterpacht gegeben werden, und über etwaige Verlängerung des Vertrags über 15 Jahre hinaus muß eine besondere Verständigung stattfinden. Erachtet der Reichskanzler eine Änderung in der Fahrgeschwindigkeit oder in der Dampferzahl für angemessen, so muß der Unternehmer die entsprechende Einrichtung gegen angemessene Vergütung treffen.....

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Hrsg. Ernst Delbrück, Bd. XXVI 1885; Nördlingen 1886, S.115f

Rede Bismarcks im Deutschen Reichstag , Dienstag, 11. Januar 1887 zur Rüstungspolitik

Bismarcks Reichstagsrede zur Rüstungspolitik am 11.01.1887; Nord.Allg.Ztg. v. 12.01.1887

Presse - Norddeutsche Allgemeine Zeitung, - Nr. 17 – Mittwoch, den 12. Januar 1887 – Morgen – S.4

Rede des Reichskanzler Fürst v. Bismarck zur Friedens-Präsenzstärke des Heeres

Reichstags-Verhandlungen

18. Sitzung vom 11. Januar, 12 Uhr.

Das Haus tritt sofort in die Militairvorlage ein.

Die §§ 1 und 2 der Regierungsvorlage lauten: „§1. In Ausführung der Artikel 57, 59 und 60 der Reichsverfassung wird die Friedens-Präsenzstärke des Heeres an Mannschaften für die Zeit vom 1. April 1887 bis zum 3. März 1894 auf 468.409 Mann festgestellt. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedens-Präsenzstärke nicht in Anrechnung.“ [.....]

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Die verbündeten Regierungen haben durch ihre Vorlage der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Wehrkraft des Deutschen Reiches so, wie sie augenblicklich beschaffen ist, dem deutschen Volke nicht diejenige Bürgschaft für die Vertheidigung des Reichsgebietes gewährt, auf welche die Nation ein unverjährbares Recht hat. Die Ueberzeugung der verbündeten Regierungen ist begründet durch das Urtheil, durch das einstimmige Urtheil aller militairischen Autoritäten, deren Kompetenz in ganz Europa sonst anerkannt wird mit der alleinigen Ausnahme des Deutschen Reichstags (Bewegung. Oho! links), wo dem militairischen Urtheil dieser Autoritäten, die, ich wiederhole es, sich der Anerkennung Europas erfreuen, dasjenige der Herren Richter, Windthorst, Grillenberger entgegengetreten ist. (Zuruf: Ah!) – Meine Herren, ist das ein Irrthum, so müßten die Druckberichte, die ich zu Hause gelesen habe über Ihre Verhandlungen, doch unrichtig sein. Ich habe sie hier; aber ich will Ihre Zeit nicht weiter aufhalten durch Bezugnahme darauf.

Es handelt sich hier vorwiegend um die militairische Vorlage. Ich kann nun in der That nicht glauben, daß die Herren, die ich eben nannte, so weit gehen sollten, ihr eigenes Urtheil in militairischen Fragen über das des Feldmarschalls Grafen Moltke, den wir hier sehen, über das eines kriegserfahrenen Kaisers, über das sämtlicher deutscher Generalstäbe und Kriegsministerien zu stellen. Es ist doch kaum möglich, daß ein noch so einsichtiger und an seine Einsicht glaubender Zivilist der Meinung sein könnte. Ich bin also genöthigt, anzunehmen, daß die Herren in ihrer Opposition gegen die Vorlage noch andere Gründe haben, als die Zweifel an der Autorität des militairischen Urtheils derjenigen Stellen, die ich namhaft gemacht habe. (Murren.) – Aus dem leisen Murren im Hintergrunde ziehe ich den Schluß, daß Sie bei dieser meiner Andeutung etwas ganz anderes vermuthen, als ich zu sagen beabsichtige. Ob das ein Zeichen ist, daß irgend Jemand sich getroffen fühlt von der anderweitigen Vermuthung, lasse ich hier unentschieden, das ist mir auch gleichgültig. Ich fürchte aber, Sie setzen bei den Regierungen andere Motive für den Antrag voraus, als wie das ausschließliche Bedürfnis unserer defensiven Wehrkraft. Es sind ja in der Presse Aeußerungen gefallen, als ob diese ganze Militairvorlage keinen Zweck weiter hätte, als unter falschen Vorwänden Steuern, Geld zu erheben. Das war der Fall in denselben entlegenen Theilen der Preßpolitik, wo die abenteuerlichsten Gerüchte, wenn sie über Nacht ausgeschrieen werden, sofort Glauben finden. Es ist das ein absurder Gedanke, daß wir mit einer Forderung von 20 bis 30 Millionen eine Grundlage für neue exorbitante Steuervorschläge gewinnen wollten, daß ich mich weiter gar nicht damit aufhalte. Was den moralischen Werth einer solchen Insinuation betrifft und ihre Bedeutung, so will ich doch nur darauf aufmerksam machen, daß sie ungefähr in gleicher Linie stehen würde mit der andern, wenn wir sagen würden, der Widerstand gegen unsere Vorlage sei eingegeben von dem Wunsche, daß Deutschland in dem nächsten Kriege nicht glücklich sein möge (Murren.) Das steht ungefähr auf der selben moralischen Höhe wie ihre Verdächtigungen (Murren.) – nicht Ihre, sondern die Preßverdächtigungen gegen die Intentionen der Regierung. Jene andere Verdächtigung hat doch noch mehr Haltbarkeit, da sich nicht leugnen läßt, daß es viele Einwohner Deutschlands giebt, die das Deutsche Reich und seine Fortexistenz negieren. Ich komme vielleicht auf dies Frage nachher noch weiter zurück.

Ein glaublicheres Motiv, das die Regierungen und namentlich die Vertreter des Kaisers ihre Pläne nicht eingestehen, könnte in der Richtung gesucht werden, daß eine Verstärkung des deutschen Heeres etwa gewollt werde aus denselben Gründen, aus denen mancher eroberungs- oder kriegslustige Monarch eine starke Armee erstrebt hat, nämlich in der Absicht, demnächst einen Krieg zu führen, sei es um bestimmte Zwecke durchzusetzen, sei es um irgend etwas zu erobern, sei es des Prestiges und des Bedürfnisses wegen, sich in die Angelegenheiten anderer Mächte vorwiegend einzumischen, also z.B. die orientalische Frage von hier aus zu regulieren. Ich glaube aber, auch dies wird als vollständig unbegründet gefunden werden von dem, der darüber nachdenkt, wie friedliebend die Politik Sr. Majestät des Kaisers bisher seit 16 Jahren gewesen ist. Es ist ja wahr, der Kaiser hat sich genöthigt gesehen, zwei große Kriege zu führen; aber diese beiden Kriege waren ein uns

überkommenes zwingendes historisches Ergebnis früherer Jahrhunderte. Sie werden die Thatsache nicht bestreiten, daß der gordische Knoten, unter dessen Verschuß die nationalen Rechte der Deutschen lagen, das Recht, als große Nation zu leben und zu atmen, nur durch das Schwert gelöst werden konnte (Zustimmung) – leider, und daß auch der französische Krieg nur eine Vervollständigung der kriegerischen Kämpfe bildete, durch welche die Herstellung der deutschen Einheit, das nationale Leben der Deutschen, geschaffen und sichergestellt werden mußte. Also man kann daraus nicht auf kriegerische Gelüste schließen. Wir haben keine kriegerischen Bedürfnisse, wir gehören zu den, was der alte Fürst Metternich nannte: saturierten Staaten, wir haben keine Bedürfnisse, wir gehören zu den, die wir durch das Schwert erkämpfen könnten, und außerdem, wenn das der Fall wäre, so blicken Sie doch auf die friedliebende Thätigkeit – und ich sage das ebenso gut nach dem Auslande wie hier zu dem Reichstage – der kaiserlichen Politik in den letzten 16 Jahren.

Nach dem Frankfurter Frieden war unser erstes Bedürfnis, den Frieden möglichst lange zu erhalten und zu benutzen, um das Deutsche Reich zu konsolidiren. Diese Aufgabe war keine leichte. Im Reichstage selbst ist uns damals vorgehalten worden – als ein Vorwurf über die Ergebnisse unserer Politik, weil wir den Muth gehabt haben, für Deutschlands Einigkeit zu kämpfen – daß wir eine Situation geschaffen hätten, in der der nächste Krieg wahrscheinlich sehr nahe bevorstehend sein würde. Man sprach damals von 4, 5, vielleicht 3 Jahren, die es dauern würde bis zum nächsten Kriege. Meine Herren, es ist gelungen, wenn auch nicht ohne starke Gegenströmungen zu überwinden, den Frieden seit 16 Jahren zu erhalten. Unsere Aufgabe haben wir zuerst darin erkannt, die Staaten, mit denen wir Krieg geführt hatten, nach Möglichkeit zu versöhnen. Es ist uns dies vollständig gelungen mit Oesterreich. Die Absicht und das Bedürfnis, dahin zu gelangen, beherrschten bereits die Friedensverhandlungen in Nikolsburg im Jahre 1866, und es hat uns seitdem nie das Bestreben verlassen, die Anlehnung an Oesterreich wieder zu gewinnen, die wir vor 1866 nur scheinbar und buchstäblich hatten, die wir jetzt in der Wirklichkeit vollständig besitzen. (Bravo! rechts).

Wir stehen mit Oesterreich in einem so sicheren und vertrauensvollen Verhältnisse, wie es weder im deutschen Bunde trotz aller geschriebenen Verträge, noch früher im heiligen römischen Reiche jemals der Fall gewesen ist (Bravo! rechts), nachdem wir uns über alle Fragen, die zwischen uns seit Jahrhunderten streitig gewesen sind, in gegenseitigem Vertrauen und gegenseitigem Wohlwollen auseinandergesetzt haben.

Es war die Aussöhnung mit Oesterreich aber nicht allein das Ziel, welches unsere Friedenspolitik erstrebt hat. Wir haben uns erinnert, daß die Freundschaft der drei großen östlichen Mächte in Europa, wenn sie auch manche verdrießliche Folgen für die öffentliche Meinung und andere Staaten gehabt haben mag, doch Europa 30 Jahre lang den Frieden bewahrt hat, den Frieden in einer Epoche, in der die Quellen entstanden sind, die den Wohlstand, den wirtschaftlichen Aufschwung, die gesamte wissenschaftliche, technische und wirtschaftliche Entwicklung Europas befruchtet und befördert haben. Die Quellen davon liegen in dem Zeitraum, in welchem die übelberufene heilige Alliance uns den Frieden erhalten hat. Es wird das Jedermann unwiderleglich einleuchten, der einen Vergleich zieht zwischen unserer heutigen wirtschaftlichen Situation von 1886 und zwischen dem Maße von Wohlhabenheit und zivilisatorischer Entwicklung, das in ganz Europa, namentlich aber in Deutschland im Jahre 1816 herrschte. Der Unterschied ist ein so ungeheurer, wie er kaum je in früheren Jahrhunderten in einer gleichen Epoche stattgefunden hat. Der Fortschritt zum Günstigen, zur Wohlhabenheit der Gesamtheit ist ein gewaltiger gewesen.

Nun, ich weiß nicht, ob es uns gelingen wird, wiederum eine Friedensepoche von derselben Länge, d.h. von mehr als 30 Jahren, herzustellen. Unsere Bemühungen dazu sind aufrichtig; vor Allem aber brauchen wir dazu ein starkes Heer, das stark genug ist, um unsere eigene Unabhängigkeit ohne jeden Bundesgenossen sicher zu stellen. (Sehr richtig!) **In Anbetracht dieser Wirkung der früheren Freundschaft der drei großen östlichen Höfe haben wir nicht bloß die Aussöhnung mit unserem früheren Gegner, sondern auch die Neubegründung der Freundschaft zwischen den jetzigen Dreikaisermächten als unsere Aufgabe betrachtet. Unsere eigenen Beziehungen zu Rußland waren dabei nicht schwierig. Unsere Freundschaft mit Rußland hat in der Zeit unserer Kriege gar keine Unterbrechung erlitten und ist auch heute über jeden Zweifel erhaben. (Hört! hört!) Wir erwarten von Rußland durchaus weder einen Angriff, noch eine feindliche Politik. – Wenn ich das so unbefangen ausspreche, so kann ich der Vorlage dadurch möglicherweise die Stimmen der polnischen Abgeordneten entfremden, die sonst ja doch ganz gewiß für die mögliche Stärkung der deutschen Macht gegen russische Angriffe stimmen würden, da sie bei einem russischen Siege nichts zu erwarten haben. Aber ich muß doch der Wahrheit die Ehre geben und sagen: Alle die Motive für die Vorlage, die man aus unseren Beziehungen zu Rußland entnommen hat, sind nach meiner politischen Auffassung hinfällig. Wir leben mit Rußland in derselben freundschaftlichen Beziehung wie unter dem hochseligen Kaiser, und diese Beziehung wird unsererseits auf keinen Fall gestört werden. Was hätten wir denn für ein Interesse, Händel mit Rußland zu suchen? Ich fordere Jeden heraus, mir eins nachzuweisen. Die bloße Rauflust kann uns doch unmöglich dazu bringen, mit einem Nachbar, der uns nicht angreift, Händel zu suchen. Solchem barbarischen Instinkte sind die deutschen Regierungen und die deutschen politischen Auffassungen unzugänglich. Also**

unsererseits wird der Friede mit Rußland nicht gestört werden, und daß man uns von russischer Seite angreifen werde, glaube ich nicht. Ich glaube auch nicht, daß man von russischer Seite nach Bündnissen sucht, um in Verbindung mit anderen uns anzugreifen, oder daß man von Schwierigkeiten, die wir auf anderer Seite haben könnten, den Gebrauch machen würde, uns mit Leichtigkeit anzugreifen. Der Kaiser Alexander III. von Rußland hat jederzeit Muth seiner Meinung gehabt, und wenn er mit Deutschland in unfreundliche Beziehungen zu treten beabsichtigte, so ist er der Erste, der dies sagen und zu erkennen geben würde. Das Vertrauen kann jeder zu ihm haben, der die Ehre gehabt hat, ihm irgendwie näher zu treten.

Alle Argumente also, die für unsere Vorlage daraus entnommen sind, daß wir eine Koalition von Frankreich und Rußland gegenüber zu treten haben würden, sie assumiere ich meinerseits nicht, und unsere Stärke ist darauf ja auch nicht zu berechnen. Wir könnten sie ebenso gut auf eine Koalition zu Dreien, wie sie im siebenjährigen Kriege gegen uns stattgefunden hat, berechnen wollen, denn die Möglichkeit ist ja nicht auszuschließen, daß wir, wie Friedrich der Große im siebenjährigen Kriege die Errungenschaften der beiden Schlesischen Kriege zu vertheidigen hatten, auch unsere Errungenschaften in einem noch größeren Kriege als in den vorhergehenden zu vertheidigen haben würden: - womit ich übrigens nicht auf das Septenat anspielen will. (Heiterkeit.) Ich meine nur die Analogie zwischen den beiden ersten Schlesischen Kriegen und dem großen Kampfe, in dem König Friedrich II. seine Errungenschaften gegen große Koalitionen zu vertheidigen hatte, ist historisch nicht ganz zu verwerfen; für den Augenblick aber liegt sie nicht vor – es müßten große Veränderungen in den Konstellationen eintreten, ehe dergleichen zu befürchten wäre. **Wir werden Händel mit Rußland nicht haben wenn wir nicht bis nach Bulgarien gehen, um sie dort aufzusuchen. (Heiterkeit.) Es ist merkwürdig, daß die Presse der selben Partei, die jetzt der Verstärkung unserer Armee widerspricht, vor wenigen Monaten alles getan hat, um uns in einen Krieg mit Rußland zu verwickeln. (Sehr richtig! rechts.) Diese Ueberseinstimmung ist in der That eine auffällige. Ich habe vorher gesagt, daß ich auf die Frage, über die dort gemurrt worden ist, vielleicht zurückkommen würde; ich will es nur mit dieser Andeutung. Es ist das auffällig.**

Damals bin ich ganz erstaunt gewesen, zu lesen, mit welchen leidenschaftlichen Argumenten seitens der oppositionellen Presse auf einen Bruch mit Rußland hingearbeitet wurde – ich habe ein ganzes Konvult von Zeitungsausschnitten aus der Zeit aus dem „Berliner Tageblatt“, aus der „Freisinnigen Zeitung“, aus der „Volkszeitung“, aus der „Germania“ vor allem; eines überbietet immer das andere an Beschimpfungen der Regierung, weil sie nicht für Bulgarien und seinen damaligen Fürsten Rußland gegenüber den Handschuh aufnehmen wollte. Das erste aus dem „Berliner Tageblatt“ fängt gleich damit an:

Wenn die Grundlagen des europäischen Friedens derartig erschüttert sind, daß derselbe nur durch ein Mittel erhalten werden kann, welches die Moral in den Völkern untergräbt, dann ist doch eine Frage berechtigt, ob nicht ein gesunder Krieg einem so krankhaften Frieden vorzuziehen ist.“ (Heiterkeit rechts.)

So waren die Herren damals gestimmt. Die „Germania“ predigt nicht so geradezu den Krieg, aber sie ist ihrer Natur nach viel schärfer und bitterer in den Beschimpfungen der Regierung über ihre Feigheit.

Nun, meine Herren, als ich das gelesen habe, ich muß sagen, hat es mir zunächst den Eindruck von Heiterkeit gemacht; ich habe diese ganze Preßhetzerei lächerlich gefunden, die Zumuthung, daß wir nach Bulgarien laufen sollten, um „hinten weit in der Türkei“, wie man früher zu sagen pflegte, die Händel zu suchen, die wir hier nicht finden können. Ich hätte geradezu verdient, wegen Landesverraths vor Gericht gestellt zu werden, wenn ich auch nur einen Augenblick auf den Gedanken hätte kommen können, mich auf diese Dummheit einzulassen (große Heiterkeit), und es hat mich damals auch wenig verdrossen; wir waren ja die Herren, zu thun und zu lassen was wir wollten. Es hat mich nur tief betrübt, einen solchen Aufwand von Pathos in der deutschen Presse zu finden, um uns wo möglich mit Rußland in Krieg zu verwickeln. Als ich diese Deklamationen zuerst las, - sie sind zum Theil weinerlich, zum Theil pathetisch, - so fiel mir unwillkürlich die Szene aus „Hamlet“ ein, wo der Schauspieler deklamiert, und Thränen vergießt über das Schicksal von Hekuba – wirkliche Thränen – und Hamlet sagt – ich weiß nicht, wendet er den Ausdruck an, der durch Herrn Virchow hier das parlamentarische Bürgerrecht gewonnen hat, den Ausdruck von „Schuft“ - : „Was bin ich für ein Schuft?“, oder benutzt er ein anderes Beiwort – kurz und gut, er sagt: „Was ist ihm Hekuba?“ – Das fiel mir damals sofort ein. Was sollen diese Deklamationen heißen? **Was ist uns denn Bulgarien? Es ist uns vollständig gleichgültig, wer in Bulgarien regiert, und was aus Bulgarien überhaupt wird, - das wiederhole ich hier; ich wiederhole Alles, was ich früher mit dem viel gemißbrauchten und todtgerittenen Ausdruck von den Knochen des pommerschen Grenadiers gesagt habe: die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser Frage von Niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu brouillieren. (Bravo! rechts) Die Freundschaft von Rußland ist uns viel wichtiger als die von Bulgarien und die Freundschaft von allen Bulgarenfreunden, die wir hier bei uns im Lande haben. (Heiterkeit rechts).**

Ich kann also wohl sagen, die Hoffnung, die ich an das Gelingen des Bestrebens knüpfte, die drei Kaisermächte wieder zu einigen, welche ich zuerst faßte, als es erreicht war, die Monarchen hier in Berlin im

Jahre 1872 zusammenzubringen, die hat sich in soweit verwirklicht, daß wir weit entfernt sind von der Wahrscheinlichkeit, mit Oesterreich oder mit Rußland in Händel zu kommen; es liegen gar keine direkten Motive vor, die unseren Frieden mit diesen Beiden gefährden könnten; aber der Schutz, den der Frieden durch diese Verbindung zu Dreien, ich möchte sagen, durch das triangulaire Karre, welches die drei Kaiserreiche unter sich formiren, wenn der Ausdruck nicht unsinnig wäre, gewinnt, ist eben stärker zu Dreien als zu Zweien – und die Schwierigkeit der Aufgabe liegt nicht darin, unseren Frieden mit Oesterreich oder Rußland zu erhalten, sondern den Frieden zwischen Oesterreich und Rußland. Dort liegt die Sache anders- Es giebt wirklich rivalisierende und miteinander konkurrierende Interessen, die diesen Beiden, unseren Freunden, die Erhaltung des Friedens unter sich schwieriger machen, als es für uns mit jedem von ihnen ist. Es ist unsere Aufgabe, diese Schwierigkeit nach Möglichkeit zu ebnen, in beiden Kabinetten der Anwalt des Friedens zu sein gegenüber den Erregungen publizistischer oder parlamentarischer Natur. Ich brauche diese Erregungen nicht näher zu bezeichnen, - die Presse beider Länder und der Parlamentarismus des einen davon bilden die Gegenströmungen und Schwierigkeiten, mit denen wir bei unseren Bemühungen, sie zu überwinden, und den Advokaten des Friedens in beiden Kabinetten zu machen, rechnen müssen. Wir laufen dabei Gefahr, daß wir in Oesterreich und noch mehr in Ungarn als russisch bezeichnet, und in Rußland für österreichisch gehalten werden. Das müssen wir uns gefallen lassen; wenn es uns gelingt, den eigenen Frieden und den Europas zu erhalten, so wollen wir uns das gern gefallen lassen.

Nicht minder aufrichtig und angestrengt sind unsere Bemühungen gewesen, nach dem französischen Kriege die Versöhnung mit Frankreich herbeizuführen; ob sie ganz so glücklich gewesen sind wie im Osten, das weiß ich nicht. Wenn wir mit den Verhältnissen im Osten allein zu rechnen hätten, so würden dieselben uns nicht zu einer Vorlage dieser Art bestimmt haben. **Bezüglich Frankreichs liegt es aber anders;** ich kann ja nur nach meinem politischen Urtheile sprechen, aber ich kann für mich geltend machen, daß ich seit – ich glaube – jetzt 36 Jahren in der großen europäischen Politik thätig bin, und daß ich mich bis auf manche Epochen und Vorgänge berufen kann, in denen mein politisches Urtheil das richtige gewesen ist, und namentlich richtiger als das der parlamentarischen Opposition, die ich mit gegenüber fand. (Sehr richtig! rechts)

Die Frage, wie wir mit Frankreich in der Zukunft stehen werden, ist für mich eine minder sichere. Ich habe nicht das Bedürfniß, alle europäischen Mächte durchzugehen; ich spreche von Italien und England gar nicht, weil gar kein Grund vorliegt, daß wir für beide Regierungen und sie für uns gegenseitig nicht das größte Wohlwollen haben sollten. Unsere Beziehungen zu den beiden sind derart, daß ich sie hier nicht mit in Betracht ziehe bei der Vermehrung unserer Streitkräfte,- sie sind in jeder Hinsicht freundschaftlich. Zwischen uns und Frankreich ist das Friedenswerk deshalb schwer, weil da eben ein langwieriger historischer Prozeß in der Mitte zwischen beiden Ländern liegt; das ist die Ziehung der Grenze, die ja zweifelhaft und streitig geworden ist von dem Zeitpunkte an, wo Frankreich seine volle innere Einigkeit und königliche Macht, ein abgeschlossenes Königthum erreicht hat.

Das Infragestellen der deutschen Grenze hat angefangen, wenn wir es rein im historischen, pragmatischen Zusammenhang auffassen wollen, mit der Wegnahme der drei Bistümer Metz, Toul und Verdun. Das ist eine vergessene Thatsache, und ich erwähne sie nur des historischen Zusammenhanges wegen. Wir beabsichtigen weder Toul noch Verdun wieder zu erobern, und Metz besitzen wir ja. Aber seitdem hat doch kaum eine Generation in Deutschland gelebt, die nicht genötigt gewesen ist, den Degen gegen Frankreich zu ziehen. Und ist diese Epoche des Grenzkampfes mit der französischen Nation nun heute definitiv abgeschlossen, oder ist sie es nicht? Das können Sie so wenig wissen wie ich. Ich kann nur meine Vermuthung dahin aussprechen, daß sie nicht abgeschlossen ist; es müßten sich der ganze französische Charakter und die ganzen Grenzverhältnisse ändern.

Wir haben unsererseits alles gethan, um die Franzosen zum Vergessen des Geschehenen zu bewegen. Frankreich hat unsere Unterstützung und unser Förderung in jedem seiner Wünsche gehabt, nur nicht in demjenigen, der sich auf eine mehr oder weniger lange Strecke von Rheingrenze richten konnte; weder im Elsaß noch weiter unten können wir das zugeben. Aber wir haben uns redlich bemüht, im Uebrigen Frankreich gefällig zu sein und dasselbe zufriedenzustellen, wie wir können. Wir haben unsererseits ja nicht nur keinen Grund, Frankreich anzugreifen, sondern auch ganz sicher nicht die Absicht. Der Gedanke, einen Krieg zu führen, weil er vielleicht späterhin unvermeidlich ist und späterhin unter ungünstigeren Verhältnissen geführt werden könnte, hat mir immer fern gelegen, und ich habe ihn immer bekämpft. (Bravo!)

Ich bin dagegen gewesen im Jahre 1867, die Luxemburger Frage aufzunehmen, um den Krieg mit Frankreich zu führen. Luxemburg war gewiß des Krieges mit Frankreich nicht werth, und namentlich nicht unser zweifelhaftes Garnisonsrecht, nachdem der Bund erloschen war. Es konnte damals nur auf die Frage ankommen, ob wir den Krieg nicht späterhin doch führen müßten, und da sagte ich: das ist vielleicht möglich,

ich kann das aber so genau nicht wissen, ich kann der göttlichen Vorsehung nicht so in die Karten sehen, daß ich das vorher wüßte. (Bravo!)

Mein Rath wird nie dahin gehen, einen Krieg zu führen, deshalb, weil er später vielleicht doch geführt werden muß. Er kann vielleicht nach Gottes Willen, wenn er später geführt wird, unter für uns günstigeren Verhältnissen geführt werden, wie das mit Frankreich der Fall gewesen ist. Wir haben 1870 mit günstigerem Erfolge geschlagen, als wir 1867 gekonnt hätten; aber es wäre doch ebenso gut möglich gewesen, wenn der Kaiser Napoleon früher gestorben wäre, daß der Krieg uns ganz erspart geblieben wäre.

Also das führe ich nur an, **um meine Ueberzeugung zu begründen und auch anderen im Auslande glaublich zu machen, daß wir Frankreich niemals angreifen werden. Wenn die Franzosen, so lange mit uns Frieden halten wollen, bis wir sie angreifen, wenn wir dessen sicher wären, dann wäre ja der Frieden für immer gesichert.** (Lebhafter Beifall.) Was sollten wir denn von Frankreich erstreben? Sollten wir noch mehr französisches Land annectieren? **Ich bin schon – ich muß das aufrichtig sagen - 1871 nicht mehr geneigt gewesen, Metz zu nehmen, ich bin damals für die Sprachgrenze gewesen. Ich habe mich aber bei den militairischen Autoritäten erkundigt, bevor ich mich endgültig entschloß. Es war, wenn Sie mir diese historische Episode verstatten wollen, Herr Thiers, der mir sagte: eins können wir nur geben, entweder Belfort oder Metz; wenn Sie beide haben wollen, dann wollen wir jetzt nicht Frieden schließen. Ich war damals sehr in Sorge vor der Einmischung der Neutralen und hatte mich schon seit Monaten gewundert, daß wir nicht einen Brief von ihnen bekamen.** Ich wünschte dringend, daß Thiers nicht genötigt werden sollte, nach Bordeaux zurückzugehen, um vielleicht den Frieden wieder rückgängig zu machen. Ich habe mich darauf mit unseren militairischen Autoritäten und namentlich mit meinem vor mir stehenden Freunde besprochen: Können wir darauf eingehen, eines von beiden zu missen? und habe darauf die Antwort erhalten: Belfort, ja! Metz ist 100 000 Mann werth; **die Frage ist die, ob wir 100 000 Mann schwächer sein wollen gegen die Franzosen, wenn der Krieg wieder ausbricht oder nicht. Darauf habe ich gesagt: Nehmen wir Metz! (Heiterkeit.) Sie stehen jetzt, meine Herren, vor derselben Frage, ob Sie, wenn der Krieg mit Frankreich vielleicht in sieben Jahren wieder ausbricht, 100 000 Mann schwächer sein wollen oder nicht. Mit anderen Worten: Es ist ganz von derselben schweren Bedeutung, für unsere zukünftige Sicherheit, ob Sie Metz aufgeben wollen, als ob Sie uns 100 000 Mann verweigern, die durch die jährliche Ausbildung von 16 000 Mann Soldaten geschaffen werden sollen, bis dahin, wo der Krieg möglicherweise ausbricht. Also wenn Sie vorziehen, daß wir den Franzosen sagen: Seid doch gut, wir geben Euch Metz, wenn Ihr ferner stille sitzen wollt, - so ist das ungefähr dasselbe, als wenn Sie uns jetzt die Verstärkung der Armee, die wir nach unserem militairischen Urtheil zu gebrauchen glauben, versagen. (Bewegung.) Also ich wiederhole: Wir werden Frankreich nicht angreifen, unter keinen Umständen. Es gibt viele Franzosen, die darauf warten, weil sie lieber einen Verteidigungskrieg als einen Angriffskrieg führen wollen, weil es viele giebt, bei denen der französische Angriff auf Deutschland nicht populair ist.**

Sie werden, wer von Ihnen die französische Geschichte kennt, mir Recht geben, daß die Entschließungen Frankreichs in schweren Momenten immer durch energische Minoritäten und nicht durch die Majoritäten und das ganze Volk bewirkt worden sind. **Diejenigen, die den Krieg mit uns wollen, die suchen einstweilen nur die Möglichkeit, ihn mit möglichster Kraft zu beginnen. Ihre Aufgabe ist, le feu sacre de la revanche zu unterhalten. Die Aufgabe, die Gambetta dahin definirte: Ne parlez jamais de la guerre, mais pensez-y toujours!** und das ist auch heute noch die Signatur der französischen Situation. Man spricht nicht davon, man spricht nur von der Befürchtung, von Deutschland angegriffen zu werden. Diese Befürchtung ist unwahr, und wer sie in Frankreich ausspricht, weiß, daß er die Unwahrheit sagt. Wir werden Frankreich nicht angreifen. Nichts desto weniger wird damit dem friedliebenden Franzosen Jacques Bonhomme, der lieber seinen Acker baut, als in den Krieg zieht, vorgeredet, daß der ruchlose Deutsche es ist, der ihm womöglich – **ich weiß nicht was abnehmen wollte. Die Franzosen haben ja gar nichts, was für uns irgendwie begehrenswerth wäre. Das fortwährende Unterhalten und Schüren dieses feu sacre ist mir im höchsten Grade bedenklich.** Ich habe das feste Vertrauen zu den friedlichen Gesinnungen der gegenwärtigen französischen Regierung. Die Herren Goblet und Flourens sind nicht die Leute, die den Krieg mit uns wünschen; sie haben die Absicht, ehrlich mit uns zu leben. Ebenso war es mit der früheren Regierung Freycinet oder Ferry. Alle diese Herren waren freundlich, so lange sie am Ruder waren, und wenn Sie nur deren Regiment auf längere Zeit verbürgen könnten, so würde ich sagen: Sparen wir unser Geld, aber sparen wir es nicht für den Fall, daß wir vielleicht feindliche Kontributionen zu zahlen haben. **Wie die Sachen liegen, kann mich diese Vertrauen auf die friedlichen Gesinnungen der französischen Regierung, auf die friedlichen Gesinnungen eines großen Theils der französischen Bevölkerung aber nicht bis zum Grade von Sicherheit einwiegen, daß ich sagen könnte: Wir haben einen französischen Krieg gar nicht mehr zu fürchten. Nach meiner Ueberzeugung haben wir ihn zu fürchten durch den Angriff Frankreichs, ob in zehn Tagen oder in zehn Jahren, das ist eine Frage, die ich nicht entscheiden kann, das hängt ganz ab von der Dauer der Regierung, die**

gerade in Frankreich ist. Als die letzte Regierung, die Regierung Freycinet, zum Rücktritt genöthigt wurde, hat 24 Stunden vorher Jemand eine Ahnung davon gehabt? Ich wenigstens nicht, und ich glaube, daß ich ziemlich gut unterrichtet war.

Hat nachher acht oder vierzehn Tage lang hier irgend Jemand gewußt, wer in Frankreich ans Ruder kommen würde? In welcher Verlegenheit die Parteien mit ihrer Parlamentsherrschaft waren, um zu bestimmen, wer nun regieren sollte, das haben wir Alle gewußt, aber was daraus werden würde, das hat keiner vorhersagen können. Es konnte auch noch anders kommen, es konnte auch ein weniger friedliches Kabinet als das des Herrn Goblet aus dieser Krisis hervorgehen. **Es ist an jedem Tage möglich, daß eine französische Regierung ans Ruder kommt, deren ganze Politik darauf berechnet ist, von dem feu sacre zu leben, was jetzt so sorgfältig unter der Asche unterhalten wird.** Darüber können mich auch keine Reden und keine Redensarten vollständig beruhigen, ebenso wenig wie ich weiß, was ich damit machen soll, wenn uns hier im Parlament versichert wird: wenn die Gefahr eintritt, dann können Sie auf den letzten Thaler rechnen, dann stehen wir mit Gut und Blut ein. Das sind Worte, damit kann ich nichts machen. Worte sind keine Soldaten, und Reden sind keine Bataillone; und wenn wir den Feind im Lande haben und wir lesen ihm diese Reden vor, dann lacht er uns aus. (Heiterkeit rechts.)

Ich bin also der Meinung, daß der historische Prozeß, der seit drei Jahrhunderten zwischen uns und Frankreich schwebt, nicht beendet ist, und daß wir darauf vorbereitet sein müssen, ihn von französischer Seite aus fortgesetzt zu sehen. Wir sind gegenwärtig im Besitz des streitigen Objekts, wenn ich das Elsaß als solches bezeichnen soll. Wir haben gar keinen Grund, darum zu kämpfen; daß Frankreich nach dessen Wiedereroberung nicht strebt, kann keiner behaupten, der sich irgendwie um die französische Presse bekümmert. Hat es schon irgend ein französisches Ministerium gegeben, welches hat wagen dürfen öffentlich und bedingungslos zu sagen: wir verzichten auf die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen, wir werden darum nicht Krieg führen, wir acceptiren die Situation des Frankfurter Friedens gerade so, wie wir die Situation des Pariser Friedens im Jahre 1815 acceptirt haben, und wir beabsichtigen keinen Krieg wegen Elsaß zu führen?

Giebt es in Frankreich ein Ministerium, welches den Muth hätte? Nun, warum giebt es das nicht? An Muth fehlt es den Franzosen doch sonst nicht! Es giebt das deshalb nicht, weil die öffentliche Meinung in Frankreich dagegen ist, weil sie gewissermaßen einer mit Dampf bis zur Explosion gefüllten Maschine gleicht, wo ein Funke, eine ungeschickte Bewegung hinreichen kann, um das Ventil in die Luft zu sprengen, und mit anderen Worten einen Krieg herzustellen. Es wird das Feuer so sorgfältig geschürt und gepflegt, daß man die Absicht, es zunächst nicht zu benutzen, nur um es ins Nachbarland hineinzuworfen – in keiner Weise auszusetzen berechtigt ist.

Nun ist ja die Frage: ist die Möglichkeit, daß wir von Frankreich angegriffen werden an sich ein ausreichender Grund, um diese Vorschläge zu bewilligen? Ich habe bei meiner Motivirung keine Koalitionen, keine Kombinationen und Konjekturen im Auge, sondern **die einfache Möglichkeit, daß wir und Frankreich uns ohne Bundesgenossen im freien Felde einander gegenüber- stehen. Schon wenn der Krieg ausbräche, würde die Kalamität eine große. Bedenken Sie, was allein der ausbrechende Krieg, ganz unabhängig von dem Ausgange desselben, – zu sagen hat!**

Unser ganzer Handel zu Lande und zur See, unsere ganzen industriellen Unternehmungen würden sämtlich lahmgelegt sein – ich brauche das wohl nicht zu schildern. Sie haben es selbst erlebt. Diese Kalamität, daß der Krieg ausbrechen könnte, wird vielleicht gefördert, wenn der Krieg leicht erscheint, wird verhindert, wenn der Krieg schwer erscheint. Je stärker wir sind, desto unwahrscheinlicher ist der Krieg. Die Wahrscheinlichkeit eines französischen Angriffs auf uns, die heute nicht vorliegt, tritt ein, wenn unter dem Eintritt einer anderen Regierung, wie die heutige, Frankreich irgend einen Grund hat, zu glauben, daß es uns überlegen sei. Dann, glaube ich, ist der Krieg ganz sicher.

Diese Ueberzeugung kann beruhen auf Bündnissen, die Frankreich hätte. Ich habe vorhin entwickelt, daß ich nicht glaube, daß solche Bündnisse stattfinden werden; es ist eine Aufgabe der Diplomatie, danach zu streben, daß dies verhindert werde, oder Gegenbündnisse zu haben, wenn dies eintritt. Ich will das Duell zwischen uns und Frankreich ins Auge fassen.

Das kann also eintreten, sobald Frankreich stärker ist, als wir: einmal durch Bündnisse oder auch durch die Ueberlegenheit seiner Bewaffnung. Diese rein technische Frage überlasse ich meinem militairischen Kollegen; ungeachtet der Uniform, die ich trage, fällt es mir nicht ein, habe ich nicht die Unbescheidenheit, meine Autorität in dergleichen Sachen über die der Herren zu stellen. (Heiterkeit.)

Aber wenn die Franzosen glauben, daß entweder ihre Armee zahlreicher ist, daß die Masse ihrer ausgebildeten Soldaten zahlreicher ist, als die der unsrigen, daß ihre Artillerie zahlreicher ist, oder vielleicht, daß ihr Gewehr besser ist. – wie es 1870 besser war – oder daß ihr Pulver besser ist, weil sie das richtige

Pulver zu einem kleinkalibrigen, schnellschießenden Gewehr früher haben als wir, - das sind alles Sachen, die unter Umständen die Entschliebung der französischen Regierung für den Krieg bestimmen können; denn sobald sie glauben, zu siegen, fangen sie den Krieg an. Das ist meine feste, unumstößliche Ueberzeugung, und Sie mögen mehr Erfahrung in der Politik und im Urtheil haben, als ich – ich kann nur nach meiner Ueberzeugung handeln.

Ich sage also: wir müssen auf den Fall eingerichtet sein, daß wir in einem solchen Krieg unterliegen sollten; ja, ich bin nicht furchtsam genug, das vorauszusehen, aber die Möglichkeit kann doch Niemand bestreiten. Bis jetzt sind es nur muthige Zivilisten (Heiterkeit), die meinen, keiner Verstärkung zu bedürfen; diejenigen Generäle und Heerführer, diejenigen Feldherren unter unseren Soverainen, die persönlich Fühling mit der französischen Klinge gehabt haben, die sind durchaus anderer Meinung. Wenn so furchtlose Leute der Meinung sind: wir brauchen, um den nächsten Krieg mit Frankreich sicher zu bestehen, um der französischen Armee ebenbürtig zu sein, die und die Verstärkung, - dann finde ich es einen traurigen Muth, dem gegenüber zu sagen: Sie irren sich, wir brauchen sie nicht, wir sind so stark genug. Ich sage: einen traurigen Muth, weil dieses mich einigermaßen an den miles gloriosus erinnert, der sagt: wir schlagen die Franzosen auch so wie so. Meine Herren, da irren sie sich, die parlamentarischen Strategen! Sie unterschützen die Macht von Frankreich; Frankreich ist ein großes, mächtiges Land, ebenso mächtig wie wir; Frankreich hat ein kriegerisches Volk und ein tapferes Volk und hat jederzeit geschickte Heerführer gehabt. Es ist ein Zufall, wenn sie uns unterlegen sind. Sie unterschätzen die Franzosen in der aller irrthümlichsten Weise, und es wäre eine Ueberhebung zu sagen, daß Frankreich an und für sich als geschlagen zu betrachten wäre, wenn es uns gegenübersteht.

Wenn aber die Sachen so zweifelhaft sind nach dem Urtheil der kompetenten Behörden, wenn die Möglichkeit überhaupt nach menschlicher Berechnung vorhanden ist, - ja, meine Herren, dann sind die Folgen eines unglücklichen Krieges doch zu traurig, als daß irgend Jemand, wenn sie eintreten, die Verantwortung für ein solches Votum tragen könnte. **Es ist viel von ministerieller Verantwortlichkeit die Rede, aber ich habe nie gehört – vielleicht wird es der Zukunft vorbehalten, solche Gesetze einzuführen - , daß auch Abgeordnete, welche an Beschlüssen theilnehmen, die ihr Land ins Unglück führen, einer Verantwortlichkeit dafür vor dem Richten unterliegen (Bravo! rechts.)**

Wenn Sie bewußterweise unser Land für den Krieg schwächen, dann halte ich ein solches Gesetz für ein Bedürfniß ich werde beantragen, daß es eingebracht wird. Wenn wir unterliegen – ich wage diesen Gedanken ja gar nicht auszudenken; aber die Möglichkeit werden sie mir doch nicht bestreiten, daß ebenso gut, wie wir allein Frankreich geschlagen haben im Jahre 1870, Frankreich siegreich sein kann, nachdem es seine Armee verdoppelt, seine Reserven verdreifacht hat und mit der größten Bereitwilligkeit und Hingebung der Regierung jede Kosten bewilligt hat, ohne auch nur eine Sekunde darüber zu diskutieren. Ich erinnere Sie daran, daß mit gewissem Mitleid die französischen Blätter auf die Vorgänge im deutschen Reichstag, und mit was für Schwierigkeiten die deutsche Regierung zu kämpfen hätte, wenn sie ihr Vaterland stärken wollte, hingedeutet haben. Frankreich ist also unendlich viel stärker, als es gewesen ist. Wenn wir es einmal geschlagen haben, so liegt darin gar keine Bürgschaft, daß wir es wieder schlagen werden; wir müssen diese Bürgschaften, sobald sie nach dem Urtheil unserer kompetenten Militairbehörden unzulänglich sind, verstärken. Wenn sie unzulänglich blieben, und wenn wir geschlagen würden, wenn der siegreiche Feind in Berlin stände, wie wir in Paris gestanden haben, wenn wir genöthigt wären, seine Bedingungen des Friedens anzunehmen -, ja, meine Herren, was würden dann diese Bedingungen sein?

Ich spreche gar nicht von der Geldfrage, obschon die Franzosen so glimpflich mit uns nicht verfahren würden, wie wir mit ihnen verfahren sind; ein so gemäßigter Sieger wie der christliche Deutsche ist in der Welt nicht mehr vorhanden. Wir würden dieselben Franzosen uns gegenüber finden, unter deren Herrschaft wir 1807 bis 1813 gelitten haben, und die uns ausgepreßt haben bis aufs Blut, - wie die Franzosen sagen: saigner a blanc, d.h. so lange zur Ader lassen, bis die Blutleere eintritt, damit der niedergeworfene Feind nicht wieder auf die Beine kommt und in den nächsten 30 Jahren nicht wieder an die Möglichkeit denken kann, sich dem Sieger gegenüber zu stellen. Das hätten wir, wenn wir eben nur die Staatsraison und nicht auch die christliche Gesinnung zu Rathe zögen, wie das kriegführende Frankreich das gewohnt ist, 1870 ebenso gut thun können, wie Napoleon es im Jahre 1807 und später gethan hat. Wenn Sie die Erzählungen der alten Leute aus jener Zeit lesen, wenn Sie, wie ich noch in meiner Kinderzeit, unmittelbar die Erzählungen der Bauern, Landleute und Gutsbesitzer über die Leiden der Fremdherrschaft im Lande angehört hätten, ich glaube, Sie würden auch ängstlicher sein vor der entferntesten Möglichkeit, daß ähnliche Zustände wieder eintreten könnten.

Aber das Geld ist ja das Wenigste; man würde dafür sorgen, daß das Deutsche Reich so stark nicht bleibt, wie es ist. Man würde, von der Rheingrenze ausgehend, uns vom Rhein soviel abnehmen, wie man könnte; ich glaube nicht, daß man sich mit Elsaß-Lothringen begnügen würde, man würde ein alterum tantum dazu verlangen, den Rhein abwärts. Auch das würde nicht genügen; man würde vor allen Dingen die

Herstellung des Königreichs Hannover verlangen. (Bewegung.) Allein auf diesem Wege und auf keinem anderen ist das, was mir einer der Herren Welfen sagte, die Herstellung des welfischen Staates auf gesetzmäßigem Wege, möglich, denn der Friedensvertrag, den wir mit Frankreich – wenn wir überwunden sind, mit dem Sieger – abschließen, kommt ja in die Gesetzsammlung (Heiterkeit) und dann ist Hannover auf gesetzmäßigem Wege hergestellt. **Wir würden Schleswig ganz ohne Zweifel an Dänemark verlieren.** Uns in Polen lästige und erschwerende Bedingungen aufzuerlegen ist so lange recht schwierig, als man nicht mit Rußland einverstanden ist, und dieses Einverständnis, glaube ich, liegt sehr fern für Frankreich. Aber man könnte doch uns immerhin die Bedingung auferlegen, daß Frankreich Gerant derjenigen Rechte ist, welche der König von Preußen seinen polnischen Unterthanen zu gewähren hat. Man könnte in dieser Garantie noch weiter gehen nach anderen Richtungen. Ich will das nicht weiter verfolgen; ich will Ihnen bloß die Möglichkeit schildern, der wir in einem unglücklichen Kriege ausgesetzt sind. Halten Sie das für übertrieben? Meine Herren, Sie kennen die Zukunft noch nicht; was die Entschlüsse eines supponirten französischen Siegers sein würden, das können Sie doch unmöglich wissen.

Wir würden, wenn wir jetzt von neuem von Frankreich angegriffen würden, und uns noch überzeugen müßten, daß wir nie und unter keinen Umständen Ruhe haben, ähnlich verfahren, wenn wir wieder als Sieger in Paris sind. Wir würden uns bemühen, Frankreich auf 30 Jahre außer Stande zu setzen, uns anzugreifen und uns in den Stand zu setzen, daß wir gegen Frankreich mindestens für ein Menschenalter, vollständig gesichert sind. Der Krieg von 1870 würde ein Kinderspiel sein gegen den von 1890 – ich weiß nicht, wann – in seinen Wirkungen für Frankreich. (Bravo!) Also das wäre auf der einen Seite wie auf der anderen Seite das gleiche Bestreben; jeder würde versuchen de saigner blanc.

Nun meine Herren, ich kann mit darnach nicht denken, wer überhaupt sich stark genug fühlt, die Verantwortung für die Möglichkeit des Eintritts solcher Zustände zu übernehmen. Die verbündeten Regierungen sind es ganz sicher nicht; die werden die Verantwortlichkeit dafür nicht tagen. Die verbündeten Regierungen haben – nach dem Eingang zur Bundesverfassung ist der oberste Zweck des Bundes der Schutz des Bundes und des Bundesgebietes – sie haben dem Volk gegenüber die Verantwortlichkeit dafür, daß dieser Schutz jeder Zeit vorhanden sei; der kann nicht improvisirt werden ja nach dem Belieben einer parlamentarischen Majorität, durch ein Budgetvotum, der muß dauernd vorhanden sein, der ist eine fundamentale Institution unserer deutschen Einrichtungen. (Bravo! rechts) Und die verbündeten Regierungen sind fest entschlossen, die Verantwortung dafür nicht zu tragen, sondern sich mit dem vollen Gewicht ihrer Autorität und ihrer verfassungsmäßigen Rechte dafür einzusetzen, daß Deutschland nicht minder geschützt bleibe als es seinen Kräften nach sein kann. Das, was einstweilen nach dem militairischen Urtheil für diesen Zweck als Bedürfnis bezeichnet worden ist, sind 40 000 Mann zur Verstärkung der Grenzbesetzungen gegen den ersten Anlauf und eine Steigerung der Zahl ausgebildeter Soldaten, die wir im Lande haben, um jährlich etwa 16 000; also in der Dauer eines Septenats um beinahe 120 000 Mann, in der Dauer der zwölfjährigen Dienstzeit um beinahe 200 000 Mann. 100 000 Mann sind eine Armee, und wenn der Krieg später ausbricht, so sind wir um so viel stärker; es ist ein Gewicht, was einen Krieg und die entscheidende Schlacht seinerseits zu entscheiden vermag, ob wir 100 000 Mann mehr haben. Wollen Sie die Verantwortlichkeit dafür tagen, daß dies Gewicht nicht zur Verfügung sei? Wir wollen es nicht, und ich bin überzeugt, es wird uns möglich sein, es zur Verfügung zu erhalten, mag Ihr Votum ausfallen heute, wie Sie wollen. (Bravo! rechts).

Ob diese Einrichtung nun für längere oder kürzere Zeit getroffen werden soll das ist eine Frage, auf deren Gebiet sich die Diskussion in der jüngsten Zeit ja vorwiegend bewegt hat. Wir haben sie auf sieben Jahre verlangt aus keinem anderen Grunde, als weil die Ziffer von 7 Jahren die Grundlage eines früheren Kompromisses war, weil wir der Ueberzeugung sind, daß das konstitutionelle Leben überhaupt aus einer Reihe von Kompromissen besteht; und weil wir gern an ein früheres Kompromiß anknüpfen, so haben wir es unverändert aufrecht zu erhalten gesucht. Jede Ziffer ist mehr oder weniger willkürlich. Je länger die Dauer ist, um desto größer ist die Zahl der ausgebildeten Soldaten, die in Aussicht genommen wird, und um so weiter von uns entfernt liegt die innere Gefahr, daß wir in Krisen und Streitigkeiten über diese Frage gelangen. Es kann ja Niemand entgehen, daß jedesmal, wenn es sich darum handelt, auf Grund des Art. 60 der Verfassung ein neues Gesetz über die Präsenzzeit zu machen, sich aller unserer Schichten und Parteien eine gewisse Aufregung bemächtigt, die bedauerlich und unter Umständen eine gefährliche ist. Es entsteht jedesmal aus der Diskussion dieser Frage eine gewisse Krise – ich will nicht sagen, ein Konflikt, aber die Besorgniß vor einem Konflikt. Es entsteht jedesmal die Frage: was ist denn Rechtens, wenn eine Vereinbarung nicht zu Stande kommt? Nun, ich glaube, der Reichstag wird sich nicht darüber beschweren können, daß der Bundesrath bisher einen zu weitgehenden Gebrauch gemacht habe von seinem zweifellosen verfassungsmäßigen Rechte, jedem Gesetzentwurfe, der ihm vom Reichstag zugeht, seine Zustimmung zu versagen – auch solchen Gesetzentwürfen, deren Zustandekommen in der Verfassung vorausgesetzt ist. Der Bundesrath hat von diesem zweifellosen Rechte, der voll- und gleichberechtigte Faktor der Gesetzgebung zu sein, von der Thatsache, daß

kein Budgetgesetz ohne seine Zustimmung zu Stande kommen kann, von der Thatsache, daß kein Gesetz über eine Präsenzzahl ohne seine Zustimmung zu Stande kommen kann, nie einen unbequemen Gebrauch gemacht hat, er ist, wie der Kaufmann zu sagen pflegt, koulant in dieser Beziehung gewesen. Wir haben Vorlagen recht unerfreulich verkümmert und verändert zurückkommen gesehen, wir haben es ruhig hingenommen, aber es giebt im Interesse des Vaterlandes Grenzen, über die der Bundesrath dabei nicht hinausgehen kann. (Sehr richtig! rechts) Eine solche Grenze zu ziehen, ist die Sorge, die in erster Linie den Verbündeten Regierungen obliegt, wenn die auswärtige Sicherheit des Deutschen Reiches in Frage steht. (Bravo! rechts.) Sobald die ins Spiel kommt, werden wir haarscharf in der Benutzung unserer verfassungsmäßigen Rechte gegenüber Ihren Beschlüssen sein. Und ein Beschluß, der das Deutsche Reich wehrloser macht, als es nach unserer Ueberzeugung sein könnte, hat nie auf die Zustimmung der verbündeten Regierungen zu rechnen. (Bravo! rechts.) Daß bei den Verhandlungen einer so wichtigen Frage, bei der es sich gewissermaßen um Kopf und Kragen für Deutschland handelt, daß dabei der Bundesrath so koulant und entgegenkommend sein und ein Auge zudrücken wird, und die Punkte auf das i nicht setzen wird, das erwarten Sie in einer solchen Frage nicht. Warum wollen Sie nun solche Krisen vervielfältigen, indem Sie sie womöglich alle Jahre herbeiführen oder doch alle drei Jahre? Wir haben eine Abneigung gegen solche Krisen und Konflikte. Wir wünschen Kompromisse und halten an dem Kompromiß von früher fest, und deshalb haben wir das Septenat vorgeschlagen. Wenn dasselbe abläuft, so kommt immer die Frage: was ist denn Rechtens, wenn über das Präsenzgesetz nach Artikel 60 keine Vereinbarung der beiden Faktoren der Gesetzgebung stattfindet; oder was ist denn Rechtens, wenn über das Budget keine Vereinbarung beider Faktoren herbeigeführt wird? Die zweite Frage will ich gar nicht berühren, sie liegt nicht vor, und ich halte es nach meiner diplomatischen Gewohnheit nicht für nöthig, mich mit Fragen zu beschäftigen, die augenblicklich nicht brennend sind. Ich will bloß sagen: was ist Rechtens, wenn wir uns über die Präsenzziffer nicht einigen? Hört deshalb die Armee auf, zu existiren? Das werden Sie selbst nicht behaupten wollen: Dann treten diejenigen Bestimmungen der Verfassung wieder in volle Kraft, die durch das auf Grund der Zusage von Artikel 60 gegebene Gesetz beschränkt sind. Das Gesetz auf Grund des Artikel 60 zieht die obere Grenze der Zulässigkeit der Präsenzziffer. Der Kaiser kann nicht darüber hinausgehen. Nach diesem Gesetz dauert sie noch bis zum nächsten Jahre, 1888; wenn dieses Gesetz schwindet, ein neues nicht zu Stande kommt, sind wir dann weit entfernt davon, daß diese Grenze sinkt oder die Armee verschwindet, sondern es steigt die obere Grenze der berechtigten Präsenzstärke der Armee bis zu dem Satze des Artikel 59 der Verfassung:

Jeder wehrpflichtige Deutsche hat 3 Jahre lang bei der Fahne zu dienen.

Das ist denn unsere Präsenzziffer (Heiterkeit rechts.) die wir erreichen dürfen. Das ist eine finanzielle Unmöglichkeit, eine militairische Unbequemlichkeit, und deshalb hat die Verfassung, schon bevor das Versprechen im Artikel 60 entstand, durch den vierten Absatz des Artikel 63 das Moderamen gegeben, daß der Kaiser den Präsenzzustand der Kontingente des Reichsheeres bestimmen soll. Also der Kaiser ist dann der Moderator, der allein zu sagen hat, wie hoch unter dem von Artikel 59 gegebenen Präsenzstand der letztere sein soll. Wenn wir nach kaiserlicher Machtvollkommenheit streben, dann wäre dieser Zustand für uns außerordentlich erwünscht und wir könnten nur sagen: stellen Sie die Sache so kurz als möglich, es ist zu bedauern, daß das Frühjahr 1888 nicht schon da ist; dann würden wir wahrscheinlich uns nicht einigen können über den Inhalt des Gesetzes, welches auf Grund von Art. 60 gemacht werden soll, und es würde dann der alte verfassungsmäßige Zustand wieder eintreten.

Es ist auch dann nicht die Möglichkeit, durch das Budgetrecht im Ausbeetat dem entgegen zu wirken, denn in dem vierten und letzten Alinea des Artikels 62 ist ausdrücklich gesagt worden:

Bei der Feststellung des Militärausgabe-Etats wird die auf Grund dieser Verfassung gesetzlich feststehende Organisation des Reichsheeres zu Grunde gelegt.

Sie können uns also, ohne Ihrerseits sich vom Boden der Verfassung zu entfernen, gar nicht verweigern, wenn eine Präsenzziffer überhaupt nicht nach Artikel 60 der Verfassung gesetzlich festgelegt ist, das Ausgabebudget dem entsprechend einzurichten.

Wenn also keine Verständigung, die für die verbündeten Regierungen annehmbar ist, im Hinblick auf die äußere Sicherheit des Deutschen Reiches zu Stande kommt, so liegt durchaus kein Zustand vor, in dem die deutsche Armee von der Bildfläche zu verschwinden hätte, sondern es tritt ganz einfach die größere kaiserliche Machtvollkommenheit, die die Verfassung stipulirt, wieder in Kraft. Um dem Reichstage die Mitwirkung dabei zu bewahren, ist der Artikel 60 geschaffen und ist das Gesetz versprochen, daß die Präsenzstärke, die der Kaiser nicht überschreiten darf, mit Zustimmung des Reichstages, das heißt durch ein Gesetz feststellen soll. Diese Bindung existirt augenblicklich bis 1888 und existirt nur durch dieses Gesetz. Lesen Sie in allen Ihren gesinnungsbefreundeten Rechtsbüchern darüber nach: Rönne, Laband, lesen Sie andere, Sie werden immer finden, daß die Mitwirkung des Reichstages, der Einfluß des Reichstages auf die Höhe des Heeres allein beruht

auf der Fortdauer der Gesetze, die auf Grund von Artikel 60 gemacht werden, und die dem Kaiser in seiner Machtvollkommenheit eine niedrigere Grenze ziehen, als Er nach der Verfassung haben würde.

Meine Herren, da ist doch eigentlich gar kein Grund, warum Sie so lüstern nach Krisen sind und alle drei Jahre, ja sogar jedes Jahr denselben Streit haben wollen, ob das deutsche Heer bestehen solle oder nicht; denn wenn Sie in diesem Streite anderer Meinung blieben als die verbündeten Regierungen, so würde Ihre Meinung nach dem Inhalte der Verfassung von keiner durchschlagenden Wirkung sein. Sie kompromittiren sich ganz ohne Noth darüber in eine Richtung, in der Ihren Willen durchzusetzen Sie nicht die Macht haben, weil Sie das verfassungsmäßige Recht nicht haben.

Sie haben die Verfassung nicht gelesen, wenn Sie glauben können, daß es Ihnen möglich ist, in jedem Jahre durch das Budget die Heeresstärke festzustellen, ohne Rücksicht auf den Kaiser und auf sein Recht, welches auf Artikel 5 der Verfassung beruht, und demzufolge Er befugt ist, in Sachen der Militairgesetze jederzeit an denselben Einrichtungen, wie sie bisher bestehen, festzuhalten. Bei Gesetzesvorschlägen über das Militairwesen, die Kriegsmarine und die im Artikel 35 bezeichneten Angelegenheiten giebt die Stimme des Präsidiums des Bundesrathes bei Meinungsverschiedenheiten desselben den Ausschlag, wenn sie sich für Aufrechterhaltung der bestehenden Einrichtungen ausspricht. Die bestehende Einrichtung ist doch immer die Präsenzziffer des vorigen Jahres, und würde in Folge des ausschlaggebenden Votums des Kaisers immer in Geltung bleiben, selbst wenn, was nicht denkbar ist, die Majorität des Bundes dagegen stimmte. Die verbündeten Regierungen werden aber vollkommen einstimmig sein, und ein solches Gesetz wird nie und in keinem Jahre zu Stande kommen, welches uns eine unzulängliche Armee durch das Budget oktroyiren wollte. Ich weiß nicht, warum Sie ein Bedürfniß haben, diese Krisen, die sich daran knüpfen, häufiger hervorzurufen, als sie nach dem Kompromiß alle 7 Jahre stattfinden. Wir haben dieses Bedürfniß nicht; wir wünschen keine Krisen und keine Konflikte; wir wünschen an dem Kompromiß festzuhalten, der da ist. Ueber diese hinaus werden wir uns aber nicht treiben lassen. Wir halten unbedingt an dem vollen Septenat fest und an der ganzen Vorlage, wie wir sie gemacht haben, und weichen keinen Nagel breit davon ab. (Bravo! rechts.)

Das deutsche Heer ist eine Einrichtung, die von den wechselnden Majoritäten des Reichstages nicht abhängig sein kann. Wer bürgt uns denn dafür, daß eine Majorität, die sich auf so heterogene Weise zusammensetzt, wie die jetzige, eine dauernde sein werde? Daß die Fixirung der Präsenzstärke von der jedesmaligen Konstellation und Stimmung des Reichstages abhängen sollte, das ist eine absolute Unmöglichkeit. Streben Sie doch nicht nach solchen Phantasiegebilden, meine Herren! (Bravo! rechts.) Ohne unser deutsches Heer, eine der fundamentalsten Haupteinrichtungen und Grundlagen, ohne das Bedürfniß der gemeinsamen Verteidigung gegen auswärtige Angriffe wäre der ganze Bund, auf dem das Deutsche Reich beruht, gar nicht zu Stande gekommen. Vergegenwärtigen Sie sich das immer, wenn Sie die Hauptbedingung seiner Existenz ihm unter den Füßen wegziehen und es gefährden; denn geschützt sein wollen wir Alle, auch Ihre Wähler – rechnen Sie darauf!

Der Versuch, der mit diesen Anträgen gemacht worden ist, den Stand des Heers von den wechselnden Majoritäten und den Beschlüssen des Parlaments abhängig zu machen, also mit anderen Worten, aus dem kaiserlichen Heer, das wir bisher in Deutschland haben, ein Parlamentsheer zu machen, ein Heer, dessen Bestand nicht Seine Majestät der Kaiser und die verbündeten Regierungen, sondern die Herren Windthorst und Richter zu sorgen haben (Heiterkeit links), wird nicht gelingen. Mit anderen Worten: dieses Streben, wenn Sie es haben, liegt ganz außerhalb aller Möglichkeiten, und allein die Thatsache, die bei diesen Verhandlungen zur Kenntniß gekommen, daß es bei uns Leute giebt, die danach streben, die das für möglich halten, verpflichtet uns allein schon, über diese Frage an das Volk, an die Wöhler zu appelliren, ob das wirklich die Meinung der Wähler ist (Bravo rechts, Aha! links.) Ja, meine Herren, aha! haben Sie denn daran gezweifelt, das wäre ja vollkommen wunderbar (Heiterkeit). Oder daß wir an die Wöhler appelliren werden, um zu erfahren, ob es wirklich der Wille der Wähler ist, daß die Vertheidigungsfähigkeit Deutschlands von der jedesmaligen Abstimmung des Parlamentes in jedem Jahre abhängt, daß die Hälfte der Arme entlassen werden kann, daß die Armee reduziert werden kann auf den einjährigen Dienst, auf das was die Sozialdemokraten noch bewilligen – es ist ja auch eine sozialdemokratische Majorität in diesem Hause möglich -. Es kann unmöglich der Wille der deutschen Nation sein, daß sie auf diese Weise in ihrer Wehrhaftigkeit, in der Sicherheit im eigenen Heere abhängig sein soll von den jedes Jahr wechselnden Majoritäten des Parlaments. Es liegt das ganz außerhalb der Verfassung, und die verbündeten Regierungen wünschen zu einem neuen Kompromiß zu gelangen, aber zu einem siebenjährigen, zu keinem kürzeren. Wir wollen den Krisen und die Gefahr der Konflikte nicht häufen, und wir wollen den Gedanken nicht aufkommen lassen, als wären Sie überhaupt berechtigt, einseitig ohne die Mitwirkung des Bundesrathes und des Kaisers über den Bestand des deutschen Heeres zu verfügen. Gegen diesen Gedanken allein würden wir schon an die Wöhler appelliren, ob dies der Wille des Volkes ist; und die verbündeten Regierungen sind ihrerseits entschlossen, mit dem ganzen Gewicht ihres Einflusses im Reiche und im Volke für die Aufrechterhaltung der Wehrhaftigkeit Deutschlands und des Heeres einzutreten. (Bravo!) Von

Sr. Majestät dem Kaiser werden Sie doch unmöglich erwarten, daß er in seinem 90. Lebensjahre nun das Werk desavouirt und zu seiner Zersetzung mitwirken will, dem er die letzten 30 Jahre seines Lebens gewidmet hat, der Schöpfung des deutschen Heeres und der Schöpfung des Deutschen Reiches. Wenn Sie das glauben, wenn Sie irgend durch Ihr Verhalten und die Ueberzeugung geben, daß Sie dahin streben; wenn Sie nicht durch eine baldige und vollständige Annahme unserer Vorlage die Sorge der verbündeten Regierungen um die Wehrhaftigkeit Deutschlands befriedigen, dann ziehen wir es vor, die Unterhandlungen mit einem anderen Reichstage, als den ich hier vor mir sehe, mit Aussicht auf Erfolg fortzusetzen, (Bravo!) und dieser Entschluß liegt in seiner Ausführung sehr viel näher, als Sie annehmen. Wir werden uns nicht auf lange Verhandlungen mehr einlassen, sondern die Gefahr, in die wir das deutsche Volk durch Verschleppung und Verzögerung möglicherweise setzen können – ich sage nicht nothwendigerweise – wird uns zwingen, darüber bald eine Gewißheit zu haben oder bald mit anderen Leuten zu reden, die uns Gewißheit geben. (Lebhaftes Bravo.)

Französisch-Russischer Vertrag 1891

Die französisch-russische Entente Cordiale.

Quelle: [https://mjp.univ-perp.fr/traites/1893petersbourg.htm 2/4](https://mjp.univ-perp.fr/traites/1893petersbourg.htm%202/4)

Briefwechsel zwischen Herrn de Giers, Außenminister Russlands, und Herrn Ribot, französischer Außenminister, vom 15./27. August 1891. Militärkonvention, unterzeichnet in Petersburg am 5./17. August 1891, ratifiziert von der Zar am 15./27. Dezember 1893 und von Präsident Sadi Carnot am 24. Dezember 1893/4. Januar 1894.

.....

Quellen: *Französische diplomatische Dokumente*, Serie 1, Bd. VIII, Paris, Imprimerie nationale, 1919. Siehe auch: AZ Manfred, „Was war die Ursache der französisch-russischen Allianz?“ », *Notizbücher der russischen und sowjetischen Welt*, Jahr 1959, Band 1, Nummer 1-1, S. 148-164.

I. Diplomatische Vereinbarung.

Herr de Giers, Außenminister Russlands,
an Herrn de Mohrenheim, russischer Botschafter in Paris.
Sankt Petersburg, 9./21. August 1891.

Die Situation, die in Europa durch die offensichtliche Erneuerung des Dreibunds und das mehr oder weniger wahrscheinliche Festhalten Großbritanniens an den politischen Zielen, die dieses Bündnis verfolgt, entstanden ist, wurde während des jüngsten Aufenthalts von Herrn de Laboulaye zwischen dem ehemaligen Botschafter Frankreichs und dem ehemaligen Botschafter Frankreichs motiviert Ich führe einen Gedankenaustausch durch, der darauf abzielt, die Haltung zu definieren, die unter den gegenwärtigen Umständen und angesichts bestimmter Eventualitäten am besten zu unseren jeweiligen Regierungen passen könnte, die, da sie außerhalb jeder Liga bleiben, nicht weniger aufrichtig bestrebt sind, die Aufrechterhaltung zu unterstützen des Friedens mit den wirksamsten Garantien.

So haben wir uns dazu veranlasst, die beiden folgenden Punkte zu formulieren:

1° Um das herzliche Verständnis, das sie verbindet, zu definieren und zu weihen, und in dem Wunsch, einvernehmlich zur Wahrung des Friedens beizutragen, der Gegenstand ihrer aufrichtigsten Wünsche ist, erklären die beiden Regierungen, dass sie einander in allen möglichen Fragen konsultieren werden den allgemeinen Frieden gefährden.

2° Für den Fall, dass dieser Frieden tatsächlich in Gefahr ist und insbesondere wenn einer der beiden Parteien eine Aggression droht, vereinbaren die beiden Parteien, sich auf die Maßnahmen zu einigen, die zur Verwirklichung dieses Falles erforderlich wären. Sofortige und gleichzeitige Annahme durch beide Regierungen

Nachdem ich dem Kaiser die Tatsache dieses Gedankenaustauschs sowie den Wortlaut der daraus resultierenden Schlussfolgerungen vorgelegt habe, habe ich die Ehre, Ihnen heute mitzuteilen, dass Seine Majestät sich geruht hat, diese Grundsätze der Verständigung voll und ganz zu billigen, und ihre Annahme begrüßen würde durch die beiden Regierungen.

Indem ich Sie über diese souveränen Bestimmungen informiere, bitte ich Sie, sie der französischen Regierung zur Kenntnis zu bringen und mir die Beschlüsse mitzuteilen, die sie ihrerseits annehmen könnte.

Herr Ribot, Außenminister,
an Herrn de Mohrenheim, russischen Botschafter in Paris.

Paris, 27. August 1891.

Sie waren so freundlich, mir im Auftrag Ihrer Regierung den Text des Briefes des Außenministers des Reiches mitzuteilen, in dem die besonderen Anweisungen aufgeführt sind, die Kaiser Alexander nach dem letzten Gedankenaustausch beschlossen hat, Ihnen zu erteilen zu dem die allgemeine Lage in Europa zwischen Herrn de Giers und dem Botschafter der Französischen Republik in Sankt Petersburg führte.

Ihre Exzellenz war dafür verantwortlich, gleichzeitig die Hoffnung zum Ausdruck zu bringen, dass der Inhalt dieses Dokuments, das zuvor im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den beiden Kabinetten abgestimmt und formuliert wurde, die volle Zustimmung der französischen Regierung finden würde.

Ich beeile mich, Eurer Exzellenz für diese Mitteilung zu danken.

Die Regierung der Republik konnte sich ebenso wie die Reichsregierung nur die Situation vorstellen, die in Europa durch die Bedingungen geschaffen wurde, unter denen die Erneuerung des Dreibunds stattfand, und glaubt damit, dass die

Es ist an der Zeit, die Haltung zu definieren, die unter den gegenwärtigen Umständen und angesichts bestimmter Eventualitäten am besten zu den beiden Regierungen passen könnte, die gleichermaßen darauf bedacht sind, die Aufrechterhaltung des Friedens mit den Garantien zu gewährleisten, die sich aus dem Gleichgewicht zwischen den Kräften Europas ergeben.

Ich freue mich daher, Ihnen, Exzellenz, mitteilen zu können, dass die Regierung der Republik die beiden Punkte, die Gegenstand der Mitteilung von Herrn de Giers sind und wie folgt formuliert sind, voll und ganz unterstützt:

1° Um das herzliche Verständnis, das sie verbindet, zu definieren und zu weihen, und in dem Wunsch, einvernehmlich zur Wahrung des Friedens beizutragen, der Gegenstand ihrer aufrichtigsten Wünsche ist, erklären die beiden Regierungen, dass sie einander in allen möglichen Fragen konsultieren werden den allgemeinen Frieden gefährden.

2° Für den Fall, dass dieser Frieden tatsächlich in Gefahr ist und insbesondere wenn einer der beiden Parteien eine Aggression droht, vereinbaren die beiden Parteien, sich auf die Maßnahmen zu einigen, die zur Verwirklichung dieses Falles erforderlich wären. Sofortige und gleichzeitige Annahme durch beide Regierungen.

Ich stehe Ihnen auch zur Verfügung, um alle Fragen zu prüfen, die bei der gegenwärtigen Lage der allgemeinen Politik die Aufmerksamkeit der beiden Regierungen im Besonderen erfordern.

Andererseits wird sich die kaiserliche Regierung ebenso wie wir zweifellos des Interesses bewusst sein, das darin bestünde, Sonderdelegierten, die so bald wie möglich ernannt werden würden, die praktische Prüfung von Maßnahmen zu übertragen, die den in Abschnitt 3.1 vorgesehenen Notfällen entgegenwirken sollen der zweite Punkt der Vereinbarung.

Indem ich Sie bitte, der Regierung Seiner Majestät die Antwort der französischen Regierung zur Kenntnis zu bringen, möchte ich darauf hinweisen, wie wertvoll es für mich war, meinerseits zum Abschluss eines Abkommens beitragen zu können was stets Gegenstand unserer gemeinsamen Bemühungen war.

II. Militärkonvention.

General de Boisdeffre traf sich heute mit General Obroucheff, der vom Kaiser beauftragt wurde, den Konventionsentwurf zu besprechen.

Frankreich und Russland sind von dem gleichen Wunsch beseelt, den Frieden zu bewahren, und haben kein anderes Ziel als die Abwehr der Notwendigkeiten eines Verteidigungskrieges, der durch einen Angriff der Streitkräfte des Dreibunds gegen den einen oder anderen von ihnen provoziert wird, und haben sich darauf

geeignet die folgenden Bestimmungen:

1° Wenn Frankreich von Deutschland oder von Italien mit Unterstützung Deutschlands angegriffen wird, wird Russland alle verfügbaren Kräfte einsetzen, um Deutschland anzugreifen.

Wenn Russland von Deutschland oder dem von Deutschland unterstützten Österreich angegriffen wird, wird Frankreich alle verfügbaren Kräfte einsetzen, um Deutschland zu bekämpfen.

2° Für den Fall, dass die Streitkräfte des Dreibunds oder einer der ihm angehörenden Mächte mobilisiert werden, werden Frankreich und Russland bei der ersten Ankündigung des Ereignisses und ohne dass es einer vorherigen Abstimmung bedarf, unverzüglich und umgehend vorgehen gleichzeitig alle ihre Kräfte mobilisieren und sie so nah wie möglich an ihre Grenzen bringen;

3° Die verfügbaren Kräfte, die gegen Deutschland eingesetzt werden müssen, werden auf französischer Seite 1.300.000 Mann und auf russischer Seite 700.000 bis 800.000 Mann betragen.

Diese Kräfte werden sich voll und fleißig engagieren, so dass Deutschland sowohl im Osten als auch im Westen kämpfen muss;

4° Die Generalstäbe der Armeen beider Länder werden sich jederzeit beraten, um die Durchführung der oben vorgesehenen Maßnahmen vorzubereiten und zu erleichtern.

Sie werden einander ab Friedenszeiten alle Informationen über die Armeen des Dreibunds mitteilen, die ihnen bekannt sind oder bekannt werden könnten.

Wege und Mittel zur Korrespondenz in Kriegszeiten werden im Voraus untersucht und geplant.

5° Frankreich und Russland werden den Frieden nicht getrennt schließen.

6° Diese Vereinbarung hat die gleiche Laufzeit wie der Dreibund.

7° Alle oben aufgeführten Klauseln werden streng geheim gehalten.

Obroucheff.

Boisdeffre.

Quelle: <https://mjp.univ-perp.fr/traites/1893petersbourg.htm 2/4>

Entente Cordiale 1904 Frankreich – England

Text des französisch-britischen Abkommens vom 8. April 1904

I. - Erklärung zu Ägypten und Marokko

Erster Artikel.

Die britische Regierung erklärt, dass sie nicht die Absicht hat, den politischen Zustand Ägyptens zu ändern. Die Regierung der Französischen Republik erklärt ihrerseits, dass sie das Vorgehen Englands in diesem Land nicht dadurch behindern wird, dass sie die Beendigung der britischen Besatzung oder auf andere Weise fordert, und dass sie den Entwurf des Khedivialen Dekretes, das dieser Vereinbarung beigefügt ist und die Garantien enthält, die zum Schutz der Interessen der Inhaber der ägyptischen Schulden als notwendig erachtet werden, jedoch unter der Bedingung, dass nach seinem Inkrafttreten keine Änderungen mehr vorgenommen werden dürfen ohne Zustimmung von eingeführt werden die Mächte, die das Londoner Übereinkommen von 1885 unterzeichnet haben.

Es besteht Einigkeit darüber, dass die allgemeine Leitung der Altertümer in Ägypten weiterhin wie in der Vergangenheit einem französischen Gelehrten anvertraut wird.

Französische Schulen in Ägypten genießen weiterhin die gleichen Freiheiten wie in der Vergangenheit.

Artikel 2.

Die Regierung der Französischen Republik erklärt, dass sie nicht die Absicht hat, den politischen Zustand Marokkos zu ändern.

Die britische Regierung erkennt ihrerseits an, dass es an Frankreich, insbesondere als einer Macht, die über ein weites Gebiet an Marokko grenzt, liegt, für die Ruhe dieses Landes zu sorgen und ihm bei allen Verwaltungsreformen, wirtschaftlicher, finanzieller und militärischer Art, Unterstützung zu gewähren es braucht.

Er erklärt, dass er das Vorgehen Frankreichs zu diesem Zweck nicht behindern wird, vorausgesetzt, dass dieses Vorgehen die Rechte, die Großbritannien aufgrund von Verträgen, Konventionen und Gepflogenheiten in Marokko genießt, einschließlich des Kabotagerechts zwischen marokkanischen Häfen, unberührt lässt wovon englische Schiffe seit 1901 profitierten.

Artikel 3.

Die britische Regierung wird ihrerseits die Rechte respektieren, die Frankreich aufgrund von Verträgen, Konventionen und Gepflogenheiten in Ägypten genießt, einschließlich des Rechts auf Kabotage, das französischen Schiffen zwischen ägyptischen Häfen gewährt wird.

Artikel 4.

Die beiden Regierungen, die sowohl in Ägypten als auch in Marokko gleichermaßen dem Grundsatz der Handelsfreiheit verpflichtet sind, erklären, dass sie sich keiner Ungleichheit hingeben werden, weder bei der Einführung von Zöllen oder anderen Steuern noch bei der Festlegung der Tarife für den Schienentransport. Der Handel beider Nationen mit Marokko und Ägypten wird die gleiche Behandlung genießen wie der Transit durch die französischen und britischen Besitzungen in Afrika. Eine Vereinbarung zwischen den beiden Regierungen wird die Bedingungen dieses Transits regeln und die Durchdringungspunkte festlegen.

Diese gegenseitige Verpflichtung gilt für die Dauer von dreißig Jahren. Sofern keine ausdrückliche Kündigung mindestens ein Jahr im Voraus erfolgt, verlängert sich diese Frist um fünf Jahre.

Die Regierung der Französischen Republik in Marokko und die Regierung der britischen Majestät in Ägypten behalten sich jedoch das Recht vor, sicherzustellen, dass Konzessionen für Straßen, Eisenbahnen, Häfen usw. unter Bedingungen erteilt werden, die die Autorität des Staates über diese großen Unternehmen beeinträchtigen von allgemeinem Interesse bleibt erhalten.

Artikel 5.

Die britische Regierung erklärt, dass sie ihren Einfluss geltend machen wird, um sicherzustellen, dass französische Beamte, die derzeit in ägyptischen Diensten stehen, nicht in schlechtere Bedingungen gestellt werden als diejenigen, die für britische Beamte gelten, die derzeit in marokkanischen Diensten stehen.

Artikel 6.

Um die freie Durchfahrt des Suezkanals zu gewährleisten, erklärt die britische Regierung, dass sie sich an die Bestimmungen des am 29. Oktober 1888 geschlossenen Vertrags und deren Umsetzung hält; Da die freie Durchfahrt des Kanals somit gewährleistet ist, bleibt die Ausführung des letzten Satzes von Absatz I und des Absatzes 2 von Artikel 8 dieses Vertrags ausgesetzt.

Artikel 7.

Um die freie Durchfahrt der Straße von Gibraltar zu gewährleisten, vereinbaren die beiden Regierungen, den Bau von Befestigungen oder strategischen Bauwerken auf dem Teil der marokkanischen Küste zwischen Melilla und den Höhen, die ausschließlich das rechte Ufer des Sebou dominieren, nicht zuzulassen. Diese Bestimmung gilt jedoch nicht für die derzeit von Spanien besetzten Punkte auf der marokkanischen Seite des Mittelmeers.

Artikel 8.

Die beiden Regierungen, inspiriert von ihren aufrichtigen freundschaftlichen Gefühlen gegenüber Spanien, berücksichtigen insbesondere die Interessen, die das Land aufgrund seiner geografischen Lage und seiner territorialen Besitztümer an der marokkanischen Mittelmeerküste hat und über die sich die französische Regierung mit der spanischen Regierung beraten wird .
Der britischen Regierung wird mitgeteilt, welche Einigung zu diesem Thema zwischen Frankreich und Spanien erzielt werden könnte.

Artikel 9.

Die beiden Regierungen kommen überein, sich gegenseitig bei der Umsetzung der Klauseln dieser Erklärung in Bezug auf Ägypten und Marokko durch ihre Diplomatie zu unterstützen.

Zu Urkund dessen ermächtigte ER der Botschafter der Französischen Republik bei Seiner Majestät dem König des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland und den britischen Gebieten jenseits der Meere, dem Kaiser von Indien und dem Hauptstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten seiner Majestät Briten, ordnungsgemäß Zu diesem Zweck haben sie das vorliegende Übereinkommen unterzeichnet und mit ihrem Stempel versehen.

Geschehen in London im Rahmen einer Doppelexpedition am 8. April 1904.

Paul CAMBON.

LANSDOWNE.

II. -Geheime Erklärung

Erster Artikel.

Für den Fall, dass eine der beiden Regierungen aufgrund der Umstände gezwungen sein sollte, ihre Politik gegenüber Ägypten oder Marokko zu ändern, bleiben die Verpflichtungen, die sie in den Artikeln IV, VI und VII der heutigen Erklärung zueinander eingegangen sind, intakt.

Artikel 2.

Die britische Regierung hat derzeit nicht die Absicht, den Mächten irgendeine Änderung des Kapitulationsregimes und der Gerichtsorganisation in Ägypten vorzuschlagen.

Sollte die Regierung der Französischen Republik zu der Überlegung gelangen, dass die Einführung diesbezüglicher Reformen in Ägypten, die auf eine Angleichung der ägyptischen Gesetzgebung an die anderer zivilisierter Länder abzielen, ratsam wäre, würde sie sich nicht weigern, diese Vorschläge zu prüfen, aber unter der Bedingung, dass dies der Fall ist Die britische Regierung würde zustimmen, die Vorschläge zu prüfen, die die Regierung der Französischen Republik ihr möglicherweise zur Einführung gleichartiger Reformen in Marokko unterbreiten müsste.

Artikel 3.

Die beiden Regierungen sind sich darüber einig, dass ein bestimmter Teil des marokkanischen Territoriums, das an Méllilla, Ceuta und andere Präsidenschaften grenzt, an dem Tag, an dem der Sultan seine Autorität über sie nicht mehr ausübt, in den spanischen Einflussbereich fallen muss, und dass die Verwaltung der Küste von Méllilla bis zu den Höhen des rechten Ufers des Sébou wird ausschließlich Spanien anvertraut.

Allerdings muss Spanien zunächst den Bestimmungen der Artikel 4 und 7 der heutigen Erklärung förmlich zustimmen und sich zu deren Umsetzung verpflichten.

Darüber hinaus verpflichtet es sich, die Gebiete, die seiner Herrschaft oder seinem Einflussbereich unterstehen, weder ganz noch teilweise zu veräußern.

Artikel 4.

Wenn Spanien, das aufgefordert wurde, sich an die Bestimmungen des vorstehenden Artikels zu halten, es für notwendig hielt, sich der Stimme zu enthalten, wäre die Vereinbarung zwischen Frankreich und Großbritannien, wie sie sich aus der heutigen Erklärung ergibt, nicht weniger unmittelbar anwendbar.

Artikel 5.

Für den Fall, dass die Zustimmung der anderen Mächte für den in Artikel 1 der heutigen Erklärung genannten Dekretentwurf nicht erreicht wird, wird die Regierung der Französischen Republik ab dem 15. Juli 1910 die Erstattung der Schulden zum Nennwert ab dem 15. Juli 1910 nicht ablehnen: garantierte, privilegierte und einheitlich.

Geschehen in London in zweifacher Ausfertigung am 8. April 1904.
LANSDOWNE
Paul CAMBON.

17 Thesen zur Kriegsschuldfrage , Graf Max Monteglas, in seinem Buch „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage“

*[Maximilian Maria Karl Desiderius Graf von Monteglas, *23.05.1860 Sankt Petersburg, +14.02.1938 München; Bayerischer General, Politiker, Historiker; Berater Helmuth von Moltkes bis 1915; kritisiert deutsche Kriegsführung und wird in den Ruhestand versetzt; lebt bis zum Kriegsende in der Schweiz; deutscher Vertreter in der Friedenskommision von Versailles;]*

1. Deutschland verfolgte weder in Europa noch anderswo ein nur durch Krieg zu erreichendes politisches Ziel.

Österreich-Ungarn dachte nur an Erhaltung des Bestehenden. Die anfängliche Absicht von Grenzberichtigungen auf Kosten Serbiens wurde auf deutsches Drängen sofort aufgegeben durch bestimmte Erklärungen über territoriales Desinteressement, von denen auch Sasonow „sich überzeugen ließ“ [...]

Frankreich strebte die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen , manche führende französischen Politiker auch die Annexion des Saargebietes, Rußland den Besitz von Konstantinopel und den Meerengen an, beide Mächte wohl wissend, daß sie diese Bestrebungen nur im Rahmen eines europäischen Krieges verwirklichen könnten.

2. Die Rüstungen Deutschlands zu Lande waren nach der politischen Konstellation, nach geographischer Lage, nach Länge der ungeschützten Grenzen und nach Bevölkerungsziffer wesentlich geringer als die Frankreichs, ab 1913 sogar hinsichtlich der absoluten Zahl der Friedensstärke der weißen Truppen ganz abgesehen von einer ständig wachsenden farbigen französischen Armee.

Die Rüstungen Österreich-Ungarns waren gegenüber denen Rußlands völlig unzulänglich.

Wie an Zahl der Streiter, so war der russisch-französische Zweibund auch an Menge des Kriegsmaterials den Mittelmächten weit überlegen.

3. Der Bau einer deutschen Schlachtflotte an Stelle der Vervollkommnung des defensiven maritimen Schutzes war politisch unklug, aber das schließlich von Deutschland angebotene Verhältnis von 10 zu 16 Großkampfschiffen wurde auch in London nicht als eine Bedrohung angesehen.

4. Das Deutsche Reich hat auch in der Zeit nach Bismarck wiederholt günstige Gelegenheiten zu einem Präventivkrieg nicht benützt.

5. Die russische Anregung zur ersten Haager Konferenz beruhte nicht auf reiner Friedensliebe. Der Rüstungsminderung standen alle Großmächte ohne Ausnahme mit der größten Skepsis gegenüber, der russische Antrag von 1899 wurde allseits abgelehnt, der Anregung Campbells Bannermanns von 1907 trat die öffentliche Meinung Frankreichs in der denkbar schärfsten Weise entgegen.

Ein Vorschlag zur Regelung ernster internationaler Konflikte, welche die Ehre und die Lebensinteressen einer Nation berühren, ist weder auf der ersten noch auf der zweiten Haager Konferenz von irgendeiner Großmacht angeregt oder unterstützt worden.

6. Am 5. Juli 1914 wurde in Potsdam nicht der Weltkrieg beschlossen, sondern die deutsche Zustimmung zu einem Kriege Österreichs gegen Serbien erteilt.

Die Möglichkeit, daß der österreichisch-serbische Krieg wie jeder andere – Burenkrieg, Marokkokrieg, Tripoliskrieg, Balkankrieg – weitere Verwicklungen nach sich ziehen könne, wurde dabei wohl erwogen, aber die Gefahr in Anbetracht des besonderen Anlasses als sehr gering eingeschätzt.

7. Nach dem Bekanntwerden der serbischen Antwortnote wollte Deutschland auch den Krieg gegen Serbien nicht mehr, sondern nur eine sehr eng umgrenzte militärische Aktion, deren Berechtigung auch in London anerkannt wurde.

8. Deutschland hat zwar die Fristverlängerung nicht unterstützt und den Konferenzgedanken abgelehnt, aber nicht nur alle übrigen von London mitgeteilten Vermittlungsvorschläge angenommen, sondern aus eigener Initiative die beiden geeignetsten Verhandlungsmethoden vorgeschlagen, nämlich die direkten Besprechungen Wien-Petersburg und das von Grey aufgegriffene „Halt in Belgrad“.

Die erste Formel Sasonows erachtete auch London für unannehmbar, die zweite war sogar eine wesentliche Verschlechterung der ersten.

9. Auf den beiden, zuerst von Deutschland angeregten Wegen der direkten Besprechungen Wien-Petersburg und der Beschränkung der militärischen Aktion gegen Serbien war man einer Verständigung nahe gekommen, als die russische allgemeine Mobilmachung jäh die Fäden zerriß.

10. Daß die Mobilmachung unfehlbar den Krieg nach sich ziehen müsste, darüber waren sich die führenden Männer in Paris und Petersburg ebenso klar wie in Berlin.

Daß derjenige der Angreifer ist, der zuerst zu einer allgemeinen Mobilmachung schreitet, hat Viviani noch am 1. August nach London gedrahtet, wobei er wider besseres Wissen die Priorität der Mobilisierung Deutschland zuschob.

11. Frankreich hat in Petersburg während der Krise nicht zur Mäßigung geraten. Nachdem der erste Versuch den Unwillen Sasonows erregt hatte, verzichtete das Pariser Kabinett auf weitere Schritte in dieser Richtung.

12. Frankreich hat Rußland von der allgemeinen Mobilmachung nicht nur nicht abgeraten, sondern ihm listige Ratschläge erteilt, wie es seine Vorbereitungen insgeheim fortsetzen könne, ohne Deutschland zu rechtzeitigen Gegenmaßnahmen herauszufordern.

13. Rußland war die erste Macht, die zu einer allgemeinen Mobilmachung geschritten ist.

Frankreich war die erste Macht, die den Entschluß zum europäischen Kriege einer anderen Macht amtlich mitgeteilt hat.

14. England hat in Petersburg niemals mit der gleichen Entschiedenheit wie Deutschland in Wien zum Einlenken geraten.

Grey hat im Gegensatz zu anderen englischen Diplomaten die Bedeutung der russischen Mobilmachung erst erkannt, als es zu spät war, und Petersburg nicht mehr einhalten wollte.

15. Die frühzeitige deutsche Kriegserklärung an Rußland war ein durch die ungeheure Gefahr der Zweifrontenlage erklärlicher politischer Fehler, die an Frankreich ein rein formaler Akt.

Weder die eine noch die andere war das entscheidende Ereignis. Nicht auf die Erklärung des Krieges kam es an, sondern auf die Handlung, die ihn unvermeidlich machte, und diese Handlung war die allgemeine Mobilmachung in Rußland.

16. England hat Deutschland den Krieg erklärt, weil es eine zweite Niederlage Frankreichs mit seinen Interessen nicht für vereinbar erachtete. Die Interessen Belgiens und der Vertrag von 1839, den Salisbury 1887 preiszugeben bereit war, bildeten dafür den populären Grund.

Das Marineabkommen mit Frankreich von 1912 zwang England obendrein aus seiner Neutralität hervorzutreten, bevor die Belgiens verletzt war.

17. Das größere diplomatische Geschick war während der Krise auf Seite der Entente.

Durch die unwahren Angaben über deutsche Kriegsvorbereitungen, insbesondere über die angebliche Priorität der deutschen Mobilmachung, durch Aufbausung unbedeutender Grenzzwischenfälle zu Angriffen auf französisches Gebiet, und durch die Zurücknahme des Grenzschutzes um 10 Kilometer schuf Frankreich in London die Vorbedingung, die Benckendorff schon Ende 1912 als nötig für das Eingreifen Englands bezeichnet hatte: es erzeugte in London den Eindruck, daß „die Verantwortung für den Angriff auf die Gegner der Entente falle“.

17 Thesen zur Kriegsschuldfrage, in: Berliner Monatshefte „Die Kriegsschuldfrage“ – Monatsschrift, 1925- I. S.33ff

Der deutsch-österreichische Bündnisvertrag

Berliner Tageblatt – Nr.64 – Sonnabend, den 4. Februar 1888 – Morgen – S.1

Presse - Berliner Tageblatt – Nr.64 – Sonnabend, den 4. Februar 1888 – Morgen – S.1

Der deutsch-österreichische Bündnisvertrag

Die Regierungen Deutschlands und der österreichisch-ungarischen Monarchie haben sich zu der Veröffentlichung ihres am 7. Oktober 1879 abgeschlossenen Bündnisses entschlossen, um allen Zweifeln ein Ende zu machen, welche an den rein defensiven Intentionen desselben auf verschiedenen Seiten gehegt und zu verschiedenen Zwecken verwerthet werden. Beide verbündete Regierungen sind in ihrer Politik von dem Bestreben geleitet, den Frieden zu erhalten und Störungen desselben nach Möglichkeit abzuwehren; sie sind überzeugt, daß die Bekanntgabe des Inhalts ihres Bündnißvertrages jede Zweifel hierüber ausschließen wird und haben deshalb beschlossen, denselben zu veröffentlichen. Der Text lautet:

„In Erwägung, daß Ihre Majestäten der deutsche Kaiser, König von Preußen und der Kaiser von Österreich, König von Ungarn, es als Ihre unabweisliche Monarchenpflicht erachten müssen, für die Sicherheit Ihrer Reiche und die Ruhe Ihrer Völker unter allen Umständen Sorge zu tragen;

In Erwägung, daß beide Monarchen, ähnlich wie in dem früher bestandenen Bundesverhältnisse, durch festes Zusammenhalten beider Reiche, im Stande sein werden, diese Pflicht leichter und wirksamer zu erfüllen;

In Erwägung schließlich, daß ein inniges Zusammengehen von Deutschland und Oesterreich-Ungarn Niemanden bedrohen kann, wohl aber geeignet ist, den durch die Berliner Stipulationen geschaffenen europäischen Frieden zu konsolidieren,

haben Ihre Majestäten
der Kaiser von Deutschland und
der Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn,

indem Sie einander feierlich versprechen, daß Sie Ihrem rein defensiven Abkommen eine aggressive Tendenz nach keiner Richtung jemals beilegen wollen, einen Bund des Friedens und der gegenseitigen Vertheidigung zu knüpfen beschlossen.

Zu diesem Zwecke haben Allerhöchstdieselben zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

Se. Majestät der deutsche Kaiser

Allerhöchstihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter General-Lieutenant Prinzen Heinrich VII. Reuß k. k.

Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn,

Allerhöchstihren Wirklich Geheimen Rath, Minister des

Kaiserlichen Hauses und des Aeußeren, Feldmarschall-

Lieutenant Julius Grafen Andrassy von Csik-Szent-

Kiraly und Kraszna Horka k. k.

welche sich zu Wien am heutigen Tage vereinigt haben und nach Austausch ihrer gut und genügend befundenen Vollmachten übereingekommen sind, wie folgt:

Artikel I.

Sollte wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden hohen Kontrahenten Eines der beiden Reiche von Seiten Rußlands angegriffen werden, so sind die Hohen Kontrahenten verpflichtet, einander mit der gesamten Kriegsmacht Ihrer Reiche beizustehen und demgemäß den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen.

Artikel II.

Würde Eines der Hohen kontrahirenden Theile von einer anderen Macht angegriffen werden, so verpflichtet sich hiermit der andere Hohe Kontrahent, dem Angreifer gegen Seinen Hohen Verbündeten nicht nur beizustehen, sondern mindestens eine wohlwollende neutrale Haltung gegen den Hohen Mitkontrahenten zu beobachten.

Wenn jedoch in solchem Falle die angreifende Mach von Seite Rußlands, sei es in Form einer aktiven Kooperation, sei es durch militärische Maßnahmen, welche den Angegriffenen bedrohen, unterstützt werden

sollte, so tritt die im Artikel I dieses Vertrages stipulierte Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht auch in diesem Falle sofort in Kraft, und die Kriegführung der beiden Hohen Kontrahenten wird auch dann eine gemeinsame bis zum gemeinsamen Friedensschluß.

Artikel III.

Dieser Vertrag soll in Gemäßheit seines friedlichen Charakters und um jede Mißdeutung auszuschließen, von beiden Hohen Kontrahenten geheim gehalten und einer dritten Macht nur im Einverständnisse beider Theile und nach Maßgabe spezieller Einigung mitgetheilt werden.

Beide Hohen Kontrahenten geben Sich nach den bei der Begegnung in Alexandrowo ausgesprochenen Gesinnungen des Kaisers Alexander der Hoffnung hin, daß die Rüstungen Rußlands sich als bedrohlich für Sie in Wirklichkeit nicht erweisen werden, und haben aus diesem Grunde zu einer Mittheilung für jetzt keinen Anlaß, - sollte sich aber die Hoffnung wider Erwarten als eine irrhümliche erweisen, so würden die beiden Hohen Kontrahenten es als eine Pflicht der Loyalität erkennen, den Kaiser Alexander mindestens vertraulich darüber zu verständigen, daß sie einen Angriff auf Einen von Ihnen als gegen Beide gerichtet betrachten müßten.

Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag eigenhändig unterschrieben und ihre Wappen beigedrückt.

Geschehen zu Wien, am 7. Oktober 1879.

H. VII. P. Reuß.
(L.S.)

Andrassy.
(L.S.)

Berliner Tageblatt – Nr.64 – Sonnabend, den 4. Februar 1888 – Morgen – S.1

Neues zur Geschichte der Emser Depesche.

Die Aufsehen erregende Veröffentlichung über die Genesis der Emscher Depesche in der der Hallenser Prof. Richard Fester in der „Deutschen Rundschau“ die schwierige Frage auf Grund des gesamten bisher bekannt gewordenen Materials in sichtvoller Weise löst, findet nunmehr ihren Abschluß und Höhepunkt, indem sie ein klares Bild jener schicksalsschweren Julitagen entrollt, die uns gerade in diesen Augenblicken erregtester Spannung so lebendig vor die Seele treten. Die große Wendung in den langwierigen Verhandlungen trat ja am 13. Juli ein, und vor der Aufhellung der Vorgänge an diesem Tage wendet sich der Gelehrte besonders zu.

Am 12. hatte der König und Bismarck die Hohenzollernkandidatur mit dem von Sigmaringen ausgehenden Verzicht als erledigt angesehen und waren fest entschlossen, die bisherige Defensivstellung abwartend zu behaupten. Da kam es am Morgen des 13. Juli zu jener bekannten Brunnenszene, dem dramatischen Gipfel der Emser Tage, bei der sich Benedetti zu einer peinlichen Aufdringlichkeit hinreißen ließ und mit der „neuen und unerwarteten“ Forderung der französischen Regierung herausrückte, der König solle dafür garantieren, daß die Kandidatur später nicht wieder aufgenommen werde. Bismarck, der schon immer eine Bloßstellung des Königs gefürchtet, hatte Eulenburg nach Ems geschickt, damit dieser einen nochmaligen Empfang des Botschafters verhüte. Benedetti aber drang auf eine neue Audienz! Er wollte wenigstens durchsetzen, da König Wilhelm die Verzichtleistung des Erbprinzen approbiere, und dazu schien der König geneigt. So gingen die Botschaften zwischen Wilhelm und Benedetti weiter hin und her, und dies erfüllte Abeken, den treuen Schüler Bismarcks, mit Besorgnis, so daß er sich zu der „größten Stunde seines Lebens“ aufraffte.

„Abgemacht“, „Schluß“, hatte ganz in Bismarcks Sinne des Königs Parole gelautet, und trotzdem fuhr er fort, mit Benedetti zu verhandeln. Das mußte ein Ende nehmen und dazu gab es nur noch einen Ausweg: an Stelle der Defensive mußte der entschlossene Angriff treten. Das Mittel, diesen schwerwiegenden Schritt herbeizuführen, hatte Abeken in seiner Mappe verschlossen: er zögerte keinen Augenblick, es jetzt hervorzuholen.

Es war das Telegramm des preußischen Gesandten in Paris, Werther, in dem dieser die Forderung des Herzogs Gramont mitteilte, König Wilhelm solle in einem förmlichen Entschuldigungsbrief des Verzicht genehmigen. Abeken hatte, als er mit der 9-Uhr-Post Werthers Bericht erhielt, den Inhalt sofort an Bismarck telegraphiert, glaubte aber im Sinne des Kanzlers zu handeln, wenn er dem König die Depesche vorenthielte. Nun schien ihm das Gegenteil notwendig; er teilte dem König mit, es sei eine Depesche Werthers eingelaufen, er sei aber sicher, Bismarck werde sie nicht vortragen, da sie dazu nicht geeignet erscheine. Wie er erwartet, befahl ihm darauf der König mit den jovialen Worten: „Nun, dann nehmen Sie an, wir seien auf einige Zeit Privatleute“, die Verlesung des Berichtes. Der ehrliche Heldenzorn, in den der König über diese französisch Anmaßung geriet, gebar nun den großen welthistorischen Entschluß, der in der Absendung der berühmten Depesche seinen Ausdruck fand. Noch aus dem zwei Stunden später geschriebenen Brief des Königs an seine Gemahlin hört man die Empörung heraus, die ihn ergriffen: „Hat man je eine solche Insolenz gesehen? Ich soll also als reuiger Sünder vor der Welt auftreten in einer Sache, die ich gar nicht angeregt, geführt und geleitet habe, sondern Prim, und den läßt man ganz aus dem Spiel. Wie die 10 Minuten vor 4 Uhr aufgegebene Depesche zustande kam, glaubt fester aus einer genauen Analyse des Wortlautes feststellen zu können. „Eurer Majestät – wird Abeken ungefähr gesagt haben – haben heute morgen in dem Schreiben an mich ein Protokoll über die Garantieforderung aufgenommen. Ermächtigen Sie mich, dem Herrn Ministerpräsidenten seinen Wortlaut zu telegraphieren und hinzuzufügen, daß Eure Majestät nach Empfang der Antwort des Fürsten von Hohenzollern „mit Rücksicht auf die französische Zumutung“ „auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen“ hätten, „Benedetti nicht mehr zu empfangen“, und daß ihm dies durch einen Adjutanten als Eurer Majestät letztes Wort mitgeteilt worden sei. Wenn Euer Majestät befehlen, „die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unseren Gesandten als in der Presse mitzuteilen“, so ist die französische Regierung an deren Böswilligkeit nach Werthers Bericht nicht mehr gezweifelt werden kann, vor ganz Europa bloßgestellt.“

Ausdrücklich stellte König Wilhelm seinem Ministerpräsidenten anheim, die an ihn gerichtete Garantieforderung bekannt zu machen. Nachdem er so Bismarck die Vollmacht zur „Emser Depesche“ erteilt hatte, ließ er gegen 5 ½ Uhr Benedetti, indem er jede weitere Diskussion ablehnte, durch seine Flügeladjutanten noch einmal ausdrücklich „seine ganze und rücksichtslose Zustimmung zu dem Verzicht des Prinzen von Hohenzollern“ aussprechen. Merkwürdigerweise war gerade zur selben Zeit der französische Ministerrat übereingekommen, sich mit dieser Zustimmung des Königs zu dem Verzicht zu begnügen; Gramont hatte zu der nämlichen Zeit, da sein unglückseliger Gedanke eines Entschuldigungsbriefes in Ems so

entscheidende Wirkung tat, diese Idee völlig aufgegeben und nur zum unersetzlichen Schaden seines Vaterlandes vergessen, auch den preußischen Botschafter davon zu verständigen.

Bismarck aber nutzte nun die Blöße, die sich der Gegner gegeben hatte, mit prachtvoller Energie aus. Die geniale, wahrhaft im Ton des Heldendichters gehaltene Schilderung, die er in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ von dem 13. Juli und dem Entstehen der Emser Depesche gibt, drängt die Ereignisse dramatisch zusammen und spitzt sie künstlerisch zu. Gewiß meint er es mit seinen Rücktrittsabsichten, von denen er spricht, nicht so ernst, doch hatte er bereits vor dem Eintreffen der Depesche des Königs einen entscheidenden Schritt getan und mußte zweifeln, ob ihn der Herrscher nicht im Stich lassen würde. Noch bevor er von der offiziellen französischen Garantieforderung wußte, hatte er in einem Gespräch mit dem englischen Gesandten durch die meisterhafte aller Paraden dem Gegner die Klinge schon fast aus der Hand geschlagen. Er erklärte nämlich dem englischen Botschafter, er werde darauf bestehen müssen, daß Frankreich in irgend einer offiziellen Form kundgebe, es sei mit der Lösung der spanischen Frage durch den Verzicht zufrieden und verlasse seine drohende Haltung. Durch diese Andeutung, von der er wußte, daß sie nach Paris gemeldet werde, hatte er sich die Gewißheit verschafft, daß ihm in letzter Stunde niemand in den Arm fallen werde. In dieser Stimmung empfing er Abekens Telegramm, durch das er zur Veröffentlichung der Garantieforderung Benedettis ermächtigt wurde. Nicht von einer „Fälschung der Emser Depesche“, von der man 22 Jahre lang ohne Kenntnis des Urtelegramms gefabelt hat, kann als o die Rede sein, sondern Abeken, und durch ihn der König, hatte Alarm geblasen; Bismarck hatte nichts weiter, zu tun, als die Fanfare überall ertönen zu lassen.

„Das außerordentliche der Emser Depesche“, so stellt Fester fest, „ist daher nicht da zu suchen, wo es immer gesucht worden ist, im Zusammenstreichen oder gar im Verschweigen, daß der König mit Benedetti noch weiter verhandelte. Außerordentlich ist lediglich der Umstand, daß die erste offizielle Kundgebung über die Emser Verhandlungen nichts weiter als ihren Abbruch meldete.“ Seit dem 4. Juli war nichts mehr von deutscher Seite offiziell über das Vorgehen der französischen Regierung veröffentlicht worden; man ahnte nur Dunkles von den Emser Verhandlungen, und so mußte denn die in buchstäblicher Ausführung der königlichen Ermächtigung erfolgte Mitteilung Bismarcks, Frankreich habe trotz dem Verzicht die Garantieforderung gestellt und der König „hat daraufhin abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen.“ eine außerordentliche Wirkung tun

Bismarck sorgte auch dafür, daß die Nachricht von dem Ansinnen eines Entschuldigungsbriefes, das an König Wilhelm gestellt worden war, zur Kenntnis des Zaren und König Ludwigs II. von Bayern gelangte. Der Königsstolz des jungen Wittelsbacher und die verwandtschaftlichen Gefühle Alexanders II. für seinen Oheim wurden dadurch nicht vergebens angerufen. In Ems wie in Berlin waren nun die Würfel gefallen. Wenn aber die Emser Depesche versagen sollte, so hatte Bismarck durch die Frage, die er in Paris stellen wollte, dafür gesorgt, daß Frankreich zuerst den Frieden brach und durch einen Angriff die Einigung Deutschlands vollendete. Diese drohende Aussicht eines preußischen Ultimatums ist denn auch gewesen, die aus der selbst am 14. Juli noch schwankenden Haltung die französische Regierung schließlich zum Kriege drängte. Mit der Ablehnung einer Garantie durch den preußischen König hatte man sich bereits ausgesöhnt. Als aber der österreichische Geschäftsträger die Unterredung Bismarcks mit dem englischen Botschafter haarklein nach Paris telegraphierte, als Bismarcks Gedanke einer preußischen Garantieforderung, eines preußischen Ultimatums bekannt wurde, da war „die einzige Rettung der kaiserlichen Regierung vor der Revolution der Krieg.“

Durch die ausführlich Darlegung Festers wird also erwiesen, daß der Urheber der Emser Depesche Abeken und nicht Bismarck ist, daß aber nicht die Depesche, sondern die noch gar nicht erhobene Garantieforderung Bismarcks der Unentschlossenheit der französischen Regierung ein Ende machte und somit zum eigentlichen Kriegsgrund wurde.

Bethmann Hollweg über die Schuld am Kriege

Für einen unparteiischen Staatsgerichtshof. Der frühere Reichskanzler, Dr. v. Bethmann Hollweg, hat sich gestern einem Mitgliede der Schriftleitung der „Deutschen (früher Norddeutschen) Allgemeinen Zeitung“ gegenüber zu der Veröffentlichung der bayerischen Regierung über das österreichische Ultimatum an Serbien geäußert. Er ist der Auffassung, daß das Ultimatum, dessen Wortlaut man vor seiner Absendung in Berlin nicht gekannt habe, allerdings zu scharf gewesen sei. Aber die Veröffentlichung der bayerischen Regierung berücksichtige weder die politische Gesamtlage seiner Zeit, die für Deutschland einfach lebensgefährlich gewesen sei, noch die späteren allgemeinen Vorgänge. Im übrigen sehne er selbst den Tag herbei, wo er vor einem unparteiischen Staatsgerichtshof, dem aber von beiden Seiten alles Material zur Verfügung gestellt werden müßte, der Wahrheit zum Siege verhelfen könne.

Im Einzelnen führte der Exkanzler dazu in der Unterredung aus:

Heute wird wohl niemand mehr bestreiten wollen, daß die große Politik Frankreichs seit 1871 unverrückbar auf die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens, diejenige Rußlands, mit besonderer Stärke seit dem japanischen Kriege, auf die Beherrschung Konstantinopels gerichtet war. Rußland betrieb in Verfolgung seiner Pläne durch Vermittlung Serbiens eine systematische Aushöhlung der Stellung Österreich-Ungarns auf dem Balkan. Beide Mächte verfolgten damit Ziele, die nur durch kriegerische Lösung verwirklicht werden konnten und beide Mächte erfreuten sich in ihrer Gesamtpolitik der ausgesprochenen Unterstützung Englands. Daß diese Situation für Deutschland lebensgefährlich war und immer lebensgefährlicher wurde, je mehr die Stellung seines österreichischen Bundesgenossen durch die mit russischer Beihilfe erfolgenden serbischen Umtriebe geschwächt wurde, liegt auf der Hand.

Wie wenig es in unserer Absicht lag, den allgemeinen Krieg zu entfesseln, ergibt sich aus unserer gesamten weiteren Haltung. Ich darf die entscheidenden Momente kurz rekapitulieren.

Unser Bestreben, den österreichisch-serbischen Konflikt zu lokalisieren, war durchaus kein abwegiger Gedanke. Niemand anders als Sir Edward Grey hatte ihn mit aller Energie zu dem seinigen gemacht und unterstützt. Gescheitert ist unsere Absicht lediglich an Rußland, das sich für berechtigt hielt, den Konflikt vor sein Forum zu ziehen. Nunmehr setzten unsere Vermittlungsversuche zwischen Wien und Petersburg ein. Sie erinnern sich, wie infolge unserer Bemühungen, die Konversation zwischen Wien und Petersburg in Fluß kam, als Rußland plötzlich und entgegen den uns ausdrücklich gegebenen Versicherungen seine ganze Armee mobilmacht. Daß diese Generalmobilmachung der Krieg war, der von einer allmächtigen Partei Rußlands gewollte Krieg – nun ich meine daran kann nach den Enthüllungen des Prozesses Suchomlinow kein Mensch mehr einen Zweifel haben.

Wie kam es nun, daß trotz dieser Tatsachen, über die ich schon im Reichstage wiederholt gesprochen habe, die Schuld Deutschlands zur Überzeugung fast der ganzen Welt geworden ist? Ich sehne ja den Tag herbei, wo ich dazu beitragen kann, vor einem unparteiischen Staatsgerichtshof, dem allerdings von beiden Seiten alles Material zur Verfügung gestellt werden sollte, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Darum will ich jetzt nicht von der staunenswerten Propaganda sprechen, mit der unsere Gegner es verstanden haben, durch Mischung von Wahrem und Falschem uns bei der gesamten Menschheit in Mißkredit zu bringen, sich selbst aber als die alleinigen und selbstlosen Verfechter aller großen und edlen Menschheitsgedanken hinzustellen. Ich will vielmehr ganz offen und nüchtern von dem Teil der Schuld sprechen, der uns selbst an diesem Weltunheil trifft.

Zunächst ein kurzes Wort über Belgien. Es ist bekannt, wie die unselige Not- und Zwangslage, welche unseren Einmarsch in Belgien herbeiführte, uns nicht nur den Ruf Barbaren, sondern auch den Vorwurf des am Kriege Schuldigen eingetragen hat. Ich habe am 4. August offen und ehrlich über Belgien gesprochen. Sie wissen, wie mir meine damaligen Worte später von einem großen Teil unserer öffentlichen Meinung als Verbrechen angerechnet worden sind. Ich bleibe noch heute bei jedem meiner damaligen Worte stehen und habe ihnen nicht hinzuzufügen.

Dann Elsaß-Lothringen. Der Präsident Wilson fordert bekanntlich in seinen vierzehn Punkten die Wiedergutmachung des Unrechts, das Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 hinsichtlich Elsaß-Lothringens zugefügt worden sei, und das, wie der Präsident sich ausdrückt, den Weltfrieden während nahezu fünfzig Jahren in Frage gestellt habe. In den Worten des Präsidenten wird – ich darf das hervorheben – das Anerkenntnis klar angesprochen, daß es im praktischen Effekt die Aspirationen Frankreichs auf den Rückwerb Elsaß-Lothringens waren, welche im letzten halben Jahrhundert die Welt nicht zur Ruhe kommen ließen. Unsere Schuld aber erblicke ich darin, daß wir es nicht verstanden haben, Elsaß-Lothringen eine Behandlung

angedeihen zu lassen, welche seine Bewohner den Wechsel ihrer staatlichen Zugehörigkeit allmählich vergessen ließ.

Vor allem aber müssen wir zugestehen, daß wir durch Mängel unseres Nationalcharakters und Sünden unseres allgemeinen Gebarens zu der kriegerischen Hochspannung beigetragen haben, welche die politische Atmosphäre nicht nur im letzten Jahrzehnt erfüllte. Worte, die als Provokation gedeutet werden konnten, sind wiederholt gefallen, alldeutsche Treibereien haben uns im Ausland und Inland größten Schaden zugefügt, und vor allem war es die sogenannte Flottenpolitik, die uns in verhängnisvolle Gegensätze geführt hat. Dazu mannigfache Mängel in unserer inneren Politik.

Die Offensive durch Belgien 1914. von Graf Monts

Noch steht mir in genauester Erinnerung, welch lärmendes Entsetzen mich packte, als bei Beginn des Weltkrieges der damalige Staatssekretär des Äußeren auf die englische Frage, wie wir es mit der Neutralität Belgiens hielten, ausweichend antworten mußte. Wie war damals die Lage? Die kleine aber mächtige russische Kriegspartei hatte in richtiger Erkenntnis, daß erstens nur durch einen äußeren Krieg der revolutionäre Umsturz des Zarenregimes vermieden werden konnte, und daß zweitens der englisch-deutsche Gegensatz im starken Abflauen begriffen, vielleicht bald eine Art Einvernehmen Platz machen würde, die Lunte an das südslawische Pulverfaß gelegt und mit dem durch Herrn Hartwig inszenierten Mord von Sarajewo Europa zum Auffliegen verurteilt.

Hand in Hand mit dieser Aktion ging eine Mobilisierung namentlich der sibirischen, transkaukasischen und trukestanischen Armeekorps. Es ist erstaunlich, daß die Bereitschaft dieser Elitetruppen den Spähern unseres und des k.u.k. Generalstabes entging. Hier muß unfehlbar grobe Fahrlässigkeit gewaltet haben, denn alle militärischen Maßnahmen der beiden verbündeten Kaisermächte gingen von der Voraussetzung aus, daß man noch mehrere Monate Zeit hätte, bis das eigentliche Gros der russischen Armee an unseren ganz offenen Ostgrenzen aufmarschierte. Es war auf Grund dieser irrigen Annahme zwischen beiden Generalstäben vereinbart worden, daß inzwischen Frankreich erledigt werde und dann dort freiwerdende 30 Divisionen rechtzeitig zu den österreichisch-ungarischen Armeen in Polen stoßen könnten. Nach Ansicht unseres Generalstabes erschien aber die schnelle Erledigung der französischen Republik nur durch Umgehung der Sperrfortslinie und einen Einbruch über Belgien erreichbar.

Die Nachfahren der Moltke und Schlieffen beriefen sich auf Hefte dieser beiden bedeutenden Generale. Fürst Bismarck (Hermann Hofmann: Fürst Bismarck 1890 – 1898, Bd., 2, S194 ff.) dagegen behauptet, daß Moltke der Meinung gewesen, „Deutschland könne im Fall eines Zweifrontenkrieges im Besitz von Metz und Straßburg mit Mainz-Köln, Koblenz dahinter die Defensive gegen Frankreich auf unbestimmte Zeit hinaus schlecht erhalten und inzwischen ruhig den russischen Krieg zum Abschluß bringen“. Angeblich hätten Schlieffens Denkschriften anders gelautet. Aber zu des letzteren Lebzeiten war die russische Heeresverstärkung auf eine Friedenspräsenz von 1 ½ Millionen noch nicht durchgeführt. Ebenso wenig war damals das westliche Festungs- und das an unsere Grenzen führende strategische Bahnnetz mit Hilfe der französischen Milliarden, der Vollendung nahe.

Es scheint mir sehr zweifelhaft, ob Graf Schlieffen bei so gänzlich veränderten Umständen den Russen die offene Flanke geboten hätte. Nach meiner Kenntnis der Dispositionen Schlieffens rechnete dieser verständige Mann auch niemals mit einer Mitwirkung Italiens. Unser Generalstab und wohl auch unsere politische Leitung waren trotz aller Warnungen in diesem Punkte unbelehrbar. In Freiburg war das Quartier gemacht für die als Vorhut der italienischen 4. Armee gedachte Kavalleriedivision. Auch war unsere Militärmission, die dieser fiktiven Armee beigegeben werden sollte, schon bis Florenz gereist, wo sie unverrichteter Dinge umkehren mußten. Vielleicht noch mehr wie die im Elsaß entbehrt Hilfe fiel das Ausbleiben der supponierten Festhaltung von 300.000 Franzosen an der Alpengrenze ins Gewicht. So basierte der Kriegsplan unseres Generalstabes auf einem zweiten schwerwiegenden und unbegreiflichen Irrtum. Das Schlimmste aber war der betrübende Optimismus, mit dem sich über den von unserer Londoner Vertretung und von allen einigermaßen mit englischer Geschichte und englischen Gedankengängen betrauten deutschen Diplomaten und Politikern im Fall eines Einbruchs in Belgien vorausgesagten Eintritt der englischen Weltmacht in den Krieg hinwegsetzte.

Es trifft auch hier unseren Generalstab und unsere Admiralität schwere Schuld. Überschätzung der eigenen und durch nichts begründete Unterschätzung der Kraft des größten Reiches, das die Welt je gesehen. Der weitere Verlauf des Feldzuges bestätigt die Richtigkeit der hier vertretenen Ansicht. Bei der geradezu hervorragenden Qualität unserer Truppen aber hätte eine fähigere Leitung wie die des Großen Hauptquartiers noch immer und trotz allem an unsere Fahnen den Siegeslorbeer heften können, wenn nicht der übereilte Marne-Rückzug alle Chancen des Vabanquespieles aus der Hand gegeben hätte. Angeblich soll ein junger Major an die Front geschickt worden sein mit Vollmacht, das weitere Vorgehen oder den Rückzug zu befehlen.

Unbegreiflich war auch die Wegnahme zweier im Osten dringend benötigter Korps von der Nordfront statt aus dem nicht bedrohten Elsaß, um gar nicht der unnützen und aus dem Plan fallenden, so verlustreichen aggressiven Kämpfe vor Metz zu gedenken.

Man wird fragen: Wie konnte unsere zivile Reichsregierung ihr Einverständnis mit der abenteuerlichen Idee der westlichen Offensive und des Einbruchs in das neutrale Belgien erklären? Hier machte sich schon der so oft beklagte Fehler unserer Verfassung geltend, daß nur ein Mann im Reiche die Verantwortung trug, daß diesem Mann keine Ministerkollegen, sondern nur nachgeordnete Stellen zur Seite gesetzt waren, und daß namentlich dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes bei nicht fachmännischer Schulung resp. geringer

Begabung des Kanzlers auf dem Gebiete der auswärtigen Politik absolut keine Drückmittel zu Gebote standen, um seinen Vorgesetzten von groben Fehlern und Torheiten zurückzuhalten. Wir glauben zu wissen, daß im Auswärtigen Amte schwere Bedenken gegen die militärischen Absichten bestanden. Der belgische Plan des Generalstabes war in und außerhalb Berlins politischen Kreisen kaum ein Geheimnis, um so unbegreiflicher erscheint es, daß weder der erste Kriegskanzler noch sein unmittelbarer Amtsvorgänger sich diesen von jungen Generalstabsoffizieren und unreifen Prinzlichkeiten oft vorlaut und präpotent geäußerten belgischen Velleitäten durch Stellung der Kabinettsfrage widersetzen. Bülow und Bethmann haben durch Gehen- und Geschehenlassen und durch Nichtinformierung der Krone unvergleichliche Schuld auf sich geladen. Der Ausbruch des Unwetters kam dann freilich so plötzlich, es scheint Bestürzung und Verwirrung bei den maßgebenden Stellen geherrscht zu haben, und niemand dachte wohl daran, sich ernstlich dem für ganz andere Lagen und Zeiten festgelegten Aufmarschschimmel des Generalstabes zu widersetzen.

Hinzu traten aber auch noch andere Erwägungen. Es war für unsere Diplomatie kein Geheimnis, daß unter dem neuen König, Belgien bedenklich in das Ententefahrwasser geraten war, man erhielt wohl auch Wind von den Abmachungen Barnadiston-Jung. Die belgische Armee hatte in allerneuester Zeit ihre Stände erheblich erhöht. Die Sorge war nicht abzuweisen, daß, spielte Deutschland nicht das Praevenire, Frankreich in Belgien unter Konnivenz der dortigen Regierung einbrechen und uns flankieren würde.

Aber all diese Bedenken und Befürchtungen wogen federleicht gegen den unserem Einmarsch in Belgien automatisch folgenden Eintritt Englands in den Krieg. Herr v. Bethmann scheint sich leider in dieser Hinsicht bei seiner Unkenntnis der auswärtigen Dinge Illusionen hingegeben zu haben; man nahm auch in Berlin unseren Botschafter in London nicht au serieux und unterschätzte den nur nach einem Vorwande zum Bruche spähenden bösen Willen und die Energie der Kriegspartei des englischen Kabinetts. Daß es diesen Männern ohne Belgien und ohne ein aggressives Vorgehen unsererseits gegen Frankreich nicht gelungen wäre, dem Unterhaus die Zustimmung zum Kriege zu entreißen, ist meine feste Überzeugung. Es braucht hier nicht hervorgehoben zu werden, daß das so sittlich entrüstete England sich in viel weniger bedrängter Lage noch schlimmere Verstöße gegen Verträge und Völkerrecht zuschulden kommen ließ, **right or wrong my country**, gegenüber den beiden formidablen Kontinentalmächten Rußland und Frankreich durften wir uns aber nie und nimmer den Luxus einer dritten Gegnerschaft gestatten. Die politische Konstellation war so, daß England unter keinen Umständen eine Vernichtung oder wesentliche Schwächung der Macht seines Ententegenossen zugegeben hätte, bezüglich Rußland lagen die Dinge aber ganz anders. Man berichtet uns, daß der Sieg bei Tannenberg in England mit kaum verhohlener Freude begrüßt wurde. Die Verkennung der Weltlage durch unsere maßgebenden Faktoren, das Zurücktreten der politischen Notwendigkeiten gegen noch dazu fehlerhafte militärische Entschlüsse; verbunden mit der Strategie Moltkes und gar erst Falkenhayns, stürzten uns dann in verhängnisvolle Krisen. Die Rückwirkung auf die Gesamtheit der Neutralen wurde unterschätzt, ebenso wie unsere militärische Neben- und Oberregierung nie einen rechten Begriff hatte von den Imponderabilien und von der Wichtigkeit von Sympathien und Antipathien. Eine einseitige russische Orientierung unserer Offensive, Gewehr bei Fuß der anderen Hälfte unserer Armee in Frankreich gegenüber, wäre von den besten Wünschen der ganzen gesitteten Welt getragen gewesen. Das deutsche Volk wird mit Ehren vor der Geschichte bestehen können, ein anderes Urteil aber wird sie über seine damaligen Feldherrn und Staatsleiter fällen, die tief unter ihrer Aufgabe standen. Jetzt indes heißt es: *quidquid delirant reges, plectuntur Achivi* [*Alles, was die Könige in ihrer Raserei verschulden, die Achäer (die Völker) müssen es büßen; Horatz*]

Eine Erklärung Bethmanns.

Berlin, 27. November. Der frühere Reichskanzler Bethmann-Hollweg äußerte gestern einem Mitgliede der Schriftleitung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gegenüber zu der Veröffentlichung der bayrischen Regierung unter anderem folgendes: Die bisherigen Veröffentlichungen der bayrischen Regierung beziehen sich lediglich auf den österreichisch-serbischen Konflikt und auf unsere Stellung dazu, berücksichtigen also weder die Gesamtsituation noch die Vorgänge, die sich an den Konflikt mit Serbien angeschlossen haben. Es ist vollkommen richtig, daß wir Oesterreich beigestimmt haben, als es nach dem Attentat von Sarajewo ein Vorgehen gegen Serbien für nötig erklärte, daß wir uns auch zur Erfüllung der Bündnispflichten ausdrücklich bereit erklärten, falls sich aus dem Vorgehen gegen Serbien weitere kriegerische Komplikationen ergeben sollten. Wir haben deshalb auch nie und in keiner Form, also auch nicht durch einen Hinweis auf die Nordlandreise des Kaisers und auf den Urlaub des Generalstabschefs und des Kriegsministers behauptet, wir seien durch die Aktion Oesterreichs überrascht worden. Allerdings haben wir den Wortlaut des Ultimatums vor seiner Absendung nicht gekannt. Die gegenteilige Behauptung ist jedenfalls, soweit meine Person in Betracht kommt, unrichtig. Ich habe das Ultimatum, auch nachdem es danach zu meiner Kenntnis gekommen war, für zu scharf gehalten. Unsere Politik trug dieser meiner Ansicht im Verlaufe der Dinge vollkommen Rechnung. – Heute wird wohl niemand bestreiten wollen, daß die große Politik Frankreichs seit 1871 unverrückbar auf die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens, diejenige Rußlands, in besonderer Schärfe seit dem japanischen Kriege, auf die Beherrschung Konstantinopels gerichtet war. Rußland betrieb zugleich in Verfolgung dieser seiner Pläne durch Vermittlung Serbiens die systematische Aushöhlung der Stellung Oesterreich-Ungarns auf dem Balkan. Beide Mächte verfolgten damit Ziele, die nur durch eine kriegerische Lösung verwirklicht werden konnten. Beide Mächte erfreuten sich in ihrer Gesamtpolitik der ausgesprochenen Unterstützung Englands.

Bethmann-Hollweg rekapitulierte dann die deutschen Bestrebungen, den österreichisch-serbischen Konflikt zu lokalisieren, die an Rußlands Haltung scheiterten, und die Vermittlungsversuche zwischen Petersburg und Wien, die dadurch zunichte gemacht wurden, daß Rußland plötzlich entgegen den Deutschland ausdrücklich gegebenen Versicherungen seine ganze Armee mobil machte. Daß dies der Krieg war, der von der allmächtigen Partei Rußlands gewollte Krieg, daran kann nach den Enthüllungen des Prozesses Suchomlinow kein Mensch mehr einen Zweifel haben. Ich sehne den Tag herbei, wo ich dazu beitragen kann, vor dem unparteiischen Staatsgerichtshof der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Ich fürchte aus einseitigen fragmentarischen Publikationen kann nur Verwirrung entstehen. Aber ich zweifle, ob es richtig ist, in diesem Momente, wo wir dem Frieden entgegengehen sollen, die Leidenschaften neu aufzupeitschen.

Kein Friedensangebot an Deutschland.

Zu den im Anschluß an die bekannte Erklärung des bayerischen Finanzministers Jaffe von der Presse angestellten Erörterungen kann nach Erkundigungen an zuständiger Stelle nochmal mit aller Bestimmtheit erklärt werden: In keinem Zeitpunkt des Krieges ist von feindlicher Seite amtlich oder in hinreichend beglaubigter Form mit einem Friedensangebot an uns herangetreten worden.

Die Schuld am Kriege. Äußerungen des Staatssekretärs Zimmermann.

Zu den Enthüllungen der bayerischen Regierung über die Frage der Schuld am Kriege nimmt in der „**Deutschen Allgemeinen Zeitung**“ nach Herrn v. Bethmann Hollweg nun auch der frühere Staatssekretär im Auswärtigen Amt Zimmermann das Wort, der bei Kriegsausbruch als Unterstaatssekretär eine bedeutende Rolle gespielt hat. Die Gedankengänge Zimmermanns decken sich ungefähr mit denen Bethmanns. Auch er geht davon aus, daß Österreich-Ungarn durch die panslawistischen Treibereien Rußlands und Serbiens in seinem Dasein gefährdet war und das energische Auftreten der Monarchie nach dem Mord in Sarajewo im Interesse einer Gesundung der europäischen Verhältnisse notwendig geworden sei. Österreich-Ungarn wünschte Bulgarien anstelle des wankenden Rumänien in den Bund der Mittelmächte aufzunehmen und vermittelte diese Anregung in einem Brief des Kaisers Franz Joseph an Kaiser Wilhelm und in einer Denkschrift den maßgebenden deutschen Stellen. Diese Tatsachen bilden den Ursprung der Legende von einem Kronrat in Potsdam.

In der von Zimmermann entworfenen Antwort der Reichsleitung heißt es u. a.:

„Die Gefahren der panslawistischen Agitation würden auch in Deutschland nicht verkannt. Der Heranziehung Bulgariens an den Dreibund wurde mit gewissen Vorbehalten zugestimmt. Es wurden Bemühungen in Bukarest in Aussicht gestellt, um Rumänien bei dem Bündnis zu erhalten und von der gefährlichen serbischen Propaganda loszumachen; zu dem Konflikt mit Serbien wurde eine Stellungnahme abgelehnt. Es wurde aber betont, daß Deutschland gemäß dem Bündnis und der alten Freundschaft treu zu Österreich-Ungarn stehen würde.“

Man wird danach, fährt Zimmermann fort, wohl schwerlich, wie es der bayerische Stimmungsbericht darstellt, von einer Blankovollmacht sprechen können.

Zimmermann erklärt weiter, **daß der Inhalt des Ultimatums an Serbien zu jener Zeit noch nicht feststand oder zum mindesten der deutschen Regierung nicht bekannt gewesen ist. Das Ultimatum wurde vielmehr erst so spät nach Berlin mitgeteilt, daß Deutschland keine Möglichkeit mehr hatte, auf seine Milderung hinzuwirken. Deutschland müsse die Verantwortung für die Entwicklung des österreichisch-serbischen Konflikts zum Weltkrieg ablehnen.**

Schließlich fordert auch Zimmermann so wie Bethmann die Untersuchung der Schuldfrage durch einen Staatsgerichtshof oder noch besser durch einen internationalen Gerichtshof.

★

Die Ausführungen Zimmermanns ebenso wie die Bethmanns zeigen klar, daß die Haltung Deutschlands vor Ausbruch des Weltkrieges zumindest, soweit es sich um politische Faktoren handelt, so friedlich war, als es innerhalb des Rahmens der deutschen Gesamtpolitik möglich gewesen ist. Diese Gesamtpolitik war aber auf den deutsch-slawischen Gegensatz aufgebaut, der, insbesondere was das Verhältnis zu Rußland betrifft, als unabänderliches Axiom betrachtet wurde. Die deutschen Irrtümer, die den Krieg mitverschuldet haben, sind also nicht so sehr im Augenblick seines Ausbruchs zu suchen, als vielmehr in den vorangegangenen Jahren, in denen Deutschland es versäumt hat, die russische Politik zu seinen und dadurch auch zu Österreichs Gunsten zu beeinflussen. Es hat dadurch eine Situation geschaffen, die anderen an den Zerwürfnissen der europäischen Festlandstaaten interessierten Kräften freies Spiel ließ.

Neue „Enthüllungen“.

Wien, 28. November. Der Berner Berichterstatte des „Neuen Wiener Journal“ veröffentlicht angeblich zuverlässige Mitteilungen einer dem früheren österreichischen Ministerium des Äußeren nahestehende Persönlichkeit, wonach Graf Czernin kurze Zeit nach seinem Amtsantritt Kaiser Wilhelm das wirtschaftliche und militärische Ende Österreich-Ungarns geschildert und den Kaiser um möglichst schnellen Frieden gebeten habe. Der Kaiser wies Czernin an Hindenburg und Ludendorff. **Während sich Hindenburg passiv verhielt, soll Ludendorff auf Czernins Erklärung, Österreich-Ungarn müsse unter Umständen einen Sonderfrieden schließen, mit größtem Ernst geantwortet haben:**

„Sagen Sie Kaiser Karl, daß an dem Tage, an welchem Österreich-Ungarn einen Sonderfrieden schließt, er eine Kriegserklärung Deutschlands zu gewärtigen habe. Einen solchen Akt von Treubruch können wir nur mit dem Beginn von Feindseligkeiten beantworten.“

Graf Czernin brach hierauf das Gespräch ab und erklärte in Wien Kaiser Karl unser Schicksal ist auf Tod und Leben mit dem Deutschlands verbunden. Wir können nicht anders als an seiner Stelle ausharren.

Ist an der Meldung überhaupt Wahres - was erst abgewartet werden muß - so kann nur angenommen werden, daß Ludendorff damals der Meinung war, daß Österreich nicht am Ende seiner Kraft war sondern daß Kaiser Karl eben um jeden Preis Frieden machen wollte, woraus er ja nie ein Hehl gemacht hat. Daß Österreich-Ungarn damals tatsächlich nicht am Ende seiner Kraft gewesen ist, hat sich doch hinterher erwiesen. Daß wir mit Österreich-Ungarn in Kriegszustand geraten wären, wenn es einen vorzeitigen Sonderfrieden abgeschlossen hätte, was selbstverständlich, da unsere Feinde es dann eben sicher als Aufmarschgebiet gegen uns benutzt hätten.

Die Schuld am Weltkriege.

Berlin, 9. Dezember. Einer Amsterdamer Meldung zufolge sagte Lord Haldane: **Wir haben am Montag, den 3. August 1914, um 11 Uhr vormittags, mobilisiert, 36 Stunden, bevor wir den Krieg erklärten.** Wenige Stunden nach der Kriegserklärung war das Expeditionskorps über dem Kanal, bevor noch jemand etwas wußte. – Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ bemerken hiezu: Dieses späte Bekenntnis des gewesenen englischen Kriegsministers läßt ein Urteil zu, welche Umstände letzten Endes den Weltkrieg herbeigeführt haben. England hat bereits mobilisiert, als der englische Botschafter in Berlin, Sir Goschen, noch mit dem Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg verhandelte.

Inhaltsverzeichnis		
1. Teil		Presse
	Bemerkung	
3	Vorspann	
6	27.06.1914 – Die Entscheidung – Gedanken zur politischen Situation in Europa von H.Rath	DVB
7	Der „Pangermanismus“	
8	Deutsche Kolonie in China	
11	Der Boxeraufstand	
12	16.03.1885 – Kolonialpolitik im Reichstag – Montag, 16. März 1885	
14	Einrichtung von Postdampfer-Linien	
14	Der Kaiser und die chinesische Kolonie	
15	England	
16	Der Kanal-Tunnel	
17	Englands Handeln	
20	Englands Charakter	
21	Englands Kriegsvorbereitungen	
23	Frankreich	
23	Der Haß der Franzosen in der Dichtung	
25	Frankreichs Haltung gegenüber Deutschland	
26	Militärische Konvention zwischen Frankreich und Rußland 1891	
27	Russisch bezahlte Presse-Propaganda	
30	Rußland	
30	Berliner Kongreß	
31	Rußlands Streben – mit dem Ziel Deutschland	
32	Rußlands Hinwendung zu Frankreich – vorbereitet ab 1887	
36	Rußland rüstet gegen Deutschland	
37	Amerika - Rußland – England – Frankreich – sie bereiten einen Krieg vor	
38	Amerikas Verpflichtungen gegen England und Frankreich	
39	Amerikas Entgelt als Mitglied des Bündnisses	
40	Österreich	
40	Der deutsch-österreichische Bündnisvertrag von 1879	
41	Die militärpolitische Lage Deutschlands und Österreich-Ungarns im Sommer 1914	
43	Italien - Das deutsch-italienische Bündnis	
45	Italien wechselt die Seiten	
46	Die Bedingungen Italiens, sich der Entente anzuschließen	
48	Belgien	
48-52	Belgiens Neutralität	
2. Teil		
53	Deutschland – Die Gründung des Deutschen Reiches, zweite Ausgabe	
54	Die „Emser Depesche“ – Der Krieg 1870/71	
60	Was Frankreich aus seiner Niederlage 1870/71 macht	
61	Kaiser Wilhelm I. – Vollendung der 88 Jahre	
63	Die Gegner der Monarchie in den Reihen des Reichstags	
65	Die Regierungsvorlage über die Verstärkung der Friedenspräsenzstärke des Heeres	
68	Marinerüstung Deutschlands und der Entente 1887	
69	Tod Kaiser Wilhelm I. - Dreikaiserjahr 1888	
70	Fürst Bismarck geht	
72	Bessere Sozialgesetzgebung wie in England	
72	Reichskanzler Caprivi – Bismarcks Nachfolger	
73	Militärvorlage am 23. November 1892 im Reichstag – Rede Caprivi	
74	„Die Emser Depesche“ (2) und der deren Bedeutung in Bezug auf das Militär	
76	Die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland 1890	

79	Die Krüger-Depesche – Winter 1895/ 1896	
80	Die Vertreibung aus dem Paradies	
81	Englands Aufforderung an Deutschland, sich in Siam zu engagieren	
82	„Made in Germany“	
87	Französisch-Russischer Zweibund 1890 – 1894 – die Entente bereitet sich vor	
88	Marinerüstung der Entente und des Dreibundes	
92	Konnte Deutschland es sich leisten, bei diesen militärischen Verhältnissen und Bündnissen einen Angriffskrieg zu beginnen?	
93	Die „Schnäbele“ Affäre	
94	Helgoland	
95	Die Dreyfus-Affäre	
95	Nord-Ostsee-Kanal	
95	Zar Nikolaus II.	
97	Lord Haldane – englischer Kriegsminister – sein Neutralitätsangebot	
98	Die Stellung des Kaisers in der Verfassung	
99	Kaiser Wilhelm – Zeugnisse für die Kriegsvorbereitung der Feinde	
101	Chamberlains Angebot	
102	Kaiser Wilhelms Sicherung der Grenzen Deutschlands	
103	Man wappnet sich für den unausweichlichen Krieg	
104	Der Kaiser 1907 auf Einladung zu Besuch in England	
104	Folgen des Englandbesuches	
105	Deutschlands und Englands Flotte	
106	Kaiser Wilhelm und Zar Nikolaus in Potsdam – November 1910	
107	Die Entente ist bereit	
110	Die englisch-japanischen Verhandlungen	
110	Frankreich und England und Marokko	
112	Man will Schleswig-Holstein besetzten – Brüssel aktiv mit dabei?	
114	Das Bild, die Kathedrale zum Einsturz zu bringen	
116	Die Bagdadbahn	
116	Serbien – Balkan - Rußland	
117	Balkan – Erlebnisse einer britischen Künstlerin und Schriftstellerin in Serbien – M.E. Durham	
120	Serbien ehrt Weltkriegsattentäter Princip mit Denkmal – 28.06.2015	
3.Teil		
121	Juli-Krise	Presse
	27.06.1914 - Serbische Umtriebe	VOS
	27.06.1914 - Regentschaftswechsel in Serbien	DVB
	27.06.1914 - Die Gebirgsmanöver in Bosnien	DVB
122	28.06.1914 - Der Mord am österreichisch-ungarischen Thronfolger Erzherzog Franz-Ferdinand	
	29.06.1914 – Die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers und seiner Gattin	BTB
	29.06.1914 – Der amtliche Bericht	BTB
123	29.06.1914 – Die erste amtliche Nachricht	DVB
	29.06.1914 – Telegramm des bayerischen Botschafters in Berlin nach München	
124	Serbiens Vorbereitung des Attentats auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger	
125	30.06.1914 – Telegramm des bayerischen Botschafters in Wien nach München	
126	30.06.1914 – Zusammenhang mit Belgrad	DVB
127	30.06.1914 – Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin – Meldung an Kaiser Wilhelm	NAZ
	Kaiser Wilhelm – Die nur gezwungen angetretene Nordlandreise	
128	Kaiser Wilhelm und die Verschwörung gegen Deutschland	
129	Marine-Manöver	
	27.06.1914 – Griechenland – Einberufung der Marinereservisten	VOS

	27.06.1914 – Die Dardanellen	VOS
	27.06.1914 – Das englische Geschwader in Konstantinopel	DVB
130	28.06.1914 – Der Generalstabschef der russischen Marine in Frankreich	DVB
	18.07.1914 – Frankreich [Flottenmanöver]	WZ
	19.07.1914 – Großbritannien – Die Flottenparade in Portsmouth	WAP
132	Tendenzen	
136	Presse Marathon	
	29.06.1914 –Erzherzog Franz Ferdinand und Herzogin von Hohenberg ermordet	DVB
	29.06.1914 – Erzherzog Franz Ferdinand+	DVB
137	29.06.1914 – Die erste amtliche Nachricht	DVB
	30.06.1914 – Oesterreich-Ungarns Aufgabe	VOS
139	Juli	
	03.07.1914 – Der serbische Major als Verschwörer	VOS
	03.07.1914 – Poincares Rußlandreise	VOS
	18.07.1914 – Frankreich	WZ
140	18.07.1914 – Erzherzog Franz Ferdinand +	WZ
	18.07.1914 – Eine Rede Lloyd Georges	WAP
	18.07.1914 – (Streik in Petersburg)	VOS
141	18.07.1914 – Frankreich - Zeitungsstimme	WAP
	18.07.1914 – Die Flottenschau in Spithead	VOS
	18.07.1914 – Großbritannien – Die Flottenparade in Portsmouth – 1	WAP
	19.07.1914 – Großbritannien – Die Flottenparade in Portsmouth – 2	WAP
	19.07.1914 – Englische Lokomotivbestellungen in Deutschland	VOS
142	19.07.1914 – Das französische Kriegsmaterial	NAZ
	20.07.1914 – Serbische Rüstungen	VOS
	20.07.1914 – Frankreich – Die Reise des Präsidenten	WAP
	21.07.1914 – Ausland – Die Abreise des Präsidenten	WZ
143	21.07.1914 – Rußland – Der Besuch des Präsidenten Poincare	WZ
144	21.07.1914 – Die Trinksprüche von Petershof	VOS
	21.07.1914 – Die Flottenrevue in Portsmouth	DVB
	21.07.1914 – Poincare in Rußland	DVB
	21.07.1914 – Rußland für Serbien?	DVB
145	21.07.1914 – Die österreichische Note	VOS
	22.07.1914 – Rußland – Der Besuch des Präsidenten Poincare – französische Presse	WZ
	22.07.1914 – Unmittelbar vor der Entscheidung	TAZ
146	22.07.1914 – Hohn auf Österreichs Friedensliebe	TAZ
147	22.07.1914 – Die serbische Mobilisation	TAZ
	22.07.1914 – Der Hochverrat in Bosnien	TAZ
	22.07.1914 – Die Abreise des russischen Botschafters von Wien	DVB
	22.07.1914 – Die serbischen Rüstungen	DVB
148	22.07.1914 – Eine Begegnung des Grafen Berchtold mit dem deutschen Reichskanzler	DVB
	22.07.1914 – Die englische Flotte bleibt mobil	DVB
	22.07.1914 – Die politische Erziehung des österreichischen Thronfolgers	VOS
	22.07.1914 – Iswolski geht nicht auf Urlaub	VOS
	22.07.1914 – Petersburger Besprechungen	VOS
149	22.07.1914 – Echo der Presse	VOS
150	23.07.1914 – Rußland – Der Besuch des Präsidenten Poincare	WAP
	23.07.1914 – Französisches Parlament	WZ
	23.07.1914 – Präsident Poincare in Rußland – Die Verhandlungen in Petersburg	DVB
151	23.07.1914 – Die Petersburger Konferenzen	DVB
	23.07.1914 – Poincares schwedischer Pirschgang	VOS
152	23.07.1914 – Bevorstehende Überreichung der österreichischen Note in Belgrad	BTB
	24.07.1914 – Alea jacta est	DVB
153	24.07.1914 – Die Zirkularnote (an die europäischen Regierungen)	BTB
154	24.07.1914 – Mißstände in der französischen Armee (Senator Humberts Dokument)	DVB
155	24.07.1914 – Frankreich (Gegenbesuch des Zaren)	WZ

156	24.07.1914 – Rußland – Frankreich. Der Besuch des Präsidenten Poincare	WAP
	24.07.1914 – Außerordentlicher Ministerrat in Petersburg	BTB
	24.07.1914 – Paschitsch reist nach Petersburg	BTB
157	24.07.1914 – Eine herausfordernde, ablehnende Mitteilung des serbischen Preßbureaus	BTB
	24.07.1914 – Die Jungtschechen schreiben für Serbien	DVB
158	24.07.1914 – Die Streikrevolte in Rußland	DVB
	24.07.1914 – Billigung Deutschlands und Italiens	DVB
	24.07.1914 – Rückberufung der französischen Marineurlauber	DVB
	24.07.1914 – Die österreichischen Forderungen	VOS
159	25.07.1914 – Die Note Österreich-Ungarns an Serbien	NAZ
161	25.07.1914 – Die Auffassung in Berliner diplomatischen und politischen Kreisen	DVB
	25.07.1914 – Eine russische Drohung – Rußland bleibt nicht indifferent	DVB
162	25.07.1914 – Eine Erklärung des serbischen Regierungsorgans	WAP
	25.07.1914 – Deutsch-französische Unterhandlungen	DVB
	25.07.1914 – Der englische Militärattache in Belgrad	DVB
163	25.07.1914 – Der Besuch Poincares	WZ
	25.07.1914 – Die Haltung Rußlands	WAP
	25.07.1914 – Zeitungsstimmen – England	WAP
164	25.07.1914 – Der Besuch des Präsidenten Poincare	WAP
	25.07.1914 – Wer ist eigentlich „Ciganovic“?	DVB
	25.07.1914 – Italienische Vorstellungen in Belgrad	BTB
165	25.07.1914 – Französische Angriffe gegen Österreich	BTB
	25.07.1914 – Russische Erbitterung gegen Österreich	BTB
	25.07.1914 – Verhandlungen zwischen Belgrad und Petersburg	BTB
166	25.07.1914 – Englische Mahnungen an Serbien.	BTB
	25.07.1914 – Die versteckten serbischen Bomben	BTB
	25.07.1914 – Rußland verlangt Verlängerung der Frist	BTB
167	25.07.1914 – Telegramm des russischen Außenministers an den Botschafter in London	
	25.07.1914 – Die Börsen und die Kriegsbefürchtung	BTB
168	25.07.1914 – Österreich gegen Aufschub und Einmischung – Die Situation	BTB
	25.07.1914 – Österreich gegen Aufschub und Einmischung – Die russische Intervention abgelehnt	BTB
	25.07.1914 – Österreich gegen Aufschub und Einmischung – Das 8. und das 9.Korps marschbereit	BTB
169	25.07.1914 – Österreich gegen Aufschub und Einmischung – Bekanntgabe des deutschen Standpunktes an Frankreich	BTB
170	25.07.1914 – Österreich gegen Aufschub und Einmischung – englische Stimmen für den österreichischen Standpunkt	BTB
171	25.07.1914 – Belgrad in Erwartung des österreichischen Einmarsches	BTB
	25.07.1914 – Serbische Kriegsvorbereitungen	VOS
	25.07.1914 – Für und wider russische Intervention	
172	25.07.1914 – Telegramm des russischen Außenministers an die Vertretungen in Konstantinopel, Sofia, Bukarest, Athen	
	25.07.1914 – Der Bündnisfall	VOS
173	25.07.1914 – Rußland interveniert	VOS
174	25.07.1914 – Der Presse Sturm in Rußland	VOS
	26.07.1914 – Die ungenügende Antwort	BTB
175	26.07.1914 – Die Mobilisierungsbefehle	DVB
	26.07.1914 – Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Österreich-Ungarns zu Serbien	WZ
	26.07.1914 – Frankreich – Empfang des serbischen Gesandten im Ministerium des Äußeren	WZ
	26.07.1914 – Die offizielle französische Auffassung der Haltung Deutschlands	BTB
176	26.07.1914 – Englische Presse zu Serbienkonflikt	WZ
	26.07.1914 – Rußland ist „für alle Eventualitäten“ gerüstet	BTB
	26.07.1914 – Russische Presse zu Serbienkonflikt	WZ

	26.07.1914 – Deutschlands absolute Bündnistreue	DVB
177	26.07.1914 – Deutschland an der Seite Österreichs	DVB
	26.07.1914 – Rückkehr Bethmann Hollwegs nach Berlin	DVB
	26.07.1914 – Die Streikrevolte und Hungersnot in Rußland	DVB
178	26.07.1914 – Schweden – Der Besuch Poincares	WZ
	26.07.1914 – Wochenrundschau	NAZ
	26.07.1914 – Antideutsche Ausschreitungen der Tschechen in Königsberg (Mähren)	DVB
	27.07.1914 – Die serbische Antwortnote	WAP
179	27.07.1914 – Telegramm des russischen Außenministers an die Botschafter	
	27.07.1914 – Kriegszustand zwischen Österreich und Serbien	POS
180	27.07.1914 – Ein weltgeschichtlicher Vorgang	POS
	27.07.1914 – Deutschlands Haltung	POS
	27.07.1914 – Die Unterredung des Freiherrn von Schoen	POS
181	27.07.1914 – Serbische Kriegsvorbereitungen	DVB
	27.07.1914 – Rußland mobilisiert seine Grenzkorps	DVB
	27.07.1914 – Das Ergebnis des russischen Ministerrats	BTB
	27.07.1914 – Eine vernünftige französische Stimme	POS
182	27.07.1914 – Der serbische Generalstabschef in Österreich verhaftet, aber wieder freigelassen	POS
	27.07.1914 – Vorzeitige Rückkehr des Kaisers und des Reichskanzlers	POS
	27.07.1914 – Appell an Kaiser Wilhelm	BTB
183	27.07.1914 – Deutsche Friedensbemühungen	VOS
	27.07.1914 – Der Ernst der Lage	VOS
185	27.07.1914 – Das englische Geschwader 1	POS
	27.07.1914 – Das englische Geschwader 2	POS
	27.07.1914 – Die englische Flotte	POS
	27.07.1914 – Abbruch der Reise Poincares	WZ
	27.07.1914 – Englands Eingreifen	DVB
186	28.07.1914 – Rückkehr vom Sommerurlaub	VOS
	28.07.1914 – Bereitschaft der englischen Flotte	VOS
187	28.07.1914 – Die englische Flotte	VOS
	28.07.1914 – Die englische Vermittlungsaktion	BTB
	28.07.1914 – Der Wortlaut der Rede Greys	BTB
188	28.07.1914 – Deutsche Preßstimmen	POS
189	28.07.1914 – Rückkehr Kaiser Wilhelms von der Nordlandreise	WZ
	28.07.1914 – Rückkehr der deutschen Hochseeflotte	POS
190	28.07.1914 – Die englische Friedensaktion	BTB
	28.07.1914 – Französische Vorwürfe gegen Deutschland	BTB
191	28.07.1914 – Telegramm des russischen Zaren an den serbischen König Alexander – Frankreich steht bereit	
	28.07.1914 – Die serbische Antwort genügt	BTB
192	28.07.1914 – Serbiens Verteidigung	VOS
	28.07.1914 – Kämpfe an der Drina	VOS
	28.07.1914 – Die Haltung Griechenlands	BTB
	28.07.1914 – Der Sturm auf die Sparkassen	BTB
193	29.07.1914 – Österreich-Ungarn und die serbische Note (mit Kommentaren)	NAZ
197	29.07.1914 – Aus dem österreichisch-ungarischen Material	NAZ
199	29.07.1914 – Krieg gegen Serbien – Österreichs Kriegserklärung an Serbien	VOS
200	29.07.1914 – Telegramm des russischen Außenministers an die Botschafter	
	29.07.1914 – Notizen des russischen Botschafters in Berlin, Sergeij Nikolajewitsch Swerbejew (Englands Zusage der Unterstützung)	
	29.07.1914 – Englands Vermittlungsvorschlag	POS
201	29.07.1914 – Der Schritt Sir Edward Greys – Konferenz v. Schebeko – Berchtold	DVB
	29.07.1914 – Deutschland und der Grey'sche Vorschlag	DVB
202	29.07.1914 – Die Haltung der deutschen Regierung	BTB
203	29.07.1914 – Eine Kundgebung der Stadt Leipzig	DVB

	29.07.1914 – Der Eindruck der Ablehnung in Paris	VOS
	29.07.1914 – Die Gefahr des Weltkrieges	VOS
204	29.07.1914 – Die russisch-französische Verschwörung – Echo der Presse	VOS
205	29.07.1914 – Die Sozialdemokratie im Augenblick der Entscheidung – Echo der Presse	VOS
	29.07.1914 – Marokko – Die Kämpfe der Franzosen	WZ
	29.07.1914 – Revolutionäre Wellen in russisch Polen	DVB
206	29.07.1914 – Beschleunigte Rückreise des Präsidenten Poincares	WZ
	29.07.1914 – Französische Vorsichtsmaßnahmen	POS
	29.07.1914 – Die französischen Flottenmanöver abgebrochen	DVB
	30.07.1914 – Flucht des Majors Voja Tankosic nach Odessa	DVB
207	30.07.1914 – Der drohende europäische Krieg	POS
	30.07.1914 – Die roten Hochverratsversuche in Berlin	POS
208	30.07.1914 – Rückkehr der deutschen Flotte	POS
	30.07.1914 – Teilweise Mobilisierung in Rußland	POS
	30.07.1914 – Mobilisierung von 16 russischen Korps an der Südwestgrenze	BTB
	30.07.1914 – Die Panslawische Hetze gegen Deutschland	BTB
209	30.07.1914 – Ist Rußland berechtigt, sich in den österreichisch-serbischen Konflikt einzumischen	BTB
210	30.07.1914 – Französische Kriegsrüstungen	POS
	30.07.1914 – Französische Truppenverschiebungen	VOS
	30.07.1914 – Französische Dementis	WAP
211	30.07.1914 – Entschlossene Stimmung in Frankreich	BTB
212	30.07.1914 – Keine Mobilisierung in England	BTB
213	30.07.1914 – Die Rolle Deutschlands	BTB
	30.07.1914 – Zustand drohender Kriegsgefahr	VOS
214	31.07.1914 – Telegramm des russischen Außenministers an Serbien: 20 Millionen Franken Kredit	
	31.07.1914 – Das Eintreffen der Kriegserklärung in Nisch	DVB
	31.07.1914 – Ein nächtlicher Ministerrat in Paris	DVB
215	31.07.1914 – Keine englische Mobilisierung, sondern Vorsichtsmaßnahmen	POS
	31.07.1914 – Englands Rüstungen	VOS
	31.07.1914 – Die Unterbrechung der deutschen Seeschifffahrt	BTB
	31.07.1914 – Lord Kitchener in Paris	BTB
216	31.07.1914 – Die Eisenbahnbrücke bei Granica in die Luft gesprengt	BTB
	31.07.1914 – Die russische Mobilmachung an der deutschen Grenze	BTB
217	31.07.1914 – Die russische Mobilisierung	VOS
	31.07.1914 – Ein Wort zur Lage – Walther Rathenau	BTB
	31.07.1914 – Nationale Arbeiter gegen die roten Hochverräter	POS
218	31.07.1914 – Zeitungsstimme – „Vorwärts“	WAP
	01.08.1914 – Sonderausgabe - Die Vorgeschichte – die Juli Krise in Kurzform	NAZ
219	01.08.1914 – Die allgemeine Mobilisierung in Oesterreich-Ungarn	VOS
220	01.08.1914 – Die Berliner Presse über die Kriegsgefahr	VOS
	01.08.1914 – Erklärung des Kriegszustandes	VOS
221	01.08.1914 – Deutschland und die russische Mobilisierung	DVB
	01.08.1914 – Englands Haltung zweifelhaft?	DVB
	01.08.1914 – Vorsorge der englischen Marine für Kohlen	POS
	01.08.1914 – Die Echtheit der Kriegserklärung	POS
222	01.08.1914 – Rußlands Mobilmachung gegen Deutschland	POS
	01.08.1914 – Die internationale Lage	NAZ
223	01.08.1914 – Telegramm des russischen Außenministers an die Botschafter	
	01.08.1914 – Der Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien	NAZ
	01.08.1914 – Mobilisierung in Holland und Belgien	VOS
224	01.08.1914 – Jean Jaures ermordet – Französischer Sozialistenführer	VOS
	02.08.1914 – Der erste Zusammenstoß der Grenzpatrouillen	BTB
	02.08.1914 – Frankreich mobilisiert	VOS
	02.08.1914 – Mobilmachung – in Deutschland	VOS

	02.08.1914 – Deutschlands Mobilmachung	VOS
225	02.08.1914 – Die Haltung der Sozialdemokratie	VOS
	02.08.1914 – Und unsere Sozialdemokraten	POS
226	02.08.1914 – Englands Verträge	VOS
	02.08.1914 – Das Ultimatum – an Rußland	DVB
227	02.08.1914 – Was wird England tun?	BTB
	02.08.1914 – Frankreich und der Krieg	DVB
	02.08.1914 – Eine Ansprache des Reichskanzlers	NAZ
228	02.08.1914 – Mobilisierungen - Belgien	NAZ
	02.08.1914 – Die Mobilmachung in Deutschland	NAZ
	02.08.1914 – Vor dem Reichskanzler Palais	NAZ
229	03.08.1914 – Die deutsche Kriegserklärung an Rußland	WZ
	03.08.1914 – Rußland und Frankreich heben die Feindseligkeiten eröffnet – Rußland hat den Krieg eröffnet	POS
	03.08.1914 – Rußland hat den Krieg eröffnet	BTB
230	03.08.1914 – Angriff auf Johannsburg	BTB
	03.08.1914 – Ein französischer Flieger heruntergeschossen	BTB
	03.08.1914 – Französische Flieger werfen Bomben auf Nürnberg	BTB
231	03.08.1914 – England gegen uns?	VOS
	03.08.1914 – 80 französische Offiziere als Spione entdeckt	BTB
	03.08.1914 – Eine russische Patrouille gefangengenommen	BTB
	03.08.1914 – Die Franzosen überschreiten die deutsche Grenze	BTB
	03.08.1914 – Antwort Frankreichs	POS
232	03.08.1914 – Russische Verlogenheit	DVB
	03.08.1914 – Die offizielle Kriegserklärung Deutschlands an Rußland	DVB
	03.08.1914 – Einmarsch in Luxemburg	VOS
	03.08.1914 – Die Haltung Spaniens	VOS
233	03.08.1914 – Der letzte Artikel Jaures gegen Rußland	DVB
	04.08.1914 – Abberufung des deutschen Botschafters aus Paris	VOS
	04.08.1914 – Verkündung Kriegserklärung	NAZ
234	04.08.1914 – Eine heuchlerische Kundgebung der französischen Regierung	DVB
235	04.08.1914 – Die Kriegspartei in Frankreich	DVB
	04.08.1914 – Die volle Mobilisierung in Frankreich	NAZ
	04.08.1914 – An der deutsch-französischen Grenze	NAZ
	04.08.1914 – Völkerrechtsbruch durch französische Flieger	NAZ
236	04.08.1914 – Der Telegrammwechsel zwischen Kaiser Wilhelm II und Zar Nikolaus II in der letzten Juliwoche 1914 (Berliner Tageblatt)	BTB
237	04.08.1914 – Wortlaut des Weißbuches	BTB
241	04.08.1914 – Zwei Telegramme Zar und Kaiser	BTB
242	04.08.1914 – Telegramme zwischen den Botschaftern und dem Reichskanzler vom 24. Juli bis 1. August 1914	BTB
246	04.08.1914 – Der Treuebruch des Zaren – Die letzte Juliwoche 1914	VOS
251	04.08.1914 – Rußland eröffnet den Krieg	NAZ
	04.08.1914 – Die Türkei macht mobil	BTB
252	04.08.1914 – Gymnasiasten als Kriegsfreiwillige	BTB
	04.08.1914 – Das Strafverfahren gegen Rosa Luxemburg	BTB
	04.08.1914 – Der Krieg mit Frankreich	BTB
	04.08.1914 – Der Abschub der Deutschen aus Paris	VOS
253	04.08.1914 – Die Haltung Italiens	BTB
	04.08.1914 – Sir Edward Greys Erklärungen	BTB
	04.08.1914 – Die Erklärungen Sir Edward Greys über Englands Haltung	BTB
254	04.08.1914 – Abweisung eines russischen Angriffs auf Memel	BTB
	04.08.1914 – Der Kaiser an den Reichstag - Thronrede	VOS
255	04.08.1914 – Ein Wort Wilhelm II.	VOS
256	04.08.1914 – Die Thronrede – ein Kommentar	VOS
257	05.08.1914 – Reichtagsverhandlungen – Protokoll der Reichstagssitzung vom	NAZ

Vormittag des 4. August		
	05.08.1914 – Rede des Reichskanzlers zur Lage der Nation im Reichstag	NAZ
261	05.08.1914 – Reichstagsverhandlungen – 2.Sitzung am Nachmittag des 4. August	NAZ
262	05.08.1914 – Botschaft des Kaisers an den Reichstag	NAZ
262	05.08.1914 – Erklärung der Sozialdemokraten – Haase im Reichstag	VOS
263	05.08.1914 – Die englische Kriegserklärung	NAZ
	05.08.1914 – Auch England hat Deutschland den Krieg erklärt	POS
264	05.08.1914 – Die Kriegserklärung Englands	DVB
	(10.12.1918 – Lord Haldane: Mobilisierung Englands 36 Stunden vor Kriegserklärung)	TAZ
	05.08.1914 – England erklärt Deutschland den Krieg	BTB
266	05.08.1914 – Grey über Englands Teilnahme am Krieg	BTB
267	05.08.1914 – Krieg mit England	VOS
268	05.08.1914 – Von der Einkreisung zum Krieg	VOS
269	05.08.1914 – Giolittis Hoffnung	BTB
	05.08.1914 – Der vierte August – von Dr. Ludwig Haas-Karlsruhe, Mitglied des Reichstags	BTB
270	05.08.1914 – Deutschland und England	DVB
271	05.08.1914 – Die versuchte Sprengung des Kochemer Tunnels	DVB
	05.08.1914 – Französische Truppenverschiebungen an der belgischen Grenze	DVB
	05.08.1914 – Die Stellung Englands – Die Erklärungen Sir Edward Greys im Unterhaus	DVB
273	05.08.1914 – Der Durchmarsch durch Belgien	BTB
274	05.08.1914 – Deutsche Kriegsschiffe vor Algier	DVB
	06.08.1914 – Bombenabwürfe aus französischen Flugzeugen in Deutschland	DVB
	07.08.1914 – Kaiser Wilhelm – An das deutsche Volk!	VOS
275	07.08.1914 – Eine Drohung Rußlands an die Türkei	DVB
	07.08.1914 – Das englisch-französische Abkommen	DVB
	07.08.1914 – Wie die französische Regierung das französische Volk täuscht	DVB
276	07.08.1914 – Die deutsche Kriegserklärung an Frankreich	VOS
	07.08.1914 – Der elsässische Abgeordnete Wetterle geflüchtet	DVB
	08.08.1914 – Die Franzosen in Lüttich	DVB
277	08.08.1914 – Amerika befördert auf Kriegsschiffen	DVB
	08.08.1914 – Verhaftungen von Deutschen in England	DVB
	09.08.1914 – Ein Aufruf an die Polen	DVB
278	09.08.1914 – Feigheit, Verrat und Brutalität	DVB
279	09.08.1914 – Die Haltung Deutschlands in der belgischen Frage	DVB
	10.08.1914 – Neue französische Barbareien	DVB
280	Anhang	
334	Literaturliste	

Literaturliste

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch, München / Berlin 1922
Berliner Börsen-Zeitung 1888
Berliner Morgenpost 1900
Berliner Tageblatt, 1885, 1914
Bismarck – Gedanken und Erinnerungen Otto Fürst Bismarck, New York und Stuttgart, 1898
Bismarck, Georges Lacour-Gayet , London 1919
Das Endziel des Weltkrieges, Maurus Revai, Berlin 1916
Das Problem Japans, 1913; Leipzig 1920
Der neue Kurs, Otto Hammann, Berlin 1918
Der Weltkrieg Band 1, Karl Helfferich, Berlin 1919
Deutsches Volksblatt 1914
Deutschland und der nächste Krieg, Friedrich von Bernhardi, General d. Kavallerie a.D, Stuttgart 1911
Deutschlands und Kaiser Wilhelms II. angebliche Schuld am Ausbruch des Weltkrieges; von Th. Schiemann, Berlin 1921
Die Außenpolitik von Alexander III., in: https://fondco.ru/de/vneshnyaya-politika-aleksandra-3-itogi-kratko-vneshnyaya-politika-aleksandra-iii/
Die auswärtige Politik Serbiens 1903 – 1914, Bd 1, Geheimakten aus serbischen Archiven, Dr.M.Boghitschewitsch, Berlin 1928
Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871 – 1914, Bd.2,1890-1899; Bernhard Schwertfeger, Berlin 1924
Die Kriegsschuldfrage, in Berliner Monatshefte – Monatsschrift, 1925
Die militärischen Maßnahmen Deutschlands vor dem 29. Juli, Graf Max Montgelas, in: Berliner Monatshefte, Berlin 1925
Die militärpolitische Lage Deutschlands und Österreich-Ungarns im Sommer 1914. von Kuhl; in: Berliner – Monatsschrift, 1925
Die politischen Reden Bismarcks; Horst Kohl, Bd. XI 1885 – 1886, Stuttgart 1894
Die Reden des Grafen Caprivi im Deutschen Reichstage etc., 1883-1893, Berlin 1894
Die Urheber des Weltkrieges, Lujo Brentano, München 1922
Die Ursachen des Deutschenhasses, Max Scheler Leipzig 1917, S.60ff
Dokumente Sarajewo Prozeß, Friedrich Wührtle, in : Der große Wendig, R.Kosiek und O.Rose, Tübingen 2.Aufl. 2006
Englands Kriegsvorbereitungen, W.Cyprian Bridge, in: Berliner Monatshefte, Berlin 1922
How Diplomats Make War, Francis Neilson, New York 1915
https://mjp.univ-perp.fr/traites/
Kaiser Wilhelm II, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878-1918, Berlin 1922
Königlich privilegierte Berlinische Zeitung 1870
Kriegsursachen – Dr.M.Boghitschewitsch, Zürich 1919
L’Alliance Franco-Russe et la Coalition Europeenne, un General Russe, Paris 1887
L’Empereur Alexander III et son Entourage, Nicolaus Notovitch, Paris 1895
Made in Germany, E.E. Williams, London 1896
National-Zeitung , 1870, 1888
Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 1887, 1888, 1914
Posener Tageblatt 1918
Provinzial Correspondenz, Juli 1870
RUSSIA AND THE DUAL ALLIANCE, L.B. Packard, in: The American Historical Review, Vol. XXV, London 1920
Schulthess’ Europäischer Geschichtskalender, Hrsg. Ernst Delbrück, Bd. XXVI 1885; Nördlingen 1886
Schultze-Rhönhof, Gerd; 1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte — München 2/2003
Shall it be again? – by John Kenneth Turner – New York 1922
So ward das Reich, Dietrich Klages, Frankfurt a.M. 1943
The war of steel and gold, H.N.Brailsford, London 1914, 10.Aufl. 1918
Truth and the War, E. D. Morel, London 1916
Unser Mythos vom Anfang des Krieges, in: Shall it be again? J.K.Turner, New York 1922
Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges; G. von Jagow, Staatssekretär a.D., Berlin 1919
Vossische Zeitung 1914
What really started it, in: Shall it be again? – by John Kenneth Turner – New York 1922
Wiener Abendpost 1914
Wiener Zeitung 1914
Zur Teilnahme Italiens am Weltkriege. – Wilhelm Schaer , in Berliner Monatshefte „Die Kriegsschuldfrage“, 1925